

**Episode oder Gefahr?  
Die Naumann-Affäre**

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades eingereicht

am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften  
der Freien Universität Berlin  
im November 2012.

vorgelegt von Beate Baldow

1. Gutachter: Prof. Dr. Wolfgang Wippermann

2. Gutachter: Prof. Dr. Arnd Bauerkämper

Disputation: 20.02.2013

## **Inhalt**

Einleitung	2
<b>I. Die Formierung des Naumann-Netzwerkes</b>	
1. Naumanns NS-Blitzkarriere, das Untertauchen und der Neustart (1908-1950)	17
2. Der Kontaktausbau in der Bruderschaft (1950-1951)	34
3. Die Einflussnahme durch die Soldatenbünde (1950-1952)	55
4. Innenpolitische Konzeption, „Innerer-“ und „Äußerer Kreis“ (1950-1953)	83
5. Außenpolitische Konzeption, Auslandskontakte und „Nation Europa“ (1951-1953)	102
<b>II. Die Aktivitäten des Naumann-Netzwerkes in den Parteien</b>	
1. Die Unterwanderung und Einflussnahme in der FDP (1950-1952)	123
2. Die Verhandlungen mit dem BHE und der DP (1952)	160
3. Der Kampf gegen die SRP und ihre Nachfolgeorganisationen (1952)	169
4. Die Verhandlungen mit der DRP und der DG (1951-1953)	184
<b>III: Die Zerschlagung des Naumann-Netzwerkes</b>	
1. Die Vorbereitung und der Zugriff (Nov. 1952-Jan. 1953)	197
2. In britischer Haft (Jan.-März 1953)	211
3. In deutscher Haft (April-Juli 1953)	247
4. Die Haftentlassung, der Freispruch und die Nachwirkungen (1953-1956)	277
Fazit	303
Anhang	
Liste: Personen im Naumann-Netzwerk	311
Quellen und Literatur	333

## Einleitung

„Gesammelt werden sollte das Landvolk auf einer Standesebene. Die Soldatenbünde in einer Dachorganisation, der Einzelhandel oder die Flüchtlinge oder die Steuerzahler, wir sollten uns in den Gemeinden zu Wort melden, dort um die Bürger- und Oberbürgermeisterpositionen ringen [...]. Vielleicht auch [um] den einen oder anderen Landesverband dieser oder jener Partei, – kurz – durchdringen wir das Gemeinwesen in allen seinen Verästelungen und wenn diese alle oder auch nur ein Teil von ihnen bereit sind, dann ist die Stunde gekommen zu erklären, es gibt außer den Lizenzparteien auch ein unabhängiges Deutschland. Hier ist es und so sieht es aus.“

*Werner Naumann, 1. November 1952<sup>1</sup>*

Angesichts der Revision des mit dem Nürnberger Tribunal verbundenen Denazification-Programms der Alliierten und der nach rechts überaus weit gestreckten Integrationspolitik der Bundesrepublik<sup>2</sup>, hatten viele einstige Nationalsozialisten ihre bis 1950 geübte Zurückhaltung bei öffentlichen Tätigkeiten wieder aufgegeben. So auch Dr. Werner Naumann, ehemaliger Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) und direkter Goebbelsnachfolger, ernannt 1945 im Testament von Hitler.<sup>3</sup> Die prominente NS-Größe hatte sich offiziell in Düsseldorf niedergelassen und wurde als Exportleiter in der Handelsfirma eines ehemaligen Untergebenen im RMVP beschäftigt.<sup>4</sup> Werner Naumann begann nun Kontakte zu früheren Kameraden zu knüpfen um die Erfolgsaussichten für eine „Opposition“<sup>5</sup> zum bestehenden politischen System nach dem Vorbild des Dritten Reiches mit seiner Person im Mittelpunkt auszuloten.<sup>6</sup> Gemeinsam mit alten SS- und HJ-Kadern, die sich um ihn herum gruppieren und ihm die Führungsposition antrugen, baute er ein Netzwerk auf, welches kontinuierlich wuchs. Dieses bestand aus einem „Inneren Kreis“, dem etwa 15 seiner vertrautesten Mitstreiter

---

<sup>1</sup> NARA, FO 371/103907, Text der Naumann Rede vor dem Gauleiter-Kreis am 1. November 1952, (Arrest of Naumann. Documents impounded on 14. Jan. 53, 5.3.1953).

<sup>2</sup> Edinger, Lewis, Posttotalitarian Leadership. Political Elites in the German Federal Republic, in: American Political Science Review 54 (1960), S. 69. Die neuen elitären Positionen im Bundesdienst, in Außenpolitik und militärischen Einrichtungen sowie in der Wirtschaftsgemeinschaft wurden mit Personen aufgefüllt, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten im totalitären Staat ausgeführt hatten. Norbert Frei bezeichnete das „Recht auf politischen Irrtum“, das Partei- und gesellschaftsübergreifend anerkannt wurde, als „Grundgesetz der Bundesrepublik“. Siehe: Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2003, S. 405.

<sup>3</sup> Jacobsen, Hans Adolf, 1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1961, S. 532.

<sup>4</sup> Opitz, Reinhard, Faschismus und Neofaschismus, Bonn 1996, S. 205.

<sup>5</sup> NARA, FO 371/103916, Dokumentenzusammenstellung des Außenministers für das Parlament, 1953, (Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates). Naumann sprach von „Opposition“, beispielsweise in einer Rede bei einem geheimen Treffen in Düsseldorf am 1. November 1952. Er gebrauchte nicht den damals bei der extremen Rechten kursierenden Begriff einer „Nationalen Sammlung“.

<sup>6</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

angehörten, durch den der so genannte „Äußere Kreis“<sup>7</sup> mit weit über 1000 Anhängern<sup>8</sup> kontinuierlich erweitert wurde. Mithilfe seines Netzwerkes knüpfte Naumann Kontakt zu der „Bruderschaft“, einer geheimbündisch agierenden Verbindung ehemaliger Nationalsozialisten, nahm Einfluss auf die wiedererstehenden Soldatenbünde und suchte die Nähe von rechtsextremistischen Verbindungen im Ausland.<sup>9</sup> Die Vorteile des wachsenden Wettbewerbs politischer Organisationen um die so genannten „Abseitsstehenden“ nutzend, baute der „Innere Kreis“ Brücken zu den politischen Parteien. Insbesondere die Freie Demokratische Partei (FDP) war vom Unterwanderungsverdacht betroffen.

Am 15. Januar 1953 verhafteten schließlich britische Offiziere den ehemaligen Staatssekretär und sechs weitere teils frühere ranghohe Mitglieder der NSDAP in Düsseldorf, Hamburg und Solingen.<sup>10</sup> Das Kommuniqué, welches die Briten am gleichen Tag veröffentlichten, begründete die Verhaftungen damit, dass es sich bei den Festgenommenen um die Anführer einer Gruppe handele, welche sich „mit Plänen zur Wiederergreifung der Macht in Westdeutschland befasste“.<sup>11</sup> Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich der „Fall Naumann“ zu einem Politikum, welches einerseits die Kräfteverhältnisse zwischen der deutschen Regierung und den Besatzungsmächten absteckte und andererseits die Vergangenheitsbewältigung<sup>12</sup> oder die Vergangenheits-

---

<sup>7</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Die Bezeichnung „Innerer Kreis“ und „Äußerer Kreis“ wurde von dem „White Paper“ der Briten übernommen. Sie ordneten die Personen, mit denen Naumann viel Kontakt hatte und die sich am meisten für das Hauptziel, die Wiederergreifung der Macht, engagierten, diesen beiden Kreisen zu.

<sup>8</sup> NARA, FO 371/103904, Untersuchungsbericht, 12.1.1953, (Progress Report on Investigation of the Naumann Group). Siehe auch: NARA, FO 371/103898. Sowie: NARA, FO 371/103904, Gutachten von K. Randell (Interim Survey of the Investigations into the Gauleiters' Circle).

<sup>9</sup> Vgl. Opitz, Faschismus und Neofaschismus, S. 207. Sowie: ADL, NI-815, Der Gauleiter-Kreis, ohne Zeit.

<sup>10</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 361.

<sup>11</sup> Vgl. Kommuniqué der britischen Regierung zur Verhaftung des Naumann-Kreises, in: Gutscher, Jörg Michael, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, Königsstein 1984<sup>(2)</sup>, S. 331. Die publizierten deutschen Übersetzungen des Kommuniqués unterscheiden sich nur geringfügig. Für den Namen Haselmayer lassen sich verschiedene Schreibweisen nachweisen.

<sup>12</sup> In der Forschung stehen sich zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zwei Positionen mit medialer Resonanz gegenüber: Die eine beklagt die weitgehende „Verdrängung“ und unterbliebene „Aufarbeitung der NS-Vergangenheit“. Beispiele hierfür geben die Studien aus psychoanalytischer Sicht von Alexander und Magarete Mitscherlich. Siehe: Mitscherlich, Alexander/ Mitscherlich, Magarete, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967, S. 34. In den 80er-Jahren erschienen Gesamtdarstellungen der Frühgeschichte der Bundesrepublik, die eine unterbliebene Aufarbeitung konstatierten, wodurch die innere Glaubwürdigkeit eines freiheitlichen Demokratischen Rechtsstaates in Frage gestellt wurde. Siehe u.a.: Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1982, S. 252. Die Zuspitzung erfuhr diese Position durch Ralph Giordanos Veröffentlichung von der „Zweiten Schuld“, wonach die nicht erfolgte Aufarbeitung mitverantwortlich für ausländerfeindliche Tendenzen und Gewalttaten der Gegenwart sei. Indem die erste Schuld unter Hitler abgestritten worden sei, hätten die Deutschen nach 1945 eine zweite Schuld auf sich geladen. Siehe: Giordano, Ralph, Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein, Berlin 1990, S. 13. Vorstreiter für die Gegenthese war Hermann Lübke, der die Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung der NS-Vergangenheit in der Frühgeschichte der Bundesrepublik als Bemühung interpretierte, ihre Subjekte in den

politik<sup>13</sup> der jungen BRD infrage stellte. In der in- und ausländischen Presse erschienen sowohl Szenarien von einer Neuauflage des Dritten Reiches als auch Empörungsbekundungen über das „ungerechtfertigte Vorgehen“ der Besatzer.

Während die Kontakte der Naumann-Gruppe zu den übrigen Parteien kaum öffentlich thematisiert wurden, rückte die FDP in den Mittelpunkt des medialen Interesses. Sie bildete eine Untersuchungskommission, die schwere Vorwürfe gegen den Landesverband Nordrhein-Westfalen erhob. Die Naumann-Affäre wurde für die FDP als Regierungspartei zur Zerreißprobe.

Anfang April 1953 wurden die Delinquenten von den Briten an die deutsche Gerichtsbarkeit überstellt, wo der Zweite Ferienstrafsenat des Bundesgerichtshofs die Verfahren gegen die Beschuldigten einstellte. Kaum wieder auf freiem Fuß, wurde Naumann politisch aktiv. Von einer Kandidatur für die Deutsche Reichspartei zur Bundestagswahl 1953 konnte ihn Nordrhein-Westfalens Innenminister nur durch ein unverzüglich durchgeführtes Entnazifizierungsverfahren abhalten. Als „schwer belastet“

---

neuen demokratischen Staat zu integrieren. Die Verdrängungsthese bezeichnet er als falsch. Siehe: Lübbe, Hermann, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein, in: Historische Zeitschrift, Bd. 236 (1983), S. 588. Sowie: Lübbe, Hermann, Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Gegenwart, in: Martin Broszat u.a. (Hg.), Deutschlands Weg in die Diktatur. Referate und Diskussionen. Protokoll. Internationale Konferenz im Reichstagsgebäude zu Berlin zur nationalsozialistischen Machtübernahme, Berlin 1983, S. 335. Differenzierte Ergebnisse bekamen die Historiker durch Archivalien und Quellen, sodass bereits Ulrich Brochhagen die Hinwendung zur nationalsozialistischen Vergangenheit gegen Ende der 50er-Jahre auf Denkanstöße der Besatzungsmächte zurückführte. Siehe: Brochhagen, Ulrich, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994, S. 223. Es wurden nun Gegenpositionen zur Verdrängungsthese bezogen. So betonte Hermann Graml die öffentlichkeitswirksame Aufarbeitung und die materielle Wiedergutmachung. Siehe: Graml, Hermann, Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Martin Broszat (Hg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 179f. Kurt Sontheimer und Peter Steinbach zogen ein positives Fazit. Siehe: Sontheimer, Kurt, Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik, München 1991, S. 183ff. Sowie: Sontheimer, Kurt, So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999, S. 44ff. u. 50. Siehe auch: Steinbach, Peter, Vergangenheit als Last und Chance. Vergangenheitsbewältigung in den 50er-Jahren, in: Jürgen Weber (Hg.), Aufbau und Neuorientierung. Die Geschichte der Bundesrepublik 1950-1955, Landsberg a. Lech 1998, S. 353. Der heftigste Kontrahent der Verdrängungsthese war Manfred Kittel mit der Behauptung, die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und ihren Nachwirkungen sei immer ein zentrales Thema bundesdeutscher Politik gewesen. Siehe: Kittel, Manfred, Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Frankfurt a. M./ Berlin 1993, S. 139. Norbert Frei schlussfolgerte, die Regierung zu Beginn der 50er-Jahre habe zugunsten der Westanbindung moralische Versäumnisse und politische Folgeschäden akzeptiert. Siehe: Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik, S. 401f. u. 406.

<sup>13</sup> Der Begriff „Vergangenheitspolitik“ wurde von Norbert Frei eingeführt und umfasste den Prozess der Amnestie, Integration und Abgrenzung. Dieser Prozess dauerte etwa bis 1955 an und war durch eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz gekennzeichnet. Nach Buschke hat der Terminus den Vorteil, dass er konkrete politische Maßnahmen impliziert und deren Wirkungen in der Öffentlichkeit beachtet. Somit lässt er sich von dem wenig präzisen Topos der Vergangenheitsbewältigung abgrenzen, unter dem jede Form von politischem Handeln als Reaktion auf das „Dritte Reich“ verstanden werden kann. Siehe: Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik in den fünfziger Jahren, in: Wilfried Loth/ Bernd-A. Rusinek (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M. /New York 1998, S. 80. Sowie: Buschke, Heiko, Deutsche Presse, Rechtsextremismus und nationalsozialistische Vergangenheit in der Ära Adenauer, Frankfurt a. M./ New York 2003, S.12.

wurde Goebbels ehemaliger Staatssekretär in die Kategorie II eingestuft. Damit wurde ihm sein aktives und passives Wahlrecht entzogen.<sup>14</sup> Im Dezember 1954 machte der Sechste Strafsenat des Bundesgerichtshofs den juristischen Vorgängen ein Ende. Trotz des Drucks von Politik und einem Großteil der Öffentlichkeit, lehnten die Richter die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen Naumann ab.<sup>15</sup>

Vor diesem Hintergrund mag es daher kaum überraschen, dass sich in den 50er- und 60er-Jahren wenige Forscher der Naumann-Affäre als integralem Bestandteil des Rechtsradikalismus in Deutschland annahmen. Die erste, noch sehr grobe Ausführung stammte von Alistair Horne aus dem Jahr 1956.<sup>16</sup> Mit Ausnahme zeitgenössischer Schilderungen in Periodika<sup>17</sup> galt die Darstellung der Naumann-Affäre von Manfred Jenke, erschienen 1961, als Pionierleistung. In seinem Buch „Verschwörung von rechts“ bettete er den Naumann-Fall in die Integrationspolitik der Liberalen in Nordrhein-Westfalen ein. Die Fakten wurden allerdings oftmals zugunsten Naumanns ausgelegt und teilweise entstellt. Jenke ergriff Partei für Naumann und bestritt, dass dieser die Demokratie habe gefährden wollen.<sup>18</sup>

Akribischer verfuhr der amerikanische Wissenschaftler Kurt P. Tauber 1967 in seinem Werk „Beyond Eagle and Swastika“. Er betrachtete den Kreis um den ehemaligen Staatssekretär als eine unter mehreren Initiativen zur Reaktivierung der ehemaligen Nationalsozialisten. Tauber wog das Für- und Wider einer Gefährdung der Demokratie gegeneinander ab und kam zu dem Schluss, dass zum Zeitpunkt der Verhaftung der Verdächtigen zwar keine akute Bedrohung bestanden habe, die Naumann-Gruppe sich bei Nichteinschreiten der Besatzungsmächte aber zu einer Gefahr hätte entwickeln können.<sup>19</sup> Zwei Jahre später sah Lutz Niethammer die Infiltrationsbemühungen für die ehemaligen Nationalsozialisten als Misserfolg an. Er begründete dies damit, dass sie aus Mangel an programmatischen und persönlich-sentimentalen Bindungen keine überparteiliche Klammerung oder Koordinierung zustande brachten, sondern von den einzelnen Organisationen und der Westintegration im Ganzen mitgerissen worden wären.<sup>20</sup>

---

<sup>14</sup> AdG, 27.8.1953, S. 4136.

<sup>15</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 391.

<sup>16</sup> Horne, Alistair, Return to Power. A Report on the new Germany, New York 1956.

<sup>17</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau, 9.6.-13.6.1953, (Die Totengräber sind unter uns).

<sup>18</sup> Vgl. Jenke, Manfred, Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961, S. 161-184.

<sup>19</sup> Tauber, Kurt P., Beyond Eagle and Swastika. Germans Nationalism since 1945, 2 Bd., Middletown 1967, S. 132-146, 891-898.

<sup>20</sup> Niethammer, Lutz, Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt a. M. 1969, S. 42.

Eine Gegenposition nahm Reinhard Opitz ein. In seiner Arbeit über „Faschismus und Neofaschismus“ aus dem Jahre 1984 vertrat er die These, dass das Naumann-Netzwerk den Bestand der Demokratie gefährdet habe. Seine Quellenbasis war allerdings relativ gering und beschränkte sich hauptsächlich auf die Ausführungen von Fried Wesemann in der „Frankfurter Rundschau“.<sup>21</sup> Opitz war der Meinung, dass die Zusammenkünfte des „Düsseldorfer- und Hamburger Kreises“ im November 1952 der Orientierung auf eine noch stärkere Infiltration in den anvisierten Rechtsparteien gedient hätten. Die Parteien wären dann später in der „Nationalen Sammlung“ zusammengeführt worden.<sup>22</sup>

Die Naumann-Affäre wurde auch im Rahmen zahlreicher FDP-nahestehender Studien behandelt, die ein skandalöses Verständnis für die Verschwörer zeigten. 1967 erschien eine Arbeit von Jörg Michael Gutscher, der die Naumann-Affäre im Rahmen parteipolitischer Kontroversen der FDP untersuchte.<sup>23</sup> Gutscher bot wichtige Einzelinformationen und stützte sich vorwiegend auf nicht veröffentlichte Quellen der Freidemokraten. Dabei ignorierte er die speziellen politischen Intentionen, die diesen Materialien teilweise zugrunde gelegen hatten. Einige seiner Resultate sind daher nicht haltbar, was auch mitunter aus einem Mangel an wissenschaftlicher Distanz resultierte. 1972 erschien das Buch „Die FDP. Fakten, Daten, Hintergründe“ des ehemaligen FDP-Politikers Erich Mende. Darin thematisierte er parteiinterne und nicht allgemein bekannte Vorgänge sowie Erklärungen seines späteren politischen Werdegangs. Es entstand eine bunte Mischung aus Fakten, Beurteilungen und Vorwürfen, in welcher die Vorgänge um Naumann in unzulässiger Weise verharmlost wurden.<sup>24</sup> Über die Unterwanderung des Landesverbandes Niedersachsen wurde 1978 eine Untersuchung von Marten erstellt, die allerdings wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügte.<sup>25</sup> Bei Theodor Rütten fand sich in der Darstellung „Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955“ eine knappe Erörterung der Naumann-Affäre, die nahezu ausschließlich auf Quellenmaterial aus dem Nachlass von Blücher basierte. Die Geschehnisse in einen Bezug zur FDP setzend, bemühte sich Rütten erstmalig aus Naumanns Äußerungen in diversen Vortragsmaterialien sowohl eine Ideologie als auch eine Programmatik herauszustellen. Unverkennbar in seiner Erörterung

---

<sup>21</sup> Opitz, Faschismus und Neofaschismus, S. 204-215.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 215.

<sup>23</sup> Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 151-164.

<sup>24</sup> Vgl. Mende, Erich, Die FDP. Fakten, Daten, Hintergründe, ohne Ort 1972, S. 42ff.

<sup>25</sup> Marten, Heinz Georg, Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen, Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945-1955. Eine politiksoziologische Untersuchung der krisenreichen Neubelebung des politischen Liberalismus unter besonderer Berücksichtigung der innerparteilichen, programmatischen und sozialstrukturellen Konstitutionsbedingungen des niedersächsischen FDP-Landesverbandes, Göttingen/ Frankfurt a. M./ Zürich 1978.

war allerdings eine gewisse Sympathie für die FDP.<sup>26</sup> Rütten verneinte die Existenz einer realen Gefahr durch den Naumann-Kreis. Er war der Auffassung, dass auch ohne den Zugriff des englischen Geheimdienstes ein „Ende der Verfilzung“ des rechten FDP-Flügels mit nationalistischen Gruppen absehbar gewesen sei.<sup>27</sup> Der Autor vertrat die Meinung, dass die Zustimmung zur Westintegration durch die Exponenten des rechten FDP-Flügels Ende des Jahres 1952 den anfänglich so von den Briten genannten „Gauleiter-Kreis“ und die mit ihm in Kontakt stehenden übrigen rechtsradikalen Gruppen davon abgebracht habe, die FDP als organisatorisches Sprungbrett für eine neue nationalsozialistische Bewegung nutzen zu wollen.<sup>28</sup> Rütten belegte diese These durch Briefe Wilhelm Kiefers<sup>29</sup> an Naumann im November 1952, auf die allerdings keine Rückschriften vorlagen. Aus den Äußerungen Kiefers zog der Verfasser die Schlussfolgerung, dass die FDP zur Jahreswende 1953 für den Naumann-Kreis die Bedeutung verlor, die sie noch 1950 innegehabt habe.<sup>30</sup> 1987 veröffentlichte Jürgen Dittberner eine FDP-bezogene Deutung der Naumann-Affäre. Für den Autor erfolgten das Publikwerden und die innerparteiliche Behandlung des Skandals mit Blick auf die ein halbes Jahr nach der Verhaftung Naumanns stattfindenden Bundestagswahlen.<sup>31</sup> Bezüglich der Freidemokraten gewann Dittberner der Affäre etwas Positives ab. Diese habe „unideologischen und technokratisch-orientierten Nachwuchspolitikern“ ermöglicht, sich durchzusetzen.<sup>32</sup>

1992 und ähnlich noch einmal 1998 legte Gerhard Papke in seinen FDP-konzentrierten Darstellungen einen Schwerpunkt auf die politischen Folgen. Er vertrat die These, dass die „partei- oder gar strafrechtliche Relevanz der Naumann-Affäre in der Publizistik, aber auch im wissenschaftlichen Schrifttum, teilweise erheblich überzeichnet“ worden sei. „Noch in jüngster Zeit“ werde „zudem bar jeder Quellenkenntnis mit völlig falschen Behauptungen hantiert“.<sup>33</sup> Kristian Buchna, der in seiner Untersuchung der „Nationalen

---

<sup>26</sup> Vgl. Rütten, Theo, *Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten*, Baden-Baden 1984, S. 248. Die „Naivität und Selbstüberschätzung“ der Strategen einer Nationalen Sammlung habe zugelassen, „dass auf der Ebene der hauptamtlichen Geschäftsführer [...] von einer Einbruchsstelle neonazistischer Elemente in die Landesverbände Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gesprochen werden muss.“

<sup>27</sup> Ebenda, S. 251.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 249.

<sup>29</sup> Die „Gauleiter-Studie“ der Briten betitelte Wilhelm Kiefer als „Spiritus Rector“ des Rechtsradikalismus.

<sup>30</sup> Rütten, *Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955*, S. 251.

<sup>31</sup> Dittberner, Jürgen, *FDP-Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik*, Opladen 1987, S. 33.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 34.

<sup>33</sup> Papke, Gerhard, *Unser Ziel ist eine unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956*, Baden-Baden 1992, S. 102-107. Dabei bezog er sich auf Brunn, bei dem es fälschlicherweise hieß, der britische Kommissar habe eine Anzahl „hochstehender FDP-Politiker“ verhaftet

Sammlung“ an Rhein und Ruhr sogar Hauptakteure des Netzwerkes wie Ernst Achenbach, Wolfgang Diewerge und Friedrich Grimm detailliert biographisch beleuchtete, zog das fragwürdige Fazit: „Dass vom suspekten Naumann-Kreis an sich eine ernsthafte Gefahr, in welcher Hinsicht auch immer ausgegangen wäre, erscheint höchst zweifelhaft. Die Aktivitäten erschienen sich eher in einem Postengeschacher und den daraus resultierenden Versuchen begrenzter Einflussnahme zu erschöpfen.“<sup>34</sup> Buchna schrieb Naumann „in dem seit Jahren von oberster Stelle systematisch betriebenen Prozess der Integration ehemaliger aktiver Nationalsozialisten in Schlüsselpositionen des Landesverbandes“ allenfalls eine „Nebenrolle“ zu. Er pflichtete Papke, der seit 2005 selbst Vorsitzender der FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag ist, sogar bei, dass „die Hintergründe der Naumann-Affäre häufig überzeichnet oder schlichtweg falsch dargestellt“ wurden.<sup>35</sup>

In Parteistudien zur CDU, SPD, DP, SRP oder zum BHE wurde die Naumann-Problematik kaum behandelt. Selbst in den zahlreichen Studien zu den ereignisgeschichtlichen Zusammenhängen des Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945 wurde sie nur fragmentarisch untersucht. Unter den neueren Arbeiten über den Rechtsextremismus der Nachkriegszeit sind hier die Studien von Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke<sup>36</sup>, Richard Stöss<sup>37</sup>, Wolfgang Benz<sup>38</sup>, Uwe Backes und Eckehard Jesse<sup>39</sup> sowie Wolfgang Kowalksy und Wolfgang Schroeder<sup>40</sup> zu nennen. Die Schwerpunkte der Arbeiten lagen dabei sowohl auf partei- und wahlhistorischen Aspekten als auch auf programmatischen und ideologischen Angeboten des rechtsextremen Spektrums. Parteien und Gruppen wurden unabhängig untersucht, sodass zwar eine breite Bewegung am äußeren rechten Rand der Regierungsparteien konstatiert werden konnte, jedoch dennoch

---

lassen. Vgl. Brunn, Gerhard, „Jungtürken“ an die Macht. Die sozialliberalen Koalitionen von 1956 und 1966 in Düsseldorf – Vorspiel für die Bundesrepublik? in: Ders. (Hg.), Neuland Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/56, Essen 1986, S. 127. Ähnlich auch bei Papke, Gerhard, Liberale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1960, Düsseldorf 1998, S. 161-177.

<sup>34</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 222.

<sup>35</sup> Vgl. Ebenda, S. 134.

<sup>36</sup> Dudek, Peter/ Jaschke, Hans-Gerd, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Dokumente und Materialien, 2 Bde., Opladen 1984.

<sup>37</sup> Stöss, Richard, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989.

<sup>38</sup> Benz, Wolfgang (Hg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a. M. 1989.

<sup>39</sup> Backes, Uwe/ Jesse, Eckehard, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bde., Köln 1989.

<sup>40</sup> Kowalksy, Wolfgang/ Schroeder, Wolfgang (Hg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994.

die unbedingte Stabilität der Demokratie bejaht wurde. Das Ergebnis wäre bei Einbezug ausführlicher Untersuchungen des Naumann-Falles schwer haltbar gewesen. Dies ist sicherlich auch zum Teil auf die verharmlosenden Resultate der Autoren, die sich im Rahmen der FDP-Parteigeschichte mit der Naumann-Affäre beschäftigten, zurückzuführen. Die Bagatellisierung ging mitunter so weit, dass in einer Untersuchung des parteipolitischen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1945-1989 resümiert wurde: „Das politische System der Bundesrepublik war – zumindest bis heute – nie wirklich durch die rechtsextremen Parteien und rechtsradikalen Bewegungen gefährdet. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass trotz aller personeller Verflechtungen und Zusammenarbeit eine einigende Persönlichkeit fehlte [...]“<sup>41</sup>

Anfang der 90er-Jahre wurde die Naumann-Affäre bei der Beschäftigung mit den Themen „Vergangenheitsbewältigung“ oder „Vergangenheitspolitik“ wieder entdeckt.<sup>42</sup> 1993 behandelte Manfred Kittel den Naumann-Kreis im Rahmen einer Arbeit über die Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer unter dem Titel „Legende von der 'Zweiten Schuld'“. Durch einerseits undifferenzierte und andererseits nicht belegte Aussagen verfälschte er diverse Zusammenhänge. Ob der Naumann-Kreis tatsächlich eine Gefahr darstellte, blieb bei ihm unklar. Besondere Beachtung verdient die Studie von Norbert Frei, erschienen 1996. Frei stellte das Gerichtsverfahren gegen Naumann in einen innen- und außenpolitischen Zusammenhang.<sup>43</sup> Er nahm die Zielsetzung des ehemaligen Staatssekretärs durchaus ernst, betonte aber gleichzeitig, dass die Regierung, allen voran Adenauer, durch das Vorgehen in dem Skandal die Stabilität der Demokratie bewiesen habe. Im gleichen Jahr gelang Ulrich Herbert in seiner umfangreichen Biographie über Werner Best eine kritische Einordnung der Naumann-Affäre.<sup>44</sup> Nach Herbert habe die Verhaftung der Naumann-Gruppe deutlich gemacht, dass die politische Betätigung ehemals führender Nationalsozialisten in offen oder verkappt neonationalsozialistischem Sinne, von der Bundesregierung nicht als toleranzfähig angesehen wurde.<sup>45</sup> Eine reale Gefahr habe nach Herbert nicht existiert.

War die Naumann-Affäre wirklich nur eine Episode oder stellten die Rechtsextremisten um den ehemaligen Staatssekretär im RMVP nicht vielmehr eine reale Bedrohung dar,

---

<sup>41</sup> Wetzel, Juliane, Der parteipolitische Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1945-1989, in: Wolfgang Kowalsky/ Wolfgang Schroeder (Hg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 99f.

<sup>42</sup> Buchna, Kristian, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 15.

<sup>43</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 361-369.

<sup>44</sup> Herbert, Ulrich, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903-1989, Bonn 1996, S. 467-476.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 474.

deren Verharmlosung Teil der Abwehrstrategie der BRD war? Angesichts der Schlussstrich-Mentalität der frühen 50er-Jahre, der wachsenden Kritik an der Entnazifizierung<sup>46</sup>, der Solidarisierung mit den Kriegsgefangenen<sup>47</sup>, der Integration der NS-Verwaltungs-  
eliten<sup>48</sup> und schließlich dem Straffreiheitsgesetz zur Wiedereingliederung selbst schwerst-  
belasteter Funktionseliten<sup>49</sup>, ist die Frage zu stellen, wie stabil die Bundesrepublik  
tatsächlich war. Zwar hatte das Bundesverfassungsgericht am 23. Oktober die rechtsextre-  
mistische SRP verboten, jedoch war dies auf Druck der Alliierten geschehen. Die SRP  
hatte 1951 bei den niedersächsischen Landtagswahlen 11 Prozent des Gesamtstimmens  
erhalten und damit gezeigt, welches rechtsextremistische Potenzial mobilisierbar war.<sup>50</sup>

Zu fragen ist weiterhin: Welche Motive hatten die Briten für ihr Eingreifen? Ging es  
darum die eigene Position gegenüber der BRD zu stärken? Dies läge nahe, drohte ihnen  
doch aufgrund wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Schwächen der Verlust  
ihres Weltmachtstatus.<sup>51</sup> Denn während die Vereinigten Staaten aktiv die europäische  
Nachkriegsordnung gestalteten, wurde das Vereinigte Königreich immer mehr in die  
Rolle des „Juniorpartners“ gedrängt<sup>52</sup>, da es sich eine Besatzungszone im Grunde nicht  
leisten konnte und seine militärischen Ressourcen an den Brennpunkten des untergehen-  
den Kolonialreiches dringender als in Deutschland gebraucht wurden.<sup>53</sup> Oder war Werner  
Naumann eine reale Gefahr, die die Briten erkannten und abwehren mussten?

Handelte es sich bei dem Netzwerk um Goebbels' ehemaligen Staatssekretär nur um eine  
„kleine Minderheit Ewiggestriger“, wie in zeitgenössischen Darstellungen behauptet oder  
konnte er auf eine breite Anhängerschaft vertrauen? Waren nur Mitglieder der FDP in

---

<sup>46</sup> Bereits vor der ersten Bundestagswahl 1949 waren die Amnestiebewegungen von Kirchen, Verbänden  
und Politik in die Offensive gegangen und sämtliche Parteien hatten mit dem Buhlen um die Stimmen der  
Mitläufer begonnen. Vgl. Schildt, Axel, Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit, in:  
Loth, Wilfried/ Rusinek, Bernd-A. (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nach-  
kriegsgesellschaft, Frankfurt a. M./ New York 1998, S. 34f.

<sup>47</sup> Vor dem Weihnachtsfest 1951 hatten die Fraktionen der FDP, CDU/CSU und DP einen Antrag auf  
Freilassung Deutscher in fremden Gewahrsam gestellt. Vgl. BA, B 136/1878/256, Deutscher Bundestag, I.  
WP, Drucksache 2845.

<sup>48</sup> Ruck, Michael, Kontinuität und Wandel. Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in  
der Bundesrepublik, in: Loth, Wilfried/ Rusinek, Bernd-A. (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der  
westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M./ New York 1998, S. 132.

<sup>49</sup> Schildt, Axel, Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit, S. 37.  
Vgl. dazu auch: Nolte, Ernst, Die Deutschen und ihre Vergangenheiten. Erinnerung und Vergessen von der  
Reichsgründung Bismarcks bis heute, Berlin/ Frankfurt a. M. 1995, S. 93. Ein faktischer Straferlass trat ein,  
darunter auch die großzügige Regelung der Beamtenfrage mit Artikel 131.

<sup>50</sup> Amt des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland (Hg.), 7. Bericht über Deutschland 1. April  
bis 30. Juni 1951, ohne Ort, S. 33.

<sup>51</sup> Vgl. Gersdorff, Gero von, Adenauers Außenpolitik gegenüber den Siegermächten. Westdeutsche Bewaff-  
nung und innerdeutsche Politik, München 1994, S. 187ff.

<sup>52</sup> Gossel, Daniel, Briten, Deutsche und Europa. Die Deutsche Frage in der britischen Außenpolitik 1945-  
1962, Stuttgart 1999, S. 20.

<sup>53</sup> Koop, Volker, Besetzt. Britische Besatzungspolitik in Deutschland, Berlin 2007, S. 299.

seinen Kreis eingebunden oder betraf dies auch Angehörige anderer demokratischer Parteien?

Diese Fragen, die im Rahmen der Untersuchung geklärt werden, beziehen sich auf einen Extremismusbegriff, von dem keine allgemein anerkannte Definition oder Theorie existiert<sup>54</sup>, sodass dieser kurz problematisiert werden soll. Eine klare Begriffsabgrenzung gegenüber Neofaschismus, Radikalismus und Nationalsozialismus ist in der Literatur bislang nicht eindeutig vorgenommen worden.<sup>55</sup> Erst 1973 fand der Extremismusbegriff überhaupt Eingang in den amtlichen Sprachgebrauch, bis dahin redete man pauschalisierend von Radikalismus.<sup>56</sup> Dieser Terminus muss jedoch vom Begriff des Extremismus unterschieden werden. Im Gegensatz zu Extremisten setzen sich Radikale zwar mit der Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft auseinander, bewegen sich aber bei der Wahl der Umgestaltungsmittel innerhalb der bestehenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Damit sind sie nicht extremistisch, sondern Bestandteil der Demokratie.<sup>57</sup> Daneben wird auch der Begriff der Verfassungswidrigkeit gebraucht, welcher aus dem Verfassungsrecht stammt. Er definiert eine politische Gruppierung, die eine „aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung“ an den Tag legt und deshalb auf Antrag durch das Bundesverfassungsrecht verboten werden kann.<sup>58</sup>

Während Skeptiker eine Definition kritisieren, da Extremismus oft als politischer Kampfbegriff missbraucht wurde<sup>59</sup>, fordern Befürworter eine Begriffsbildung nach klar

---

<sup>54</sup> Stöss, Richard, *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin 2005, S. 13.

<sup>55</sup> Vgl. Opitz, Reinhard, *Faschismus und Neofaschismus*, S. 182.

<sup>56</sup> Fetscher definierte Rechtsradikalismus als Theorie, Bewegung und Ideologie, die auf Rückgängigmachung eines in der Gesellschaft bereits erreichten Zustands der politischen und sozialen Demokratisierung abzielen. Die Bewegung sei dabei entschlossen, sich auch illegaler Mittel zu bedienen. Siehe: Fetscher, Iring, *Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik*, in: Iring Fetscher (Hg.), *Rechtsradikalismus*, Frankfurt a. M. 1967, S. 13.

<sup>57</sup> Brodtkorb, Mathias, *Metamorphosen von Rechts. Eine Einführung in die Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus*, Münster 2003, S. 15.

<sup>58</sup> Ebenda S. 14f.

<sup>59</sup> Dies belegte schon Schäfer, der erklärte, wenn Begriffe wie Faschismus und Rechtsradikalismus sinnvoll sein sollen, müssten sie in Front auf die Entfaltung der Demokratie gesehen werden. Einen genauen Sinn könnten sie aber erst bekommen, wenn ihre spezifische Funktion in bestimmten Momenten des historischen Kampfes geklärt werde, aus dem sie hervorgegangen sind. Siehe: Schäfer, Gerd, *Die Chancen der Nationaldemokraten*, in: Iring Fetscher (Hg.), *Rechtsradikalismus*, Frankfurt a. M. 1967, S. 76. Wippermann kritisiert, dass der Begriff auf solche verfassungswidrigen Bestrebungen eingegrenzt sei, die an dem äußeren rechten oder linken Rand des Parteiensystems angesiedelt sind. Problematisch dabei sei, dass es ganz auf den politischen Standpunkt des Richters ankomme, ob eine Partei als links- oder rechtsextremistisch klassifiziert werde. Auch müssen die Gefahren für den Bestand der Demokratie nicht nur von den Extremen kommen, sie können auch aus der Mitte der Gesellschaft oder von oben stammen. Siehe: Wippermann, Wolfgang, „Doch ein Begriff muss bei dem Worte sein“. Über „Extremismus“, „Faschismus“, „Totalitarismus“ und „Neofaschismus“, in: Siegfried Jäger/ Alfred Schober (Hg.), *Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus, Rechtsextremismus, Rassismus. Kontinuitäten und Brüche*, Duisburg 2000, S. 23f.

definierten Maßstäben.<sup>60</sup> Von der demokratischen Mitte werden zwei gleichermaßen extremistische Fraktionen abgegrenzt, das links- und rechtsextremistische Lager.<sup>61</sup> Ein gemeinsamer Nenner ist hier die Beschreibung des Extremismus als Antithese zur freiheitlichen Demokratie<sup>62</sup>, an dem sich auch die Arbeit orientieren wird.

Als Hauptquelle zur gesamten Naumann-Affäre dienten zeitgenössische Geheimdienstunterlagen aus den britischen National Archives in London, welche seit 2008 fast vollständig einzusehen sind. Hier fanden sich Materialien, die nach der Verhaftung der Delinquenten in deren Wohnungen beschlagnahmt worden waren, deren Auswertungen sowie transkribierte Abhör- und Verhörprotokolle. Aufschlussreich für Naumanns politische Doktrinen und Pläne waren vor allem seine Notizen, die er über den Zeitraum der drei Jahre vor der Verhaftung anfertigte. Obwohl in diesen Aufzeichnungen bedauerliche Lücken klaffen, zeigen die gefundenen Ausschnitte jedoch ein klares Bild.<sup>63</sup> Für den Nachweis von Mitgliedern und deren Aktivitäten im Naumann-Kreis war insbesondere das konfiszierte Tagebuch Naumanns, welches zwischen 1950 und 1951 entstand, bedeutsam. In den Verhören durch die Briten erklärte Naumann jedoch, dass sein wichtigstes politisches Tagebuch nicht im Besitz der Briten sei, weil er es zur sicheren Verwahrung einem US-Offizier der Besatzungsmächte übergeben habe, dessen Namen er sich weigerte preiszugeben. Dieses zweite Tagebuch, welches den Zeitraum zwischen September 1951 und Dezember 1952 beschreibt, konnte nie entdeckt werden.<sup>64</sup>

---

<sup>60</sup> Siehe dazu: Backes/ Jesse, Vergleichende Extremismusforschung 2005, S. 52. So versteht Falter unter Extremismus beispielsweise die antipluralistische und monistische Haltung, die Konflikte und gesellschaftliche Ambivalenzen als illegitim betrachtet und ihre Abschaffung verspricht. Typisch seien unter anderem ein in Freund-Feind-Kategorien arbeitendes Weltbild, extremer Nationalismus, Ethnozentrismus oder Rassismus, ökonomischer Konservatismus und die strikte Ablehnung der gegenwärtigen Gesellschaftsform und ihrer politischen Organisation. Siehe: Falter, Jürgen, Wählerwanderungen vom Liberalismus zu (rechts-) extremen Parteien. Ein Forschungsbericht am Beispiel des NSDAP-Aufstiegs 1928-1933 und der NPD-Erfolge 1966-1970, in: Lothar Albertin (Hg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980, S. 96. Für Pfahl-Traughber ist der politische Extremismus ein Abgrenzungsbegriff, der sich auf unterschiedliche politische Phänomene bezieht, die sich zwar ideologisch stark unterscheiden können, aber bei der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats formale Gemeinsamkeiten aufweisen: offensive und defensive Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus bzw. kategorischer Utopieverzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus, antipluralistisches Politik- und Gesellschaftsverständnis. Siehe: Pfahl-Traughber, Armin, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 2000, S. 12f. Demgegenüber sind für Richard Stöss wesentliche Merkmale rechtsextremer Welt-sicht: Nationalismus, Rassismus, ein autoritäres Staatsverständnis sowie die Ideologie der Volksgemeinschaft. Siehe: Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, S. 17. Ähnlich auch: Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, Opladen 2001, S. 30.

<sup>61</sup> Brodtkorb, Mathias, Metamorphosen von Rechts, S. 14.

<sup>62</sup> Diese Definition lehnt sich an den Extremismusbegriff bei Backes und Jesse an, die unter Extremismus die politische Position verstehen, die es ablehnt, sich in die Demokratie einzufügen, die vielmehr einen totalitären Anspruch mit allen Konsequenzen erhebt. Siehe: Backes/ Jesse, Politischer Extremismus, S. 44.

<sup>63</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>64</sup> Ebenda.

Unter den Materialien fanden sich auch viele Briefe an Naumann. Erschwerend für die Rekonstruktion der Vorgänge wirkte sich aus, dass nur die Antworten der Angeschriebenen vorhanden waren, nicht jedoch die Briefe Naumanns. Insbesondere die Botschaften seines engen Freundes Oswald Mosley waren schwer zu entziffern, da er sie „zur Übung“ auf Deutsch verfasste. Einige von Naumanns Auslandskontakten und auch die Pläne, die er mit ihnen schmiedete, ließen sich nicht im Detail nachvollziehen. Dies lag daran, dass Naumann das einzige Mitglied des Kreises war, das vollständig über die ausländischen Kontakte informiert war. Er weigerte sich in den Verhören durch die Briten nähere Auskünfte zu geben. Naumanns wichtigste Treffen mit diesen Kontaktpersonen fanden außerhalb der Bundesrepublik statt, wodurch die Forschungen der Engländer sehr erschwert wurden. Die Anweisungen des britischen Außenministeriums schlossen einen Informationsaustausch mit dem französischen Geheimdienst aus. Über die Infiltration der FDP enthielten die beschlagnahmten Dokumente, ähnlich wie bei den anderen Parteien, nur wenig Informationen. Dafür gab es zwei Gründe. Die Kontrolle der Beziehungen zu den Freidemokraten lag ausschließlich in Naumanns Händen, vor allem in Nordrhein-Westfalen, wo es die engsten Beziehungen gab. Aufgrund der räumlichen Nähe bestand für Naumann wenig Notwendigkeit für Korrespondenz mit seinen Mittelsmännern bei den Liberalen, da er diese ja regelmäßig persönlich traf oder mit ihnen telefonierte. Die meisten Informationen der Briten basierten hier auf abgehörten Telefonaten.<sup>65</sup>

Nutzbringend für die Untersuchung der Zerschlagung des Naumann-Kreises war der Schriftwechsel zwischen den Briten auf der einen Seite und der Bundesregierung, den Amerikanern und Franzosen auf der anderen Seite. Diese Akten zeigten, dass die Aufdeckung der Naumann-Affäre zugleich auch eine Untersuchung der restaurativen Tendenzen und Wiederverwendung ehemaliger Nationalsozialisten in öffentlichen Positionen und in der Industrie war.

Für die Betrachtung der Vorgänge in den einzelnen Parteien, insbesondere der FDP, wurde neben den britischen Geheimdienstunterlagen auch der Nachlass Franz Blüchers im Bundesarchiv Koblenz ausgewertet, sowie die Bestände zur Naumann-Affäre im Nachlass von Thomas Dehler und Wolfgang Döring im Archiv der Liberalität in Gummersbach. Die drei Genannten waren aufgrund ihrer Positionen als FDP-Vorsitzender und Vizekanzler, als Bundesjustizminister sowie als Geschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen unmittelbar in die parteiinternen Vorgänge und

---

<sup>65</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Ermittlungen eingebunden und durch ihre Ämter in der Lage, vertrauliche Informationen aus Quellen zu erhalten, die der Allgemeinheit unzugänglich waren. Wenig aussagekräftig war der Nachlass von Werner Best im Bundesarchiv in Koblenz, der keine Hinweise auf seine Tätigkeit in der FDP enthielt. Hilfreich, um die zeitgenössischen Pressebehauptungen über den BHE und die Verstrickungen seines damaligen Vorsitzenden Waldemar Kraft einzuordnen, war vor allem sein Nachlass im Niedersächsischen Landesarchiv (NLA-Hstah), welcher 2008 freigegeben wurde.

Um Ostkontakte zu verifizieren, wurden sämtliche relevante Stasiunterlagen eingesehen, die allerdings wenig Aufschluss gaben. Welche Unterlagen im Bundesamt für Verfassungsschutz zur Thematik archiviert wurden, konnte nicht ermittelt werden. Eine Anfrage ist seit 2009 in Bearbeitung.

Es fanden sich auch abgedruckt wichtige Quellen. Zu nennen sind die „Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945“ oder das „Archiv der Gegenwart“. Hilfreiche Erläuterungen gab Kirkpatrick in seinen Memoiren.<sup>66</sup> Als wertvolle gedruckte Quellen bezüglich der Haltung des Bundeskanzlers erwiesen sich die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes<sup>67</sup>, die „Teegespräche“<sup>68</sup>, die „Briefe“<sup>69</sup> und die „Erinnerungen“<sup>70</sup>. Auch das Tagebuch des Staatssekretärs Lenz<sup>71</sup> stellte eine Hilfe dar, um das Agieren des Kanzlers einzuordnen.

Weitere wichtige Quellen, besonders im Hinblick auf die Reaktionen der Öffentlichkeit, waren diverse zeitgenössische Periodika. Durch deren Hinzuziehung konnten Entwicklungen, die in der Forschung aufgezeigt wurden, überschaubar gemacht und beurteilt werden.<sup>72</sup> Auch von Naumann selbst und nicht näher definierten „Freunden“ gab es eine Darstellung der Vorgänge. Apologetisch und durchaus in der Kontinuität nationalsozialistischer Denkmuster wurden die Ereignisse unter dem Titel „Nau-Nau gefährdet das Empire?“ geschildert. Ziel des Buches war es, dass „an diesem Propaganda-Monstrum vielmehr die wirklichen politischen Hintergründe und die damit verfolgten

---

<sup>66</sup> Kirkpatrick, Ivone, Im inneren Kreis. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin/ Frankfurt a. M. 1964.

<sup>67</sup> Buchstab, Günter/ Gotto, Klaus/ u.a. (Hg.), Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953-1957, Düsseldorf 1990. Sowie: Buchstab, Günter/ Gotto, Klaus/ u.a. (Hg.), Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953, Stuttgart 1986.

<sup>68</sup> Adenauer, Konrad, Teegespräche 1955-58, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986. Dazu auch: Adenauer, Konrad, Teegespräche 1950-54, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1984.

<sup>69</sup> Adenauer, Konrad, Briefe 1951-1953, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1987.

<sup>70</sup> Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1978.

<sup>71</sup> [Lenz] Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953, bearb. v. Klaus Gotto/ Hans-Otto Kleinmann/ Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989.

<sup>72</sup> Zur Problematik „Zeitung als Quelle“ siehe: Schlumberger, Frank, Das Adenauer Bild in der politischen Publizistik 1949-50. Die „Frankfurter Allgemeine“ als zeitgeschichtliche Quelle, Frankfurt a. M./ Bern/ New York/ Paris 1991, S. 10ff.

politischen Absichten als die einzig echten Fakten des ganzen so genannten 'Naumann-Falles' enthüllt werden“ sollten.<sup>73</sup> Eine zweite Apologie erstellte Friedrich Grimm, ein Verteidiger Naumanns. Grimm verurteilte das Vorgehen der Engländer und hinterfragte bei seiner Nachzeichnung des Gerichtsverfahrens die deutsche Justiz. Naumann wurde als „Märtyrer“ dargestellt.<sup>74</sup> Das Buch von Grimm, mit dem dieser einen „Meilenstein der in der Bundesrepublik betriebenen Holocaust-Leugnung“<sup>75</sup> setzte, erschien jedoch erst 1957, als die Affäre längst an Brisanz verloren hatte.

Aufgrund der Vielzahl der Quellen und involvierten Personen wird die Thematik in der vorliegenden Arbeit methodisch beschrieben und quellen- und ideologiekritisch in Anlehnung an das Vorgehen der egozentrierten Netzwerkanalyse<sup>76</sup> ausdifferenziert. Bei der egozentrierten Netzwerkanalyse werden die direkten Netzwerkumgebungen von Personen erhoben, indem diese Netzwerkmitglieder benennen und jene untereinander innerhalb des Netzwerkes in Relation gesetzt werden.<sup>77</sup> Dies geschah bei der Untersuchung anhand der Quellen, vor allem mittels der Abhörprotokolle und Briefwechsel. Die Netzwerkanalyse bot gegenüber der Gruppenanalyse, die nur eine spezifische Umwelt, nämlich den sogenannten Verkehrskreis, erfasst, den Vorteil, dass die innersystematische Dynamik, die aufgrund ihrer direkten und indirekten Beziehungen das Netz permanent erweitert, mit erfasst werden konnte.<sup>78</sup> Da es für den Begriff „Netzwerk“ weder eine standardisierte Bestimmung gibt, noch Einigkeit über den Nutzen des Begriffs als Metapher, Kategorie oder Theorie-Ansatz herrscht<sup>79</sup>, wird sich diese Arbeit an der Definition von Dorothea Jansen orientieren. Sie bezeichnet soziale

---

<sup>73</sup> Naumann, Werner, *Nau-Nau gefährdet das Empire?* Göttingen 1953, S. 6.

<sup>74</sup> Grimm, Friedrich, *Unrecht im Rechtsstaat. Tatsachen und Dokumente zur politischen Justiz dargestellt am Fall Naumann*, Tübingen 1957.

<sup>75</sup> Mayer, Elke, *Verfälschte Vergangenheit. Zur Entstehung der Holocaust-Leugnung in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung rechtsextremer Publizistik von 1945 bis 1970*, Frankfurt a. M. 2003, S. 188.

<sup>76</sup> Siehe zu den methodischen Grundlagen und instrumententheoretischen Eigenheiten der egozentrierten Netzwerkanalyse: Diaz-Bone, Rainer, *Egozentrierte Netzwerkanalyse und familiäre Beziehungssysteme*, Wiesbaden 1997. Sowie: Wolf, Christof, *Egozentrierte Netzwerke. Erhebungsverfahren und Datenqualität*, in: Andreas Diekmann (Hg.), *Methoden der Sozialforschung. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* Nr. 44 (2004), S. 244-273. Sowie: Stocké, Volker, *Determinanten und Konsequenzen von Nonresponse in egozentrierten Netzwerken*, in: *ZA-Informationen* 56 (2005), S. 18-49.

<sup>77</sup> Bei egozentrierten Netzwerkanalysen werden die direkten Netzwerkumgebungen erhoben, indem man Personen (ego) mit einer Frage (generator) konfrontiert, anhand derer sie Netzwerkakteure (alteri) benennen, mit denen sie vernetzt sind. Über die ego-alter-Beziehungen werden weitere Fragen (Interpretatoren) gestellt. Dann werden die Beziehungen zwischen den alteri, die alter-alter-Beziehungen erhoben. Erst mit ihnen wird die Einbettung von ego-alter-Relationen in das Netzwerk untersucht. Siehe dazu: Diaz-Bone, Rainer, *Gibt es eine qualitative Netzwerkanalyse?* in: Bettina Hollstein/ Florian Straus (Hg.), *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*, Wiesbaden 2006, S. 318.

<sup>78</sup> Jansen, Dorothea, *Einführung in die Netzwerkanalyse*, Opladen 2003, S. 58.

<sup>79</sup> Vgl. Schindler, Delia, *Die Rolle von Ideen und Deutungsmustern in der Politik: Wissenspolitologische Perspektiven auf Netzwerke*, in: Bettina Hollstein/ Florian Straus (Hg.), *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*, Wiesbaden 2006, S. 99.

Netzwerke als „eine Menge von Knoten oder Elementen und der Menge der zwischen ihnen verlaufenden so genannten Kanten.“ Dabei bilden die Akteure die Knoten und die Verbindungen werden durch die Kanten repräsentiert. Jansen gliedert die Netzwerke in einen engeren Kernbereich mit meist starken Beziehungen und eine weitere Zone mit meist schwachen Bindungen. Zudem wird das Netzwerk durch eine Peripherie indirekter beziehungsweise sehr lockerer Bindungen umgeben.<sup>80</sup> Dieses System konnte sehr gut auf das Naumann-Netzwerk mit seinem Prinzip des „Inneren-“ und „Äußeren Kreises“ übertragen werden.

Die Untersuchung wird sich historisch-deskriptiv chronologisch – wenngleich in ihrem Aufbau temporäre und systematische Elemente miteinander verbunden werden – mit drei großen Abschnitten beschäftigen: der Formierung des Naumann-Kreises, der Unterwanderung der Parteien und der Zerschlagung des Zirkels. Im ersten Abschnitt wird die Biographie von Werner Naumann als zentraler Figur und „charismatischen Führer“ des rechten Netzwerkes beleuchtet, der die Bruderschaft und die gerade erst gegründeten Soldatenverbände instrumentalisierte, um seinen „Inneren Kreis“ zu festigen und seinen „Äußeren Kreis“ aufzubauen.

Der zweite Abschnitt wird sich mit den parlamentarischen Kontakten des Naumann-Kreises beschäftigen. Hier werden die FDP, der BHE, die SRP, die DRP, die DG und die Nationale Bewegung untersucht. Insbesondere wird hier auch die Parteiengeschichte kurz thematisiert, um Hintergründe besser verständlich zu machen und Vorgänge einzuordnen. Schwerpunkte werden dabei bei den beiden Koalitionsparteien FDP und BHE gesetzt. Aus damaligen Periodika sind Kontakte des Naumann-Netzwerkes in die höchsten Ebenen dieser beiden Parteien bekannt, die jedoch nie ausführlich problematisiert wurden.

Während sehr gut erschlossen werden konnte, mit wem und wann Treffen stattgefunden hatten, konnte über den Inhalt der Besprechungen und Diskussionen oft nur gemutmaßt werden.<sup>81</sup> Daher werden der Arbeit Listen mit Angehörigen des Netzwerkes angehängt, die die Kontakte an sich belegen.

Im dritten Abschnitt wird die Zerschlagung des Naumann-Kreises 1953 durch die Briten analysiert. Hier werden Vorbereitungen, Verhaftung, Gerichtsverfahren sowie Haftentlassung und Freispruch untersucht. Innerhalb der genannten Punkte sollen

---

<sup>80</sup> Jansen, Einführung in die Netzwerkanalyse, S. 59.

<sup>81</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Vorgänge und Reaktionen auf Regierungsebene und in den Parteien mit Fokus auf der FDP, sowie die Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit und der Besatzungsmächte dargestellt werden, um einen Einblick in den Neofaschismus in der BRD der 50er-Jahre zu erhalten. Zuletzt wird sich die Arbeit mit den weiteren Aktivitäten Naumanns, seinem gescheiterten politischen Neustart 1953 und den Nachwirkungen der Naumann-Affäre beschäftigen.

## **I. Die Formierung des Naumann-Netzwerkes**

### **1. Naumanns NS-Blitzkarriere, das Untertauchen und der Neustart (1908-1950)**

Werner Naumann wurde am 16. Juni 1909 in Guhrau als Sohn des schlesischen Gutsbesitzers<sup>82</sup> und Amtsgerichtsrats Max Naumann geboren.<sup>83</sup> Bereits in früher Jugend war er stark sozialistisch geprägt. In dieser Zeit zog ihn weniger das nationale Element im Programm der NSDAP an, als vielmehr das Soziale. Mit 17 Jahren war er entschlossen nach einer Lösung für die „Ungerechtigkeit im sozialen Klassenkampf“ zu suchen. Ein junger Arbeiter lud ihn zu einem NS-Diskussionsabend ein. Hier fand der jugendliche Naumann den Geist der Kameradschaft, den er suchte. Er schrieb: „Ich war sofort dabei.“<sup>84</sup> Im Mai 1928 wurde Werner Naumann Mitglied der SA beim Sturm 18 in Görlitz und trat im Oktober des gleichen Jahres der NSDAP bei. Er hatte die Mitgliedsnummer 101399 und wurde somit Inhaber des Goldenen Parteiabzeichens.<sup>85</sup>

Seine schulische Laufbahn in Guhrau, Potsdam und Görlitz beendete Naumann 1929 mit dem Examen auf dem Realgymnasium mit „Auszeichnung“.<sup>86</sup> Ein Jugendfreund<sup>87</sup> schrieb, dass Naumann Klassenbester beim Abitur gewesen war. Er erinnerte sich, dass er ihn in diesen Tagen oft auch sprechen gehört habe, privat und politisch. Naumann habe

---

<sup>82</sup> Klee, Ernst, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945? Frankfurt a. M. 2003, S. 429.

<sup>83</sup> Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 160. Sowie: BStU, MfS HA IX/11 PA 1993, 000057, Kartei mit Vita.

<sup>84</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>85</sup> NARA, FO 371/103917, Übersetzung der Entscheidung des Innenministers von Nordrhein-Westfalen über die Einstufung Naumanns in Kategorie II, 24.8.1953, (Translation. Ministry of the Interior, Land North Rhine Westphalia). Sowie: BA, NL 80/272/253-259, Lebenslauf, Betreff: Dr. Werner Naumann.

<sup>86</sup> BA, NL 80/272/253-259, Lebenslauf, Betreff: Dr. Werner Naumann. Sowie: Klee, Personenlexikon zum Dritten Reich, S. 429.

<sup>87</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Der Name des Jugendfreundes ließ sich nicht ermitteln. Im White Paper wird er als SPD-Symphatisant von 1953 bezeichnet.

eine ungewöhnliche rhetorische Fähigkeit, enorme Energie und ein großes Talent besessen, sich selbst schriftlich und mündlich auszudrücken. Er sei bereits seit 1928 ein fanatischer Nationalsozialist gewesen und habe das Bild eines intelligenten jungen Mannes vermittelt, der einen politischen Glauben im eindrucksfähigsten Alter absorbierte.<sup>88</sup> 1929 wechselte Naumann – inzwischen zum SA-Truppenführer aufgestiegen – in die SS, der er bis 1932 angehörte, um danach wieder in die SA einzutreten.

Wie auch Joseph Goebbels verfolgte Naumann eine akademische Karriere. 1929 zog er nach Berlin und begann im gleichen Jahr ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. Währenddessen lernte Naumann den Reichspropagandaminister persönlich kennen. Er zog in die Hauptstadt und betätigte sich neben seinem Studium in der Gauleitung der NSDAP von Großberlin. Mit 21 Jahren wurde Werner Naumann zum Bezirksleiter Oberlausitz und Untergauleiter in Zentralschlesien ernannt.<sup>89</sup> 1931 unterbrach er sein Studium.<sup>90</sup> Er sagte selbst, dies sei erfolgt, um einem Befehl der Gauleitung Schlesiens Folge zu leisten, der ihn als Bezirksleiter in die Oberlausitz berief.<sup>91</sup> Auch hier engagierte er sich immens. So hielt er beispielsweise am 1. August 1931 in Liegnitz eine Rede mit dem Thema: „Stürzt Rot-Preußen“. Anwesend dabei waren etwa 1200 Personen. Zu dieser Zeit wirkte Naumann auch beim Aufbau illegaler Waffenlager mit. In einer Niederschrift eines Gesprächs zwischen dem Reichstagsabgeordneten Otto Buchwitz und einem namentlich nicht genannten Nationalsozialisten hieß es: „Vermittelt werden die Waffen durch den Studenten Werner Naumann, dessen Eltern [in der] Schützenstraße 13 wohnen. Naumann ist Begleitperson von Dr. Goebbels – Berlin.“<sup>92</sup> Bei der darauf folgenden Hausdurchsuchung konnten bei Naumann keine Waffen sichergestellt werden.<sup>93</sup> Im kommenden Jahr 1932 erhielt er, inzwischen zum Untergauleiter von Mittelschlesien<sup>94</sup> befördert und nach Görlitz umgezogen, Redeverbot gemäß einer Rundverfügung des Regierungspräsidenten betreffend „Politische Behandlung von Versammlungen und Druckschriften während des Wahlkampfes“.<sup>95</sup>

---

<sup>88</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>89</sup> NARA, FO 371/103917, Übersetzung der Entscheidung des Innenministers von Nordrhein-Westfalen über die Einstufung Nauamanns in Kategorie II, 24.8.1953, (Translation. Ministry of the Interior, Land North Rhine Westphalia).

<sup>90</sup> BStU, MfS HA IX/11 PA 1993, 000056, Kartei mit Vita.

<sup>91</sup> BStU, MfS HA IX/11 PA 1993, 000057, Kartei mit Vita.

<sup>92</sup> BStU, MfS HA IX/11 PA 1993, 000011, Lagebericht vom 1. September 1931 an den Regierungspräsidenten von Liegnitz.

<sup>93</sup> Ebenda. Das Ergebnis der Durchsuchung wurde am 4. April 1931 bekannt gegeben.

<sup>94</sup> BA, NL 80/272/253-259, Lebenslauf, Betreff: Dr. Werner Naumann.

<sup>95</sup> BStU, MfS HA IX/11 PA 1993, 000011, Lagebericht vom 1. September 1931 an den Regierungspräsidenten von Liegnitz.

Während der „Kampfzeit“ bis 1933 vollzog sich der Ämteraufstieg von Werner Naumann rasch. Ab dem 25. März 1933 war er als SA-Sturmabführer für politische Schulung im Stabe des Röhms-Stellvertreters und SA-Führers Edmund Heines<sup>96</sup> aktiv. Zwei Monate später kommandierte er als SA-Standartenführer die SA-Brigade 9 in Pommern<sup>97</sup> und ab Juni 1934 die SA-Brigade 9 in Stettin.<sup>98</sup>

Ende Juni und Anfang Juli 1934 überschlugen sich die Ereignisse in dem von den Nationalsozialisten sogenannten „Röhm-Putsch“. Um NS-interne ideologische Differenzen und machtpolitische Spannungen zwischen der SA und Teilen der NSDAP zu bereinigen, beseitigte die SS mit Hilfe von Gestapo und Reichswehr unliebsame Gegner der SA, an deren Spitze Stabschef Ernst Röhm stand.<sup>99</sup> Im Zuge dieser Maßnahmen erfolgte am 30. Juni 1934 auch die Verhaftung Werner Naumanns, dessen Stabschef als Stellvertreter Röhm den „Putsch“ nicht überlebte. Naumann wurde systematisch diskreditiert und angeblicher Günstlings- und finanzieller Misswirtschaft bezichtigt. Zwei Monate später wurde er aus der Haft entlassen und es kam zu einem Verfahren vor dem Sondergericht der Obersten SA-Führung. Ende Oktober 1934 wurde er auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Stettin erneut wegen zweckwidriger Verwendung von Dienstgeldern verhaftet und nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt.<sup>100</sup> Es folgte der dauernde Ausschluss aus der SA unter Aberkennung seines Ranges. Begründet wurde dies mit der Disziplinlosigkeit seiner Brigade, für die er verantwortlich gemacht wurde. Außerdem wurde ihm Geldveruntreuung für private Zwecke, beispielsweise der Unterhalt eines Autos und eines Pferdes, sowie die Finanzierung eines „Trinkfestes“ unterstellt.<sup>101</sup> Aus den Nachforschungen um besagtes Fest am 30. Juni 1934 wurde bekannt, dass es sich um eine sexuelle Orgie gehandelt hatte. Gegen Naumann sowie den ehemaligen Oberpräsidenten und Gauleiter Helmut Brückner wurde im Dezember 1934 ermittelt. Brückner hatte ausgesagt: „Zwischen mir und Naumann bestand ein erotisches Verhältnis, dass sich selten äußerte, da er bereits zur selben Zeit schwer lungenkrank war. Wir

---

<sup>96</sup> Vgl. Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, S. 239.

<sup>97</sup> BA, NL 80/272/253-259, Lebenslauf, Betreff: Dr. Werner Naumann.

<sup>98</sup> Krings, Stephan, Das Propagandaministerium, Joseph Goebbels und seine Spezialisten, in: Lutz Hachmeister/ Michael Kloft (Hg.), Das Goebbels Experiment. Propaganda und Politik, München 2005, S. 33. Siehe auch: BStU, MfS HA IX/11 PA 1993, 000057, Kartei mit Vita.

<sup>99</sup> Vgl. Höhne, Heinz, Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933-1934, Hamburg 1984, S. 8. Siehe auch: Fallois, Immo v., Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhm-Krise 1934, Berlin 1994, S. 9f.

<sup>100</sup> BA, NL 80/272/253-259, Lebenslauf, Betreff: Dr. Werner Naumann.

<sup>101</sup> NARA, FO 371/103917, Übersetzung der Entscheidung des Innenministers von Nordrhein-Westfalen über die Einstufung Naumanns in Kategorie II, 24.8.1953, (Translation. Ministry of the Interior, Land North Rhine Westphalia).

küssten uns und schliefen auch miteinander.“<sup>102</sup> Auch die übrigen beteiligten Personen gaben ihren sexuellen Verkehr zu. Naumann erklärte dazu, dass er nicht lungenkrank gewesen sei. Wenn Brückner angebe, es habe zwischen ihnen beiden ein erotisches Verhältnis bestanden, so sei dies nicht richtig. Naumann habe nie mit ihm in einem Bett geschlafen. Allerdings habe Brückner ihn einige Male gestreichelt, vielleicht auch geküsst. Soweit Naumann sich entsann, sei dies nach einem Wahlsieg geschehen oder einem besonderen Erfolg, den er gehabt hatte. Wie Brückner zu der Behauptung komme, es habe ein erotisches Verhältnis bestanden, sei Naumann völlig unverständlich.<sup>103</sup>

Anfang 1935 nahm Naumann sein Studium wieder auf. Im gleichen Jahr wechselte er von Berlin auf die Hochschule nach Breslau und legte hier 1935 sein Examen als Diplom-Volkswirt ab. 1936 wurde er Assistent an der Breslauer Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät und begann eine Habilitationsschrift über „Wirtschaftslenkung und Menschenführung“ bei Professor Robert Nöll von der Nahmer, der vor 1933 der Deutschen Demokratischen Partei und der Staatspartei angehört hatte und nach 1945 Mitglied der FDP wurde, die er auch als Abgeordneter im Bundestag vertrat.<sup>104</sup>

Im September des Jahres 1935 wandte sich Werner Naumann bezüglich seines Ausschlusses aus der SA an einen alten Offizier und bat ihn um Hilfe bei seiner Entlastung. Er erklärte diesem, dass das Verfahren gegen ihn das Resultat einer „böswilligen Intrige“ namentlich nicht genannter Widersacher gewesen sei und keinerlei Beweismaterial gegen ihn vorliege. Gleiches gelte auch für die Vorwürfe einer homosexuellen Beziehung zu einem Kameraden, die im Zusammenhang mit seiner Degradierung gefallen waren. Er beteuerte, dass er seit seinem 17. Lebensjahr alles daran gesetzt habe, ausschließlich dem Führer und dem Vaterland zu dienen und dass er dies auch in der Zukunft tun wolle. Sein Protest zeigte Wirkung. Im Frühjahr 1937 wurde der Fall wieder aufgerollt und sein Ausschluss aus der SA ohne Prüfung des vorher ergangenen Schuldspruches aufgehoben. Naumann wurde wieder Standartenführer.<sup>105</sup> Seine Rehabilitierung ging einher mit der Ernennung zum Gaupropagandaleiter und zum Leiter des Reichspropagandaamtes Schlesien.<sup>106</sup> Hier fiel er nach einigen Monaten Goebbels als besonders fähiger Organisator des „Sängerfestes“ in Breslau auf.<sup>107</sup> Am 6.

---

<sup>102</sup> BA, B106/15561, Abschrift von der Abschrift, Staatspolizeistelle Breslau, 19.10.1935.

<sup>103</sup> Ebenda.

<sup>104</sup> Klee, Personenlexikon zum Dritten Reich, S. 429.

<sup>105</sup> NARA, FO 371/103917, Übersetzung der Entscheidung des Innenministers von Nordrhein-Westfalen über die Einstufung Nauamanns in Kategorie II, 24.8.1953, (Translation. Ministry of the Interior, Land North Rhine Westphalia).

<sup>106</sup> BA, NL 80/272/253-259, Lebenslauf, Betreff: Dr. Werner Naumann.

<sup>107</sup> Irving, David, Goebbels. Mastermind of the Third Reich, London 1996, S. 236.

Dezember 1937 berief ihn der Reichspropagandaminister als seinen persönlichen Referenten in sein Ministerium nach Berlin.

Wenige Wochen später heiratete er die vier Jahre jüngere Ursula Becker aus Breslau, mit der er drei Kinder hatte.<sup>108</sup> Dies war auch seiner Karriere zuträglich, wurde er doch so wieder salonfähig und die ihm anhängenden Gerüchte einer möglichen Homosexualität aus dem Feld geräumt.

Im Januar 1938 trat Naumann wieder als Oberführer in die SS ein. Im April wurde er Ministerieller Rat und Erster Persönlicher Referent des Reichsministers Dr. Josef Goebbels. Militärisch startete Naumann 1937 eine Ausbildung bei der Luftwaffe in Breslau im Flakregiment 20 und von März bis Mai 1939 beim Flakregiment 12 in Berlin. Bei Kriegsausbruch bis Mitte 1940 war er Unteroffizier und Wachtmeister in der Luftverteidigung Berlins, wo er im Mai 1940 schließlich zum Leutnant der Reserve befördert wurde.<sup>109</sup> Zu keiner Zeit des Krieges übte Werner Naumann eine Tätigkeit in der Allgemeinen SS aus, war aber einige Male im Fronteinsatz bei der „Leibstandarte Adolf Hitler“ der Waffen-SS<sup>110</sup>, in die er im Juni 1940 eingetreten war. Ab April 1941 war er Obersturmführer der Waffen-SS und nahm an den Feldzügen auf dem Balkan und in Russland teil. Am 15. Juni 1942 wurde Naumann in die „Liste der Männer, die für die höchsten Stellen in Partei und Staat in Betracht kommen“ aufgenommen und sechs Tage später wurde er zum Hauptsturmführer der Reserve der Waffen-SS befördert. Im Winter 1942 empfahl der Himmler unterstellte Reichsführungsstab Werner Naumann für die Stellung des Gauleiters.<sup>111</sup> 1943 war Naumann Befehlshaber der Sipo und des SD im holländischen Den Haag und gehörte zu den Leitern der Attaché-Gruppe im Reichssicherheitshauptamt.<sup>112</sup> Ab 20. April 1943 war er SS-Brigadeführer.<sup>113</sup> Er nahm an der Besetzung Frankreichs, Jugoslawiens, Griechenlands und dem Einmarsch in die Sowjetunion teil. Naumann erlitt vier Verwundungen, von denen die letzte so schwer war, dass er felddienstuntauglich blieb.<sup>114</sup> Daher kehrte er am 22. April 1944 ins RMVP zurück und wurde dort mit nur 34 Jahren Staatssekretär als Nachfolger von Leopold Gutterer.<sup>115</sup>

---

<sup>108</sup> BA, NL 80/272/253-259, Lebenslauf, Betreff: Dr. Werner Naumann.

<sup>109</sup> Ebenda.

<sup>110</sup> NARA, FO 371/109565, Entwurf der Anklageschrift des Oberbundesanwalts beim BGH, 11.6.1954.

<sup>111</sup> BA, NL 80/272/253-259, Lebenslauf, Betreff: Dr. Werner Naumann.

<sup>112</sup> BStU MfS HA IX/11 PA 1993, 000007, Auskunftbogen.

<sup>113</sup> BStU MfS HA IX/11 PA 1993, 000006, Auskunftbogen. Siehe auch: BA, NL 80/272/253-259, Lebenslauf, Betreff: Dr. Werner Naumann. Er war Inhaber des Julleuchters, des SS-Totenkopfringes, des SS-Ehrendolches und des SS-Ehrendegens.

<sup>114</sup> Jenke, Verschwörung, S. 163.

<sup>115</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Vgl. auch: Irving, Goebbels, S. 169.

Verglichen mit seinen Amtskollegen war Naumann ohne Zweifel der fanatischste und skrupelloseste von allen Staatssekretären im RMVP.<sup>116</sup> Nicht umsonst sagte man ihm an seinem Arbeitsplatz ebenso „bestechendes Format“ wie „schneidig scharfe Forschheit“ nach.<sup>117</sup> Bei seinem Hausherrn galt er als „zuverlässigster Mitarbeiter“.<sup>118</sup> Wilfried von Oven, ein späterer Referent im RMVP, notierte über seinen aufstrebenden Kollegen: „Dr. Naumann sieht gut aus. Die Sekretärinnen schwärmen für ihn. Über den energischen Gesichtszügen trägt er leicht gewelltes, militärisch kurz geschnittenes Haar. [...] Er ist Nichtraucher und Antialkoholiker und als solcher humorlos und den Annehmlichkeiten des Lebens abgeneigt. Die Unterhaltung mit ihm beschränkt sich auf das Wesentliche. Er spricht schnell, deutlich, scharf und abgehackt wie auf dem Kasernenhof. Ihm fehlt alles Verbindliche. Er verbreitet eine Atmosphäre kalter Nüchternheit.“<sup>119</sup>

In den letzten Kriegsmontaten entwickelte sich Naumann zu einem der einflussreichsten Akteure im Propagandaministerium. Viele seiner Mitarbeiter und Kollegen glaubten schon längst nicht mehr an einen Sieg. Er hingegen bestärkte seinen Minister immer wieder in dessen zügellosem Fanatismus.<sup>120</sup> Als einer der Hauptverantwortlichen für die V-Waffen-Propaganda, täuschte er der Bevölkerung zur Stärkung des Durchhaltewillens vor, dass der Krieg durch den Einsatz von hochmodernen Flugbomben und Raketen in letzter Stunde noch gewonnen werden könne.<sup>121</sup>

Die zahlreichen demonstrativen Treuebeweise gegenüber Josef Goebbels waren allerdings nicht echt. Ingeheim sammelte Naumann spätestens ab Dezember 1944 Material gegen seinen Förderer, um Hitler von der vermeintlich mangelnden Zuversicht des Propagandaministers zu überzeugen und so selbst nachzurücken. Im Rahmen des internen Projektes, die Goebbels Tagebücher auf Mikrofilmen festzuhalten, hatte Naumann im Geheimen begonnen, einer seiner privaten Sekretärinnen, Dorothea von Arnim, Passagen zu diktieren, die für Goebbels verfänglich waren.<sup>122</sup>

---

<sup>116</sup> Krings, Das Propagandaministerium, S. 33.

<sup>117</sup> Zit. nach: Reuth, Goebbels, S. 510.

<sup>118</sup> Zit. nach: Fröhlich, Elke (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II. Diktate 1941-1945. Bd. 3: Januar – März 1942, München/ New Providence/ London/ Paris 1994, S. 360 (Eintrag vom 23.02.1942).

<sup>119</sup> Oven, Wilfried von, Finale Furioso. Mit Goebbels bis zum Ende, Tübingen 1974, S. 30.

<sup>120</sup> Krings, Das Propagandaministerium, S. 33.

<sup>121</sup> Vgl. Hölsken, Heinz Dieter, Die V-Waffen. Entstehung, Propaganda, Kriegseinsatz, Stuttgart 1984, S. 112.

<sup>122</sup> Krings, Das Propagandaministerium, S. 33.

Auch auf privater Ebene agierte Naumann hinter dem Rücken seines Vorgesetzten. Er flirtete mit Magda Goebbels und diese verliebte sich. Goebbels, dessen Ehe einen Tiefpunkt erreicht hatte, befahl seinem Staatssekretär den Kontakt zu Magda zu beenden.<sup>123</sup>

Durch seine Stellung förderte Naumann die nationalsozialistische Herrschaft wesentlich. Noch Ende April 1944, ließ er seine Durchhalteparolen über den Drahtfunk schicken: „Berlin kämpft! Wenn Behauptungen über das Gegenteil herumgehen, besonders wenn Anspielungen auf eine Art der Kapitulation gemacht werden, kommen diese von ausländischen Agenten, die manchmal auch deutsche Uniformen tragen. Ihnen muss sich so stark wie möglich widersetzt werden. [...] Das Schicksal des Reiches liegt in unseren Händen. [...] Die Reichshauptstadt selbst mit all ihrer Kraft steht nun im Zentrum der Ostfront, der Nord- und der Südsektor, die bis jetzt allen feindlichen Attacken widerstanden haben. Neue Kräfte werden in unseren Kampf eingreifen. Der Bolschewikenansturm wird und muss außerhalb von Berlin gebrochen werden.“<sup>124</sup>

In den letzten Tagen des Dritten Reiches wurde Naumann SS-Sturmbannführer der Waffen-SS und übernahm die Führung des Volkssturmbataillons „Wilhelmsplatz“, das er auch während des Endkampfes um das Berliner Regierungsviertel befehligte.<sup>125</sup> Am 29. April 1945 bestimmte Hitler in seinem „politischen Testament“ Naumann zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda anstelle des zum Reichskanzler bestimmten Joseph Goebbels.<sup>126</sup> Als einer der in den letzten Stunden im „Führerbunker“ mit Hitler Ausharrenden, floh Naumann während des Zusammenbruchs am 2. Mai 1945 zusammen mit dem Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann, dem Reichsjugendführer Artur Axmann und anderen Naziführern aus den Gewölben der Reichskanzlei. Er trennte sich jedoch von seinen Kameraden. Bis 1950 war nicht offiziell bekannt, ob er überhaupt überlebt hatte.<sup>127</sup> Bevor er den Führerbunker verließ, entfernte er alle sichtbaren Zeichen seines Ranges eines SS-Majors und alles, was ihn als Goebbels Staatssekretär kennzeichnete, um sich als einfacher Wehrmachtssoldat auszugeben.<sup>128</sup>

---

<sup>123</sup> Vgl. Irving, Goebbels, S. 496.

<sup>124</sup> NARA, FO 371/103901, Rede 26.4.1945, (Confidential CW 1015/138, 19.2.1953).

<sup>125</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>126</sup> BA, NL 80/272/253-259, Lebenslauf, Betreff: Dr. Werner Naumann.

<sup>127</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>128</sup> Wellington, Long, The new Nazis of Germany, New York 1968, S. 74.

Nach eigenen Angaben geriet er in der Sowjetzone fünfmal in russische Kriegsgefangenschaft und wurde verhört<sup>129</sup>, jedoch jedes Mal wieder auf freien Fuß gesetzt, da seine Identität angeblich nicht enttarnt worden war. Er blieb in der Sowjetzone und arbeitete hier bis 1946.<sup>130</sup> Dann schlug er sich nach Westdeutschland durch, wo er unter falschem Namen lebte und eine Maurerlehre absolvierte.<sup>131</sup> Zwei Jahre später bestand er die Gesellenprüfung mit „sehr gut“ und arbeitete bis zum Sommer 1950 in diesem Beruf.<sup>132</sup> Im Februar 1950 meldete er sich unter seinem richtigen Namen in Tübingen.<sup>133</sup> Er gab an, dass er bis zum April 1950 für die französischen Besatzungsmächte gearbeitet und freiwillig Berichte erstattet habe, im Deuxième Bureau, dem französischen militärischen Auslandsnachrichtendienst. Hier habe er von den französischen Machthabern im Rahmen eines „Gentlemen´s Agreement“ auch eine formelle Entlassung von den deutschen bewaffneten Kräften bekommen. Unter anderem war Dr. Kurt Kiesinger, ein ehemaliger Beamter des Auswärtigen Amts, der 1953 Bundestagsabgeordneter und später Bundeskanzler wurde, an diesen Vorgängen beteiligt.<sup>134</sup> Dies wurde nachträglich von französischer Seite ebenso bestätigt wie Naumanns angebliches Ausscheiden. Angaben zu seinen Geheimdienstaktivitäten machte er jedoch weder selbst, noch seine französischen Kollegen. Eine mögliche Erklärung könnte ein Eintrag in sein Adressbuch mit einer Telefonnummer in Tübingen liefern: „Pernot(d)“.<sup>135</sup> Hauptmann Pernot war ein Mitarbeiter im Deuxième Bureau in Tübingen, von dem sich Anfang 1950 herausstellte, dass er Gaullist war und in Kontakt mit den Führern der rechtsextremen Deutschen Union (DU)<sup>136</sup> – Gottfried Griesmayr und Karl Heinz Mende – sowie mit der Bruderschaft,

---

<sup>129</sup> NARA, FO 371/109565, Entwurf der Anklageschrift des Oberbundesanwalts beim BGH, 11.6.1954. Die Briten stellten nach seiner Verhaftung 1953 fest, dass dies durch den sowjetischen Geheimdienst erfolgt war.

<sup>130</sup> Zu seinen Tätigkeiten sind keine Angaben vorhanden.

<sup>131</sup> Zu diesem Lebensabschnitt lieferte er den Briten während der Verhöre keine Anhaltspunkte zu seinem Aufenthalt oder Lebensumständen.

<sup>132</sup> Jenke, Verschwörung, S. 164.

<sup>133</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Es gab wenig Zweifel, dass er tatsächlich zu der Zeit in Tübingen wohnte, weil er in seinem Notizbuch Adressen von Kontakten in Tübingen notiert hatte. Kontakte aus Tübingen waren ehemalige Beamte aus dem Propagandaministerium und HJ-Führer, die in der Deutschen Union aktiv waren.

<sup>134</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Vgl. auch: NARA, FO 371/103901, Bericht von K. Randell, 13.2.1953, (Naumann and French Contacts, Top Secret).

<sup>135</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>136</sup> Die Deutsche Union wurde am 22. und 23. Juni 1949 in Brunswick gegründet. Sie begann als Kaderorganisation und umfasste neben ehemaligen Nationalsozialisten auch Jungkonservative aus dem Bereich der CDU, des Evangelischen Hilfswerks und der „Christ- und Welt“-Redaktion. Die DU strengte sich an, eine Plattform für die heimatlose intellektuelle Rechte zu bieten sowie eine offene Opposition gegen die bestehenden politischen Parteien und Institutionen aufzubauen. In der DU wurde nicht unterschieden zwischen

Alfred Franke-Gricksch und Helmut Beck-Broichsitter, stand. Diese Namen waren auch in dem Adressbuch notiert. Pernots Motive für diese Kontakte blieben unbekannt, erfolgten jedoch vermutlich nicht im Auftrag der Franzosen.

Von April bis Herbst 1950 lebte Naumann in Frankfurt am Main. An die Adresse könne er sich nicht mehr erinnern, erklärte er in den britischen Verhören. In dieser Angelegenheit konnte auch von den Briten kein weiterer Beweis erbracht werden. Dennoch war es wahrscheinlich, dass sein Aufenthalt in der Stadt mit einem erfolglosen Versuch verknüpft war, seine Entnazifizierung durch den Anwalt Dr. Peter Gast zu arrangieren. Gast war ein früherer Kollege Naumanns aus dem Propagandaministerium.<sup>137</sup> Am 15. Juli 1950<sup>138</sup> ließ Werner Naumann sich offiziell in Düsseldorf Buderich als Exportleiter in der Firma Cominbel<sup>139</sup>, die Herbert Lucht, einem früheren Kulturreferenten und Propagandaoffizier im RMVP gehörte, nieder.<sup>140</sup> Sowohl die Polizei als auch die Amtsgewalten des Landes akzeptierten das Wiederauftauchen des vermissten Staatssekretärs.<sup>141</sup> Naumann vertrat laut Spiegel zu dieser Zeit einen „geläuterten Nationalsozialismus.“<sup>142</sup> Eine Abhandlung Naumanns aus den Jahren 1949 und 1950 vor seinem

---

ehemaligen Nationalsozialisten, Nicht-Nazis und Nazi-Gegnern, zwischen traditionellen Konservativen, konservativen Revolutionären und Nationalliberalen. Die DU knüpfte weitere Kontakte zu sogenannten Diskussionsgruppen. Zu diesen gehörte der St. Goar Kreis um den Experten für den Nahen Osten und Russland im Pressedienst für undoktrinäre Politik Klaus Mehnert sowie die angeschlossene Gruppe um den Verleger Ulrich Steiner, die als Laupheim-Kreis bekannt war, genauso wie auch der neokonservative Freideutsch-Kreis. Aus dem Laupheim-Kreis bekam die DU schließlich mit Graf Hans Christoph von Stauffenberg, einem Cousin der Schlüsselfigur der Verschwörung am 22. Juli 1944, ihren ersten Vorsitzenden. Die DU wollte ihre Elite aus den bereits bestehenden Parteien ziehen. So waren in der DU aktiv: der derzeitige stellvertretende Vorsitzende der bayerischen CDU-Fraktion August Haußleiter, die Adenauer-Opposition um Landwirtschaftsminister Günther Gereke in Niedersachsen, die späteren SRP-Funktionäre Fritz Dorls, Dr. Justus Krause, Gerhard Krüger. Einige interessierten sich auch für die DU, weil sie die Möglichkeit sahen, sie für eigene Parteizwecke einzuspannen. Darunter waren Otto Lenz, Jakob Kaiser, Konrad Adenauer, Thomas Dehler und der frühere Führer der Zentrumspartei und nordrhein-westfälische Minister Carl Spieker. Eine andere Gruppe, die die parteimüde Bevölkerung mobilisieren wollte, war eine Reihe von HJ-Führern, die sich selbst in Arbeitsgruppen organisierten. Prominentestes Mitglied war Karl-Heinz Mende, alias Axel Partenau. Haußleiter gründete später die Deutsche Gemeinschaft. Die Kontrolle der DU ging dann an Gottfried Griesmayr über. Dieser plante gemeinsam mit der Bruderschaft aus der DU eine Sammlungsbewegung zu machen, für alle, die sich den konventionellen Parteien bisher verweigert hatten. Siehe dazu: Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 124ff. Sowie: Niethammer, Lutz, *Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt a. M. 1969, S. 39.

<sup>137</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>138</sup> Ebenda. Den Termin gab Lea Lucht in ihren Aufzeichnungen als das Ankunftsdatum Naumanns an.

<sup>139</sup> Hachmeister, Lutz, Die Rolle des SD-Personals in der Nachkriegszeit. Zur nationalistischen Durchdringung der Bundesrepublik, in: *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung*, Hamburg April/ Mai 2002, S. 26.

<sup>140</sup> Opitz, *Faschismus und Neofaschismus*, S. 205.

<sup>141</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Zwar wurde im November 1951 bei der Zentralberatungskammer in Hessen ein Antrag gestellt, gegen Naumann ein Spruchkammerverfahren einzuleiten, um ihn in die Gruppe der Hauptschuldigen einzureihen, jedoch verlief diese späte Initiative im Sande. Siehe: Bonacker, Max, *Goebbels' Mann beim Radio. Der NS-Propagandist Hanz Fritzsche (1900-1953)*, München 2007, S. 254.

<sup>142</sup> *Der Spiegel*, 24.1.1951, S. 8-12 (*Der Stenograph muss es wissen*), hier S. 8.

offiziellen Wiederauftauchen, warf ein bezeichnendes Licht auf seine Grundbekenntnisse. Er begann mit einer Attacke auf den dialektischen Materialismus und Nihilismus, die er als die Hauptkrankheiten der Welt bezeichnete, sowohl was den Bolschewismus als auch was die „Liberale Demokratie“ anging. „Liberale Demokratie“ ebene einzig den Weg für den Bolschewismus. 1950 sei die Situation gleich jener 1933. Freiheit sei nur eine „Verdeckung der Kultur der Barbarei, des Kubismus, von misstöniger Musik, Homosexualität, eine Degradierung der alten Werte und Traditionen, Chaos und Arbeitslosigkeit“. Die NSDAP sei ein Protest gegen all dies gewesen, eine Bewegung, um eine „eingeschworene Gemeinschaft“ oder „Elite“ zu formen. Sie habe für eine Idee und einen Führer mit einer „magnetischen Persönlichkeit“ gekämpft, der die alten Werte Disziplin, Selbstopfer, Kameradschaft, Loyalität, Spaß an der Gefahr, Kampf und Sieg gefordert habe. Ihr Ziel sei das nationale und sozialistische Reich der Deutschen und die Kontinuität der deutschen Geschichte bezüglich einer gemeinsamen europäischen Ordnung gewesen.<sup>143</sup> Nur mit dieser Idee könnten die „materiellen und spirituellen Werte“ der westlichen Welt bewahrt werden. Noch voller destruktiver Verzweiflung, die die Reichskanzlei durchzogen hatte, führte er aus: Wenn die Idee sich nicht durchsetzen könne, dann sei es besser, die Deutschen gingen unter. Die Geschichte der Welt werde dann exakt wie jeder deutsche Heroenmythos enden: Die Helden seien erschlagen. Auf der anderen Seite hätte ein deutscher Sieg im letzten Krieg Europa Atemfreiheit für Jahrzehnte verschafft und eine friedliche Zukunft für die Welt. Es sei falsch zu glauben, westliche Ideen von Freiheit und parlamentarischer Demokratie allein seien gut. Die Kirche als „autoritäre Institution“ zeige, dass die Geschichte aller Demokratie auch eine Geschichte der Angriffe gegen die natürliche und ethische Ordnung sei und gegen Gott. Für den Parlamentarismus gegen die Diktatur zu kämpfen, führe in Wirklichkeit zu brutalem Terror und „menschlicher Degradierung“. Naumann führte hier die Internierungslager an, die „Kolonien von Deutschland“ und vierzehn Millionen Flüchtlinge. Letztendlich plädierte er für die Herrschaft von „Obrigkeiten“ um die Probleme der Welt zu lösen.<sup>144</sup>

Herbert Lucht verstarb im September 1951. Geschäftsinhaberin wurde seine Witwe Sliky Lea Lucht, die Tochter des belgischen Generals Dievoet. Sie war eine ehemalige

---

<sup>143</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>144</sup> Ebenda.

Kollaborateurin. Naumann fand in der Hausherrin nicht nur eine Gesinnungsgenossin<sup>145</sup>, sondern konnte sich durch die rasche Anbahnung einer Affäre<sup>146</sup> wenige Wochen später, seine Stellung bei Cominbel restlos sichern. Er wohnte in ihrem Haus und bezog ein damals ansehnliches monatliches Gehalt von 600 DM. Lea Lucht wurde in den kommenden Jahren Naumanns intimste Gefährtin für politische Fragen. Sie besuchte viele seiner privaten Diskussionsrunden und begleitete ihn auf seinen Reisen um ausländische Neofaschisten zu treffen. Naumanns Ehefrau Ursula lebte mit den Kindern zu dieser Zeit in Dortmund und Stuttgart.<sup>147</sup>

Bei seinem Wiederauftauchen Ende 1950 war Werner Naumann wie unzählige ehemalige Nationalsozialisten mit der politischen Situation konfrontiert, dass viele seiner Freunde als Kriegsverbrecher im Gefängnis saßen, vermisst oder tot waren.<sup>148</sup> In den meisten Fällen waren die Betroffenen offiziell von der Politik ausgeschlossen oder zogen sich zurück. Während einige ehemalige Nationalsozialisten in den demokratischen bürgerlichen Parteien wie der CDU oder FDP mitzuarbeiten begannen<sup>149</sup>, fehlte es nicht an solchen, hauptsächlich kleineren Beamten, die sich darum bemühten die alten Ideale und Traditionen wieder zu beleben.<sup>150</sup> Den ehemaligen NS-Führern aus den Haftanstalten und Internierungslagern boten sich für eine erneute politische Betätigung verschiedene Wege an. Zum einen waren dies, die sich entwickelnden neonationalsozialistischen Gruppen und Parteien im Umfeld der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei und der ultrarechten Deutschen Reichspartei. Diese stellten zwar für zahlreiche frühere untere und mittlere NS-Chargen Auffangbecken und Betätigungsfelder dar, Personen aus den Führungsgruppen des NS-Regimes aber fanden sich dort anfänglich nur selten.<sup>151</sup> Die

---

<sup>145</sup> Briefe an sie unterzeichnete er stets mit „Robert“, seinem dritten Vornamen. Siehe: NARA, FO 371/103901, Bericht von Williams an das Büro des Hohen Kommissars über die bei Naumann beschlagnahmten Dokumente, 20.1.1953, (Documents impounded at the Residence of Werner Naumann 14. Jan. 53).

<sup>146</sup> Unter den beschlagnahmten Dokumenten fanden die Briten Liebesbriefe von ihm an sie. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>147</sup> NARA, FO 371/109565, Entwurf der Anklageschrift des Oberbundesanwalts beim BGH, 11.6.1954.

<sup>148</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>149</sup> Vgl. Weltfriedensrat-Informationszentrum (Hg.), Faschismus, Neofaschismus. Neonazismus. Internationales Seminar, Frankfurt a. M. 2./ 3. Mai 1970, S. 33.

<sup>150</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>151</sup> Herbert, Ulrich, NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: Wilfried Loth/ Bernd-A. Rusinek (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M./ New York 1998, S. 105f. Einerseits bedeuteten solche Aktivitäten für einstige Führungskräfte des NS-Regimes einen unübersehbaren sozialen Abstieg. Aus den Chefetagen und dem Umgang auch mit den sozialen Eliten des Reiches wurden sie in den kleinbürgerlichen Radaufaschismus gestoßen. Zum anderen war mit der ostentativen

zweite Möglichkeit politischer Einflussnahme der ehemaligen NS-Eliten in den Jahren zwischen 1949 und 1953 boten die lockeren Verbindungen in „Kreisen“, „Stammtischen“ und „Clubs“, ganz nach dem Vorbild der Organisationsform der rechtsradikalen Intellektuellen der konservativen Revolution in den 20er-Jahren, der viele führende NS-Funktionäre gerade aus dem Bereich von Sicherheitspolizei und SS entstammten.<sup>152</sup> Noch immer schwärmte der Hauptteil der ehemaligen Nationalsozialisten von den „guten Errungenschaften und Prinzipien des Dritten Reiches.“<sup>153</sup> Diese sogenannten „Abseitsstehenden“<sup>154</sup> betrachteten die demokratischen Parteien mit Unverständnis und Verachtung. Genau bei ihnen setzte Naumann an.

„Man kann ein Ideal, an das man so lange wie ich geglaubt hat, nicht einfach ablegen. Vielleicht halten die Ruinen der Reichskanzlei größere Werte, als sich die harsche Kritik erträumt“, notierte er im Jahr 1950.<sup>155</sup> Darin wurde er von seinen Freunden, wie dem ehemaligen Gauleiter des Mosellands Albert Urmes, bestärkt. Urmes, der zu dieser Zeit als reisender Verkäufer der Firma Lucht tätig war, schrieb ihm, dass die „Partei der Nichtwähler alle anderen“ überfliege „und [jetzt] 50 Prozent aller Wahlberechtigten“ ausmache.<sup>156</sup>

Daneben analysierte Naumann die innenpolitische Situation. Der Staat leide unter „Mangelscheinungen“, denn er habe weder einen Mythos, noch eine Nationalhymne, keine Symbole, keine Souveränität und kein Geld. Daher genieße er bei der Bevölkerung wenig Autorität und die Regierung finde in den breiten Massen des Volkes keinen Widerhall. In der Bevölkerung sei an die Stelle der Hingabe eine kühle Reserve gegenüber allen staatspolitischen Dingen getreten. Daran seien aber die Regierenden schuld, da sich hier die Verfolgungswelle der Nachkriegsjahre räche, die „mit dem Nationalsozialismus zugleich die Tugenden, welche ein geordnetes Zusammenleben von Millionen von Menschen ermöglichten, wie Treue, Opferbereitschaft, Hingabe an die Sache usw. auf die Anklagebank in Nürnberg zitiere“.<sup>157</sup>

---

neonazistischen Aktivität die Gefahr für sie verbunden, dass bislang in den Verfahren unentdeckt gebliebene Verbrechenbeteiligungen doch noch bekannt wurden.

<sup>152</sup> Herbert, NS-Eliten in der Bundesrepublik, S. 106.

<sup>153</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>154</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

<sup>155</sup> Ebenda.

<sup>156</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Urmes an Naumann, 22.11.1950, (Top Secret. Dr. Werner Naumann and Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 2.2.1953).

<sup>157</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz Naumann: Die Abdankung der Staatsautorität, 10.3.1951, (Dr. Naumann – Confiscated Documents, 21.1.1953).

Der ehemalige Staatssekretär, der schon kurz nach dem Krieg Mitglied der rechtslastigen und elitär angehauchten Mittwochsgesellschaft geworden war<sup>158</sup>, begann nun Kontakte mit früheren Kameraden zu knüpfen, um auszuloten, wo diese standen und welche Erfolgsaussichten ein Versuch des Wiederauflebenlassens des Nationalsozialismus mit seiner Person im Mittelpunkt haben würde.<sup>159</sup> Alte SS- und HJ-Kader gruppierten sich um ihn herum und trugen ihm auch die Führungsposition an. Dieses „Antragen“ vermerkte Naumann am 20. August 1950 in seinem Tagebuch. Arno Breker, ein bekannter nationalsozialistischer Bildhauer, der ihn besuchte, habe ihm gesagt: „Vor vier Wochen riet ich Ihnen sich politisch ganz zurückzuhalten. Das ist überholt. [...] Sie müssen etwas tun!“ Von allen Leuten, die Breker kenne, sei nur Naumann in der Lage, die Situation zu meistern. Dazu sollte er die guten Dinge der Vergangenheit in die Zukunft übernehmen und hinzufügen, was die neuen Zeiten erfordern würden. Breker war überzeugt, dass nur junge Kräfte dies schafften und altgediente Leute, wie der ehemalige Chef des Generalstabs des Heeres Guderian, waren seiner Meinung nach nur „ein Klotz am Bein“.<sup>160</sup> Naumann kommentierte: „Seine Bitte brachte mich stark zum Nachdenken und ich habe arge Zweifel, dass ich seinen Erwartungen entsprechen kann“.<sup>161</sup> Diese ließen sich in der Praxis jedoch schnell zerstreuen<sup>162</sup> und bereits am Folgetag empfing Naumann den letzten Reichsjugendführer Artur Axmann.<sup>163</sup> Gezielt arbeitete er auf eine Führungsposition in den bereits bestehenden rechtsradikalen Kreisen hin.

Durch solche Vorgänge wurde der ehemalige RMVP-Staatssekretär interessant für den promovierten Juristen Ernst Achenbach, welcher ihn noch im August 1950 kontaktierte.

---

<sup>158</sup> Vgl. NLA-Hstah, VVP 59, Nr. 1, Mittwochsgesellschaft. Die Mittwochsgesellschaft bezeichnete sich auch als „Gesellschaft für politische Erneuerung von 1945“. Ihr Sprachrohr waren die Mitteilungen des Westdeutschen Kreises der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der Deutschen Frage.

<sup>159</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

<sup>160</sup> Ebenda. Siehe auch: ADL, N1-815, Naumanns Tagebuch.

<sup>161</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot). Siehe auch: BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR, 9.3.1953, Der Fall Naumann.

<sup>162</sup> Naumann selbst schönte seine Ambitionen nachträglich und versuchte zu zeigen, dass er 1950 als Märtyrer in die Rolle des Führers hineingetrieben worden wäre. Rückblickend gab er an, dass er sich ursprünglich aus der Politik habe fernhalten wollen, bis er eine wirtschaftliche Existenz aufgebaut hätte, dies allerdings ganz uneigennützig: „Viele haben mich nicht verstanden. Mancher ‚Ehemalige‘ ging kopfschüttelnd von mir weg, dachte und schrieb es auch: ‚Du hast die alten Ideale verraten. [...]‘. Ich hielt mich von alledem fern, weil meiner persönlichen Meinung nach ein Mann, der wie ich einst an führender Stelle tätig war, schon aus Gründen des politischen Taktos gezwungen war, sich zunächst zurückzuhalten, auf keinen Fall aber von sich aus politische Ansprüche stellen könne. Nicht etwa, weil ich mich meiner persönlichen politischen Vergangenheit schäme. [...] Besonders außenpolitische Überlegungen bestimmten mich zu meiner Haltung. Ich wollte dadurch mit meinen bescheidenen Mitteln verhindern, dass die Animosität, die im Ausland noch gegen den Teil unserer Vergangenheit besteht, der mit dem Nationalsozialismus verbunden war, durch falsche Berichterstattung über mich neu belebt werden könne.“ Siehe dazu: Naumann, Nau-Nau, S. 13f.

<sup>163</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR am 9.3.1953, Der Fall Naumann.

Gleichen Jahrgangs wie Naumann, gehörte Achenbach seit 1933 dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen an, trat am 1. Dezember 1937 in die NSDAP ein und war seit April 1936 für das Auswärtige Amt tätig. In den 1930er-Jahren war er zeitweilig der Verwalter der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“. Von 1936 bis 1939 arbeitete er an der deutschen Botschaft in Paris, zunächst als persönlicher Referent des Grafen Welczeck.<sup>164</sup> Im Zuge der französischen Kapitulation wurde er sodann von 1940 bis 1944 als Gesandtschaftsrat an der Botschaft in Paris Otto Abetz unterstellt.<sup>165</sup> Als Leiter der Politischen Abteilung der Pariser Botschaft war er maßgeblich an den Judendeportationen beteiligt. In den Akten des Auswärtigen Amtes D III/238g befand sich ein Telegramm, welches Achenbach unterschrieben hatte. Es zeigte wie verstrickt der ehemalige Diplomat war. So hieß es in Telegramm Nr. 1071 vom 15. Februar 1943 „Am 23.2.1943 gegen 21.10 Uhr wurden Oberstleutnant Winckler und Major Dr. Nussbaum vom Stab Luftwaffenkommando III auf dem Wege von ihrer Dienststelle nach ihrer Unterkunft in Paris, Hotel Leuvre... von hinten beschossen... Die Ermittlungen gegen den oder die Täter sind noch im Gange... Als einstweilige Sühnemaßnahme ist geplant, 2000 Juden zu verhaften und nach dem Osten zu verbringen.“<sup>166</sup> Weitere Dokumente zeigten, dass Achenbach nichts gegen unberechtigte oder übermäßige Geislerschießungen getan hatte, jüdisches Eigentum requiriert sowie französische Sklavenarbeiter rekrutiert hatte.<sup>167</sup>

Nach eigenen Angaben hatte Achenbach 1944, weil er mit einer Amerikanerin verheiratet war, den diplomatischen Dienst quittieren und sich aufgrund des „Führererlasses über international gebundene Männer“ zur Wehrmacht melden müssen. Wesentlich wahrscheinlichere Gründe seiner Entlassung dürften wohl persönliche Animositäten zu Ribbentrop und Konflikte mit der deutschen Militärverwaltung in Zuständigkeitsfragen gewesen sein<sup>168</sup>, aus der er nach dem Krieg eine „Opposition gegen Ribbentrop und den Nationalsozialismus“ konstruierte.<sup>169</sup> Nach seinem Ausscheiden holte ihn der Leiter der Kulturpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, der spätere SS-Obergruppenführer und „Gegnerforscher“ Franz Alfred Six als Referent zu sich. Im September 1944 wurde

---

<sup>164</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 64.

<sup>165</sup> Mende, Die FDP, S. 81.

<sup>166</sup> Siehe: Politik und Wirtschaft, 13.5.1953, (Achenbach).

<sup>167</sup> BA, NL 80/267/202, Abschrift Dr. Ernst Achenbach, Nürnberger Dokumente.

<sup>168</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 64. Siehe dazu: NARA, FO 371/109564, Mitteilung von Barnes aus dem Büro des Hohen Kommissars an Hancock aus dem Außenministerium, 13.2.1954, (CW 1017/7).

<sup>169</sup> Conze, Eckart/ Frei, Norbert/ Hayes, Peter/ Zimmermann, Moshe (Hg.), Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S. 356.

Achenbach dann zum Fronteinsatz in der leichten Artillerie-Ersatz-Abteilung Neuruppin als Kanonier eingezogen.<sup>170</sup>

Nach dem Krieg unterhielt der ehemalige Diplomat ein Anwaltsbüro mit dem späteren deutschen Bundespräsidenten Gustav Walter Heinemann, aus dem dieser bald ausschied. Sein Nachfolger in der Kanzlei wurde der ehemalige Botschafter Rudolf Rahn<sup>171</sup> und später auch der frühere Reichskommissar in Dänemark Dr. Werner Best sowie der ehemalige SS-Obergruppenführer Professor Franz Alfred Six.<sup>172</sup> Achenbach war aktiver Verteidiger bei den Nürnberger Prozessen und trat im IG-Farben Prozess als Anwalt von Fritz Gajewski auf. Im Wilhelmstraßenprozess verteidigte er Ernst Wilhelm Bohle, den Chef der NSDAP-Auslandsorganisation. Sein Einsatz für Bohle endete jedoch abrupt. Die amerikanische Militärregierung erließ einen Haftbefehl gegen Achenbach, da er nicht entnazifiziert worden war. In einer Nacht- und Nebelaktion flüchtete er. Von alten Freunden und Weggefährten ließ er sich 14 Persilscheine<sup>173</sup> ausstellen, in denen ihm unter anderem bescheinigt wurde, „kein Nazi und anständiger Mensch“ zu sein und der NS-Politik im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten Widerstand geleistet zu haben. Einer Einstufung Achenbachs als „unbelastet“ durch den Hauptentnazifizierungsausschuss der Stadt Essen stand nichts mehr im Weg.<sup>174</sup>

Achenbach war es möglich, der Verteidigung ehemaliger Nationalsozialisten auch ohne Honorar nachzukommen, weil er zahlungskräftige Unterstützer hinter sich wusste. Gefördert von Friedrich Grimm, avancierte Achenbach zum Anwalt des Vertrauens für zahlreiche belastete Ruhrindustrielle – darunter Alfried Krupp von Bohlen und Halbach. Diese dankten ihm seinen Einsatz mit personengebunden Parteispenden und Aufsichtsratsposten.<sup>175</sup> Später erklärte er sich auch dazu bereit, die SRP vor dem

---

<sup>170</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 64.

<sup>171</sup> Geboren 1900 war Rudolf Rahn im Jahr 1928 in das Auswärtige Amt eingetreten. Er war in der Berliner Zentrale, in Ankara, Lissabon, Paris und Tunis tätig. Ab November 1943 war Rahn Botschafter in der „Dienststelle Rahn“ in Fasano, einer Residenz unweit Salo am Gardasee. Rahn sorgte dafür, dass die von den Deutschen geforderten Maßnahmen zur Umsetzung der italienischen Regierung unter einem Minimum militärischer Belange stattfanden. Er trat offen für die Kollaboration mit der in den besetzten Ländern lebenden Bevölkerung im deutschen Kampf gegen die Widerstandsbewegungen ein. Siehe: Conze/ Frei/ Hayes/ Zimmermann (Hg.), Das Amt und die Vergangenheit, 269f.

<sup>172</sup> ADL, NI-832, Personalakte, Anlage E-Z. Im Gegensatz dazu bezeichnet Koch dies als Legende, die Six gezielt verbreiten ließ, um zu kaschieren, dass er für den BND und Reinhard Gehlen als „Maulwurf“ tätig war. Siehe dazu: Koch, Peter-Ferdinand, Enttarnt. Doppelagenten: Namen, Fakten, Beweise, Salzburg 2011, S. 135.

<sup>173</sup> Vgl. BA, NL 80/267/192, Vermerk Weirauchs über die Befragung von Herrn Dr. Michel im Auftrag Blüchers, 11.3.1953.

<sup>174</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 65. Vgl. auch: NARA, FO 371/104146, Report über Achenbach, 12.3.1953, (Confidential, Central Dept. Mr. Hall).

<sup>175</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 67.

Bundesverfassungsgericht zu vertreten<sup>176</sup>, wurde Mitglied der FDP-Landtagsfraktion und aktiver Organisator des Vorbereitungsausschusses für die Generalamnestie.<sup>177</sup>

Am 26. August 1950 trug Naumann in seinem Tagebuch ein, dass Achenbach mit einem Herrn (Heinz) Schmidt gekommen sei. Schmidt, der nach dem Krieg als Journalist arbeitete, war ein ehemaliger hauptamtlicher HJ-Führer. Während des Krieges hatte er zum Freundeskreis und Mitarbeiterstamm von Achenbach an der Botschaft in Paris gehört.<sup>178</sup> Bei dem Treffen willigte Achenbach ein, Naumanns Interessen bezüglich seiner Entnazifizierung wahrzunehmen. „In wenigen Wochen würde niemand mehr von der Entnazifizierung reden. Gott gebe es!“<sup>179</sup> Doch nicht nur deshalb war der Jurist zu Besuch. Das Gespräch kam auch auf die Innenpolitik. Naumann notierte: „Von dem BHE erwartet er [Achenbach] keine Erfolge. Mein Hinweis auf eventuelle Sammlungsbestrebungen und das Erscheinen einiger [...] Gruppen bei den kommenden Wahlen wird als unrichtig übergangen.“ Einig waren sich beide, dass Adenauer nicht die schlechteste Lösung sei. „Ein Volk in dieser Lage, ohne nationale Souveränität, von Hohen Kommissaren regiert, braucht Stresemänner.“<sup>180</sup> Weiter hieß es: „Um den Nationalsozialisten unter diesen Umständen trotzdem einen Einfluss auf das politische Geschehen zu ermöglichen, sollen sie in die FDP eintreten, sie unterwandern und ihre Führung in die Hand nehmen“. An Einzelbeispielen erläuterte Achenbach, wie leicht das zu machen sei. Mit nur 200 Mitgliedern könnten sie den ganzen Landesvorstand erben. Naumann wollte er als Generalsekretär oder ähnliches engagieren.<sup>181</sup> Naumann schrieb: „Es ist ihm so ernst um sein Angebot, dass er zum Schluss bedeutet, entweder wir nehmen an und unterstützen ihn, oder er ziehe sich von der Politik zurück.“<sup>182</sup> Interessant fand Naumann Achenbachs Antwort auf die Frage nach der hohen Parteiführung. „Es gibt überhaupt keine zentrale Führung einer Partei außer SPD und KPD. Blücher sei ein unmöglicher Mensch, an dessen Zurechnungsfähigkeit er zweifele.“ Dann erzählte er weitere Einzelheiten über den Parteivorsitzenden der Liberalen Blücher, die für Naumann „nieder-

---

<sup>176</sup> ADL, NI-832, Personalakte, Anlage E-Z.

<sup>177</sup> NARA, FO 371/109564, Mitteilung von Barnes aus dem Büro des Hohen Kommissars an Hancock aus dem Außenministerium, 13.2.1954, (CW 1017/7).

<sup>178</sup> Siehe dazu: ADL, NI-832, Bericht von Weirauch an Dehler, 10.6.1953. Vgl auch: BA, NL 80/267/015-021, Protokoll über die Sitzung des Landesehrenrates der Freien Demokratischen Partei – Landesverband Nordrhein-Westfalen, 20.6.1953. Im Rahmen der Untersuchungen in der FDP nach der Verhaftung Naumanns sagte Schmidt aus, dass er überzeugter Nationalsozialist gewesen sei, als er Achenbach kennenlernte. Dieser sei dies nicht gewesen, sodass sie auf parteipolitischem Gebiet keine übereinstimmenden Ansichten hatten. Dagegen stimmten sie außenpolitisch insofern überein, dass sie beide eine Verständigung mit Frankreich befürworteten.

<sup>179</sup> BA, NL 80/272/246-250, Feststellung mit Betreff Rechtsanwalt Dr. Achenbach, 29.5.1953.

<sup>180</sup> Ebenda.

<sup>181</sup> Ebenda.

<sup>182</sup> ADL, NI-815, Naumanns Tagebuch.

schmetternd“ waren. Sein Staatssekretär nenne ihn Herr Vizekanzler, und er ihn Herr Staatssekretär. Blücher habe keinerlei Grundsätze. Er sei ein Lavierer, aber belesen und zum Ausgleich der Meinungen geeignet. Im Anschluss kamen Naumanns Bedenken gegen die FDP zur Sprache. Sie werde nie für die Arbeiter und für die Jugend sprechen können, gelte als Partei des Besitzbürgertums usw.<sup>183</sup>

Nach seiner Zusammenkunft mit Achenbach traf Naumann zeitnah folgende ehemalige ranghohe NS-Persönlichkeiten: den Reichsminister für Wirtschaft und Präsidenten der Reichsbank Hjalmar Schacht, den Generalmajor und engen General-Guderian-Vertrauten Freiherrn Johann von Stein, den HJ-Gebietsführer in den Diensten der Abteilung für ideologisches Training in der Reichsjugendführung und nun Führer der Deutschen Union Gottfried Griesmayr, den NSDAP-Landrat sowie Ortsgruppenleiter und Teilhaber der Punktal Stahlwerke in Solingen Heinz Siepen, den persönlichen Assistenten von Goebbels und ab 1951 Direktor der „Freien Presse“ in Argentinien Wilfried von Oven, den Gauleiter von Westfalen Süd Kurt Kränzlein, den Oberst der Luftwaffe und Träger der höchsten Tapferkeitsauszeichnung Hans Ulrich Rudel, den SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny mit seiner Geliebten Gräfin Ilse von Finckenstein, den Obersturmbannführer und Bruderschaftsgründer Alfred Franke-Gricksch, den Kulturreferenten im RMVP Dr. Karl Friedrich Bornemann, den Leiter der NSDAP-Pressabteilung und Anwalt Dr. Rolf Rienhardt, den Besitzer einer Presseagentur und Beamten in der NSDAP-Pressabteilung Hans Joachim Graf von Reischach, den Herausgeber der SS-Zeitung „Das schwarze Korps“ Hans Schwarz von Berk, den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Franz Hayler und den NS-Autor des Buches „Volk ohne Raum“ Dr. Hans Grimm.<sup>184</sup>

Diese Unterhaltungen dienten hauptsächlich einem „Abtasten“. Naumann war einerseits bestrebt, seine Bekanntschaften mit prominenten Persönlichkeiten des Nazi-Regimes zu erneuern, andererseits war er anfänglich jedoch skeptisch und vorsichtig bezüglich ihrer Auffassungen von der aktuellen politischen Situation. Er schätzte vorab seine Aussichten wieder Einfluss zu gewinnen ein.<sup>185</sup> Dieses Stadium betrachtete er nach dem Besuch bei Hans Grimm als abgeschlossen.<sup>186</sup> Alle auswärtigen Besuche wurden vorerst eingestellt

---

<sup>183</sup> BA, NL 80/272/246-250, Feststellung mit Betreff Rechtsanwalt Dr. Achenbach, 29.5.1953.

<sup>184</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Dies entnahmen die Briten seinen Tagebuchaufzeichnungen.

<sup>185</sup> Ebenda. Gegenüber den Briten sagte er aus, dass er sich in diesen Wochen ausschließlich seiner finanziellen und wirtschaftlichen Existenz gewidmet habe. Nur an den Abenden habe er alte Kameraden eingeladen.

<sup>186</sup> BA, NL 80/272/246-250, Feststellung mit Betreff Rechtsanwalt Dr. Achenbach, 29.5.1953.

und der Empfang auf ein Mindestmaß reduziert. Gezielt arbeitete Naumann nun auf die Führungsposition in den bereits bestehenden rechtsradikalen Kreisen hin und startete mit der Nutzbarmachung der Bruderschaft.

## 2. Der Kontaktausbau in der Bruderschaft (1950-1951)

Am 21. August 1950 empfing Naumann den ehemaligen Reichsjugendführer Artur Axmann zum Kaffeekranz. Nach ihrer letzten Begegnung am 2. Mai 1945 morgens am Lehrter Bahnhof – sie hatten sich gemeinsam mit Martin Bormann durchschlagen wollen – sahen sie sich im August 1950 nach fünf Jahren wieder. Axmann erzählte von seiner Irrfahrt und erklärte, dass er erst seit vier Wochen wieder an politischen Gesprächen interessiert sei.<sup>187</sup> In diesen vier Wochen schien der ehemalige NSDAP-Funktionär allerdings äußerst rührig gewesen zu sein. Auf der einen Seite stand er in engem Kontakt mit dem ehemaligen Leiter der Gruppe VI Sabotage im Reichssicherheitshauptamt, Schwiegersohn von Hjalmar Schacht und „Mussolini-Befreier“ von 1943, Otto Skorzeny<sup>188</sup> sowie Untergrund-Leuten in Ostdeutschland<sup>189</sup> und andererseits hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehende Kontakte zu der sogenannten Bruderschaft geknüpft, in die er Naumann umgehend einführte.<sup>190</sup>

Die Anfänge der Bruderschaft reichten in das Jahr 1945 in ein britisches Kriegsgefangenenlager in Neuendorf zurück. Der ehemalige Major der Division Großdeutschland Helmut Beck-Broichsitter<sup>191</sup> hatte dort Diskussionen mit gleichgesinnten Gefangenen über die Katastrophe und „Wege zur Rettung der Zukunft“ begonnen. Beck-Broichsitter war sich sicher, dass es nur dann eine positive Zukunftsperspektive geben könne, wenn

---

<sup>187</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR, 9.3.1953, Der Fall Naumann.

<sup>188</sup> Nach dem Krieg war Otto Skorzeny Inhaber eines Ingenieurbüros und einer Import-Export-Firma in Madrid. Siehe dazu: Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, S. 585. Sowie: Schadewitz, Michael, Zwischen Ritterkreuz und Galgen. Skorzenys Geheimunternehmen Greif in Hitlers Ardennenoffensive 1944/45, Aachen 2007, S. 8ff. Und: Simpson, Christopher, Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA, Wien 1988, S. 298f.

<sup>189</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

<sup>190</sup> ADL, NI-811, Der Naumann-Kreis. Eine Darstellung im Zusammenhang mit der Erörterung dieser Frage innerhalb der FDP, Mai 1953. Opitz bezeichnete die Bruderschaft als eine logenartig aufgebaute Geheimorganisation, die aus einem Netz von „Zellen“ bestand, welche über alle vier Besatzungszonen verteilt waren. Opitz, Faschismus und Neofaschismus, S. 192.

<sup>191</sup> Beck-Broichsitter war Major der Division Großdeutschland, Infanterie Lehrregiment, gewesen. Am 1.11.1944 wurde er in den Generalstab versetzt. Siehe dazu: Keilig, Wolf (Hg.), Rangliste des Deutschen Heeres 1944/45. Dienstalterslisten T und S der Generale und Stabsoffiziere des Heeres vom 1. Mai 1944 mit amtlich belegbaren Nachträgen bis Kriegsende und Stellenbesetzung der höheren Kommandobehörden und Divisionen des Deutschen Heeres am 10. Juni 1944, Bad Nauheim 1955.

die Eliten zusammengebracht werden würden. Um dies umzusetzen, traf er die entsprechenden organisatorischen Vorbereitungen, zuerst in dem britischen Internierungslager, dann in der German Civilian Labor Organisation (GCLO) in Neumünster, wo er eine Anstellung erhielt.<sup>192</sup> Die Führung dieser Eliten zu übernehmen, blieb jedoch Broichsitters Wunschtraum. Ein zeitweiliger Weggefährte schrieb dem ehemaligen Major bei begrenztem Urteilsvermögen zwar eine gewisse Suggestivkraft und ein ungezügelter, bedenkenloses Streben nach Macht zu, dem er die Menschen seiner Umgebung und das, was er für Politik hielt, unterordnete. Allerdings kennzeichneten ihn außerdem auch Standpunktlosigkeit und chamäleonhafte Wandlungsfähigkeit.<sup>193</sup> Unterstützt wurde Beck-Broichsitter von dem ehemaligen SS-Führer Alfred Franke-Gricksch<sup>194</sup>, dessen hohe Reputation für den Nationalsozialismus bereits bis in die Weimarer Republik zurückreichte.

Nachdem sie aus dem alliierten Internierungslager entlassen worden waren, konstituierten Franke-Gricksch und Beck-Broichsitter am 22. Juli 1949 offiziell die Bruderschaft.<sup>195</sup> Der ehemalige Gauleiter von Hamburg Karl Kaufmann führte den Vorsitz bei dem Gründungstreffen, bei dem die Loyalität zur NSDAP durch geheime Schwüre erneuert wurde.<sup>196</sup> Kaufmann wurde hier zum Hochmeister des Bruderrats – einem verdeckten Rat mit sechs Angehörigen<sup>197</sup>, der Planungs- und organisatorische Aufgaben hatte – ge-

---

<sup>192</sup> Siehe Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 122.

<sup>193</sup> Meyer, Georg, Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages 1945-1950/51, in: *Militärhistorisches Forschungsamt (Hg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956*, Bd. 1, München/ Wien 1982, S. 718.

<sup>194</sup> Franke-Gricksch war ursprünglich Anhänger von Otto Strasser, folgte ihm 1933 ins Exil nach Österreich sowie in die Tschechoslowakei und galt als seine „rechte Hand“. Kurze Zeit später ging er jedoch nach Deutschland zurück und soll die Liste der Schwarzen Front an die Gestapo ausgeliefert haben. Franke-Gricksch trat 1935 mit 19 Jahren in die SS ein. Ab Oktober 1939 war er in der Waffen-SS und wurde 1941 Hauptsturmführer. Zuletzt war er Nachrichtenoffizier (Ic) im Divisionsstab der SS-Division Totenkopf unter SS-Brigadeführer Theodor Eicke, dem ehemaligen „Inspekteur der Konzentrationslager“. Ab 1941 wurde Franke-Gricksch beim SD im Reichssicherheitshauptamt verwendet. Ab 1942 war er bei der SS-Polizei-Division in Russland. Im Januar 1943 hatte er Nierensteine und wurde daher in das SS-Personalhauptamt versetzt, wo er zuletzt als SS-Obersturmbannführer das persönliche Büro des Leiters Maximilian von Herff führte und Leiter des Zentralamts wurde. Vor Ende des Kriegs beschäftigte sich Franke-Gricksch mit der Entwicklung von „Methoden der Untergrundarbeit nach der Niederlage“. Siehe: Nassauer, Philipp E., *Deutscher Imperialismus 1864-2006*, Berlin 2006, S. 190; Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 92; Opitz, *Faschismus und Neofaschismus*, S. 191f. Sowie: Paetel, Karl O., *Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus*, Berlin/ Frankfurt a. M./ Zürich 1965, S. 223, Anm. 37; Sydnor, Charles W., *Soldiers of Destruction. The SS Death's Head Division, 1933-1945*, Princeton/ New York 1990, S. 337f.

<sup>195</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Vgl. auch: Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 123.

<sup>196</sup> Dorril, Stephen, *Black shirt. Sir Oswald Mosley & British Fascism*, London 2006, S. 583.

<sup>197</sup> Ursprünglich bestand der Bruderrat nur aus vier Männern: Beck-Broichsitter, Franke-Gricksch, von der Milbe und Ernst Achenbach. Vgl. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 1035 Anm. 13.

wählt.<sup>198</sup> Schnell gesellten sich neben Axmann weitere ranghohe Ex-Nazis wie die ehemaligen Gauleiter Gustav Adolf Scheel und Alfred Frauenfeld dazu.<sup>199</sup>

Der Wirkungskreis der Bruderschaft reichte anfänglich kaum über Hamburg hinaus. Sie hatte etwa zweihundert Mitglieder und einige tausend Unterstützer.<sup>200</sup> Die Verbindung war der erste wirkliche Versuch, die „abseitsstehenden Kräfte“ in eine politische Organisation einzubinden.

Franke-Gricksch lieferte als ideologischer Spiritus Rector die Theorie für die Bruderschaft. Er hatte realisiert, dass eine offene neonazistische Partei wenig Aussicht auf Erfolg haben würde und entwickelte den Plan für eine geheime Gemeinschaft von Nazi-Sympathisanten, die Schlüsselpositionen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gewinnen und die großen politischen Parteien und Bewegungen mittels Beamtenstellen infiltrieren sollten. Diese „Elite“ sollte aus dem Hintergrund die Aktivitäten von allen extrem rechten Nazigruppen koordinieren.<sup>201</sup> Außenpolitisch trat die Bruderschaft für ein souveränes, neutrales Deutschland innerhalb eines geeinten Europas ein, das einen dritten Block bilden und dessen Bestand von Moskau und Washington garantiert werden sollte.<sup>202</sup> Taktisch ging die Bruderschaft doppelgleisig vor: Zum einen wurden die Bestrebungen der Adenauer-Regierung zur baldigen Wiederaufrüstung und Eingliederung der BRD in die Nato durch verdeckte Zusammenarbeit unterstützt.<sup>203</sup> Zum anderen aber wurde die Integration der BRD in das westliche Bündnissystem nach außen hin abgelehnt und die Bruderschaft wandte sich entschieden gegen eine deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen des Atlantikpakts.<sup>204</sup> Wenn die US-Regierung eine deutsche Armee für den Kampf gegen den Bolschewismus benötigte, so sollten zuerst die deutschen Forderungen erfüllt werden: eine deutsche Armee unter deutschem Oberbefehl, Mitsprache in der NATO sowie die baldige Rückholung der DDR.<sup>205</sup>

---

<sup>198</sup> NARA, FO 371/103896, Denkschrift über den Gauleiter-Kreis der Briten, Ende 1952, (Draft: Detailed Release for later Issue in one or more Instalments).

<sup>199</sup> BA, NL 80/273/172, Bericht: Ziele und Methoden des Naumann-Kreises. Die Unterwanderungsversuche in der FDP, 22.5.1953.

<sup>200</sup> Meyer, Georg, Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht, 714ff.

<sup>201</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>202</sup> Krafft Frhr. Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, in: Picht, Georg (Hg.), Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr. Erste Folge, Witten und Berlin 1965, S. 149.

<sup>203</sup> Krischka, Joachim, Alte Pläne in neuem Gewand. Nazimajor Remer auf der Suche nach der „neuen Bewegung“, in: Georg Biemann/ Joachim Krischka (Hg.), Nazis, Skins und alte Kameraden, Dortmund 1986, S. 81.

<sup>204</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 150.

<sup>205</sup> Krischka, Alte Pläne in neuem Gewand, S. 81.

Mit der Aussicht auf die deutsche Führerschaft für eine „neue europäische Ordnung“ unabhängig von Ost und West, wollte die Bruderschaft auch Verbindungen mit gleich gesinnten Neofaschisten und ehemaligen Kollaborateuren im Ausland und in Ost-Deutschland aufnehmen.<sup>206</sup> Dadurch wurde einerseits das Interesse der Russen geweckt und andererseits lag eine Fühlungnahme mit dem Osten nahe.<sup>207</sup> Dieses ehrgeizige Programm war zwar sehr aufwendig für die begrenzten Kapazitäten von Franke-Gricksch und Beck-Broichsitter, versprach jedoch im Winter 1949/50 trotzdem einigen Erfolg.<sup>208</sup> Ein „Mr. Miller“, Gründer einer antikommunistischen Vereinigung in Großbritannien, sollte der Bruderschaft Gehör verschaffen. Er beabsichtigte, ein „Manifest“ der Bruderschaft in Schweden, Italien und der Schweiz zu verbreiten. Dies hatte er in einer Bruderschaftssitzung vom 1. und 2. Oktober 1949 erklärt, in der auch über die Frage der Finanzierung der Verbindung diskutiert worden war. Der Schatzmeister der Bruderschaft, der Anwalt Ernst Achenbach<sup>209</sup>, meinte dazu, hätte man sich die Aufgabe gesetzt gegen ein Sechstel der Erde anzutreten, könnte man die Finanzierung dieses Kampfes nicht mit Groschen beginnen. Er versprach, von der Industrie das „große Geld“ zu holen. Dies blieb jedoch aus, sodass die Pläne der Bruderschaft mit der Vereinskasse nicht in Einklang zu bringen waren.<sup>210</sup> Neben der außenpolitischen Konzeption veranlasste vor allem das finanzielle Problem Franke-Gricksch und Beck-Broichsitter unabhängig voneinander, kurz vor dem Ausbruch des Korea-Krieges, als die Bruderschaft an die Öffentlichkeit trat und die Gründung einer politischen Partei plante, sich gegen den Willen vieler Mitglieder dem Osten zuzuwenden.<sup>211</sup>

Franke-Gricksch nutzte dazu auch seinen Kontakt zu Francis Parker Yockey, einem amerikanischen Kulturphilosophen, der in der rechtsextremistischen Organisation „Union Movement“ des britischen Faschisten Oswald Mosley gemeinsam mit Guy Chesham als Beauftragter für die europäischen Kontakte zuständig war und Verbindungen zum europaweiten Faschistennetzwerk unterhielt.<sup>212</sup> Yockey wurde zur Schaltstelle zwischen Mosley und Franke-Gricksch.<sup>213</sup> Er knüpfte Verbindungen zur Sowjetunion und wollte so

---

<sup>206</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>207</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 150.

<sup>208</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>209</sup> Bei Meyer fälschlich als Eugen Achenbach bezeichnet. Vgl. Meyer, Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht, S. 718.

<sup>210</sup> Ebenda, S. 718.

<sup>211</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 150.

<sup>212</sup> Dorril, Blackshirt, S. 571.

<sup>213</sup> Macklin, Very deeply dyed in black, S. 91.

Geld für antiamerikanische Propaganda bekommen.<sup>214</sup> Trotzdem die Bruderschaft und Mosley viele geopolitische Ideale und auch ihre Sicht auf eine Wiederbewaffnung teilten, verweigerte sich Mosley schlussendlich der wachsenden Ostorientierung der Clique um Franke-Gricksch.<sup>215</sup> Paradoxaerweise wurde gleichzeitig eine offene antikommunistische und paneuropäische Propaganda von der Bruderschaft betrieben, die das Interesse von zahlreichen einflussreichen ehemaligen Wehrmachts- und SS-Beamten weckte.<sup>216</sup> Darunter befanden sich der ehemalige Chef des Generalstabs des Heeres Heinz Wilhelm Guderian<sup>217</sup>, der ehemalige General der Panzertruppen Hasso von Manteuffel<sup>218</sup>, der ehemalige Luftwaffenbefehlshaber Mitte und Befehlshaber der Luftflotte „Reich“ Hans-Jürgen Stumpff<sup>219</sup>, Generalleutnant Oldwig Otto von Natzmer<sup>220</sup>, die ehemaligen SS-Generäle Paul Hausser<sup>221</sup>, Herbert Gille<sup>222</sup>, Felix Steiner<sup>223</sup>, Otto Kumm, der vormalige Admiral Otto Kranzbühler<sup>224</sup> und ein Kreis früherer Marineoffiziere in Hamburg<sup>225</sup> sowie der SS-Theoretiker, Chefredakteur der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ und einer der führenden Werwolf-Organisatoren Gunter d`Alquen.<sup>226</sup>

Die Presse mutmaßte, die Bruderschaft habe die Aufgabe, eine deutsche Remilitarisierung vorzubereiten. Ausschlaggebend für solche Annahmen waren die Kontakte von Hasso von Manteuffel, dem „Aushängeschild“ der Bruderschaft, zu Kanzler Adenauer.<sup>227</sup>

---

<sup>214</sup> Dorril, Blackshirt, S. 571.

<sup>215</sup> Macklin, Very deeply dyed in black, S. 93.

<sup>216</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>217</sup> Vgl. Klee, Personenlexikon, S. 208.

<sup>218</sup> 1945 geriet von Manteuffel in Kriegsgefangenschaft. Ab 1947 arbeitete er als Prokurist einer Metallwarenfabrik in Neuss. Seit 1949 war er Mitglied der FDP, 1953 bis 1957 Mitglied des Bundestags und Vorsitzender des Sicherheitsausschusses. Siehe dazu: Klee, Personenlexikon, S. 390f.

<sup>219</sup> Vgl. Stockhorst Erich, Wer war was im 3. Reich. 5000 Köpfe, Wiesbaden ohne Zeit, S. 418.

<sup>220</sup> Oldwig Otto von Natzmer wurde noch am 15.3.1945 zum Generalleutnant befördert. Siehe dazu: Keiling, Rangliste des Deutschen Heeres, S. 75.

<sup>221</sup> Paul Hausser war im Krieg kommandierender General bei diversen Kriegseinsätzen in Russland, Italien und der Normandie. Im April 1945 wurde er von Hitler amtsenthoben. Er war interniert bis 1948 und ranghöchster Überlebender der Waffen-SS. Außerdem war er Mitglied der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) und saß im Präsidium des 1951 neu gegründeten Verbands deutscher Soldaten. Siehe dazu: Klee, Personenlexikon, S. 233.

<sup>222</sup> Gille saß im Präsidium des Verbands deutscher Soldaten. Er war Herausgeber der Verbandszeitschrift „Der Wiking-Ruf“. Siehe: Klee, Personenlexikon, S. 185.

<sup>223</sup> Seit 1945 engagierte sich der „Panzergeneral“ im Verband Deutscher Soldaten und bei der Deutschen Soldatenzeitung. Siehe dazu: Klee, Personenlexikon, S. 600.

<sup>224</sup> Nach dem Krieg war Otto Kranzbühler Teilnehmer an den vierteljährlichen Tagungen des Heidelberger Juristenkreises, der die Revision der Urteile aus den alliierten Kriegsverbrecher- und NS-Prozessen anstrebte. Ende Januar 1952 war Kranzbühler Leiter einer Delegation des Heidelberger Juristenkreises. Diese übergab die Forderungen des Kreises zur „Lösung der Kriegsverbrecherfrage“ an Konrad Adenauer. Siehe: Frei, Vergangenheitspolitik, S. 248.

<sup>225</sup> BA, NL 80/273/046-057, Sendung NWDR, 9.6.1953.

<sup>226</sup> Siehe: Tauber, Beyond Eagle and Swastika, S. 124.

<sup>227</sup> Der Spiegel, Nr. 9, 1950, S. 6 (Waffen für den Butzemann).

Unbemerkt hatten Franke-Gricksch und Manteuffel aus dem Kern der Bruderschaft, der aus ehemaligen Angehörigen der Division Großdeutschland bestand, Mannschaften für zwei komplette kriegsstarke Divisionen – eine Infanterie-Division und eine Panzerdivision – zusammengestellt. Die Mitglieder waren kampferfahren, meist technisch hochqualifiziert und im NS-Sinn „zuverlässige“ Männer.<sup>228</sup> Aufgrund des geheimen Angebots eines westdeutschen Truppenkontingents von Adenauer an die Westmächte hielten Franke-Gricksch, der sich inzwischen „Kanzler der Europäischen Bruderschaft Deutscher Nation“ nannte, und Manteuffel die Zeit für gekommen, ihre Einheiten zum Kern der neuen Armee zu machen. Deshalb begab sich Manteuffel im Dezember 1949 zum Kanzler, um mit ihm hierüber zu sprechen. Die alliierten Geheimdienste, die darüber beunruhigt waren, ließen die Verschwörung nun über die Presse bekannt werden.<sup>229</sup> Auslandsberichte erschienen, die die Bruderschaft als „verschworene Generalsclique mit großdeutschen, neofaschistischen Machtbestrebungen“ darstellten. Die Meldungen wurden von den deutschen Medien aufgegriffen und die Vereinigung publik gemacht.<sup>230</sup> Bereits zu diesem Zeitpunkt begann die Bruderschaft zu bröckeln, und die für sie wichtigen Persönlichkeiten der Wehrmacht fingen an, sich von ihr zu distanzieren.<sup>231</sup> Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass die kryptonazistischen Führer auf so fruchtbaren Boden gestoßen waren.

Theorie und Technik der Bruderschaft fanden Anklang bei Werner Naumann. Von hier wurde er stark bei der Formulierung seiner eigenen späteren Taktik beeinflusst.<sup>232</sup> Die Bruderschaft brachte ihn zudem in Berührung mit vielen überzeugten Nationalsozialisten, von denen einige später den Kern seines eigenen „Düsseldorfer Kreises“<sup>233</sup> formten. So reichten die Seilschaften zu dem Kreis um den Industriellen Gert Spindler sowie ausländischen nationalistischen Bewegungen in Skandinavien, dem Nahen Osten und Süd-Amerika. Einige Teile der Bruderschaft waren auch in die Gründung des Freikorps Deutschland, einer Kampfgruppe, die später verboten wurde, verwickelt.<sup>234</sup>

---

<sup>228</sup> Opitz, Faschismus und Neofaschismus, S. 192.

<sup>229</sup> Ebenda, S. 193.

<sup>230</sup> Der Spiegel, Nr. 9, 1950, S. 6 (Waffen für den Butzemann).

<sup>231</sup> NARA, FO 371/103896, Denkschrift über den Gauleiter-Kreis der Briten, Ende 1952, (Draft: Detailed Release for later Issue in one or more Instalments).

<sup>232</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>233</sup> ADL, NI-815, Naumanns Tagebuch. Der „Düsseldorfer Kreis“ oder „Düsseldorfer Zirkel“ wurde wegen seines hohen Anteils an Gauleitern auch als „Gauleiter-Kreis“ bezeichnet. Siehe: Herbert, Best, S. 463.

<sup>234</sup> Tauber, Beyond Eagle and Swastika, S. 122. Neben Hermann Lamp, einem ehemaligen höheren SS-Führer und Angehörigen der Deutschen Partei, des Bundes Junger Deutscher (BDJ) zählten der ehemalige Gauleiter von Wien Eduard Frauenfeld, der früherer SA-Führer Eberhard Hawranke und der ehemalige Generalstabsoffizier Helmut Beck-Broichsitter zum Gründerkreis. Das Freikorps Deutschland zeichnete

Naumanns bedeutendster Gewinn aus der Zusammenarbeit mit der Bruderschaft war allerdings der Schulterschluss von Karl Friedrich Bornemann, der aktivster Mitarbeiter und Cheforganisator seines Netzwerkes wurde. Bornemann, ehemaliger HJ-Führer und Propagandabeamter in der NSDAP-Gauleitung in Köln, war zu dieser Zeit der Medien-Experte der Bruderschaft.<sup>235</sup> Er betrieb einen Presseservice, den „Deutschen Unabhängigen Zeitungsdienst“ (DUZ) in Düsseldorf mit Beziehern und Spendern in einflussreichen Industriellenkreisen der Ruhr. Auch vertrieb er seinen eigenen politischen Informationsdienst „Kommentare, Berichte und Informationen (KBI)“, deren Unterstützer und Mitarbeiter im Jahr 1950 die Bruderschaft, die Nationale Union, die Deutsche Reichspartei und die Nationale Rechte sowie auch kleinere rechtsgerichtete Gruppen waren. Der Informationsdienst beabsichtigte, diese einzelnen Organisationen, vor allem ihre aktiven Mitglieder, für einen Zusammenschluss vorzubereiten und auch die einzelnen Gleichgesinnten, zum Beispiel ehemalige Beamte oder Reichsarbeitsdienstführer, anzusprechen.<sup>236</sup>

Naumann sah im KBI ein nützliches Instrument für die ersten Schritte seiner politischen Arbeit, die Fühlungnahme mit Gleichgesinnten, die „Sammlung der Kräfte“ und schließlich die Aufnahme ausgewählter Mitglieder der Kriegsgeneration in eine eng geschlossene Organisation. Durch die Veröffentlichung seiner politischen Leitartikel unter einem Pseudonym im KBI war er in der Lage, bei seinen Lesern eine ultranationale und eine pronationalsozialistische Sicht zu fördern, ohne dabei in der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten oder die Aufmerksamkeit der Alliierten zu erregen.<sup>237</sup> Er stellte eine Sammlung seiner Artikel von 1950 bis 1951 zusammen, die den Titel trug: „Ein neuer Start und die alten Ziele“. Diese war Lea Lucht gewidmet. Sie enthielt eine Serie von politischen Essays, die deutlich zeigten, dass Naumann ab Dezember 1950 fast alle Leitartikel im KBI geschrieben hatte. Es waren weitere antialliierte Entwürfe vorhanden, die allerdings unveröffentlicht geblieben waren. Auch gab es drei Artikel<sup>238</sup> in „Das Gewissen“, der

---

sich durch seine internationalen Verbindungen aus und wurde zu Recht als Bestandteil einer faschistischen Internationalen angesehen. Siehe: Hirsch, Kurt, Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945, München 1989, S. 206.

<sup>235</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>236</sup> Ebenda. Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103905, Brief von Bornemann an Damerau, 2.6.1950, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann and Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, Februar 1953).

<sup>237</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>238</sup> Der erste Aufsatz war am 1.6.1950 entstanden. Siehe: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Publikation der extrem rechten Deutschen Union, die auch in engem Kontakt mit der Bruderschaft stand.

Für Naumann war Bornemann im Jahr 1950 vor allem auch als Mittelsmann wichtig. Der ehemalige SS-Brigadeführer Wilhelm Börger, der mit den Jungdemokraten der FDP verbunden war, bat den Publizisten Ende Oktober 1950 um eine gemeinsame Zusammenkunft mit Naumann. Bei dieser Gelegenheit berichtete Börger auch, dass ein ehemaliger Hauptstellenleiter in der Reichspropagandaabteilung der NSDAP Fritz Rößler aus Sachsen<sup>239</sup> aus dem Zeitungsdienst Bornemanns vorgelesen und dies der FDP-Landtagsabgeordnete (und spätere Bundespräsident) Walter Scheel mitbekommen habe und sprachlos gewesen sei. Scheel wolle sich mit Bornemann in Verbindung setzen. Auf alle Fälle solle Bornemann Scheel einmal im Landtag Düsseldorf anrufen.<sup>240</sup>

Ebenso bedeutsam für den Aufbau des Netzwerks war der Kontakt zu anderen rechtsextremistischen Verlagen. Mitte November 1950 tauschte sich Bornemann mit dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer Waldemar Schütz, dem Besitzer des ultrarechten Plesse-Verlags in Göttingen und prominenten Unterstützer der Bruderschaft aus. Schütz sponserte den Besuch des französischen Faschisten Professor Maurice Bardèche in Deutschland, der anlässlich einer Besprechung mit Naumann am 21. November 1950 in Düsseldorf erwartet wurde.

Ab 1950 am folgenreichsten war jedoch Bornemanns Verbindung zu den Ost-Agenten August Moritz alias „Kornbrenner“<sup>241</sup>, dem ehemaligen Spion<sup>242</sup> und stellvertretenden

---

<sup>239</sup> Jenke, Verschwörung von rechts, S. 69.

<sup>240</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Börger an Bornemann, 23.10.1950, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann and Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, 2.2.1953). Vgl. auch: NARA, FO 371/103913 sowie BA, NL 80/272/245.

<sup>241</sup> Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 278.

<sup>242</sup> Bis Sommer 1942 gehörte Moritz zur Abteilung VI (Auslandsnachrichtendienst) des Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. Danach ging er als Stellvertreter des Kommandeurs der Sipo und des SD nach Orléans. Ende 1942 war er stellvertretender Kommandeur des Sicherheitspolizei-SD-Einsatzkommandos IV B Marseille und Leiter der Abteilung IV (Gestapo). Ab Herbst 1943 operierte er als Stellvertreter des Kommandeurs und Leiter der Abteilung IV beim Einsatzkommando Lyon. Im Frühjahr 1944 wurde Moritz zum RSHA in das Amt VI zurückbeordert und leitete ab Dezember die Agentenschule. Er gab an, am 30. April 1945 in Mailand in amerikanische Gefangenschaft geraten zu sein. Anschließend sei er zweimal aus der Kriegsgefangenschaft geflohen. Im September 1946 habe ihn dann ein Bekannter beim militärischen Geheimdienst der britischen Armee, der Field Security Section (FSS), angezeigt. Nach seiner Verhaftung sei er in das Internierungslager Fallingbosten eingeliefert worden, von wo aus er an Frankreich ausgeliefert werden sollte. In der Nacht vom 6. zum 7. Januar 1948 sei er aus dem Lager geflüchtet. Dann war Moritz unter dem Namen „Rolf Müller“ in Hamburg untergetaucht. Im Spätsommer 1950 nahm ihn sein erster Resident Bruno Korthaus (alias „Max“, „Menzel“) in sein Agentennetz auf, gab ihn im Frühjahr 1951 aber an den neuen Residentenführer Gerhard Leo ab. Der ehemalige Chef der DDR-Auslandsspionage Markus Wolf bezeichnete Moritz als einen ehemaligen SD-Mann mit „geheimdienstlichen Erfahrungen“. Vgl. Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 278ff. Sowie: Wolf, Markus, Die Kunst der Verstellung. Dokumente, Gespräche, Interviews, Berlin 1998, S. 66.

Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Marseille sowie dem ehemaligen SS-Führer und ehrenamtlichen Mitarbeiter des SD Uwe Wehlen.<sup>243</sup>

Bornemann versorgte Moritz mit Informationen, die er von seinen weiteren Kontakten bezog. Diese wussten allerdings nicht, wer die Endverbraucher waren. Moritz (alias „Kornbrenner“) war Hauptakteur in einem Netzwerk, das die Unterwanderung der Bundesregierung plante, um von dort erhaltene Informationen an Agenten der Ostzone zu verkaufen.<sup>244</sup> Zu dieser Gruppe gehörte auch Moritz' Geliebte Ursula Seele, die als Kurier zu seinen Arbeitgebern im Osten fungierte, der ehemalige belgische Kollaborateur Arnold Aimé de Lannoy sowie der Österreicher Leo Schulz (alias „Rabe“)<sup>245</sup> und der ehemalige SS-Hauptsturmführer Gustav Hanelt, der nun im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB in Köln, Kreisvorsitzender der Deutschen Partei und Abgeordneter im Kieler Landtag war.<sup>246</sup> Er operierte an Wehlens Stelle als Aushilfsagent für Moritz.<sup>247</sup> Wehlen war aufgefordert worden, für das Deutsche Institut für Zeitgeschichte (DIZ) in Ostberlin tätig zu werden.

Zu Beginn lieferte Moritz hauptsächlich Berichte über die Bruderschaft und deren Verbindungen zum Evangelischen Hilfswerk in Hamburg, später auch über die Tätigkeit der verschiedenen nationalen Gruppen.<sup>248</sup> Aber auch hochbrisante Informationen über die Bundesregierung, die höchster Geheimhaltung unterlagen, wie Remilitarisierungspläne und Kopien zahlreicher Berichte<sup>249</sup> zu diesem Thema schleuste das Netzwerk um August Moritz zu einem Dienst in den Osten<sup>250</sup> aus, der dafür hohe Summen zahlte. Aus diesem Fonds unterhielt Moritz seine Unteragenten. Die meisten Dokumente aus dem Bundestag wurden von de Lannoy produziert oder von ihm aus unbekanntem Quellen kopiert. Hanelt

---

<sup>243</sup> Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 279.

<sup>244</sup> NARA, FO 371/103901, Bericht von Williams von der B.I.O.G. an das Büro des Hohen Kommissars, 4.2.1953, (Subject: Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53. Connection with the August Moritz Espionage Network).

<sup>245</sup> Leide, Henry, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 279f. Schulz war ehemaliger SS-Major, in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten und 1947 an die Engländer übergeben worden. Zusammen mit Moritz war er im Lager Fallingbosten gewesen. 1949 wurde er in der französischen Besatzungszone entnazifiziert. Er arbeitete beim Evangelischen Hilfswerk in Hamburg und organisierte angeblich die Ausschleusung belasteter SS-Leute ins Ausland.

<sup>246</sup> Ebenda, S. 280.

<sup>247</sup> NARA, FO 371/103901, Bericht von Williams von der B.I.O.G. an das Büro des Hohen Kommissars, 4.2.1953, (Subject: Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53. Connection with the August Moritz Espionage Network).

<sup>248</sup> Leide, Henry, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 280.

<sup>249</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret), Apendix A.

<sup>250</sup> Während der Verhöre hatte Moritz nicht die Identität der Empfänger seiner Informationen preisgegeben. Die Briten kamen zu dem Schluss, dass sie mit höchster Wahrscheinlichkeit zum russischen Geheimdienst gehörten. Siehe: NARA, FO 371/103901, Bericht von Williams von der B.I.O.G. an das Büro des Hohen Kommissars, 4.2.1953, (Subject: Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53. Connection with the August Moritz Espionage Network).

lieferte die Berichte dann weiter in die Ostzone. Bornemann erhielt die gleichen Schriftstücke wie Hanelt. Das Ausmaß seiner Arbeit wurde jedoch nie ganz aufgedeckt.<sup>251</sup>

Dass er jedoch unbestreitbar eine feste Position in dem Netzwerk inne hatte, zeigten die 1953 von den Briten beschlagnahmten Unterlagen, die sich in seinem Besitz befanden:

a) Eine streng vertrauliche Unterredung mit dem Bundesjustizminister Dr. Thomas Dehler, datiert auf den 26. Dezember 1950.<sup>252</sup>

b) Undatierte Briefe, die politische, ökonomische und militärische Informationen der Bundesrepublik enthielten.<sup>253</sup>

c) Ein Brief von Bornemann an Rolf Müller (alias Moritz), datiert auf den 4. Februar 1951. Moritz, der sich des Decknamens Rolf Müller<sup>254</sup> bediente, wenn er mit den Führern der Bruderschaft in Kontakt trat, stellte hier Fragen zur Wiederbewaffnung, die ihm Bornemann beantwortete. Offenbar besaß er viel ausführlichere Informationen als der Öffentlichkeit zu diesem Zeitpunkt zugänglich waren. Beispielsweise berichtete er, dass die ehemaligen Generäle Hans Speidel und Adolf Ernst Heusinger für einen höheren Posten im Rahmen der Militarisierung vorgesehen seien. Und der ehemalige Oberstleutnant Friedrich Wilhelm Heinz, ein ehemaliger Kommandeur der Division Brandenburg, die der Abwehr unter dem Geheimdienstchef Wilhelm Canaris unterstanden hatte,<sup>255</sup> betreibe einen offiziellen Geheimdienst, den nach ihm benannten FWH-Dienst, getarnt als „Archiv für Gegenwartsforschung“<sup>256</sup> in Frankfurt am Main.<sup>257</sup>

---

<sup>251</sup> NARA, FO 371/103901, Bericht von Williams von der B.I.O.G. an das Büro des Hohen Kommissars, 4.2.1953, (Subject: Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53. Connection with the August Moritz Espionage Network). Dies gestand Wehlen in den Verhören 1952.

<sup>252</sup> Diesen Bericht hatte Bornemann anscheinend von Moritz und Wehlen erhalten, im Tausch gegen eigene Informationen. Die Form und das Auftauchen waren dem anderer Informationen ähnlich, von denen bekannt ist, dass sie von Moritz und Wehlen vorbereitet wurden, vermutlich als Fälschungen. In diesem Bericht hieß es: „Dr. Dehler empfing in der Vorweihnachtszeit seinen alten bayerischen Parteifreund (FDP) und Mitbegründer der bayerischen FDP, den Großkaufmann M. F. [...] Der Unterredung, die wie gesagt privater Natur war, wohnte als dritter Gesprächspartner ein hoher Funktionär der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) bei, der mit F. und mit Dehler aus gemeinsamer Haftzeit eng bekannt ist und dem der Bundesjustizminister zum Weihnachtsfest ein herzlich gehaltenes Glückwunschsreiben übersandte, obwohl dieser VVN-Funktionär in vielen Veröffentlichungen als wichtiger Ostagent im Bundesgebiet angegriffen worden ist und obwohl der Minister weiß, dass er häufig in der Ostzone zu Gesprächen mit hohen Vertretern der DDR Regierung zusammentrifft, darunter auch mit Ulbricht und Franz Dahlem.“ Siehe: NARA, FO 371/103901, Vertraulicher Bericht über eine Unterhaltung von Dehler, 28.12.1950, (in: Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, 4.2.1953).

<sup>253</sup> Diese Briefe waren denen sehr ähnlich, die von Moritz über Wehlen und Hanelt in den Osten geschleust wurden.

<sup>254</sup> Vgl. Klee, Personenlexikon, S. 416.

<sup>255</sup> Siehe dazu: Bentzien, Hans, Division Brandenburg. Die Rangers von Admiral Canaris, Berlin 2004, S. 229ff.

<sup>256</sup> Meinel, Susanne, Friedrich Wilhelm Heinz (1899-1958). Verschwörer gegen Hitler und Spionagechef im Dienste Bonns, in: Dieter Krüger/ Armin Wagner (Hg.), Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003, S. 73.

Diese Informationen hatte Bornemann von dem Pressefinanzier und Lobbyisten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) August Heinrichsbauer bekommen.<sup>258</sup>

d) Ein Brief von Bornemann an Rolf Müller, datiert auf den 29. Mai 1951. Dieser Brief zeigte, dass auch Franke-Gricksch in Kontakt mit Moritz stand, der das Kürzel „O“ benutzte, für den Namen Otto.<sup>259</sup>

e) Ein vertraulicher Bericht über ein Treffen von Landeskommunikationsexperten mit dem Minister des Innern in Bonn am 20. und 21. Januar 1951. Dabei sind handschriftliche Ergänzungen auf dem Bericht eingefügt, die nach einem Schriftenabgleich ergaben, dass es sich um Zusätze von Karl Heinz Peter, den späteren Archivar des Naumann-Kreises, handelte.<sup>260</sup>

Nach der Einschätzung des Residentenführers Gerhard Leo rekrutierte sich die Clique an Informanten um Moritz aus der Bruderschaft. Doch seiner Meinung nach gab keiner der Beteiligten aus Loyalität gegenüber der Bruderschaft oder aus Idealismus Informationen an Moritz weiter. Vielmehr habe das informelle Bündnis durch Geldzuwendungen zusammengehalten. Eine wichtige Rolle in diesem Kontext spielte auch der gegenseitige Nachrichtenaustausch um sich bei den jeweiligen Protektoren stark zu machen, die gemeinsame Vergangenheit und das Bestreben, sich einen konformen Freundeskreis zu erhalten.<sup>261</sup>

Im frühen Sommer 1951, bevor das Bundesgesetz gegen die Verbreitung von Staatsgeheimnissen in Kraft trat, brach Bornemann seine Verbindung zu Moritz und Wehlen ab. Ab Juni 1951 beschäftigten sich die Briten, der Bundesverfassungsschutz und das Bundeskriminalamt mit dem Fall. Vom Verfassungsschutz wurde Ronald Obara auf Bornemann und sein Pressebüro angesetzt. Wenig später kam hier der Agent Helmuth Mosberg dazu, den Bornemann noch aus Studentenzeiten in Erlangen kannte. Seine Verbindungen zum Verfassungsschutz wurden Bornemann jedoch schnell offenbar. Schließlich sorgte Obara dafür, dass der „Spiegel“, zu deren Herausgeber der Agent gute

---

<sup>257</sup> NARA, FO 371/103901, Brief von Bornemann an Müller, 4.2.1951, (Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, 4.2.1953).

<sup>258</sup> Vgl. NARA, FO 371/103909, Schreiben von Heinrichsbauer an Bornemann, 4.1.1951, (in: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953). Zu Heinrichsbauer siehe: Manig, Oliver-Bert, Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2004, S. 408.

<sup>259</sup> Bornemann referierte über eine „Denunziation“. Resultat dieser Berichte war, dass die CIA mit dem britischen Geheimdienst bezüglich ihrer Untersuchungen des Moritz-Netzwerks zusammenarbeitete.

<sup>260</sup> Die Quelle des Berichts wurde klar, nachdem ein Brief von Peter an Bornemann, datiert auf den 18. März 1952 gefunden wurde. In diesem Brief erwähnte Peter einen früheren SS-Kameraden, der nun bei den drahtlosen Funkdiensten der Polizei und als Radio-Spezialist arbeitete. Siehe dazu: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>261</sup> Leide, Henry, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 281f.

Kontakte hatte, den „FKB-Dienst“ – einen rechten Informationsdienst Bornemanns – abonnierte. Dabei ging Obara davon aus, dass Bornemann ein V-Mann der Briten war.<sup>262</sup> Diese Annahme, die auch Mosberg teilte<sup>263</sup>, schien durchaus berechtigt. Im Frühjahr 1952 wurden die Mitglieder des Kreises um Moritz – Bornemann war nicht darunter – verhaftet und wegen Spionage angeklagt.<sup>264</sup> Das Gericht fand heraus, dass die Angeklagten wöchentlich bis zu 60 Berichte nach Ost-Berlin geliefert hatten, wofür sie insgesamt 24.000 DM erhielten.<sup>265</sup> Moritz wurde am 22. Dezember 1953 wegen versuchten Landesverrats und Bestechung zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Mitangeklagten erhielten eine Strafe zwischen einem Jahr und dreieinhalb Jahren Gefängnis.<sup>266</sup>

Bornemann hatte auch nach seinem Ausscheiden aus dem Spionagenetz 1951 weiterhin großes Interesse am Bezug vertraulicher Informationen der Bundesregierung und vertraute bis 1952 auf die Bindungen des vom Osten kontrollierten Geheimdienst-ringes.<sup>267</sup> Wie gut er auch noch danach informiert war, zeigten drei Briefe, die er zwischen April 1952 und Januar 1953 an den freischaffenden Bonner Journalisten und Leiter der Hilfgemeinschaft für Entnazifizierungsgeschädigte Gerd Walleiser schrieb. Im ersten erkundigte sich Bornemann nach personellen Fragen und Ernennungen im Bundesministerium, nach Plänen des Auswärtigen Amts sowie nach Namen und Herkunft von Mitarbeitern in der Dienststelle Blank, nach einzelnen Abteilungsleitern und den Beamten, die für Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz verantwortlich waren. Im

---

<sup>262</sup> Buschfort, Wolfgang, *Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947-1961)*, Paderborn 2004, S. 247.

<sup>263</sup> Der Versuch Kirkpatrick's Bornemann, Kaufmann und Salat von einer Presseveröffentlichung zu streichen, deutete auf einen nachrichtendienstlichen Hintergrund hin. Siehe: Ebenda, S. 248.

<sup>264</sup> Im April 1952 verhafteten die Briten Moritz, Seele, Wehlen und de Lannoy. Sie wurden in einem speziellen Flügel in Werl untergebracht. Hanelt wurde von der Bundesregierung Mitte Mai 1952 festgesetzt. Die vier in britischem Gewahrsam wurden Ende Mai und im Juni 1952 an die deutschen Behörden zusammen mit den bei ihnen beschlagnahmten Dokumenten übergeben. Mit Ausnahme von Seele, die auf Kautionsfreigabe wurde, wurde ihnen der Prozess gemacht. Siehe dazu: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (*The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret*), Appendix A.

<sup>265</sup> Leide, Henry, *NS-Verbrecher und Staatssicherheit*, S. 282.

<sup>266</sup> Ebenda, S. 283. In Frankreich war Moritz für seine Taten bereits am 30. Januar 1954 vom Militärgericht in Marseille und nochmals am 25. November 1954 vom Militärgericht Lyon zum Tode verurteilt worden.

<sup>267</sup> Am 5. Januar 1952 schrieb er an Voigt, einen ehemaligen Hauptgeschäftsführer der HJ und Bruderschaftsunterstützer, der seit 1949 in rechten Kreisen sehr prominent war, ihn interessiere sehr, was ein Dr. Wissmann aus Hannover beruflich mache und was man über ihn herausfinden könne. Voigt sollte das für ihn bewerkstelligen. Bei Wissmann handelte es sich um das Alias von Richard Gerken, den Leiter der Sektion „Agenteneinsatz“ des Landesverfassungsschutzes in Hannover. Am 24. September 1952 gab es einen Briefwechsel zwischen Bornemann und Dr. Georg Werle, einem ehemaligen HJ-Bannführer von Aachen-Stadt. Bornemann zeigte hier reges Interesse an vermeintlichen geheimen Besprechungen zwischen Dr. Kurt Schumacher und ehemaligen HJ-Führern. Vgl. NARA, FO 371/103906, Brief von Bornemann an Voigt, 5.1.1953, (in: Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, 20.2.1953) Sowie: NARA, FO 371/103906, Brief von Werle an Bornemann, 24.9.1952, (in: Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, 20.2.1953).

zweiten Brief erfragte Bornemann weiterführende Informationen über die Vergangenheit, Politik und derzeitige Aufgaben des Blank-Büros sowie der Grenzschutzbeamten.<sup>268</sup> Bei seinen weiteren Kontaktaufnahmen ging er ab 1950 allerdings weit vorsichtiger vor. So schrieb er an Karl Heinz Peter im Februar 1952, dass eine Vorabbedingung für ein Treffen mit ihm und seinen Freunden ein Eid wäre, keiner politischen Partei oder einem Geheimdienst anzugehören.<sup>269</sup>

Die Bedeutung von Bornemanns KBI und seine verhetzenden Inhalte, die sich in Aufsätzen mit Titeln wie „Ist Adolf Hitler der Sündenfall der deutschen Geschichte?“<sup>270</sup> manifestierten, waren auch dem Innenministerium in Nordrhein-Westfalen nicht verborgen geblieben. Der beratende „Ausschuss für das Pressewesen“ des Landes Nordrhein-Westfalen vertrat die Ansicht, dass Bornemann mit der Verbreitung von Artikeln wie „Ehard: Erhaltet das Geschichtsbild von den KZ's rein!“ oder „Die Toten in Korea bezahlen Roosevelts Rechnungen“ nationalistische, totalitäre und völkerverhetzende Gedanken verbreite und damit seinen Beruf als Journalist gegen die demokratische Grundordnung missbrauche.<sup>271</sup>

Innenminister Adolf Flecken erteilte Bornemann zuerst vollständiges journalistisches Verbot und wandelte dies aufgrund einer geschickten Prozessverteidigung<sup>272</sup> Bornemanns später in ein dreijähriges Publikationsverbot um, welches der Verurteilte umging, indem er unter dem Namen seines Vaters weiterdruckte.<sup>273</sup> Hier wurde die Ineffektivität des deutschen juristischen Apparates gegen Bornemann demonstriert.

Obschon die Bruderschaft durch die Presse bekannt geworden war, arbeitete sie auf Hochtouren. Vom 2. bis zum 6. November 1950 fand eine Reichstagung in Blankenhagen

---

<sup>268</sup> NARA, FO 371/103910, Brief von Bornemann an Walleiser, 22.4.1952 sowie 7.5.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, März 1953).

<sup>269</sup> NARA, FO 371/103903, Brief von Peter an Bornemann, 15.2.1952, (Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, 9.2.1953).

<sup>270</sup> Dieser Aufsatz stammte aus der Feder des ehemaligen NSDAP-Ortsgruppenleiters und Landrats Heinz Siepen. Er war eine Antwort auf Paul Sethes Artikel in der FAZ „Diese Generation muss noch warten“ vom 29. November 1951. Sethe hatte Hitler als Sündenfall der deutschen Geschichte bezeichnet, woraufhin Siepen ihm in seiner Abhandlung resümierend entgegnete: „Es tut mir sehr leid, Ihnen sagen zu müssen, sehr geehrter Herr Sethe, dass ich in Adolf Hitler beim besten Willen nicht den großen Sündenfall der deutschen Geschichte zu sehen vermag.“ Siehe: NARA, FO 371/103908, (Documents seized at the Residence of Karl Heinz Siepen on 14. Jan. 53, 26.2.1953), Artikel: Ist Adolf Hitler der Sündenfall der deutschen Geschichte? Sowie: NARA, FO 371/103910, Brief von Siepen an Bornemann, 4.12.1951 (Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, März 1953).

<sup>271</sup> NARA, FO 371/103906, Brief von Flecken an Bornemann, 13.10.1951, (Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, 20.2.1953).

<sup>272</sup> Ebenda.

<sup>273</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

nahe Gütersloh statt.<sup>274</sup> Unter den Teilnehmern waren der ehemalige General Wolfgang Pickert, der ehemalige Gauarbeitsführer Heinz von Maltitz<sup>275</sup>, Ernst Achenbach, Franke-Gricksch, Beck-Broichsitter, ein Vertreter der Deutschen Aufbauartei (DAP) und ein Vertreter des „Spiegels“. Ziel war es, Verbindung zu bedeutenden ehemaligen NDP- und SRP-Leuten aufnehmen, um sie für eine Mitarbeit in der Bruderschaft zu gewinnen.<sup>276</sup> Der ehemalige NSDAP-Ortsgruppenleiter und Landrat sowie Teilhaber der Punktal-Stahlwerke in Solingen Heinz Siepen hatte zwar nicht an der Tagung teilnehmen können, weil er keine Einladung bekommen hatte<sup>277</sup>, schloss sich aber nichtsdestotrotz der Bruderschaft an. Er war ursprünglich Anhänger der offenen, prowestlichen Deutschen Union (DU) und überführte wenige Wochen später im November 1950 seine Gefolgschaft der DU in die Bruderschaft. An Bornemann schrieb er, er habe durch Naumann nun große Hoffnung für die Zukunft.<sup>278</sup> Gemeinsam mit Siepen traf Naumann auch auf den ehemaligen Kampfflieger Hans Ulrich Rudel.<sup>279</sup> Der in NS-Kreisen legendäre Rudel, der einzige Träger der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung<sup>280</sup>, war in den Augen Siepens als Politiker und als Soldat äußerst wertvoll. Im Oktober 1950 führte Naumann weitreichende Diskussionen mit dem Kampfflieger, der illegal aus seinem selbst gewählten Exil in Argentinien nach Deutschland eingereist war.<sup>281</sup>

Staatliche Einrichtungen machten sich Gedanken, wie der Einfluss der Bruderschaft eingedämmt werden könnte, und gründeten im Herbst 1950 in Bonn die „Erste Legion“ als Gegenorganisation. Sie setzte sich zum Ziel – neben der Ausmerzung der Korruption – den Staat „innerhalb der von Gott gezogenen Grenzen des Rechts zu stärken“ und „die geistige und sittliche Haltung nach ewig gültigen Gesetzen zu erneuern, um dem Volk

---

<sup>274</sup> NARA, FO 371/103913, Übersetzung eines Briefes von Siepen an Bornemann, 3.11.1950, (Letter from Siepen to Bornemann, Confidential).

<sup>275</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret), Appendix C.

<sup>276</sup> ADL, N1-838, Abschrift Zeitleiste Bruderschaft, 30.11.1950.

<sup>277</sup> NARA, FO 371/103913, Übersetzung eines Briefes von Siepen an Bornemann, 3.11.1950, (Letter from Siepen to Bornemann, Confidential).

<sup>278</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Siehe auch: NARA, FO 371/103913, Übersetzung eines Briefes von Siepen an Bornemann, 3.11.1950, (Letter from Siepen to Bornemann, Confidential).

<sup>279</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>280</sup> Auf 2530 Feindflügen vernichtete er unter anderem 519 russische Panzer (rund 5 sowjetische Panzerkorps), ein Schlachtschiff, einen Kreuzer, einen Zerstörer, 70 Landungsboote, mehr als 800 motorisierte und bespannte Fahrzeuge, über 150 Artillerie-, Pak- und Flakstellungen sowie zahlreiche Brücken, Nachschublinien und Bunker. Er erzielte neun bestätigte Luftsiege, wurde über 30 mal durch Flak und Infanteriewaffen abgeschossen, fünfmal verwundet und rettete sechs notgelandete Besatzungen. Siehe dazu: Just, Günther, Stuka-Oberst Hans Ulrich Rudel. Einziger Träger der höchsten Tapferkeitsauszeichnung, Stuttgart 1977, S. 39.

<sup>281</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

durch entschlossenen Kampf gegen jede Wühlarbeit ein neues Gefühl der Sicherheit zu geben“.<sup>282</sup> Mit ihren spektakulären Aktionen erregte die „Legion“, hinter der der berühmte Reptilienfonds des Kanzlers vermutet wurde, weniger Aufsehen als vielmehr Gelächter. Bundestagsabgeordnete wie Kurt Georg Kiesinger, Erich Mende oder Hans Joachim von Merkatz, die mit ihr in Verbindung gebracht worden waren, begannen schnell sich von ihr zu distanzieren.<sup>283</sup> Das Scheitern der Gegenorganisation der Bundesregierung konnte jedoch nicht über den einsetzenden Zerfall der Bruderschaft hinwegtäuschen, der unter anderem aus der Uneinigkeit ihrer Führer resultierte.

Zu Beginn des Jahres 1951 splittete sich die Bruderschaft in zwei rivalisierende Fraktionen auf. Noch im Januar 1951 setzte sich Beck-Broichsitter auf Versammlungen enthusiastisch für die gesamte Bruderschaft ein.<sup>284</sup> Am 14. Februar 1951 beschuldigte ihn Franke-Gricksch jedoch, als Mitarbeiter eines gegen die Opposition angesetzten Nachrichtendienstes, Informationen des Verfassungsschutzes gesammelt und vor dem Bruderrat auf Befragen zugegeben zu haben, dafür bezahlt worden zu sein. Daraufhin trat Beck-Broichsitter mit anderen höhere Wehrmachtsoffizieren im Februar 1951 aus der Bruderschaft aus und gründete seinen eigenen Bund, die Bruderschaft Deutschland.<sup>285</sup> Es gab nun die Deutsche Bruderschaft unter Führung von Franke-Gricksch und die Bruderschaft Deutschland unter Beck-Broichsitter.

Letzter begann, seine Zusammenarbeit mit der rechtsextremistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) zu forcieren. Bereits am 5. Januar 1951 hatte sich der SRP-Vorsitzende Fritz Dorls an Helmut Beck-Broichsitter gewandt, weil er Beck-Broichsitter und „seine Freunde“ als Redner einsetzen und den ehemaligen Generaloberst Heinz Wilhelm Guderian als obersten Schirmherrn der „Nationalen-“ und damit „Europäischen Opposition“ proklamieren wollte.<sup>286</sup> Wichtig war für Dorls, Beck-Broichsitter allerdings nicht als Redner für die SRP, sondern als Chef der Bruderschaft Deutschland zu plakatieren. Er sollte zur Remilitarisierungsfrage sprechen und im letzten Drittel seiner Reden die SRP als die „parteiliche Vertretung“ seiner Ideale propagieren. Auf diese Weise wollte Dorls die breiten Volksschichten erreichen, die sonst in keine parteipoli-

---

<sup>282</sup> Meyer, Georg, Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages 1945-1950/51, S. 722.

<sup>283</sup> Ebenda, S. 718.

<sup>284</sup> Vgl. BA, B 104/1, Bd. II, Bl. 86, Versammlung in Hannover am 14.1.1951.

<sup>285</sup> ADL, N1-838, Abschrift Zeitleiste Bruderschaft, 20.2.1951.

<sup>286</sup> BA, B 104/1 Bd. II, Brief von Dorls an Beck-Broichsitter, 5.1.1951. Darin hieß es: Die niedersächsischen Wahlen seien von Weltbedeutung, „weil die Möglichkeit besteht, dass der Gedanke der Résistance in seiner am kompromisslosesten vertretenen Form sich die legale Plattform zu erobern vermag, und damit automatisch Mittel- und Kristallisationspunkt und somit richtungsweisend für alle gleich- oder ähnlich gearteten Kräfte werden [kann]. [...] Niedersachsen ist Hauptkriegsschauplatz“.

tische Versammlung hineinzumanövrieren waren. Die organisatorische Form, die zwischen Bruderschaft Deutschland und SRP gefunden werden sollte, war für Dorls dabei von untergeordneter Bedeutung, die man „unter Soldaten zwischen Tür und Angel“ besprechen könne.<sup>287</sup> Beck-Broichsitter kandidierte 1951 als unabhängiger Kandidat für die SRP und warb mit einem Flugblatt, für dessen Inhalt der SRP-Kreisvorsitzende von Pinneberg Franz Koplín verantwortlich war. Darin hieß es: „Dein Ja zum Deutschland-Vertrag ist deine Mitschuld am 3. Weltkrieg.“<sup>288</sup> Deshalb sollten keine Parteien, sondern der unabhängige Kandidat Helmut Beck-Broichsitter gewählt werden. Im Sommer kam es jedoch zu einem Bruch zwischen der Bruderschaft Deutschland und der SRP, der im August nicht mehr zu überbrücken war, auch weil Beck-Broichsitter aufgrund seiner Ostkontakte als Verräter angesehen wurde.<sup>289</sup>

Naumann blieb mit dem Franke-Gricksch-Element im Rheinland, der Deutschen Bruderschaft, in Kontakt. Seine Anhänger setzen große Hoffnungen in ihn. So schrieb ein weiterer „Spiritus Rector der rechten Szene“<sup>290</sup> Wilhelm Kiefer<sup>291</sup>, dass er Naumann als eine hervorragende Persönlichkeit betrachte, die gerade in sich vereine, was dem gemeinsamen Freunde Franke-Gricksch abgehe, weshalb beide sich aufs Beste ergänzen könnten. Allerdings solle Naumann „seinen ungestümen Mann“ Franke-Gricksch „in Reih und Glied“ halten, da viele an ihm Anstoß nehmen und wegen ihm nicht in die Bruderschaft kommen würden.<sup>292</sup> Der eigentliche Führer der Bruderschaft war somit Naumann, der die Persönlichkeiten der Führungsspitze aus dem Hintergrund mit Ratschlägen und Hinweisen anleitete.<sup>293</sup> Politisch strebte die Deutsche Bruderschaft eine „dritte Lösung“ zwischen dem „Kollektivismus des Ostens und dem befreienden Individualismus des Westens“ an.

---

<sup>287</sup> BA, B 104/1 Bd. II, Brief von Dorls an Beck-Broichsitter, 5.1.1951.

<sup>288</sup> BA, B 104/1 Bd. II, Flugblatt (Postwurfsendung) des unabhängigen Kandidaten Beck-Broichsitter, ohne Zeit.

<sup>289</sup> NARA, FO 1008/15, Bericht für die Kanzlei in Wahnerheide, 14.8.1951, (Subject: SRP – Graf Westarp).

<sup>290</sup> Kirchhof, Marco, Zwischen Flügelpampf und Abspaltung. Die aufregenden Gründerjahre der FDP zwischen 1945 und 1953, Bad Hersfeld 2007, S. 125.

<sup>291</sup> Wilhelm Kiefer hatte am Kapp-Putsch teilgenommen und war nach 1916 ein Anhänger von Ludendorff. Er wurde Abwehroffizier im Reichwehrministerium, überwarf sich mit den Nationalsozialisten und emigrierte in die Schweiz. 1944 wurde er von den Deutschen an der Grenze zu Lörrach verhaftet, freigelassen und zurück in die Schweiz geschickt. Dann wurde er in der Schweiz als deutscher Agent verhaftet, von dem man annahm, dass er in Verbindung mit dem SD stand. Siehe: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret), Appendix E.

<sup>292</sup> BA, NL 80/272/238-239, Brief von Wilhelm Kiefer an Karl Bornemann, 16.5.1951.

<sup>293</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Im Norden hatte die Deutsche Bruderschaft hauptsächlich Anhänger, die Franke-Gricksch bereits vor der Spaltung unterstützt hatten, wie den ehemaligen Gauarbeitsführer Dr. Heinz von Maltitz aus Wuppertal, Siepen aus Solingen-Ohlings, den ehemaligen SS-Sturmbannführer Ernst Sürenhagen aus Werne oder Jobst von Treuensfels aus Essen. In Süddeutschland wurde sie von einer straffer organisierten Gruppe in Stuttgart getragen, welche vorrangig aus ehemaligen SS-Offizieren bestand.<sup>294</sup>

Am 22. und 23. März 1951 führte die Deutsche Bruderschaft in Bochum eine erste Arbeitstagung durch, zu der nur die engsten Mitarbeiter eingeladen wurden. Hauptergebnis des Zusammentreffens war die Bestätigung des ehemaligen HJ-Gebietsführers der Sudeten und Jugendsekretärs des Landesverbandes der FDP in Nordrhein-Westfalen Dr. jur. Heinz Lange<sup>295</sup> als Jugendreferent der Bruderschaft. In diesem Zusammenhang stand auch der ehemalige Oberbannführer der HJ-Ruhr am Niederrhein und Kreisvorsitzende der Jungdemokraten in Essen, Willi Leggewie<sup>296</sup> in Kontakt mit Lange.<sup>297</sup> Auch bei dieser Sitzung wurden Karl Bornemanns „Kommentare, Berichte und Informationen“ mit Nachdruck als Lektüre empfohlen.<sup>298</sup> Bornemann war zu diesem Zeitpunkt einer der wichtigsten Stützpfiler der Gruppe um Franke-Gricksch. Weil die Deutsche Bruderschaft keinen Anklang mehr fand, versuchte Franke-Gricksch im Frühjahr 1951 über Bornemann in allen deutschen Städten, die durch Redner planvoll bereist werden sollten, eine „Gesellschaft für Kultur und Wissenschaft“<sup>299</sup> aufzuziehen. In puncto Gesellschaftsgründungen war Bornemann ohnehin kein unbeschriebenes Blatt, sondern galt als Experte.<sup>300</sup> An den ehemaligen SS-Sturmbannführer Ernst Sürenhagen, den Leiter der Bruderschaft in Dortmund, schrieb er am 7. Februar 1951, es gebe keine Möglichkeit, durch eine

---

<sup>294</sup> ADL, N1-838, Abschrift Zeitleiste Bruderschaft, 20.4.1951.

<sup>295</sup> Dr. Heinz Lange gehörte der ehemaligen Waffen-SS an. Er war hauptamtlicher Leiter der Jungdemokraten und Initiator der „Jungen Adler“. Er war Führer der Jungdemokraten in Essen und nahm an Veranstaltungen der „Gesellschaft für Geschichte und Kultur“ am 22.7.1952 und 17.10.1952 in Essen teil. Siehe: ADL, NI-832, Personalakte von Dehler, Anlagen E-Z.

<sup>296</sup> Willi Leggewie war nach dem Krieg Angestellter in der gleichen Firma wie Dr. Heinz Lange beim rheinisch-westfälischen Metallhandel in Essen. Er wurde mehrfach bei Veranstaltungen der „Gesellschaft für Geschichte und Kultur“ in Essen gesehen. Siehe: ADL, NI-832, Personalakte von Dehler, Anlagen E-Z.

<sup>297</sup> Ebenda.

<sup>298</sup> ADL, N1-838, Abschrift Zeitleiste Bruderschaft, 28.3.1951.

<sup>299</sup> Bornemann selbst bezeichnete sie als „Gesellschaft für Kultur und Politik“. Siehe dazu: NARA, FO 371/103916, Brief von Bornemann an Sürenhagen, 7.2.1952, (Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, Section V, August 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913 und NARA, FO 371/103903.

<sup>300</sup> Beispielsweise wurde Mitte 1950 unter dem Vorsitz von Bornemann die Ortsgruppe Wuppertal der „Gesellschaft für Geschichte und Kultur“ gegründet. Die Wuppertaler Gesellschaft bestand aus etwa 25 zahlenden Personen. Am 14. Oktober 1952 hatte die Gesellschaft zu einem Vortragsabend eingeladen, auf dem Dr. Peter Kleist zum Thema „Zwischen Reichskanzlei und Kreml“ sprechen sollte. Es waren 90 Personen erschienen, nachdem 700 schriftliche Einladungen verschickt worden waren. Siehe dazu: ADL, N1-838, Abschrift Zeitleiste Bruderschaft, 2.5.1952.

politische Partei öffentlichen Einfluss zu bekommen. Daher habe er in verschiedenen deutschen Städten Gesellschaften für „Geschichte und Politik“ gegründet. Die Hauptaufgabe dieser Organisationen, die später in „Gesellschaften für Geschichte und Kultur“ umbenannt wurden, sei, eine Plattform für bedeutende Persönlichkeiten zu schaffen, deren Ideen unterstützt werden sollten. Die Vereinigung, für die eine einmalige Aufnahmegebühr von 3 DM sowie ein Monatsbeitrag von 3 DM gezahlt werden musste<sup>301</sup>, sollte keine vordergründige politische Meinung vertreten und ihre Aktivitäten in der Öffentlichkeit sollten auf Lesungen beschränkt sein.<sup>302</sup> Eine erste Vortragsreise fand in Nordrhein-Westfalen mit dem neofaschistischen Schriftsteller Hans Grimm statt<sup>303</sup>, der aufgrund seiner „Erzbischofsschrift“<sup>304</sup> besonders prädestiniert schien. Es folgten Lesungen mit Männern wie dem ehemaligen Admiral Karl Georg Schuster, dem NS-Autor Bruno Brehm sowie dem ehemaligen Vorsitzenden der ausländischen Abteilung der Reichsjugendführung und dem Kulturattaché an der deutschen Botschaft in Tokio Reinhold Schulze.<sup>305</sup>

Gruppen der Gesellschaft bildeten sich in Düsseldorf, Dortmund, Mühlheim, Bochum und Wuppertal.<sup>306</sup> Bornemann organisierte weitere Vortragsreisen, beispielsweise in Linz mit Professor Hans Eibl, der 1932 das Buch „Vom Sinn der Gegenwart“ geschrieben hatte, worin er die Idee des Nationalsozialismus von sehr „hoher Schau aus“ begrüßt hatte.<sup>307</sup> Die Bornemannsche Organisation teilte jedoch das Schicksal vieler kleiner

---

<sup>301</sup> NARA, FO 371/103906, Brief von Bornemann an Zimmermann, 2.10.1952, (Documents impounded at the Residence of Paul Zimmermann on 14. Jan. 53, 21.2.1953). Am 2. Oktober 1952 schrieb Bornemann an Zimmermann, dass er ab 1. Oktober als Mitglied der Gesellschaft für Geschichte und Kultur geführt wurde. Laut Aufnahmeantrag verpflichtete sich Zimmermann damit zur Zahlung der oben genannten Beträge.

<sup>302</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>303</sup> Am 17. April 1951 schrieb Bornemann an den ehemaligen Oberst von Rochow, dass Grimm einen Vortrag halten wolle. Er habe vor ca. einem Jahr die „Erzbischofsschrift“ herausgebracht, die ungeheures Aufsehen erregt habe, „da mit dieser Schrift erstmals ein prominenter Deutscher in der Nachkriegszeit es wagte, den Besatzungsmächten das zu sagen, was gesagt werden musste.“ Dieses Mal wolle er den politischen Berater des amerikanischen Hohen Kommissars Mr. Buttenwieser auf seine vor wenigen Wochen in Bremen gehaltene Rede antworten. Siehe: NARA, FO 371/103905, Brief von Bornemann an von Rochow, 17.4.1951, (Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann and Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, Febr. 1953).

<sup>304</sup> Die Schrift war im Plesse-Verlag im Mai 1950 mit einer Auflage von 40.000 Stück erschienen und im Buenos-Libro-Verlag in Buenos Aires im September 1950 mit einer Auflage von 50.000 Stück. Auch in England und Japan sollten je 50.000 Stück erscheinen. Siehe dazu: NARA, FO 371/103909, Brief von Hans Grimm an den österreichischen Bundespräsidenten, 13.11.1951, (Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953). In Österreich wurde das Buch verboten. Daher schickte Grimm am 15. November 1951 ein Protestschreiben an den österreichischen Bundespräsidenten.

<sup>305</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>306</sup> ADL, N1-838, Abschrift Zeitleiste Bruderschaft, 19.6.1951. Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103916, Brief von Bornemann an Sürenhagen, 7.2.1952, (Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, Section V, August 1953).

<sup>307</sup> BA, NL 80/272/238-239, Brief von Kiefer an Bornemann, 16.5.1951.

rechtsextremistischer Gesellschaften ihrer Zeit: Ein durchschlagender Erfolg blieb aus. In einem Bericht für den britischen Geheimdienst hielt der Vorsitzende des Bundes der Verfolgten des Naziregimes Peter Lütsches fest, dass am 17. Mai 1951 im Hotel „Eden“ eine Konferenz der „Gesellschaft für Kultur und Geschichte“ von etwa 20 Personen besucht wurde. Man habe einen „über den Wassern schwebenden Vorsitzenden“ gesucht, vermochte jedoch keinen zu finden. Die vorgeschlagenen Persönlichkeiten wie Herr v. Bülow von der „Gerresheimer Glashütte“, Ministerialdirektor Koch vom Kultusministerium Düsseldorf sowie der bekannte Nürnberger Verteidiger Dr. Kranzbühler seien nicht erschienen und konnten infolgedessen auch nicht gewählt werden. Eine Kommission wurde gebildet, die intensiv nach einem Vorsitzenden Ausschau halten sollte.<sup>308</sup>

Nichtsdestotrotz beschäftigte sich Bornemann stetig mit dem Ausbau des Netzwerkes, wollte jedoch auch gleichzeitig vermeiden, dass die Gesellschaft zu stark in die Öffentlichkeit gezogen werde.<sup>309</sup> Er pflegte den Kontakt mit Siepen, der den Verlagsleiter des Solinger Tageblatts sowie Altherrenverbände und waffenstudentische Korporationen gewinnen wollte<sup>310</sup>; mit dem ehemaligen SA-Führer Walter Stennes<sup>311</sup>, der mit Wilhelm Kiefer in Hagen verbunden und für die Organisation der Landtagswahlen von Landwirtschaftsminister Günther Gereke zuständig war; sowie mit dem Gründer der Gemeinschaft Unabhängiger Deutscher Joachim von Ostau.<sup>312</sup> Stetig arbeitete er daran weitere Personen zu gewinnen, wie beispielsweise bei Hanns-Dietrich Ahrens aus Essen, der aus dem Dienst des Auswärtigen Amts stammte und Beziehungen in die USA unterhielt, sodass er bezüglich der Internierten in Landsberg mehrfach bei McCloy intervenierte. Ahrens war bei dem ehemaligen Botschafter Rahn tätig und stand auch mit Achenbach in enger Verbindung. Für die Bruderschaft sei Ahrens ein „außerordentlicher Gewinn“, meinte Bornemann in einem Brief an Kiefer<sup>313</sup> und rekrutierte ihn doch eigentlich für einen ganz anderen Kreis, nämlich den Zirkel um Naumann. Die Drahtzieher in der „zweiten Reihe“ begannen, einen „neuen Kreis“ mit den Mitgliedern und Sympathisanten sowohl der Franke-Gricksch-Richtung als auch der Bruderschaft

---

<sup>308</sup> NARA, FO 1049/2172, Bericht vom Bund der Verfolgten des Naziregimes „Rechtsradikale Tarnorganisationen“, 29.5.1951.

<sup>309</sup> NARA, FO 371/103909, Brief von Bornemann an Hagen, 26.10.1951, (in: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103916 sowie NARA FO 371/103913.

<sup>310</sup> NARA, FO 371/103903, Brief von Siepen an Bornemann, 16.2.1951, (Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, 9.2.1953).

<sup>311</sup> Siehe: Klee, Personenlexikon, S. 602.

<sup>312</sup> BA, NL 80/272/238-239, Brief von Kiefer an Bornemann, 16.5.1951. Von 1933 bis 1949 war Stennes Militärberater bei Chiang Kai-Shek. Siehe dazu: Klee, Personenlexikon, S. 602.

<sup>313</sup> Ebenda.

Deutschland aufzubauen. Er wurde später als „Düsseldorfer-Kreis“ oder „Naumann-Kreis“ bezeichnet. Der Anwalt Ernst Achenbach, der auch stets eifrig warb, hatte sich zu diesem Zeitpunkt hingegen der Gruppe um Beck-Broichsitter, der Bruderschaft Deutschland, angeschlossen. Hier gehörte er zum Bruderrat.<sup>314</sup>

Gleichzeitig arbeiteten Naumann und seine Kameraden an der Verdrängung der Gründer und Vorsitzenden der Bruderschaft beider Richtungen, indem sie die Verbindungen zu ihnen mehr oder weniger „einschlafen“ ließen.

Dabei kam ihnen zugute, dass im Mai 1951 Gerüchte – diesmal über Franke-Gricksch – kursierten, er stehe in regelmäßigen Nachrichtenaustausch mit ostzonalen Stellen. Verbindungsleute und Nachrichtenüberbringer seien: Heinz Siepen von den Punktal-Werken Solingen-Ohlings, Karl Kartz aus Haan und die Münchener Journalistin Melitta Wittmann.<sup>315</sup> Tatsächlich war Franke-Gricksch im Frühjahr 1951 zweimal nach Potsdam gefahren, angeblich zu einer „Stippvisite“ bei seiner Mutter. Nach seiner Rückkehr vertrat er die Meinung, es sei möglich bei völliger Neutralität Deutschlands den Abzug der russischen Besatzung zu erwirken. In der anschließenden Diskussion gefragt, woher er diese Erkenntnis habe, erklärte er, dies sei ihm kürzlich von hohen russischen Offizieren anlässlich seines Besuches in Berlin bestätigt worden. Nach Ende der Versammlung machte er sich weiter verdächtig, als er fragte, ob denn keiner wisse, wer ein Funkgerät aufbauen und bedienen könne.

In der Folge musste Franke-Gricksch das Nachrichtenmonopol der Deutschen Bruderschaft an Karl Bornemann abtreten, der damit beauftragt wurde, den Franke-Grickschen Informationsdienst zu übernehmen und relevante Nachrichten zu sammeln.<sup>316</sup> Wichtige Meldungen sollten von nun an durch Kuriere mündlich überbracht oder als nummerierte Schreibmaschinenblätter per Einschreiben an Deckadressen zugestellt werden. Nur einem ganz „bestimmten Personenkreis“ – dem Naumann-Kreis – sollten diese Informationen noch zugänglich sein. Franke-Gricksch, der seinen Nachrichtendienst verloren hatte, versuchte nun im August 1951 in der Schweiz über Italien eine Verbindung zur Arabischen Bruderschaft der deutschen Militärberater in Syrien und im Libanon zu bekommen. Der Kontakt wurde durch einen Journalisten namens Lorenz aus Tübingen hergestellt. Lorenz war Korrespondent bei norditalienischen Zeitungen. Ein weiteres

---

<sup>314</sup> Auf einer Tagung der Bruderschaft Deutschland am 7. und 8. April 1951 berief sich Beck-Broichsitter auf Achenbach als Mitglied des Bruderrats. Siehe: ADL, N1-838, Abschrift Zeitleiste Bruderschaft, 8.5.1951.

<sup>315</sup> ADL, N1-838, Abschrift Zeitleiste Bruderschaft, 19.5.1951.

<sup>316</sup> Ebenda.

wichtiges Verbindungsglied war ein ehemaliger SD-Führer namens Dollmann in Kairo.<sup>317</sup> Dieser letzte Versuch half Franke-Gricksch jedoch nicht. Am 12. Oktober 1951 wurde er gemeinsam mit seiner Ehefrau in Ost-Berlin verhaftet.<sup>318</sup> Am 17. Mai 1952 wurde er wegen angeblicher Bildung einer konterrevolutionären Organisation und Spionage zum Tode durch Erschießen verurteilt. Sein Gnadengesuch lehnte das Präsidium des Obersten Sowjets am 15. August 1952 ab. Das Todesurteil wurde am 18. August 1952 in Moskau vollstreckt.<sup>319</sup>

Beck-Broichsitter versuchte hingegen für seine Bruderschaft Deutschland einen eigenen Nachrichtendienst aufzubauen, womit er den ehemaligen Major Helmut von Platen aus Münster beauftragte. Währenddessen wurden jedoch die Ostverbindungen von Beck-Broichsitter bekannt. Er stand in Kontakt mit dem bekannten SED-Funktionär Walter Lewes-Litzmann, mit dem er Ende 1950 in Karlshorst erstmals eine Unterredung gehabt hatte. Auch bestand eine Interaktion mit dem ehemaligen Major Hans Bolt in Lübeck, der ein Sowjet-Agent war. Bolt war Beauftragter des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten der UdSSR (NKWD) für die Bruderschaft.<sup>320</sup> Es war nur eine Frage der Zeit, bis dieser Informationsdienst sein Erscheinen im Herbst einstellen musste und Beck-Broichsitter seinen Einfluss verlor. Ein Ehrenratsbeschluss der Bruderschaft zwang ihn zum Ausscheiden. Nicht nur durch seine Ostkontakte war er untragbar geworden, sondern auch weil er vom Amt für Verfassungsschutz Geld angenommen hatte.<sup>321</sup> Der neue Führer der Bruderschaft Deutschland wurde der ehemalige SS-Brigadeführer Walter Schröder<sup>322</sup> aus Lübeck. Die beiden Fraktionen der Bruderschaft versuchten sich nun wieder anzunähern. Aus den Resten der Bruderschaft – Deutsche Bruderschaft (Franke-Gricksch) und Bruderschaft Deutschland (Schröder) – entstand Mitte September 1951 in

---

<sup>317</sup> ADL, N1-838, Abschrift Zeitleiste Bruderschaft, 19.5.1951.

<sup>318</sup> Siehe dazu: Roginskij, Arsenij/ Rudolph, Jörg/ Drauschke, Frank/ Kaminsky, Anne (Hg.), „Erschossen in Moskau...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953, Berlin 2005, S. 158f. Die Briten hatten 1953 fälschlicherweise geglaubt, er sei untergetaucht. Vermutlich, weil er in engem Kontakt zu dem Ostagenten-Netzwerk um Bornemann, Moritz und Wehlen gestanden hatte. Siehe dazu: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Siehe auch: NARA, FO 371/103901, Naumanns Connection with the Moritz Network (in: Documents impounded at the Residence of Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, 4.2.1953). Von Thadden hatte Naumann erklärt, dass er über Franke-Gricksch gehört habe, dass er von den Russen für eine spätere Aufgabe bereitgehalten werde. Allerdings sei er zunächst im Osten verhaftet worden. Er habe versucht mit den Amerikanern ins Geschäft zu kommen, um eine geheime deutsche Flak-Zieleinrichtung zu verkaufen. Hiervon hätten die Russen gewusst. Siehe dazu: NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 82-83, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann am 27.5.1952 in Düsseldorf, Verfasser Adolf v. Thadden.

<sup>319</sup> Roginskij/ Rudolph/ Drauschke/ Kaminsky (Hg.), „Erschossen in Moskau...“, S. 158f.

<sup>320</sup> ADL, N1-838, Abschrift Zeitleiste Bruderschaft, 4.6.1951.

<sup>321</sup> BA, B 104/287, Brief von Joe Kahlen aus Merkstein an Gerhard Krüger von der SRP, 10.10.1951.

<sup>322</sup> Zu Schröder siehe: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret), Appendix D.

Bielefeld in der Wohnung von Rolf Redeker der „Orden der Deutschen Bruderschaft“. Hochmeister wurde Freiherr Dr. Heinz von Maltitz aus Wuppertal, Schatzmeister der frühere Intimus von Franke-Gricksch, Redeker.<sup>323</sup>

Naumann, der inzwischen in der Bruderschaft nur noch insofern aktiv war, um seinen eigenen Kreis mittels ihrer Kontakte auszubauen, notierte in einer Rede<sup>324</sup> für ein geschlossenes Treffen des ehemaligen Franke-Gricksch-Zirkels am 21. November 1951: Die Idee der Bruderschaft einer „Elite“, sei eine ausgezeichnete Idee, aber auch eine schwierige. Es sollte keine Uneinigkeit im Führungsgremium der Bruderschaft geben. Nur Männer mit entsprechenden Leistungen, sollten dazu gehören. Naumann wollte mit ihnen „eine kleine, in sich geschlossene Gruppe“ formen, die in „diesem führerlosen und ruderlosen Deutschland“ weitere Mitglieder anziehen sollten. Die politischen Gruppen in Deutschland wären dann nicht fähig, die Bruderschaft zu behindern.<sup>325</sup> Bereits hier formulierte Naumann seine grobe Strategie für die Rückeroberung der Macht. Ob die Rede auch gehalten wurde, steht nicht fest. Tatsächlich hatte die Bruderschaft einen Fehlschlag erlitten. Zersplittert durch Rivalitäten und in der Öffentlichkeit nur durch Skandale bekannt, war sie für Naumanns Langzeitplan kein schlagkräftiges Instrument mehr. Der ehemalige Staatssekretär verstärkte seine in der Bruderschaft begonnene Arbeit ab Mitte 1951 bei denen in der Gründung begriffenen Soldatenverbänden, in denen er parallel aktiv geworden war.<sup>326</sup>

### **3. Die Einflussnahme durch die Soldatenbünde (1950 – 1952)**

Im Herbst 1950 wandte sich Naumann den neu gegründeten Soldatenbünden zu. Die nationalistisch gesinnten ehemaligen Soldatenführer zielten darauf ab, einen einheitlichen Soldatenbund zu schaffen, durch den die Kriegsgeneration eine Stimme in der Bundesrepublik erhalten sollte, und zwar vor allem im Hinblick auf die offiziellen Remilitarisierungspläne.<sup>327</sup> In dieser Entwicklung sah Naumann eine Gelegenheit für seinen Kreis, direkten politischen Einfluss zu gewinnen.

---

<sup>323</sup> BA, B 104/287, Brief von Joe Kahlen aus Merkstein an Gerhard Krüger von der SRP, 10.10.1951.

<sup>324</sup> Es steht nicht fest, ob er sie tatsächlich vorgetragen hat. Siehe: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>325</sup> Ebenda.

<sup>326</sup> Ebenda. Vgl. auch: Opitz, Faschismus und Neofaschismus, S. 207.

<sup>327</sup> BA, NL 80/273/046-057, Sendung NWDR, 9.6.1953.

Insbesondere nach dem Ausbruch des katalysatorisch wirkenden dreijährigen Koreakrieges am 27. Juni 1950 ging es bei der westdeutschen Wiederaufrüstung nicht mehr um die Frage des „Ob“, sondern nur noch um das „Wie“ und „Wann“. Die USA rechneten damit, dass von den 10,4 Millionen männlichen Einwohnern in Westdeutschland, die zwischen 15 und 49 Jahre alt waren, rund 7,25 Millionen wehrtauglich seien, vier Millionen hätten in der Wehrmacht gedient, von denen wohl drei Millionen bereit seien, wieder Uniform zu tragen. Auch nach fünf Jahren Abstinenz vom Militär könnten die Deutschen mit einem relativ kurzen militärischen Training wieder einsatzfähig gemacht werden. Diese Rechnung wurde in einer Denkschrift der amerikanischen Streitkräfte vom Januar 1950 offenbar.<sup>328</sup>

Im Vorfeld hatten die Westalliierten bereits die bis dahin streng gehandhabten Entmilitarisierungsbestimmungen bezüglich des Verbots von Zusammenschlüssen ehemaliger Soldaten gelockert.<sup>329</sup> Durch die Aufhebung des Versammlungsverbots für die ehemaligen Soldaten im Kontrollratsgesetz Nr. 34 am 16. Dezember 1949 wurde das letzte Hindernis für die schon lange beabsichtigte Bildung von Notgemeinschaften auf Länderebene beseitigt. Diese machten es sich zur Aufgabe, sich um sozial- und versorgungsrechtliche Fragen zu kümmern und für die noch in Gefangenschaft befindlichen Soldaten einzutreten.<sup>330</sup>

Am 28. April 1950 fand in Bonn eine Vertreterversammlung der bereits vorhandenen Länder- und Notgemeinschaften statt. Hier wurde der Zusammenschluss aller Notgemeinschaften, unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit, zu einem einheitlichen „Bund versorgungsberechtigter ehemaliger Wehrmichtsangehöriger und deren Hinterbliebener“ (BvW) beschlossen. Den Vorsitz übernahm der ehemalige Leiter des Luftwaffenlehrstabes im Oberkommando der Kriegsmarine Admiral Gottfried Hansen. Noch im gleichen Jahr kam es jedoch zu einer Spaltung des BvW, als der ehemalige Feldwebel Eugen Eisenschink den „Bund der ehemaligen versorgungsberechtigten Soldaten und Hinterbliebenen“ gründete und seine eigene Zeitung „Der deutsche Soldat“ herausgab. Aus diesem Bund entstand später der „Schutzbund ehemaliger Deutscher Soldaten“, der sich unter General August Krakau Anfang 1951 in Norddeutschland konsolidierte, wo ursprünglich

---

<sup>328</sup> Vgl. Schröter, Lothar/ Schunke, Joachim, Zur Geschichte der Militärpolitik in beiden deutschen Staaten. Ein Vergleich, Berlin 2004, S. 28f.

<sup>329</sup> Rautenberg, Hans-Jürgen, Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 1, München/Wien 1982, S. 802.

<sup>330</sup> Vgl. Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 99. Sowie: Schreiber, Jürgen, Vorwort, in: Hans Körber (Hg.), Soldat im Volk. Eine Chronik des Verbandes Deutscher Soldaten (VdS), Wiesbaden 1989, S. 5.

der BvW seinen stärksten Rückhalt gehabt hatte. Der Schutzbund gewann die neu gegründete „Deutsche Soldatenzeitung“ als Mitteilungsblatt und sicherte sich damit ein wirksames Werbemittel in Soldatenkreisen.<sup>331</sup>

Im BvW setzte sich die Erkenntnis durch, dass man die ehemaligen Soldaten intensiver ansprechen müsse. Im April 1951 fand daher in Kiel eine Zusammenkunft zwischen Hansen und Krakau statt, bei der eine Fusion der ihnen unterstehenden Organisationen besprochen wurde. Die Gegensätze ließen sich jedoch nicht überbrücken. Der Schutzbund war der schwächere Verband, verfügte aber über jüngere und aktivere Mitglieder, die im BvW nur den „Zahlmeisterverein“ sahen. Eine zweite, auf Betreiben vom letzten Kommandeur des Panzerkorps „Großdeutschland“ General Hasso von Manteuffel zustande gekommene Besprechung über die Verschmelzung der beiden Verbände verlief ergebnislos. Daher entschloss sich Hansen im Juli 1951 den BvW in „Der Deutsche Soldatenbund“ (DDSB) umzubenennen und durch eine Satzungsänderung auch Nichtberufssoldaten die Mitgliedschaft im Bund zu ermöglichen.<sup>332</sup>

Manteuffel, der damalige Leiter der Traditionsgemeinschaft „Panzerkorps Großdeutschland“ und spätere FDP/FVP-Bundestagsabgeordnete, setzte sich nun das Ziel, alle bestehenden Soldatenbünde zu einigen. Er nahm mit den Vorsitzenden der anderen Soldatenbünde Kontakt auf, um den Zusammenschluss vorzubereiten.<sup>333</sup> Erfolg hatte er damit jedoch wenig<sup>334</sup>, sodass ein anderer im Hintergrund – Werner Naumann – an einer Verschmelzung arbeiten konnte.

Im Herbst 1950 traf Naumann erstmalig mit dem einflussreichen ehemaligen Generaloberst Heinz Wilhelm Guderian<sup>335</sup> zusammen, und wurde fortan sein inoffizieller Bera-

---

<sup>331</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 100, 146. Nach ihrer Gründung im Jahre 1951 war die „Deutsche Soldatenzeitung“, die sich selbst als „unabhängiges Blatt für Ehre, Recht und Freiheit, Europäische Sicherheit und Kameradschaft“ bezeichnet, zunächst das Organ des Schutzbundes ehemaliger deutscher Soldaten.

<sup>332</sup> Ebenda, S. 100.

<sup>333</sup> Dudek/ Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 83.

<sup>334</sup> Beim späteren Zusammenschluss der Soldatenverbände im VdS spielte Manteuffel keine maßgebliche Rolle mehr. Man befürchtete, dass der Bund durch seine enge persönliche Bindung an die FDP zu leicht in dieses politische Fahrwasser geraten könnte. Vgl. Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 101.

<sup>335</sup> Generaloberst Heinz Guderian war ab Februar 1943 Generalinspekteur der Panzertruppen und Mitglied des Ehrenhofes, der nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 die verdächtigen Offiziere an den Volksgerichtshof überstellte. Er war zusätzlich Chef des Generalstabs des Heeres. In den Jahren bis zu seinem Tode am 14. Mai 1954 in Schwangau, verfasste Guderian umfangreiche Schriften. Sein Hauptwerk „Erinnerungen eines Soldaten“ erschien in mehreren Auflagen und wurde in viele Sprachen übersetzt. Siehe dazu: Bradley, Dermot, Generaloberst Heinz Guderian und die Entstehungsgeschichte des modernen Blitzkrieges, Osnabrück 1978, S. 240f. Sowie: Klee, Personenlexikon, S. 208.

ter.<sup>336</sup> Die gleiche Rolle übernahm er Anfang des Jahres 1951 für den ehemaligen SS-Obergruppenführer und rangältesten der Waffen-SS Paul Hausser, der einer der engsten Vertrauten Hitlers und Himmlers beim Aufbau der Schutzstaffel gewesen war.<sup>337</sup> Um die Zusammenführung der beiden großen Soldatenverbände voranzutreiben, mobilisierte er den hoch dekorierten Soldaten Rudel, der in der Bruderschaft um Unterstützung warb.<sup>338</sup> Rudel hatte Naumann versprochen, nichts zu unternehmen, ohne ihn vorher zu informieren. Der ehemalige Staatssekretär hatte jedoch in den folgenden Jahren die größten Schwierigkeiten, den unbedachten Soldaten Rudel unter Kontrolle zu halten und davon abzubringen, taktlose und aufrührerische Reden auf öffentlichen Plattformen zu halten. Beispielsweise bereitete Naumann für Rudel das Skript für ein Presseinterview am 26. Mai 1951 vor, in welchem Rudel die Bundesrepublik und die Remilitarisierung attackieren sollte. Allerdings ging Rudel, der inzwischen auch in Kontakt mit den Führern der SRP stand, nach Naumanns Meinung viel zu weit. So sagte Rudel: „Ich bin ein überzeugter Soldat. Bis zur letzten Minute haben wir in meinem Geschwader für den deutschen Sieg gekämpft. Eine Arbeit für das heute in Bonn geplante militärische System ist mir aber nicht möglich, solange an diesem Unternehmen Hoch- und Landesverräter beteiligt sind. [...] Ich habe nicht die Absicht, als Fremdenlegionär für fremde Mächte die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die *Conditio* wäre also die volle Gleichberechtigung für unser Volk. [...] Auch in der Flüchtlingsfrage würde die Frontgeneration das materielle und ideelle Versagen der sogenannten Führung spüren.“<sup>339</sup> Immer wieder ermahnte Naumann Rudel, sein „unabhängiges Sprachrohr der Frontgeneration“ auf

---

<sup>336</sup> Bei dem ersten Treffen riet er ihm davon ab, sich in der Öffentlichkeit politisch zu betätigen und mit Vereinigungen oder Parteien wie der Deutschen Gemeinschaft von August Haußleiter oder dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten zusammenzuarbeiten. Dies war ihm von Freiherr August von Stein vorgeschlagen worden. Guderian hielt sich an den Ratschlag Naumanns. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>337</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR, 9.3.1953, Der Fall Naumann. Siehe auch: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Hausser war mit der Elitedivision „Das Reich“ an allen Überfällen auf die Völker Europas beteiligt. Am 23. Januar übertrug Hitler dem SS-General den Oberbefehl über die Heeresgruppe G im Westen, bis er Anfang April in Gefangenschaft geriet. Im Zuge der Entnazifizierung wurde er zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt. Zur Entlastung der SS schrieb Hausser unter anderem seine Bücher „Waffen-SS im Einsatz“ oder „Soldaten wie andere auch“. Siehe dazu: BStU, MfS HA IX/11 SV 6/83, Bd. 1, 000057-000060, Kurzbericht über: „SS-Oberstgruppenführer und Generaloberst der Waffen-SS a. D. Paul Hausser, ohne Zeit. Sowie: Hausser, Paul, Soldaten wie andere auch. Der Weg der Waffen SS, Osnabrück 1966. Und: Hausser, Paul, Waffen-SS im Einsatz, Göttingen 1955.

<sup>338</sup> Am 27. Januar 1951 schickte Rudel einen Aufruf an Beck-Broichsitter und bat um Starthilfe für Guderian. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>339</sup> Ebenda. Siehe auch: NARA, FO 371/103901, Rudel im Interview, 26.5.1951, (Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 20.1.1953). Am 2. August 1951 schrieb Naumann an Rudel, dass er seine Äußerungen eher destruktiv bewerte als konstruktiv, um sich gegen Bonn zu stellen. Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103913.

„Außenposten“<sup>340</sup>, seine eigene Persönlichkeit den gemeinsamen Zielen unterzuordnen, durch ein „Hintenansetzen des Ichs zugunsten des Wirs“.<sup>341</sup> Naumann erläuterte ihm, dass sich in der Politik erst dann zu Wort gemeldet werden solle, wenn eine politische Konzeption vorhanden sei, die wenigstens dem Programm anderer heute schon tätiger Gruppen geistig und materiell überlegen sei. Bonn ablehnen genüge nicht, sondern stifte höchstens Verwirrung und diskreditiere die Initiatoren als Parteigänger Moskaus. Es müsse mehr mit positiven als mit negativen Parolen gearbeitet werden. Rudel sollte Naumann aktiv folgen, aber nur indem er seine Geschwader und andere Luftwaffenverbände auf Basis der Kameradschaftspflege sammelte.<sup>342</sup>

In Buenos Aires betrieb Rudel das „Kameradenwerk“, um Kriegsgefangene zu unterstützen. In Deutschland traf er sich mit Helene Elisabeth Prinzessin von Isenburg, die sich vor allem in der „Stillen Hilfe“<sup>343</sup> für die Kriegshäftlinge einsetzte, aber auch in Rudels „Kameradenhilfe“ mitarbeitete.<sup>344</sup> Sie wurde von den extremen Rechten liebevoll „Mutter Elisabeth“ genannt, eine Anspielung auf ihre tatsächliche Vorfahrin, die Heilige Elisabeth, Landgräfin von Thüringen.<sup>345</sup> Ein weiteres wichtiges Rädchen im „Naumann-Getriebe“ 1950 wurde auch sehr früh der ehemalige SS-Standartenführer Paul Zimmermann. Er korrespondierte mit dem ehemaligen Leutnant Werner Vormfelde, der ihn über die Entwicklung in den Soldatenverbänden auf dem Laufenden hielt, linientreue literarische Empfehlungen gab<sup>346</sup> und durch eigene Vorträge selbst Kontakt zu zahlreichen „Bekanntem“ pflegte. Darunter war der Tübinger Professor Herbert Grabert,

---

<sup>340</sup> NARA, FO 371/103901, Rudel im Interview, 26.5.1951, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 20.1.1953).

<sup>341</sup> NARA, FO 371/103901, Brief von Naumann an Rudel, 22.8.1951, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 20.1.1953).

<sup>342</sup> Ebenda.

<sup>343</sup> Die „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.“ wurde am 15. November 1951 in das Vereinsregister Wolfshausen eingetragen. Wenige Wochen zuvor hatte die Gründungsversammlung stattgefunden. Im Vorstand der „Stillen Hilfe“ saßen der württembergische Altbischof Theophil Wurm, der Münchener Weihbischof Johannes Neuhäusler, der ehemalige SS-Standartenführer Wilhelm Spengler und der ehemalige Obersturmbannführer Heinrich Malz, vormals persönlicher Referent von SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner. Erste Vorsitzende war Prinzessin Helene-Elisabeth von Isenburg. Vgl. dazu: Schröm, Oliver/ Röpke, Andrea, Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis, Berlin 2001, S. 42.

<sup>344</sup> Ebenda, S. 43.

<sup>345</sup> Rudel, Hans Ulrich, Trotzdem. Kriegs- und Nachkriegszeit, Göttingen/ Preußisch Oldendorf 1977, S. 367f.

<sup>346</sup> In einem Brief an Zimmermann empfahl er die neueste Literatur: Ramckes „Fallschirmjäger, damals und danach“ und ein Werk von Peter Bor, ein Alias von Dr. Paul Egon Lueth, dem ehemaligen Führer vom „Bund Deutscher Jugend“ (BDJ). Bor hatte „Gespräche mit Halder“ geschrieben. Siehe: NARA, FO 371/103906, Brief von Vormfelde an Zimmermann, 1.1.1951, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Paul Zimmermann on 14. Jan. 53, 21.2.1953).

der in Godesberg eine Dienststelle mit ehemaligen RAD-Führern ins Leben gerufen hatte.<sup>347</sup>

Bei seinen Aktivitäten im Hintergrund kam Naumann zugute, dass sich die Politik wieder für die militärische Tradition in Deutschland öffnete. Man kam vermehrt zu der Auffassung, dass für eine Wiederbewaffnung der BRD eine Anknüpfung an irgendeinen Punkt der deutschen Militärtradition möglich sein müsste, wenn man eine wurzellose Armee von Söldnern vermeiden wollte.<sup>348</sup> Den Generälen Hans Speidel und Adolf Heusinger gelang es, den Obersten Befehlshaber der Nato-Streitkräfte Europa (SACEUR), US-General Dwight D. Eisenhower dafür zu gewinnen, am 22. Januar 1951 eine Ehrenerklärung für die Wehrmacht abzugeben.<sup>349</sup> Knapp zwei Jahre später schloss Adenauer in seine Ehrenerklärung vor dem Bundestag nicht nur die Wehrmacht, sondern auch die Waffen-SS ein, um auch sie für die aktiven Bemühungen einer Remilitarisierung zu gewinnen.<sup>350</sup>

Nach der Erklärung durch Eisenhower im Jahre 1951 kam es verstärkt zur Gründung von Verbänden ehemaliger Wehrmachtangehöriger. Von privaten Zirkeln und Interessengemeinschaften, waren dabei politisch radikale Gruppen sowie Traditionsverbände zu unterscheiden. Die politischen Gruppen kämpften in erster Linie für die Durchsetzung von Versorgungsansprüchen ehemaliger Wehrmachtangehöriger.<sup>351</sup> Neben den materiellen Versorgungsansprüchen bekannten sich die Mitglieder der Soldatenverbände aber nun auch ausdrücklich zum Militär und ihrer persönlichen Soldatenzeit. Sie betrachteten die Pflege des Wehrgedankens ebenso als ihre Aufgabe wie die Verteidigung des Soldatenstandes gegen nach ihrer Ansicht ungerechtfertigte Angriffe und das Eintreten für ihre kriegsverurteilten Kameraden.<sup>352</sup>

Am 17. August 1951 traf sich Naumann mit Guderian in seinem Heimatort Schwangau in Bayern. Guderian hatte eine dringende Diskussion mit ihm über zukünftige politische Aktivitäten angefragt, seitdem ihm klar war, dass „Bonn und die Besatzungsmächte zu ängstlich“ seien, ihn für eine Remilitarisierung einzusetzen. Naumann und Guderian erörterten, wie der politische Einfluss über die ehemaligen Soldatenverbände ausgedehnt

---

<sup>347</sup> NARA, FO 371/103906, Brief von Vormfelde an Zimmermann, 1.1.1951, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Paul Zimmermann on 14. Jan. 53, 21.2.1953).

<sup>348</sup> Nolte, Die Deutschen und ihre Vergangenheiten, S. 102.

<sup>349</sup> Rautenberg, Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte, S. 803.

<sup>350</sup> Schröter/ Schunke, Zur Geschichte der Militärpolitik in beiden deutschen Staaten, S. 31.

<sup>351</sup> Bertram, Michael, Das Bild der NS-Herrschaft in den Memoiren führender Generäle des Dritten Reiches. Eine kritische Untersuchung, Stuttgart 2009, S. 203. Siehe auch: Rautenberg, Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte, S. 804f.

<sup>352</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 97.

werden könne.<sup>353</sup> Guderian hatte privat sehr viele Erklärungen dahingehend abgegeben, dass er das Ziel Naumanns teilte, ein autoritäres und ultranationalistisches Reich zu schaffen, welches zwischen Ost und West das Gleichgewicht halten sollte.<sup>354</sup> Es war Naumanns große Hoffnung, dass Guderian als Führer des geeinten Soldatenbundes vorangehen und die Kriegsgeneration in einer neuen, nationalistischen Oppositionsbewegung sammeln würde.<sup>355</sup>

Naumann selbst lag noch nichts an einer exponierten Stellung. Es kam ihm daher gelegen, einen Mann zu präsentieren, der bedingungslos zuverlässig in seinem Auftrag handeln würde.<sup>356</sup> Guderian sollte sich ausschließlich um den Soldatenbund kümmern. Er sollte jedoch nicht politisch aktiv werden,<sup>357</sup> da der Bund nach Naumanns Dafürhalten weder innen- noch außenpolitisch hinreichend gerüstet war. Bei seinen Überlegungen ließ er „die Möglichkeit der Errichtung einer Militärdiktatur im Falle eines Krieges und deren Benutzung durch W. (Guderian), die ohne demokratische Mittel und allein durch eine geschickte Verhandlung vorbereitet werden könnte“, bewusst für einen späteren Zeitpunkt offen.<sup>358</sup> Der Soldatenbund sei eine ideale Möglichkeit, das Misstrauen des Auslands zu beseitigen, indem auf völlig legalem Wege Beziehungen zu den verschiedenen außen- und innenpolitischen Mächten und Persönlichkeiten hergestellt werden könnten.<sup>359</sup> Ein neuer Krieg, eine ultimative Inbesitznahme der Macht durch einen Staatsstreich, bei dem die militärischen Führer als Galionsfiguren benutzt werden sollten, gehörte zu den Absichten Naumanns.<sup>360</sup>

Die neue Organisation sollte *alle* Soldaten erfassen und damit über die Ziele der Traditionsverbände weit hinausgehen. Naumann rechnete damit, dass diese sogar ganz

---

<sup>353</sup> Dieses Treffen hatte Naumann in seinem Tagebuch notiert. Über Guderian selbst vermerkte er, dass dieser kein Nationalsozialist im klassischen Sinne gewesen sei, sondern vor allem ein guter Deutscher in der klassischen preußischen Tradition und ein starker Gegner des „20. Juli-Putsches“. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>354</sup> Vgl. ADL, NI-815, Der Gauleiter-Kreis, ohne Zeit. Siehe auch: Walde, Karl J., Guderian, Frankfurt a. M./ Berlin/ Wien 1976, S. 299. Für Guderian schien die beste Lösung die Bildung einer starken Polizei im Westen, als Gegengewicht zur Ostpolizei, dann der Rückzug aller Besatzungskräfte. Deutschland sei auf diese Weise ein Pufferstaat, der die Reibungen zwischen Ost und West abschwäche und ein Bollwerk gegen den Kommunismus bilde.

<sup>355</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR, 9.3.1953, Der Fall Naumann. Siehe auch: BA, NL 80/273/046-057, Sendung NWDR, 9.6.1953.

<sup>356</sup> Vgl. NARA, FO 371/103916, Brief von Naumann an General von Hauenschild, ohne Zeit, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, August 1953).

<sup>357</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 90-91, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann in Düsseldorf, 11.9.1951, Verfasser v. Thadden.

<sup>358</sup> NARA, FO 371/103916, Brief von Naumann an General von Hauenschild, ohne Zeit, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, August 1953).

<sup>359</sup> Ebenda.

<sup>360</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

verschwinden würden. Der Bund, der von aller Parteipolitik unabhängig bleiben sollte<sup>361</sup>, sollte alle ideellen und materiellen Interessen der Soldaten vertreten.

Da er sich aber an den „Soldaten Staatsbürger“ schlechthin wende, dieser jedoch von den Parteien ebenfalls in Anspruch genommen werde, müsse der Bund auf die Dauer automatisch in einen Gegensatz zu jenen geraten. „Und das ist gut so“, schrieb der ehemalige Staatssekretär. Eine politische Gruppierung zu begründen, die wirklich von sich behaupten könne, dass hinter ihr namhafte Kräfte des Volkes stünden, sei bisher fehlgeschlagen. Er stellte die Frage: „Könnte z.B. nicht ein Soldatenbund der große Reformator unseres Volkes an Haupt und Gliedern werden?“ Diese Möglichkeit hielt er für „durchaus gegeben, wenn seine Führung aus lauterer Charakteren“ bestehe.<sup>362</sup> Er skizzierte, wie er sich die Arbeit praktisch vorstellte: „Einige prominente und integere Männer, deren Namen schon genügt, um die Masse aus der Lethargie zu reißen und aufhorchen zu lassen, wenden sich mit einem Aufruf an alle Soldaten und schildern ihren Kameraden mit einer verpflichtenden Proklamation in wenigen aber ganz deutlichen Worten die wahre Absicht ihres Vorhabens. Innerhalb der nächsten Wochen finden in allen Städten und Dörfern Werbeaktionen für den neuen Bund statt. In einigen Großkundgebungen wenden sich die deutschen Soldaten, möglichst mit Wilhelm [Guderian] als Redner zum ersten Mal seit sechs Jahren wieder zu Wort. Anschließend, aber noch in diesem Jahr, geht mit einer gut vorbereiteten Wahl, von unten nach oben, ein starker Bundesvorstand hervor, indem neben wichtigen Generälen, Soldaten aller Dienstgrade vertreten sein müssen.“<sup>363</sup> Dafür sei allerdings der sofortige Ausbau der Deutschen Soldatenzeitung<sup>364</sup> und deren Unterstellung unter Guderian wichtig, um den Gewerk-

---

<sup>361</sup> Denn „schon der Besuch Frießners bei Heuss“, den Naumann für „völlig notwendig“ erachtete, habe eine große Verstimmung hervorgerufen. Die Meinung der Frontgeneration richte sich eindeutig gegen die heutige politische Führung. Des Weiteren könnten im parlamentarischen Getriebe auch niemals Geheimverhandlungen geheim bleiben. Beispielsweise würden Gerüchte über diesbezügliche Abmachungen zwischen Adenauer, dem amerikanischen Hochkommissar John J. McCloy und Guderian sehr lebhaft im Bundesgebiet kursieren. Eine Arbeit mit Bonn sei für Guderian eine politische Niederlage. Vgl. NARA, FO 371/103916, Brief von Naumann an General von Hauenschild, ohne Zeit, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, August 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103901.

<sup>362</sup> Ebenda.

<sup>363</sup> NARA, FO 371/103916, Brief von Naumann an General von Hauenschild, ohne Zeit, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, August 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103901.

<sup>364</sup> Die Deutsche Soldatenzeitung ist erstmals am 29. Mai 1951, herausgegeben vom Schildverlag München, nachzuweisen. Verantwortlich zeichnete Chefredakteur Cornelius Pfeiffer. Die Publikation erschien wöchentlich mit 12 Seiten zum Preis von 0,40 DM. Bis Februar 1952 erschien die Rubrik „Aus dem VdS/BvW“. Diese wurde dann durch die Rubrik „Aus den Verbänden“ abgelöst. Die organisatorischen und versorgungsrechtlichen Mitteilungen wurden in der monatlich erscheinenden Ausgabe B veröffentlicht. Ab 1. Januar 1953 war die Ausgabe B nicht mehr im Straßenverkauf erhältlich, hatte einen Umfang von 16 Seiten und kostete vierteljährlich 0,90 DM, zuzüglich 9 Pfennig Bestellgeld. Chefredakteur für den Verbands-

schaften und politischen Parteien, denen so mancher General nicht gewachsen sei, den „Wind aus den Segeln“ zu nehmen.<sup>365</sup> Von Zeitungsneugründungen riet er ab. Vielmehr sollte das bestehende Organ genutzt und in diesem Sinne – im Rahmen eines „Schattenkabinetts“ - ausgerichtet werden. Aus einer Wahl heraus, sollte ein Führungsgremium von sechs bis zehn Männern entstehen, unter denen auch einige unabhängige politische Köpfe sein sollten. Intern sollte eine „genau und peinlich einzuhaltende“ Arbeitsteilung nach Sachgebieten eingeführt werden.<sup>366</sup> Dass die Masse der Soldaten, heute wie je, auf der Seite Guderians sei, könne er mit großem Stolz behaupten. Allerdings dürfe Guderian nicht übersehen, dass ihm in der Generalität und im hohen Offizierscorps überhaupt viele Feinde gegenüberständen. Erst von dem mittleren Offizierscorps an beginne seine, dann allerdings sehr bedeutende, Anhängerschaft.<sup>367</sup>

Naumanns größtes Anliegen und wohl auch eine der schwierigsten Herausforderungen, war die Verhinderung einer offen sichtbaren Radikalisierung der zukünftigen Dachorganisation. Er fürchtete, damit unternehme der Verband nichts anderes als der ehemalige Major Otto Ernst Remer<sup>368</sup> im Rahmen der Parteipolitik bei der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP), die sich als Erbin der NSDAP stilisiere. Aufgrund seiner rechtsextremistischen Äußerungen im Rahmen öffentlicher Auftritte für die SRP bekam Remer mehrfach Haftstrafen wegen Volksverhetzung.<sup>369</sup>

Eine Neugründung einer Gesamtorganisation sei nach Naumanns Meinung dann überflüssig, weil einfach nur der SRP beigetreten zu werden brauche. Dies sei jedoch völlig

---

teil, Versorgung und Nachrichten war Freiherr Infried von Wechmar aus Bonn, Oberst a. D. Er übernahm ab Juni 1953 die Chefredaktion der DSZ. Siehe dazu: Zimmermann, Friedhelm E./Körber Hans, Öffentlichkeitsarbeit des VdS, in: Hans Körber (Hg.), Soldat im Volk. Eine Chronik des Verbandes Deutscher Soldaten, Wiesbaden 1989, S. 140.

<sup>365</sup> NARA, FO 371/103916, Brief von Naumann an General von Hauenschild, ohne Zeit, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, August 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103901.

<sup>366</sup> Naumann plante eine Einteilung in folgende Ressorts: Äußeres: 1. Aufnahme von Verbindungen zu den Soldatenbünden in aller Welt, 2. Inneres: Behandlung staatsrechtlicher und Verfassungsfragen, 3. Soziales: Bearbeitung von Renten, Pensionen, Unterstützungen, Ausgleichskassen und Wohlfahrtsfragen, 4. Arbeit: zuständig für Gewerkschaftsprobleme, Mitbestimmung usw., 5. Publizistik und Schulung, 6. Finanzen, 7. Jugend. Die Leiter der Ressorts sollten mit ihren Gehilfen selbstständig arbeiten und allein dem Bundesführer verantwortlich sein. Damit sollte auf ganz legalem Wege ein Führungsgremium entstehen. Dazu merkte Naumann an, dass der Soldatenbund selbst mit Äußerungen aus den oben geschilderten Aufgabengebieten nicht an die Öffentlichkeit treten dürfe. Dies verstehe sich von selbst. Siehe: Ebenda.

<sup>367</sup> Ebenda.

<sup>368</sup> Otto Ernst Remer war als Kommandeur des Wachbataillons Berlin Schlüsselfigur bei der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944. Diesbezüglich wurde er wegen besonderer Verdienste zum Oberst, später zum Generalmajor befördert. 1950 war er Mitbegründer der (1952 verbotenen) Sozialistischen Reichspartei (SRP). Siehe dazu: Klee, Personenlexikon, S. 491.

<sup>369</sup> Siehe: Gress, Franz/ Jaschke, Hans-Gerd, Politische Justiz gegen rechts. Der Remer-Prozess 1952 in paradigmatischer Perspektive, in: Rainer Eisfeld/ Ingo Müller (Hg.), Gegen Barbarei. Essays Robert W. Kemper zu Ehren, Frankfurt a. M. 1989, S. 453f.

falsch.<sup>370</sup> Vielmehr sollte die deutsche Einheit im Fordergrund stehen. Die Parolen sollten lauten: „Wir wollen in Deutschland alles sammeln und erfassen, was anständig ist, ohne Bezugnahme auf eine NS-Vergangenheit.“ Dafür prägte er den Begriff „revolutionäre Konservative“ mit dem Bekenntnis zu den Werten der Vergangenheit. Diese Konzeption zu verwirklichen, trauten Naumann und Guderian Männern wie dem ehemaligen General Hermann Bernard Ramcke, den ehemaligen Generalobersten Johannes Frießner<sup>371</sup> und Joseph Harpe, dem ehemaligen SS-Obergruppenführer Paul Hausser und den ehemaligen Admirälen Otto Schniewind und Hellmuth Heye<sup>372</sup> zu. Sie sollten eine Dachorganisation bilden und einen Aufruf an die ehemaligen Führer der Soldaten abgeben, um einen Gesamtverband herzustellen. Guderian selbst wollte die entsprechenden Offiziere kontaktieren. Nach der Gründung des Soldatenverbandes sollte eine öffentliche Soldatenkundgebung in Norddeutschland stattfinden. Dabei sollte von dem genannten Komitee ein Beschluss über die Frage der Remilitarisierung gefasst werden.<sup>373</sup> Guderian sagte, dass die Politik der Vereinigung sich scharf gegen Bonn richten müsse, ohne Rücksicht auf die Alliierte Hohe Kommission. Naumann berücksichtigte Guderians Wunsch, zumindest in seinen Ausführungen für seine Gesinnungsgenossen. „Diese Führungsschicht ist für uns ein Unglück“, hieß es in seinem Aufsatz über „Die Abdankung der Staatsautorität“.<sup>374</sup> „Vor ihnen stehen die Millionenheere der Entrechteten und protestieren jeden Tag lauter. Die Herren in Bonn aber schließen ihre Türen, ziehen die Gardinen vor und glauben, weil sie selbst nun nichts mehr sehen, damit die raue Wirklichkeit beseitigen zu können. [...] Eine neue Führungsschicht muss sie ablösen.“<sup>375</sup> Den Grund dafür formulierte Naumann in seinem Aufsatz: „Warum – Ohne Mich“, in dem er ohne Änderungen oder Modifikationen die Argumentation und Forderungen der Bruderschaft übernahm. „Die Deutschen bewaffnen, aber nicht Deutschland! D. h. man will uns als Kanonenfutter, als Askaris und

---

<sup>370</sup> NARA, FO 371/103916, Brief von Naumann an General von Hauenschild, ohne Zeit, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, August 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103901.

<sup>371</sup> Zur Biografie und Frießners Kriegserfahrungen siehe: Frießner, Hans, Verratene Schlachten. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht in Rumänien und Ungarn, Hamburg 1956. Diese Darstellung veröffentlichte Frießner auch zur Richtigstellung einiger Aspekte in den Memoiren Guderians.

<sup>372</sup> Heye trat 1953 der CDU bei und gehörte dem Bundestag von 1953 bis 1961 an. Er vertrat den Wahlkreis Wilhelmshaven von Friesland im Parlament. Von 1949 bis 1952 war er Mitglied der Marinehistorischen Gruppe (Naval Historical Team) in Bremerhaven und von 1961 bis 1964 Wehrbeauftragter des Bundestags. Siehe dazu: Hildebrand, Hans H./Henriot, Ernst/ u.a., Deutschlands Admirale 1849-1945. Die militärischen Werdegänge der See-, Ingenieur-, Sanitäts-, Waffen- und Verwaltungsoffiziere im Admiralsrang, Bd. 2, Osnabrück 1989, S. 94.

<sup>373</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>374</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz von Naumann: Die Abdankung der Staatsautorität, 10.3.1951, (in: Subject: Documents at the Residence of Werner Naumann 14. Jan. 53, 20.1.1953).

<sup>375</sup> Ebenda.

Fremdenlegionäre. Dafür werden wir uns niemals bereit erklären. [...] Man möge nicht vergessen, dass wir ein Kulturvolk sind, mit dessen Menschen man nicht so umspringen kann, wie mit Urwaldnegern.“ Darum forderte er: „Schafft zuerst einmal klare Verhältnisse darüber, was wir in euren Augen sind.“<sup>376</sup> Er verlangte, dass den „diffamierenden Taten der Vergangenheit von beiden Seiten abgeschworen“ werde. Dazu zählte für ihn die Anerkennung der selbstverständlichen Freiheit, sich selbst zu regieren, ohne jede Einschränkung sowie die feierliche Kündigung der in Jalta und Potsdam über Deutschland getroffenen Abkommen und außerdem die sofortige Freiheit für die verurteilten Kriegsverbrecher. Ohne die Erfüllung dieser Bedingungen sei die Verteidigung der angloamerikanischen Front nicht zu erwarten.<sup>377</sup>

Guderian und Naumann waren sich einig, dass aus dem geeinten Soldatenverband eine Massenpartei entstehen müsse, die an der Wahl 1953 teilnehmen solle.<sup>378</sup> Um die Pläne voran zu treiben, sprach Naumann mit dem für das Präsidium vorgesehenen Harpe und dem ehemaligen SS-Gruppenführer Ludwig Grauert<sup>379</sup>. Die Diskussionen waren sehr harmonisch, allerdings war Guderian – wie Naumann notierte – unglücklicherweise körperlich schwer krank. Daher arbeitete der ehemalige Staatssekretär allein an den Skripten für die Gründung des Verbandes und trieb die Koordination mit dem Schutzbund (BdS) voran.<sup>380</sup>

Die Gründung eines großen Soldatenbundes wurde zur damaligen Zeit als ein Politikum ersten Ranges aufgefasst.<sup>381</sup> Daher hatte der ehemalige Generaloberst Johannes Frießner, der als Vorsitzender vorgesehen war, vorsichtshalber vor der Gründungsversammlung das Bundeskanzleramt aufgesucht und die Zustimmung der Regierung eingeholt. Die Bundesregierung verfolgte zwar die Aktivität der ehemaligen Soldaten mit großer Skepsis, zeigte sich aber aufgrund der Möglichkeit, hier einen einflussreichen Fürsprecher für ihre noch sehr unpopuläre Wiederbewaffnungspolitik zu gewinnen, dem Vorhaben gegenüber aufgeschlossen.<sup>382</sup> Ein ähnlich zwiespältiges Verhältnis zu der Bildung eines großen

---

<sup>376</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz Naumann: Warum – Ohne Mich! 31.1.1951, (in: Subject: Documents at the Residence of Werner Naumann 14. Jan. 53, 20.1.1953).

<sup>377</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz Naumann: Zuckerbrot und Peitsche, ohne Zeit, vermutlich Ende 1950, (in: Subject: Documents at the Residence of Werner Naumann 14. Jan. 53, 20.1.1953).

<sup>378</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>379</sup> Klee, Personenlexikon, S. 197f.

<sup>380</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>381</sup> Dudek/ Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 83.

<sup>382</sup> Die Bemühungen der Bundesregierung, mit den rechtsradikalen und konservativen Soldatenbünden ins Gespräch zu kommen, erreichten vor den Bundestagswahlen im September 1953 einen Höhepunkt. Vgl. Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 101f.

Soldatenbundes hatte die Alliierte Hohe Kommission. Vertraulich hatte sie zwar mehrfach die Bildung eines solchen Bundes angeregt, fürchtete jedoch gleichzeitig einen großen Zusammenschluss ehemaliger Soldaten unter dem durch die Ereignisse des 20. Juli 1944 bekannt gewordenen Generalmajor a. D. Remer oder anderen radikalen Kräften. Demgegenüber erschien die von Frießner proklamierte Gründung als das kleinere Übel.<sup>383</sup> Wer bei den Einigungsbestrebungen tatsächlich die Fäden zog, schienen weder die Bundesregierung noch die Alliierten zu wissen.

Der übergeordnete Verband deutscher Soldaten (VdS) wurde schließlich am 9. September 1951 durch die Zusammenführung von acht Bündeln – Deutscher Soldatenbund, Schutzbund ehemaliger Deutscher Soldaten, Bund ehemaliger deutscher Fallschirmjäger, Verband deutsches Afrikakorps, Organisation der Kraftfahrtruppen, Traditionsgemeinschaft „Großdeutschland“ und die Vertreter der Waffen-SS sowie Stahlhelm<sup>384</sup> - ins Leben gerufen und folgte so dem Plan, den Naumann und Guderian am 17. August 1951, gute drei Wochen vorab, erörtert hatten.<sup>385</sup>

Bei der Gründungsveranstaltung in Bonn, zu der rund 50 Generäle, Stabsoffiziere und Soldaten als Vertreter aller Soldatenverbände eingeladen worden waren,<sup>386</sup> spielte Guderian die Hauptrolle. Angesichts seiner drohenden kompletten Absetzung, überzeugte er erfolgreich die rivalisierenden Leiter des Bundes versorgungsberechtigter ehemaliger Wehrmatsangehöriger und ihrer Hinterbliebenen (BvW) und des Deutschen Soldatenbundes (BdS) eine komplette Fusion der beiden Organisationen zu unternehmen. Das provisorische 24-köpfige VdS-Präsidium bestand, wie von Naumann und Guderian beabsichtigt, unter anderem aus dem ehemaligen Generaloberst Johannes Frießner, dem ehemaligen SS-Generaloberst Paul Hausser, dem ehemaligen General der Fallschirmtruppe Hermann Bernhard Ramcke, dem ehemaligen General der Panzertruppe Hasso von Manteuffel, dem ehemaligen Generalmajor Kurt Student, dem ehemaligen SS-General Herbert Otto Gille und Guderian selbst.<sup>387</sup> Vorläufiger Vorsitzender der Gesamtorganisation war Frießner, für dessen Berufung sich auch der Vorsitzende des nordrhein-

---

<sup>383</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 101f.

<sup>384</sup> Ebenda, S. 103. Siehe auch: Dudek/ Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 83.

<sup>385</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>386</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 102.

<sup>387</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

westfälischen Landesverbandes der FDP Friedrich Mittelhauve im Hintergrund eingesetzt hatte.<sup>388</sup>

Frießner war ein Anhänger der Politik des Naumann-Kreises, der bereit war, den Verband deutscher Soldaten zu einer extremen nationalistischen Druck-Organisation zu machen. Er hatte von Naumann und Guderian finanzielle Unterstützung für seine Verhandlungen erhalten.

In der Zwischenzeit hatte Naumann auch entscheidenden Einfluss auf die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS (HIAG), einen im Jahr 1951 zur Vorbereitung des 1. Großen Suchtreffens im Folgejahr in Verden gegründeten Soldatenbund der Waffen-SS, genommen.<sup>389</sup> Auch die ehemaligen Gauleiter Scheel und Frauenfeld festigten ihre enge Verbindung zu den Führern der HIAG, beispielsweise zum ehemaligen SS-Brigadeführer und Kommandeur der „Leibstandarte-Adolf-Hitler“ Otto Kumm.<sup>390</sup> Hauptziel der HIAG war die Rehabilitierung der Waffen-SS als eine von der Allgemeinen SS unabhängige, rein militärische Organisation, ihre Anerkennung als vierten Wehrmachtsteil<sup>391</sup> sowie die Durchsetzung der Versorgungsansprüche und die Suche nach vermissten Kameraden.<sup>392</sup> Sie eiferte dem Vorbild der Wehrmachtsoffiziere nach, die ausdrücklich auf eine Ehrenerklärung vor aller Welt bestanden.<sup>393</sup> Besonders geschickt wusste die HIAG die Suchdienstaufgaben für ihre politischen Ziele nutzbar zu machen. Jahrelang kündigte sie ihre „Wiedersehensfeiern“ als „Suchdiensttreffen“ an, um auf diese Weise die Möglichkeit eines vorherigen Verbots auszuschließen. Im Verlauf dieser Suchdiensttreffen wurden jedoch nicht nur Vermissten-

---

<sup>388</sup> Brauers, Christof, Die FDP in Hamburg 1949 bis 1953. Start als bürgerliche Linkspartei, München 2007, S. 502f. Die informellen Kontakte der FDP-Rechten zu Offizierskreisen wurden in der Folgezeit sogar noch intensiviert. Welch hohen Stellenwert die Wehrpolitik für die FDP tatsächlich hatte, belegt der Umstand, dass ab September 1952, der von dem ehemaligen General von Manteuffel geleitete Ausschuss für Sicherheitspolitik als einziger FDP-Fachausschuss in Bonn einen Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle finanzierte, der gewissermaßen als Verbindungsoffizier zur Dienststelle Blank Bewerbungen für das im Entstehen begriffene Verteidigungsministerium weiterleitete.

<sup>389</sup> BA, NL 80/273/046-057, Sendung NWDR, 9.6.1953. Vgl. auch: BA, NL 80/272/002-09, Aufzeichnung der Sendung des NWDR, 9.3.1953, Der Fall Naumann. Sowie: Hirsch, Rechts von der Union, S. 236.

<sup>390</sup> Opitz sah daher die HIAG als eine Hervorbringung des Naumann-Kreises an. Dies ist anhand der Quellen allerdings nicht zu verifizieren. Vgl. Opitz, Faschismus und Neofaschismus, S. 207. Siehe auch: BA, NL 80/273/046-057, Sendung NWDR, 9.6.1953. Sowie: BA, NL 80/272/002-09, Aufzeichnung der Sendung des NWDR, 9.3.1953, Der Fall Naumann. Zu dem Zeitpunkt hatte Kumm auch eine Versammlung der ehemaligen Waffen-SS-Verbände in Mönchen-Gladbach durchgeführt, wobei die Verbände an Tischen getrennt saßen mit Hakenkreuz-geschmückten Standarten. Kumm erklärte bei dieser Gelegenheit hohnvoll und unter Gelächter der Versammlung, die Demokratie sei die rechte politische Daseinsform für sie. Die Vergangenheit habe dies schon einmal bewiesen.

<sup>391</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 112.

<sup>392</sup> Hirsch, Rechts von der Union, S. 240. Siehe auch: Weiß, Hermann, Alte Kameraden von der Waffe-SS. Ist die HIAG rechtsextrem?, in: Benz, Wolfgang (Hg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 203.

<sup>393</sup> Benz, Nachkriegsgesellschaft und Nationalsozialismus, S. 20.

schicksale aufgeklärt, sondern auch politische Demonstrationen veranstaltet und Kontakte mit Repräsentanten der politischen Parteien geknüpft.<sup>394</sup>

Durch diese Vorgänge wurde der Vorsitzende der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP) MdB Adolf von Thadden<sup>395</sup> auf Naumann aufmerksam. Der Eigentümer des Plesse-Verlags Waldemar Schütz berichtete von Thadden am 31. August 1951, dass Naumann sich jetzt wieder aktiv an der Politik beteiligen wolle. Im Moment sei es ihm jedoch nicht möglich, sich maßgeblich über eine Partei in die Politik einzuschalten. Daher steuere er lieber für die Soldatenbünde aus dem Hintergrund die politische Linie.<sup>396</sup> Schütz stellte den Kontakt zwischen Naumann und von Thadden her. Bereits eine Woche später kam es zum ersten Treffen. Am 5. September 1951 fuhr der DRP-Vorsitzende direkt nach einer Parteiausschusssitzung nach Büderich.<sup>397</sup> Ein zweites Treffen gab es am 11. September 1951 in Düsseldorf, auf dem die Frage erörtert wurde, wie man angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl eine politische Kraft aufstellen könne, die imstande sei eine wirkliche nationale Opposition zu verkörpern. Dabei verwies Naumann abermals auf den gerade zwei Tage alten VdS.<sup>398</sup> Eine Verbindung zur SPD dränge sich förmlich auf, erläuterte er von Thadden. Die Angst vor Kurt Schuhmacher, der „als Kanzler ein nationales Unglück“ sei, halte noch viele Leute aus den Kreisen der Soldaten hinter Adenauer. Dies könne jedoch nicht ewig so bleiben. Die alliierte Rechnung für vorzeitige Zugeständnisse sei so hoch, dass sich der Soldatenverband zwangsläufig nach einem besseren Partner umsehen beziehungsweise sich eine eigene politische Repräsentanz schaffen müsse. Auf diesen Zeitpunkt müsse man hinarbeiten. Weiter meinte Naumann,

---

<sup>394</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 107.

<sup>395</sup> Adolf von Thadden hatte als Soldat, zuletzt als Oberleutnant und Adjutant seiner Sturmgeschützbrigade, an allen Feldzügen des II. Weltkrieges teilgenommen. Er wurde mehrfach verwundet. Nach dem Krieg wurde er bei dem Versuch seine Mutter aus Pommern zu evakuieren von der polnischen Staatspolizei verhaftet und da man ihn für einen Architekten hielt, zur Landvermessung sowie zum Bau eines polnischen Siegesdenkmals in Naugard eingesetzt. Im November 1946 entkam er der polnischen Haft und siedelte nach Westdeutschland über. 1947 schloss er sich der Deutschen Rechtspartei, einer rechtsradikalen Organisation in Niedersachsen an. Zeitweise führte er hier den kommissarischen Vorsitz, bis 1949 Fritz Rößler, alias Dr. Franz Richter, Parteivorsitzender wurde. Bei den Wahlen zum ersten Bundestag im August 1949 wurde von Thadden Abgeordneter der DRP. Da diese Partei keine eigene Fraktion bilden konnte, trat von Thadden im Bundestag nur selten hervor. Im Januar 1950 schlossen sich die Deutsche Rechtspartei und die Nationaldemokratische Partei in Hessen zur Deutschen Reichspartei (DRP) zusammen. Von Thadden blieb auch im Führungskopf dieser neuen Partei. Nach Ausschluss von „Richter“ (Rößler) aus der DRP im April 1950 wurde von Thadden zweiter Vorsitzender dieser Partei. Von Thadden war verantwortlich für das Organ der DRP „Das Ziel“, herausgegeben von H. H. Scheffer. Siehe dazu: BStU MfS Allg. S. 137/76 Bd. 68, 000028-30, Munzinger Archiv, 29.7.1967; BStU MfS Allg. S. 137/76 Bd. 68, 000043, Politisches Archiv, Oktober 1953.

<sup>396</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 93, Vermerk betr. Staatssekretär a. D. Naumann, 31.8.1951, Verfasser v. Thadden.

<sup>397</sup> Ebenda.

<sup>398</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 88-89, Vermerk über eine Besprechung mit Dr. Werner Naumann in dessen Wohnung, 12.10.1951, Verfasser v. Thadden.

man müsse verstärkt an die älteren Soldaten herantreten, da man von ihnen höchstens fünf Prozent erreicht habe. Andernfalls würde sich die SRP diese Gruppe holen. Das Amt Blank, die Vorgängereinstitution des Bundesministeriums der Verteidigung, habe sich an der Tagung des VdS zwar nicht beteiligt, noch nicht einmal einen Beobachter entsandt, man müsse trotzdem damit rechnen, dass interessierte Kreise bald versuchen würden, den Verband zu spalten. Der BvW sei bisher noch völlig heterogen, die Traditionsgruppen hätten bisher noch ein starkes Gewicht.<sup>399</sup> Tatsächlich sollte Naumann mit dieser Einschätzung recht behalten.

Die Bundesregierung und das Kanzleramt betrachteten die zunehmende Politisierung der organisierten Soldaten mit Besorgnis.<sup>400</sup> Die Entwicklung wurde schließlich als so kritisch angesehen, dass die Dienststelle Blank beim Bundeskanzleramt anfragte, ob nicht bestimmte Verbände finanziell unterstützt werden könnten, um ihre politische Grundrichtung zu ändern.<sup>401</sup>

Die SRP versuchte, durch Guderian Einfluss zu gewinnen. Die Vorstandsmitglieder der rechtsextremen Partei, Fritz Dorls und Graf Wolf von Westarp, wollten Guderian Ende September zu Beratungszwecken besuchen.<sup>402</sup> Guderians zukünftige Position in Deutschland sollte hier diskutiert werden. Nach der Meinung von Dorls sollte Guderian eine ähnliche Position wie Hindenburg einnehmen.<sup>403</sup> Ein dreiviertel Jahr später, im Sommer 1952, besuchten – angeblich im Namen der SRP – Rudel, Ramcke sowie Vertreter von Guderian die sowjetische Militärmission in Ostberlin. Hier trafen sie mit zwei sowjetischen Generälen und dem Führer der Volkspolizei zusammen, um über das Verhalten

---

<sup>399</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 90-91, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann in Düsseldorf, 11.9.1951, Verfasser v. Thadden.

<sup>400</sup> Rautenberg, Hans-Jürgen, Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 1, München/Wien 1982, S. 805.

<sup>401</sup> Vgl. Ebenda, S. 805f. Die politischen Auseinandersetzungen über den EVG-Vertrag führten im Jahre 1952 fast zwangsläufig zu einem Werben um die politische Gunst der ehemaligen Soldaten. Zu Beginn des Jahres 1952 zählte die Dienststelle Blank 51 Bünde und Vereinigungen, die sich in noch keiner Weise festgelegt hatten. Die Dienststelle war ihnen gegenüber zurückhaltend, strikt neutral und stets darauf bedacht, sich von allen Soldatenverbänden gleichmäßig unabhängig zu halten. Erst knapp zwei Jahre später, vor den Bundestagswahlen, schuf das Bundeskanzleramt klare Verhältnisse und entschied, dass der Bundesminister des Inneren die Betreuung der genannten Soldatenverbände und den aus ihnen gebildeten Arbeitsgemeinschaften als Ressortaufgabe übernehmen sollte. Einen Einfluss auf die Gründung oder Spitzenbesetzung des VdS hat die Dienststelle Blank allerdings nie besessen.

<sup>402</sup> NARA, FO 1008/15, Geheimbericht über die SRP, 3.10.1951, (Subject: Contact between the Sozialistische Reichspartei and Ex-Generaloberst Heinz Guderian). Ob das Treffen wirklich stattfand, konnte nicht nachgewiesen werden.

<sup>403</sup> Ebenda. Dorls hatte Guderian am 14. September 1951 geschrieben und festgestellt, während der Gründung der Soldatenvereinigungen sei es nötig gewesen, Rücksicht auf Bonn zu nehmen, weil man eine Basis gebraucht habe. Auf keinen Fall aber dürfe die Person Guderian mit dieser Rücksichtnahme identifiziert werden, nur leider sei genau dies eingetreten. Eine Kopie dieses Briefes sandte Dorls von einer Deckadresse an Franke-Gricksch, den Führer der Deutschen Bruderschaft, mit dem er in engem Kontakt stand.

deutscher Soldaten im Falle eines Konfliktes zwischen den USA und der UdSSR zu sprechen.<sup>404</sup>

Auch Gert Spindler, ein Fabrikant aus Hilden, wollte sich die Schlagkraft des VdS nutzbar machen. Er war Eigentümer der ultranationalistischen Zeitung „Der Fortschritt“<sup>405</sup> und hatte im Herbst 1949 die „Tatgemeinschaft freier Deutscher“ (TfD) initiiert, die die Heimatvertriebenen sammeln und parteiunabhängige politische Mandate erhalten wollte.<sup>406</sup> Zu den Gründern zählte auch der ehemalige Verlagsleiter der zum NS-Pressekonzern gehörenden „Münchner Neuesten Nachrichten“, Alfred Salat.<sup>407</sup> Im Herbst 1949 reiste Spindler in Nord- und Süddeutschland herum, um Anhänger für die TfD zu mobilisieren. Die TfD trat in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Westberlin zu den Wahlen an. Da die britische Militärregierung allerdings eine Lizenz versagte, hatte sie keine Chance, einen der von ihr unterstützten Kandidaten in den Bundestag zu senden.<sup>408</sup>

Spindler hielt daher eine Reihe von Zusammenkünften vieler rechtsgerichteter Persönlichkeiten ab und hoffte, damit eine neue nationale Oppositionsbewegung<sup>409</sup> für den VdS zu schaffen.<sup>410</sup> Die politische Ideenwelt Spindlers war geprägt vom Modell des „Mitunternehmertums“. Von betrieblicher Mitbestimmung und Beteiligung der Mitarbeiter an Eigentum und Produktionsmitteln versprach er sich „die Überwindung des wirtschaftlichen Klassenkampfes und die Aussöhnung der wirtschaftlichen Sozialpartner.“<sup>411</sup> Diese Theorie beinhaltete jedoch gleichzeitig etwas Elitäres, sollte sich doch das Ausmaß des Mitunternehmertums nach dem Grundsatz „Eigentum durch Leistung“ richten. Das gleichermaßen antikapitalistische wie antisozialistische Konzept übertrug Spindler auch

---

<sup>404</sup> Hansen, Hennig, Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei, München 2007, S. 220.

<sup>405</sup> „Der Fortschritt“ wurde von Erich Schneyer, dem früheren Chefredakteur der nationalsozialistischen Transocean-Nachrichtenagentur herausgegeben. Die erste Ausgabe erschien am 1. Oktober 1949. Vgl. NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot). Sowie: NARA, FO 1049/2172, Information Nr. 2 der Tatgemeinschaft Freier Deutscher, 8.9.1949.

<sup>406</sup> Siehe dazu: NARA, FO 1049/2172, Information Nr. 3 der Tatgemeinschaft Freier Deutscher, 20.9.1949. Sowie: NARA, FO 1049/2172, Information Nr. 2 der Tatgemeinschaft Freier Deutscher, 8.9.1949. Sowie: Steinert, Johannes-Dieter, Vertriebenenverbände in Nordrhein-Westfalen 1945-1954, Düsseldorf 1986, S. 170, 175. Sowie: Winkler, York R., Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945-1954. BHE-Flüchtlingsverbände – Landsmannschaften, Wiesbaden 1998, S. 260f.

<sup>407</sup> Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen. Erster Band. Die entscheidenden Jahre, München, Wien 1964, S. 78.

<sup>408</sup> Siehe dazu: Steinert, Vertriebenenverbände in Nordrhein-Westfalen 1945-1954, S. 170, 175. Sowie: Winkler, Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945-1954, S. 260f.

<sup>409</sup> Vgl. Bock, Hans Manfred, Les rapports mensuels d'André François-Poncet. Haut-Commissaire français en Allemagne 1949-1955. Les débuts de la République Fédérale d'Allemagne, Paris 1996, S. 542.

<sup>410</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>411</sup> Spindler, Gert P., Mitunternehmertum, Lüneburg 1951, S. 27.

auf politische Fragen. Er hoffte so, eine Plattform für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen.<sup>412</sup> Am 17. und 18. September 1951 wurden Vertreter des Naumann-Kreises durch Spindler zu einem „Altenberger-Treffen“ geladen. Auf Vorschlag des ehemaligen SS-Obersturmführers bei Himmlers SD Professor Wilhelm Classen, der jetzt Generalsekretär der Gesellschaft für militärische Forschung war<sup>413</sup>, trafen sich Spindlers und Naumanns Freunde im September 1951 im Haus des Fabrikanten in Altenberg. Der zweite Organisator für das Treffen war der ehemalige Stabsführer der Reichsstudentenführung und Leutnant einer Panzerdivision sowie Mitglied des BHE Werner Trumpf.<sup>414</sup> Werner Trumpf lud seinen engen Freund, den ehemaligen General der Polizei sowie NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter von Salzburg Gustav Adolf Scheel und auch Artur Axmann dazu ein. Er versicherte beiden, dass die Teilnahme an einem solchen Treffen schwerlich als politische Partizipation im Sinne der Entnazifizierungsgesetze angesehen werden könne.<sup>415</sup> Alle Gäste wurden mit Blick auf ihre Gesinnung und Bereitschaft für eine „neue Politik“ sorgfältig ausgewählt. Unter den Anwesenden waren: der ehemalige HJ-Gebietsführer und spätere Chefredakteur der FDP-Publikation „Deutsche Zukunft“ Siegfried Zoglmann, der ehemalige SA-Gruppenführer und Staatssekretär im Reichsernährungsministerium sowie Staatssekretär der geschäftsführenden Regierung Dönitz in Flensburg Hans Joachim Riecke<sup>416</sup> und die ehemaligen Botschafter Herbert von Dirksen und Rudolf Rahn. Bestimmte Beamte der Bundesregierung waren auch eingeladen worden: als Vertreter der Deutschen Partei Karl Ehrich, der Vorsitzende des Ausschusses für Auslandsangelegenheiten der FDP Ernst Achenbach, der stellvertretende Präsident des BHE Alfred Gille sowie BHE-Mitglied Walter Eckhardt, der ehemalige SS-Brigadier und derzeitige DU-Aktivist Fritz Brehm und Vertreter der Ministerien: vom ERP-Ministerium Dr. Krause, der das Treffen auf Anweisung von Innenminister Lehr besuchte<sup>417</sup>, und aus dem Wirtschaftsministerium Herr Böhmecke.<sup>418</sup> Vier Journalisten

---

<sup>412</sup> Winkler, Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945-1954, S. 261.

<sup>413</sup> Klee, Personenlexikon, S. 94.

<sup>414</sup> NARA, FO 371/103896, Denkschrift über den Gauleiter-Kreis der Briten, Ende 1952. (Draft: Detailed Release for later Issue in one or more Instalments). Vgl. auch: Klee, Kulturlexikon, S. 558.

<sup>415</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>416</sup> Klee, Personenlexikon, S. 496.

<sup>417</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>418</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

waren dabei, darunter auch Klaus Mehnert von „Christ und Welt“ und August Hoppe vom NWDR.<sup>419</sup>

Eine konkrete politische Organisation wurde bei dem „Altenberger Treffen“ allerdings nicht gegründet. Vielmehr nutzten Naumann und Scheel die Gelegenheit, um mit verschiedenen Persönlichkeiten Kontakte aufrecht zu erhalten.<sup>420</sup> Aus dieser illustren Runde verabschiedeten sich jedoch auch wieder zahlreiche Mitglieder, sodass lediglich ein Bodensatz an NS-Würdenträgern übrig blieb.<sup>421</sup>

Mit dem Vorsitzenden der DRP Adolf von Thadden tauschte sich Naumann oft über den VdS aus. Für von Thadden bot sich der VdS als Expansionsplattform an, da ein hoher Prozentsatz der DRP-Mitglieder Anfang der 50er-Jahre aus ehemaligen Berufssoldaten bestand. Häufig hatten sie Offziersränge inne.<sup>422</sup> Entsprechend sagte Naumann zu von Thadden unmittelbar nach der Gründung des VdS, es sei „außerordentlich dringlich, in die lokalen Verbände (des VdS) möglichst schnell eine genügende Zahl redegewandter Leute hineinzuschicken, (die) [...] eventuell in das Präsidium hineinkommen könnten.“ Sogar von Thadden selbst sollte versuchen in den VdS einzutreten und als Delegierter Fuß zu fassen. Dies geschah dann auch am 20. Dezember 1951.<sup>423</sup>

Der VdS, der sich eben erst konstituiert hatte, war jedoch ein künstliches Gebilde, welches nach Meinung der Briten bereits die Samen seiner eigenen Zersetzung enthielt.<sup>424</sup>

Naumann selbst kritisierte den Start als „denkbar schlecht“, da es nicht gelungen sei, die alten Soldaten aus ihrer Lethargie herauszureißen, worauf es vor allem angekommen wäre.<sup>425</sup> Viele Anhänger Admiral Hansens aus dem BvW, die auch im provisorischen Präsidium vertreten waren, ärgerten sich über Guderians selbstherrliches Benehmen auf den Treffen. Sie befürchteten, dass dieses sich vor allem durch die Reaktion der Presse, des Auslandes und der Politiker, auf die Forderungen der neuen Organisation nach

---

<sup>419</sup> Buschfort, *Geheime Hüter der Verfassung*, S. 248.

<sup>420</sup> Vgl. Bericht des britischen Geheimdienstes über den Einfluss des Gauleiter-Kreises auf die nordrhein-westfälische und niedersächsische FDP 1952, in: Flechtheim, Ossip K. (Hg.), *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Innerparteiliche Auseinandersetzungen*, Bd. 6, Berlin 1968, S. 294. Spindler selbst bestritt, dass je eine Verbindung zwischen ihm, Naumann und seinem Kreis bestanden habe. Siehe dazu: ADL, N1-811, Brief von Spindler an den britischen hohen Kommissar, 28.5.1953.

<sup>421</sup> Buschfort, *Geheime Hüter der Verfassung*, S. 248.

<sup>422</sup> Vgl. Sowinski, Oliver, *Die Deutsche Reichspartei 1950-1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei*, Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern/ New York/ Paris/ Wien 1998, S. 174f.

<sup>423</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 88-89, Vermerk über eine Besprechung mit Dr. Werner Naumann in dessen Wohnung, 12.10.1951, Verfasser v. Thadden.

<sup>424</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>425</sup> NARA, FO 371/103901, Brief von Naumann an Guderian, 22.10.1951, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann, 14. Jan. 1953, 20.1.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

Pensionen und Sozialhilfe, negativ auswirken könne.<sup>426</sup> Generell verursachte die starke Beteiligung ehemaliger Generäle im Präsidium des VdS ein unglückliches Echo in der Öffentlichkeit, weil dadurch der Eindruck entstand, die Führung eines umfassenden Soldatenbundes liege ausschließlich in den Händen von Berufssoldaten, die eine geeignete Plattform für ihr politisches Wiederauftreten suchten.<sup>427</sup> Obschon die führenden Vertreter der Soldatenbünde vorgaben, im Namen aller ehemaligen deutschen Soldaten zu sprechen, war doch offenkundig, dass sie lediglich die Berufssoldaten vertraten und dass die große Masse der zum Wehrdienst Einberufenen sich nicht repräsentiert fühlte.<sup>428</sup> Von einigen Ausnahmen abgesehen, verband alle ehemaligen Soldaten politisch lediglich eine ausgeprägt antikommunistische Haltung.<sup>429</sup> Obwohl es in Westdeutschland mindestens drei Millionen ehemalige Soldaten gab, die als Mitglieder von Soldatenvereinigungen in Betracht kamen, betrug die Anzahl derjenigen, die dem VdS beitraten nicht einmal zehn Prozent.<sup>430</sup> Eine andere Ursache des Scheiterns des VdS lag in seinen Grundsätzen für einen deutschen Verteidigungsbeitrag, die der sozialdemokratischen Konzeption sehr nahe kamen. Dies unterstützte die Politik des Kanzlers nicht und die schwebenden deutsch-alliierten Verhandlungen wurden belastet. Daher verschlechterte sich das Verhältnis der Bundesregierung zum VdS zusehends.<sup>431</sup>

Ein taktloser öffentlicher Auftritt des Vorsitzenden Frießner, bei dem er den Überfall auf Polen 1939 verharmloste und die Ereignisse des 20. Juli 1944 entstellte, ließ die Situation eskalieren. Es hagelte Kritik aus allen Quartieren, einschließlich der BvW-Elemente im VdS, über den gesamten Soldatenverband.<sup>432</sup> Dies gab der Regierung die Möglichkeit, sich gegen die politische Betätigung des VdS zu wenden und ihn an seine Zusicherung zu erinnern, Aufbau und Bestand der Bundesrepublik loyal zu unterstützen. Die Forderung nach dem sofortigen Rücktritt Frießners wurde nicht nur in den einzelnen Parteien und in der deutschen Öffentlichkeit laut, sondern auch in den Reihen des VdS selbst.<sup>433</sup>

---

<sup>426</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>427</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 103.

<sup>428</sup> Amt des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland (Hg.), 9. Bericht über Deutschland 1. Oktober bis 31. Dezember 1951, ohne Ort, S. 61.

<sup>429</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 125.

<sup>430</sup> Amt des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland (Hg.), 9. Bericht über Deutschland 1. Oktober bis 31. Dezember 1951, ohne Ort, S. 62.

<sup>431</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 103.

<sup>432</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>433</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 103. Sowie: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Naumann blieb gelassen. Nach seiner Einschätzung nahm die Masse der Soldaten keinen Anteil an der Hetze.<sup>434</sup> Die Bundesregierung sei auch schlecht beraten gewesen, bei Frießners Ausführungen über den 20. Juli einzuhaken, weil die Meinung des Volkes eben anders sei.<sup>435</sup> „Wenn sich angeblich 'Landesverbände' gegen Frießner stellen, so heißt das mit unseren Worten, dass 20 Funktionäre des Hansen-Bundes nicht mehr mitmachen wollen. Knapp 300 Mann, die sich zu einer Tagung der ehemaligen Gespenster-Division versammelt haben, sind nicht repräsentativ für ihre Truppe; die dort gefassten Beschlüsse entsprechen auch nicht den Ansichten der Männer, sondern vielmehr der Meinung der Generäle“, erklärte Naumann. Ausdrücklich sprach er sich dafür aus, dass Frießner und Guderian im „gemeinsamen Boot“ bleiben sollten. Die Saboteure an der Arbeit des Bundes sollten gezwungen werden, von sich aus den Abschied zu nehmen. Außerdem schlug Naumann vor, den ehemaligen General Bruno Ritter von Hauenschild aus München, der dann allerdings schon im März 1953 verstarb, Frießner als Berater zuzuteilen.<sup>436</sup>

Frießners Entschluss, dem Druck von außen nicht zu weichen und auf seinem Posten zu bleiben, beschleunigte den Zerfall. Die süddeutschen Landesverbände des DDSB schlossen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen und erkannten den VdS praktisch nicht mehr als Verbandsspitze an. Der Fallschirmjägerbund, die Traditionsgemeinschaft „Großdeutschland“ und das Afrikakorps fühlten sich durch den eigenmächtigen Beitritt ihrer Vertreter nicht gebunden, und der Stahlhelm sowie die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS weigerten sich, ihre Selbstständigkeit aufzugeben.<sup>437</sup>

Naumann gab die Hoffnung auf einen weiteren Ausbau des VdS jedoch nicht auf. In einem Brief an Generaloberst Guderian vom 22. Oktober 1951 riet er an, dass alle Anstrengungen gemacht werden sollten, um den Bund zu retten, „der so perfekt in die politische Szene passte“.<sup>438</sup> Der Einfluss der „Pro-Regierungs-Generäle und Hansen-Unterstützer“ sollte reduziert und mehr Macht an die gegeben werden, die die Basis des

---

<sup>434</sup> NARA, FO 371/103901, Brief von Naumann an Guderian, 22.10.1951, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann, 14. Jan. 53, 20.1.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>435</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 88-89, Vermerk über eine Besprechung mit Dr. Werner Naumann in dessen Wohnung, 12.10.1951, Verfasser v. Thadden.

<sup>436</sup> NARA, FO 371/103901, Brief von Naumann an Guderian, 22.10.1951, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann, 14. Jan. 53, 20.1.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>437</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 103. Sowie: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>438</sup> NARA, FO 371/103901, Brief von Naumann an Guderian, 22.10.1951, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann, 14. Jan. 53, 20.1.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

Soldatentums darstellten. Dazu zählte er den ehemaligen Generalmajor Ernst Bolbrinker, einen früheren BdS-Führer und Teilhaber der DSZ, der auch Mitglied in Naumanns eigenem Kreis war, den ehemaligen General Hermann Bernhard Ramcke, den ehemaligen General der Panzertruppen Traugott Herr, der auch Landesvorsitzender des VdS in Niedersachsen war, den ehemaligen Luftwaffengeneral Josef Kammhuber und den ehemaligen RAD-General Herbert Schmeidler, der auch Vorsitzender der Vereinigung der Mitglieder des früheren Reichsarbeitsdienstes war.<sup>439</sup> Diese sollten bei den am 7. Januar 1952 stattfindenden Präsidiumswahlen des VdS an die Spitze gebracht werden. In Vorbereitung auf diese Wahlen sollte Guderian nicht in Erscheinung treten, damit er bei einem Misslingen des Plans nicht verantwortlich gemacht werden könnte. Inzwischen sollte versucht werden auf die Landesverbände des VdS durch Besetzung mit geeigneten Persönlichkeiten Einfluss zu nehmen, dies insbesondere in Bayern. Hier war der ehemalige General und Kampfkommandant von Berlin Bruno Ritter von Hauenschild der Kandidat Naumanns.

Dies war Naumanns erster Versuch, seine Technik gezielt einzusetzen. Eine sichtbare Verantwortung sollte noch nicht übernommen werden. Naumann hielt den Zeitpunkt für verfrüht. Stattdessen wurden in großen und kleinen Kreisen Vorträge und „Sammlungstreffen“ vorbereitet, um auf diesem Wege die „Rütli-Gemeinschaft“ zu schaffen, von der entscheidende Impulse für die politische Neuordnung ausgehen sollten. Von den existierenden Parteien erwartete Naumann schwerlich eine politische Neuordnung. Er war überzeugt: Die Parlamentarier seien mit den Siegern gekommen und würden auch mit ihnen gehen. Der Soldatenbund VdS könne der große Reformator werden.<sup>440</sup>

Dies blieb jedoch ein Wunschtraum. Gegen Ende des Jahres 1951 gab es eine Reihe von Entwicklungen, die desaströs für die Pläne Naumanns im Bereich der Soldatenorganisationen waren. Am 28. November 1951 berichtete von Hauenschild über einen Besuch bei Guderian in Schwangau. Guderian war in einem sehr schlechten Gesundheitszustand. Der ehemalige General hatte zu Beginn des Jahres 1951 an einer schweren Gallenblasenentzündung gelitten, und im August einen zweiten Anfall bekommen, der bis zum November andauerte. Er war komplett arbeitsunfähig und schwebte in Lebensgefahr.<sup>441</sup> Naumann sandte unversehens einen Brief mit einem Kurier, dem ehemaligen SS-Ober-

---

<sup>439</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>440</sup> Ebenda.

<sup>441</sup> Vgl. Walde, Guderian, S. 280. Im Mai 1952 erlitt Guderian einen Blutsturz, im Sommer wurde er in ein Münchener Spital gebracht. Ende Oktober konnte Guderian das Spital wieder verlassen, war jedoch nicht geheilt.

sturmabführer Richard Schulze, ein früherer Adjutant Hitlers, zu dem früheren Reichsstudentenführer Dr. Gustav Adolf Scheel, der nun als Arzt im Rautenberg-Krankenhaus in Hamburg angestellt war und fragte, ob er und der Direktor des Krankenhauses, Professor Heinrich Kunstmann ein Arrangement für die Aufnahme und die Behandlung Guderians machen könnten. Obwohl beide einverstanden waren, wurde dies allerdings nie umgesetzt.<sup>442</sup>

Doch nicht nur durch die Krankheit Guderians, sondern vor allem auch durch die Tatsache, dass die öffentliche Kritik an Generaloberst Frießner nicht abebbte, sondern sich im Gegenteil in Ton und Inhalt noch verschärfte, erfuhren Naumanns Pläne einen Rückschlag.

Die Regierungsparteien bemühten sich nun um eine Gegengründung zum VdS. Auf Anregung von Dr. Noack, dem niedersächsischen Landesverbandsvorsitzenden des Heimkehrerverbandes, trafen sich Anfang November in Goslar die Vertreter einiger Soldatenverbände und erwogen die Aussichten für die Bildung einer neuen Dachorganisation aller Soldatenbünde. Unter ihnen befand sich auch der ehemalige General der Panzertruppen Freiherr Geyr von Schweppenburg, der im Juni 1951 in Hamburg den wenig aussichtsreichen „Deutschen Frontkämpferbund“ gegründet hatte.<sup>443</sup> Ende November sah Naumann ein, dass es nun kaum noch möglich war, Frießner zu halten und man einer Gegengründung nur durch seinen Rücktritt begegnen konnte. Zwar stünden die Mehrzahl der norddeutschen Kreise und der Goslarer Kreis noch hinter ihm, konstatierte der ehemalige Staatssekretär, jedoch habe die Propaganda der CDU hinsichtlich der Gefährdung der Versorgung, leider ihre Wirkung getan.<sup>444</sup> Die Geschäftsstelle des VdS sei unfähig gewesen, die entsprechenden Gegenmaßnahmen zu treffen. Die Bonner Regierung sei – als sie die „Aktion Goslar“ gestartet und unterstützt habe – trotzdem schlecht beraten gewesen, da die jüngeren Kräfte nun einen Verband aufmachen würden, der tendenziell nur eine Hilfsorganisation der SRP werden könne. Die Situation in der SS sei entsprechend, da die Interpellation der CDU gerade in dem Augenblick gekommen sei, als eine Reihe von Leuten sich bemühten, Gille davon zu überzeugen, dass die Durchführung des Treffens der europäischen SS grober außenpolitischer Unfug sei. Naumann selbst hatte sich eingeschaltet und Gille mitgeteilt, dass das Vorhaben falsch sei

---

<sup>442</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>443</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 104. Sowie: Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 175.

<sup>444</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 86-87, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann, 27.11.1951, Verfasser v. Thadden.

und auch Generaloberst Hausser gebeten, auf Gille diesbezüglich einzuwirken. Nach Dafürhalten Naumanns seien die divergierenden Kräfte im Augenblick so stark, dass es nur einer überragenden Persönlichkeit wie Guderian gelingen könne, sie zusammenzuhalten. Von Thadden sollte den Gedanken einer Wahl in Bonn eingehend erörtern. Dies wollte von Thadden über Generalmajor Joachim Oster, den Sohn des Nachrichtengenerals unter Admiral Wilhelm Canaris in der Abwehr, forcieren oder dem Staatssekretär Lenz direkt vortragen.<sup>445</sup>

Um sich auf einen Nachfolger für Frießner zu einigen, fand am 25. November 1951 eine weitere Tagung bei Spindler statt. In diesem Zusammenhang sollte die Zentrale des VdS auch nach Düsseldorf umziehen. Spindler war bei Frießner gewesen und hatte diesem angeboten, die Geschäftsstelle bei sich unterzubringen und diese auch zu finanzieren. Sogar Mitarbeiter wollte der Unternehmer stellen. Naumann wandte sich an von Thadden und bat diesen, alles daran zu setzen, um Spindler davon abzubringen. Er begründete dies damit, dass Spindler von allen maßgebenden Leuten nicht mehr für voll genommen werde und wenn sich der VdS mit dem Textilfabrikanten identifiziere, würde „überhaupt nichts daraus werden“.<sup>446</sup>

Am 10. Dezember wurde schließlich der Rücktritt von Frießner als Präsident des VdS bekannt gegeben.<sup>447</sup> Der VdS wurde nun zum VdS/BvW umgeformt. Der ehemalige Admiral Gottfried Hansen wurde am 20. Dezember 1951 zum Vorsitzenden der neuen Organisation gewählt.<sup>448</sup> Hansen und auch die anderen Führer der Soldatenbünde mäßigten ihre politischen Parolen, um bei der Remilitarisierung nicht aus dem Rennen geworfen zu werden, sodass sie für Naumann an Bedeutung verloren.<sup>449</sup> Unter Hansens konservativer Führerschaft bis zum Sommer 1956 hielt sich der VdS/BvW bei aktiver politischer Teilnahme zurück und dehnte seine Arbeit in dem Bereich der öffentlichen Wohlfahrt aus. Dadurch verlor er für Naumann und seine Freunde als ausbaufähiges politisches Instrument viel an Wert.<sup>450</sup>

---

<sup>445</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 86-87, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann, 27.11.1951, Verfasser v. Thadden.

<sup>446</sup> Ebenda.

<sup>447</sup> Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 104. Siehe auch: Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 175.

<sup>448</sup> Zimmermann, Das Bemühen um die Zusammenführung aller deutschen Soldaten, S. 86.

<sup>449</sup> BA, NL 80/273/046-057, Sendung NWDR, 9.6.1953. Vgl. auch: BA, NL 80/272/002-09, Aufzeichnung der Sendung des NWDR, 9.3.1953, Der Fall Naumann.

<sup>450</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Die Existenz einer Vielzahl von Bünden und Traditionsgemeinschaften darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Masse der über 10 Millionen ehemaligen Soldaten des Zweiten Weltkrieges dem Ruf nach einer Sammlung der Soldaten nicht folgte. Sämtliche große Vereinigungen hatten zusammen weniger als eine halbe Million Mitglieder. Die Erwartungen von Frießner, in dem als

Auch von Thadden, der in engem Kontakt mit Naumann stand, kam zu dem Schluss: „Der Zeitpunkt aus dem VdS eine wirkliche Potenz zu machen, ist zweifelsfrei durch seine bisherige Entwicklung völlig unmöglich gemacht worden.“<sup>451</sup> Trotzdem wollte er, dass „seine Leute“ im VdS den Versuch anstrebten, den Verband „zu einer gewissen Kraft zu bringen, die bei den bevorstehenden Debatten um das Wehrgesetz usw. eingesetzt werden“ könne.<sup>452</sup> Führende DRP-Mitglieder waren weiterhin auf VdS-Versammlungen- und Veranstaltungen anwesend.<sup>453</sup> Mit Erfolg. So boten drei der im VdS zusammengeschlossenen Organisationen – der Luftwaffenring, der Verband Deutsches Afrikakorps und der Stahlhelm – dem Generalfeldmarschall Albert Kesselring Ehrenämter an, während dieser noch im Gefängnis saß. Kesselring war am 6. Mai 1947 von einem britischen Militärgericht in Venedig zum Tode verurteilt worden, unter anderem wegen seiner Verantwortung bei Geislerschießungen von Fosse Ardeatine in Rom.<sup>454</sup> Die Ehrbezeugung für Kesselring war Teil einer groß angelegten Kampagne, die dafür sorgte, dass der Druck auf die Briten zunahm, was zu seiner Haftentlassung am 23. Oktober 1952 beitrug.<sup>455</sup>

Indessen versuchte Naumann zusätzlich Verbände wie den Stahlhelm, dem bei kleinen öffentlichen, lokalen Treffen eher sozialer als politischer Charakter bescheinigt wurde, auch separat zu kontrollieren. Gegen die Stahlhelm-Führer Karl Simon und Dr. Lehmann, die den Verein in eine moderate Richtung lenkten, versuchte der ehemalige SA-Brigadeführer und Einsatzleiter des SA-Wehrstabs Thomas Girgensohn als Führer der kryptonazistischen Richtung des Vereins, die Kontrolle zu übernehmen. Girgensohn hatte sich nachweislich mehrmals mit Naumann getroffen.<sup>456</sup>

Die Mäßigung des VdS versuchte Naumann abzufangen, indem er seinen Einfluss über zahlreiche ehemalige Untergeordnete im RMVP und RSHA ausdehnte, die nun im Stab der Deutschen Soldatenzeitung angestellt waren. Die auffälligsten Personen waren ein ehemaliger Chefredakteur aus dem RMVP A. W. Uhlig, der ehemalige Ministerialrat im RMVP Hans Hagen, der ehemalige Standartenführer Wilhelm Spengler<sup>457</sup> und der

---

Dachverband organisierten VdS zwei bis vier Millionen ehemalige deutsche Soldaten zusammenzuführen, erfüllten sich nicht. Vgl. Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, S. 106.

<sup>451</sup> NLA-Hstah, VVP 39, Nr. 46 II, Bl. 553, Brief von v. Thadden an Scheffer, 3.1.1952.

<sup>452</sup> Ebenda.

<sup>453</sup> Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 175.

<sup>454</sup> Klee, Personenlexikon, S. 305.

<sup>455</sup> Bertram, Das Bild der NS-Herrschaft in den Memoiren führender Generäle des Dritten Reiches, S. 204.

<sup>456</sup> NARA, FO 371/103898, Bericht von Wahnerheide an das Foreign Office, 27.1.1953, (Secret).

<sup>457</sup> Vgl. Klee, Personenlexikon, S. 591. Im November 1933 kam Spengler in Himmlers Sicherheitsdienst. Er war Leiter des Ressorts „Presse und Schrifttum und Kulturelles Leben“ im SD-Hauptamt. Ab Frühjahr 1942 bekam er Sonderaufgaben im sicherheitspolitischen Bereich im Nordabschnitt der Ostfront, darunter die Be-

ehemalige SS-Hauptsturmführer und derzeitige Werbeleiter Werner Strecker sowie der ehemalige NSKK-Obergruppenführer Heinrich Schäfer-Hansen.<sup>458</sup>

Im Vorfeld hatte Naumann mit der „Deutschen Soldatenzeitung“ – ursprünglich das Organ des Bundes der Deutschen Soldaten – als Propagandainstrument gute Erfahrungen gemacht. Bereits im September 1951 korrespondierte sein „Presseexperte“ Bornemann mit dem ehemaligen SS-Standartenführer Hans Joachim Ruoff, der ein Gesellschafter der „Deutschen Soldatenzeitung“, Mitglied der Soldatenvereinigung Schutz-Bund ehemaliger Deutscher Soldaten (BDS) sowie Mitglied der Gesellschaft für Wehrkunde war.<sup>459</sup> Die DSZ hatte schon im Herbst 1951 eine Serie ultranationalistischer Leitartikel veröffentlicht, die sich eng an Naumanns Vertrieb und Leitartikel im KBI anlehnte. Diese Serie war von Uhlig gestaltet worden, der von Naumann die Befehle dazu entgegennahm.<sup>460</sup> Dass der Naumann-Kreis im November 1951 Form und Inhalt der Soldatenzeitung mitbestimmte, belegt auch eine Einladung von dem DSZ-Repräsentanten in Essen, Klaus Danzer, der Bornemann Anfang Dezember 1951 als Vertreter des ehemaligen Generals Ernst Bolbrinker zu einem Treffen aller Außenstellenleiter der DSZ dazu bat, um bestimmte „Punkte zur Sprache zu bringen“.<sup>461</sup>

Im frühen Sommer 1952 erlitten Naumanns Pläne jedoch einen weiteren Rückschlag. Sein eigener Strohmann Uhlig begann einen neuen Ton in der DSZ anzuschlagen, der die Bundesrepublik und die Bonner Verträge befürwortete.<sup>462</sup> Uhlig gab an, dass er mit Naumanns taktischem Ansatz zu dieser Zeit nicht mehr übereinstimmte. Wahrscheinlich unterstützte er die Regierungsparteien jedoch weniger aus ideellen, als vielmehr aus finanziellen Gründen. Naumann mokierte sich, Uhlig sei völlig auf die Regierungslinie eingeschworen und er habe sich für die Soldatenzeitung einen anderen Kurs ge-

---

kämpfung von Partisanen. 1944 wurde er Leiter der Gruppe Kultur (Amt III SD Inland) im RSHA. Ab 1953 war er Lektor beim Stalling-Verlag in Oldenburg.

<sup>458</sup> NARA, FO 371/103896, Denkschrift über den Gauleiter-Kreis der Briten, Ende 1952, (Draft: Detailed Release for later Issue in one or more Instalments). Sowie: NARA, FO 371/103909, Brief von Böhme an Bornemann, 1.7.1951, (in: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953).

<sup>459</sup> NARA, FO371/103905, Brief von Bornemann an Ruoff, 24.9.1951, (in: Subject: Documents at the Residence of Werner Naumann and Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, Februar 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103916 und NARA, FO 371/103913.

<sup>460</sup> Zwei Briefe von Uhlig zu Naumann aus dem Januar und Februar 1952 zeigten, wie sie auf politischer Ebene kooperiert hatten. Im ersten schrieb Uhlig, dass er den den Verteidigungsbeitrag als notwendig erachten würde. Dabei erbat er Naumanns weitere Anleitung und Ermutigung. Im zweiten Brief schlug er Naumann vor, den KBI als politischen Informationsdienst auszubauen. Siehe dazu: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>461</sup> NARA FO 371/103910, Brief von Danzer an Bornemann, 24.11.1951, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, März 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>462</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

wünscht.<sup>463</sup> Die DSZ unterstütze einen Staatsmann, der die Kriegsgefahr nicht mindere, sondern einen Konflikt geradezu heraufbeschwöre. So sei auch die Aufrüstungspolitik des Kanzlers Unsinn, „denn durch die deutschen Divisionen würde das Gewicht des Westens nicht verstärkt, die Halbierung Deutschlands aber verewigt und die Gefahr eines Zusammenstoßes vermehrt“ werden. Der einzige Ausweg sei eine vorübergehende Neutralisierung Deutschlands. Naumann hielt dies für eine Zwangslage. Einerseits müsse man „gegen den Weg der Regierung Stellung“ nehmen. Andererseits müsse man „sich aber hüten, Wasser auf die Mühlen der SPD zu leiten“. Die Folgen einer Machtübernahme durch die SPD seien gar nicht abzusehen. Auch die SRP sei indiskutabel. Bliebe nur noch Gustav Heinemann mit seiner Gesamtdeutschen Volkspartei. Bei ihm fehle es aber an einem richtigen Programm und zudem müsse dieser dann auch noch seinen abgründigen Hass gegen die ehemaligen Nationalsozialisten überwinden.<sup>464</sup>

Obwohl Naumann mit Hagen und Spengler zwei loyale Anhänger im Personal der DSZ behielt, musste er im September feststellen, dass der ambitionierte Uhlig eine Opposition aufgebaut hatte.<sup>465</sup> Bornemann erklärte dazu: „Der Tendenz der DSZ stehen wir selbstverständlich auch skeptisch bzw. ablehnend gegenüber, obwohl wir mit einigen der Redakteure ein sehr herzliches persönliches Verhältnis haben. Für mich steht jedoch fest, dass da irgendwo ausländisches Geld arbeitet und da ist von vorneherein Vorsicht geboten.“<sup>466</sup>

Die DSZ bezog eindeutig Stellung, als sie im Herbst die Rede von General Ramcke im Oktober 1952 in Verden anprangerte. Am 26. Oktober 1952 hatten sich an der Aller 5000 Leute im Stadion zu einer Kundgebung versammelt. Dabei hatten der ehemalige General der Waffen-SS Gille, der ehemalige Oberst Drange, der ehemalige General der Panzertruppen Herr, der ehemalige General der Fallschirmtruppen Ramcke und der ehemalige General der Waffen-SS Felix Steiner gesprochen. Hier hatte Ramcke ausgeführt, die Angehörigen der Waffen-SS könnten stolz darauf sein, auf schwarzen Listen gestanden zu haben, es sei denkbar, dass diese in Zukunft wieder Ehrenlisten werden würden.<sup>467</sup>

---

<sup>463</sup> NLA, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 82-83, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann am 27.5.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>464</sup> Ebenda.

<sup>465</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>466</sup> NARA, FO 371/103905, Brief von Bornemann an Gümbel, 4.6.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann and Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, Februar 1953).

<sup>467</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Ramcke schrieb am 15. Dezember 1952 einen Brief an Uhlig, in dem er erklärte, welche Empörung dieser mit seinen negativen Artikeln über die „Verden-Rede“ unter den deutschen Soldaten ausgelöst habe. „Den schlichten Soldaten, den wir in allererster Linie für eine Europa-Armee gebrauchen, stoßen sie ab“, war sein Fazit.<sup>468</sup> Auch der ehemalige General Max Sachsenheimer ergriff Partei für Ramcke und schrieb einen Leserbrief an die DSZ. Ramcke bedankte sich daraufhin noch einmal bei ihm und erklärte, dass er seine Rede vorher mit dem Sekretär von General Gille, dem Herausgeber des „Wiking-Rufs“ abgestimmt habe.<sup>469</sup> Am 24. November 1952 sandte Ramcke seine „Verden-Rede“ an Naumann. Wie mit Kesselring und Student abgemacht, wollte Ramcke sich bei den Korrekturen und Stellungnahmen in der Presse zurückhalten. Dennoch schien es ihm notwendig, dass die Soldaten sich mit dem „wahren Inhalt“ seines Textes vertraut machen könnten. Dabei wollte er Naumanns und Bornemanns Unterstützung.<sup>470</sup> Bornemann half aus und schrieb Ramcke am 3. Dezember 1952, dass er seine „Rede von Verden“ in seinen Publikationen veröffentlicht habe. Die Düsseldorfer Nachrichten hätten gleich freundlich reagiert und die wichtigsten Sätze der Rede in Form eines Leserbriefes veröffentlicht.<sup>471</sup>

Durch Persönlichkeiten wie Ramcke oder Rudel wurde Naumann in seiner Vorgehensweise jedoch eher behindert als unterstützt. In einigen seiner Reden berief er sich auf den Schaden, der durch öffentliche Äußerungen, wie die von Ramcke am 26. Oktober 1952 in Verden, für die „nationale Wiederbelebung“ in Deutschland entstand.<sup>472</sup> Während Naumann die betreffenden Personen selbst freundlich darauf hinwies, doch diplomatischer vorzugehen und sich ihnen dabei andiente, organisierte er zugleich für jeden

---

<sup>468</sup> NARA, FO 371/103905, Brief von Ramcke an Uhlig, 15.12.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann and Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, Februar 1953). Vgl. auch: NARA, FO 371/103913. Am 5. Januar 1953 schrieb Sachsenheimer erneut einen Brief an die Redaktion der DSZ. Hier führte er aus, keinesfalls habe die DSZ das Recht, ihren Lesern eine Meinung aufzudrängen, die Pflicht sei es vielmehr, alle Argumente zu beleuchten. Es sei sehr traurig, dass man sich die Reden Ramckes und Rudels im „Neuen Deutschland“ oder bei der Partei Haußleiters verschaffen müsse, alle anderen Zeitungen würden nur verzerrte Auszüge wiedergeben. Er selbst habe sich die Rede Ramckes auf Umwegen besorgt und komme nun zu der Meinung, dass Ramcke die Wahrheit und nichts grundlegend Falsches gesagt habe. Zunächst sei auch zu überprüfen, ob es zweckmässig gewesen sei, bereits im Spätsommer 1952 ein Treffen der Waffen-SS anzusetzen und dazu einen Fallschirmgeneral als Sprecher heranzuziehen. Für das Treffen selbst werde doch wohl nicht Ramcke verantwortlich zeichnen. Was er aber erwarten könne, sei, dass die DSZ solche Äußerungen ins richtige Licht stelle.

<sup>469</sup> NARA, FO 371/103905, Brief von Ramcke an Sachsenheimer, 11.1.1953, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann and Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, Februar 1953).

<sup>470</sup> NARA, FO 371/103916, Brief von Ramcke an Naumann, 24.11.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, August 1953)

<sup>471</sup> NARA, FO 371/103913, Übersetzung des Briefs von Bornemann an Ramcke, 3.12.1952 (Section IV).

<sup>472</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

einzelnen der „Radau-Kameraden“ verschiedene Aufpasser. So notierte er beispielsweise in seinen Aufzeichnungen für die Düsseldorfer Konferenz: „Man müsse auf Ramcke acht geben. Jeder in seiner eigenen Stadt. Kindermädchen.“<sup>473</sup> Überwachung und Betreuung forderte Naumann auch für Albert Kesselring, der zu dieser Zeit gerade aus Werl entlassen und nun Ehrenpräsident des Stahlhelms, der Nachfolgeorganisation des 1918 gegründeten Bundes der Frontsoldaten, geworden war. Bei den beiden Deutschland-Besuchen Rudels im Mai 1952 und im November 1952 (der bis zum Januar 1953 dauerte) verfolgte Naumann gemeinsam mit Scheel die „Kindermädchentaktik“, die Rudel einerseits im Zaum hielt, andererseits aber auch als „Sprachrohr“ instrumentalisierte. In einem Brief, datiert auf den 19. November 1952, von Lea Lucht an französischen Rechtsextremisten Guy Lemonier, wurde beschrieben, wie Naumann für Rudel eine Rede für ein Treffen vor der Gemeinschaft der Ritterkreuzträger vorbereitete. Dies sollte am 24. November in Bad Homburg stattfinden, wurde jedoch kurzfristig abgesagt.<sup>474</sup> Rudel verbrachte den 12. bis 16. Dezember 1952 gemeinsam mit Scheel in Hamburg und den 17. und 18. Dezember 1952 mit Naumann in Düsseldorf. Vollständig verließ sich Naumann jedoch nicht auf Scheel. Denn kurz vor einem öffentlichen Treffen der extrem rechten Splitterpartei Deutscher Block (DB) in Lübeck am 15. Dezember 1952 rief er Rudel an und wies ihn an, eine Einladung zu dem Treffen zu verweigern. Er erklärte, obwohl er nicht daran zweifele, dass Rudel einen großen Erfolg erringe, sei er sicher, dass die ausländische Presse ihn falsch zitieren und dies dem Ziel unsagbaren Schaden zufügen werde. Naumann erklärte Rudel, er wolle ihn für die große Rahmenkonstruktion haben und nicht für kleine Affären dieser Sorte. Rudel verweigerte die Einladung ordnungsgemäß im letzten Moment, wie es offensichtlich auch Ramcke tat.<sup>475</sup>

Dass Rudel jedoch seine ganz eigenen Ideen verfolgte, bewies er einmal mehr, als er Anfang Dezember gegenüber Adolf von Thadden den Plan fasste, einen ganz neuen Soldatenbund zu gründen. Er glaubte, dass die politischen Kräfte am schnellsten und effektivsten durch die einfachen Soldaten zu mobilisieren seien. Dazu suchte er Kesselring auf, der für ihn allerdings mit seiner Haltung gegenüber Regierung, EVG und

---

<sup>473</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>474</sup> Ebenda. Der Plan zu diesem Treffen war auf einer Konferenz zwischen Naumann und einem Kontaktmann in Paris Ende Oktober 1952 gefasst worden. Ursprünglich sollte Ramcke als Redner auftreten. Nach seiner Rede in Verden ersetzte ihn Naumann durch Rudel.

<sup>475</sup> Ebenda. Zu dieser Zeit bahnten sich auch Kontakte zwischen Naumann, Ramcke, Rudel und Kesselring an, allerdings wurde beim Ausbau der Kontakte bis zu Naumanns Verhaftung nicht viel erreicht.

Stahlhelm eine Enttäuschung war<sup>476</sup>, und auch „Panzer-Meyer“. Im Führungsgremium des neuen Verbandes wollte Rudel neben sich selbst, Ramcke, Student, „Panzer-Meyer“ und Kapitän Kretschmar sehen.<sup>477</sup> Guderian fiel aufgrund seines Gesundheitszustandes restlos aus. Von Thadden war über solche Ambitionen entsetzt. Sein Ziel war es, das Potenzial der Soldaten für die DRP auszunutzen und mit einer Fraktion von 15 Mann in den kommenden Bundestag einzuziehen. Rudel hingegen schwebte nach eigener Aussage vor, mit den Soldaten eine „wirkliche Volksbewegung auf die Beine“ zu stellen. Er gestand von Thadden allerdings zu, die innenpolitische Situation wesentlich besser zu überblicken, als er dies könne, da er ja nur selten in Deutschland sei. Und wenn von Thadden der Auffassung sei, der Weg über eine Partei sei der beste, dann werde er schon mitmachen. Voraussetzung sei allerdings, dass Naumann mit einem solchen Schritt einverstanden sei. Er habe von Naumann gehört, dass er ein gutes Verhältnis zu von Thadden habe und glaube, sie könnten gut zusammenarbeiten.<sup>478</sup>

Trotz seiner Fehlschläge im VdS behielt Naumann bis zu seiner Verhaftung die Überzeugung, die nationalsozialistischen Ressentiments und pronazistischen Einstellungen, die er den ehemaligen Wehrmachts- und Nazizirkeln zusprach, zu seinem eigenen Vorteil nutzen zu können. Er und sein Kreis ließen 1952 keine Gelegenheit aus, die Kontakte in die ehemaligen Soldatenvereinigungen als potenzielle Quelle für politische Unterstützung in der Zukunft auszubauen. Auch hier übernahm er die Mitstreiter parallel in seinen eigenen Kreis. Engste Mitarbeiter wie Bolbrinker, Harpe oder Sachsenheimer, besuchten daher auch private Konferenzen seines eigenen Netzwerkes.<sup>479</sup>

#### **4. Innenpolitische Konzeption, „Innerer-“ und „Äußerer Kreis“ (1950-1953)**

Während seiner zahlreichen Aktivitäten bei den Soldatenbünden und der Bruderschaft begann Naumann die Anhänger in sein eigenes Netzwerk zu überführen, mit welchem er unabhängig von allen anderen Vereinigungen, Organisationen und Parteien das Langzeit-

---

<sup>476</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 64, Vermerk über ein Gespräch mit Dr. Naumann und Rudel am 17.12.1952 in Buderich, Verfasser v. Thadden.

<sup>477</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Nr. 45 II, Bl. 505-507, Aktennotiz über eine Besprechung mit Oberst Rudel in Düsseldorf, 6.12.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>478</sup> Ebenda.

<sup>479</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

ziel verfolgte, die bestehende Regierung zu stürzen.<sup>480</sup> Naumanns herausragende Eigenschaft war seine Energie. Während er vollzeitig die Geschäfte einer sehr aktiven Firma führte, fand er zugleich Zeit für politische Diskussionen mit einem immensen Kreis. Er stand in Kontakt mit wenigstens 1000 Personen und führte rege Korrespondenz innerhalb und außerhalb Deutschlands. Sein Adressbuch allein umfasste über 700 Namen. Die Einträge in seinem Tagebuch 1950 zeigten Kontakte zu über 50 Politikern.<sup>481</sup> All diese Männer sollten eine kleine, in sich geschlossene Gruppe bilden und „in dem führungs- und richtungslosen Deutschland der Magnet sein, der alle eisenhaltigen Kräfte auf sich zieht“.<sup>482</sup> Bereits 1951 verfolgte Naumann die Absicht, einen „Stammtisch“ zu schaffen, den er als Trainingsinstrument für Diskussionen und Argumentationen für sich selbst benutzen konnte, solange dies für ihn in der Öffentlichkeit nicht möglich war.<sup>483</sup> Sein engster Freund und Helfer zu dieser Zeit war Bornemann. Bornemann pflegte durch sein Informationsnetzwerk weitläufige Kontakte, unter anderem zum Führer der neofaschistischen Europäischen Sozialen Bewegung (ESB) Karl Heinz Priester<sup>484</sup>, oder dem Pressemitglied im Sekretariat des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) August Heinrichsbauer<sup>485</sup>, den er bat, Zuschüsse für den weiteren Ausbau und Neuanschaffungen für seine Publikationen zu beschaffen.<sup>486</sup> Gegen Ende des Jahres 1951 kam der ehemalige SS- und Polizeiführer Paul Zimmermann<sup>487</sup> in Düsseldorf an und nahm an dem Stammtisch teil. Er erweiterte die Kontakte zur Wirtschaft, indem er am 22. Oktober 1951 Mitglied des Industrie-Clubs sowie der Donnerstags-Kegel-Gesellschaft wurde und hier

---

<sup>480</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>481</sup> NARA, FO 371/103904, Zwischenbericht der Untersuchung des Gauleiter-Kreises von K. Randell von der B.I.O.G., 12.2.1953, (Interim Survey of the Investigations into the Gauleiters' Circle).

<sup>482</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz von Naumann, 21.4.1951, (Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 20.01.1953).

<sup>483</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>484</sup> Am 8. Mai 1951 schrieb Priester an Bornemann und bat um die Zustellung neonazistischer Bücher. Dabei handelte es sich um „P.D.Z.“ von Bardèche, „Kann Westeuropa..“ von Guderian, die „Erzbischofsschrift“ von Grimm sowie „Der große Rausch“ von Kern. Siehe dazu: NARA, FO 371/103909, Brief von Priester an Bornemann, 8.5.1951, (in: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953). Von der Erzbischofsschrift wurden innerhalb kürzester Zeit 100.000 Exemplare verkauft. Siehe dazu: Assheuer, Thomas/ Sarkowicz, Hans, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990, S. 51.

<sup>485</sup> NARA, FO 371/103909, Brief von Bornemann an Heinrichsbauer, 1.2.1951, (in: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953). Vor 1933 war Heinrichsbauer prominenter Sprecher für die Rhein-Ruhr-Industriellen.

<sup>486</sup> Ebenda.

<sup>487</sup> Zimmermann war ab 1937 Leiter der Reichsstelle für Metalle im Reichswirtschaftsministerium, 1941 Kriegsverwaltungschef im Wirtschaftsstab Ost, einer Organisation zur Ausbeutung der Ostgebiete und ab 1943 SS- und Polizeiführer. Siehe dazu: Klee, Personenlexikon, S. 696.

warb.<sup>488</sup> Unter Naumanns Leitung formten er und Bornemann ein Triumvirat, das die Aktivitäten des gesamten Kreises kontrollierte. Sie waren die Oberhäupter des von den Briten so genannten „Inneren Kreises“, durch den das Netzwerk des „Äußeren Kreises“ ausgebaut wurde. Beide Kreise waren nicht in sich abgeschlossen.<sup>489</sup> Die Grenzen verliefen fließend. Sowohl der „Innere-“ als auch der „Äußere Kreis“ sollten als Verbindungen vor der Staatsregierung genauso geheim gehalten werden wie deren Zweck. Dafür sprach die in der Korrespondenz mehrfach geäußerte Bitte um vertrauliche Behandlung, die Verwendung von Kurieren und die Benutzung von Deckadressen und Tarnnamen.<sup>490</sup>

Die engsten Mitglieder des „Inneren Kreises“ waren neben den später Inhaftierten (Werner Naumann, Gustav Scheel, Paul Zimmermann, Heinrich Haselmayer, Heinz Siepen, Karl Scharping, Karl Kaufmann und Karl Friedrich Bornemann) die ehemaligen Gauleiter Karl Florian aus Düsseldorf, Josef Grohé aus Köln, Paul Wegener aus Weser-Ems, weiter der ehemalige SA-Oberst und derzeitige Beamte des BHE Werner Trumpf, der ehemalige SS-Starjournalist und SS-Obersturmführer Hans Schwarz von Berk<sup>491</sup>, der ehemalige stellvertretende Reichsbauernführer und SS-Gruppenführer Wilhelm Meinberg, der ehemalige Gesandte der Nazis in Ungarn Dr. Edmund Veessenmayer, das ehemalige Mitglied des NS-Reichstags, Wehrwirtschaftsführer und nun Generalsekretär der Akademie für Landwirtschaft Dr. Heinrich Hunke<sup>492</sup> und der ehemalige Unterstaatssekretär im NS-Ministerium für die besetzten Ost-Gebiete Joachim Riecke.<sup>493</sup> Die Mitglieder des „Inneren Kreises“ hofften, für die „Abseitsstehenden“ ein „Rat der Weisen“ zu werden. Zimmermann erklärte während der Verhöre, dass die Ratschläge des Naumann-Kreises für seine Anhänger auf dem Glauben basierten, dass die fundamentalen Prinzipien des Nationalsozialismus die einzige Möglichkeit und gangbaren Weg repräsentierten, Deutschland in seinen Interessen zu dienen.

Eigenständige Aktivitäten der Mitglieder des „Inneren Kreises“, die über eine Kontaktvermittlung für Naumann hinausgingen, bestärkte Naumann nicht. Er fürchtete, dass sie aufgrund ihrer Erfahrungen, ihres ähnlichen Alters und des vergleichbaren Werdegangs

---

<sup>488</sup> Siehe dazu: BA, B 106/15561, Bl. 26, Aktenvermerk: Betr. Paul Zimmermann, Mitglied des Industrie-Clubs seit 22.10.1951, ohne Zeit.

<sup>489</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>490</sup> ADL, N1-833, An den Herrn Untersuchungsrichter des Bundesgerichtshofs, 26.3.1953.

<sup>491</sup> Klee, Kulturlexikon zum Dritten Reich, S. 503.

<sup>492</sup> Klee, Personenlexikon, S. 275.

<sup>493</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

seine Führerschaft gefährden könnten.<sup>494</sup> Dafür sprechen auch die Aufzeichnungen von Lea Lucht. Sie war „überzeugt, dass viele der sogenannten Politiker kleinen oder großen Formats, die hierher kommen, übergelukkig sein würden, einer unter den sagen wir, 50 'Auserwählten' in Deutschland zu sein. Die mit dem größten Ehrgeiz, und an solchen mangelt es nicht, würden am Ziel ihrer Wünsche sein, wenn es ihnen gelänge, einen Platz unter den ersten zehn zu erobern. Bei ihm ist davon keine Rede. Er will den ersten Platz oder nichts und das mit Abstand.“<sup>495</sup> Naumanns enger Mitarbeiter Zimmermann sagte darüber später in einem britischen Verhör, Naumann sei die einzige Person in Deutschland, die fähig sei, die Ansichten des Kreises klar auszudrücken. Wenn er nicht vernünftig genug wäre, dies zu tun, könnte er nicht eine Organisation mit der Unterstützung von „hundertern und tausenden loyalen Enthusiasten“ führen und kommandieren.<sup>496</sup>

Seine Idee einer Serie von geschlossenen regelmäßigen Stammtischtreffen setzte Naumann zu Beginn des Jahres 1952 um. Durchschnittlich zehn bis 15 Personen, alle ehemalige Nationalsozialisten von größerer oder kleinerer Bedeutung, besuchten diese Zusammenkünfte unter strenger Geheimhaltung. Anfang Februar 1952 fand das erste Treffen im Hotel Eden in Düsseldorf statt. Auf der zweiten Sitzung im März 1952 wurde entschieden, regelmäßige Treffen am ersten Mittwoch eines jeden Monats zu veranstalten.<sup>497</sup>

Die organisatorischen Details waren in der Hand von Bornemann. Zimmermann, als das älteste Mitglied, war verantwortlich für die Tagesordnung. Naumann stellte sich schnell als „die Hauptstütze“, „der Mentor“ und „unbestrittener Führer“ der Treffen heraus.<sup>498</sup>

Von dem „Inneren Kreis“, den die Briten anfänglich den „Gauleiter-Kreis“ nannten, weil viele der Mitglieder ehemalige Gauleiter waren<sup>499</sup>, wurden lose Verbindungen zu verschiedenen rechtsextremistischen Gruppen und politischen Parteien – von denen die wichtigsten im zweiten Abschnitt der Arbeit behandelt werden – geschaffen. Diese

---

<sup>494</sup> Dies sagte Siepen in den Verhören aus. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>495</sup> ADL, N1-825, Schrift von Lucht an Naumann, 16.10.1952. Sie war der Meinung, dass Haußleiter von der DG durchaus eine Führungspersönlichkeit sein könne. Unbestreitbar gefalle er der Menge und seine Argumente so simpel und banal sie auch sein mögen, seien Argumente, die jeder hören wolle. Er spreche gut, seine Gesten seien zurückhaltend und würden unterstreichen, was er sage. Sie habe den Eindruck, dass er von dem, was er sage, überzeugt sei und er mit einfachen Worten versuche, seinen Zuhörer von der Richtigkeit seiner Theorien zu überzeugen. Naumann meinte, später in einer ergebenen Mannschaft, gebe es Mittel, sich seiner zu bedienen. Aber solange die Rollen noch nicht klar umrissen seien, dürfe es nicht sein, dass er sich anschicke, Boden zu gewinnen.

<sup>496</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>497</sup> Ebenda.

<sup>498</sup> Bericht des britischen Geheimdienstes über den Einfluss des Gauleiter-Kreises auf die nordrhein-westfälische und niedersächsische FDP 1952, in: Flechtheim, Dokumente, S. 293.

<sup>499</sup> Sie kamen später davon wieder ab und vermieden den Ausdruck, weil er ein falsches Bild des „Inneren Kreises“ implizierte.

Verbindungsleute warteten nur darauf, dass der ehemalige Staatssekretär zur Aktion aufrufen werde.<sup>500</sup> Einige dienten sich ihm auch an, um die erste Anlaufstelle für die nationale Oppositionsbewegung zu werden. Dabei nutzte Naumann den wachsenden Wettbewerb um die „Abseitsstehenden“ zwischen den Parteien wie FDP, DP und BHE aus.<sup>501</sup>

Zu den rechtsextremistischen Gruppen zählte auch die Deutsche Gemeinschaft (DG), die unter der Leitung des ehemaligen Kriegsberichterstatters August Haußleiter stand. Die DG zielte auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches unter Einschluss der deutschen Ostgebiete ab und war eng verbandelt mit dem SRP-Anwalt und -Vertrauensmann Dr. Rudolf Aschenauer, dem Mitbegründer der Zeitschrift „Nation Europa“ Karl Heinz Priester sowie Oskar Adler, dem Leiter des Bundes für Wahrheit und Recht.

Ebenfalls dabei war die Arbeitsgemeinschaft Nationaler Gruppen (ANG), die Gottfried Griesmayr führte. Dazu gehörten: Hitlers ehemaliger Jugendführer Dr. Karl Cerff, der ehemalige SS-Brigadier Fritz Brehm und der ehemalige NS-Schriftsteller Herbert Böhme. Gleichzeitig versuchte Naumann Kontakte zur inzwischen rechtsextremen Ersten Legion in Köln herzustellen. Dazu wandte er sich an Regierungsrat Franz Joseph Spahn, der identisch mit dem ehemaligen Führer der NSDAP-Auslandsorganisation in Japan war. Dieser sollte ihm behilflich sein, ein Treffen mit dem CDU-Mitglied Professor Günther Krause zu organisieren sowie seinen Kontakt zu Professor Hans Barion, dem ehemaligen Leiter der Theologischen Hochschule in Braunschweig, enger zu knüpfen.<sup>502</sup> Beide waren Mitglieder der Ersten Legion. Spahn sollte für Mitte Januar 1953 eine Besprechung zwischen Krause, Barion, Zimmermann, Siepen und Bornemann bei Naumann in Büderich vorbereiten.<sup>503</sup> In engem Kontakt stand der Naumann-Kreis auch mit dem Bund Heimattreuer Deutscher, geleitet von dem BHE-Mitglied im niedersächsischen Bundestag Dr. Fritz Schulz.<sup>504</sup> Sämtliche Kontaktpersonen, die Naumanns Ideen befürworteten und mehr oder weniger intensiv an der Umsetzung seiner Strategie mitarbeiteten, wurden als Mitglieder des „Äußeren Kreises“ angesehen.

---

<sup>500</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

<sup>501</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>502</sup> Barion war aufgrund seiner persönlichen Überzeugung gemäß Artikel 131 des Grundgesetzes vorzeitig in den Ruhestand versetzt und von der katholisch theologischen Fakultät abgelehnt worden. Vgl. NARA, FO 371/103907, Brief von Spahn an Naumann, 18.12.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 27.1.53). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>503</sup> NARA, FO 371/103907, Brief von Naumann an Spahn, 15.12.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 27.1.53). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>504</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Außerhalb Düsseldorfs war der ehemalige SS-Obergruppenführer, General der Polizei und nach Hitlers Testament von 1945 Reichskultusminister Gustav Scheel, Doktor der Medizin,<sup>505</sup> Naumanns wichtigster Handlanger. Er leitete die Gruppe im Norden mit Stützpunkt in Hamburg.<sup>506</sup> Bereits 1951 hatte er in der Hansestadt begonnen, Verbindungen zu ehemaligen Mitgliedern der Waffen-SS herzustellen und einen „Herrenclub“ gegründet<sup>507</sup>, dem unter anderem die ehemaligen Gauleiter Karl Kaufmann und Alfred Frauenfeld aus Wien, der ehemalige SA-Oberst und Internist Dr. Gunnar Berg, der ehemalige Beamte des RMVP's Dr. Karl Scharping, der ehemalige Generalstaatsanwalt für Hamburg und Bremen Hans Haack, der ehemalige NS-Propagandaleiter in Danzig Wilhelm Löbsack, der ehemalige Herausgeber der „Münchener Neuesten Nachrichten“ Alfred Salat, der ehemalige SA-Oberst Professor Heinrich Kunstmann, der jetzt gleichzeitig Scheels Vorgesetzter in der Hamburger Klinik war, angehörten. Engen Kontakt zu den beiden Letzten pflegte auch Inge Dönitz, Ehefrau von Admiral Dönitz, die Kunstmann als Krankenschwester in der Hamburger Klinik angestellt hatte.<sup>508</sup> Scheel und Kunstmann organisierten ähnlich wie Naumann in Düsseldorf politische Diskussionsabende in Hamburg. Der größte Unterschied zum Düsseldorfer-Kreis war, dass dem Hamburger-Kreis eine Person wie Werner Naumann als treibende, integrative Kraft fehlte. Daher hatten die Diskussionsabende kaum Bedeutung für die Formulierung eines konstruktiven politischen Programms. Vielmehr wurden akademische Texte über „Weltprobleme“ vorgelesen. Der Hamburger „Herrenclub“ diente jedoch für Naumann als Sprungbrett, um seinen Einfluss auf Norddeutschland auszudehnen und Kontakt zu ehemaligen Gauleitern wie Karl Kaufmann und anderen Angehörigen des Kreises herzustellen. Hatten die Briten Scheel zunächst zu den aktiven Verschwörern gerechnet, bekamen sie während der Verhöre ein anderes Bild. Scheel gab Kontakt zu 200 Personen zu, erklärte aber, dass die Initiative zu diesen politischen Verbindungen selten von ihm selbst gekommen sei. Im Gegensatz zu Naumann vermittelte er den Briten den Eindruck eines Mannes, dem die Entscheidungsfreudigkeit und Willenskraft fehlte, selbst eine neue politische Bewegung zu initiieren. Zahlreiche Telefonate während des Jahres 1952

---

<sup>505</sup> Siehe: Klee, Personenlexikon, S. 528.

<sup>506</sup> Bericht des britischen Geheimdienstes über den Einfluss des Gauleiter-Kreises auf die nordrhein-westfälische und niedersächsische FDP 1952, in: Flechtheim, Dokumente, S. 293.

<sup>507</sup> Vgl. NARA, FO 371/103896, Denkschrift über den Gauleiter-Kreis der Briten, Ende 1952, (Draft: Detailed Release for later Issue in one or more Instalments).

<sup>508</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

zeigten jedoch klar, dass er Naumann gefolgt wäre, hätte dieser einen Putsch angeführt.<sup>509</sup> Die Briten nahmen an, Scheels Vorgesetzter im Berufsleben, Professor Kunstmann sei die stärkere Persönlichkeit der beiden gewesen. Dieser habe seinen Einfluss auf Scheel ausgedehnt, um Naumanns Ansatz zu unterstützen.

Naumann selbst setzte mehr Vertrauen in Scheel als in jeden anderen seiner politischen Gefährten. Er informierte ihn über seine Verhandlungen mit ausländischen Neofaschisten und den Führern der politischen Parteien. Um die Ziele Naumanns voranzutreiben, gründete Scheel im Dezember 1952 in Hamburg eine ähnliche Gesellschaft wie Bornemann. Sie sollte ein „kulturelles Zentrum in der Tradition einer reinen deutschen Kultur“ sein. Aufgrund der Entfernung trafen sich Naumann und Scheel im Jahr 1952 nur fünf oder sechs Mal, korrespondierten aber regelmäßig, manchmal per Kurier und später, indem sie Tarnanschriften benutzten.<sup>510</sup> Auf Naumanns Vorschlag adressierte Scheel Briefe für ihn an Gerda Christian, geborene Daranowski („Dara“), eine ehemalige Sekretärin Hitlers und nun eine Angestellte im Hotel Eden in Düsseldorf.

Auch in Süddeutschland knüpfte Naumann Kontakte zu ähnlichen Kreisen. Hier führte der ehemalige SS-Hauptsturmführer Hermann Buch, Sohn des ehemaligen obersten Parteirichters der NSDAP Walter Buch und Schwiegersohn von Martin Bormann, einen Zirkel.<sup>511</sup> Direkt nach dem Krieg hatte Hermann Buch auf Betreiben des Kommunisten Richard Scheringer<sup>512</sup> den „Deutschen Standpunkt“ als erste nationalbolschewistische Organisation gegründet. Er agierte jedoch recht ungeschickt und konnte dem „Deutschen Standpunkt“ keine Resonanz verschaffen. Daher schaltete er Dr. Slawik aus Wien ein. Slawik kam aus der Hitlerjugend und war während des Krieges Obersturmführer der Waffen-SS. Er gründete in den Nachkriegsjahren in Wien die National-Liga, eine rechtsradikale Gruppe mit Untergrundkadern und östlichem Rückenhalt.<sup>513</sup> Es fanden zwei

---

<sup>509</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>510</sup> Ebenda.

<sup>511</sup> Ebenda.

<sup>512</sup> Siehe: ADL, NI-830, Betr. Sowjetische Lenkung rechtsradikaler Gruppen, 23.1.1953. In einer vertraulichen Abschrift über die sowjetische Lenkung rechtsradikaler Gruppen an Dehler vom 23. Januar 1953 wurde das ehemalige Landtagsmitglied der KP-Fraktion Richard Scheringer aus Kösching bei Ingolstadt als Schlüsselfigur für die Zersetzung und Steuerung rechtsradikaler Gruppen bezeichnet. Scheringer war im Ulmer Reichswehrprozess wegen Bildung von NS-Zellen im Huntertausendmann-Heer zu Festungshaft verurteilt worden. Hier entwickelte er sich zu einem Vollblutkommunisten und trennte sich von Hitler. Nach seiner Entlassung gründete er den Aufbruchskreis mit klaren national-kommunistischen Zielen. Diesem schlossen sich eine Reihe junger Wehrmachtsoffiziere an, die auch nach 1933 mit Scheringer in Verbindung blieben. Aus diesem Ring wurde bei Beginn des Krieges ein militärischer Spionageapparat entwickelt, der später den Namen „Rote Kappelle“ erhielt. Die Lenkung des Apparates erfolgte direkt durch die IV. Abteilung des „Erkundungsstabes“ der Roten Armee.

<sup>513</sup> Das Verbot durch die Westalliierten wurde durch ein sowjetisches Veto verhindert.

Besprechungen zwischen Slawik und dem ehemaligen Gebirgsjäger Heinz Erich Krause (HekRau) statt, aufgrund derer im Anschluss die Neugründung der rechtsextremistischen „Bewegung Reich“ erfolgte. Sie hatte folgende Zielsetzungen: die Zersetzung der Rechtsparteien und Organisationen, die Bildung nationalbolschewistischer Zellen und die Aufstellung von Bürgerkriegskadern als Nachrichtendienst für den Osten. Krause war inzwischen auch mit rechtsradikalen Gruppen ins Geschäft gekommen. Es bestand eine enge Verbindung zu dem ehemaligen HJ-Führer und Propagandaleiter von Berchtesgaden<sup>514</sup> Sepp Huber und zur neofaschistischen „Deutschen Reichsjugend“, die von Herbert Münchow geleitet wurde. Als wichtigster Kontaktmann von Krause fungierte der 24-jährige Reinhold Kriszat, Herausgeber der Jugendzeitschrift „Der Widerhall“. Über ihn entstand die Verbindung zur Organisation „Jungen deutscher Gemeinschaft“, zum Untergrund der SRP, vermutlich über Fritz Brehm zur Deutschen Partei (DP), zum „Reichsorganisator“ des Deutschen Blocks Richard Etzel und zur „Nationalen Jugend Deutschland“.<sup>515</sup> Engste Kontakte mit den Tarnorganisationen der Kommunistischen Partei (KP) bestanden seitens Krauses wie auch Hubers und Münchows durch die Koppelung mit dem „Führungsring ehemaliger Soldaten“. Dieser war 1952 gegründet worden, um eine Brücke zwischen nationalistischen Militaristen in Westdeutschland und in der russischen Zone zu schaffen. Seine beiden Hauptführer, der ehemalige Generalmajor Max und der ehemalige Oberstleutnant Hans Baier waren aus dem VdS ausgeschlossen worden.<sup>516</sup>

Münchow war Vorstandsmitglied des Führungsringes, Huber war Diskussionsleiter einer vom Führungsring gesteuerten Tagung in Ülzen und hatte, wie Krause auch, an einer Tagung in Stuttgart teilgenommen, die von Ernst von Reichenau einberufen worden war. Ernst von Reichenau war der Bruder des verstorbenen Generals Walter von Reichenau und Herausgeber des „Militärpolitischen Forums“, „einer Zeitschrift für nationale Sicherheitsfragen“<sup>517</sup>, bei der es sich um ein Vehikel handelte, mit deren Hilfe die Sowjets den Führungsring finanzieren konnten.<sup>518</sup> Gesteuert wurde die Organisation von der „Westkommission“ der SED.<sup>519</sup> Die gut informierten Führer des Naumann-Netzwerkes wollten sich durch den engen Kontakt zu einer Organisation mit so

---

<sup>514</sup> Mitchell, Arthur H., *Hitler's Mountain. The Führer Obersalzberg and the American Occupation of Berchtesgaden*, Jefferson (NC) 2007, S. 175.

<sup>515</sup> Siehe: ADL, NI-830, Betr. Sowjetische Lenkung rechtsradikaler Gruppen, 23.1.1953.

<sup>516</sup> NARA, FO 371/103922, Vermerk, ohne Zeit, (CW10110/41(I), Führungsring Ehemaliger Soldaten).

<sup>517</sup> Vgl. *Der Spiegel*, 1/1953, (Wir wollen überleben).

<sup>518</sup> NARA, FO 371/103922, Vermerk, ohne Zeit, (CW10110/41(I), Führungsring Ehemaliger Soldaten).

<sup>519</sup> ADL, NI-830, Betr. Sowjetische Lenkung rechtsradikaler Gruppen, 23.1.1953.

„diskreditierten Elementen“ jedoch nicht selbst schaden. Der ehemalige Gaupropaganda-leiter in Luxemburg Albert Urmes war der Einzige, der auch nach außen hin sowohl mit Naumann als auch mit dem „Führungsring“ assoziiert wurde. Eine aktive Mitarbeit im „Führungsring“ wurde jedoch nicht von den Briten nachgewiesen.<sup>520</sup>

Der Buch-Kreis beinhaltete 1952 unter anderem den ehemaligen SS-Untersturmbannführer Hansjörg Pohlmann von Erlangen, die Herausgeber der „Deutschen Soldaten Zeitung“, Hagen und Spengler sowie den ehemaligen Inspekteur der Kampfflieger und derzeitigen Führer der Frankfurter Gesellschaft der ehemaligen Kampfpiloten Oberst Walter Dahl.<sup>521</sup> Buch sorgte auch für weitere Kontakte. Ein Brief von Buch an Bornemann war auf den 31. August 1952 datiert und betraf eine bevorstehende Reise Naumanns nach München. Buch arrangierte für die Repräsentanten von drei getrennten Gruppen, „Bewegung Reich“, „München“ und „Swabia“ ein Treffen mit Naumann, um die Aktivitäten zu koordinieren. Im Verlauf des Jahres 1952 wurden sieben Mitglieder der „Bewegung Reich“ in Nordrhein-Westfalen durch die Regierung bei den sogenannten „Arnsberger Verhaftungen“ wegen Geheimbündelei inhaftiert. Darunter befand sich auch der in Hagen wohnende ehemalige stellvertretende Gauleiter von Westfalen-Süd Heinrich Vetter. Der Führer Heinz Erich Krause alias Hek Rau von Berchtesgaden hatte einen verleumderischen neonazistischen periodischen „Deutschland-Brief“ mit 6000 Exemplaren publiziert. Er hatte Beziehungen zu Hans Ulrich Rudel, zu der deutschen Zeitschrift „Der Weg“ in Argentinien sowie zu dem Büro des Schweden Arberg, der durch seine antisemitischen Flugblätter in Deutschland hervortrat, gepflegt.<sup>522</sup>

In München gab es einen weiteren Kreis von Dr. Franz Hayler, dem ehemaligen Staatssekretär von Walter Funk im Reichswirtschaftsministerium und Dr. Theo Hupfauer, einem ehemaligen Führer im Reichskriegsministerium. Diese beiden standen in engem Kontakt mit den bayerischen Führern des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE).

Auch Professor Heinrich Grabert, der Leiter der Körperschaft ehemaliger NS-Lehrer „Forschungshilfe e.V.“ in Tübingen und Fürsprecher der entnazifizierten Universitätsprofessoren, hatte eine Gruppe um sich geschart und stand mit Naumann im Austausch.<sup>523</sup> Mitglied dieses Kreises war auch der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Germanist Professor Josef Otto Plassmann. Plassmann, Grabert und Zimmermann begannen Ende

---

<sup>520</sup> NARA, FO 371/103922, Vermerk, ohne Zeit, (CW10110/41(I), Führungsring Ehemaliger Soldaten).

<sup>521</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>522</sup> Ebenda.

<sup>523</sup> Ebenda.

des Jahres 1952 so genannte „Wissenschaftswochen“ zu organisieren. Dabei wurden neofaschistische Reden gehalten. Grabert hielt fest: „Der Gedanke marschiert, aber ich habe noch Geldsorgen“. Plassmann sollte daraufhin Zimmermann bitten, zur Finanzierung beizutragen. Soweit der „Führerbefehl“.<sup>524</sup>

Im November 1952 ließ Naumann durch Bornemann alle Repräsentanten sämtlicher Gruppen sammeln und berief dann selber die ersten Hauptkonferenzen des Netzwerks in Düsseldorf am 1. und 2. November 1952 und in Hamburg am 18. und 19. November ein. Die Düsseldorfer Konferenz wurde von über 40 Teilnehmern besucht. Darunter waren auch Scheel, Kunstmann, Berg, Scharping und zwei österreichische Kollegen. Einer von ihnen war Dr. Hans Freyborn<sup>525</sup>, Mitglied des Landtages in Saleburg für den Verband der Unabhängigen (VdU).

Die Gäste hielten Reden über spezielle Themen, die Naumann allerdings vorher genau abgestimmt und kontrolliert hatte, wie seine handschriftlichen Anmerkungen auf einzelnen Papieren beweisen.<sup>526</sup> Möglicherweise wurden diese Vorträge, die als Aufsätze vorlagen, für die Mitglieder des Naumann-Kreises, die nicht an den Besprechungen teilnahmen, oder für sympathisierende Gruppen im Nachgang veröffentlicht.<sup>527</sup>

Hauptziel dieser Konferenzen in Düsseldorf und später in Hamburg war es, Naumann die Möglichkeit zu geben, langen Reden über die politische Situation zu halten und dem „Inneren Kreis“ seine Grundhaltung zu vermitteln. Dies tat er beispielsweise in einer Rede mit dem Titel: „Wo stehen wir?“ Darin erklärte er: „Wir stehen nicht bei denen, die nach außen hin in unseren Farben schillern, in Wirklichkeit aber mit der Lüge der deutschen Schuld und von Hitler als dem Sündenfall der deutschen Geschichte bestehen.“<sup>528</sup> Der Leitspruch lautete: „Ein neuer Anfang und das alte Ziel.“ Zur Erreichung des „alten Ziels“ war sich Naumann der Unterstützung der Bevölkerung sicher und begründete dies wie folgt: „Millionen unseres Volkes sind politisch rat- und heimatlos. Sie warten auf eine Parole und auf das persönliche Vorbild.“<sup>529</sup> Dass dieses

---

<sup>524</sup> NARA, FO 371/103906, Brief von Plassmann an Zimmermann, 23.11.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Paul Zimmermann on 14. Jan. 53, 21.2.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>525</sup> Freyborn schrieb am 29. November 1952 an Naumann, dass er auch gern das nächste Treffen besuchen würde und wenn er wieder in Düsseldorf sei, bei ihm vorbeischauen wolle beziehungsweise ihn vorher kontaktiere. Siehe: NARA, FO 371/103913, Übersetzung Brief von Freyborn an Naumann, 29.11.1952, (Confidential).

<sup>526</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Als Quelle wurden hier die Verhöre von Scheel, Scharping und Naumann angegeben. Vgl. auch: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 129.

<sup>527</sup> Wellington, The new Nazis of Germany, S. 83.

<sup>528</sup> ADL, NI-817, Naumann: Wo stehen wir? Ohne Zeit.

<sup>529</sup> ADL, NI-818, Naumann: Vortrags-Notiz, ohne Zeit.

Vorbild – mit seinen eigenen Worten: der „Magnet“ – autoritär ausgerichtet sein sollte, daran ließ Naumann keine Zweifel: „Schaffen wir einen solchen Kern. Dieser muss von Anfang an – um aus den traurigen Beispielen dieser Tage zu lernen – unter der Parole ‚Befehlen und Gehorchen‘ stehen.“<sup>530</sup> Für ihn war „vor allem das Gefühl einer Sache gedient zu haben“ entscheidend, „die in Wirklichkeit sehr viel anders aussah, als es der KZ-Prozess in Nürnberg wahrhaben wollte.“ Das Bewusstsein am Aufbau großer Sozialwerke wie KdF, WHW, Autobahn, „Mutter und Kind“ und vielen anderen mitgearbeitet zu haben, vereine Nationalsozialisten, genauso wie „die Ablehnung der Exzesse und der höchst unangenehmen Pubertäterscheinungen (!), wie sie bei revolutionären Bewegungen dieser Art auf der Welt bisher leider nicht zu verhindern waren.“<sup>531</sup> Eine Neuauflage der NSDAP sollte es jedoch nach Naumanns Überzeugung nicht geben. „Die NSDAP war ein Sammelbecken der verschiedensten Kräfte [...]. Die Zeit ihrer Tätigkeit war zu kurz, als dass eine typenbildende Kraft sich hätte durchsetzen können. Beim Untergang der Führung 1945 zerriss deshalb auch das alle zusammenhaltende Band. Eine der NS-Bewegung gemäße Organisation hat es seit diesem Tage nicht wieder gegeben und wird es auch nicht wieder geben.“<sup>532</sup>

Naumann wollte sich von der NS-Bewegung absetzen. Die Unterschiede waren allerdings nur oberflächlich. Auf dem Düsseldorfer Treffen 1952 führte er aus: „Mit dem Badenweiler Marsch und mit einer neuen Fahne ist gar nichts getan. Wir brauchen einen neuen Stil, neue Parolen, neue Begriffe und eine neue Sprache, wenn wir unser Volk wieder politisch formen und durchsetzen wollen. Dieser Stil wird nicht emphatisch, propagandistisch oder superlativisch sein, sondern streng, sachlich und ernst, ein getreues Abbild unserer Lage.“<sup>533</sup> In einer Analyse der deutschen Parteienlandschaft stellte Naumann fest, dass die Rechten zersplittert seien und über den Wert der Offizierskompanien nicht hinaus kämen. Sie begnügten sich mit Antiparolen ohne konstruktives Gedankengut. Hier wiederhole sich die Tragödie des völkischen Bruderkampfes von 1920. „Die Bonner Kolonie zu stürzen, in wenigen Wochen anhand der vielen Skandalfälle dieser Institution bei unserem Volk unmöglich machen, ist keine Kunst. Wem aber wäre damit gedient? Können die Splittergruppenführer morgen die Regierung übernehmen und was würden sie

---

<sup>530</sup> ADL, NI-818, Naumann: Vortrags-Notiz, ohne Zeit.

<sup>531</sup> ADL, NI-821, Naumann: Wo stehen die ehemaligen Nationalsozialisten? (KBI 21/52).

<sup>532</sup> Ebenda.

<sup>533</sup> Naumann, Aus der Düsseldorfer Rede vom 1.11.1952; Aufsatz abgedruckt in Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 246-252, hier S. 248.

wohl tun, wenn die Gewerkschaft den Streik ausruft? Hier sind Kinder am Werk. Von diesen kommt nicht die Rettung.“<sup>534</sup>

Tatsächlich lehnte Naumann die SRP und neonazistische Splittergruppen ab. Er bezeichnete sie als „politische Bohemiens, die heute überall unter Berufung auf die Vergangenheit Organisationen aufziehen möchten.“<sup>535</sup> „Die Zeichen der Zeit“ würden jedoch auf „evolutionäre“ nicht auf „revolutionäre Mittel“ weisen.<sup>536</sup> Doch auch die „Realpolitiker“, die er als „Konjunkturritter“ bezeichnete, verachtete Naumann. „Jenen schwankenden Gestalten gegenüber“ gelte es, „sich zu einer bestimmten Weltanschauung als Ausdruck einer politischen Idee zu bekennen“.<sup>537</sup>

Er fand es überaus verwerflich, dass Adenauer 18 Millionen Deutsche nicht mehr „dazu rechne“. Der größte und einzige Gegner Adenauers sei die SPD, stellte Naumann fest und prognostizierte, dass diese bei den nächsten Wahlen als erster Sieger durchs Ziel gehen werde. Allerdings wirke Schumachers Partei als „Vorstufe des Bolschewismus“.<sup>538</sup> Und weiter: „Wir wissen, dass viele ehemalige NS heute die SPD wählen, weil sie keine andere Partei sehen, in der sie ihre Arbeitsinteressen vertreten finden. Sie ist für die einen das kleinere Übel, welches andere in der FDP zu finden hoffen. [...]“<sup>539</sup> Wiederholt werden Versuche von der SPD-Führung unternommen, um frühere HJ- oder SS-Führer zu gewinnen. [...] Zu hoffen von hier aus könnte die bolschewistische Erbfolge in gemäßigte Bahnen gelenkt werden, ist utopisch. [...] Von dieser parlamentarischen Infektionskrankheit dürfen wir uns nicht anstecken lassen [...].“<sup>540</sup>

Rettung erhoffte sich Naumann zu dem Zeitpunkt von einer großen Bewegung, der „Nationalen Opposition“, die er schaffen wollte. Diese sollte allerdings nicht in Form einer neuen Partei auftreten – trotz des Erfolges von Otto Remers SRP – sondern die existierenden Parteien unterwandern, und dort „Machtpositionen“ übernehmen. Auch im

---

<sup>534</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz von Naumann, 21.4.1951, (Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 20.1.1953).

<sup>535</sup> Naumann, Aus der Düsseldorfer Rede, 1.11.1952; Aufsatz abgedruckt in Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 242.

<sup>536</sup> ADL, NI-817, Naumann: Wo stehen wir? Ohne Zeit.

<sup>537</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz von Naumann, 21.4.1951, (Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 20.1.1953).

<sup>538</sup> NARA, FO 371/103907, Text der Naumann-Rede vor dem Gauleiter-Kreis in Düsseldorf, 1.11.1952, (Text of Naumann's speech to the „Gauleiters' Circle“ at Düsseldorf).

<sup>539</sup> Hier spielte Naumann auf einen Bericht über die Aussprache ehemaliger HJ-Führer mit Kurt Schumacher an, wobei dieser drei HJ-Führern im Beisein von Ollenhauer feste Mandate zugesagt hatte. Diese drei nahmen das Angebot auch an, die anderen hatten sich Bedenkzeit erbeten. Siehe: NLA, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 74-75, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann, 4.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>540</sup> NARA, FO 371/103907, Text der Naumann-Rede vor dem Gauleiter-Kreis in Düsseldorf, 1.11.1952, (Text of Naumann's speech to the „Gauleiters' Circle“ at Düsseldorf).

Zeitalter der Massendemokratie sei die tatsächliche Macht notwendig, um politisch wirksam zu werden. Die primäre Aufgabe einer politischen Gruppierung, wie sie Naumann vorschwebte, sollte daher sein: Einfluss auf die Massen zu nehmen, die eigenen Ideen den derzeit herrschenden entgegenzusetzen und damit das eigene Volk und wenn möglich auch die anderen „in den Bann des neuen politischen Evangeliums zu ziehen“.<sup>541</sup> Dabei zeige eine Analyse Deutschlands und Europas, dass diese Arbeit nicht mehr getan zu werden brauche. „Ein anderer war vor uns da und hat uns dieser mühsamen Körnerarbeit enthoben.“ Die politische Bewegung sei bereits da. Dennoch dürfe der Appell an die Massen noch nicht ausgelöst werden, da Deutschland auf diese Arbeit geistig noch nicht vorbereitet sei und den Status einer „Kolonie“ habe.<sup>542</sup> Naumann plädierte für politische Führungskader, die organisiert sein sollten, bevor irgendein Ruf an die Massen gehe. Auch wollte er warten, bis er im Ausland Anerkennung gefunden habe.<sup>543</sup> Was er die „erste Welle“ einer NS-Wiederbelebung nannte, sollte auf jeden Fall verhindert werden. Vielmehr müsse man den richtigen Moment abwarten.<sup>544</sup> Bis dahin sollte die „zweite Welle“ die Zentren und den rechten Flügel der politischen Arena erobern und die Parteien für einen finalen Angriff vorbereiten.<sup>545</sup> Für die Unterwanderung gab Naumann praktische Tipps: „Mehr sein als scheinen, begnügen wir uns dieses Mal noch mit einer Übergangslösung, in die wir als Unterstützung und vielleicht auch als Korsettstangen unsere Freunde hineindelegieren können.“<sup>546</sup> Und weiter: „[...] wir sollten uns in den Gemeinden zu Wort melden, dort um Bürger- und Oberbürgermeisterpositionen ringen, [...], und dann diese Männer der praktischen Arbeit zusammenfassen in einem Amt für Kommunalpolitik. – Vielleicht auch den ein oder anderen Landesverband dieser oder jener Partei. – Kurz: durchdringen wir das Gemeinwesen in allen seinen Verästelungen

---

<sup>541</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz von Naumann, 21.4.1951, (Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 20.1.1953).

<sup>542</sup> Ebenda.

<sup>543</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot). Dies sagte Siepen in den Verhören durch die Briten aus.

<sup>544</sup> Es gab jedoch auch Gegner der Strategie des Abwartens. Am 6. August 1952 schrieb Wilhelm Kiefer an Bornemann, dass er nicht glaube, dass es gut sei, wenn sich Naumann weiter zurückhalten würde, weil seine Stunde so möglicherweise niemals komme. Ohnehin wisse alle Welt, dass er beispielsweise beim KBI mitarbeite. Vgl. NARA, FO 371/103909, Brief von Kiefer an Bornemann, 6.8.1952, (in: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>545</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot). Diese Strategie ging vor allem in der FDP auf, wo seine Kontakte zu weiteren Verbindungen mit leitenden Beamten der Bundesregierung führten, die er für sehr nützlich hielt, um einen eventuellen Schlag gegen ihn und sein Netzwerk unmöglich zu machen.

<sup>546</sup> ADL, NI-811, Der Naumann-Kreis. Eine Darstellung im Zusammenhang mit der Erörterung dieser Frage innerhalb der FDP, Mai 1953.

und wenn diese alle oder auch nur zum Teil von ihnen bereit und erobert sind, dann ist die Stunde der Einheitsfront gekommen [...].<sup>547</sup>

Nichtsdestotrotz zeigten Naumanns Reden, dass er immer skeptisch blieb, ob sich die Parteien wirklich kontrollieren und in ein schlagfähiges Instrument verwandeln ließen. In seiner Rede vor dem „Hamburger Kreis“ gab er einen Ausblick auf den Wettbewerb der Parteien für den Wahlkampf 1953 und verneinte CDU und SPD als Alternativen, weil sie zu viel gemeinsam hätten. Beide seien Lizenzparteien, eingesetzt von den Siegern. Sie hätten sich selbst durch ihr Engagement bei den Nürnberger Prozessen, durch die Entnazifizierung und die Anerkennung der Kriegsschuld ins Aus geschossen.<sup>548</sup> Er selbst werde sich nie für die SPD engagieren lassen, finde es aber gar nicht schlecht, wenn dort wirklich Naumann-Sympathisanten aufgestellt werden würden. Diese könnten ja später wieder aus der SPD herausgehen.<sup>549</sup> Die FDP, die DP und der BHE seien schwer einzuschätzen, weil sie so heterogen seien. Viele ehemalige Kameraden engagierten sich in diesen Parteien, angezogen von den Gehältern betonten sie immer, dass sie die Parteien von innen erobern würden. Ob man eine liberale Partei wie die FDP in eine nationalsozialistische Streitkraft umwandeln und damit großdeutsch handeln könne, da habe er seine Zweifel, aber der Versuch müsse gemacht werden.<sup>550</sup>

Um die Zeit „sinnvoll“ bis zur endgültigen „Formierung der Einheitsfront“ zu nutzen, gab Naumann seinen Anhängern noch einige praktische Ratschläge für die anstehenden Bundestagswahlen 1953: „Der kommende Bundestag ist ein Übergangsparlament, hoffentlich das letzte. Wir können für unsere Stimmabgabe deshalb auch nur eine Übergangslösung finden. Wem es nur darum geht, die SPD von der Macht fernzuhalten, wähle die FDP oder ähnliche Parteien, auf deren Listen ohne Zweifel einige gute Patrioten kandidieren werden. Wollen wir aber mehr, z.B. dass sich eine kleine Mannschaft von uns schon als Vorkommando im Bundestag umsieht – dass für viele von uns die Wahl nicht zu einem Seelenschmerz wird, weil wir dort etwas ankreuzen müssen, was wir nicht wollen, dann sollten wir unter Zuhilfenahme einer schon vorhandenen Gruppe [DRP], möglichst nach Vornahme einer Änderung des allzu verpflichtenden Namens vom Deutschen Reich in einer 'Liste der Unabhängigen' dort unsere Freunde

---

<sup>547</sup> ADL, NI-811, Der Naumann-Kreis. Eine Darstellung im Zusammenhang mit der Erörterung dieser Frage innerhalb der FDP, Mai 1953.

<sup>548</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>549</sup> NLA, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 74-75, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann, 4.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>550</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

kandidieren lassen. Wir werden dann diese Wahl nicht zu einer Haupt- und Staatsaktion machen, wohl aber niemanden unserer Freunde im Unklaren lassen, welche Partei unseren Wünschen am meisten entspricht.“<sup>551</sup>

In diesen Reden und anderen beschlagnahmten Dokumenten zeigte Naumann detailliert seine Technik des politischen Umsturzes auf. Die Unterlagen belegen einen Langzeitplan, der sich jedoch noch in einem sehr frühen Stadium der Umsetzung befand.<sup>552</sup>

Während er sich selbst bis zum Herbst 1952 nicht hatte politisch orientieren wollen, begannen Naumanns Pläne für die Zukunft des Kreises Ende des Jahres Gestalt anzunehmen. Gegenüber von Thadden erklärte er, die FDP sei zwar mächtig hinter ihm her gewesen, aber wegen der in Bonn betriebenen Politik habe er sich nicht entschließen können.<sup>553</sup> Nun verfolgte er seine Strategie verstärkt in der DRP. Die DRP hatte von dem Verbot der SRP am 23. Oktober 1952 am meisten profitiert, einen organisatorischen Aufschwung erlebt und hatte bundesweit expandiert.<sup>554</sup> Ihre Präsenz im Bundestag kam ihr sehr zugute und ließ die Partei noch vor der Bundestagswahl 1953 zum Sammelbecken ehemaliger NS-Aktivisten werden.

Wie im Detail vorgegangen werden sollte, hatte Naumann allerdings im Dezember 1952 noch nicht entschieden.<sup>555</sup> Seine Notizen und beschlagnahmten Briefe zeigen, dass er eine weitere Konferenz Mitte Januar 1953 plante, die er gewissenhaft zu organisieren begann. Neben Hauenschild, der ein „Referat über die militärpolitische Lage“ übernehmen sollte<sup>556</sup>, war Heinrich Hunke für einen Wirtschaftsvortrag angedacht.<sup>557</sup> Auch Ausführungen über die außenpolitische Situation, die Kulturpolitik und die Innenpolitik waren vorgesehen. Alles sollte auf das Gesamtthema „Unser Standort“ ausgerichtet sein.<sup>558</sup> Auf dieser Konferenz sollte nicht nur ein Rückblick gegeben, sondern auch die wichtigsten Schritte für die Zukunft erörtert werden.

Neben dem Abhalten von Stammtischen, Konferenzen und Gesprächen im kleinen Kreis, war die Erstellung und Verbreitung von Propaganda jeder Art zur Rechtfertigung des

---

<sup>551</sup> ADL, NI-817, Naumann: Wo stehen wir? Ohne Zeit.

<sup>552</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>553</sup> NLA, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 82-83, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann am 27.5.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>554</sup> Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 23.

<sup>555</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Naumann an Meinberg, 15.12.1952, (Section II, Documents revealing the Connexions of Naumann and his Associates with various political Parties and Politicians). Siehe auch: NARA, FO 371/103907.

<sup>556</sup> NARA, FO 371/103907, Übersetzung: Brief von Naumann an Hauenschild, 6.1.1953, (Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 27.1.1953).

<sup>557</sup> Ebenda.

<sup>558</sup> Ebenda.

Dritten Reiches und des deutschen Nationalsozialismus eine Hauptaufgabe des Netzwerkes, um die zukünftige offene politische Tätigkeit vorzubereiten.<sup>559</sup> Dazu nutzte der Kreis Publikationen von anonymen Artikeln Naumanns in rechtsextremen Organen, beispielsweise in der „Nation Europa“, in „Der Weg“ des Dürer-Verlags von Eberhard Fritsch, in „Das Gewissen“ der Deutschen Union und anderen nationalen Zeitungen.<sup>560</sup> Auch vom Chefredakteur der „Geopolitik“ und Direktor des Vowinckel-Verlags in Heidelberg Kurt Vowinckel sowie Waldemar Schütz vom Plesse-Verlag in Göttingen wurden Naumanns Ideen propagiert. Kurt Vowinckel und der prominente ehemalige NS-Schriftsteller Dr. Bruno Peter Kleist arbeiteten für Naumann sogar einen Plan für ein neues politisches Periodikum aus. Am 22. Dezember 1952 schickte Vowinckel den Entwurf zu Naumann. In dieser Zeitung sollten Basisprinzipien entwickelt werden, um eine unabhängige deutsche Politik zu realisieren und die Probleme der Deutschen in klarer und verständlicher Sprache darzustellen.<sup>561</sup>

Vowinckel sprach Deutschland zwangsläufig einen geistigen Führungsanspruch zu, der von der übrigen Welt nicht beansprucht werden könne, weil sie in einem unfruchtbaren Antifaschismus befangen sei, der aus einer probolschewistischen Haltung erwachsen oder in sie münden werde. Die Präambel des Generalvertrags mit dem Ziel, ein vereintes und freies Deutschland in ein blühendes Europa einzufügen, bejahte er rückhaltlos. Jeden weiteren Satz und Absatz des Generalvertrages verneinte er aber ebenso klar. Naumann vermerkte dazu, dass die EVG allmählich auf ihre Grundlage, die nationalen Verbündeten und die Kontingente unter nationale Führung, „umgebogen“ werden solle. Als Fernziel bedeutete dies für ihn eine Interessengemeinschaft aller freien Völker unter späterer deutscher Führung.<sup>562</sup>

Den kürzesten Draht hatte Naumann während der gesamten Zeit zu Bornemanns Zeitungsdiensten. Für den KBI begann Naumann ab dem Jahre 1951 einige, im Jahre 1952 dann letztlich alle politischen Leitartikel sowie Kommentare über die laufenden Ereignisse zu verfassen. Ziel war es, „den nationalistischen Geist ihrer Leser wieder

---

<sup>559</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>560</sup> NARA, FO 371/103910, Brief von Dahms an Bornemann, 20.4.1951, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, März 1953).

<sup>561</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>562</sup> Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103916, Brief von Vowinckel an Naumann, 22.12.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, No. 3, Proof, August 1953).

aufleben zu lassen.“<sup>563</sup> Es wurde keine Möglichkeit ausgelassen, die Besatzungsmächte und ihre „Bonner Lakaien“ zu attackieren. Kontinuierlich wurde Bornemanns KBI inhaltlich ausgebaut und in der Form verbessert. Man erwog auch eine Verschmelzung mit Rudolf Aschenauers rechtsextremistischer Publikation „Die andere Seite“. Dazu zog Aschenauers enger Freund und Assistent, der ehemalige SS-Obersturmbannführer Dr. Heinrich Malz in die Umgebung von Düsseldorf, um unter Naumanns Führung mit Bornemann zusammenzuarbeiten. Malz hatte eine Vereinigung von ehemaligen SD- und SS-Beamten gegründet. In engem Kontakt mit Malz, Naumann und Bornemann arbeitete der Archivar und frühere Bibliothekar der Reichsjugendführung Karl Heinz Peter von Horb am Neckar aus der französischen Zone heraus. Er sollte die drei mit politischen Hintergrundinformationen aus seinen „Archiven“ beliefern, mit deren Neuaufbau er privat begonnen hatte.<sup>564</sup> Die Grundlinie einer neuen Publikation beschrieb Peter als „objektive Vermittlung und Darstellung der westlichen und östlichen Politik. Scharf, aber objektiv gegen Osten und ebenso objektiv in der Beurteilung der alliierten Politik.“<sup>565</sup> Nach Westen solle immer „ein Türspalt offen“ gelassen, also nicht ausgesprochen neutralistisch tendiert werden. Die Judenfrage solle zwar nur am Rande berührt werden, doch müsse es das Endziel sein, alle jüdischen Bürger zu Staatsbürgern des Staates Israel zu erklären.<sup>566</sup> Wie Naumann zu Peters Archiven wirklich stand, war nicht ganz klar. Die Unterstützung bei seiner Existenzgründung als „Archivar“, um die Peter den ehemaligen Staatssekretär immer wieder bat, erhielt der Bibliothekar nicht von ihm.<sup>567</sup> Nichtsdestotrotz war Naumann sich durchaus im Klaren, dass seine Ansichten wissenschaftlich untermauert werden mussten, um überzeugend zu sein. Dazu setzte er sich mit dem ehemaligen NSDAP-Gauleiter und Rektor der Universität von Königsberg Professor Hans Bernhard von Grünberg, der auch Autor der „Hauptgrundsätze der Siedlungspolitik“ war, in Verbindung. Naumann recherchierte nachweislich historische Arbeiten Grünbergs über die NS-Periode und äußerte sich wie folgt: „Ihr mir bisher

---

<sup>563</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>564</sup> Ebenda. In diesem Archiv befasste sich Peter nicht nur mit dem „Judenproblem“, sondern er erklärte, er habe hier „den ganzen Niederschlag der Weltpolitik aufgefangen.“ Zusätzlich sollte es ein „Handlexikon für Politik und Geschichte“ geben.

<sup>565</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Peter an Naumann vom 8.1.1953, (in: Impounded Documents at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, Februar 1953).

<sup>566</sup> Ebenda.

<sup>567</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103902, Brief von Peter an Naumann, 8.1.1953, (in: Impounded Documents at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, Februar 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103902, Brief von Peter an Naumann, 9.11.1952, (in: Impounded Documents at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, Februar 1953).

unbekannter Stil vermag auch die schwierigsten Dinge sehr anschaulich darzulegen. Ihren Gedanken kann ich überall hin folgen und nur in bedeutenden Nebensätzen würde ich hier und da eine Milderung in der Ausdrucksform vorschlagen.“<sup>568</sup> Generell sammelte Naumann soviel Material über die NS-Zeit, dass die Briten später mutmaßten, er beabsichtige in einem passenden Moment ein Buch zu veröffentlichen, welches das Dritte Reich rechtfertigen solle, wahrscheinlich als Einführung für seine eigene Autobiografie und seine derzeitigen politischen Theorien und Ziele. Dieses Werk sollte vermutlich sein „Mein Kampf“, die Bibel einer neuen Massenbewegung werden.<sup>569</sup>

Bornemann und Naumann bauten auch viele Brücken in die deutsche Tagespresse, um entsprechenden Einfluss auszuüben. Behilflich war hier Dr. Hermann Schaefer, ein enger Freund Bornemanns, der 1952 Chefredakteur der „Aachener Nachrichten“ war. Ebenfalls nützlich war auch der Verlagsleiter der „Westdeutschen Presse“ Brüning, ein ehemaliger Chefredakteur einer NSDAP-Zeitung im Saarland.<sup>570</sup> Brüning, der die „Westdeutsche Rundschau“ herausgab, hatte versucht, die liberale Haltung des Mediums zunächst in vorsichtiger, aber in nicht zu verkennender Absicht in Richtung der ehemaligen NSDAP zu beeinflussen. Dies gelang jedoch nicht, weil die Schriftleiter diesem Druck entgegentraten.<sup>571</sup>

Der Ausweitung des Kreises und Propagierung pronazistischer Ideen diene auch der private Verkauf von Literatur, mit der die Mitglieder des Netzwerkes potenziell sympathisierten. Einige Autoren, beispielsweise den ehemaligen Leiter der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers, der 1951 gerade aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden war, unterstützte Naumann auch organisatorisch auf dem Weg zur Veröffentlichung.<sup>572</sup> Ein Paradebeispiel für die professionell gesteuerte Verbreitung rechtsextremistischer Literatur war das Buch „Auch du warst dabei“ von Bruno Peter Kleist, Ribbentrops ehemaligem Untergebenen in Moskau. Es war eine lange Entschuldigung für das Dritte Reich, um zu zeigen, dass die deutschen Gegenspieler auf lange Sicht Schuld an beiden

---

<sup>568</sup> NARA, FO 371/103907, Brief von Naumann an von Grünberg, 15.12.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 27.1.1953).

<sup>569</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>570</sup> ADL, N1-838, Brief von Staebe an Brüning, 28.11.52.

<sup>571</sup> Siehe dazu: ADL, N1-838, Brief von Staebe an Brüning, 28.11.52. Vgl. auch: ADL, N1-829, Abschrift Bericht von Barfuss für Wirths, ohne Zeit.

<sup>572</sup> Am 25. November 1952 schrieb Lammers an Naumann, dass dieser ihn besuchen kommen sollte, um mit ihm über die Veröffentlichung seiner Memoiren zu sprechen. Vgl. NARA, FO 371/103907, Brief von Lammers an Naumann, 25.11.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 27.1.1953). Sowie: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret), Appendix X.

Weltkriegen waren.<sup>573</sup> Für Kleist rührte Bornemann kräftig die Werbetrommel, wie seine Korrespondenz mit dem Vowinckel-Verlag aus dem September und Oktober 1952 zeigte.<sup>574</sup> Neben den feindlichen Kommentaren und der Kritik sollte Vowinckel nach Fürsprechern suchen, die es „auch geben müsse“ und eine Liste schicken, welche Presseorgane bereits Kopien erhalten hatten.<sup>575</sup>

Im Rahmen von Bornemanns „Gesellschaft für Geschichte und Kultur“ ging Kleist mit seinem Buch „Auch du warst dabei“ auf Lesungstour. Naumanns rechte Hand unternahm zugleich große Anstrengungen, um einflussreiche Kreise für die Lesung zu interessieren. Er versuchte, die Aufmerksamkeit von führenden BHE- und FDP-Funktionären durch den ehemaligen SA-Obersturmbannführer und Beamten in der Reichsjugendführung Werner Trumpf, der nun neues Mitglied im BHE war, sowie von Franz Graf, dem Vorsitzenden der FDP in Düsseldorf, zu erregen. In einem Brief vom 30. September 1952 fragte Trumpf, ob es nicht möglich sei, das Funktionsärs-corps des BHE zu besuchen, damit die Leute dort „lernen“ könnten.<sup>576</sup> Die Tour nutzte Kleist, um sein Buch zu verkaufen. Dabei wurde er unterstützt von Zimmermann, der in kürzester Zeit 40 Exemplare von „Auch du warst dabei“ in den Kreisen der Stahlindustrie vertrieb.<sup>577</sup>

Aufgrund der Zersplitterung des rechten Lagers hatten die zahlreichen rechtsgerichteten Verlage jedoch immer wieder mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, für deren Behebung sich die Mitglieder des Naumann-Kreises auch einsetzten. Für den Plesse-Verlag machte sich Heinz Siepen auf die Suche nach Investoren und besuchte den DRP-Vorsitzenden Adolf von Thadden am 9. April 1952. Er fragte ihn, ob er sich nicht am Plesse-Verlag beteiligen wolle. Siepen erklärte, dass es dem Inhaber Schütz an Barkapital fehle, weil er im vergangenen Jahr die Teilhaber Eck und Schlüter ausgezahlt habe. 10.000 DM würden genügen, um dem Verlag seine volle Aktionsfähigkeit zurückzugeben.<sup>578</sup> Siepen berichtete von Thadden, auch Hans Grimm sei mit der Bitte an ihn herangetreten, sich am Kloster-Verlag zu beteiligen, den dieser in Liepholzberg gegründet hatte. Siepen hatte Grimm geraten, mit seinen Büchern beim Plesse-Verlag zu bleiben,

---

<sup>573</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret), Appendix X.

<sup>574</sup> Vgl. NARA, FO 371/103909, Briefe von Bornemann an Vowinckel, 19.9.1952, 13.10.1952; Briefe von Vowinckel an Bornemann, 3.9.1952, 4.9.1952, 17.9.1952, 3.10.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103916.

<sup>575</sup> Vgl. NARA, FO 371/103909, Brief von Bornemann an Vowinckel, 13.10.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103916.

<sup>576</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>577</sup> Ebenda.

<sup>578</sup> NLA, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 84-85, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Heinz Siepen am 9.4.1952, Verfasser v. Thadden.

dieser ließ sich jedoch nicht von seiner Idee abbringen. Siepen selbst hatte eine Beteiligung am Plesse-Verlag abgelehnt, weil er sich am Nation-Europa-Verlag mit einigen anderen beteiligen wollte und dafür viel Geld benötigte.<sup>579</sup>

Die „Nation Europa“ war das wichtigste Presseprojekt Naumanns, das er zusammen mit seinem engsten Freund aus dem Ausland, Oswald Mosley, vorantrieb und welches den Mitgliedern des Netzwerkes seine außenpolitische Konzeption vermitteln sollte.

## **5. Außenpolitische Konzeption, Auslandskontakte und „Nation Europa“**

Nach dem Krieg gab es in ganz Europa geheime ultrarechte Organisationen, die verschiedene Ziele verfolgten. Die internationalen Untergrundverbindungen wurden länderübergreifend genutzt, um eine ultranationale Elite zu bewahren, die in einem lose verbundenen Kader formiert war.<sup>580</sup> Parallel zum Ausbau seines Netzwerkes in Deutschland begann Naumann, zu dieser europäischen Stammenschaft des Neofaschismus Verbindung aufzunehmen.

Eine der ersten Begegnungen Naumanns mit faschistischen Kreisen aus dem Ausland nach dem Krieg war der Besuch von der Witwe des extremen rechten französischen Ministerpräsidenten im ehemaligen Vichy Regime Pierre Laval und dessen Tochter 1950.<sup>581</sup> Was genau bei diesem Treffen beredet wurde oder welche weiteren Kontakte Witwe Laval für Naumann in der Folge herstellte, war leider nicht zu ermitteln. Fest steht, dass Naumann im Bolschewismus zu dem Zeitpunkt noch die größte Gefahr sah, dessen Ziel die „Weltrevolution“ sei.<sup>582</sup> Eine Neutralisierung Deutschlands lehnte er strikt als „undurchführbar“ ab.<sup>583</sup> Dies begründete er wie folgt: „Wir sind keine Pazifisten und wollen selbst aus Gründen der politischen Taktik nicht zu Verneinern elementarer Lebensgesetze werden. [...] 60 Millionen Menschen, wertvolle Rohstoffe und vorzügliche Verkehrsanlagen stellen ein so wichtiges Rüstungspotential für Ost und West dar,

---

<sup>579</sup> NLA, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 84-85, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Heinz Siepen am 9.4.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>580</sup> Tauber, *Beyond Eagle*, S. 207.

<sup>581</sup> NARA, FO 371/103901, Mitteilung von Randell an die Hohe Kommission, 13.2.1953, (in: Subject: Naumann and French Contacts).

<sup>582</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz Naumann, 21.4.1951, (in: Subject: Documents at the Residence of Werner Naumann 14. Jan. 53, 20.1.1953).

<sup>583</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz Naumann: Meine Antwort auf Dr. Bornemanns Frage, 31.3.1951, (in: Subject: Documents at the Residence of Werner Naumann 14. Jan. 53, 20.1.1953).

dass wir nicht wüssten, wie ohne Waffen solche Neutralität erhalten werden kann.“<sup>584</sup> Die Lösung lag für Naumann auf der Hand: „Die Teilung der Welt in Sieger und Besiegte“ sollte aufgehoben werden und nur noch „Bekenner der abendländischen Ideale oder deren Verneiner“ gesehen werden.<sup>585</sup>

Naumanns zweifellos wichtigster Kontakt im Ausland war der britische Faschist Sir Oswald Mosley. Er war mit den Rechtsextremisten der einzelnen Länder so gut vernetzt wie kein Zweiter. Ihm war es zuzuschreiben, dass Naumann seine außenpolitische Konzeption in der zweiten Hälfte des Jahres 1950 komplett änderte.

Zu Beginn der 50er-Jahre wollte Mosley eine europäische neofaschistische Internationale aufbauen.<sup>586</sup> Bereits 1948 hatte Mosley die rechtsextremistische Bewegung „Union Movement“ (UM) gegründet.<sup>587</sup> Er proklamierte, dass Europa gegen die asiatische Bedrohung geeint werden müsse.<sup>588</sup> Europa sollte sodann Afrika weiter erobern und ökonomisch dominieren.<sup>589</sup> Der Brite war überzeugt, dass Europa zusammen mit Afrika und Lateinamerika den Schlüssel für die Zukunft halten würde. Auch Amerika, welches eine europäische Union immer mehr unterstützt als behindert habe, habe mehr von einem starken Partner als von einem schwachen Satelliten.<sup>590</sup> Europa müsse die Welt im Gleichgewicht halten und die große Erfahrung auf dem Feld der auswärtigen Beziehungen befähige es dazu.<sup>591</sup>

Um Deutschland akzeptabel für einen Eintritt in sein großes Konzept von „Europe-a-Nation“ zu machen, bediente sich Mosley des politischen Behelfs, das Bild des Dritten Reiches in der Öffentlichkeit zu „reinigen“ und zu rehabilitieren.<sup>592</sup> Er benutzte das Argument, dass die unmenschlichen Bedingungen in den Konzentrationslagern hauptsächlich durch die Bomben der Alliierten verursacht worden und „epidemische Konsequenzen“

---

<sup>584</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz Naumann: Meine Antwort auf Dr. Bornemanns Frage, 31.3.1951, (in: Subject: Documents at the Residence of Werner Naumann 14. Jan. 53, 20.1.1953).

<sup>585</sup> NARA, FO 371/103901, Aufsatz Naumann: Die Abdankung der Staatsautorität, 10.3.1951, (in: Subject: Documents at the Residence of Werner Naumann 14. Jan. 1953, 20.1.1953).

<sup>586</sup> Bereits im Oktober 1948 hatte er Wahlen vorgeschlagen, die auf einem allgemeinen gültigen Stimmrecht für eine europäische Versammlung basieren sollten. Er war zu der Überzeugung gelangt, dass der Faschismus als Staatsform zu nationalistisch sei und dass die Ablehnung von Europa anhalte, bis ein neuer europäischer Patriotismus geboren sei. Siehe: Harris, Geoffrey, *The dark Side of Europe. The extreme Right today*, Wiltshire 1990, S. 29.

<sup>587</sup> Bardèche war der Meinung, Frankreich sei so verwundbar, dass die europäische Führung bei Deutschland bleiben solle. Er wollte die Gründung der bewaffneten, aber neutralen Vereinigten Staaten von Europa. Siehe: Dorril, Blackshirt, S. 600f.

<sup>588</sup> Vgl. Skidelsky, Robert, *Oswald Mosley*, S. 487. Siehe auch: Thurlow, Richard, *Facism in Britain. A History, 1918-1985*, New York 1987, S. 256f.

<sup>589</sup> Jones, Nigel, *Mosley*, London 2004, S. 146. Siehe auch: Thurlow, *Facism in Britain*, S. 256f. Sowie: Eatwell, Roger, *Facism. A History*, London 1995, S. 262.

<sup>590</sup> Mosley, Sir Oswald, *My Life*, London 1968, S. 466.

<sup>591</sup> Ebenda, S. 467.

<sup>592</sup> Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 116.

gewesen seien. In seinen Augen bestand Hitlers einzige Schuld darin, zu weit bei der Beseitigung von Missständen gegangen zu sein. Für das „jüdische Problem“ bot Mosley das verkleinerte, entwurzelte und nicht handelsfähige Heimatland in Palästina und Abessinien, welches am Ende ein judenfreies Europa fördern würde.<sup>593</sup> Mosleys Ideen zogen große Aufmerksamkeit aus dem Ausland auf sich.<sup>594</sup> Er sprach mit den Führern der neofaschistischen italienischen Partei Movimento Sociale Italiano (MSI) Giorgio Almirante, Alvisio Loredan und dem Marinehelden Prinz Junio Valerio Borghese sowie mit dem Franzosen Maurice Bardèche<sup>595</sup> vom rechtsgerichteten Comité Français National.<sup>596</sup> Die MSI hielt als Ausdruck ihrer Anerkennung einer neofaschistischen Nachkriegsordnung im März 1950 eine Konferenz in Rom ab. Teilnehmer waren: Mosley, die Mussolini Tochter Anna Maria, Delegierte von der ultrarechten spanischen Falange, der Schweizer Neo-Nazi Gaston Armand („Guy“) Amaudruz (ein Linguistik-Professor und Adjutant des Gründers der Schweizerischen Faschistischen Bewegung Oberst Arthur Fonjallez), Bruderschaftsmitglieder, ehemalige französische Kollaborateure wie Georges Albertini, Bardèche oder Guy Lemonier und Rechtsextremisten aus Schweden.<sup>597</sup> Resultat der Zusammenkunft war ein zweites Treffen der MSI am 22. Oktober 1950 in Rom, ausgerichtet durch den MSI-Studentenverband FUAN – praktisch als „Organisator der Sozialbewegung“ – unter der Bezeichnung „Kongress der nationalen Jugend Europas“. Hier nahmen allerdings kaum junge, sondern vor allem Altfaschisten teil.<sup>598</sup> Neu hinzu kam Karl Heinz Priester, der Führer des radikalen Flügels der Nationaldemokratischen Partei (NDP). Auf diesem Treffen wurde ein europäisches Komitee geformt und der Schwede Per Engdahl als Präsident sowie Bardèche und der Italiener Fabio Lonciari als Vizepräsidenten gewählt. Sie kamen überein, eine weitere Konferenz in Südschweden im

---

<sup>593</sup> Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 119.

<sup>594</sup> In dieser Hinsicht besaß Mosley doppelte Bedeutung: als eine körperliche Verbindung zu den Traditionen des Zwischenkriegsfaschismus und als einer der „größten Nachkriegsevangelisten“ für das Ideal einer „Nation Europa“. Vgl. Ebenda, S. 78.

<sup>595</sup> Maurice Bardèche war ein ehemaliger Professor der Französischen Universität in Lille während der NS-Besatzung. Er war Schwager von Robert Brasillach, einem führenden Mitglied der Jeune Droite und Herausgeber des antisemitischen Journals „Je suis Partout“. Tief getroffen durch die Exekution seines Schwagers und seinem Ausschluss aus dem akademischen Leben, widmete sich Bardèche dem Erstellen einer Serie von Polemiken, die die Nürnberger Prozesse bekämpften. Am bekanntesten war das Werk „Nuremberg ou la Terre Promise“, das 1948 veröffentlicht wurde. Mosley erhielt es in Kopie, bevor Bardèche inhaftiert wurde. Mosley war seit 1949 in engem Kontakt mit dem Kreis um Bardèche durch seine Korrespondenz mit Jean Mahyere. Mosley und Bardèche stimmten in ihrer Afrikakonzeption überein. Siehe: Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 109. Sowie: Griffin, Roger, *Europe for Europeans: Fascist Myths of the European New Order 1922-1992*, in: Matthew Feldmann (Hg.), *A Fascist Century. Essays by Roger Griffin*, New York 2008, S. 159. Siehe auch: Eatwell, *Facism*, S. 241f.

<sup>596</sup> Dorril, *Blackshirt*, S. 586.

<sup>597</sup> Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 102. Sowie: Dorril, *Blackshirt*, S. 586.

<sup>598</sup> Feldbauer, Gerhard, *Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien*, Berlin 1996, S. 89.

folgenden Frühjahr zu organisieren, als Sprungbrett für eine offene profaschistische Internationale. Ein nicht identifizierter britischer Teilnehmer informierte den abwesenden Mosley<sup>599</sup>, der vorsichtiger als andere Repräsentanten agierte. Der US-Geheimdienst notierte, dass er nicht an öffentlichen Treffen des internationalen Faschismus teilnahm, aber mit den bedeutendsten Persönlichkeiten in Kontakt stand.<sup>600</sup>

Ein weiteres Resultat der Konferenz war die Gründung der Europäischen Sozialen Bewegung (ESB), die den ersten Nachkriegsversuch darstellte, der Faschismus-Idee auf europäischer Ebene eine neue Legitimation zu verleihen. Nationale Sektionen der ESB entstanden unter anderem in Österreich (Österreichische Soziale Bewegung), in den Niederlanden (Nederlandse Soziale Beweging), in Dänemark (Dansk Reform Bewegelse), Schweden (Nysvenska Rörelse), Frankreich (Comité National Français) und Belgien (Mouvement Social pour les Provinces romanes en Belgique und die Nationale Europäische Soziale Bewegung).<sup>601</sup>

Die Mitgliederzahl der ESB angeschlossenen Gruppen betrug mehrere Millionen. Die ESB beschloss nicht als offene Organisation, sondern – laut Engdahl – „konspirativ zu arbeiten, verbunden durch geheime Stützpunkte und Verbindungsstellen.“<sup>602</sup>

Nichtsdestotrotz war das gesamte Projekt des internationalen Nationalismus bereits zu diesem Zeitpunkt durch wachsende Feindseligkeit der einzelnen Repräsentanten zueinander gekennzeichnet. Während Mosley ärgerlich war, dass einige Vertreter der MSI unfähig seien, den Hauptgedanken zu repräsentieren, wurde ihm von dem norwegischen Repräsentanten des ESB Frank Knudson die Nachricht übermittelt, dass die MSI wiederum ihm selber misstraute.<sup>603</sup>

Dennoch kamen am 14. Mai 1951 einige Hundert Repräsentanten der europäischen faschistischen und neonazistischen Gruppen auf Einladung von Per Engdahl nach Malmö in Schweden, um eine neue internationale paneuropäische Dachorganisation zu grün-

---

<sup>599</sup> Auf dem Treffen war die Entscheidung gefallen, dass Mosley mit dem südamerikanischen Netzwerk von Rudel Kontakt aufnehmen sollte. Fünf Tage nach der Konferenz reiste Mosley am 1. November 1950 unter dem Pseudonym „Harry Morley“ nach Buenos Aires. Ob Rudel und Mosley sich in Argentinien trafen, wurde nicht aufgezeichnet, jedoch blieben beide lebenslang Freunde. Siehe: Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 104.

<sup>600</sup> Dorril, *Blackshirt*, S. 590.

<sup>601</sup> Vgl. Mecklenburg, Jens (Hg.): *Handbuch Deutscher Rechtsextremismus*, Berlin 1996, S.165f. Im Jahr 1953, in einem Versuch den Ärger über Endahls uneingeschränkte Macht über die Organisation zu dämpfen, wurde jeder nationalen Abordnung erlaubt zu wählen. Die Uneinigkeit wuchs. Mit der Absage der europäischen Wahlen wurde vieles negiert, wofür die ESB gearbeitet hatte. Vgl. Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 108.

<sup>602</sup> Antifaschistisches Autorenkollektiv (Hg.), *Drahtzieher im braunen Netz – Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs*, Hamburg 1996, S. 216.

<sup>603</sup> Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 108.

den.<sup>604</sup> Zwanzig westdeutsche Nationalsozialisten waren eingeladen, aber die schwedischen Behörden verweigerten ihnen die Einreiseerlaubnis. Darunter waren der SRP-Vorsitzende Dr. Fritz Dorls und Karl Heinz Priester. Auch die Hauptinitiatoren Mosley und „Mussolini-Retter“ Otto Skorzeny bekamen kein Visum. Franz Richter, der für die Sozialistische Reichspartei (SRP) in den Bundestag gewählt worden war, nahm teil und überquerte die Grenze mit falschen Papieren als Fritz Rößler.<sup>605</sup> Die unmittelbaren Ziele der Malmöer Konferenz waren die Rehabilitierung des Faschismus und die Verabschiedung eines gemeinsamen Programms sowie die Findung eines Konsens für die Arbeit. Die Repräsentanten verweigerten die Einbeziehung von Mussolini und Hitler als ihre geistigen Vorväter. Faschismus und Nazis im Allgemeinen würden zur Vergangenheit gehören, meinte Bardèche. Die neue Bewegung weigerte sich, politische Formen wieder zu beleben oder zu imitieren<sup>606</sup> und stimmte darin mit Naumanns Plänen überein.

In Malmö wurde die Mouvement Social Européen/ Europäische Soziale Bewegung (MSE/ESB) gegründet. Engdahl wurde als Vorsitzender eines Vier-Mann-Rates gewählt, welchem Bardèche, Priester und der gemäßigte MSI-Führer<sup>607</sup> Augusto de Marsanich, der unter Mussolini der Minister für Auswärtige Angelegenheiten gewesen war, angehörten.<sup>608</sup> Sie stellten Kandidatenlisten für geplante Wahlen für das „Europäische Parlament“ auf, die jedoch später abgesagt wurden.<sup>609</sup> Die MSE proklamierte die Wiedergeburt des Faschismus und rief zum Kampf gegen den Kommunismus sowie zum Sturz der parlamentarischen Ordnungen auf.<sup>610</sup> Die MSE hatte Kontakte zu vierzig extremistischen Organisationen in Europa, zu proarabischen Freundschafts-Ligen und die Vereinigung Argentinien-Europa, einer koordinierenden Organisation für zwanzig neonazistische Gruppen unter der Führung von Kameradenwerkschef Hans Ulrich Rudel.<sup>611</sup> Der Erfolg war jedoch eher symbolisch, ihre finanzielle Grundlage zu wackelig.<sup>612</sup> Trotz der pan-

---

<sup>604</sup> Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 107. Anders bei Opitz: Er schildert, dass der Kongress auf Priesters Initiative bereits am 12. Mai 1951 einberufen wurde. Es nahmen ca. 60 Delegierte aus nahezu allen westeuropäischen Ländern teil. Siehe: Opitz, *Faschismus und Neofaschismus*, S. 200. Sowie: Griffin, *Europe for Europeans*, S. 161.

<sup>605</sup> Dorril, *Blackshirt*, S. 594.

<sup>606</sup> Ebenda.

<sup>607</sup> Der gemäßigte Flügel der MSI glaubte, der einzige Weg nach vorn sei es, die MSI in eine klare rechte Flügelpartei zu transformieren. Siehe: Eatwell, *Facism*, S. 199.

<sup>608</sup> Feldbauer, *Von Mussolini bis Fini*, S. 216.

<sup>609</sup> Dorril, *Blackshirt*, S. 595. Siehe auch: Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 107.

<sup>610</sup> Feldbauer, *Von Mussolini bis Fini*, S. 89.

<sup>611</sup> Dorril, *Blackshirt*, S. 595.

<sup>612</sup> Nach Dorril kam Naumann Ende 1951 um die MSE zu retten, indem er finanzielle Hilfe mobilisierte. Hierfür konnten in den untersuchten Quellen jedoch keine Hinweise gefunden werden. Vgl. Ebenda, S. 596.

europäischen Basis hatte die MSE niemals mehr als ein paar Tausend Aktivisten und nicht genug Kapital, um eine internationale Aktion zu initialisieren.

Zwischen dem 2. und 6. Juni 1951 gab es in Basel das erste Nachkriegstreffen zwischen Mosley und Naumann, die sich bereits seit 1939 kannten.<sup>613</sup> Der ehemalige Staatssekretär und Lea Lucht hatten im Mai 1951 Pässe von den deutschen Behörden bekommen. Ebenfalls zugegen waren dabei Rudel und Franke-Gricksch, der wiederum bereits mit Mosley und neofaschistischen Kreisen in anderen westeuropäischen Ländern zusammenarbeitete, in der Hoffnung seine „Europäische Bruderschaft“ zu schaffen.<sup>614</sup> Auch Rudel und Mosley waren bereits miteinander bekannt. Denn Mosley hatten seine Nachkriegsanstrengungen über den „familiären“ neofaschistischen Pfad nach Spanien, Argentinien, Italien und Südafrika geführt.<sup>615</sup> Dabei hatte er neben Rudel Argentiniens Präsidenten Juan Péron, Francos ehemaligen Außenminister Filippo Anfuso sowie Mussolinis letzten Minister für Kultur und Italiens MSI-Führer Giorgio Almirante kennengelernt. Desgleichen hatte er Otto Skorzeny und den Partisanenkriegsexperten Arthur Erhardt getroffen.<sup>616</sup>

Bei der Zusammenkunft im Juni 1951 hielten die Teilnehmer Vorträge. Naumann referierte über das Thema: „Situationsbericht über Deutschland, der hintergründige Effekt des nationalsozialistischen Systems, kein Appell an die Massen, Vorbereitung der Führungsschicht“<sup>617</sup> und zeigte damit die Strategie auf, der sich auch der Mosley-Kreis verschrieben hatte. „Tower“ – der Tarnname Mosleys – gab einen politischen Weltüberblick, über den Naumann Folgendes festhielt: Deutschland müsse auf exakt demselben Wege wie Preußen zu Bismarcks Zeiten die Einigung Europas gegen die Weltmächte bewerkstelligen. Nur Deutschland könne der Ausgangspunkt für eine solche Entwicklung sein.

---

<sup>613</sup> Dies hatte Naumann bei den Verhören ausgesagt. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Naumann erklärte, er habe Mosley schon vor dem Krieg als guten persönlichen Freund kennengelernt. Siehe auch: Dorril, Blackshirt, S. 589.

<sup>614</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Vgl. auch: Thurlow, Facism in Britain, S. 238. Das FBI notierte, dass Mosleys Union Movement schon 1948 mit Franke-Gricksch, der sein deutscher Berater war, in Kontakt stand.

<sup>615</sup> In den meisten Fällen führte die Flucht der ehemaligen Nationalsozialisten über Italien oder Spanien nach Südamerika. Eine zweite Variante stellte die Route über Dänemark dar. Die Form der Auswanderung wurde durch Helfer unterstützt und – insbesondere in Italien – von kirchlichen Kreisen, wie auch vom Roten Kreuz protegiert. Allerdings war die Flucht auch vielfach improvisiert. Siehe dazu in der neueren Literatur: Schneppen, Heinz, Odessa und das Vierte Reich. Mythen der Zeitgeschichte, Berlin 2007. Sowie: Goñi, Uki, Odessa. Die wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Verbrecher, Berlin 2007. Und: Steinacher, Gerald, Nazis und Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen, Innsbruck 2008.

<sup>616</sup> Skidelsky, Robert, Oswald Mosley, S. 492.

<sup>617</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Dabei wurde Beistand von Frankreich erwartet, vor de Gaulle wurde allerdings gewarnt, da er kein politisches Verständnis besitze. Großbritannien sollte ausgeschlossen werden, bis die obere Klasse verschwunden sei und die Labour Party ihre positive Arbeit machen könne. Südafrika und Argentinien sollten die Europäische Bewegung unterstützen. Afrika halte eher an Europa als an Großbritannien fest. In Amerika gebe es viele verschiedene Faktoren und Mosley stufte es als nicht vorhersehbar ein, wer sich durchsetze. Von Russland glaubte Mosley nicht, dass es einen Krieg anzettete. Dennoch sollte Europa neutral bleiben und im Osten den Friedenswillen stärken.<sup>618</sup>

Die „dritte Kraft Europa der Gemäßigten“ verfehlte es jedoch, den Hoffnungen der jüngeren Generation zu genügen. Diese forderte Aktion und suchte sie in radikalen Ideen. Der Franzose René Binet und deutsche und italienische Militaristen gründeten in Zürich als Konkurrenz zum MSE die „Nouvel Ordre Européen“ (NOE), ein Europäisches Verbindungsbüro, das durch einen virulenten Antisemitismus gekennzeichnet war. Sie weihten das NOE am 28. September 1951<sup>619</sup> unter der Präsidentschaft des schweizerischen Neo-Nazis Guy Amaudruz ein. Es wurden Kontakte zu den Falangisten, dem rechten Flügel der MSI und der American National Renaissance Party geknüpft. Die NOE unterstützte die „dritte Kraft Europa“, die mit dem ausdrücklichen Bekenntnis zum Radikalismus um die Achse Berlin-Rom gebaut werden sollte.<sup>620</sup> Mosley und sein Chefideologe der UM Alexander Raven Thomson blieben mit der NOE durch Louis Girard, einem Schweizer Faschisten in Berührung. Binet hatte Mosley auch zur Gründungskonferenz eingeladen. Diesem war jedoch durch die Schweizer Regierung ein permanentes Einreiseverbot auferlegt worden.

Mosley war rasch desillusioniert, sowohl durch den offenen Nationalismus, der von den internationalen Organisationen, insbesondere von der MSI ausgespielt wurde, als auch durch die Ellenbogen-Mentalität der ESB, welche ihre Möglichkeiten ein neues Europa zu formen völlig überschätzte.<sup>621</sup> Er betrachtete die Taktik Naumanns als sehr viel erfolgversprechender als die offenen politischen Aktivitäten.<sup>622</sup>

---

<sup>618</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>619</sup> Macklin datiert die Gründung auf den 30. September 1951. Vgl. Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 110.

<sup>620</sup> Dorril, *Blackshirt*, S. 596.

<sup>621</sup> Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 110.

<sup>622</sup> Ebenda, S. 112.

Naumann setzte seine Kontaktaufnahmen fort. Vom 19. bis zum 26. Juni 1951 besuchte er Österreich gemeinsam mit Lea Lucht. Hier trafen sie das ehemalige NSDAP-Mitglied Prinz Karl Anton Rohan<sup>623</sup>, einen österreichischen Kontakt des Lemonier-Kreises.<sup>624</sup>

Im Dezember 1951 fuhr Naumann nach Luxemburg. Bei den Verhören verweigerte er jegliche Informationen über diese Reise. Nachweisbar war aber, dass er sich erneut mit Mosley und auch mit dem ehemaligen SS-Standartenführer und Führer der belgischen Rexisten Léon Degrelle getroffen hatte.<sup>625</sup>

In Naumanns Adress-Buch wurde auch die Anschrift „HAMEL“ unter „Tower“ verzeichnet gefunden. In den späteren Verhören erklärte Naumann dies damit, dass Claude Hamel ein Pseudonym für einen französischen Politiker sei, mit dem er in Kontakt stehe. Wahrscheinlicher war jedoch, dass Mosley Naumann auftrag ihm an die HAMEL-Adresse zu schreiben. Mosley und Naumann hatten eine regelrechte Tarnsprache entwickelt. Die Korrespondenz war durchsetzt von kryptischen und verschlüsselten Begriffen. So sollte Naumann jeden seiner Briefe mit „Dear Jean“ beginnen und mit „Nikolaus“ unterschreiben. Häufige Korrespondenzen gab es ebenfalls zwischen Naumann und Lemonier, der nicht nur eng mit Naumann, sondern auch mit Mosley zusammen arbeitete.<sup>626</sup>

Im Jahre 1952 fanden sieben Kurzbesuche in Belgien und mindestens vier verschiedene Treffen zwischen Naumann und einem Zirkel ehemaliger Kollaborateure in Paris statt, dem Mosley vorstand. Der Brite hatte zu diesem Zeitpunkt eine Residenz in Orsay, einem exklusiven Vorort von Paris sowie eine kleine Wohnung im Stadtzentrum der französischen Hauptstadt erworben.<sup>627</sup> Die führenden Mitglieder des Pariser-Kreises waren Guy Lemonier und Georges Albertini, der ehemalige Direktor aus dem Kabinett des Kollaborateurs Marcel Déat.<sup>628</sup> Was im Einzelnen bei den Treffen in Brüssel diskutiert wurde, ist unbekannt.<sup>629</sup> Jedoch drehten sich solche Gespräche zumeist darum, die finanzielle Hilfe von Bardèche für die Naumann-Gruppe zu sichern.<sup>630</sup>

---

<sup>623</sup> Klee, Kulturlexikon, S. 448.

<sup>624</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>625</sup> In Naumanns Brieftasche wurde eine Karte mit Mosleys Adresse in Frankreich gefunden, auf der es eine Notiz gab: 9.12. 11am, Luxemburg, Hotel ALFN.

<sup>626</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>627</sup> Jones, Mosley, S. 150.

<sup>628</sup> Die Identität der Personen wurde von Naumann bei den Verhören bestätigt.

<sup>629</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>630</sup> Macklin, Very deeply dyed in black, S. 113.

Am bedeutendsten war vermutlich das Treffen vom 24. bis zum 29. Oktober 1952 in Paris. Zugegen waren Lea Lucht, Lemonier, „Jean“<sup>631</sup> (Alias von Mosley) und Albertini. Naumann wurde von dem ehemaligen SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei Wilhelm von Grolmann begleitet.<sup>632</sup> Organisator der Zusammenkunft war Lemonier. Schon frühzeitig wollte er von Lea Lucht das exakte Datum für Naumanns Frankreichaufenthalt haben, sodass auch Treffen zwischen Naumann und „politischen Persönlichkeiten, an deren Bekanntschaft er interessiert war“, arrangiert werden konnten.<sup>633</sup> Einige Gespräche fädelt auch Albertini für Naumann ein. Doch den Hauptanteil der Einführungsarbeit bei den Pariser Gesinnungsgenossen leistete Lemonier.<sup>634</sup> Unter anderem vermittelte er Naumann eine Unterhaltung mit einem angesehenen US-Diplomaten und einem Botschafter, der durch Paris reiste. Die Identitäten von beiden gab Naumann in den späteren Verhören allerdings nicht preis.

Während seines Parisbesuches gaben Mosley und seine Gattin Lady Diana eine Lunchparty für Naumann und zehn bis zwölf weitere Gäste, darunter hochrangige französische Politiker, Mitglieder der Regierung des französischen Ministerpräsidenten Antoine Pinay.<sup>635</sup> Vermutlich waren der Ökonom Émile Roche<sup>636</sup> und ein ehemaliger Minister, dessen Identität nicht geklärt werden konnte, der aber von Lemonier empfohlen worden war<sup>637</sup>, zugegen. In Naumanns Unterlagen fand sich in diesem Zusammenhang die kurze Notiz „bad impression“ über Roche, der offensichtlich keinen guten Eindruck bei ihm hinterlassen hatte.<sup>638</sup> Auch Ernst Achenbach stand in Verbindung mit dem Pariser Kreis.

---

<sup>631</sup> Zu Beginn der Untersuchungen identifizierten die Briten „Jean“ fälschlicherweise mit Jean Bauverd, einem internationalen Faschisten, der ursprünglich aus der Schweiz stammte. Bis Ende Januar 1953 waren sie sich jedoch aufgrund beschlagnahmter Briefwechsel sicher, dass es sich um Oswald Mosley handelte. Siehe dazu: NARA, FO 371/103900, Bericht über die Kontakte Naumanns mit dem französisch-britischen Neofaschistenkreis in Paris, 28.1.1953, (Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, CW 1015/115).

<sup>632</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>633</sup> Ebenda. Siehe auch: NARA, FO 371/103916, Brief von Lemonier an Lucht, 25.9.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, Proof, August 1953). Vgl. auch: NARA, FO 371/103899.

<sup>634</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Lemonier an Lucht, 12.10.1952, (Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Section III, Draft).

<sup>635</sup> Dies gestand Naumann bei den Verhören, weigerte sich jedoch Namen preiszugeben.

<sup>636</sup> Roche war überzeugter Antikommunist. Er gab die Zeitschrift „La République“ heraus. Während der Besatzung hatte er Verbindungen zu dem bekannten französischen Kollaborateur Jacques Doriot. Nach dem Ende des Krieges wurde er verhaftet, jedoch freigelassen, ohne dass ihm der Prozess gemacht wurde. Siehe dazu: NARA, FO 371/103900, Mitteilung von Hall, 14.2.1953, (CW 1015/128G, Top Secret).

<sup>637</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Vgl. auch: NARA, FO 371/103904, Bericht von Williams für die Hohe Kommission, 3.2.1953, (Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53).

<sup>638</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Im Oktober 1952 war der Jurist nach Frankreich gereist und dazu bereit für Naumann hier ebenfalls den Kreis der französischen Bekannten auszuweiten.<sup>639</sup>

Der Vorschlag von Lea Lucht, dass Naumann Bardèche treffen könne, wurde von Lemonier abgelehnt, mit der Begründung, dass ein Treffen mit Bardèche in Paris zu gefährlich sei.<sup>640</sup> Naumann hatte Bardèche jedoch bereits in Brüssel gesehen<sup>641</sup> und war durch ihn in Kontakt mit dem Schweizer Faschisten Amaudruz gelangt, der wiederum in Deutschland, Frankreich und Skandinavien zu vielen Faschistensympathisanten Verbindungen hatte. Er wandte sich im November 1952 an Bornemann, um sich enger an die Naumann-Gruppe zu binden.<sup>642</sup>

Zu dieser Zeit bekam Naumann auch einen Brief von dem amerikanischen antikommunistischen Senator Joseph McCarthy. Das Schriftstück selbst konnten die Briten allerdings nicht unter seinen beschlagnahmten Dokumenten finden.<sup>643</sup> Naumann behauptete, dass McCarthy beabsichtigte, ihn in Deutschland zu besuchen. Er selbst hielt allerdings keine großen Stücke auf den „Kommunistenjäger“, sondern beschrieb ihn als „ziemlich obskuren Mann“.<sup>644</sup>

Unter dem Einfluss von Mosley hatte sich Naumanns außenpolitische Konzeption inzwischen komplett gewandelt. Er plädierte für eine deutsche Leitung in einem geeinigten Europa, hegte aber – im Gegensatz zur Mehrheit der Politiker aus dem extremen rechten Umfeld – keine Illusionen, dass eine „Faschistische Internationale“ oder „Neue Europäische Ordnung“ unter deutscher Führung im Jahr 1952 geschaffen werden

---

<sup>639</sup> Die Briten konnten nicht eindeutig belegen, dass er bei der Diskussion Naumanns mit den französischen Politikern anwesend war. Eine Telefonkonversation vom 4. November 1952 zwischen Achenbach und Naumann zeigte jedoch, dass Achenbach Naumann bei einer Person des Pariser Kreises eingeführt hatte, die auch sehr beeindruckt von ihm war. Siehe: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>640</sup> Ebenda.

<sup>641</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Lucht an Lemonier, 11.10.1952, in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, Proof, August 1953).

<sup>642</sup> NARA, FO 371/103909, Brief von Amaudruz an Bornemann, 7.11.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, März 1953). Vgl. auch: NARA, FO 371/103913. Am 7. Januar 1953 schrieb Amaudruz an Bornemann und berichtete ihm über den Pariser Kongress, der sehr gut ausgegangen sei. Ein europäisches Verbindungsbüro solle geschaffen werden. Wenn Bornemann mehr erfahren wolle, solle er den stellvertretenden Sekretär H. Schenk-Dengg kontaktieren. Die nächste Gelegenheit für eine Diskussion werde sich ergeben, wenn Amaudruz kurz nach Düsseldorf komme. Siehe dazu: NARA, FO 371/103903, Brief von Amaudruz an Bornemann, 7.1.1953, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 9.2.1953). Vgl. auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>643</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>644</sup> NARA, FO 371/103912, Mitteilung von Johnston an Allen, 1.5.1953, (Secret and Guard). Vgl. auch: NARA, FO 371/103912, Auszug aus dem Protokoll eines Verhörs von Naumann, 19.3.1953, (Extracts from Naumann's Interrogation). Obgleich die Briten den Brief nicht fanden, sahen sie keinen Grund, an der Glaubwürdigkeit von Naumanns Aussage zu zweifeln. Er versuchte nachweislich nicht, seine Wichtigkeit dadurch aufzubauschen. Außerdem wiesen die Briten nach, dass McCarthy tatsächlich beabsichtigt hatte, nach Deutschland zu kommen.

könnte.<sup>645</sup> Denn Voraussetzungen für die deutsche Hegemonie in Europa waren für Naumann eine rasche Wiedervereinigung und Souveränität. „Es gibt für uns nur eine Alternative. Entweder wir beschreiten im Einvernehmen mit Russland den Weg zur deutschen Einheit oder in Übereinstimmung mit den USA, den zur Verewigung der deutschen Spaltung und ihrer Überwindung durch den Krieg.“<sup>646</sup> Eine deutsche Neutralität sei jeder Form der Anlehnung an einen der beiden großen Antagonisten vorerst vorzuziehen. „Die deutsche Neutralität würde das politische Gleichgewicht der großen Zwischenzone, die sich von China über Indien, den Orient und Jugoslawien bis nach Mitteleuropa und Skandinavien erstreckt, erheblich verstärken, ohne die Integration Westeuropas zu verzögern. Für diese wäre es sogar ein Gewinn, wenn sich auch Frankreich, England und Italien im Konflikt zwischen Ost und West zur gleichen neutralen Haltung durchzuringen vermöchten.“<sup>647</sup> Für Naumann war der große Aufeinanderprall zwischen Ost und West unvermeidlich, obwohl er für viele Jahre hinausgeschoben werden könne. Der Bolschewismus bedinge einen Weltkrieg und Hitlers antibolschewistische Warnungen seien kein Ablenkungsmanöver gewesen. In dieser Situation sei es Deutschlands Aufgabe, Ost und West uneinig zu halten und sich selbst auszu dehnen, immer mit dem Bewusstsein, dass Deutschland für beide Seiten wertvoll sei.<sup>648</sup>

Eines der Medien, durch das diese Ideen verbreitet wurden, war die neofaschistische Zeitschrift „Nation Europa“, über die die Briten notierten, sie sei das gefährlichste neofaschistische Propagandablatt, das seit dem Krieg herausgegeben wurde.<sup>649</sup> Die „Nation Europa“ war das gemeinsame Projekt von Naumann und Mosley, deren Finanzierung sie regelmäßig zusammenbrachte.<sup>650</sup>

Sie war das Produkt früher Einigungsbestrebungen des europäischen Rechtsextremismus.<sup>651</sup> Gegründet als Journal für den internationalen Faschismus von Mosley und Per Engdahl, der wiederum 4000 Anhänger hatte und eine korporative, antisemitische, anti-kommunistische, nationalistische Doktrin vertrat, die sich an die skandinavischen Kolla-

---

<sup>645</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>646</sup> NARA, FO 371/103899, Rede vor dem Gauleiter-Kreis am 1. und 2. November 1952 in Düsseldorf, ohne Zeit, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Section I).

<sup>647</sup> Ebenda.

<sup>648</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>649</sup> Graham, Very deeply dyed in black, S. 111.

<sup>650</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>651</sup> Pfeiffer, Thomas, Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet, Berlin 2002, S. 145.

borateure richtete, erschien die erste Ausgabe im Januar 1951.<sup>652</sup> Herausgeber war Arthur Erhardt. Der gebürtige Coburger war nach 1933 erst nach Ostpreußen, dann nach Potsdam gezogen. Über sein Leben zwischen den Jahren 1933 bis 1945 ist wenig bekannt. Er soll SS-Sturmbannführer, Mitglied der SA sowie Mitglied der Reichsschriftums- und der Reichskulturkammer gewesen sein. Während des Krieges soll er sich außerdem als Abteilungsleiter im RMVP mit der Auswertung der amerikanischen Presse befasst haben. Nach dem Krieg kehrte er nach Coburg zurück und beschäftigte sich als Obstbauer.<sup>653</sup>

Die Publikation „Nation Europa“ enthielt jeden Monat Artikel, die von bekannten Faschisten und ehemaligen Kollaborateuren vieler westeuropäischer Länder verfasst wurden. Zu ihren Direktoren zählte die „Nation Europa“ die Industriellen Carl Carlberg aus Schweden sowie Arthur Kogel aus Chicago. 1952 wurde Mosleys Mitarbeiter Raven Thomson in die Direktion berufen.<sup>654</sup> Mosley und Raven Thomson schrieben ebenso Artikel wie auch der britische Militärgeschichtler Basil Liddell Hart, der ihr einige Glaubwürdigkeit verlieh. Cheffessayisten waren ehemalige NS-Beamte und Schriftsteller, beispielsweise Hans Grimm, Otto Karl Dupow, Adolf von Thadden und Karl Heinz Priester, aus Frankreich René Binet, Maurice Bardèche, aus Italien Professor J. Evola und Fabio Lonciari und aus Südafrika Oswald Pirow. Politische Karikaturen lieferte Paul Jamin aus Brüssel.<sup>655</sup>

Die „Nation Europa“ hatte eine anfängliche Auflage von 6000 Exemplaren.<sup>656</sup> Sie wuchs stetig.<sup>657</sup> Ihr Hauptanliegen war die Rechtfertigung der Kriegsursachen und des Agierens

---

<sup>652</sup> Griffin datiert die Gründung auf 1949. Vgl. Griffin, *Europe for Europeans*, S. 159. Vgl. auch: Dorril, *Blackshirt*, S. 591. Graham Macklin beschreibt den Gründungsprozess abweichend. Nach Macklin seien Erhardt und seine Kollaborateure hochgradig beeinflusst gewesen durch Mosleys Konzept „Europe-a-Nation“. Erhardt machte sogar 1950 eine Reise nach England um die Erlaubnis von Mosley einzuholen, den Titel „Nation Europa“ für sein Journal zu benutzen. Mosleys Verhandlungen über die „Nation Europa“ waren im August 1950 kompliziert, weil er aus Deutschland und Österreich verbannt und auf Mittelsmänner wie Otto Reitdorf angewiesen war. Dr. Hans Oehler, der Herausgeber der „Schweizerischen Monatshefte“, wurde zu einer ersten Anlaufstelle. Oehler war wie viele von Mosleys Kontakten ein Mitglied von Erwin Vollenweiders und Amaudruz' Volkspartei der Schweiz (VPS). Siehe: Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 111. Thomas Pfeiffer zählt Erhardt und den Schiftsteller und SA-Mann Herbert Böhme zu den Gründern. Vgl. Pfeiffer, *Für Volk und Vaterland*, S. 145.

<sup>653</sup> ADL, N1-832, Auskunft vom Oberbürgermeister aus Coburg für Dehler über Arthur Ehrhardt, 29.4.1953.

<sup>654</sup> Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 111.

<sup>655</sup> NARA, FO 371/103904, Bericht über Naumanns Kontakte zu einem französisch-belgischen neofaschistischen Zirkel, 3.2.1953, (Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53).

<sup>656</sup> Allerdings behauptete Heinz Siepen gegenüber von Thadden, die „Nation Europa“ würde mit einer Auflage von 2000 Exemplaren gedruckt. Davon gingen 1200 Exemplare an feste Abonnenten, der Rest würde an den Buchhandel geliefert und dort nur zum geringen Teil abgesetzt. Vgl. NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 84-85, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Heinz Siepen am 9.4.1952, Verfasser v. Thadden, 10.4.1952.

<sup>657</sup> Dorril, *Blackshirt*, S. 591. Dudek und Jaschke geben die Abonnentenzahl mit 10.000 an. Siehe: Dudek/Jaschke, *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, S. 50.

der Achsenmächte sowie das Eintreten für eine europäische „neue Ordnung“ unter deutscher Führerschaft.<sup>658</sup> Aufgrund der vermeintlichen parteipolitischen Erfolglosigkeit wuchs die Bedeutung der „Nation Europa“ als konsensfähiges Kommunikationsmittel des rechten Lagers.<sup>659</sup> Heinz Siepen bezeichnete sie als „einzige Zeitung Deutschlands, die wenigstens den Versuch machte, sich mit der Zeit des Nationalsozialismus positiv-kritisch auseinander zu setzen ohne in das Fahrwasser der Sozialistischen Reichspartei zu geraten.“<sup>660</sup> Die finanzielle Situation der Publikation war jedoch schwierig. 1952 hatten sich bereits Schulden in Höhe von 6000 DM angesammelt und die Druckerei weigerte sich, weiter zu vervielfältigen. Heinz Siepen erhielt den Auftrag, Geld zu sammeln. Er bekam zwar auch feste Zusagen von Investoren, räumte jedoch ein, dass es sehr schwierig sei, die nötige Geldmenge aufzutreiben. Naumann überlegte daher, den Europa-Verlag an einen anderen Verlag anzuhängen. Naumanns Favorit hierfür war der Plesse-Verlag. Mit dem Herausgeber Schütz führte Naumann dann auch Verhandlungen, ohne dass jedoch letztlich etwas Konkretes umgesetzt wurde.<sup>661</sup>

Dass die „Nation Europa“ vorerst bei Erhardt blieb, war Mosley zuzuschreiben. Um die Finanzierung sicherzustellen, gründete er den Investmentfonds „Hans Interessen“, der innerhalb Deutschlands betrieben wurde. Mosley bemühte sich auch, deutsche Repräsentanten und Unternehmen für eine Kapitalanlage zu gewinnen.<sup>662</sup> Mitunter trat Naumann als Mittelsmann auf, um das Geld zu Erhardt zu befördern.<sup>663</sup> Der ehemalige Staatssekretär überwachte auch die politische Linie des Herausgebers und leitete ihn, wenn nötig, an. Erhardt erwies sich jedoch als nicht biegsam genug für die Leitung des Propagandainstruments. Am 6. November 1952 sandte ihm Mosley daher ein Ultimatum. Hierin legte er fest, dass der Fonds für die Zeitschrift nur in Deutschland angesammelt

---

<sup>658</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Vgl. auch: Griffin, *Europe for Europeans*, S. 159.

<sup>659</sup> Dudek/ Jaschke, *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, S. 51.

<sup>660</sup> Vgl. NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 84-85, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Heinz Siepen am 9.4.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>661</sup> Ebenda.

<sup>662</sup> NARA, FO 371/103916, Brief von Mosley an Erhardt, 6.11.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, Proof, August 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913. Anders wird die Finanzierung beschrieben in: Antifaschistisches Autorenkollektiv (Hg.), *Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich*, Hamburg 1996, S. 218. Hier heißt es, nach einem Untersuchungsbericht britischer Behörden, die beauftragt waren, die Verschwörung der Bruderschaft aufzudecken, kamen die Hauptfinanziers aus dem Ausland. Genannt wurden Guy Amaudruz, Prof. Maurice Bardèche sowie zwei Bankiers des Pariser Bankhauses Worms & Cie.

<sup>663</sup> In Naumanns Unterlagen fand sich ein Beleg über 4570 DM. Vgl. NARA, FO 371/103916, Brief von Mosley an Erhardt, 6.11.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, Proof, August 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913 sowie NARA, FO 371/103900.

werden könne und monatlich gezahlt werde, sofern Erhardt eine seriöse Gesellschaft gründen würde. Andernfalls sollten keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden.<sup>664</sup> Am Ende des Monats sandte Mosley seinen Sekretär Raven Thomson, der zuständig für die ausländischen Kontakte war<sup>665</sup> nach Deutschland, um die Angelegenheit zu klären. Nachdem dieser Naumann am 1. Dezember 1952 in Düsseldorf angerufen hatte, besuchte er Erhardt in Coburg. Es kam zum Streit und Erhardt brach die Verhandlungen ab. Thomson kommentierte, dass Erhardt die ganze Sache eher ganz lasse, als sich in irgendeiner Art und Weise koordinieren zu lassen.<sup>666</sup> Naumann erklärte in einem Brief an Scheel, dass damit „viel Kapital und noch viel mehr Vertrauen für die Sache“ verloren gegangen sei.<sup>667</sup> Daraufhin schrieb Mosley an Naumann und bat ihn einen Anwalt zu arrangieren, der „Hans Interessen“<sup>668</sup> – die anonymen Teilhaber des Fonds der „Nation Europa“ – gegen Erhardt vertreten sollte. Im selben Zusammenhang teilte er Naumann auch die ursprünglichen Details seines Vertrages mit Erhardt mit.<sup>669</sup> „Hans Interessen“ unterstützte die „Nation Europa“ mit einem Kapital von 40.000 DM unter der Bedingung, dass die Zeitschrift jederzeit auf Nachfrage an Mosley übergeben werden würde. Von dieser Summe waren während der vergangenen zwei Jahre bereits 38.000 DM auf Erhardt übertragen worden. Erhardt sollte als Herausgeber und Manager ohne Gehalt die volle Verantwortung übernehmen, bis die Zeitung Gewinn abwerfen würde. Erhardt weigerte sich nun, die Zeitung an Mosley auszuhändigen und vertrat den Standpunkt er und „Hans Interessen“ seien gleichgestellte Partner. Während „Hans Interessen“ das Kapital beisteuere, komme von ihm die Arbeit, die er mit einem Wert von 22.000 DM bezifferte. Die Kapitalgeber sollten nun noch seine Schulden von 12.000 DM übernehmen, was diese akzeptierten. Es sollte eine neue Gesellschaft gegründet werden, an welcher „Hans Interessen“ mit 38 Prozent, Erhardt mit 22 Prozent und neue Kapitalgeber mit 12 Prozent beteiligt sein sollten. Erhardt änderte seine Meinung jedoch und beanspruchte dann für

---

<sup>664</sup> NARA, FO 371/103916, Brief von Mosley an Erhardt, 6.11.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, Proof, August 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913 sowie NARA, FO 371/103900.

<sup>665</sup> Vgl. Dorril, Blackshirt, S. 585.

<sup>666</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Thomson an Naumann, 6.12.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Section III, Draft).

<sup>667</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>668</sup> Es konnte nicht eindeutig nachgewiesen werden, dass der Ausdruck „Hans Interessen“ auch benutzt wurde, um außer Mosleys noch weitere Identitäten zu schützen. Es wäre möglich, dass er auch einige seiner Kollegen auf den Festland deckte, beispielsweise Dr. Hans Oehler aus Zürich. Siehe dazu: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>669</sup> Siehe dazu: NARA, FO 371/103916, Brief von Mosley an Naumann, 22.12.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, Proof, August 1953).

sich selbst mindestens 50 Prozent der Anteile. Außerdem forderte er für seine zukünftige Arbeit ein regelmäßiges Gehalt. Mosley gab daraufhin die Anweisung, kein weiteres Geld mehr in die „Nation Europa“ zu investieren, ohne nicht wenigstens 51 Prozent der Anteile zu erhalten. Mosley empfahl, alle erdenklichen Schritte gegen Erhardt zu unternehmen.<sup>670</sup>

In welchem Ausmaß Naumann selbst von Mosleys Investmentfonds profitiert hatte, konnte nicht geklärt werden. Allerdings war den Briten bekannt, dass Naumann Mosley eine Summe von 1800 DM im Jahre 1953 für nicht näher erörterte Aktivitäten in New York schuldete. In diesem Stadium seiner politischen Aktivität hatte Naumann wenig Bedarf an einem großen finanziellen Polster und war hauptsächlich darum besorgt, dass genügend Kapital für eine expandierende neonationalsozialistische Propaganda zur Verfügung stand.<sup>671</sup>

Die Verhandlungen mit Erhardt scheiterten. Naumann schrieb dem ehemaligen SS-Brigadeführer und Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Südwest-Österreich Karl Brunner, den er in Graz besuchen und der ihn mit einigen „wesentlichen Persönlichkeiten“ zusammenbringen wollte, nicht nur, dass er sich viel von einer Zusammenarbeit verspreche, sondern auch, dass das „Nation Europa“-Zeitungsprojekt „inzwischen in unseriöse Hände abgeglitten“ sei.<sup>672</sup> Er hoffe, aber schon in Kürze mit einem neuen Projekt an ihn herantreten zu können.<sup>673</sup>

Vermutlich machte Naumann hier eine Anspielung auf die „European“, „eine Monatszeitschrift der 'Opposition'“, die Mosley im März 1953 ins Leben rief. Mit seiner Gattin Diana gab er diese sechs Jahre lang heraus. Sein Ziel, damit ein Debattierforum zu schaffen, in welchem er seinen Standpunkt verteidigen konnte, wurde jedoch nur partiell erreicht.<sup>674</sup>

---

<sup>670</sup> NARA, FO 371/103916, Brief von Mosley an Naumann, 22.12.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, Proof, August 1953).

<sup>671</sup> Vgl. NARA, FO 371/103904, Sämtliche Briefwechsel zwischen Naumann und ausländischen Neofaschisten, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Germany No. 3, Proof, August 1953). Sowie: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>672</sup> Dies bedeutete jedoch keineswegs das Aus der „Nation Europa“, von der der Verfassungsschutz im Jahr 2004 feststellte, dass sie mit einer Auflage von 18.000 Exemplaren noch immer eines der wichtigsten Monatsmagazine für den deutschen rechten extremistischen Flügel sei. Vgl. Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 111.

<sup>673</sup> NARA, FO 371/103907, Briefe von Brunner an Naumann, 10.10.1952, 24.12.1952; Brief von Naumann an Brunner, 30.11.1952, 6.1.1953, (in: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 27.1.1953). Vgl. auch: NARA, FO 371/103899 sowie NARA, FO 371/103916.

<sup>674</sup> Skidelsky, *Oswald Mosley*, S. 493. Siehe auch: Dorril, *Blackshirt*, S. 601f. Ein Grund dafür war auch, dass Mosleys Verbindungen zu Naumann seinen Namen auf die Titelseiten von Europas Zeitungen brachten. Dies war nicht die Publicity, die er wollte.

Diese beiden Periodika waren nicht die einzigen Publikationen, die Naumann und Mosley gemeinsam vorantrieben. Beide besprachen auch die Veröffentlichung der englischen Übersetzung von Rudels Buch „Stuka Pilot“, welches auch unter der Bezeichnung „Trotzdem“ im Dezember 1952 in Mosleys Verlagsgesellschaft „Euphorian Books“ erschien.<sup>675</sup> Das Buch hatte ein Vorwort des berühmten britischen Fliegers Douglas Bader bzw. für die französische Auflage von Pilotenlegende Pierre Clostermann, der Rudels fanatischen Nazismus beschönigte. Die Verkäufe von „Stuka Pilot“ finanzierten nachträglich Mosleys gesamtes Verlagsunternehmen.<sup>676</sup> Um den NS-Bestseller und andere entsprechende Literatur zu vertreiben, gründete Mosley ein Netzwerk von Bücherclubs, mit denen er auch seinen Wiedereintritt in die Politik vorbereiten wollte.<sup>677</sup> Rudel plante im Januar 1953 einen Besuch in Dublin im dort registrierten Büro der Verlagsgesellschaft.<sup>678</sup> Denn 1950 hatte sich Mosley entschieden, seinen ständigen Wohnsitz in seinem selbst gewählten Exil, der Grafschaft Galway in Irland, zu begründen.<sup>679</sup>

Neben Mosley war auch Bornemann mit seinen publizistischen Erzeugnissen für Naumann eine weitere wichtige Brücke ins Ausland. So diente beispielsweise der KBI nicht nur der Propaganda im Inland, sondern trug Naumanns Ansichten auch über die Grenzen Deutschlands hinaus, beispielsweise nach Südamerika. Zwischen Januar 1950 und April 1952 pflegte Bornemann unter anderem den Austausch mit Dr. Hans A. Euler, der sich in Argentinien um den Vertrieb des KBIs bemühte. Euler, der in Buenos Aires lebte und dessen richtiger Name Johann von Leers war, hatte schon vor der Machtübernahme der Nazis eine diplomatische Karriere aufgegeben, um sich ganz der NS-Propaganda zu widmen. Er wurde zu einem der „produktivsten antisemitischen Publizisten der NS-Bewegung“.<sup>680</sup>

Er war Herausgeber von „Wille und Weg“ und Führer des Studentenbundes. Nach 1933 wurde er Direktor der Abteilung für Auswärtige Politik an der Deutschen Hochschule für

---

<sup>675</sup> Bereits am 16. Juni 1951 kam vom Verlag „Euphorion Books“ aus London ein Brief für Bornemann, in dem Erkundigungen nach dem Buch „Trotzdem“ eingeholt wurden. Abgesendet wurde er von der 302 Vauxhall Bridge Road, Victoria, London, also von der Adresse der faschistischen Einheitsbewegung. Siehe dazu: NARA, FO 371/103910, Brief von Euphorion Books an Bornemann, 16.6.1951, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents, 18.3.1953).

<sup>676</sup> Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 120.

<sup>677</sup> Jones, Mosley, S. 146f.

<sup>678</sup> NARA, FO 371/103900, Bericht über die Kontakte Naumanns mit dem französisch-britischen Neofaschistenkreis in Paris, 28.1.1953, (Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, CW 1015/115).

<sup>679</sup> Jones, Mosley, S. 149.

<sup>680</sup> Vgl. Goldhagen, Erich, *Weltanschauung und Endlösung. Zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Führungsschicht*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 24 (1976), S. 400.

Politik und in den späten dreißiger Jahren Professor in Jena.<sup>681</sup> Bis Kriegsende lehrte er an der Universität von Breslau.<sup>682</sup> Von ihm wurde angenommen, dass er prosowjetisch eingestellt sei. Zu Beginn der 50er-Jahre war er Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „Der Weg“.<sup>683</sup> Er engagierte sich zudem in einem Netzwerk, welches den Versuch unternahm, in Kairo die „Internationale der Antisemiten“ wiederzubeleben, die sich zwischen 1933 und 1944/45 um die von NS-Deutschland verbreitete Publikation „Weltdienst“ gebildet hatte.<sup>684</sup> Mitunter korrespondierte Euler auch mit Naumann direkt. Für die Abwicklung seiner Machenschaften in Deutschland benutzte Euler den Mittelsmann Paul Lohoff, der wiederum auch mit SRP-Führer Dorls in Verbindung stand.<sup>685</sup> Nicht immer verlief die Zusammenarbeit jedoch so einmütig wie mit Euler. Wilfried von Oven, der ehemalige Radiokommentator sowie persönliche Assistent von Goebbels und seit 1952 geschäftsführende Direktor der „Freien Presse“ in Buenos Aires sowie seit 1951 Südamerika-Korrespondent des „Spiegels“<sup>686</sup>, bestellte den „Deutschen Unabhängigen Zeitungsdienst“ von Bornemann beispielsweise ab, weil dieser in dem Artikel „Hinter

---

<sup>681</sup> Vgl. Klee, Das Personenlexikon, S. 361.

<sup>682</sup> Finkenberger, Martin, Johann von Leers und die „faschistische Internationale“ der fünfziger und sechziger Jahre in Argentinien und Ägypten, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 59. Jg. (2011), Heft 6, S. 522.

<sup>683</sup> Die Zeitschrift „Der Weg“ wurde 1947 von Eberhard Fritsch gegründet. Sie war zunächst national konservativ und ihre Auflage lag bei 2000 Exemplaren, die in Südamerika vertrieben wurden. Bereits 1948 zeichnete sich jedoch ein fundamentaler Wandel ab und extreme Meinungen wurden publiziert, deren Veröffentlichung im Westdeutschland der 50er-Jahre kaum möglich gewesen wäre. Ein erheblicher Teil der Auflage wurde daher über verdeckte Vertriebswege in die BRD verschickt. Als von Leers zur Redaktion stieß, wandelte sich das Blatt von einem Organ für Auslandsdeutsche mit nationaler Grundhaltung zu einem Schulungsorgan im Geiste der SS. Schnell konnte von Leers die Auflage von 20.000 bis 25.000 Exemplare steigern. Das Blatt galt als eine der auflagestärksten deutschen Auslandszeitschriften der Welt. Anfang der 50er-Jahre übernahm „Der Weg“ die Funktion eines offiziellen Organs einer faschistischen „Internationale“ früherer Nationalsozialisten und ihrer Kollaborateure in Europa. Von Leers stellte in „Der Weg“ regelmäßig Berichte über aktuelle nationalsozialistische Tendenzen aus dem Umfeld der ESB zusammen. Vgl. Finkenberger, Johann von Leers und die „faschistische Internationale“ der fünfziger und sechziger Jahre in Argentinien und Ägypten, S. 533ff. Siehe auch: Meding, Holger M., Nationalsozialismus im Exil. Die deutschsprachige Rechtspresse in Buenos Aires 1945-1977, in: Holger M. Meding (Hg.), Nationalsozialismus und Argentinien. Beziehungen, Einflüsse und Nachwirkungen, Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern/ New York/ Paris/ Wien 1995, S. 192ff. Sowie: Meding, Holger M., „Der Weg“. Eine deutsche Emigrantenzeitschrift in Buenos Aires, Berlin 1997.

<sup>684</sup> Finkenberger, Johann von Leers und die „faschistische Internationale“ der fünfziger und sechziger Jahre in Argentinien und Ägypten, S. 525.

<sup>685</sup> NARA, FO 371/103910, Bericht über Bornemanns Kontakte ins Ausland, 18.3.1953, (Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents). Siehe auch: NARA, FO 371/103899, Brief von Euler an Bornemann, 24.5.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Section III, Draft).

<sup>686</sup> Klee, Kulturlexikon zum Dritten Reich, S. 403. Siehe dazu auch: Meding, Nationalsozialismus im Exil, S. 189.

dem Bug wohnen auch noch Leute“ angeblich prosovjetsche Ansichten vertreten hatte.<sup>687</sup>

Zu Naumanns und Bornemanns engen Kontakten in Südamerika zählten auch der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Leiter der Gruppe VI S (Sabotage) im Reichssicherheitshauptamt Otto Skorzeny, der ehemalige Pilot Rudel, mit denen Naumann durch Dr. Eberhard Taubert vom Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF) in Kontakt gekommen war<sup>688</sup>, oder auch das Mitglied des Technischen Dienstes und des Bundes Deutscher Jugend Rolf Klöter. Klöter vertrieb Literatur für das Netzwerk aus Argentinien. Er unterhielt auf einem der Hamburger Postämter ein Postlager. Dadurch mussten Namen und Adressen nicht mehr preisgegeben werden. Auf diese Art sollte noch mehr „von der Literatur nach Deutschland“ gelangen und bei einem Notfall keine allzu große Zahl von Büchern in die Hände des Bundesverfassungsschutzes fallen.<sup>689</sup>

Skorzeny, der als Rolf Steinbauer<sup>690</sup> agierte, knüpfte Kontakte für Naumann und Ernst Achenbach und erweiterte das Netzwerk um Baron von Stengel, den Schwager des deutschen Botschafters in Madrid. Dieser versprach, Verbindung mit Achenbach aufzunehmen und im Innenministerium zu intervenieren.<sup>691</sup> Skorzeny war besonders umtriebig. Nach seiner amerikanischen Kriegsgefangenschaft war er in Madrid untergetaucht und hatte begonnen, mit Léon Degrelle<sup>692</sup>, Hitlers ehemaligem „Führer der Fünften Kolonne“ in Belgien, zu konspirieren. Gemeinsam mit Rudel rief Skorzeny eine „Auslandsorganisation“ in Madrid ins Leben, der neben Degrelle auch Hitlers ehemaliger Hauptagent in Italien SS-Standartenführer Eugen Dollmann und wiederum Johann von Leers angehörten.<sup>693</sup> Ab 1951 dehnte Skorzeny seine Aktivitäten als Handelsvertreter für die Firma

---

<sup>687</sup> NARA, FO 371/103910, Freie Presse (Federico Müller Ludwig) an Bornemann, 28.5.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents, 18.3.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103899.

<sup>688</sup> Dorril, Blackshirt, S. 595.

<sup>689</sup> NARA, FO 371/103910, Brief von Klöter an Bornemann, 26.9.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents, 18.3.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103916 sowie NARA, FO 371/103913.

<sup>690</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Steinbauer an Bornemann, 20.8.1952, (Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his associates, Section III, Draft). Siehe auch: NARA, FO 371/103903.

<sup>691</sup> NARA, FO 371/103902, Briefe von Skorzeny an Naumann, 20.11.1952, 13.12.1952, (in: Subject: Dr. Werner Naumann and Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 2.2.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>692</sup> Entgegen den Behauptungen in der zeitgenössischen Presse ließ sich keine direkte Nachkriegs-Verbindung zwischen Naumann und Degrelle nachweisen. Auch für eine finanzielle Unterstützung durch Degrelle, den Naumann in seinen Notizen als „Schwindler“ bezeichnete, gab es keine Belege. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>693</sup> Dorril, Blackshirt, S. 591.

Krupp nach Argentinien aus.<sup>694</sup> Gleichzeitig ließ er sich von der, durch die Amerikaner finanzierte Gehlenorganisation anwerben.<sup>695</sup>

Bornemann stand auch in Kontakt mit Mosleys Verbindungsmann in der Schweiz Dr. Hans Oehler aus Zürich.<sup>696</sup> Ihm wollte er seine deutsche Übersetzung von Bardèches Buch „Nürnberg“ senden, und da Oehler finanziell an seinem Limit angelangt war, einen gegenseitigen Austausch mit den von ihm herausgebrachten Schriften eingehen.<sup>697</sup> Auch mit der „Allgemeinen Zeitung“ von Windhoek in Namibia korrespondierte Bornemann. Hier hatte er Material zum Druck angeboten und dieses war auch veröffentlicht worden.<sup>698</sup>

Bornemann pflegte ebenfalls Verbindung zu Arnold Klee, einem ehemaligen Nationalsozialisten und Kontaktmann zu antisemitischen Briten. Klee schickte ihm einen Aufsatz von Frederick Chas. F. Weiss, dem Führer einer amerikanischen antikommunistischen Gruppe und „Auslandsdeutscher“, welcher 1949 in der amerikanischen Wochenschrift „Common Sense“ veröffentlicht worden war.<sup>699</sup> Von Juli 1951 bis September 1952 versorgte Klee Bornemann regelmäßig mit antialliierter und antisemitischer Propaganda.<sup>700</sup> Noch im Dezember 1952 schrieb Weiss an Bornemann und sandte ihm ein antijüdisches, gegen die Besatzungsmächte gerichtetes Phamplet.<sup>701</sup> In Beziehung stand Bornemann auch mit Eberhard Fritsch, dem Kopf des neonazistischen Dürer-Verlags in Buenos Aires<sup>702</sup>, welcher „Der Weg“ publizierte, und A. F. X. Baron vom Nationalsozia-

---

<sup>694</sup> Als Handelsreisender traf er zu verschiedenen Gelegenheiten Präsident Juan Perón. Er ermutigte ihn Deutsche nach Argentinien zu holen, um Straßen, Flugplätze und militärische Installationen zu bauen. Während Peróns neunjähriger Diktatur wurde Argentinien für zehntausende deutsche Kriegsverbrecher Auswanderungsziel Nummer eins und auch Deponie für gestohlene Nazivermögen. Viel von dem Geld, das auf argentinischen Banken lagerte, wurde von Evita Perón kontrolliert. Vgl. Lee, Martin A., *The beast reawakens*, Boston/ New York/ Toronto/ London 1997, S. 109.

<sup>695</sup> Mader, Julius, *Jagd nach dem Narbengesicht*. Ein Dokumentarbericht über Hitlers SS-Geheimdienstchef Otto Skorzeny, Berlin 1962, S. 231. Hier wurde Skorzeny vor allem aktiv als König Faruks Monarchie in Ägypten zerfiel. Für die CIA im Auftrag von Gehlen rekrutierte Skorzeny Anfang 1953 etwa hundert deutsche Berater für den ägyptischen Sicherheitsdienst. Viele erreichte er durch Neonaziorganisationen und SS-Fluchtnetze. Zu dieser Gruppe gesellte sich später auch der ehemalige SS-Hauptsturmführer und Deportationsorganisator Alois Brunner als „Georg Fischer“. Vgl. Simpson, *Der amerikanische Bumerang*, S. 298ff.

<sup>696</sup> NARA, FO 371/103910, Bericht über Bornemanns Auslandskontakte, 18.3.1953, (Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents).

<sup>697</sup> NARA, FO 371/103910, Brief von Oehler an Bornemann, 9.9.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents, 18.3.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>698</sup> NARA, FO 371/103910, Brief von der „Allgemeinen Zeitung“ in Windhoek an Bornemann, 26.6.1951, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents, 18.3.1953).

<sup>699</sup> NARA, FO 371/103910, Brief von Klee an Bornemann, 29.7.1951, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents, 18.3.1953).

<sup>700</sup> NARA, FO 371/103910, Bericht über Bornemanns Auslandskontakte, 18.3.1953, (Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents).

<sup>701</sup> NARA, FO 371/103910, Brief von Weiss an Bornemann, 15.12.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents, 18.3.1953).

<sup>702</sup> So bat ihn beispielsweise Dr. Norbert Zimmer, der Direktor eines Büros in Hannover, das sich „Niedersächsische Auswanderungsstelle“ nannte, ihn zu informieren, sobald Fritsch nach Düsseldorf komme, weil

listischen Informationsbüro in Suffolk.<sup>703</sup> Baron wollte einen Zusammenschluss von Großbritannien und Deutschland erreichen. Sein Büro richtete sich gegen den Kommunismus und sammelte Informationen über „kommunistische Spionage und auch den jüdischen Weltimperialismus“. Er stand in Kontakt mit Wolfgang Sarg von der rechtsextremen „Deutschen Wacht“ und vielen weiteren deutschen Verlagen und Organen.<sup>704</sup>

In der Wirtschaft war Zimmermann der fleißigste Drahtzieher für den Kreis im Ausland. Im Mai 1952 besuchte er beispielsweise aufgrund seiner Tätigkeit für die „Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl“ Ägypten und entwickelte geschäftliche Verbindungen mit ökonomisch bedeutenden Persönlichkeiten, von denen der Naumann-Kreis hoffte, sie für politische Zwecke nutzbar zu machen. Dabei handelte es sich insbesondere um Dr. Wilhelm Voss, den ehemaligen Direktor der Hermann-Göring-Werke und Präsidenten der Skoda-Werke, der zu diesem Zeitpunkt der inoffizielle Berater von Prinz Abbas Halim, Ar. Ahmed Asfour, Präsident der ägyptischen Arbeiterpartei und Oberst Omar in Kairo war.<sup>705</sup> Prinz Abbas Halim war ein naher Verwandter des Königs Paruk von Ägypten, eine bekannte Persönlichkeit über die Grenzen Ägyptens hinaus sowie ein ausgesprochener Freund Deutschlands. Halims Position hatte sich so verstärkt, dass er in vielen Angelegenheiten Sprecher des königlichen Hauses geworden war. Halim hatte im November 1951 Deutschland besucht und in diesem Zusammenhang auch eine Besprechung mit Industriellen geführt.<sup>706</sup>

In Ägypten gab es viele Sympathien für die nationalistischen Ziele des Naumann-Kreises. Bei einem Besuch in Deutschland im Herbst 1952 führte Omar private Gespräche mit Naumann, Bornemann und Zimmermann.<sup>707</sup> Am 21. Dezember 1952 schrieb Wilhelm

---

er ihn dringend sprechen müsse. Siehe dazu: NARA, FO 371/103910, Brief von Zimmer an Bornemann, 11.10.1951, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents, 18.3.1953). Am 7. Juli 1952 schrieb Eberhard Fritsch vom Dürer-Verlag aus Buenos Aires an Bornemann, dass seine Zeitschrift „Der Weg“ am 20. Juli 1952 ihr 5-jähriges Bestehen feiere. Darüber sollte Bornemann im KBI berichten. Fritsch hängte den Leitartikel des entsprechenden „Der Weg“-Heftes an. Siehe dazu: NARA, FO 371/103909, Brief von Fritsch an Bornemann, 7.7.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103899.

<sup>703</sup> NARA, FO 371/103910, Brief von A. F. X. Baron an Bornemann, Oktober 1951, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents, 18.3.1953).

<sup>704</sup> NARA, FO 371/103910, Brief von A. F. X. Baron an Bornemann vom 2.12.1951, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Contacts Abroad – Impounded Documents, 18.3.1953).

<sup>705</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>706</sup> NARA, FO 371/103905, Stellungnahme von Zimmermann, 21.4.1952, (in: Subjects: Documents impounded at the Residence of Paul Zimmermann on 14. Jan. 1953).

<sup>707</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Dies bewiesen abgehörte Telefonate. Siehe dazu auch: ADL, N1-822. Am 14. Dezember 1952 schrieb Huisgen an Hayler, dass Zimmermann erstaunlich gut über die Situation

Voss an Zimmermann, dass er im Januar nach Deutschland kommen würde. Das Arabisch-Deutsche Verhältnis und der Israel-Vertrag machten ihm viel Sorgen.<sup>708</sup> Die Route von Voss führte über Frankfurt, Bonn, Köln, Düsseldorf, Rheinhausen, Essen, Bremen, Hamburg, Nürnberg und München. In Bonn sollten alle „zusammen getrommelt“ werden. Voss war bereit, im kleinen, engsten Kreis über den Vorderorient zu sprechen. Langfristig wollte Naumann die Unterstützung der deutschen Sympathisanten in den arabischen Staaten des Mittleren Ostens erlangen, um von diesen als „dritte Macht“ den Europaplan absichern zu lassen.<sup>709</sup> Diese Bemühungen gingen so weit, dass der ehemalige SS-Oberführer Johannes Oswald Wirth Ende 1952 eine Alternative zur Europakonzeption vorschlug und für eine Gegenregierung in Argentinien oder Ägypten plädierte.<sup>710</sup> Dies lehnte Naumann jedoch rigoros ab.<sup>711</sup>

Obwohl der Austausch der politischen Ansichten zwischen dem Naumann-Netzwerk und den Nazi-Emigranten intensiv und harmonisch war, war 1952 noch nicht das Stadium einer zentralen Steuerung ihrer politischen Aktivitäten durch den Naumann-Kreis erreicht. Naumann hätte jedoch auf die Unterstützung vieler dieser Emigranten zählen können, wann auch immer er sich in der Zukunft entschieden hätte, die „politische Arena“ zu betreten.<sup>712</sup>

---

sowohl in Bonn also auch in Kairo unterrichtet sei. Zimmermann wisse über die Absichten und Pläne der exportierenden Industrie gut Bescheid und sei der Auffassung, dass es schon in absehbarer Zeit interessant und notwendig werden könnte, deutsche Exporte über eine ausländische Firma verteilen zu lassen. Siehe hierzu auch: NARA, FO 371/103902.

<sup>708</sup> NARA, FO 371/103906, Brief von Voss an Zimmermann, 21.12.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Paul Zimmermann on 14. Jan. 53, 21.2.1953).

<sup>709</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>710</sup> NARA, FO 371/103907, Brief von Wirth an Naumann, 3.12.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 27.1.1953).

<sup>711</sup> NARA, FO 371/103907, Brief von Naumann an Wirth, 15.12.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 1953, 27.1.1953).

<sup>712</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

## II. Die Aktivitäten des Naumann-Netzwerkes in den Parteien

### 1. Die Unterwanderung und Einflussnahme in der FDP (1950-1953)

Ab Mitte 1951 begann Naumann gezielt die FDP zu unterwandern. Der Weg an die Staatsmacht schien ihm hier besonders kurz zu sein, weil die FDP – genauso wie die Deutsche Partei – in einer Koalition mit der CDU/CSU an der Adenauer-Regierung beteiligt war. Nach Vorstellungen des Naumann-Kreises sollte bei den kommenden Bundestagswahlen Mitte 1953 der FDP-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Friedrich Middelhauve in die Position des Vizekanzlers gehievt werden.<sup>713</sup> Damit hätte der Naumann-Kreis direkt in der Bundesregierung einen Vertrauten gehabt.

Warum betrachtete Naumann ausgerechnet die Liberalen als besonders geeignet für seine Infiltrationspläne? Gemäß einem vertraulichen Bericht, erstellt für Justizminister Thomas Dehler im Mai 1953, waren dafür zwei Gründe ausschlaggebend. Zum ersten war er davon überzeugt, dass einige Mitglieder der FDP bei einem solchen Versuch auf seiner Seite stehen würden, zum anderen war die FDP die einzige große Partei, die frei von dogmatischen Bindungen war.<sup>714</sup> Der Schweizer Fritz René Allemann brachte dies mit seiner Feststellung, die FDP schien immer kräftiger in „jeden Hohlraum“ einzudringen, der am rechten Rande der CDU offen geblieben war, auf den Punkt.<sup>715</sup> Dies war vor allem auf ihre Entstehungsgeschichte zurückzuführen.

Mit der Gründung der FDP hatten sich die verschiedenen Richtungen der liberalen Gedankenwelt Westdeutschlands im Dezember 1948 zu einer Partei vereinigt, sodass diese folglich auch kein einheitliches Erscheinungsbild vorweisen konnte.<sup>716</sup> In den ersten Jahren ihres Bestehens war die FDP eine heterogene „Plattformpartei“.<sup>717</sup>

---

<sup>713</sup> Krischka, Alte Pläne in neuem Gewand, S. 84.

<sup>714</sup> Vgl. Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 156f.

<sup>715</sup> Allemann, Fritz René, Bonn ist nicht Weimar, Köln/ Berlin 1956, S. 279.

<sup>716</sup> Kaack, Heino, Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriss und Materialien, Meisenheim a. Glan 1976, S. 15f. Einen Überblick über Entstehungsgeschichte und heterogene Trägergruppen, speziell der nordrhein-westfälischen FDP bietet: Hüttenberger, Peter, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973, S. 119-137.

<sup>717</sup> Der Begriff der Plattformpartei, der auf Wolfgang Abendroth zurückgeht, verbindet verschiedene Typologisierungsmarkierungen der politischen Parteien und fasst in einer kritischen Definition zusätzliche konstitutionelle Bestandteile zusammen, die besonders für bürgerlich-liberale Parteien gelten: 1. die tolerierende Hinnahme des politischen und sozioökonomischen Status einer Gesellschaft, 2. die Notwendigkeit den Anteil der Wählerstimmen zu maximieren, 3. sich eine, auf die Interessenlage der Parteimitglieder und Parteianhänger gerichtete, populäre und opportune Wahlplattform „zimmern“ zu müssen. Vgl. dazu: Marten, Die unterwanderte FDP, S. 11.

Auf Landesebene waren die Gewichte der antisozialistischen Frontstellung der FDP ungleich verteilt. In den Hansestädten Hamburg und Bremen sowie den altliberalen Zentren Süddeutschlands war ein betont demokratischer und innenpolitisch der SPD gegenüber offener, liberaler Flügel beheimatet. Dieser besaß enge Bindungen zu den politischen Traditionen der Weimarer Zeit<sup>718</sup> und sah die FDP in einer Position der Mitte im Parteienspektrum.<sup>719</sup> In den größten Teilen Norddeutschlands und in Hessen hatte sich eine konservativere Gruppe gebildet, die ihre Priorität auf die Durchsetzung einer langfristig angelegten Restaurationspolitik setzte, und vielmehr deutsch-national als liberal orientiert war.<sup>720</sup>

Eine Folge der Uneinheitlichkeit der FDP waren innerparteiliche Schwächen, aus denen das Bestreben der Partei resultierte, in denjenigen politischen Bereichen Einfluss zu gewinnen, in denen die anderen Parteien nicht oder noch nicht aktiv geworden waren.<sup>721</sup> Die Vertreter des national-liberal ausgerichteten Flügels versuchten schon frühzeitig, durch den Appell an nationalsozialistische Ressentiments die FDP als starke Rechtspartei auszubauen. Hier trat man für die vollständige und sofortige Beendigung des alliierten Entnazifizierungsprogramms ein und ermunterte auch einst führende Nationalsozialisten ausdrücklich, in der Partei mitzuarbeiten.<sup>722</sup>

Für die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen war die FDP viel zu klein. Sie träumten von einer rechtsgerichteten bürgerlichen Massenpartei gegen die katholische CDU/CSU und die „Sozialisten“.<sup>723</sup> Bei diesen Bestrebungen entwickelte der mit Abstand größte Landesverband Nordrhein-Westfalen einen Führungsanspruch.<sup>724</sup> Die Parteiorganisation in den einzelnen Ländern war allerdings nicht einheitlich. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen war die Zahl hauptamtlicher Kräfte durch das System der „Außengeschäftsführung“ – das heißt, die Parteiangestellten waren nicht durch Wahl auf ihre Posten gelangt – besonders hoch.<sup>725</sup> Dieses System bot zum einen den ehemaligen NS-Funktionären eine lukrative Position und zum anderen die Möglichkeit, die Prozesse der politischen Meinungsbildung in der Partei stark manipulieren zu

---

<sup>718</sup> Wagner, Dietrich, FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1955, Boppart a. Rhein 1978, S. 17.

<sup>719</sup> Rütten, Theo, Von der Plattform-Partei zur Partei des liberalen Programms 1949-57, in: Wolfgang Mischnick (Hg.), Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P., Stuttgart 1989, S. 67.

<sup>720</sup> Wagner, FDP und Wiederbewaffnung, S. 17.

<sup>721</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>722</sup> Herbert, Best, S. 453.

<sup>723</sup> Juling, Peter, Programmatische Entwicklung der FDP 1949-1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim a. Glan 1977, S. 22.

<sup>724</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 78.

<sup>725</sup> Wagner, FDP und Wiederbewaffnung, S. 11.

können.<sup>726</sup> Auch stand der nordrhein-westfälische Landesverband finanziell besonders stabil da. Dies war nicht auf die normalen Mitgliedsbeiträge zurückzuführen, die in den meisten Landesverbänden nicht einmal zur Deckung der Ausgaben ausreichten, sondern auf Spendengelder des Ruhrindustriellen Hugo Stinnes jr.<sup>727</sup> Dem Landesverband Nordrhein-Westfalen machte Stinnes sogar das Angebot bis zur Bundestagswahl 1953 einen Überbrückungskredit von fünf Millionen DM zu gewähren beziehungsweise zu vermitteln.<sup>728</sup>

Unter dem Eindruck des Ergebnisses der Kommunalwahlen von 1948 hatte die nordrhein-westfälische FDP ihre nationale Prägung noch stärker in den Vordergrund gerückt. Der Führer der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion Friedrich Middelhauve forcierte seine Bemühungen um eine große Sammlungspartei rechts von der CDU.<sup>729</sup> Schon Ende 1949 waren in Nordrhein-Westfalen Wahlbündnisse mit der Deutschen Reichspartei und der Deutschen Konservativen Partei geschlossen worden.<sup>730</sup> Dies und ein Appellieren an nationalistische Emotionen durch Vokabular, das in diversen Reden verwandt wurde, machte die FDP für rechtsextreme Elemente interessant.

Zwischen den sehr liberal gesonnenen Parteimitgliedern und den Abgeordneten, die eine betont nationale Politik befürworteten, bauten sich weitere Spannungen auf.<sup>731</sup> In den innerparteilichen Kontroversen der FDP ging es konkret um die Frage, welche Haltung die Partei zu ehemals nationalsozialistischen Parteimitgliedern einnehmen sollte. Damit eng verknüpft war das Problem der Generalamnestie und das der „Nationalen Sammlung“.<sup>732</sup>

Die national-liberalen Teile der FDP nahmen die national-konservativen Wähler ins Visier, darunter viele aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Soldaten, die häufig mit gravierenden sozialen Problemen zu kämpfen hatten.<sup>733</sup> Gerade die Entnazifi-

---

<sup>726</sup> Rütten, *Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955*, S. 248.

<sup>727</sup> Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 366. Sowie: Wagner, *FDP und Wiederbewaffnung*, S. 11f. Die Abhängigkeit des Spendenaufkommens von Industrie und Handel führte dazu, dass Landesverbände mit großen Industrievierteln, wie z. B. Nordrhein-Westfalen keine Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Parteiorganisation hatten. Der Plan eines Finanzausgleichs scheiterte am Widerstand vor allem der nordrhein-westfälischen FDP, die ein solch hochpolitisches Druck- und Lenkungsmittel nicht aus der Hand geben wollte.

<sup>728</sup> Der Landesverband Nordrhein-Westfalen lehnte ab, weil die Höhe des geforderten Zinssatzes untragbar erschien. Stinnes wollte den Kredit allein beschaffen, was ihm aufgrund seiner Beziehungen zu internationalen Kreditquellen auch möglich gewesen wäre. Dies vermerkte Dehler in seinen persönlichen Aufzeichnungen. Siehe: ADL, NI-832, Personalakte von Dehler, Anlagen E-Z.

<sup>729</sup> Papke, *Unser Ziel ist die unabhängige FDP*, S. 55.

<sup>730</sup> Wagner, *FDP und Wiederbewaffnung*, S. 18.

<sup>731</sup> Papke, *Liberale Ordnungskraft*, S. 144.

<sup>732</sup> Wengst, Udo, *Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie*, München/ Oldenburg 1997, S. 171.

<sup>733</sup> Schubert, Klaus v., *Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952*, Stuttgart 1970, S. 73ff.

zierungsverfahren hinterließen bei ihnen ein Gefühl von Stigmatisierung und damit einhergehend oftmals Verbitterung, was die Distanz zum neuen demokratischen System noch verstärkte.<sup>734</sup> Durch das erfolgreiche Werben um diese Bevölkerungsgruppen veränderte sich die Mitgliederstruktur der FDP dergestalt, dass Naumann in der ersten Hälfte der 50er-Jahre eine Unterwanderung für möglich und sogar für realistisch halten konnte.<sup>735</sup> Die das Nationale betonenden FDP-Landesverbände hatten in der Zeit von 1950 bis 1952 nicht zufällig auch die stärksten Mitgliederzugänge.<sup>736</sup>

Aus der Zeit von August 1950 bis Ende 1951 sind nur wenige Informationen über Verbindungen zwischen Naumann und Mitgliedern der FDP erhältlich. Aber während dieser Periode übernahmen mehr und mehr ehemalige Nationalsozialisten Funktionen in der Partei, insbesondere in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Typische Beispiele waren der Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen Wolfgang Döring und der ehemalige HJ-Gebietsführer Siegfried Zoglmann<sup>737</sup>, Chefredakteur der FDP-nahen Wochenzeitschriften „Der Fortschritt“ und der später gegründeten „Deutschen Zukunft“ sowie Bundestagsabgeordneter der FDP. Beide besuchten auch ein Treffen der Bruderschaft in Bielefeld im Jahr 1951 und bekundeten dort, dass sie bei einer demokratischen Partei mitarbeiten würden, weil dies für ehemalige Nationalsozialisten der beste Weg sei, um wieder an die Macht zurückzukehren.<sup>738</sup> Immer wieder gab es Beschwerden über Nachrichten und Karikaturen in den Zoglmannschen Publikationen, die beispielsweise die „Dolchstoß-Propaganda“ unterstützten.<sup>739</sup>

---

<sup>734</sup> Zur Entnazifizierung vgl. Fürstenau, Justus, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied/ Berlin 1969. Siehe auch: Brochhagen, Ulrich, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994.

<sup>735</sup> Vgl. Hein, Dieter, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, Düsseldorf 1985, S. 133, 226f.

<sup>736</sup> Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 150.

<sup>737</sup> Geboren 1913 in der Tschechoslowakei begann Siegfried Zoglmann seine politische Laufbahn in der DNSAP. Ab 1931 war er Sekretär des Jugendverbandes der DNSAP und wirkte in Pilsen, Tropolau und Ostau. 1933 floh er nach Deutschland und diente in München bei der SA. In den Jahren 1937 und 1938 war er in der Sudetendeutschen Kanzlei in Berlin tätig. Erst mit den NS-Truppen kehrte er in die Tschechoslowakei zurück. Er wurde HJ-Führer im Protektorat und Abteilungsleiter im Amt des Reichsprotektors. Von 1943 bis Kriegsende diente er bei der Waffen-SS. Siehe dazu: Nelhiebel, Kurt, Die Henleins gestern und heute. Hintergründe und Ziele des Witikobundes, Frankfurt a. M. 1962, S. 66. Siehe auch: ADL, NI-832, Personalakte von Dehler, Anlagen E-Z. Sowie: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 86.

<sup>738</sup> Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>739</sup> Siehe: BA, NL 80/276/019, Brief von v. Loessl an Blücher, 5.10.1952. Beispielsweise berichtete Ottmar von Loessl an Blücher, trotzdem er auf den letzten Bundes- und Landesparteitagen Einspruch gegenüber Zoglmann und seinen „widerlichen Karikaturen“ in seiner Zeitung erhoben habe, sei in der letzten Nummer eine Karikatur erschienen, „die einem offiziellen Organ der FDP unwürdig“ sei. Die gleiche Zeitung hatte fettgedruckt in ihrer Ausgabe vom 19. Juli 1952 die Nachricht verbreitet, dass Deutschland bei Ende des Krieges fast zwei fertige Atombomben gehabt habe, deren Einsatz nur nicht möglich gewesen sei, weil die Zünder nicht rechtzeitig kamen.

Über Zoglmann gab es auch Kontakte zum revisionistischen Witikobund, „eine lebenslange Gemeinschaft der Besten des Sudetendeutschums“.<sup>740</sup> Zoglmann war Witikone der ersten Stunde<sup>741</sup>, genauso wie der Landtagsabgeordnete und FDP-Funktionär in Nordrhein-Westfalen, sowie Bundesführer der liberalen Jugendorganisation „Junge Adler“<sup>742</sup> und Vorsitzender des Witikobundes Dr. Heinz Lange. Geboren 1914 war Lange ehemaliger HJ-Oberbannführer und früheres Mitglied der Waffen-SS.<sup>743</sup>

Anfang 1951 erhielt Bornemann im Auftrag des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Friedrich Middelhaue<sup>744</sup> aus der Geschäftsstelle der FDP in Nordrhein-Westfalen eine Einladung anlässlich eines Vortrags.<sup>745</sup> Und schon wenige Monate später,

---

<sup>740</sup> Der Witikobund wurde 1950 als Nachfolgeorganisation des 1926 entstandenen Kameradschaftsbundes (KB), der seine Mitglieder aus dem rechten Flügel der deutschen, bürgerlichen Jugend rekrutierte, gegründet. Im Witikobund sammelten sich die politisch aktiven Kräfte des volkstumpolitischen lebendigen Lagers der sudetendeutschen Volksgruppe in der Absicht, das „ererbte Ideengut“ zu überprüfen und auf die neue Aufgabenstellung nach der Vertreibung anzuwenden. Hauptziel war die Revision der territorialen Ergebnisse von 1945. Der Witikobund forderte weiter eine Einheit Europas auf Grundlage des christlich abendländischen Kulturguts und die Anerkennung der gleichberechtigten Völker als „gottgeschaffene natürliche Einheiten“ im Wege der föderalistischen Gestaltung. Krieg als Mittel zum Zweck lehnte er ab. Der Witikobund war keine Massenorganisation, sondern hatte vielmehr elitären Anspruch. Für die Aufnahme galt das Admissionsprinzip. Jeder Interessent musste zwei Bürgen stellen, die bereits Mitglieder waren. Ende der 1950er-Jahre waren es 634 Mitglieder. Die meisten Angehörigen des Witikobundes waren schon Mitglieder der Henleinpartei, die im Oktober 1933 entstand. Siehe: Stickler, Matthias, 'Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch'. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004, S. 324f. Siehe auch: Nelhiebel, Die Henleins gestern und heute, S. 8-14. Sowie: Ohlbaum, Rudolf, Bayerns vierter Stamm – die Sudetendeutschen. Herkunft, Neubeginn, Persönlichkeiten, München 1981, S. 41. Und: Brand, Walter, Zehn Jahre Witikobund, in: Die Marbacher Verträge 1958, Frankfurt a. M. 1958, S. 3-24. Sowie: Salzborn, Samuel, Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 2000, S. 108.

<sup>741</sup> Siehe dazu auch: Brumlik, Micha, Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen, Berlin 2005, S. 250.

<sup>742</sup> Der Anstoß zur Gründung der „Jungen Adler“ war 1950 von Heinz Lange ausgegangen. Die Aktivitäten des Nachwuchses, der sich in einem „Horst“ zusammenfand, reichten vom einfachen Zeltlager bis hin zu gemeinsamen mit den Deutschen Jungdemokraten durchgeführten Auslandseinsätzen. Vgl. Rommel, Hans-Otto, Die Deutschen Jungdemokraten nach 1945, in: Liberale Vierteljahreshefte für Politik und Kultur 22 (1980), S. 568. Sowie: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 89. Und: Tauber, Beyond Eagle and Swastika, Bd. 1, S. 400.

<sup>743</sup> Vgl. Nelhiebel, Die Henleins gestern und heute, S. 14.

<sup>744</sup> Friedrich Middelhaue wurde am 1896 in Siegen Westfalen geboren. Im Ersten Weltkrieg war er als Dolmetscher tätig. 1919 bis 1921 studierte er Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte in Marburg, Münster, Bonn und Köln. 1921 promovierte er in Köln und gründete im Anschluss die Buchhandlung Middelhaue in Leverkusen. Drei Jahre später gründete er in Opladen die Druckerei Middelhaue. Bis 1933 war er stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Staatspartei im Wahlkreis Düsseldorf und Kreisvorsitzender im Rhein-Wupper-Kreis. 1938 übernahm er ein Papierverarbeitungswerk in Köln-Elberfeld. Seine Tätigkeit während des Krieges ist unbekannt. Im Mai 1945 gründete er die Aufbaupartei im Rhein-Wupper-Kreis. Mitte 1946 gründete er den Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP durch Zusammenschluss der Aufbau-Partei mit anderen politischen Gruppen und war seitdem dessen Vorsitzender. Er kam als Abgeordneter in den ersten ernannten und in den zweiten gewählten Landtag von Nordrhein-Westfalen und war auch Fraktionsvorsitzender. 1947 gründete er den Westdeutschen-Verlag sowie den Friedrich-Naumann-Verlag und war Mitherausgeber der „Westdeutschen Rundschau“. 1949 wurde er FDP-Mitglied des Bundestags. Sein Bundestagsmandat legte er allerdings im Oktober 1950 wieder nieder. Ausdrücklich ist zu betonen, dass es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass Middelhaue überzeugte Anhänger des Nationalsozialismus oder Antisemit gewesen ist. Siehe: ADL, NI-832, Personalakte von Dehler, Anlagen E-Z. Siehe auch: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 28-33.

<sup>745</sup> NARA, FO 371/103910, Einladung aus der Geschäftsstelle der FDP an Bornemann, 17.3.1951, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, März 1953).

am 18. Juli 1951, wurde Bornemann von Zoglmann zu den öffentlichen Veranstaltungen des Landesparteitags der FDP in Nordrhein-Westfalen eingeladen.<sup>746</sup>

Auch der nordrhein-westfälische Landesgeschäftsführer Lothar Weirauch war mit einer nationalsozialistischen Vergangenheit belastet. Als Ministerialbeamter in Schlesien hatte er die „Aussiedlungen“, unter anderem die Deportation von Geisteskranken aus Heilanstalten nach Kobierzyn, von wo aus sie später nach Auschwitz gebracht wurden, organisiert. Später wurde er der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ in Krakau zugeteilt und fungierte zunächst als stellvertretender Leiter der Gruppe bzw. Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, womit er die Nachfolge des „Rassewissenschaftlers“ und Antisemiten Fritz Arlt antrat. Am 27. Oktober 1942 war Weirauch als Vertreter des Generalgouvernements bei der dritten Besprechung über die „Endlösung der Judenfrage“ in der Nachfolge der Wannsee-Konferenz dabei. Er soll den Plan verbreitet haben, bei der Umsiedlung von 200.000 Polen im Osten des Generalgouvernements zur Ansiedlung deutscher Wehrbauern mit einem Drittel der Polen – 70.000 alten Leuten und Kindern unter 10 Jahren – so zu verfahren wie mit den Juden. Das bedeutete, sie zu töten. Der Amtsarzt von Warschau war schockiert und wandte sich direkt an Hitler. Der Tabubruch der Verwendung des Wortes „töten“ sorgte für Aufregung.<sup>747</sup> Nach dem Krieg nahm Weirauch eine Geheimdienstkarriere auf, die allerdings noch heute voller Rätsel ist.<sup>748</sup> Im FDP-Freundeskreis soll Weirauch sich gerühmt haben, sowohl für den britischen Nachrichtendienst als auch für den der KPD tätig zu sein.<sup>749</sup>

Im niedersächsischen Hannover war der ehemalige HJ-Gebietsführer Horst Huisgen<sup>750</sup> besonders aktiv. Er war Parteisekretär, unter dessen Einfluss die niedersächsische FDP mit dem Landesvorsitzenden Artur Stegner eine extrem nationalistische Politik einlei-

---

<sup>746</sup> NARA, FO 371/103910, Einladung von Zoglmann an Bornemann, 18.7.1951, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, März 1953). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103899 sowie BA, NL 80/272/240.

<sup>747</sup> Vgl. Leide, Henry, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 285f.

<sup>748</sup> Ebenda, S. 284.

<sup>749</sup> Ebenda, S. 287f.

<sup>750</sup> Horst Huisgen, Jahrgang 1913, übte seit 1934 eine hauptamtliche Tätigkeit für die HJ aus. Ab 1937 war er HJ-Oberführer, seit Januar 1938 Hauptreferent im Stab der Reichsjugendführung, seit Mai 1939 im RMVP, dort Leiter des Referats II/6, Jugend und Sport. Von Dezember 1940 bis Februar 1941 war er nebenamtlich Generalbefehlshaber des HJ-Gebietes Oberschlesiens. Dann schied er im Februar 1941 aus dem RMVP aus und war Führer des HJ-Gebietes Oberschlesien in Kattowitz. 1941 folgte die Beförderung zum Hauptbefehlshaber. 1941 bis 1945 war er Dezernent bei der Provinzialverwaltung in Oberschlesien sowie Leiter des Landesjugend- und Sportamtes und Senator der Arbeitskammer. Siehe dazu: Glienke, Stephan A., Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, Hannover 2012, S. 164. Siehe auch: Klausch, Hans Peter, Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP. Zur NS-Vergangenheit niedersächsischer Landtagsabgeordneter in der Nachkriegszeit, Hannover o. Jahr, S. 8.

tete<sup>751</sup>, unabhängig von der Bundespartei in Bonn.<sup>752</sup> Schon 1948 hatte Horst Huisgen zu einem Schwarzmarktkreis ehemaliger HJ- und SS-Führer um den ehemaligen Oberbannführer Paul Gudermann gehört. Dieser war ins Leben gerufen worden, um Parteien zu unterwandern.<sup>753</sup> Huisgen war als Landesgeschäftsführer von Middelhaue an Stegner vermittelt worden.<sup>754</sup> Wegen der finanziellen Schwäche des Landesverbandes erklärte sich Middelhaue bereit, Huisgens Bezahlung vorzuschießen.<sup>755</sup> Huisgen lebte damals von den Erträgen einer Papiergroßhandlung, die er zusammen mit Dr. Thiesler aus Nordrhein-Westfalen unterhielt, und bei der auch der FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen seinen Papierbedarf deckte. Um die Finanzierung des niedersächsischen Landesverbandes sicherzustellen, wurde die „Gesellschaft für Niedersächsische Wirtschaftsförderung“ gegründet, deren Leitung Huisgens Kompagnon Dr. Thiesler übertragen wurde. Diese Gesellschaft sollte in Verbindung mit einer Anzeigenwerbung für das Parteiorgan „Das Sprachrohr“, die Finanzverhältnisse des FDP-Landesverbandes Niedersachsen verbessern. Seine neuen Mitarbeiter wählte Huisgen aus seinem Bekanntenkreis ehemaliger NSDAP-Funktionäre. In Frage kamen prinzipiell nur solche, die nachweislich nicht ihre Gesinnung geändert hatten.<sup>756</sup> Zum Organisationsleiter bestellte er Friedrich G. Brinkmann, der vor 1945 NSFK-Gruppenführer in Schlesien war. Und auch den demagogischen Parteiredner Major a.D. Herbert Freiburger kannte Huisgen aus seiner Zeit in Ostpreußen. Nach diesem Prinzip erfolgte die personelle Besetzung der Landesgeschäftsführung und der angeschlossenen „Gesellschaft für niedersächsische Wirtschaftsförderung“ sowie des Niedersachsen-Verlags, in dem das Sprachrohr erschien, bis zum letzten Laufjungen hinab. Dieser Laufjunge hieß Schulz-Thomale, war ehemaliger HJ-Führer und SS-Mann. Nach 1945 betätigte er sich aktiv in der Deutschen Union in Hannover.<sup>757</sup>

---

<sup>751</sup> Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>752</sup> Roth, Götz, Fraktion und Regierungsbildung. Eine monographische Darstellung der Regierungsbildung in Niedersachsen im Jahre 1951, Meisenheim a. Glan 1954, S. 70.

<sup>753</sup> NARA, FO 371/103903, Brief von Peter an Bornemann, 15.2.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 9.2.1953). In diesen Kreis hatte Peter 1948 auch Griesmayr eingeführt.

<sup>754</sup> Dehler notierte allerdings in seinen persönlichen Aufzeichnungen, dass Huisgen zunächst in die nordrhein-westfälische FDP eingetreten war, allerdings aufgrund von Differenzen mit Middelhaue nach Niedersachsen gewechselt war. Vgl. ADL, NI-832, Personalakte von Dehler, Anlagen E-Z.

<sup>755</sup> BA, NL 80/248/127-132, Brief von Seidler an Blücher, 12.5.1953. Der Journalist Horst Seidler war an Blücher herangetreten, weil sich „gewisse Herren“ des FDP-Landesverbandes an ihn gewandt hatten, um ihm als ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS ihre Unterwanderungsabsichten zu erläutern.

<sup>756</sup> Ebenda.

<sup>757</sup> Ebenda.

Die Mittel, die der niedersächsischen FDP von der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden, nutzte Huisgen dafür, durch die Einschleusung von Kreisgeschäftsführern, die vom Landesverband angestellt und bezahlt wurden, in den unteren Parteiorganisationen Einfluss und Macht zu gewinnen. Die Bezirks- und Kreisverbände erhielten keine Gelder vom Landesverband, mit denen sie sich selbst einen Geschäftsführer hätten bestellen können. Die Tätigkeit der besoldeten Geschäftsführer bestand darin, die zumeist schwachen und aufgrund des Mangels an finanziellen Mitteln auch nicht sehr aktiven Kreisverbände im Sinne der Landesgeschäftsführung gleichzuschalten.<sup>758</sup> Dadurch konnte eine erweiterte Basis für die Unterwanderung geschaffen werden. Die bestehenden liberal gesinnten FDP-Kreisverbände wurden durch gelenkte Neueintritte ehemaliger Nationalsozialisten mit diesen durchsetzt.<sup>759</sup> Dazu nahm Huisgen Kontakt zum Naumann-Kreis auf. Mitte des Jahres 1951 erhielten Scheel und Kaufmann Besuche von dem Landtagsabgeordneten Huisgen, dem ehemaligen Gruppenführer Robert Schormann und dem ehemaligen Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK)-Obergruppenführer Heinrich Schäfer-Hansen<sup>760</sup>. Sie diskutierten die Belange der FDP in Hannover. Dabei bestätigten die FDP-Angehörigen, dass die Zeit für eine politische Reaktivierung der ehemaligen Nationalsozialisten, die noch immer nach dem Führerprinzip dachten, gekommen und dass die FDP ein geeigneter Ausgangspunkt dafür sei.<sup>761</sup>

Währenddessen trat Naumann unabhängig davon durch seinen Freund, den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Günther Schwägermann, Goebbels früheren Adjutanten und zu dieser Zeit Huisgens Protégé in der FDP, mit genau demselben Flügel der FDP in

---

<sup>758</sup> BA, NL 80/253/178-187, Darstellung von Blücher über die Entstehung und Entwicklung der Gegensätze in Niedersachsen, 2.6.1953. Das gelang besonders im ländlichen Kreis Niedersachsens leicht, da einerseits die Mitgliederzahlen gering waren und andererseits schon wegen der räumlichen Entfernung Versammlungen nur sehr schwach besucht wurden. Schwierig war die Gleichschaltung, wo fest fundierte und starke Kreisverbände der FDP bestanden, beispielsweise in Hannover, Göttingen Emden und Oldenburg. Auch hier wurden ähnliche Versuche gemacht. Bereits um die Wende des Jahres 1950/51 erhielt der DRP-Bundestagsabgeordnete Dr. Herwart Miessner von Stegner den Auftrag, den Kreisverband Hannover gleichzuschalten. Dies erzählte Miessner Frau Kalinke auf einer Bahnfahrt.

<sup>759</sup> BA, NL 80/248/127-132, Brief von Seidler an Blücher, 12.5.1953. Bezeichnend dafür ist der Übertritt der DRP-Kreisgruppe Hannover von MdB Dr. Miessner in die FDP, mit der eine Umsetzung des Kreisvorstandes im Sinne von der Clique Huisgen erreicht werden sollte. Ein besonderer Fall war auch der Beitritt von Rechtsanwalt Dr. Kühne in die FDP. Kühne gab seine politischen Beziehungen aus der Zeit vor 1945 nicht auf und war nach dem Krieg Rechtsberater für die ehemalige Waffen-SS. Durch Dr. Thiesler wurde Dr. Kühne mit dem Huisgen-Kreis bekannt und mit dem Aufbau des FDP-Kreisverbandes Rinteln beauftragt. Seit seinem Umzug nach Hannover war Kühne der Referent für den Rechts- und Sitzungsausschuss des FDP-Landesverbandes Niedersachsen. Der außerordentliche FDP-Landesparteitag in Niedersachsen am 12. April 1953 in Hannover zeigte, wie weit auch schon die Kreisverbände unterwandert waren.

<sup>760</sup> Schäfer-Hansen war auch im Herausgeberstab der „Deutschen Soldatenzeitung“. Siehe: Klee, Personenlexikon, S. 525.

<sup>761</sup> Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Hannover in Verbindung. Naumann lud Huisgen und Schwägermann ein, ihn im Herbst 1951 zu besuchen. Gemeinsam arbeitete Naumann hier mit Huisgen, Hausser und dem ehemaligen SS-Obergruppenführer und Organisator der HIAG Herbert Gille an Pressemitteilungen, um auf CDU-Attacken gegen die SS zu antworten.<sup>762</sup> Bei dieser Gelegenheit erklärte Naumann, er halte es für richtig, dass Huisgen sich wieder politisch betätige.<sup>763</sup>

Schon im März 1951 erhielt Blücher Beschwerden vom Landesverband Niedersachsen. Die Sorgen, die sich viele um die Partei machten, hätten ihre vollste Bestätigung durch die niedersächsische Landesliste erhalten. Der Vorstand bestünde hauptsächlich aus ehemaligen Nationalsozialisten. Es müsse um die Partei schon schlecht bestellt sein, wenn es nicht möglich sei, eine Liste von anderen Personen aufzustellen.<sup>764</sup>

Die zwischen den gemäßigten Liberalen und den rechtsgerichteten Elementen existierenden Spannungen wurden im Verlauf des Münchener Bundesparteitages am 21. September 1951 erstmals öffentlich sichtbar. Nach einer Kundgebung hatte ein Teil der Anwesenden auf Veranlassung des Hauptgeschäftsführers gegen alle Verabredungen das Deutschlandlied angestimmt und davon alle drei Strophen gesungen.<sup>765</sup> Erkennbar für die Öffentlichkeit sollte ein erstes Zeichen der Öffnung der Gesamtpartei nach rechts gesetzt werden.<sup>766</sup> Zwar hatte der Landesverband Hamburg eine Woche vor Beginn des Parteitags eine Dokumentation an alle Landesverbände der FDP gesandt, in welcher Fakten bezüglich der Unterwanderung des Landesverbandes Niedersachsen durch ehemalige Nationalsozialisten enthalten waren.<sup>767</sup> Doch die Parteirechte in München fühlte sich stark genug, den Gegenkandidaten Hans Albrecht von Rechenberg zu Franz Blücher bei der Wahl des Ersten Vorsitzenden aufzustellen. Von Rechenberg erhielt bei dieser Wahl immerhin 91 Stimmen gegenüber 193 Stimmen, die für Blücher abgegeben wurden.<sup>768</sup> Dieses Vorgehen förderte den Widerstand der altliberalen Landesverbände. Der bayeri-

---

<sup>762</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>763</sup> BA, NL 80/248/119-124, Zwischenbericht von Thomas Dehler: Vorkommnisse im Landesverband Niedersachsen, 10.6.1953.

<sup>764</sup> Vgl. BA, NL 80/250/084, Schreiben von Baxmann an Blücher, 19.3.1951. Sowie: BA, NL 80/250/023, Schreiben von Höhne an Selle, 12.11.1951.

<sup>765</sup> Rütten, Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955, S. 231.

<sup>766</sup> Ebenda, S. 232.

<sup>767</sup> Vgl. BA, NL 80/248/119-124, Zwischenbericht von Thomas Dehler: Vorkommnisse im Landesverband Niedersachsen, 10.6.1953. Sowie: BA, NL 80/253/203-208, Schreiben von Dehler an den Vorstand der Bundespartei der FDP in Bonn, 10.6.1953. Gegenstand der Hauptbeschwerde war das Verhalten von Hauptgeschäftsführer Horst Huisgen. Er hatte die Organisation des Landesverbandes einseitig mit ehemaligen Nationalsozialisten durchgesetzt und ständigen Kontakt zu rechtsextremen Kreisen.

<sup>768</sup> Rütten, Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955, S. 234f.

sche FDP-Landesvorsitzende Thomas Dehler sprach sich zwar für Mäßigung aus, dennoch kam die Partei auch in den folgenden Monaten nicht zur Ruhe.<sup>769</sup>

Ein Grund dafür war die Entnazifizierungspolitik der FDP. Insgesamt vertraten die Freidemokraten die Forderung nach Beendigung der Verfahren gegen die Hauptschuldigen und verlangten ein Ende der „Kollektivschuld“-Vermutung gegenüber SS- und Gestapo-Angehörigen.<sup>770</sup> Die nordrhein-westfälischen Demokraten gingen bezüglich der Entnazifizierung mit einer Rigidität vor, die mancherorts Bedenken hervorrief. Im Februar 1951 hatten sie dem Landtag einen Gesetzesentwurf präsentiert, der die sofortige Einstellung sämtlicher Verfahren, die Vernichtung aller diesbezüglichen Akten sowie die Rehabilitierung jener Beamten vorsah, die im Zuge der Entnazifizierung von ihren Posten entfernt worden waren.<sup>771</sup> Der Gesetzesentwurf der FDP regte eine gemeinsame Vorlage des Landtagshauptausschusses zum Abschluss der Entnazifizierung an, die im Januar 1952 mit großer Mehrheit angenommen wurde.<sup>772</sup> Die nordrhein-westfälischen Demokraten bezeichneten ihren Vorschlag selbst als „tabula rasa Prinzip“. Seine Signalwirkung für die von Middelhaue im Zuge seines Öffnungskurses anvisierten Zielgruppen war offensichtlich.<sup>773</sup> Als Sprecher der national-liberalen Fraktion für die Generalamnestie trat dabei Ernst Achenbach auf, der seit Kriegsende eine Vielzahl von Entnazifizierungsverfahren begleitet hatte. Er betrachtete die Verfahren als „schwere Belastung für den neu aufzubauenden freiheitlichen und demokratischen deutschen Rechtsstaat.“<sup>774</sup> In Sachen Amnestie hatte sich Achenbach bereits im Vorfeld einen Namen gemacht. Schon bei den Nürnberger Kriegsprozessen hatte er einige Angeklagte des Auswärtigen Amtes und der IG-Farben verteidigt und sich als Anwalt erfolgreich dafür eingesetzt, dass Verfahren über NS-Verbrechen immer wieder ausgesetzt worden waren.<sup>775</sup> Im Oktober 1951 riefen Achenbach, Middelhaue und andere Mitglieder der FDP einen „Vorbereitenden Ausschuss zur Herbeiführung der Generalamnestie“ ins Leben, dem sich auch CDU-Politiker anschlossen. Während Achenbach für die Organisation und Logistik verantwortlich war, kündete der Inhalt des Unterstützungs-

---

<sup>769</sup> Wengst, Thomas Dehler, S. 173f.

<sup>770</sup> Herbert, Best, S. 453.

<sup>771</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 68.

<sup>772</sup> Fürstenau, Entnazifizierung, S. 216.

<sup>773</sup> Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 158.

<sup>774</sup> Zit. nach: Ebenda, S. 157.

<sup>775</sup> Miquel, Marc von, Juristen: Richter in eigener Sache, in: Norbert Frei (Hg.), Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a. M./ New York 2001, S. 233f. Siehe auch: Frei, Vergangenheitspolitik in den fünfziger Jahren, S. 87.

aufrufs von der geistigen Vaterschaft des Völkerrechtsprofessors Friedrich Grimm<sup>776</sup>, der während des Dritten Reichs glühender Verehrer von Hitler und bekennender Antisemit gewesen war.

In der nordrhein-westfälischen FDP wurden zusehends die Hemmschwellen gegenüber einer Zusammenarbeit mit alten NS-Größen niedergerissen. Die Koordination der Generalamnestie-Kampagne lag nämlich in den Händen von Werner Best<sup>777</sup>, dem früheren Stellvertreter Heydrichs im Reichssicherheitshauptamt, der die „Boxheimer Dokumente“ verfasst hatte. Nachdem Best nach Kriegsende als ehemaliger Reichsbevollmächtigter in Dänemark zunächst zum Tode verurteilt worden war, wurde er am 29. August 1951 nach Deutschland entlassen. Hier fungierte er als Rechtsberater des Hugo-Stinnes-Konzerns und auf Verabredung mit Hugo Stinnes jr. auch als Mitarbeiter der Rechtsanwaltskanzlei von Achenbach in Essen. Direkt nach seiner Ankunft in Deutschland hatte Best wieder mit einer aktiven politischen Tätigkeit begonnen. So sprach er beispielsweise Ende des Jahres 1951 auf Einladung des ehemaligen HJ-Führers und Chefredakteurs der „Aachener Nachrichten“ Hermann Schaefer von der FDP vor geladener Versammlung, bei dem der damalige Referendar und spätere FDP-Bundesvorsitzende Dr. Otto Graf Lambsdorff den Vorsitz führte.<sup>778</sup> Best, der sich auch „Rechtsberater des [FDP-] Landesverbandes Nordrhein-Westfalen“ nannte<sup>779</sup>, fand 1952 nichts mehr dabei, Dehlers Beamte mit dreisten Denkschriften für die Erweiterung des Straffreiheitsgesetzes von 1949, in denen eine Ausdehnung auf sämtliche als irgendwie

---

<sup>776</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 54-62, 69. Friedrich Grimm, Jahrgang 1888, begann nach seinem 1907 an einem humanistischem Gymnasium abgelegten Abitur ein Studium der Rechtswissenschaften. Dieses führte ihn nach Zwischenstationen in Genf, Marburg und Berlin nach Münster, wo er 1910 mit einer Arbeit über „Jugendliches Alter als Schuldausschließungsgrund“ promoviert wurde. 1914 trat Grimm in die Essener Anwaltspraxis von Adolf Kempkes ein, der nach dem Ersten Weltkrieg zu den Mitbegründern der DVP und zu den Vertrauten und Anhängern Gustav Stresemanns zählte. Röchling, Thyssen, Krupp oder Stinnes vertrauten Grimm bei der Vertretung ihrer Interessen vor den internationalen Gerichten. Gerade, weil Grimm das Vertrauen höchster Nationalsozialisten genoss, wandten sich nach 1933 auch solche Personen an ihn, die ins Visier der neuen Machthaber geraten waren. So vertrat er beispielsweise Konrad Adenauer in einem Dienststrafverfahren. 1933 trat Grimm der NSDAP bei. Von 1933 bis 1945 gehörte er der NSDAP-Fraktion im Reichstag an und diente der NS-Propaganda durch zahlreiche Veröffentlichungen.

<sup>777</sup> Geboren 1903 in Darmstadt war Werner Best Jurist und seit 1930 aktiv in der NSDAP. Im September 1933 war er Organisationschef des Sicherheitsdienstes SD in München. 1935 wirkte er mit beim Aufbau der Gestapo. Auf ihn ging die Gestapoallmacht, also Verhaftungen ohne richterliche Befehle zurück. Er war Leiter des Geheimen Staatspolizeiamts, Chef Hauptamt I. Er organisierte und koordinierte die Morde der Einsatzkommandos in Polen. Von August 1940 bis Juni 1942 war er Chef des Verwaltungsstabs beim Militärbefehlshaber Frankreich und leitete die Judenverfolgung ein. Ab November 1942 war er Reichsbevollmächtigter in Dänemark und versuchte hier, die Endlösung durchzuführen. Siehe: Klee, Personenlexikon, S. 45. Siehe auch: Conze/ Frei/ Hayes/ Zimmermann (Hg.), Das Amt und die Vergangenheit, S. 191f., 245, 247. Sowie: Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung, S. 245.

<sup>778</sup> BA, NL 80/262/034, Schreiben von Pick an Middelhauve, 17.1.1953.

<sup>779</sup> BA, NL 80/260/159-164, Darstellung der Vorgänge von Rinné für Blücher und Dehler, 28.1.1953.

„politisch“ definierbare Straftaten“ verlangt wurde, einzudecken.<sup>780</sup> In der Bundestagsdebatte im September 1952 über die „Kriegsverbrecherfrage“ wurde eine Generalamnestie abgelehnt. Der amerikanische Hochkommissar John J. McCloy hatte bereits Monate zuvor in der Presse klargestellt, dass er eine Generalamnestie auf keinen Fall unterstützen würde.<sup>781</sup> Achenbachs „Büro für eine Generalamnestie“ in Essen rief nun am 4. Oktober 1952 öffentlich einen „General-Amnestie-Ausschuss“ ins Leben<sup>782</sup>, der sich vermehrt auf die Rechtsprechung konzentrierte und versuchte die Einstellung aller innerdeutschen Verfahren zu erreichen.<sup>783</sup> Neben Best war auch der ehemalige SS-Brigadeführer und SD-Mitarbeiter Franz Alfred Six<sup>784</sup>, bei dem der Karrierebruch nach dem Krieg sieben Jahre gedauert hatte<sup>785</sup>, mit der Vertretung publizistischer Anliegen befasst.<sup>786</sup>

Insgesamt führte die Kampagne zu einem großen Zulauf zur FDP, ohne dass die Frage der politischen, moralischen und strafrechtlichen Verantwortung für millionenfachen Mord noch eine Rolle zu spielen schien.<sup>787</sup>

---

<sup>780</sup> Frei, Norbert, *Vergangenheitspolitik in den fünfziger Jahren*, S. 87. Vgl. auch: Herbert, Ulrich, Werner Best – Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, Berlin 1997, S. 5, 19. Siehe auch: Kittel, *Legende von der „Zweiten Schuld“*, S. 244.

<sup>781</sup> Fischer, Torben/ Lorenz, Matthias N. (Hg.), *Lexikon der Vergangenheitsbewältigung. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945*, Bielefeld 2007, S. 103.

<sup>782</sup> Buschfort, *Geheime Hüter der Verfassung*, S. 246.

<sup>783</sup> Fischer/ Lorenz (Hg.), *Lexikon der Vergangenheitsbewältigung*, S. 103.

<sup>784</sup> Vgl. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 134, 142, 892, 1047. Six wurde 1909 in Mannheim geboren. Er promovierte in Geschichte und Staatswissenschaft. Nachdem er Dozent in Königsberg war, wurde er 1938 Professor. 1939 war er kommissarischer Leiter der Hochschule für Politik in Berlin. 1940 hatte er eine Professur für Auslandskunde und war im Präsidium des deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts. Er gab die „Dokumente der deutschen Politik“ und die „Kräfte und Mächte der Weltpolitik“ sowie die „Kleine Auslands-Kunde“ heraus. Während des Kriegs war er Chef des Amtes VII (Wissenschaften) des RSHA und vorübergehend auch im Amt III (Inlandsnachrichtendienst des RSHA sowie Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt im Range eines Gesandten. Seit 1933 war er Mitglied der NSDAP, später SS-Obergruppenführer und im „Vorkommando Moskau“ der Sipo. Er leitete SD-Einsatztruppen zur Liquidation unzuverlässiger Elemente in rückwärtigen Frontgebieten. Bei Kriegsende versuchte er mit der Schweiz zu verhandeln. Im Einsatzgruppenprozess in Ohlendorf wurde er als Kriegsverbrecher zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde 1951 auf die Hälfte herabgesetzt und 1952 wurde er durch einen Gnadenakt entlassen. Dank Mithilfe seines Mentors Reinhard Höhn und seines früheren Mitarbeiters im Auswärtigen Amt Ernst Achenbach wurde er als Geschäftsführer beim Darmstädter Leske-Verlag beschäftigt. Friedrich Flick stiftete Six für den Aufbau des Verlags 100.000 DM. Six wurde von Gehlen als Top-Kundschafter hochgeschätzt. Nebenher war Six Zuträger für den „Spiegel“. Er förderte das deutsche Nachrichtenmagazin, denn zwei seiner Schützlinge verhalfen dem „Spiegel“ zum Aufstieg, der ohne die leitenden Redakteure Horst Mahnke und Georg Wolff wohl nicht zum „Sturmgeschütz der Demokratie“ hätte werden können. Horst Mahnke war SS-Hauptsturmführer, Georg Wolf SS-Obersturmführer. Siehe: ADL, NI-832, Personalakte von Dehler, Anlagen E-Z. Sowie: Conze/ Frei/ Hayes/ Zimmermann (Hg.), *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 146, 207, 474. Und: Koch, *Enttarnt*, S. 13, S. 212. Siehe auch: Eichner, Klaus/ Schramm, Gotthold (Hg.), *Angriff und Abwehr. Die deutschen Geheimdienste nach 1945*, Berlin 2007, S. 112ff.

<sup>785</sup> Hachmeister, Lutz, *Die Rolle des SD-Personals in der Nachkriegszeit. Zur nationalistischen Durchdringung der Bundesrepublik*, in: *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung*, Hamburg April/ Mai 2002, S. 24.

<sup>786</sup> Buschfort, *Geheime Hüter der Verfassung*, S. 246.

<sup>787</sup> Ebenda, S. 461.

Währenddessen war Achenbach auch auf anderer Ebene aktiv. Auf sein Betreiben – mit Beteiligung von Professor Grimm, der Mitglied der FDP im Kreisverband Essen war<sup>788</sup> – wurde der ehemalige Naumann-Untergebene, SS-Standartenführer Wolfgang Diewerge<sup>789</sup>, „einer der radikalsten antijüdischen Publizisten“<sup>790</sup> persönlicher Mitarbeiter von Friedrich Middelhaue<sup>791</sup>, und dies, obwohl er kein Mitglied der FDP war.<sup>792</sup> Dies war ein durchschlagender Erfolg für Naumann. Diewerge zog schnell weitere ehemalige NS-Funktionäre nach, „sodass sich die Liste der Referenten in der nordrhein-westfälischen FDP-Geschäftsstelle Anfang 1953 wie ein Verteiler für die Einladung zu einem nationalsozialistischen Veteranentreffen las.“<sup>793</sup> Dazu gehörten der ehemalige SS-Generalmajor, letzter Kommandeur der Hitlerjugend und derzeitiger Außengeschäftsführer des Bundesverbandes der FDP in Düsseldorf Hugo Kraas<sup>794</sup>, SS-Standartenführer und derzeitiger Außengeschäftsführer der FDP in Aachen Carl Peter Marks<sup>795</sup>, HJ-Obergebietsführer und derzeitiger Außengeschäftsführer des Bundesverbandes der FDP-

---

<sup>788</sup> Hier hatte er neben Freiburg auch seinen zweiten Wohnsitz begründet. Vgl. BA, NL 80/260/148, Erklärung von Prof. Grimm über die eidesstattliche Erklärung von Erik Rinné vom Jan. 1953, 4.2.1953.

<sup>789</sup> Wolfgang Diewerge wurde 1906 in Stettin geboren. Am 1. August 1930 trat er mit der Mitgliedsnummer 278 234 in die NSDAP ein, der er davor unter dem Decknamen Diege angehört hatte. Er bekam das Goldene Parteiabzeichen und war ehrenhalber Mitglied des RDB. Seit 1926 war er Mitarbeiter der NS-Presse. Er war Autor der Schriften „Polnischer Blutterror“, „Der Fall Gustloff“, „Juden hetzen gegen Deutschland“ und „Anschlag gegen den Frieden“. Er war auch Sonderberichterstatler bei den Judenprozessen in Kairo, Bern, Basel und Sachbearbeiter des Mordfalles Grünspan. Politischer Leiter war er seit dem 1. August 1930 sowie Mitarbeiter der Gaurechtsabteilung und des Gaupresseamtes des Gaues Berlin. Er war Reichsgeschäftsführer der Deutschen Turnerschaft, seit Mai 1933 Hauptstellenleiter in der Leitung der Auslandsorganisation, seit 1935 Reichsredner, Auslandsredner und Leiter des Reichspropagandaamtes sowie Landeskulturverwalter in Danzig, Referent für Frankreich, die Schweiz, Nordafrika und Ägypten und Leiter der Rundfunkabteilung im RMVP. Im Zweiten Weltkrieg war Diewerge auf eigenen Wunsch in den SS-Divisionen Wiking und Leibstandarte im Fronteinsatz, zuletzt im Rang eines Standartenführers. Er lebte nach 1945 viele Jahre unerkannt als Geschäftsführer einer Kaffee-Rösterei in Essen. 1966 machte er Schlagzeilen, weil ihn ein Essener Gericht wegen Meineides zu einem Jahr Gefängnis verurteilte. Der Prozess kam zustande, weil Diewerge in einem anderen Gerichtsverfahren behauptet hatte, dass bei dem Prozess gegen den Mörder Herschel Grünspan, einen polnischen Juden, der Paragraph 175 nie eine Rolle gespielt habe. Dabei kam die Vorbereitung der systematischen Judenvernichtung zum Vorschein. Siehe: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 83ff. Sowie: BStU, PA 1952, 000119, WAZ, 8.11.1978, Schreibtisch-Mörder wurde Kaffee-Röster.

<sup>790</sup> Herbert, Best, S. 463.

<sup>791</sup> Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>792</sup> Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung, S. 250.

<sup>793</sup> Zit. nach: Kittel, Legende von der „Zweiten Schuld“, S. 244.

<sup>794</sup> Vgl. ADL, NI-835, Informationsmaterial in Stichworten, ohne Zeit. Kraas wurde 1911 in Witten geboren. Er wurde als ehemaliger SS-General und letzter Kommandeur der Division „Hitlerjugend Eichenlaub“ von den Amerikanern als Kriegsverbrecher angeklagt. Kraas soll mit Bendt nach Düsseldorf übergesiedelt sein und wurde über Döring und Deumling Mitte des Jahres zur Landesgeschäftsstelle der FDP-Düsseldorf geholt. Er wurde als Geschäftsführer des Bezirksverbands zur besonderen Verfügung eingearbeitet. Er sprach auf einer Versammlung der HIAG am 9.1.1952 in Moers. Dies vermerkte Dehler in seinen persönlichen Aufzeichnungen. Vgl. ADL, NI-832, Personalakte von Dehler, Anlagen E-Z.

<sup>795</sup> ADL, NI-835, Informationsmaterial in Stichworten, ohne Zeit.

Ruhr Günter Prager<sup>796</sup>, der ehemalige HJ-Gebeitsführer des Sudetenlandes und derzeitige Referent in der FDP-Geschäftsstelle im Landesverband Nordrhein-Westfalen Alfred Rieger<sup>797</sup>, das ehemalige Gestapo-Mitglied in Oberschlesien und der derzeitige Außengeschäftsführer des Bundesverbandes der FDP in Köln Walter Mundolf<sup>798</sup>, HJ-Bannführer und derzeitiger Außengeschäftsführer der FDP-Westfalen-Süd Hans Mertens.<sup>799</sup> Weiter gehörte das Mitglied der Bruderschaft und HIAG, der ehemalige SS-Obersturmbannführer Dr. Joachim Deumling dazu, der inoffiziell bei der später gegründeten „Deutschen Zukunft“ mitarbeitete und für den Nachrichtendienst der FDP tätig war. Er war ehemaliger Oberregierungsrat und Disziplinarreferent im Amt der Geheimen Staatspolizei in Berlin. Auf seine Anregung fanden in einem Lokal in Düsseldorf Zusammenkünfte ehemaliger leitender Beamter der Gestapo mit Deumling als Wortführer statt. Berater von Deumling war Werner Best. Im September 1952 zog Deumling mit seiner Familie nach Mühlheim an der Ruhr, jedoch nicht ohne den ehemaligen SS-Standartenführer Dr. Karl Heinz Bendt<sup>800</sup> entsprechend unterzubringen.<sup>801</sup> Beispielhaft für die Personalpolitik der FDP war auch der Stadtverordnete in Wesel, Franz Josef Schönwälder, ehemaliger Bürgermeister in Breslau, der unter dem Verdacht stand, an Judenerschießungen Anteil zu haben.<sup>802</sup>

Zu Anfang des Jahres 1952 sollte mit finanzieller Beihilfe von Hugo Stinnes jr.<sup>803</sup> das FDP-Wochenblatt „Die Deutsche Zukunft“ gegründet und von den ehemaligen NS-Angehörigen im Landesverband in Düsseldorf gelenkt werden.<sup>804</sup> Der neue Zeitungstitel dürfte der anvisierten Zielgruppe vertraut gewesen sein. Das HJ-Blatt „Wille und Macht“ hatte bis 1933 unter dem Namen „Die Deutsche Zukunft – Monatsschrift des jungen Deutsch-

---

<sup>796</sup> Günter Prager war NSDAP-Mitglied seit 1929, seit August 1937 Leiter des Hauptreferats Führerschulen im Stab der Reichsjugendführung und von 1938/39 bis 1945 HJ-Gebietsführer des Sudetenlandes. Vgl. Buddrus, Michael, Totale Erziehung für den totalen Krieg. Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik, München 2003, S. 1198.

<sup>797</sup> ADL, NI-835, Informationsmaterial in Stichworten, ohne Zeit.

<sup>798</sup> Ebenda.

<sup>799</sup> Ebenda.

<sup>800</sup> Karl Heinz Bendt wurde 1908 im schlesischen Jevenstedt geboren. Er war ehemaliger SS-Standartenführer, zuletzt Leitabschnittführer des SD in Düsseldorf. Nach 1945 war er nach seiner Internierung durch die Briten nachrichtendienstlich tätig im sogenannten Nachrichtenbüro Elbertzhagen im Raum Schleswig und Hamburg. Bendt soll am 21.10.1952 zusammen mit Fritz Dobat (UFDJ) zu Graf, Westarp und Heller von der SRP nach Hannover gefahren sein, um Verbindung zu diesen Gruppen aufzunehmen. Am 15.10.1952 soll zwischen Dobat, Bendt und Werner Gebhardt (früher SRP) eine Besprechung stattgefunden haben, in der die schrittweise Übernahme der SRP durch die FDP diskutiert wurde. Dies vermerkte Dehler in seinen persönlichen Aufzeichnungen. Vgl. ADL, NI-832, Personalakte von Dehler, Anlagen E-Z.

<sup>801</sup> Ebenda.

<sup>802</sup> ADL, NI-830, Ergänzendes Blatt zu den Personalien im Informationsmaterial unter ADL, NI-835.

<sup>803</sup> Herbert, Best, S. 463f. Vgl. auch: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 189.

<sup>804</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR am 9.3.1953, Der Fall Naumann.

land bzw. Monatsschrift der nationalsozialistischen Jugend“ firmiert. Der Chefredakteur der HJ-Zeitung war damals Heinz Wilke<sup>805</sup>, der seit 1947 als Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen wirkte und als Vertrauensmann von Middelhaue ebenfalls großen Einfluss auf die Personalpolitik ausübte.<sup>806</sup>

Hauptschriftleiter des Organs „Deutsche Zukunft“ der FDP in Nordrhein-Westfalen war der ehemalige HJ-Gebietsführer Siegfried Zoglmann.<sup>807</sup> Welche Einstellung Zoglmann zu der „Deutschen Zukunft“ hatte, sagte er Naumann in aller Offenheit: „[...] Die an der Zeitung selber mitmachen, sind mit ihr genauso wenig verheiratet wie Sie etwa.“<sup>808</sup> Auf die Kritik, dass die Zeitung sich für Verbrecher einsetze, entgegnete er, dass man „ruhig einen SS-Mann, selbst wenn er 2000 bis 3000 Juden umgelegt“ habe, aus der Haft entlassen solle. Man müsse auch verzeihen können.<sup>809</sup> Anzeigenleiter der „Deutschen Zukunft“ war der ehemalige HJ-Gebietsführer Heinz Schmidt, bekannt aus den Gesprächen mit Naumann und Achenbach aus dem Jahr 1950. Schmidt hatte im Dritten Reich mit Zoglmann bei der SS in Prag gedient.<sup>810</sup>

Der Überhang alter Kollegen, die noch nicht „untergekommen“ waren, weil sie in der Politik kaum noch vermittelbar waren, veranlasste zu permanenter Fühlungnahme Naumanns mit potenziellen Mitstreitern.<sup>811</sup> Mit Carl Albert Drewitz<sup>812</sup>, dem früheren Oberregierungsrat im RMVP und späteren Redakteur der „Deutschen Zukunft“, telefonierte Naumann diesbezüglich im Januar 1952. Drewitz bat Naumann um eine Empfehlung zur Stellenbesetzung eines Redakteurs. Naumann fragte: „Kann der Mann, der dort gesucht

---

<sup>805</sup> Heinz Wilke, Jahrgang 1910, hatte eine steile Karriere in der Hitler Jugend gemacht. Er war Chefredakteur des HJ-Blattes „Wille und Macht“, dem Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend und wechselte Anfang 1939 als HJ-Bannführer ins Auslandsamt der Reichsjugendführung. Er wurde schließlich zum Beauftragten des Jugendführers des Deutschen Reiches in Italien und zum Leiter der HJ-Dienststelle bei der Reichsvertretung in Italien ernannt. Siehe: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 47.

<sup>806</sup> Paul, Johann, Debatten über Nationalsozialismus und Rechtsextremismus im Landtag Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 2000, Düsseldorf 2003, S. 84. Am 24. November 1952 kam Wilke bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

<sup>807</sup> Vgl. Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 99f.

<sup>808</sup> Zit. nach ADL, NI-811, Der Naumann-Kreis. Eine Darstellung im Zusammenhang mit der Erörterung dieser Frage innerhalb der FDP.

<sup>809</sup> BA, NL 80/265/102, Kurzbericht von Maria Kehren, ohne Zeit.

<sup>810</sup> ADL, NI-835, Informationsmaterial in Stichworten, ohne Zeit. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret), Appendix F.

<sup>811</sup> Friedrich, Jörg, Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1984, S. 310.

<sup>812</sup> Carl Albert Drewitz wurde 1905 geboren. Er hatte bis 1937 beim Reichspropagandaamt Württemberg gearbeitet und war im Februar 1938 von Goebbels zu seinem Pressereferenten ernannt worden, zuständig für Kulturpolitik und Parteipresse. 1940 war er Leiter des Referats Sprachendienste. Siehe: Klee, Kulturlexikon, S. 108. Siehe auch: Boelcke, Willi A., (Hg.), Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966, S. 69. Unterschiedliche Schreibweise des Vornamens bei den Briten: Karl. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

wird, ein ehemaliger Gaupropagandaleiter sein, oder ist das zu schwierig?“<sup>813</sup> Drewitz antwortete: „Ach, das kann er sowieso sein.“ Daraufhin schlug Naumann ihm zwei ehemalige Kollegen aus dem RMVP vor, den ehemaligen Gaupropagandaleiter von Luxemburg Dr. Albert Urmes<sup>814</sup>, der den Posten nicht erhielt, sowie Dr. Josef Mahlberg.<sup>815</sup> Auch mit Diewerge telefonierte Naumann Mitte Januar 1952 wegen der „Deutschen Zukunft“. Er informierte ihn, dass die Zeitung am 1. Februar 1952 erscheinen und er darin die Kulturpolitik gestalten würde. Darauf antwortete Naumann: „Da wollen wir mal Fühlung miteinander halten.“<sup>816</sup> Naumann beriet Diewerge bei der Ausrichtung, erklärte ihm aber, dass man das Firmenschild erst einmal weglassen müsse.<sup>817</sup>

Mit einer Durchschnittsauflage von 35.000 Stück entwickelte sich die „Deutsche Zukunft“ zu einem zuverlässigen Organ des Landesverbandes, in dem sowohl Middelhaue, als auch Diewerge und Grimm mit Artikeln zum nationalen Sammlungskurs, zur Generalamnestie oder Kriegsverbrecherfrage zu Wort kamen.<sup>818</sup>

Im Verlaufe des Jahres 1952 hatte sich innerhalb der FDP die Auseinandersetzung über deren zukünftige Ausrichtung verstärkt, wobei die Konfrontationen auch auf Bundesebene an Schärfe gewannen.<sup>819</sup> In Nordrhein-Westfalen selbst rührte sich aus der Mitte der Landesfraktion Widerstand gegen die Politik des Landesvorstandes. Gustav Altenhain, Günther Simon, Carl Wirths und der Kreisvorsitzende von Ennepe-Ruhr, Paul Brinkmann, luden einen ausgewählten Kreis von nordrhein-westfälischen FDP-Mitgliedern am 14. Januar 1952 zu einer Versammlung nach Düsseldorf ein.<sup>820</sup> Hier wies Middelhaue alle Vorwürfe zurück, nach denen die FDP immer stärker nach rechts abgedrängt werde und damit im Zusammenhang auch politische, organisatorische und personelle Methoden stünden, die darauf abzielten, die Kreisverbände zugunsten der hauptamtlichen Funktionärsvorstände zu entmachten. Im Zuge der angestrebten Öffnung

---

<sup>813</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR am 9.3.1953, Der Fall Naumann.

<sup>814</sup> Albert Urmes war der ehemalige Gauleiter von Moselland, Luxemburg. Im Juni 1950 war er auf einer Liste von Unterstützern der Deutschen Gemeinschaft. Im September 1952 besuchte er ein Treffen des rechten „Führungsrings ehemaliger Soldaten“. Im November 1952 stellte Naumann fest, dass Urmes in einem Reiseunternehmen beschäftigt sei. Siehe dazu: NARA, FO 371/103908, Bei Karl Heinz Siepen beschlagnahmte Dokumente, 26.2.1953, (Documents seized at the Residence of Karl Heinz Siepen on 14. Jan. 53).

<sup>815</sup> Vgl. NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

<sup>816</sup> Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>817</sup> ADL, NI-816, Abgehörtes Telefonat zwischen Naumann und Diewerge, 11.1.1952.

<sup>818</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 87f.

<sup>819</sup> Moring, Andreas, Europapolitik der FDP. Die Entwicklung der Europa-Programmatik in den Jahren 1949-1989, Berlin 2004, S. 7.

<sup>820</sup> Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 164f.

der FDP durfte es Middelhaues Meinung nach gegenüber früheren Nationalsozialisten keine Berührungsängste geben.<sup>821</sup> Dies wurde konsequent praktiziert. Ab Mai 1952 wurde Naumann von gewissen Freidemokraten geradezu konsultiert.<sup>822</sup> Treffen waren vermerkt mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Fraktion Erich Mende<sup>823</sup>, dem Landesgeschäftsführer der nordrhein-westfälischen FDP Walter Döring<sup>824</sup> und dem Referenten für Kommunalpolitik und Vertriebene in der Landesgeschäftsführung der Freidemokraten, dem ehemaligen Konrad-Henlein-Adjutanten, geschäftsführenden Vorsitzenden des Witikobundes und ab 1951 Sekretär von Gert Spindler, Dr. Walter Brandt.<sup>825</sup> Politisch stand Brandt der Deutschen Gemeinschaft nahe, der er auch angehörte.<sup>826</sup>

Vermutlich nahm auch Middelhaue Naumanns Beraterdienste in Anspruch. Am 16. Mai 1952 gab es einen Anruf für Naumann aus Opladen. Bei dem Anrufer handelte es sich vermutlich um den FDP-Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen.<sup>827</sup> Er erklärte, dass er sich noch gern mit Naumann treffen würde, unter anderem um ihn über die Entwicklung der FDP zu unterrichten und ihm eine Reihe Unterlagen zu zeigen, von der General-

---

<sup>821</sup> Vgl. Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 165.

<sup>822</sup> Allerdings machte die Verweigerung von Auskünften verschiedener Funktionäre der FDP in Düsseldorf einen Nachweis der Verbindungen Naumanns sehr schwer, insbesondere für die Briten. Zoglmann bestritt jeden Kontakt mit ihm und Döring gab ein einziges Treffen zu. Es wurde jedoch bewiesen, dass durch diese beiden wenigstens indirekte Kontakte zwischen Naumann und weiteren Funktionären bestanden. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>823</sup> Dieses Treffen war jedoch vermutlich weniger verabredet, als vielmehr zufällig. Siehe: Ebenda. Erich Mende, Jahrgang 1916 trat 1936 als Offiziersanwärter in die Wehrmacht ein, nahm an den Feldzügen in Polen, Frankreich und Russland – zuletzt als Major – teil und wurde im Februar 1945 mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet. Auf Middelhaues Empfehlung trat Mende 1946 das Amt des FDP-Landesgeschäftsführers in der Nordrhein-Provinz an und engagierte sich zudem in führenden Positionen auf Landes- wie auch auf Zonenebene für den Auf- und Ausbau einer parteiinternen Nachwuchsorganisation. Siehe: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 48.

<sup>824</sup> Dehler hatte in seinen Notizen verzeichnet, dass Döring enge Verbindungen zur Bruderschaft über Beck-Broichsitter (1951) gehabt habe. Angeblich sei er in die Bruderschaft eingedrungen, um in dieser nach Osttendenzen zu forschen. Im Kriege soll er ausschließlich bei der Fronttruppe und nicht Hauptmann der Abwehr gewesen sein. Angeblich sei er auch beim Regiment Brandenburg, jedoch nicht zwangsläufig mit der Abwehr befasst gewesen. Döring soll häufig Gast Naumanns gewesen sein. Vgl. ADL, NI-832, Personalakte von Dehler, Anlagen E-Z.

<sup>825</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR am 9.3.1953, Der Fall Naumann.

<sup>826</sup> Dies vermerkte Dehler in seinen persönlichen Aufzeichnungen. Siehe: ADL, NI-832, Aufzeichnung Dehlers über Middelhaue und Umgebung, 21.4.1953.

<sup>827</sup> ADL, NI-816. Abgehörtes Telefonat zwischen Naumann und Middelhaue, 16.5.1952, (Anruf aus Opladen). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103899. Es handelte sich hierbei um ein Abhörprotokoll der Briten. Der Anrufer auf der anderen Seite konnte leider nicht ganz eindeutig identifiziert werden. Neben Middelhaue könnte es sich auch um Achenbach gehandelt haben. Allerdings war dies sehr unwahrscheinlich, da Achenbach Naumann in der Regel nachweislich nicht mit dem Titel „Dr.“ ansprach.

amnestie, und überhaupt seit dem letzten Gespräch habe sich viel ereignet.<sup>828</sup> Zwischen Middelhaue und Naumann wurde auch eine Zusammenkunft nachgewiesen.<sup>829</sup>

Zur gleichen Zeit installierte Naumann auch im Landesverband Niedersachsen seine Leute.<sup>830</sup> Im Frühjahr 1952 fanden zahlreiche Begegnungen zwischen Naumann, Vertretern des Hamburger-Kreises von Scheel und Repräsentanten der FDP in Hannover statt.<sup>831</sup> Das erste Treffen am 1. März 1952 schien von Naumann, Scheel, Axmann, Rudel und Schäfer-Hansen besucht worden zu sein. Weitere Versammlungen gab es Ende April und Anfang Mai, als Naumann die Firma Lucht auf der Hannoveraner Handelsmesse repräsentierte. Bedeutsam war ein Gespräch, das unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen zur Geheimhaltung am 3. Mai 1952 im Hotel Waterloo in Hannover zwischen Naumann, Scheel, Kaufmann einerseits und Huisgen sowie dem zweiten Geschäftsführer der FDP in Niedersachsen, dem ehemaligen HJ-Gebietsführer Herbert Freiburger, Schäfer-Hansen und dem ehemaligen NSFK-Obergruppenführer Friedrich Georg Brinkmann andererseits stattfand. Scheel hatte es so eingerichtet, dass im Hotel ein Privatraum auf den Namen „Philips“ gemietet wurde und zwar durch seinen Freund, den ehemaligen SS-Obersturmführer und NSDAP-Bereichsleiter Hans Hendrik Neumann, der nach 1945 bei den Philips-Röhrenwerken beschäftigt war.<sup>832</sup> Das Gespräch war durch Schwägermann veranlasst worden mit dem Ziel, Rudel von einem Engagement bei der SRP abzuhalten. Huisgen kannte Rudel seit der Jugendzeit, weil er bei ihm in der HJ gewesen war.<sup>833</sup> Im Anschluss wurde über allgemeine politische Fragen gesprochen. Von der FDP-Abordnung ließ Artur Stegner, der ehemalige SD-Agent und niedersächsische Landesvorsitzende der FDP, der selbst nicht teilnahm, Grüße an Scheel und Kaufmann übermitteln.<sup>834</sup>

---

<sup>828</sup> ADL, N1-816. Abgehörtes Telefonat zwischen Naumann und Middelhaue, 16.5.1952, (Anruf aus Opladen). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103899. Allerdings muss dazu angemerkt werden, dass die Briten nach der vollständigen Untersuchung einräumten, dass der Kontakt zwischen Naumann und Middelhaue und auch dem Bundestagsabgeordneten und Mitglied der Bundesregierung Erich Mende nicht so eng war, wie ursprünglich angenommen. Dieser Fehler war einer falschen Identifizierung von Middelhaue und Mende bei einem abgehörten Telefonat geschuldet, wobei der „Herr Opladen“-Code benutzt wurde. Die wahrscheinlichste Erklärung für diese Vorgänge war, dass Diewerge zur Absprache dieser Details, die Apparate von Middelhaue und Mende benutzte. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>829</sup> Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>830</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR am 9.3.1953, Der Fall Naumann.

<sup>831</sup> Naumann, Scheel und Kaufmann gestanden die Treffen, doch gaben keine genauen Auskünfte über die Inhalte der Diskussionen. Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>832</sup> BA, NL 80/273/046-057, Sendung des NWDR, 9.6.1953.

<sup>833</sup> BA, NL 80/248/119-124, Zwischenbericht von Thomas Dehler: Vorkommnisse im Landesverband Niedersachsen, 10.6.1953.

<sup>834</sup> Ebenda.

Nicht lange danach fand ein weiteres privates Treffen, diesmal zwischen Kaufmann und Stegner direkt statt. Dafür schickte Stegner extra sein Auto, um Kaufmann von Hamburg nach Fallingbostal, einem abgelegenen Ort in Niedersachsen, chauffieren zu lassen. Der Fahrer war der ehemalige Schatzmeister der Deutschen Arbeitsfront Paul Brinkmann.<sup>835</sup> Brinkmann stand als Kreisvorsitzender der FDP von Ennepe-Ruhr gleichzeitig in engem Kontakt mit Middelhaue, den er auf dem Laufenden hielt.<sup>836</sup> Stegner und Kaufmann diskutierten die Einstellung der Jugend und der ehemaligen Nationalsozialisten zu den Bonner Verträgen.<sup>837</sup> Unterlagen belegen, dass eine weitere Zusammenkunft zwischen Stegner, Kaufmann und Scheel von Huisgen am 24. Mai 1952 arrangiert wurde. Diese sollte auf Stegners Vorschlag an einem ruhigen Ort nahe Hannover stattfinden.<sup>838</sup> Aufgrund einer Krankheit Kaufmanns fiel sie allerdings aus. Das Treffen sollte später mit den betreffenden Personen nachgeholt werden.<sup>839</sup>

Ende Mai 1952 initiierte Middelhaue einen Landesparteitagsbeschluss, mit dem der Vorstand der nordrhein-westfälischen FDP die notwendigen Maßnahmen zur „Sammlung aller antimarxistischen politischen Kräfte im Sinne der von der FDP vertretenen freiheitlichen Grundsätze auf breitester Grundlage“ [Nationale Sammlung] vorbereiten sollte.<sup>840</sup> Die Parteien rechts der Mitte sollten – verstärkt durch die Soldatenverbände – mit den neonazistischen Kleinparteien und Grüppchen zu einer Bewegung verschmelzen, die den Lizenzparteien von vorneherein auch aus den Parlamenten heraus, „das Wasser abgraben“ konnte.<sup>841</sup> An diesen politischen Direktiven der FDP hatte Naumann direkt mitgearbeitet. Bewiesen wurde dies durch Entwürfe von Aufrufen der FDP zur Nationalen Sammlung, die sich unter seinen Dokumenten befanden. Diese waren auf Naumanns Schreibmaschine erstellt worden.<sup>842</sup> Alarmiert von den Vorgängen beobachtete

---

<sup>835</sup> Stockhorst Erich, Wer war was im 3. Reich. 5000 Köpfe, Wiesbaden ohne Zeit, S. 80.

<sup>836</sup> Ende Mai 1952 hatte Middelhaue Brinkmann mitgeteilt, dass es ihn sehr gefreut habe, dass dieser am außerordentlichen Parteitag teilgenommen hatte. Brinkmann hatte geantwortet, dass der Start des Wahlkampfes sehr gut gewesen sei. Der Verband Deutscher Soldaten und auch der Mittelstandsblock seien an ihn herangetreten und seine Aussprache mit den Bevollmächtigten habe ihren Zweck nicht verfehlt. Siehe: BA, NL 80/276/017, Brief von Brinkmann an Middelhaue, 4.6.1952. Sowie: BA, NL 80/276/018, Brief von Middelhaue an Brinkmann, 30.5.1952.

<sup>837</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Dies hatte Kaufmann in den Verhören gestanden.

<sup>838</sup> Ebenda.

<sup>839</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Huisgen an Kaufmann, 31.5.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Section II, Draft). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103903.

<sup>840</sup> Zit. nach: Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 163.

<sup>841</sup> Vgl. Kittel, Legende von der „Zweiten Schuld“, S. 242.

<sup>842</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954. (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Als er in den Verhören mit einem Dokument konfrontiert wurde, gab er wenigstens in einem Fall zu, dass die Worte klangen, als seien sie seine „Komposition“.

der de facto Inlandsnachrichtendienst des Innenministeriums – die 1949 gegründete Düsseldorfer „Informationsstelle“ – ab Juni 1952 die öffentlichen Versammlungen der FDP.<sup>843</sup> Dies blieb der FDP nicht verborgen, die in Nordrhein-Westfalen einen Sicherheitsbeauftragten einstellte, angeblich um eine NS-Unterwanderung abzuwehren.<sup>844</sup> Dies übernahm der ehemalige SD-Leitabschnittsführer von Düsseldorf Karl Heinz Bendt, der seine Möglichkeiten nutzte, um einen eigenen Nachrichtendienst für die FDP aufzubauen.<sup>845</sup>

Tiefe Bestürzung erregte die Sammlungsbewegung in den Hansestädten Hamburg und Bremen und in den Landesverbänden Süddeutschlands. Franz Blücher, nach Theodor Heuss neuer Bundesvorsitzender der FDP, und Thomas Dehler verliehen im Bundesvorstand ihrer Besorgnis über die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen Ausdruck.<sup>846</sup>

Unterstützt in seinen Bestrebungen wurde Middelhaufe vor allem durch den hessischen Landesvorsitzenden August Martin Euler und den niedersächsischen Landesvorsitzenden Artur Stegner.<sup>847</sup> Stegner war überzeugt, dass seine Partei nicht mehr als 200 Mitglieder zusammenbekomme, wenn sie sich nur an die „Liberalen und Demokraten“ im Lande wendete.<sup>848</sup> Nun hielt Stegner auch den Augenblick für gekommen, mit Naumann direkt in Kontakt zu treten und sich von ihm Rat für die Bildung einer „Nationalen Oppositionspartei“ zu holen. Am 4. Juni 1952 ließ er Huisgen bei Naumann anrufen. Unter dem Vorwand, dass Stegner einen „charakterlich einwandfreien“ guten Presseemann suchen würde, den Naumann empfehlen sollte, fragte Huisgen nach, ob Naumann am gleichen Tag zu einem Treffen bereit sei. Da Stegner im Bundeshaus sitze und am Abend eine weitere Besprechung habe, wollte er Naumann abholen und zurückbringen lassen. Naumann willigte unter der Bedingung ein, dass das Gespräch nicht im „Fraktionsbüro“ stattfinde, sondern auf privater Basis gehalten werde.<sup>849</sup> Bei diesem Treffen erörterte Stegner Naumann, dass er bis September 1952 die „Oppositionspartei“ ins Leben rufen wolle. Diese Partei sollte die rechten Flügel der FDP, DP und der kleineren extremen

---

<sup>843</sup> Vgl. Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung, S. 59f. u. 246.

<sup>844</sup> Ebenda, S. 246f.

<sup>845</sup> Ebenda, S. 247. Bendt arbeitete gleichzeitig mit dem damaligen I-Stellenleiter des Verfassungsschutzes Ronald Obara zusammen und ließ ihn an Informationen aus seinem zum großen Teil aus SD-Mitarbeitern bestehenden Nachrichtendienst teilhaben. Inwiefern diese Informationen im Vorfeld gefärbt wurden, muss an dieser Stelle spekulativ bleiben.

<sup>846</sup> Mende, Die FDP, S. 81.

<sup>847</sup> Wengst, Thomas Dehler, S. 171.

<sup>848</sup> Marten, Die unterwanderte FDP, S. 270.

<sup>849</sup> ADL, NI-816, Abgehörtes Telefonat von Huisgen und Naumann, 4.6.1952. In den Verhören durch die Briten gestand Naumann Stegner am 11.6.1952 in einem Hotel in Köln getroffen zu haben. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

rechten Gruppen beinhalten und eine Alternative zu der einseitigen Abhängigkeit vom Westen darstellen. Dazu stellte er auch zu weiteren hochrangigen ehemaligen Nationalsozialisten Kontakte her, wie zu Kaufmann und dem ehemaligen Gauleiter Paul Wegener.<sup>850</sup>

Die zweite Besprechung, die Huisgen Naumann telefonisch angekündigt hatte, führte Stegner am 4. Juni 1952 mit Alfred Onnen, dem stellvertretenden niedersächsischen Landesvorsitzenden der FDP im Bonner Lokal „Zur Kerze“.<sup>851</sup> Stegner erklärte dem gleich gesinnten Onnen, wie er über Liberalismus und die Parteiführer dachte. Auf den Widerstand Andersdenkender in der Fraktion solle Onnen nicht hören, „denn die Politik ist ein Machtmittel“ und die Andersdenkenden der Fraktion „verwechselten Liberalismus mit Arschlöchrigkeit“. Es sei ganz klar, dass „die Dummen der Fraktion bald überspielt werden.“ Und: „Wir bekommen die Fraktion nach der Wahl in die Hand.“<sup>852</sup> Dies sei auch nicht schwer. Denn [Paul] „Luchtenberg“<sup>853</sup> ist dumm, weich und nur ein blödes Stimmvieh. Franz [Blücher], der Große, müsste man aufhängen. Herr [August-Martin] Euler ist ein Schwachkopf und Kalbskopf. [...] [Hermann] Schäfer, der hasst mich, aber den können wir ad acta legen. Was will denn der [Thomas] Dehler? Der ist ja nicht mehr normal, der soll mir mal sagen, was er eigentlich von mir will.“<sup>854</sup> Weiter wurde über die linientreuen Kandidaten zur Bundestagswahl diskutiert, weswegen Stegner noch einmal mit Middelhaube sprechen wollte. Onnen meinte, er kenne eine Gegend, wo 25.000 SRP-Stimmen zu holen seien. Am Schluss meinte Stegner: „An mir wird Lübeck scheitern.“<sup>855</sup> Damit bezog er sich auf den kommenden Bundesparteitag der FDP im Juli.

Mitte Juni 1952 begann Stegner mit dem DRP-Vorsitzenden von Thadden wegen der Nationalen Opposition zu verhandeln. Von Thadden spielte mit dem Gedanken, um die

---

<sup>850</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103916, Brief von Huisgen an Kaufmann, 20.5.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, No. 3, August 1953). Und: NARA, FO 371/103903. Paul Wegener war 1908 in Varel geboren worden. 1933 war er NSDAP-Kreisleiter in Bremen, 1934 im Stab des Führers und 1935 Adjutant Bormanns. 1936 war er stellvertretender Gebietsleiter von Brandenburg und 1940 wechselte er zur SS als Gebietskommissar von Norwegen. 1942 war er Gebietsleiter von Weser-Ems sowie Reichsstatthalter von Oldenburg und Bremen und SS-Gruppenführer. Im Mai 1945 war er Leiter der Präsidialkanzlei der Geschäftsführenden Regierung Dönitz in Flensburg. Nach 1945 war er als Holzhändler tätig. Siehe: Klee, Personenlexikon, S. 659.

<sup>851</sup> BA, NL 80/249/171, Auszug eines Gesprächs in einem öffentlichen Lokal zwischen Stegner und Onnen, 11.6.1953, (Aktennotiz). Dabei waren zwei weitere Personen am Tisch, die in der Folge das Gespräch als Aktennotiz aufzeichneten, Dr. Leonhard und Wolfgang Möhring.

<sup>852</sup> BA, NL 80/249/197, Anlagen zum Bericht vom 25.6.1952 für Dr. Schäfer und Dr. Wellhausen, ohne Zeit, (Betr. Bildung eines Rechtsblocks).

<sup>853</sup> Luchtenberg war einer der Mitbegründer der FDP in Nordrhein-Westfalen.

<sup>854</sup> BA, NL 80/249/197, Anlagen zum Bericht vom 25.6.1952 für Dr. Schäfer und Dr. Wellhausen, ohne Zeit, (Betr. Bildung eines Rechtsblocks).

<sup>855</sup> Ebenda.

Aufnahme in die FDP-Fraktion zu ersuchen, wobei Stegner dafür mit dem liberalen Ernst Schäfer als Vorsitzenden jedoch keine Chance sah.<sup>856</sup> Von Thadden fürchtete der SRP das Feld allein zu überlassen und meinte, Stegner habe in Bonn zwar Onnen, brauche allerdings zusätzliche Unterstützung.<sup>857</sup> Für Stegner war die niedersächsische FDP jedoch nur ein Grundstock, um den herum unter einer Dachorganisation der „L'unité nationale“ Kräfte gruppiert werden sollten. Darunter sollten sich die FDP-Niedersachsen und die DP-Hessen wiederfinden, mit der er Fühlung aufgenommen hatte. Die „L'unité nationale“ entwickelte Stegner nach dem Muster der Blockbildung des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Antoine Pinay, von dem er behauptete, dass er mit ihm befreundet sei und dessen „L'unité nationale“ auf seinen Vorschlag zurückgehe.<sup>858</sup> Ob die hessischen Abgeordneten mitmachen würden, stellte Stegner infrage, weil sie Gefolgsleute von August Euler seien und dieser in den letzten Jahren in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender immer wieder den Kurs des Kanzlers gedeckt habe.<sup>859</sup> In Süddeutschland wollte Stegner mit dem ehemaligen General Felix Steiner und seiner „Gesellschaft für neue Politik“, zu der er gute Verbindungen hatte, starten.<sup>860</sup> Neben Steiner setzte er seine Hoffnungen vor allem auf die ehemaligen Gauleiter Kaufmann und Wegener, die der SRP den Wind aus den Segeln nehmen sollten. Diese Hoffnungen waren nicht besonders realistisch, hielt sich die Unterstützung Kaufmanns doch durch seinen schlechten Gesundheitszustand in Grenzen. Wegener tendierte eher in die Richtung von Gottfried Griesmayrs Deutscher Union.<sup>861</sup> Außerdem war Stegner davon überzeugt, dass auch Naumann bereit sei mitzumachen. Hier spekulierte er auf seinen großen Anhängerkreis, der nur auf ein Startsignal wartete.<sup>862</sup> Damit übertrieb der niedersächsische FDP-Landesvorsitzende maßlos. Naumann hatte sich keineswegs zusagend geäußert. Er war viel zu vorsichtig, um sich an

---

<sup>856</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 79-81, Aktenvermerk über eine Unterhaltung mit Stegner, 11.6.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>857</sup> Ebenda.

<sup>858</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 33, Bl. 46-47, Brief von Nehring an Naumann, 13.8.1953, (Einschreiben).

<sup>859</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 79-81, Aktenvermerk über eine Unterhaltung mit Stegner, 11.6.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>860</sup> Ebenda. Huisgen äußerte später seine Skepsis bezüglich der Schlagfähigkeit einer solchen Vereinigung gegenüber von Thadden. Er selbst habe „diese Dinge“ ja schon lange in Niedersachsen betrieben. Dies besage aber nicht, dass ein solches Netzwerk im Ernstfall auch aktionsfähig sei. Darüber hinaus sei Steiner viel zu sehr im „Fahrwasser der Bundesregierung“. Siehe dazu: NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 76-78, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Huisgen, 14.6.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>861</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 76-78, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Huisgen, 14.6.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>862</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 79-81, Aktenvermerk über eine Unterhaltung mit Stegner, 11.6.1952, Verfasser v. Thadden.

einer Sache zu beteiligen, deren Ausgang sehr unsicher war.<sup>863</sup> Im Gegenteil gab es einen Bericht über eine Zusammenkunft im Bürgerverein in Bonn auf Veranlassung Schwägermanns bei der Stegner, Onnen, Naumann und Huisgen anwesend waren. Im Ergebnis erklärte Stegner Naumann, er solle sich aus der Politik heraushalten. Von einer Zusammenarbeit war nicht die Rede. Eine neue Verhandlung wurde nicht vereinbart und fand nicht statt.<sup>864</sup> Nach einer Mitteilung Schwägermanns erklärte Naumann: „Nun sind wir die Demokraten los!“<sup>865</sup>

Ebenfalls im Sommer 1952 traf sich Stegner mit Joachim Nehring, dem Herausgeber des 1950 verbotenen nicht lizenzierten Blattes „Der Scheinwerfer“<sup>866</sup> zu einem Vieraugen-gespräch. Ihm erklärte er, er halte die FDP für erledigt und sei fest entschlossen, spätestens am 1. September 1952 mit dem Landesverband Niedersachsen, der fest in seiner Hand sei, aus der FDP auszubrechen und damit das Signal zur Errichtung eines Blocks aller Gruppen der Nationalen Opposition zu geben. Auch in der Finanzierung des Wahlkampfes sah er kein Problem, da wesentliche Geldquellen der FDP mit ihm gehen würden und er beispielsweise mit dem Inhaber der Zigarettfabrik Reemtsma eng befreundet sei.<sup>867</sup> Stegner bat Nehring auch um die Herstellung der Verbindung zu einigen ihm bekannter Persönlichkeiten der äußeren Rechten in München. Die Sondierungen Nehrings bei den infrage kommenden Personen ergaben die grundsätzliche Bereitschaft zu einem Zusammenschluss auf breiter Basis unter der Voraussetzung einer klaren politischen Entscheidung Stegners.<sup>868</sup> Stegner schwenkte jedoch wieder auf die Linie der FDP-Koalitionspolitik ein.<sup>869</sup>

---

<sup>863</sup>NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 76-78, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Huisgen, 14.6.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>864</sup> BA, NL 80/248/119-124, Zwischenbericht von Thomas Dehler: Vorkommnisse im Landesverband Niedersachsen, 10.6.1953.

<sup>865</sup> Ebenda. Entgegengesetzt dazu meldete am 8. Juli 1952 eine Quelle, dass es Mitte Juni 1952 zum privaten Gespräch zwischen Stegner und Naumann gekommen sei. Die ehemaligen Nationalsozialisten, allen voran Naumann, Kaufmann und Wegener seien der Ansicht, dass man Stegners Bestrebungen unterstützen müsse. Siehe: ADL, NI-816, Meldung eines Gewährsmanns, 8.7.1952. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, da Naumann an verschiedenen anderen Stellen die Zusammenschlussbestrebungen bereits als sinnlos beurteilt hatte.

<sup>866</sup> „Der Scheinwerfer“ beinhaltet „Gedanken über eine Überwindung des derzeitigen Parteienstaates und eine Erneuerung [des] politischen und sozialen Lebens“. Siehe dazu: Nehring, Joachim, Neo-Nazismus? Der „Scheinwerfer“ – Prozess vor der Hauptspruchkammer München, München 1951, S. 3.

<sup>867</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 33, Bl. 46-47, Brief von Nehring an Naumann, 13.8.1953, (Einschreiben).

<sup>868</sup> Ebenda.

<sup>869</sup> Nehring selbst unterstand dem politischen Betätigungsverbot der Gruppe II und stand aus diesem Grunde einer aktiven Politik fern. Damit war die Angelegenheit für ihn erledigt. Er unterrichtete Naumann am 13.8.1953 darüber, dass Stegner ihm gegenüber die konkrete Absicht kundgetan hatte, die FDP zu sprengen und sich mit Gruppen der nationalen Rechtsopposition zu verbünden. Er war bereit seinen Schriftwechsel mit Stegner dazu darzulegen. Siehe dazu: Ebenda.

Von Thadden resümierte, dass mit der FDP nichts anzufangen sei und es keinen ernst gemeinten Versuch gebe, eine Sammlungsbewegung zu schaffen.<sup>870</sup> Stegner wolle seine Hausmacht zwar unter Hinzunahme von Rechtsgruppen erweitern, sehe auch die Notwendigkeit einer fraktionellen Trennung, habe jedoch nicht den Mut diese auch durchzuführen.<sup>871</sup> Zielführender schätzte von Thadden die Bemühungen und Beurteilungen von Huisgen ein, mit dem er sich am 14. Juni 1952 getroffen hatte. Dieser wolle den Stegnerischen Plan mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen schon eher durchziehen und die im Rahmen des niedersächsischen Landesverbandes sich anbahnende Sammlung zumeist nationalsozialistischer Elemente über die Grenzen Niedersachsens hinaus ausdehnen.

Huisgen war bezüglich der Sammlung skeptischer als Stegner und teilte dessen Optimismus nicht, wollte das Konzept jedoch einmal ausprobieren. Er meinte, dass kaum die Möglichkeit zur Schaffung einer Nationalen Sammlung bestehe, wenn sich die beteiligten Kreise vorher an das „Gängelband“ von Staatssekretär Otto Lenz begeben würden. So hatte Steiner beispielsweise zu den Besprechungen der Wehrkundegesellschaft einen Beobachter der Bundesregierung zugelassen, was Huisgen auf Steiners Abhängigkeit von gewissen Finanzquellen zurückführte. Huisgen wollte die Sozialistische Reichspartei einbeziehen, da er ein Parteiverbot für abwegig hielt. Am 17. Juni 1952 wollte er sich daher mit dem Mitbegründer der SRP Gerhard Krüger treffen und am gleichen Tag auch Griesmayr mit seiner DU „ins Boot“ holen.<sup>872</sup> Naumann war von Huisgen begeistert und kommentierte seine Arbeit mit den Worten: „Der Mann hat mir wirklich etwas hingestellt.“<sup>873</sup> Unter dem Strich hatte Huisgen für die Einsetzung von 20 ihm loyalen Funktionären in den 13 Bezirken gesorgt, in die das Land eingeteilt war. Sie verursachten der FDP Kosten in Höhe von 25.000 DM im Monat.<sup>874</sup>

Am 19. Juni 1952 trafen sich im Lokal „Kasselsruhe“ auf dem Vernusberg in Bonn unter dem Vorsitz des Bundestagsabgeordneten und niedersächsischen FDP-Vorsitzenden Stegner sechs Herren, darunter auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Onnen, Huisgen und Vertreter der Deutschen Gemeinschaft, zu einer sondierenden Zusammenkunft, die

---

<sup>870</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 79-81, Aktenvermerk über eine Unterhaltung mit Stegner, 11.6.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>871</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 76-78, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Huisgen, 14.6.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>872</sup> Ebenda.

<sup>873</sup> ADL, NI-816, Abgehörtes Telefonat von Diewerge mit Naumann, 19.6.1952.

<sup>874</sup> NARA, FO 371/103927, Bericht vom Land Commissioner in Niedersachsen an Kirkpatrick, 21.4.1953, (Despatch No. 10).

konspirativen Charakter hatte.<sup>875</sup> Bei dieser Aussprache ging es um die Bildung einer „Unabhängigen Sammlungsbewegung“, die alle Gruppen rechts von der SPD umfassen sollte, mit Ausnahme der „Katholisch-Klerikalen Kräfte“. Diese „Sammlungsbewegung“ sollte zunächst auf Grundlage einer interfraktionellen „Arbeitsgemeinschaft“ wirken und im nächsten Bundestagswahlkampf massiv zum Einsatz kommen. Stegner, der sich besonders gegen die katholischen Kräfte aussprach, hob hervor, dass „eine konstruktive Idee zur Nachfolge Adenauers“ entwickelt werden müsse. Am 20. Juni wollte man in einem größeren Kreis zu konkreteren Entscheidungen kommen. Dabei hatten Remer und Krüger von der SRP ihr Erscheinen zugesichert. Die Einbeziehung der SRP in diesen Block war in der Zusammenkunft umstritten und auch über den Namen der Bewegung gingen die Auffassungen auseinander. Man sollte erst einen unverbindlichen Namen für die „Arbeitsgemeinschaft“ wählen und später eine attraktive Bezeichnung für die „Sammlungsbewegung“ suchen.<sup>876</sup>

Die Verbindungen des Naumann-Kreises waren nicht nur auf Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen beschränkt. Ein Brief von Trudl Mehringer aus Bayreuth an Bornemann vom 17. Juni 1952 gibt ein klares Beispiel der Unterwanderungstechnik in der Partei. Sie legte einen regelmäßig für die Jungdemokraten erscheinenden Brief bei, um zu beweisen, dass es möglich sei, hier zu infiltrieren.<sup>877</sup> Nachdem sie Präsident Heuss als „seniles Guinea-Schwein“ bezeichnet hatte, erklärte sie, dass sie sich in Erlangen, wo es einen Bund von HJ-Führern, SS-Führern und Napola-Leuten gebe, erfolgreich gegen die „antiken 1862-Arche-Demokraten“ durchgesetzt habe, indem sie einen 32 Jahre alten ehemaligen HJ-Führer als FDP-Vorsitzenden und ehemalige SA-Standartenführer als FDP-Sekretär, Stadtvorsitzenden und Fraktionschef bekommen hatten, den der ganze Mittelklasse-Block unterstütze. So funktioniere es auch in Bayern.<sup>878</sup> Mehringer betonte, dass der Einfluss hinter den Kulissen größer sei als die Infiltrationspolitik. Sie war der Meinung, dass es am Ende weniger eine Rolle spiele, welche Partei man infiltrierte. Der

---

<sup>875</sup> BA, NL 80/249/197, Anlagen zum Bericht vom 25.6.1952 für Dr. Schäfer und Dr. Wellhausen, ohne Zeit, (Betr. Bildung eines Rechtsblocks).

<sup>876</sup> Ebenda.

<sup>879</sup> Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103916, Brief von Mehringer an Bornemann, 17.6.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, No. 3, August 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103899 sowie ADL, NI-811.

<sup>878</sup> Vgl. NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Haupteffekt sollte sein, nicht den Kontakt untereinander zu verlieren. Deshalb müssten die Parteien als bloße Instrumente dazu betrachtet werden.<sup>879</sup>

Diese Vorgänge konnten nicht verborgen bleiben, auch nicht Middelhaue, der nichtsdestotrotz seine Strategie der Nationalen Sammlung fortsetzte. Auf der Gesamtvorstandssitzung der nordrhein-westfälischen FDP am 6. Juli 1952 forderte er, für die ehemaligen Nationalsozialisten „die Tore weit genug zu öffnen“. Dabei wurde er unterstützt vom nordrhein-westfälischen Hauptgeschäftsführer Wolfgang Döring.<sup>880</sup> Middelhaue kommentierte: „Ich bin der festen Überzeugung, dass wir als FDP, als liberale Partei, so stark sind, dass wir das Einströmen der Leute, die vor 10 Jahren einen Standpunkt einnahmen, den wir verurteilt haben, als Mitarbeiter ohne Schaden für die Partei hinnehmen können.“<sup>881</sup> Wie verhaftet die Mitarbeiter der FDP dem Nationalsozialismus allerdings noch waren, zeigte unter anderem ein Treffen zwischen Naumanns engem Freund, dem Rechtsanwalt Freyborn aus Salzburg sowie Döring und Wilke, welches im Sommer 1952 in Österreich stattfand. Alle drei stimmten hier überein, dass ein „Anschluss“ von Österreich an Deutschland wieder wünschenswert sei.<sup>882</sup> Weder ideologisch noch sprachlich hatten sich die FDP-Vertreter vom Nationalsozialismus distanziert. Dies zeigte sich auch bei einem Telefonat zwischen Naumann und Diewerge im Juli 1952. Letzterer bot den Bezug der „künstlich propagandistischen Lageschau mit Vorschlägen“ – den Pressespiegel der FDP – an, den erster dankend annahm.<sup>883</sup> Bei dieser Gelegenheit berichtete Diewerge auch, dass er motorisiert werden würde: „Da können wir uns dann öfter sehen. Und dann habe ich auch einen Auftrag erhalten, der mich in sämtliche Gauhauptstädte führt. Und da könnte man manches absprechen, eventuell auch adressenmäßig.“<sup>884</sup> Diewerge erklärte Naumann, dass seine Position in der FDP sehr viel stärker geworden sei.<sup>885</sup> Dies beweise auch die Tatsache, dass ihm das Training der FDP-

---

<sup>879</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Vgl. auch: NARA, FO 371/103909, Brief von Mehringer an Bornemann vom 17.6.1952, (in: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 3.3.1953). Siehe auch: ADL, NI-811.

<sup>880</sup> Mende, Die FDP, S. 82.

<sup>881</sup> Wengst, Udo (Bearb.), FDP- Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949-1954. Erster Halbband 1.-26. Sitzung 1949-1952, Düsseldorf 1990, S. 377.

<sup>882</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>883</sup> ADL, NI-816. Abgehörtes Telefonat zwischen Naumann und Dierwerge, 19.7.1952.

<sup>884</sup> Ebenda.

<sup>885</sup> Dass Diewerges Position jedoch nicht ganz so unproblematisch war, zeigte ein langer Brief Naumanns an Middelhaue, in dem er ihm die Laufbahn seines ehemaligen Untergebenen darlegte und mehrmals versicherte, dass jener niemals das Referat für Judenfragen geleitet, noch im Rahmen dieses Referats oder eines der angeschlossenen Institute gearbeitet habe. Er habe nie in irgendeiner Form an antijüdischen Maßnahmen mitgewirkt. Vgl. ADL, NI-831, Brief von Naumann an Middelhaue, 26.9.1952.

Sprecher in verschiedenen Parteizentralen des Landes übertragen worden sei<sup>886</sup>, wofür sich Wolfgang Döring an vorderster Stelle eingesetzt hatte.<sup>887</sup> Für Naumann stellte dies einen „enormen Fortschritt“ dar und er vereinbarte ein Treffen, um dieses Training zu planen.<sup>888</sup>

Auch den Entwurf eines ganz neuen Parteiprogramms aus dem „Büro Middelhaue“<sup>889</sup> vermeldete Diewerge, den er ihm zuschicken wollte und der auf dem Landesparteitag in Bielefeld vom 25. bis 27. Juli verkündet werden sollte. Dabei handelte es sich um das „Deutsche Programm“.<sup>890</sup> Dieses Gespräch lässt den Schluss zu, dass Naumann gebeten wurde, das Programm durchzusehen.<sup>891</sup>

Auf dem Parteitag in Bielefeld legte Middelhaue den Entwurf dieses „Deutschen Programms“ vor. Es lässt nach Form und Inhalt vermuten, dass die FDP für den nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden lediglich ein Vehikel für seine über die Partei hinausgehenden Sammlungspläne war.<sup>892</sup> Das Programm war schwarz-weiß-rot umrandet und auf Büttenpapier gedruckt.<sup>893</sup> Die Grenzen zum Rechtsradikalismus waren hier fließend.<sup>894</sup> Neben der hemmungslos deutsch-nationalen Propagandasprache zeigte sich vor allem das Verlangen nach der Überwindung des kostspieligen Föderalismus der Bundesrepublik. Die BRD sollte gemäß dem Landtagsfraktionsführer der nordrhein-westfälischen Liberalen in einen „dezentralisierten Einheitsstaat“ umgewandelt werden.<sup>895</sup> Das „Deutsche Programm“ setzte sich zum Ziel, „eine einheitliche Haltung aller Deutschen in grundsätzlichen Fragen zu erreichen“ und „Deutschlands tiefste Erniedrigung durch neues Denken und entschlossenes Handeln“ zu überwinden.<sup>896</sup> Die Aussagen verblieben im Unverbindlichen und erzeugten insgesamt ein volkstümliches nationales Pathos. Als Programm einer liberalen Partei war der Entwurf eindeutig nicht

---

<sup>886</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>887</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 85.

<sup>888</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>889</sup> Vgl. Papke, Liberale Ordnungsmacht, S. 166.

<sup>890</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR am 9.3.1953, Der Fall Naumann. Bei den Verhören durch die Briten verweigerte Naumann jegliche Informationen zum „Deutschen Programm“. Siehe dazu: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>891</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>892</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 104.

<sup>893</sup> Mende, Die FDP, S. 81.

<sup>894</sup> Vgl. Zundel, Rolf, Die Erben des Liberalismus, Offenburg 1971, S. 53.

<sup>895</sup> Vgl. Das Deutsche Programm, abgedruckt in: Juling, Programmatische Entwicklung der FDP, S. 120-124; Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 309-315; Flechtheim, Ossip K. (Hg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973, S. 480-485.

<sup>896</sup> Das Deutsche Programm bei: Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 309.

zu identifizieren.<sup>897</sup> Zu seiner Präsentation erklang als Begleitmusik das Motiv aus den „préludes“ von Liszt, mit dem während des Krieges die Sondermeldungen des Oberkommandos der Wehrmacht eingeleitet worden waren.<sup>898</sup> Das Programm wurde nicht zur inhaltlichen Diskussion im Landesvorstand gestellt, und war zur Überarbeitung und endgültigen Beschlussfassung an den Landesvorstand bzw. Landesausschuss überwiesen worden.<sup>899</sup> Wilde Gerüchte rankten sich um den Autorenzirkel des „Deutschen Programms“.<sup>900</sup> Es sickerte durch, dass zwei Redakteure im Anwaltsbüro des außenpolitischen Sprechers der Partei, Ernst Achenbach, saßen. Dabei handelte es sich um Werner Best und Franz Alfred Six. Seinen „letzten Schliff“ hatte das „Deutsche Programm“ erst bei internen Besprechungen im kleinen Kreis bekommen, an denen Middelhaue, Döring und Diewerge teilgenommen hatten.<sup>901</sup> Von Diewerge war es auch an Grimm geschickt worden, zu dessen „braintrusts“ Werner Naumann und der ehemalige Leiter der Rundfunkabteilung im RMVP Hans Fritzsche<sup>902</sup> gehörten.<sup>903</sup> Fritzsche, den Diewerge nach wie vor als seinen ehemaligen Vorgesetzten respektierte<sup>904</sup> und der als Protégé von dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Freiherrn von Rechenberg kurze Zeit die Aussicht hatte, in der FDP heimisch werden zu können<sup>905</sup>, hatte das „Deutsche Programm“ auf seine Werbekraft hin geprüft.<sup>906</sup> Middelhauves Rolle bei der Abfassung des Programms, dem propagandistischen Herzstück der Nationalen Sammlung, darf nicht unterschätzt werden, sowohl hinsichtlich der programmatischen Kontinuitätslinien als auch seinem Führungsanspruch.<sup>907</sup> In Briefen dankte er Zoglmann,

---

<sup>897</sup> Zur Interpretation des Programms siehe: Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 88f.

<sup>898</sup> Ebenda. Besonders Erich Mende zeigte sich „einigermaßen erschüttert“ über den Versuch mithilfe eines akustischen und visuellen Blendwerks ein Programm durchzusetzen, das weder von den Mitgliedern noch vom Landesvorstand eingehend diskutiert worden war. Siehe dazu: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 119.

<sup>899</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 88.

<sup>900</sup> Vgl. Bonacker, Fritzsche, S. 255, Anm. 742. Hier findet sich eine Aufzählung der in der Forschung zu findenden Autorenzuschreibungen.

<sup>901</sup> BA, NL80/259/133, Aktenvermerk Kreisverband Köln, Betr.: Landesverband Düsseldorf, ohne Zeit.

<sup>902</sup> Fritzsche, Jahrgang 1900, war schon in der Weimarer Republik als Journalist tätig gewesen. Seit 1933 arbeitete er für das RMVP, wo er Ende 1942 gemeinsam mit Werner Naumann zum Ministerialdirektor ernannt wurde. Wenig später trat er hier die Nachfolge von Diewerge als Leiter der Rundfunkabteilung an und wurde zugleich „Beauftragter für die politische Gestaltung des Großdeutschen Rundfunks“. Er wurde wichtigster deutscher Rundfunkkommentator. Auf den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozessen wurde er frei gesprochen. Siehe: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 115. Sowie: Bonacker, Fritzsche, S. 63f. u. S. 260.

<sup>903</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 115.

<sup>904</sup> BA, NL 80/260/159-164, Darstellung der Vorgänge von Rinné für Blücher und Dehler, 28.1.1953.

<sup>905</sup> Von Rechenberg bezeichnete Fritzsche auf dem FDP-Bundesparteitag in Bad Ems als klugen Mann, gegen den er nichts einzuwenden habe. Da Rechenberg Anfang 1953 verstarb, schwanden Fritzsches Chancen auf einen FDP-Posten. Vgl. Bonacker, Max, Goebbels` Mann beim Radio, S. 255.

<sup>906</sup> Vgl. Ebenda. Dies hatte Middelhaue am 5. Februar 1953 vor der ausländischen Presse zugegeben.

<sup>907</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 113f.

Walter Brandt und Rudolf Stolle, dem ehemaligen Mitglied der DAF-Reichsleitung, der mittlerweile im „Propagandareferat“ des Landesverbands tätig war, für die Mitarbeit.<sup>908</sup> Das „Deutsche Programm“ war von vorneherein nicht isoliert für den Landesverband Nordrhein-Westfalen konzipiert worden, sondern als Programmvorlage für die Bundespartei. Denn bei der „großen nationalen Sammlungsbewegung“ sollten die Nationale Rechte (NR), die Deutsche Partei (DP) und eventuell der Gesamtdeutsche Block/ Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) miteinbezogen werden.<sup>909</sup> Die Verhandlungen, die Middelhaue seit Juli 1952 geführt hatte, beschränkten sich allerdings hauptsächlich auf die DP<sup>910</sup> und die NR, mit deren Vorsitzenden Hermann Klingspor der nordrhein-westfälische FDP-Landesvorsitzende in regelmäßigen Kontakt stand und gleiche politische Ziele hatte.<sup>911</sup> Middelhaue war der einzige Führungspolitiker der FDP, der bereit war, seine Partei für den „höheren Zweck“ einer Nationalen Sammlung zu opfern.<sup>912</sup>

Es war klar, dass Naumann durch Diewerge Einfluss auf Middelhaues Politik und die des rechten Flügels gewann. Als persönlicher Erfolg konnte gewertet werden, dass Middelhaue auf Vorschlag Diewerges im Juli 1952 einen zweiten persönlichen Assistenten, den ehemaligen Regierungsrat und NSDAP-Landrat Dr. Heinrich Lindner einstellte. Diesen hatte Naumann persönlich bei Diewerge vorgeschlagen.<sup>913</sup> Lindner seinerseits

---

<sup>908</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 114.

<sup>909</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 90.

<sup>910</sup> Vgl. Meyn, Hermann, Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer nationalkonservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965, S. 30ff. Siehe auch BA, NL 80/276/137 sowie BA, NL 80/259/136, Notiz über Telefonat von Weirauch mit Blücher, 27.2.1953. Vgl. auch: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 122. Schon auf dem Bielefelder Parteitag hatten erste Kontaktaufnahmen von Middelhaue und Achenbach mit Vertretern der nordrhein-westfälischen DP stattgefunden. Eine konkrete Weichenstellung erfolgte am 28. August 1952. Middelhaue verhandelte, begleitet von Döring, Rechenberg und Wilke mit DP-Vertretern, darunter auch Schwecht, über Listenverbindungen bei den kommenden Kommunalwahlen und über die Nationale Sammlung. In einem Schreiben vom 4. August 1952 über ein Gespräch zwischen Middelhaue und Schwecht, dem nordrheinwestfälischen Landesvorsitzenden der DP, hieß es: „Middelhaue machte den Vorschlag einer Verschmelzung der FDP mit der DP unter dem Motto 'Kampf dem Marxismus'. Es müsse eine große deutsche Rechte gebildet werden, die alle rechts von der CDU stehenden politischen Kräfte erfassen solle. Hauptmotto sei der eindeutige Kampf gegen die SPD.“ Alle Elemente der FDP, die diese eindeutige Kampfstellung in Bund, Ländern und Gemeinden nicht einnehmen würden, müssten – zumal die Linie der DP einen klaren Kurs aufweist – aus der Partei, die einen neuen Namen erhalten müsse, ausgeschlossen werden. Nordrhein-Westfalen müsse dabei wegweisend vorgehen. Schwecht habe dabei nicht den Eindruck gehabt, dass Middelhaue seinen Parteivorsitzenden Blücher benachrichtigen würde. Vgl. BA, NL 80/259/136. Sowie: ADL, N1-833, Brief von Dehlers Sekretärin Fräulein Lotze an Weirauch, 2.2.1953.

<sup>911</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 122.

<sup>912</sup> Ebenda, S. 123.

<sup>913</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Dazu hatte Diewerge am 1. Februar 1952 mit Lea Lucht gesprochen. Hier machte sie auf Lindner aufmerksam, den sie als „prachvollen Kerl“ bezeichnete, weil er auch in Weißrussland war. Am Vortag hatte Naumann mit ihm darüber gesprochen. Lindner war begeistert von der Idee und wollte dies sofort tun. Vgl. auch: ADL, NI-816, Telefonat zwischen Diewerge und Lucht, 1.2.1952.

hatte wiederum weitreichende Verbindungen. So stand er in Kontakt zu dem ehemaligen Hauptabteilungsleiter der Presse der NSDAP-Reichsleitung und Geschäftsführer der „Westfälischen Zeitung“ in Bielefeld Rolf Rienhardt.<sup>914</sup> Diesen fragte er, ob es besser sei, den Redakteur Wilhelm Eyring bei einer westfälischen Zeitung wie „Fortschritt“ oder in der „Deutschen Zukunft“ zu beschäftigen. Eyring war derzeit bei der „Westfälischen Zeitung“ untergebracht, die überparteilichen Charakter hatte und wo „durch die aktive Rolle, die er in der FDP spielt[e], schon manche Schwierigkeiten entstanden“ waren.<sup>915</sup>

Diewerge informierte Naumann vollständig über die Entwicklungen in der FDP und versorgte ihn mit Parteibroschüren, inklusive des ab 12. September 1952 erscheinenden Rednerschnellbriefes<sup>916</sup>, der ausschließlich Meldungen und Informationen von ihm selbst enthielt.<sup>917</sup> Themen wie Entnazifizierung oder Beiträge mit klarer antiamerikanischer oder antibritischer Tendenz, versuchte Diewerge im Namen von Middelhaue im Rednerschnellbrief zu lancieren.<sup>918</sup> Dabei war Naumann nicht der einzige illustre Bezieher. Unmittelbar nach Fertigstellung der ersten Ausgabe hatte Diewerge seiner Sekretärin, Liselotte Müller eine Liste mit zehn Anschriften übergeben und erklärt, es handle sich um „gute Bekannte oder Freunde von Middelhaue“, der deren laufende Belieferung mit dem Rednerschnellbrief wünsche. Die Liste enthielt unter anderem die Firma Ariston Springer, hinter der sich der ehemalige Leiter der Abteilung Rundfunk im RMVP Hans Fritzsche verbarg, die Firma Lucht, den ehemaligen Leiter der Filmabteilung im RMVP Hans Hinkel, Dr. Best, Professor Friedrich Grimm, Prinzessin zu Schaumburg-Lippe<sup>919</sup> und den ehemaligen Präsidenten der Gauwirtschaftskammer Professor Heinrich Hunke.<sup>920</sup>

---

<sup>914</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Rienhardt an Lindner, 15.12.1952, (in: Documents impounded of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 2.2.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103899. Rolf Rienhardt wurde 1903 in Bucha in Sachsen geboren. 1928 war er Rechtsberater des Zentralverlags der NSDAP und 1934 stellvertretender Direktor des Reichsverbands deutscher Zeitungsverleger. Im November 1943 wurde er von seinem Chef Max Amann „kaltgestellt“ und gehörte danach der Leibstandarte-SS Adolf Hitler an. Siehe: Klee, Personenlexikon, S. 497.

<sup>915</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Rienhardt an Lindner, 15.12.1952, (in: Documents impounded of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 2.2.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103899.

<sup>916</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>917</sup> ADL, N1-831, Eidesstattliche Erklärung von Rinné, 19.1.1953.

<sup>918</sup> BA, NL 80/260/159-164, Darstellung der Vorgänge von Erik Rinné für Blücher und Dehler, 28.1.1953.

<sup>919</sup> Diese wurde später von der Bezieherkartei gestrichen, weil die Rednerbriefe zurückgekommen waren. Vgl. ADL, N1-831, Eidesstattliche Erklärung von Rinné, 19.1.1953.

<sup>920</sup> Ebenda. Siehe auch: BA, NL 80/260/168. Eidesstattliche Erklärung von Liselotte Margarete Müller, Sekretärin zu Bonn, 19.1.1953. Hunke, Jahrgang 1902, war von 1928 bis 1945 Gauwirtschaftsberater und Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Gaus Groß-Berlin der NSDAP. 1934 bis 1945 war er auch Hauptlektor im Amt für Schrifttumspflege des Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP und bei der Parteiämlichen Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums. Von 1935 bis 1944 war er Ministerialrat und Ministerialdirektor im RMVP. Siehe: Glienke, Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter, S. 167f.

Erst im zweiten Schritt, wenige Tage später, lieferte er eine weitere Liste mit Anschriften von Parteimitgliedern nach. Einzelne Personen wurden von Diewerge durch mündliche Nachmeldung aufgenommen, beispielsweise der ehemalige SS- und Polizeiführer Paul Zimmermann oder der ehemalige Gauschulungsleiter von Danzig Wilhelm Löbsack, der mit Diewerge im Dritten Reich „Tür an Tür“ gearbeitet hatte.<sup>921</sup>

Währenddessen blieb das „Deutsche Programm“ ein Streitpunkt im Bundesvorstand. Darum wurde im September 1952 eine Kommission zur Überarbeitung eingesetzt, welcher unter anderem Blücher, Middelhauve und Schäfer angehörten.<sup>922</sup> Bei den Vorbereitungen versuchten Dehler und Schäfer, die Atmosphäre aufzulockern. Sie wiesen darauf hin, dass die FDP nach allen Seiten klare Grenzziehungen vornehmen müsse, und zwar sowohl gegen den Klerikalismus und den Sozialismus als auch gegen den „ewiggestrigen“ Nationalismus.<sup>923</sup> Franz Blücher sah sich gezwungen, seine bisherige Rolle als Neutraler in der Mitte zwischen den Parteiflügeln aufzugeben. Gerade seine Nachgiebigkeit gegenüber Middelhauve und den nationalen Sammlern hatte inzwischen bis weit in die Mitte der Partei für Verärgerung gesorgt.<sup>924</sup> Seine Strategie bestand nun darin, eine engere Kooperation der altliberalen Landesverbände und der zum altliberalen Parteiflügel gehörigen Persönlichkeiten aus dem Führungszirkel der FDP zu fördern.<sup>925</sup>

Dies veranlasste Naumann, sich noch im September 1952 gegen die FDP als Hauptziel seiner Anstrengungen zu entscheiden und zur DRP zu tendieren. In einem Brief von Scheel an von Thadden hieß es, Naumann habe eine ganze Weile ehrlich daran gedacht in der FDP einzusteigen, umso mehr als er mit einigen führenden FDP-Leuten, wie Achenbach und Rechenberg zusammenarbeite. In jüngster Zeit habe sich dies aber dahingehend geändert, dass auch Naumann einsehe, dass es nutzlos sei, den Versuch fortzuführen, die FDP grundsätzlich zu ändern. Es gebe aber immer noch welche, die hier unterkommen würden. Beispielsweise sei der ehemalige Leiter der Rundfunkabteilung im RMVP Hans Fritzsche Mitglied der FDP geworden. Aber Huisgen und seine Freunde hätten eben letztendlich doch keinen Erfolg mit ihren Bemühungen gehabt.<sup>926</sup> Und im nächsten Jahr müssten sie sich dann verantworten, dass sie absolut linientreu hinter

---

<sup>921</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 130. Siehe auch: Diewerge, Wolfgang, Der neue Reichsgau Danzig-Westpreußen. Ein Arbeitsbericht vom Aufbauwerk im deutschen Osten (Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung), Berlin 1940, S. 99.

<sup>922</sup> Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 136.

<sup>923</sup> Ebenda, S. 137.

<sup>924</sup> Brauers, Die FDP in Hamburg 1949 bis 1953, S. 615.

<sup>925</sup> Rütten, Der deutsche Liberalismus, S. 238.

<sup>926</sup> NLA, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 72-73, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Scheel in Hamburg, 7.9.1952, Verfasser v. Thadden.

Adenauer gestanden haben. Dasselbe gelte in noch größerem Maße für die DP. Nur durch „Opposition“ werde man im nächsten Jahre etwas schaffen, nicht durch Schweigsamkeit.<sup>927</sup>

Trotzdem zog Naumann sich vorerst nicht gänzlich zurück, sondern betrachtete gerade auch seine Leute in der FDP als Sprachrohre dieser Opposition. „Ob man eine liberale Partei am Ende in eine NS-Kampfbewegung umwandeln oder mit einer föderalistischen Gemeinschaft großdeutsch handeln kann, möchte ich bezweifeln, wir müssen es aber auf einen Versuch ankommen lassen. In der politischen Landschaft unserer Übergangszeit sind Parteien dieser Art durchaus positiv zu beurteilen. Sie zwingen allein durch ihr Vorhandensein ihre Konkurrenten im Bundestag zu Zugeständnissen und zu Maßnahmen, die uns alle erfreuen, wie z.B. der Paragraph 131, das Ende der Spruchkammern und so weiter, und so weiter. Gäbe es keine FDP, müsste sie noch heute gegründet werden“, erklärte er auf dem Treffen des Gauleiter-Kreises in Hamburg am 18. November 1952.<sup>928</sup>

Kritik ertete Naumann für seine Bemühungen in der FDP von Wilhelm Kiefer, einem Veteran des Kapp-Putsches. Diesem war Naumanns Liaison mit den Liberalen in Nordrhein-Westfalen völlig unverständlich. Er schrieb an Naumann, er kenne die schönen Theorien, die darauf hinausliefen, dass man die FDP unterlaufen müsse, um sie den eigenen Zwecken nutzbar zu machen. Kiefer versicherte Naumann, dass er dies nie erreichen, dafür aber die Nationale Opposition noch mehr zersplittern werde. Kiefer sprach sich für ein eigenes Konzept und eine selbstständige Gruppierung aus. Er sagte, sie seien auf dem besten Wege dahin. Er empfinde es aber als Störung, wenn „so prominente und bedeutende Vertreter der 'Nationalen Opposition'“ ihnen, wenn auch ohne böse Absicht, praktisch in den Rücken fielen.<sup>929</sup> Kiefer hatte kein Vertrauen zu dem Kreis um Middelhaue und appellierte an Naumann: „Wir dürfen nur Vertrauen zu uns selbst haben.“<sup>930</sup>

Nichtsdestotrotz richtete Naumann seine Hoffnungen auf den Bad Emser Bundesparteitag der FDP vom 20. bis zum 22. November 1952. Er erwartete, dass sich hier der nationale Flügel mit dem „Deutschen Programm“ durchsetzen würde, umso mehr, da Middelhaue im Vorfeld deutlich gemacht hatte, bei einer Niederlage auf dem Emser Parteitag auch die Einheit der FDP zur Disposition zu stellen. Er hatte behauptet, im Falle eines Scheiterns

---

<sup>927</sup> NLA, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 74-75, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann, 4.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>928</sup> NARA, FO 371/103907, Text der Naumann-Rede vor dem Gauleiter-Kreis, 18.11.1952, (in: Documents impounded on 14. Jan. 53, 5.3.1953).

<sup>929</sup> BA, NL 80/272/214-215, Brief von Kiefer an Naumann, 17.11.1952.

<sup>930</sup> Ebenda.

der Nationalen Sammlung, sehe er keine Möglichkeit mehr weiter in der FDP mitzuarbeiten.<sup>931</sup>

Auf dem Bundesparteitag präsentierten die Altliberalen einen Gegenentwurf zum „Deutschen Programm“, das „Liberale Manifest“.<sup>932</sup> Das „Liberale Manifest“ enthielt ein eindeutiges Bekenntnis zum Liberalismus. Der Nationalsozialismus wurde hier nicht verharmlost, sondern als „entsetzlichstes Unglück aller Zeiten“ bezeichnet, in das „antiliberalen Kräfte“ die Deutschen gestürzt hatten.<sup>933</sup> Das Programm, das unter der Redaktionsleitung des Berliner Abgeordneten Hans Reif ausgearbeitet worden war, zielte zweifellos auf eine Position der Mitte im Parteiensystem ab.<sup>934</sup> Es bekannte sich zur Wiedervereinigung als Hauptvorhaben liberaler Politik, und sah dieses Ziel im Gegensatz zum „Deutschen Programm“ nur auf dem Weg der Westanbindung und einer fortgesetzten Integration erreichbar. Ein außenpolitischer deutscher Alleingang oder eine Rückkehr zum Deutschen Reich wurden ausgeschlossen.<sup>935</sup>

Die FDP stand auf dem Bundesparteitag in Bad Ems am Rande der Spaltung. Dass die Partei nicht auseinanderbrach, war lediglich auf das ausgeglichene Mehrheitsverhältnis zurückzuführen, welches zu Kompromissen zwang<sup>936</sup> und die Adenauersche Koalitionspolitik, die die Tendenzen zu einer Verständigung in der Partei stärkte.<sup>937</sup> Aber auch der große finanzielle Einfluss von Middelhaue und seiner Entourage stand einer Trennung des liberalen Flügels entgegen.<sup>938</sup> Die Zahlen, die Bundesschatzmeister Hans Wolfgang Rubin auf dem Parteitag präsentierte, mussten Besorgnis erregen: 72,2 Prozent der Parteigelder für die FDP stammten im Rechnungsjahr 1951/52 vom Landesverband Nordrhein-Westfalen. Baden-Württemberg als zweitgrößte Quelle folgte mit 7 Prozent.<sup>939</sup>

Um eine Lösung zu finden, die eine offene Konfrontation der Parteiflügel verhinderte, tagten die Delegierten des Bundesparteitages nahezu in Permanenz. Für den 21. No-

---

<sup>931</sup> Vgl. Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 91. Und auch Kiefer schrieb Naumann am 23. November 1952. Seit sich die FDP für die Westverträge entschieden habe, sei ein Zusammenschluss zwischen ihren Kräften und der FDP unhaltbar. Vgl. NARA, FO 371/103916, Brief von Kiefer an Naumann, 23.11.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, No. 3, August 1953). Sowie: NARA, FO 371/103899.

<sup>932</sup> Dittberner, FDP-Partei der zweiten Wahl, S. 31.

<sup>933</sup> Das Liberale Manifest ist abgedruckt in Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 316-320; Flechthelm, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, S. 485-492; Juling, Programmatik der FDP, S. 124-128.

<sup>934</sup> Kaack, Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei, S. 18.

<sup>935</sup> Moring, Europapolitik der FDP, S. 12f.

<sup>936</sup> Papke, Liberale Ordnungsmacht, S. 169.

<sup>937</sup> Lange, Max Gustav, Die FDP – Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, in: Institut für Politische Wissenschaft e.V. (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart/ Düsseldorf 1955, S. 376.

<sup>938</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 188.

<sup>939</sup> Ebenda, S. 190.

vember war eine Aussprache über das „Deutsche Programm“ und das „Liberales Manifest“ vorgesehen. Dabei charakterisierte der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Reinhold Maier, den national-liberalen Parteiflügel als „schwarz-rot-gold bis auf die Knochen“. Im Gegenzug wurde Maier vorgeworfen mit seiner Proklamation der „Gefahr von Rechts“, diese Gefahr überhaupt erst geschaffen zu haben.<sup>940</sup> Der politische Rahmen beim Parteitag von Bad Ems war derart von nationalistischem Geist durchtränkt, dass der Schweizer Journalist Fritz René Allemann diese Entwicklung mit der Bemerkung kommentierte: „Da und dort konnte es geschehen, dass allein schon der Begriff des Liberalismus bereits als unerträgliche Beengung empfunden oder doch bis zur völligen Unkenntlichkeit verwaschen wurde.“<sup>941</sup>

Im Ergebnis wurde in Bad Ems das Amt eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden geschaffen. Blücher wurde als Kompromissvorsitzender wieder gewählt.<sup>942</sup> Zu den sieben Beisitzern im geschäftsführenden Vorstand gehörten nun drei Protagonisten der Nationalen Sammlung.<sup>943</sup> Weiter wurde ein neuer Schlüssel für die Verteilung von Delegiertenmandaten auf die einzelnen Landesparteien beschlossen, wonach die Delegierten für die Parteitage in Zukunft nicht mehr aufgrund der Mitgliederzahlen der einzelnen Landesverbände, sondern (bis auf vier Grundmandate) allein basierend auf dem Stimmauftkommen bei den letzten Bundestagswahlen zu nominieren waren. Von dieser Bestimmung erhofften sich die Liberalen für den Lübecker Parteitag einen Wahlsieg über den nationalen Parteiflügel im Bundesvorstand.<sup>944</sup>

Sowohl das „Deutsche Programm“ als auch das „Liberales Manifest“ wurden durch die Delegierten schließlich zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse der Partei überwiesen. In diesem Prozess traten aus Nordrhein-Westfalen Erich Mende, Willy Weyer und der zum Bundesschatzmeister gewählte Hans Wolfgang Rubin in den Vordergrund und arbeiteten an Kompromisslösungen, um den Fortbestand der FDP keinesfalls zu gefährden.<sup>945</sup>

Gegen Jahresende wurde der Widerstand gegen die nationalsozialistischen Elemente in den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen dennoch stärker. Am 22. Dezember 1952 beschäftigte sich der geschäftsführende FDP-Bundesvorstand auf einer Sondersitzung mit dem „Problem Niedersachsen“. Eine erste Untersuchung

---

<sup>940</sup> Zit. nach: Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 142.

<sup>941</sup> Vgl. Allemann, Bonn ist nicht Weimar, S. 280f.

<sup>942</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 92.

<sup>943</sup> Rütten, Der deutsche Liberalismus, S. 247.

<sup>944</sup> Vgl. Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 148.

<sup>945</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 92.

ergab, dass der Landesvorsitzende Stegner eine Reihe ehemaliger NS-Funktionäre, vorwiegend HJ-Gebietsführer, die hauptamtlich in der FDP beschäftigt waren, um sich geschart hatte.<sup>946</sup>

In Hessen gab es im Winter 1952/53 heftige Diskussionen über den reaktionären Rechtskurs des Landesvorsitzenden August-Martin Euler. Er behauptete, sein Bestreben aus der FDP eine rechtslastige Partei zu machen, werde von der großen Mehrheit der hessischen Freidemokraten unterstützt. Nur fünf Prozent innerhalb der hessischen Partei würden sich zum linken Parteiflügel bekennen.<sup>947</sup>

Kurz vor Jahresende 1952 meldete sich eine „Gruppe fortschrittlicher Mitglieder der Freien Demokratischen Partei im Lande Nordrhein-Westfalen“ mit einem anonymen Rundschreiben. Darin wurde voller Zweckoptimismus verkündet, die Erbitterung gegen die „klugen Männer“ des Dritten Reiches, mit denen sich die Herren Middelhaue und von Rechenberg fast zu 100 Prozent umgeben, wachse von allen Seiten.<sup>948</sup> Gegen Middelhaue wurde der Vorwurf erhoben, den Landesverband mithilfe des hauptamtlichen Funktionärskörpers und völlig undemokratischen Mitteln unter Kontrolle zu halten.<sup>949</sup> Die vorangegangenen Wahlen zeigten, dass die FDP trotz des „Sammlungsgeschreis“ keinen nennenswerten Stimmzuwachs verzeichnet habe.<sup>950</sup> Unabhängig vom Rundschreiben äußerten verschiedene Parteimitglieder auch ihren Unmut über die Undurchsichtigkeit an der Spitze des nordrhein-westfälischen Landesverbandes.

Am 3. Januar 1953 trafen sich deshalb rund 30 Vertreter verschiedener Kreisverbände auf Initiative der beiden Leiter des Kreisverbandes Wuppertal, Wirths und Schneider, mit Franz Blücher in Köln. Zur Diskussion standen ihre Befürchtungen bezüglich des Zustroms rechtsradikaler Elemente.<sup>951</sup> Wirths präsentierte ein von ihm aus der internationalen Presse, Agenturmeldungen und weiteren nicht näher benannten Quellen zusammengestelltes Dossier, das sogenannte „Informationsmaterial“. Dieses besagte, dass Verbindungen des hauptamtlichen FDP-Mitarbeiterstabes zu rechtsextremistischen Kreisen existierten.<sup>952</sup> Zur „geheimen Kölner Zusammenkunft“ erschien auch der weder eingeladene noch offiziell informierte Middelhaue in Begleitung von Döring.

---

<sup>946</sup> Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 161.

<sup>947</sup> Vgl. Frenz, Wilhelm, Die politische Entwicklung in Kassel von 1945-1969. Eine wahlsoziologische Untersuchung, Meisenheim a. Glan 1974, S. 119.

<sup>948</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 370. Siehe auch: NARA, FO 371/103903, Aufruf der Gruppe fortschrittlicher Mitglieder der FDP im Lande Nordrhein-Westfalen, Dezember 1952, (in: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 9.2.1953). Vgl. auch: BA, NL80/265/119.

<sup>949</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 93.

<sup>950</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 370.

<sup>951</sup> Wengst, FDP Bundesvorstand (2), S. 792f.

<sup>952</sup> Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 169f.

Middelhaue echauffierte sich über das an den Tag gelegte Misstrauen.<sup>953</sup> Das „Informationsmaterial“ wurde wenige Tage später dem Bundesvorstand mit der Aufforderung zur Untersuchung der Vorgänge zugeleitet. Wirths und Schneider erhofften sich davon, die von ihnen kritisierten Strukturen auf der Ebene der Gesamtpartei diskutieren zu können. In der turnusmäßig einberufenen Landesausschusssitzung am 6. Januar 1953 kam das Thema dann zur Sprache.<sup>954</sup> In diesem Zusammenhang hatte auch Dehler Erkundigungen eingezogen und bekam zu hören, dass sich Wolfgang Döring bereits 1950 über Blücher ausgelassen hatte: „Er hat eine jüdische Frau, das ist für uns untragbar“. Nach der Übernahme seines Amtes hatte er gesagt, dass in Bonn aufgeräumt werden müsse.<sup>955</sup>

Den Verdacht nazistischer Tendenzen verbuchte Middelhaue unter der Rubrik „böswilliger Unterstellungen“. Um sich der Oppositionellen zu entledigen, nutzte er das effektvolle Mittel der Vertrauensfrage beziehungsweise des fingierten Misstrauensantrags. Mit nur drei Enthaltungen wurde dem Landesvorsitzenden das Vertrauen ausgesprochen.<sup>956</sup> Gegen Wirths und Schneider, die inzwischen völlig isoliert waren, wurde auf Anregung Achenbachs ein Ehrenratsverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens eingeleitet.<sup>957</sup>

Aufgrund des sich verhärtenden Widerstands in den Reihen der FDP hatte Naumann im Dezember 1952 endgültig mit ihr abgeschlossen und gegenüber Karl Waldemar Schütz und Adolf von Thadden erklärt, dass er aber auch in gar keiner Weise mehr den Gedanken habe, sich der FDP anzuschließen, denn „es sei ihm inzwischen völlig klar geworden, dass die FDP sich nicht ändern werde und dass der Versuch einiger HJ-Führer, die FDP umzuändern als endgültig gescheitert angesehen werden müsse.“<sup>958</sup>

Nichtsdestotrotz pflegte Naumann mit seinen zahlreichen „FDP-U-Booten“ weiter regelmäßigen Kontakt. Dazu zählte Naumanns früherer Schulfreund, der ehemalige

---

<sup>953</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 142.

<sup>954</sup> Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 169f.

<sup>955</sup> BA, NL 80/260/054, Untersuchung über Hauptgeschäftsführer Döring, 1953. Siehe dazu auch: ADL, N1-831, Bericht von Maria Kehren über die Äußerungen Dörings, 31.3.1953. Döring versuchte im April 1953, die eidesstattliche Erklärung von Kehren durch eine Privatklage wegen übler Nachrede zu entkräften. Siehe dazu: ADL, N1-831, Brief von Kehren an Dehler, 22.4.1953. Maria Kehren war seit September 1949 Mitglied der FDP in Nordrhein-Westfalen. Seit Frühjahr 1950 arbeitete sie aktiv in der FDP und war Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des Kreisverbandes Düsseldorf, Mitglied des erweiterten Landesvorstandes und stellvertretende Vorsitzende der Kammer für Haftentschädigung beim nordrhein-westfälischen Innenminister. Ihre Ämter im Kreisverband und im Landesvorstand stellte sie zur Disposition, da sie nicht gewillt war, die undemokratischen Methoden gutzuheißen.

<sup>956</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 144.

<sup>957</sup> Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 170. Siehe auch: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 144, 180f. Das Ehrenratsverfahren sollte sich bis Mitte November 1953 hinziehen. Middelhaue machte das Angebot mit dem „tabula rasa-Prinzip“ auch in dieser Hinsicht einen Schlussstrich zu ziehen.

<sup>958</sup> NLA, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 68-71, Aktennotiz über eine Besprechung mit Dr. Naumann in Düsseldorf, 10.12.1952, Verfasser v. Thadden.

Waffen-SS-Sturmbannführer Werner Heinz<sup>959</sup> und der ehemalige de facto Stellvertreter des Reichskommissars in der Ukraine sowie derzeitige FDP-Stadtrat von Mühlheim an der Ruhr Helmuth von Wedelstädt<sup>960</sup> oder der ehemalige Chef der Propagandaabteilung der Wehrmacht Gunther d´Alquen.<sup>961</sup> Ebenso lud der ehemalige Beauftragte von Alfred Rosenberg für Schriftumsfragen Hans Hagemeyer<sup>962</sup>, der Ende Oktober 1952 seine Handelsvertretungen aufgelöst hatte und seit November 1952 wieder als FDP-Kreisleiter in Fallingbostal politisch aktiv war<sup>963</sup>, Naumann Anfang Januar 1953 zu einer Mitarbeit im „Redaktionsausschuss“ ein, der seine geplante „zusammengeschlossene Verlagsgemeinschaft“ beraten sollte.<sup>964</sup> In seiner Tätigkeit für die FDP in Niedersachsen plante Hagemeyer einige nationale Verlagsunternehmungen zu einer Verlagsgemeinschaft, mit gemeinsamer Vertriebsorganisation und Engagement von Auslandskorrespondenten zusammenzufassen.<sup>965</sup> Er wollte Bornemanns „Informationsdienst“ abonnieren und Bücher durch sein Büro einkaufen. Woraufhin Bornemann entgegnete: „Meine Informationsdienste können sie selbstverständlich beziehen, wie es manche andere Persönlichkeiten und Dienststellen der FDP auch tun“.<sup>966</sup> Gleiches galt für Professor Robert Philipp Noell von der Naumer, der FDP-Bundestagsabgeordneter war und an der Universität Mainz dozierte. Dieser informierte den ehemaligen Staatssekretär auf einem Treffen Anfang Januar 1953 über „die gesamtpolitische Lage“ und den Stand der Dinge bezüglich

---

<sup>959</sup> Er hatte Naumann im November 1952 kontaktiert und ihm mitgeteilt, dass er keinen richtigen Kontakt zur FDP habe, da Schwennicke in Berlin nicht mit seiner „Richtung“ übereinstimme. Er erwartete von Naumann eine Empfehlung, an wen er sich in Berlin wenden könne. Siehe dazu: NARA, FO 371/103902, Brief von Werner Heinz an Naumann vom 23.11.1952, (in: Subject: Dr. Werner Naumann and Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 2.2.1953).

<sup>960</sup> NARA, FO 371/103907, Bericht über Naumanns politische Kontakte und Pläne, 27.1.1953, (Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53). Siehe auch: NARA, FO 371/103916.

<sup>961</sup> NARA, FO 371/103913, Übersetzung eines Briefs von Naumann an d´Alquen, 19.12.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Section V, Draft). Vgl. auch: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 132. Am 12. November 1952 hatte d´Alquen an Naumann geschrieben, dass er mit Diewerge nach Gelsenkirchen fahren werde, da die in Nordrhein-Westfalen ansässigen ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS ein Treffen planten. Middelhaue machte Generaloberst Hausser das Angebot bei der „pressemässigen Vorbereitung der Veranstaltung“ auf die erprobten Dienste Diewerges zurückzugreifen.

<sup>962</sup> Hagemeyer wurde 1899 in Hemelingen bei Bremen geboren. 1932 war er Gauwirtschaftsberater der NSDAP in Nürnberg, 1934 Leiter der Abteilung Schrifttumspflege der Nationalsozialistischen Kulturgemeinde, 1939 Leiter des Amtes für Schrifttumspflege im Amt Rosenberg, 1941 MdR. Siehe: Klee, Kulturlexikon, S. 191.

<sup>963</sup> Vgl. NARA, FO 371/103902, Brief von Hagemeyer an Bornemann, 5.1.1953, (in: Subject: Dr. Werner Naumann and Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 2.2.1953). Siehe auch: BA, NL 80/272/201-203, Brief von Hagemeyer an Bornemann, 1.12.1952. Siehe auch: NARA, FO 371/103899.

<sup>964</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Hagemeyer an Naumann, 7.1.1953, (in: Subject: Dr. Werner Naumann and Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 2.2.1953). Vgl. auch: NARA, FO 371/103899.

<sup>965</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Hagemeyer an Bornemann, 5.1.1953, (in: Subject: Dr. Werner Naumann and Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 2.2.1953).

<sup>966</sup> BA, NL 80/272/201-203, Brief von Hagemeyer an Bornemann, 1.12.1952. Siehe auch: NARA, FO 371/103899.

Naumanns Person, da sein Name in der FDP-Fraktion aufgetaucht sei und er ihn gerade wieder in einer Denkschrift nordrhein-westfälischer Parteifreunde erwähnt gefunden habe.<sup>967</sup>

Seinen Freund Diewerge bestellte Naumann sogar am 14. Januar 1953, am Tag seiner Verhaftung, telefonisch um 21.00 Uhr bei sich ein. Diewerge erschien jedoch nicht. Der Grund dafür wurde nie bekannt. Eine halbe Stunde später wurde Naumann verhaftet.<sup>968</sup>

## 2. Die Verhandlungen mit dem BHE und der DP (1952)

Von Anfang an hatte der Naumann-Kreis nicht nur Interesse an der FDP, sondern auch am Heimatblock der Vertriebenen und Entrechteten (BHE).

Nachdem bis 1949 7,6 Millionen Vertriebene in die drei Westzonen gelangt waren<sup>969</sup>, hatte sich der BHE nach Aufhebung des Lizenzierungszwanges für politische Parteien am 8. Januar 1950 in Kiel als parteipolitische Interessenvertretung der Heimatvertriebenen konstituiert.<sup>970</sup> Er strebte die Wiederherstellung des Deutschen Reiches mit Preußen als Kern an.<sup>971</sup> Der BHE bot ehemaligen Nationalsozialisten eine parteipolitische Heimat und politische Betätigungsmöglichkeiten.<sup>972</sup> Auf einer Tagung der Landesvorstände wurde am 28. Januar 1951 die Konstituierung der Partei auf Bundesebene beschlossen. Zunächst stützte sich die Partei auf die Landesverbände Schleswig-Holstein, Niedersachsen<sup>973</sup>, Bayern und Hessen. Die Leitung wurde einem vorläufigen Bundesvorstand übertragen. Diesem gehörten der ehemalige Ehrenhauptsturmführer der SS und Geschäftsführer der

---

<sup>967</sup> NARA, FO 371/103907, Brief von Noell von der Nahmer an Naumann, 29.12.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 27.1.1953). Nahmer selbst wollte keinesfalls mehr für die FDP kandidieren, da sich das Bundestagsmandat nicht mit der Professur vereinen ließ.

<sup>968</sup> ADL, NI-832, Aufzeichnung Dehlers über Middelhauve und Umgebung, 21.4.1953.

<sup>969</sup> Stöss, Richard, Der Gesamtdeutsche Block, in: Richard Stöss (Hg.). Parteien Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 3 EAP-KSP, Opladen 1986, S. 1425.

<sup>970</sup> Stickler, 'Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch', S. 280. Siehe auch: Salzborn, Grenzenlose Heimat, S. 61f.

<sup>971</sup> Stöss, Der Gesamtdeutsche Block, S. 1438.

<sup>972</sup> Ebenda, S. 1441.

<sup>973</sup> 1952 wurde der BHE in Niedersachsen bei den Kommunalwahlen nach der SPD die zweitstärkste Partei. Dies war allerdings den Überläufern der SRP geschuldet. 1953 war Niedersachsen mit ca. 51.000 Mitgliedern der stärkste Landesverband des BHE. Die Bundestagswahl 1953 entlarvte den BHE jedoch als „Papiertiger“. Siehe: Grebing, Helga, Politischer Radikalismus und Parteiensystem. Die Flüchtlinge in der niedersächsischen Nachkriegspolitik, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Rechtsradikalismus in der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 259-267. Sowie: Grebing, Helga, Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen. Eine Untersuchung der politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesse während der ersten Nachkriegszeit 1945-1952/53, Hannover 1990, S. 157.

Reichsgesellschaft für Landbewirtschaftung Waldemar Kraft<sup>974</sup> als erster, MdB Hans Tichi als zweiter und Wilhelm Ziegler<sup>975</sup> als dritter Vorsitzender an. Dem vorläufigen Bundesvorstand des BHE gehörten weiterhin die Vorsitzenden der Landesverbände, die Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen, die derzeit amtierenden Minister und Staatssekretäre des BHE sowie zwei Vertreter des niedersächsischen Landesverbands an.<sup>976</sup> Wohl keine andere Bürgerblock-Partei zählte so viele ehemalige NS-Funktionäre zu ihren Amtsträgern wie der BHE, der damit erheblich zur „Liquidation der politischen Sperre gegen frühere Funktionäre der NSDAP“ und damit zu deren Eingliederung hauptsächlich in die Bürgerblock-Parteien beitrug.<sup>977</sup> In den frühen 50er-Jahren erzielte der BHE teilweise sensationelle Wahlerfolge.<sup>978</sup>

Bereits im Sommer 1951 traf sich der ehemalige Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann – Mittelsmann des Naumann-Kreises zum BHE – privat mit dem Bundesvorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Waldemar Kraft sowie anderen hochrangigen Mitgliedern, Dr. Alfred Gille oder Dr. Heinz Kiekebusch, einem ehemaligen führenden Mitglied der Deutschen Union und Mitglied der Bruderschaft. Bei den Diskussionen sollten ein geeignetes „politisches Zuhause“ für die „verbitterte Masse der deutschen Jugend“ und die Kriegsgeneration gefunden werden. Kaufmann war sehr zufrieden mit den Reaktionen der BHE-Führer auf seine Ausführungen, sodass er danach seinen gleich gesinnten ehemaligen Kollegen empfahl, den BHE zu unterstützen.<sup>979</sup> Später, als er seinen Standpunkt bezüglich des BHEs auf einer der Mittwochsgesellschaften am „Stammtisch“ Naumanns im Oktober 1952 in Düsseldorf erklärte, fand

---

<sup>974</sup> Waldemar Kraft, Jahrgang 1898, wurde bei der Eingliederung der Provinz Posen in das Deutsche Reich zum Ehren-Hauptsturmführer der SS ernannt. Da Kraft seit 1943 Mitglied der NSDAP und SS-Hauptsturmführer gewesen sein soll, wurde er nach dem Krieg von der britischen Militärregierung zwei Jahre interniert und sodann vor ein deutsches Gericht gestellt, welches sein Verfahren im Oktober 1947 einstellte. Er lebte danach von Arbeitslosenunterstützung in Ratzeburg (Holstein). 1950 wurde Kraft in Kategorie V eingestuft. Siehe: Goetzendorff, Günter, „Das Wort hat der Abgeordnete...“. Erinnerungen eines Parlamentariers der ersten Stunde, München 1989, S. 238. Sowie: Virchow, Martin, Der GB/BHE – ein neuer Parteytyp? in: Institut für Politische Wissenschaft e.V. (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart/ Düsseldorf 1955, S. 457.

<sup>975</sup> Ziegler war vor 1933 als Oberregierungsrat, dannach als Ministerialrat im Propagandaministerium tätig. Seit 1941 war er Professor für Geschichte an der Berliner Universität, seit 1950 Landesvorsitzender des Zentralverbandes der Fliegergeschädigten, Evakuierten und Währungsgeschädigten (ZVF) für Hessen und seit Juni 1953 erster Bundesvorsitzender des ZVF. Siehe dazu: Virchow, Der GB/BHE – ein neuer Parteytyp?, S. 455.

<sup>976</sup> Ebenda.

<sup>977</sup> Stöss, Der Gesamtdeutsche Block, S. 1441. Vgl. auch: Frenzel, Eicke, Vom Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten zur Gesamtdeutschen Partei. Aufstieg und Niedergang einer Interessenpartei in Niedersachsen 1950-1953, Hamburg 2008, S. 156.

<sup>978</sup> Stickler, Matthias, 'Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch', S. 280. Vgl. auch: Goetzendorff, „Das Wort hat der Abgeordnete...“, München 1989, S. 239. Sowie: Salzborn, Grenzenlose Heimat, Berlin 2000, S. 61f.

<sup>979</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Dies hatte Kaufmann während der Verhöre durch die Briten 1953 gestanden.

Kaufmann einen Fürsprecher in Zimmermann. Zimmermanns Begeisterung war auf den Kontakt mit dem ehemaligen NSDAP-Kreisleiter und derzeitigen Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Blocks des Kreises Eidelstedt sowie Angestellten der Landesverwaltung in Schleswig-Holstein und Krafts Assistenten Alfred Athen zurückzuführen.<sup>980</sup>

Doch auch der BHE selbst trat direkt an Naumann heran. Anfang September 1952 sprach der DRP-Politiker Johannes Hertel mit dem Staatssekretär des Innenministeriums in Niedersachsen und ehemaligen Ministerialdirektor im RMVP Karl Ott<sup>981</sup>, der ihn um ein Gespräch mit Naumann bat.<sup>982</sup> Das Treffen wurde vermittelt und fand in der Kieler Wohnung von Athen statt.<sup>983</sup> Dieser stand in regem Kontakt mit dem Naumann-Kreis und tauschte mit diesem nicht nur Informationen, sondern auch Broschüren und Pressematerial aus.<sup>984</sup> Auch andere Angehörige des Naumann-Kreises wie der ehemalige SA-Obersturmführer Werner Trumpf waren zugleich Mitglied im BHE.

In seiner Düsseldorfer Rede sagte Naumann, in Zeiten, wo die SPD von einer Zahl an bourgeoisen Parteien oppositioniert werde, müsse man das kleinere Übel wählen. Wenn eine Partei wie der BHE Chancen habe, müsse man diese unterstützen.<sup>985</sup>

Oberflächlich betrachtet schienen die Rahmenbedingungen des BHE, sich den Wählern längerfristig als eine Alternative zwischen links und rechts anzubieten angesichts der „notorischen Buntscheckigkeit“ des deutschen Parteiensystems nicht völlig unrealistisch.<sup>986</sup>

Vor allem die anhaltende soziale Notlage weiter Bevölkerungskreise garantierte den Anfangserfolg des BHE. Der limitierten Lebensdauer der Partei war man sich jedoch durchaus bewusst.<sup>987</sup> Daher beschloss der Bundesvorstand am 14. November 1952 auf einer Tagung in Königswinter die Umbenennung des „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ in „Gesamtdeutscher Block/ BHE“. Die Namensänderung zeigte die

---

<sup>980</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Athen an Zimmermann, 28.9.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Section II, Draft).

<sup>981</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Hertel an Bornemann, 5.9.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Section II, Draft). Siehe auch: NARA, FO 371/103916 sowie NARA, FO 371/103902.

<sup>982</sup> Ebenda.

<sup>983</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>984</sup> Am 28. September 1952 schrieb Alfred Athen an Zimmermann, dass er eine Unterredung mit Kaufmann gehabt habe und Zimmermann einige Broschüren und Pressematerial überreichen werde. Er wollte Zimmermann am 2. Oktober in Düsseldorf besuchen. Ein gleiches Schreiben hatte er an Naumann geschickt. Vgl. NARA, FO 371/103906, Brief von Athen an Zimmermann, 28.9.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Paul Zimmermann on 14. Jan. 53). Siehe auch: NARA, FO 371/103988.

<sup>985</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>986</sup> Frenzel, Vom Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten zur Gesamtdeutschen Partei, S. 96.

<sup>987</sup> Ebenda, S. 97.

Zielsetzung, den BHE in eine nicht an Klasseninteressen gebundene breite Volkspartei umzuwandeln.<sup>988</sup>

Diese und weitere Ziele des BHEs erörterten Kaufmann und sein Freund, der ehemalige Staatssekretär für Funk Dr. Franz Hayler aus München, mit Naumann am 22. November 1952. Auf Naumanns Bitte hin rief Kaufmann den Landesvorsitzenden des BHEs in Schleswig-Holstein Heinz Kiekebusch an und arrangierte durch ihn ein Treffen mit Kraft am 28. November 1952 in Kiel.<sup>989</sup> Zu dieser Zeit begann Naumann allerdings bereits, den Erfolg einer Zusammenarbeit mit dem BHE infrage zu stellen. Nur vier Tage vorher hatte er in seiner Rede vor dem Gauleiter-Kreis zusammengefasst: „Der BHE, welcher als eine Partei besonderen Stils ursprünglich von allen wohl die größte Chance hatte, eine politische Neuordnung unseres Vaterlandes abseits von den überholten Begriffen von rechts und links durchzuführen, blieb bei seinem ersten Anlauf stecken und überschritt seinen Kulminationspunkt längst, als er mit der SPD zu regieren versuchte und nicht vermochte, aus der entrechteten Partei eine pro-rechte Bewegung zu gestalten.“<sup>990</sup> Ähnlich äußerte sich Naumann auch gegenüber dem DRP-Vorsitzenden Adolf von Thadden und DRP-Mitglied Waldemar Schütz bei einer Besprechung am 10. Dezember 1952 im Hotel Eden in Düsseldorf. Zwar sei Kraft gegenwärtig bemüht, Kontakt zu den ehemaligen Nationalsozialisten zu bekommen und habe daher die Initiative für ein Gespräch mit Kaufmann ergriffen. Naumann sei aber der Überzeugung, dass der Versuch, dem BHE ein „anderes Gesicht“ zu geben, bereits zu spät sei.<sup>991</sup> Hier spielte Naumann auf die politische Flexibilität der Vertriebenenpartei an, der es schließlich nicht um die Organisation einer gesamtpolitischen Dynamik ging, sondern vielmehr um die Erzwingung der sozialen Gleichstellung ihrer Bezugsgruppe. Somit war sie dadurch eine Regierungspartei, die in jeder Konstellation willig war, ein Ministerium zu erhalten.<sup>992</sup> Dennoch erklärte Naumann, dass sich Kraft auch bei ihm angesagt habe und ihn in Düsseldorf treffen wolle. Dies habe er nicht abgelehnt, weil er die Verbindung aufrechterhalten wolle.<sup>993</sup>

---

<sup>988</sup> Virchow, *Der GB/BHE – ein neuer Parteytyp?*, S. 455. Siehe auch: Kittel, *Die Legende von der „Zweiten Schuld“*, S. 242.

<sup>989</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Zur gleichen Zeit schrieb Naumann an Scheel, dass Kaufmann einen persönlichen Bericht bezüglich der neuen Entwicklungen an ihn erstatten werde und dass er sehr auf Scheels Meinung bedacht sei.

<sup>990</sup> NARA, FO 371/103907, Text der Naumann-Rede vor dem Gauleiter-Kreis, 18.11.1952, (in: Arrest of Dr. Naumann. Documents impounded on 14. Jan. 53, 5.3.1953).

<sup>991</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 68-71, Aktennotiz über eine Besprechung mit Dr. Naumann in Düsseldorf, 10.12.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>992</sup> Niethammer, *Angepasster Faschismus*, S. 44.

<sup>993</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 68-71, Aktennotiz über eine Besprechung mit Dr. Naumann in Düsseldorf, 10.12.1952, Verfasser v. Thadden.

Nur zwei Tage später traf Naumann sich tatsächlich mit Kaufmann, Zimmermann und Kraft in Zimmermanns Wohnung in Düsseldorf. Kraft ließ sich bei dieser Gelegenheit bei Naumann als „Herr Stark“ einführen. Er machte auf Naumann einen „guten und stabilen Eindruck“ und war in Begleitung des Bundestagsmitgliedes Hans Gerd Fröhlich.<sup>994</sup> Franz Hayler und der ehemalige Chef des zentralen Büros im Kriegsministerium und leitende Funktionär der Deutschen Arbeitsfront (DAF) Dr. Theo Hupfauer aus München waren ebenfalls anwesend.<sup>995</sup> Kaufmann fehlte, weil er sich angeblich im Termin geirrt hatte. Zimmermann gestand in den Verhören, dass Kraft und die Führer des Kreises darauf bedacht waren, das Treffen streng geheim zu halten. Notizen über die Zusammenkunft wurden unter den beschlagnahmten Dokumenten Zimmermanns gefunden.<sup>996</sup> Dieser stellte fest, dass Kraft und Naumann im Allgemeinen übereinstimmten. Kraft hatte die Absicht bekundet, ein Zehn-Punkte-Programm zu formulieren, welches er dem Naumann-Kreis sobald wie möglich zukommen lassen wollte.<sup>997</sup> Über diese Diskussion informierte Naumann auch Scheel in einem Brief am 15. Dezember 1952. Das Résumé aus den Verhandlungen sollte im Januar 1953 gezogen werden und es sollten weitere Besprechungen mit dem BHE stattfinden.<sup>998</sup>

Auch Karl Kaufmann war für den Naumann-Kreis rege um den BHE bemüht.<sup>999</sup> Zu Hayler und seinem persönlichen Berater Hupfauer pflegte er 1952 regelmäßigen Kontakt in geschäftlichen und politischen Angelegenheiten. Mitte Dezember 1952 war Kaufmann zu Gast in München, wo er mit Hupfauer und Hayler zahlreiche Konferenzen mit Führern des BHE in Bayern abhielt. Bei den BHE-Repräsentanten handelte es sich um Dr. Theodor Oberländer und „Guthsmuths fnu“<sup>1000</sup>, beide waren Staatssekretäre im bayerischen Landtag. Bei den Diskussionen drehte es sich stets um den Naumann-Kreis. Frühe-

---

<sup>994</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Vgl. auch: NARA, FO 371/103902.

<sup>995</sup> Vgl. NARA, FO 371/103899, Brief von Athen an Kaufmann, 5.12.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Section II, Draft).

<sup>996</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>997</sup> Ebenda.

<sup>998</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Naumann an Scheel, 15.12.1952, (in: Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates, Section II, Draft). Siehe auch: NARA, FO 371/103916 sowie NARA, FO 371/103902.

<sup>999</sup> Kaufmanns Engagement für den BHE stieß bei anderen Bündnisgenossen Naumanns, wie von Thadden, Scheel oder Hans Haak auf Unverständnis. Bei einem Treffen zwischen von Thadden, Scheel, Kunstmann und Haak in der Hamburger Klinik am 11. Januar 1953 erklärte von Thadden, dass er nicht verstehe, weshalb Kaufmann für Kraft herumfahre und Reklame für ihn mache. Haak sagte darauf, dass das Schlimmste an der ganzen Sache sei, dass ganz vertrauliche Gespräche in Kürze in ihrem Inhalt verbreitet würden. Von Thadden glaubte nicht, dass es Kraft gelingen könne, den BHE auf einen anderen Kurs zu bringen. Vgl. NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 62-63, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Scheel in Hamburg, 11.1.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1000</sup> Die genaue Identität konnte hier nicht geklärt werden.

re Nationalsozialisten sollten Positionen im BHE erhalten, den rechten Flügel der Partei stärken und so das Risiko einer Koalition mit der SPD in der kommenden Bundestagswahl senken.<sup>1001</sup>

Vor seiner Verhaftung im Januar 1953 stand Naumann kurz vor dem Durchbruch im BHE.<sup>1002</sup> Am 28. Dezember 1952 schrieb der ehemalige Gaupropagandaleiter der NSDAP Wilhelm Egge (alias Wilhelm Maul)<sup>1003</sup> an Naumann, dass er gemeinsam mit dem ehemaligen SS-Obersturmführer und hochrangigen Studentenfunktionär Albert Derichsweiler, dem ehemaligen SS-Oberscharführer und Bürgermeister von Litzmannstadt Werner Ventzki<sup>1004</sup>, „der im Schatten von Kraft im positiven Sinne wirkt“, und Karl Ott, dem BHE-Staatssekretär im Niedersächsischen Innenministerium, zu ihm kommen wolle, um „die aufkommenden Gefahren eines Auseinandertreibens zu besprechen“.<sup>1005</sup>

Naumann setzte jedoch nicht nur auf den BHE. Enge Kontakte seines Netzwerkes gab es auch zur Deutschen Partei (DP), die zwischen 1949 und 1953 in ihre „nationale Phase“ eintrat. Zwischen der ersten und zweiten Bundestagswahl hatten sich in den neu gegründeten Landesverbänden zwei gemeinsame Trends abgezeichnet: das Aufkommen nationaler Sammlungstendenzen und das Einströmen ehemaliger führender Nationalsozialisten in leitende Positionen der Partei, mit Ausnahme der Landesverbände von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.<sup>1006</sup> Die DP wollte ein Grundgesetz, das Kern- und Ausgangspunkt für die Wiederherstellung des deutschen Gesamtstaates und ein geeignetes Instrument für die Eingliederung ganz Deutschlands westlich und östlich der Elblinie sein sollte. Sie strebte nicht nach dem West-, sondern nach dem Gesamtstaat, der vom Westen aus in einem höchstmöglichen Maß der Freiheit aufgebaut werden sollte.<sup>1007</sup>

---

<sup>1001</sup> NARA, FO 371/103902, Bericht über die Kontakte des Gauleiter-Kreises mit dem BHE, 23.1.1953, (Documents impounded at the Residence of Karl Kaufmann and Gustav Adolf Scheel, 14. Jan. 53).

<sup>1002</sup> Vgl. NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

<sup>1003</sup> Egge hieß ursprünglich Maul. Er hatte seinen Namen aber in den letzten Monaten des Jahres 1944 auf Wunsch des Gauleiters Greiser ändern lassen. Anlass für die Namensänderung war die Tatsache, dass Egge damals häufig als Redner in der Öffentlichkeit hervortrat und dass daher der Name Maul Anlass zu Witzen gegeben hatte. Siehe dazu: NARA, FO 371/103902, Brief von Gast an Naumann, 17.11.1952, (in: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 2.2.1953).

<sup>1004</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Egge an Naumann, 28.12.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 2.2.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103899. Hier hat Ventzki folgenden Titel: ehemaliger NSDAP Oberbürgermeister von Lodz und Gauamtsleiter NSV im Wartheland. Vgl. auch: Klee, Personenlexikon, S. 639.

<sup>1005</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Egge an Naumann, 28.12.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 2.2.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103899 sowie NARA, FO 371/103916.

<sup>1006</sup> Meyn, Die Deutsche Partei, S. 32.

<sup>1007</sup> Ohne Autor, Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat. Festschrift zu seinem 50. Geburtstag am 18. August 1958, Braunschweig 1958, S. 41.

Der Parteivorsitzende Heinrich Hellwege hatte auf dem ersten Bundesparteitag in Kassel am 1. Dezember 1951 einen klaren Trennungsstrich zwischen den „Unverbesserlichen“ und jenen, die zwar Anhänger des NS-Regimes waren, aber inzwischen das Bekenntnis zur Demokratie abgelegt hatten, gezogen. Dennoch unterlag die DP gerade im Wahlkampf bei der Werbung um die ehemaligen Nationalsozialisten und Soldaten leicht der Versuchung, den von Hellwege gezogenen Trennungsstrich zu verwischen.<sup>1008</sup> Sie begriff es als ihre Aufgabe, das rechtsextremistische Potential zu integrieren.<sup>1009</sup> Dabei war die DP für Naumann kurzzeitig nicht nur aufgrund der von dem Vorsitzenden vorgeschlagenen „Marschroute“ interessant, zu deren wichtigsten Programmpunkten die Forderung nach Beendigung der Entnazifizierung<sup>1010</sup>, die Wiedereinsetzung der entlassenen Beamten und die Gleichstellung der Angehörigen der Waffen-SS mit den ehemaligen Berufssoldaten<sup>1011</sup> zählten, sondern gerade auch aufgrund ihrer zwiespältigen Rolle für die Vertriebenenverbände. Mit Hans-Christoph Seebohm hatte sie einen der profiliertesten Vertriebenenpolitiker überhaupt in ihren Reihen und mit Hans-Joachim von Merkatz einen weiteren prominenten Vertriebenen, der in Bonn mehrere Ministerämter, darunter kurzzeitig das des Bundesvertriebenenministers bekleidete.<sup>1012</sup> Die DP profilierte sich von Anfang an als Heimatpartei, die den Vertriebenen gleichgültig und teils feindselig gegenüberstand und deren Hauptziel es vielmehr war, die Besitzstände der alteingesessenen mittelständischen Bevölkerung zu wahren, aus der heraus sie überwiegend die Wähler rekrutierte.<sup>1013</sup>

Paradoxerweise ergab sich eben aus dieser offenen Abwehrhaltung ein gewisser Anknüpfungspunkt für Vertriebeneninteressen, da durch eine möglichst schnelle Rückkehr der Vertriebenen in die alte Heimat den Interessen beider Seiten am besten gedient schien.<sup>1014</sup> Dennoch wurde die DP nie eine Partei, in der eine nennenswerte Anzahl von Vertriebenen auf Dauer ihre politische Heimat fand. Hier lief ihr vor allem der BHE den Rang ab.<sup>1015</sup>

In der zweiten Jahreshälfte 1952 folgten auch Teile der DP dem Ruf nach einer Nationalen Opposition. Ab Sommer 1952 knüpfte die DP Kontakt zu Bornemann. So schrieben

---

<sup>1008</sup> Meyn, Die Deutsche Partei, S. 33.

<sup>1009</sup> Schmollinger, Horst W., Die Deutsche Partei, in: Richard Stöss (Hg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2 CSU-DSU, Opladen 1986, S. 1033.

<sup>1010</sup> Meyn, Die Deutsche Partei, S. 26.

<sup>1011</sup> Schmollinger, Die Deutsche Partei, S. 1050f. Siehe auch: Meyn, Die Deutsche Partei, S. 27.

<sup>1012</sup> Stickler, 'Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch', S. 288.

<sup>1013</sup> Vgl. Grebing, Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen, S. 20ff.

<sup>1014</sup> Stickler, 'Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch', S. 289.

<sup>1015</sup> Ebenda, S. 292.

Vertreter der DP aus Düsseldorf und Bremerhaven am 21. Juni 1952 und am 17. Oktober 1952 an seine Redaktion des „Deutschen Unabhängigen Zeitungsdienstes“. Dabei ging es um eine politische Diskussion, welche anlässlich der Zusammenführung aller nationalen Gruppen stattfinden sollte.<sup>1016</sup> Wenige Wochen vor dem Bundesparteitag in Goslar kam es im DP-Direktorium zu einer ausgedehnten Debatte. Am 24. September 1952 war ein Antrag der Landesverbände Berlin, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen in Bonn eingegangen, in dem es hieß, dass die politische Arbeit der Landesverbände im Hinblick auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf kurzfristig einheitlich auszurichten sei. Neben der selbstverständlichen Ablehnung des Marxismus müsse von allen Landesverbänden eine ebenso scharfe Abgrenzung von der CDU vorgenommen werden. Wahlgemeinschaften mit der CDU seien untragbar und aufzulösen, damit die DP endlich das Gesicht einer Nationalen Opposition annehmen könne. Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Ludwig Schwecht befürwortete in der Diskussion die Bildung einer „neuen starken Rechtspartei“ zusammen mit der FDP.<sup>1017</sup> Hellwege lehnte die Umbildung der DP, die er als eine „konservative Partei“ bezeichnete<sup>1018</sup>, zu einer „nationalen Oppositionspartei“ nachdrücklich ab und sagte, der Landesverband Niedersachsen werde Fusionen mit der FDP nicht mitmachen.<sup>1019</sup> Er musste jedoch das Zugeständnis machen, die DP in eine „große Rechtspartei“ umzuwandeln. Seine Gegner verzichteten darauf, Verhandlungen zu führen, die die Selbstständigkeit der Partei gefährdeten.<sup>1020</sup> Eine Ausnahme machte lediglich der Landesverband Nordrhein-Westfalen, der mit Middelhauve auf eigene Faust über eine Fusion verhandelte.

Etwa zeitgleich stellte Scheels Vorgänger als Reichsstudienführer Dr. Albert Derichsweiler die Verbindung zwischen der Deutschen Partei und Naumann her.<sup>1021</sup> In einer späteren Aussprache mit Hellwege beschrieb Derichsweiler seine Beziehung zu Naumann. Derichsweiler habe erstmals um die Jahreswende 1949/50 einen kurzen Besuch von Naumann in Frankfurt gehabt, der aus der französischen Zone nach Düsseldorf umzog. Derichsweiler habe damals ein Angebot abgelehnt, als Handelsvertreter für die Firma

---

<sup>1016</sup> NARA, FO 371/103910, Schreiben der Deutschen Partei Bürgergesellschaftsfraktion an die Redaktion des Deutschen Unabhängigen Zeitungsdienstes, 17.10.1952, (in: Subject: Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, März 1953).

<sup>1017</sup> Meyn, Die Deutsche Partei, S. 34.

<sup>1018</sup> Schmollinger, Die Deutsche Partei, in Parteienhandbuch, S. 1048.

<sup>1019</sup> Meyn, Die Deutsche Partei, S. 34.

<sup>1020</sup> Ebenda, S. 35.

<sup>1021</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

Lucht, in die Naumann eintrat, tätig zu werden.<sup>1022</sup> Nachdem er 1952 erfahren habe, dass auch Kraft und Bundestagsabgeordnete der FDP und CDU mit Naumann in Verbindung standen, habe er auf Anregung von „Frankfurter Freunden“ gelegentlich eines Aufenthalts in Düsseldorf Naumann in Büderich aufgesucht. Nachträglich erklärte Derichsweiler nun, dass er es auf Eid nehmen könne, dass Naumann sich in dieser eineinhalb Stunden dauernden Unterhaltung eindeutig für eine Politik im westlichen Sinne eingesetzt habe und in ihrer derzeitigen Politik die einzige Möglichkeit gesehen habe, die „gesamtpolitische Lage Deutschlands“ als „einen wesentlichen Bestandteil Europas“ zu verbessern.<sup>1023</sup>

Auch den Hamburger Zweig des Naumann-Netzwerkes – Scheel und seine Freunde – versuchte die DP für sich zu gewinnen. Im November 1952 erschien der DP-Vorstand der Hansestadt mit der Erklärung bei Scheel, dass sämtliche Parteimitglieder mit dem Vorsitzenden Hellwege unzufrieden seien. Scheel sollte Verbindung zu Ramcke aufnehmen und diesen in die DP bringen. Ramcke sollte dann auf dem Parteitag in Goslar zum Parteivorsitzenden gewählt werden.<sup>1024</sup> Einen Monat später erschien der Abgeordnete Walter bei Scheel und bat ihn, in die Partei einzutreten. Scheel verabredete sich im Januar 1953 noch einmal mit Walter, wurde jedoch vorher verhaftet.<sup>1025</sup>

Im Februar 1953 entschloss sich das DP-Direktorium unter Hellwege zum Durchgreifen, insbesondere gegen den nordrhein-westfälischen Landesverband. Am 22. Februar 1953 wurde der Landesverband wegen Unterwanderungsverdachts<sup>1026</sup> kurzer Hand aufgelöst und mit neuer Führung gleich wieder aus der Taufe gehoben.<sup>1027</sup> Middelhauve, der noch bei der Kommunalwahl im November 1952 stolz darauf verwiesen hatte, dass es ihm gelungen sei, einen Großteil der DP-Bewerber auf den FDP-Kandidatenlisten unterzubringen, bemühte sich nun um die Zustimmung der Bonner Parteiführung zur Aufnahme ehemaliger DP-Mitglieder in die FDP. Von Fusion oder Sammlung sprach er nicht mehr.<sup>1028</sup>

Zur Bundestagswahl 1953 legte die DP ihr „Arbeitsprogramm“ vor, welches neben den wichtigsten Forderungen auch das Selbstverständnis der DP enthielt. Sie forderte nachdrücklicher als andere Parteien das „Recht auf Heimat“ sowie die „Befreiung der

---

<sup>1022</sup> BA, B 106/15561, Bl. 17, Bericht von Hellwege an den Bundeskanzler über eine Aussprache mit Derichsweiler, 16.1.1953.

<sup>1023</sup> Ebenda.

<sup>1024</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 36-37, Aktenvermerk von v. Thadden, 7.6.1953.

<sup>1025</sup> Ebenda.

<sup>1026</sup> Vgl. Kittel, Die Legende von der „Zweiten Schuld“, S. 251.

<sup>1027</sup> Brauers, Die FDP in Hamburg 1949 bis 1953, S. 631.

<sup>1028</sup> Ebenda, S. 632.

Sowjetzone und der deutschen Siedlungsgebiete im Osten“. Sie sprach sich für ein Ende „der Diffamierung, wirtschaftlichen Schädigung und beruflichen Entrechtung der ehemaligen Soldaten und Nationalsozialisten“ aus und verlangte die „Beseitigung der moralischen und wirtschaftlichen Schäden der Entnazifizierung.“ Die DP vertrat gewerkschaftsfeindlich und eigentumsorientiert die Interessen des Mittelstandes und war die härteste Gegnerin der SPD. Bei den Bundestagswahlen 1953 kandidierte die DP erstmals in allen Bundesländern.<sup>1029</sup>

Da sich die DP auf die Dauer nicht als willfähiges Werkzeug erwies, war sie für Naumann nicht mehr interessant.

### **3. Der Kampf gegen die SRP und ihre Nachfolgeorganisationen (1952)**

Am 2. Oktober 1949 fand in Hannover die Gründungssitzung der Sozialistischen Reichspartei statt. Sie entstand durch die Abspaltung radikal-nationalistischer Flügel der Deutschen Konservativen Partei-Deutschen Rechtspartei (DKP-DRP), der NPD und DP. Dabei ging der Lösungsprozess von der DKP-DRP aus.<sup>1030</sup> Die Parteileitung wollte mit der Regierung unter Adenauer zusammenarbeiten. Mit dieser Haltung waren die radikalen Kreise unzufrieden. Außerdem sollten die späteren Gründer, der Journalist Fritz Dorls<sup>1031</sup>, der ehemalige hochrangige NS- und NSDAP-Parteifunktionär Gerhard Krüger und Otto Ernst Remer, der als Major der Division „Großdeutschland“ und Kommandeur des Wachbataillons maßgeblich an der Niederschlagung des Attentatsversuchs am 20. Juli 1944 beteiligt war<sup>1032</sup>, aus der DRP ausgeschlossen werden.<sup>1033</sup> Die SRP war die erste und einzige Partei Deutschlands, die sich nur vier Jahre nach dem Untergang des Dritten Reichs ostentativ als Nachlassverwalterin der NSDAP stilisierte, die Vorstellung eines autoritär-faschistoiden Gesellschaftsentwurfs bewahrte und dieses Erbe in jeder Hinsicht

---

<sup>1029</sup> Schmollinger, Die Deutsche Partei, S. 1051.

<sup>1030</sup> Vgl. Kogon, Eugen, Die Wiederkehr des Nationalsozialismus in Frankfurter Hefte 6/1951, S. 377.

<sup>1031</sup> Vgl. Sänger, Fritz (Hg.), Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags, Stuttgart 1949, S. 129.

<sup>1032</sup> Zu den genauen Vorgängen siehe: Gress/ Jaschke, Politische Justiz gegen rechts, S. 454. Sowie: Jacobsen, Hans Adolf (Hg.), Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Bd. II, Stuttgart-Degerloch 1984. Siehe auch: Jesse, Eckhard, Biographisches Porträt: Otto Ernst Remer, in: Uwe Backes/ Erhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus + Demokratie, Bonn 1994, S. 207f.

<sup>1033</sup> Büsch/Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 17f.

selbstbewusst antrat.<sup>1034</sup> Von Anfang an nahm Remer dabei die Rolle des Parteihelden und Hauptpropagandisten ein,<sup>1035</sup> dessen Veranstaltungen stets überfüllt waren.<sup>1036</sup>

Schnell wurde die SRP in der Frage nach Aufhebung der Nürnberger Kriegsverbrecherurteile, in Angelegenheiten der Amnestierung politisch Belasteter und hinsichtlich der Forderung nach Beendigung der Vergangenheitsdiskussion insgesamt, Wortführerin der Ultra-Rechten.<sup>1037</sup> Die SRP kann als „Sammlungspartei“ verstanden werden, in der nur eine politische Haltung anerkannt wurde, deren Grundwertkonsens „Reichsgemeinschaft“ hieß und deren politisches Ziel die „Wiederherstellung“ des Reiches war.<sup>1038</sup> Die Parteiführung bemühte sich um höchstmögliche personelle Kontinuität und ideologische Homogenität. Beim Parteiaufbau war eine entsprechende „zuverlässige“ politische Vergangenheit wichtiges Auswahlkriterium.<sup>1039</sup>

Die SRP war eine junge Partei. Über die Hälfte der Mitglieder waren zwischen 18 und 30 Jahre alt, bzw. 75 Prozent waren zwischen 18 und 40 Jahre alt.<sup>1040</sup> Insgesamt dürfte die SRP zur Zeit ihrer größten Ausdehnung in der Bundesrepublik rund 10.000 eingeschriebene Mitglieder gehabt haben. Den größten Anteil stellten die „Stammlande des

---

<sup>1034</sup> Gnad, Oliver, SRP. Sozialistische Reichspartei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: Marie-Luise Recker/ Klaus Teufelde (Hg.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III. FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990, Düsseldorf 2005, S. 364. Siehe auch: Büsch/ Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 232-239. Sowie: Flemming, Lars, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden 2005, S. 29.

<sup>1035</sup> Seine Märtyrerrolle förderten beispielsweise Anfang 1950 ihm auferlegte Regularien, als ihm die Senate von Bremen und Hamburg sowie die Regierung von Schleswig-Holstein verboten, öffentlich zu sprechen, weil gegen ihn ein neues Verfahren zur Entnazifizierung lief. Ebenfalls förderlich waren zahlreiche Verurteilungen und Haftverbüßungen. So verhängte beispielsweise die dritte Große Strafkammer des Landgerichts Braunschweig drei Monate Gefängnisstrafe über ihn, wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung Verstorbener. Im Wahlkampf für die SRP hatte Remer die Widerstandskämpfer den 20. Juli massiv angegriffen. Vgl. Büsch/Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 20. Sowie: Kogon, Die Wiederkehr des Nationalsozialismus, S. 377. Siehe auch: Gress/ Jaschke, Politische Justiz gegen rechts, S. 453. Siehe auch: Holler, Regina, 20. Juli 1944. Vermächtnis oder Alibi? Wie Historiker, Politiker und Journalisten mit dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus umgehen. Eine Untersuchung der wissenschaftlichen Literatur, der offiziellen Reden und der Zeitungsberichterstattung in Nordrhein-Westfalen 1945-1986, München/ New Providence/ London/ Paris 1994, S. 121. Siehe auch: Wassermann, Rudolf, Zur juristischen Bewertung des 20. Juli 1944. Der Remer-Prozess in Braunschweig als Markstein der Justizgeschichte, in: Recht und Politik, Vierteljahresshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Heft 2 [1984], S. 68-80. Siehe auch: Jesse, Biographisches Porträt: Otto Ernst Remer, S. 210f.

<sup>1036</sup> Trittel, Günter J., Die Sozialistische Reichspartei als Niedersächsische Regionalpartei, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Rechtsradikalismus in der Nachkriegszeit, Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 77.

<sup>1037</sup> Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 365.

<sup>1038</sup> Büsch/ Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“, S. 104, 450.

<sup>1039</sup> Trittel, Die Sozialistische Reichspartei als Niedersächsische Regionalpartei, S. 80.

<sup>1040</sup> Ebenda, S. 69. Siehe auch: Büsch/ Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 22. Hier wird festgestellt, dass über die Hälfte der SRP-Führer schon vor 1933 Mitglied in der NSDAP, in der SA oder SS waren. Vgl. auch: Dudek/ Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 65. Sowie: Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren, S. 30.

Rechtsextremismus“<sup>1041</sup> Niedersachsen mit rund 6500 Mitgliedern, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 1300, Schleswig-Holstein mit 800, Hessen mit 600, Baden-Württemberg mit rund 400 und Rheinland-Pfalz mit 300 Mitgliedern. Bremen und Hamburg hatten vermutlich nicht einmal 100 Mitglieder, für Bayern konnten keine sicheren Zahlen ermittelt werden.<sup>1042</sup> Vor allem aus Kreisen der bislang politisch Isolierten – Anhänger soldatischer Bünde, wie Bruderschaft, Notgemeinschaft, Kameradschaft ehemaliger Fallschirmjäger, Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger und anderer nationalistischer und militaristischer Vereinigungen – rekrutierte die SRP ihre Mitglieder.<sup>1043</sup> Zu diesen Organisationen nahm die SRP – trotz ihres Selbstverständnisses, die einzig wahre Rechtspartei zu sein und deshalb auf Bündnisse und Parteien verzichten zu können – Kontakt auf, um sich möglicher Bundesgenossen zu versichern und sich dadurch gegen die zu erwartenden Angriffe zu wappnen sowie die eigene Basis zu erweitern.

Interessant für die SRP war die vorwiegend im Verborgenen agierende Bruderschaft, die selbst ständig auf der Suche nach Parteien war, in denen sie ihre politischen Vorstellungen zur Geltung bringen konnte.<sup>1044</sup> Zunächst hatte es allerdings ein Zerwürfnis zwischen Dorls und dem Führer der Bruderschaft Franke-Gricksch gegeben. Die SRP lehnte eine Offerte zur Zusammenarbeit seitens der Bruderschaft im Januar 1950 ab. Gleichzeitig gab das führende Mitglied im Bruderrat jedoch zu verstehen, dass innerhalb der Bruderschaft „ernsthaft“ darüber nachgedacht werde, die SRP als „politisches Vehikel“ zu nutzen.<sup>1045</sup> Die Bruderschaft wollte eine solche Zusammenarbeit jedoch keineswegs öffentlich machen. Eine Vereinigung wurde nicht angestrebt, obwohl die SRP der Bruderschaft und ihren Zielen mehr als alle anderen politischen Parteien entgegenkam. Die Bruderschaft stellte der SRP aber logistische Hilfe zur Verfügung. Für ihre Wahlveranstaltungen konnte sie auf Redner der Organisation zurückgreifen und dadurch zeitweise ihren eigenen Mangel an kompetenten Rednern kompensieren. Zudem durchleuchtete die Bruderschaft die Mitglieder der SRP, sammelte dabei Informationen über

---

<sup>1041</sup> Vgl. Grebing, Kommentar, in: Weisbrod (Hg.), Rechtsradikalismus, S. 109.

<sup>1042</sup> Büsch/ Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 91f. Zahlenangaben der Parteiführung, nach denen die SRP bis zu 40.000 Mitglieder gehabt haben soll, scheinen maßlos übertrieben. Siehe dazu auch: Schmollinger, Horst W., Die Sozialistische Reichspartei, in: Parteienhandbuch, Bd. 4 NPD-WAV, S. 2321. Sowie: Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 415. Vermutlich beinhaltet die Zahl die Dunkelziffer an Personen, die faktisch als Mitglieder fungierten, sich aber offiziell nicht registrieren lassen wollten. Vgl. Hansen, Hennig, Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei, München 2007, S. 60

<sup>1043</sup> Trittel, Die Sozialistische Reichspartei als Niedersächsische Regionalpartei, S. 69.

<sup>1044</sup> Hansen, Die Sozialistische Reichspartei, S. 193.

<sup>1045</sup> Ebenda, S. 196f.

deren Vergangenheit sowie deren gegenwärtige Aktivitäten und gab diese dann an die Parteileitung weiter. Sie fungierte durch diese Hilfe als eine Art parteiinterner Geheimdienst. Nachdem Beck-Broichsitter jedoch die „Bruderschaft Deutschland“ gegründet hatte und mit dem Vorwurf der Verfassungsschutzmitarbeit konfrontiert wurde, sah sich die SRP dazu veranlasst, alle Kontakte zu ihm und seiner Bruderschaft zu kappen. Hinzu kam das Verschwinden von Franke-Gricksch im Osten. Fortan vermied die SRP jede Zusammenarbeit mit der Bruderschaft.<sup>1046</sup> Ein weiterer Anknüpfungspunkt für die SRP waren die sich konstituierenden Soldatenverbände.<sup>1047</sup> Die Versuche, den ehemaligen Panzergeneral Guderian oder das Fliegeridol Rudel zu einer Mitarbeit in der SRP zu bewegen, zählten dazu. Durch die Beteiligung an der parteipolitisch ungebundenen „Neutralistenbewegung“ bestand außerdem die Hoffnung, sich in der öffentlichen Diskussion von dem Ruf als „Neofaschisten und Radikalinskis“ zu befreien. Die wenigsten Organisationen oder Personen waren allerdings bereit, sich öffentlich zur Zusammenarbeit mit der SRP zu bekennen.<sup>1048</sup> Dies galt auch für Naumann. Tatsächlich lehnte er die SRP und neonazistische Splittergruppen im Jahr 1952 ab. Er bezeichnete sie als „politische Bohemiens, die heute überall unter Berufung auf die Vergangenheit Organisationen aufziehen möchten.“<sup>1049</sup> Solche Organisationen würden jedoch verkennen, dass die ehemaligen Nationalsozialisten „keine Restauration“ wollten, „wohl aber die Einheit unseres Volkes und das Wiedererstehen eines Reiches als Ordnungsmacht in Mitteleuropa und als bewährten Schutzwall unseres Erdteils gegenüber dem Osten.“<sup>1050</sup> „Die Zeichen der Zeit“ würden auf „evolutionäre“ nicht auf „revolutionäre Mittel“ weisen.<sup>1051</sup> Naumann kritisierte zudem das von der SRP postulierte hierarchische Prinzip der „Führungsdemokratie“ und ihre Veranstaltungen, die ganz im NS-Stil arrangiert waren. Den äußeren Rahmen von Versammlungen bildete das Abspielen von Marschmusik, pathetische Gefallenenehrungen, wobei ausdrücklich noch an die in Kriegsgefangenschaft befindlichen deutschen Soldaten erinnert wurde, sowie das gemeinsame Absingen des

---

<sup>1046</sup> Hansen, Die Sozialistische Reichspartei, S. 197, 220. Sie besaß lediglich punktuelle Verbindungen in den Osten. Erst nach dem Verbot kam es zur Zusammenarbeit zwischen DDR-Behörden und einer SRP-Führungsperson. Gerhard Krüger pflegte den Kontakt zum MfS.

<sup>1047</sup> Vgl. Buschke, Heiko, Die Sozialistische Reichspartei im Raum Lüneburg 1949-1952, in: Bernd Weisbrod, (Hg.), Rechtsradikalismus in der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 93. So wurden in Lüneburg regelmässig gemeinsame Veranstaltungen abgehalten sowie bestimmte Aktionsformen koordiniert, wie zum Beispiel Unterschriftensammlungen für die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. In mehreren Fällen bekleideten SRP-Funktionäre leitende Ämter in den lokalen Vorständen dieser Verbände.

<sup>1048</sup> Hansen, Die Sozialistische Reichspartei, S. 193, 198.

<sup>1049</sup> Ebenda, S. 242.

<sup>1050</sup> ADL, NI-821, Naumann: Wo stehen die ehemaligen Nationalsozialisten? (KBI 21/52).

<sup>1051</sup> ADL, NI-817, Naumann: Wo stehen wir? Ohne Zeit.

Deutschlandsliedes.<sup>1052</sup> Die Anzahl der Versammlungen übertraf die der anderen Parteien bei Weitem.<sup>1053</sup>

Naumanns eigener Strategie stand schließlich auch das Verhältnis der SRP zu den etablierten demokratischen Parteien entgegen, das durch offene Ablehnung beziehungsweise Feindschaft geprägt war.<sup>1054</sup>

Die anhaltenden Übertritte von DP- und DKP/DRP-Kreisverbänden zur „Remer-Partei“ und beängstigende Stimmverluste aller etablierten bürgerlichen Parteien zugunsten der SRP bei der niedersächsischen Landtagswahl 1951 ließen eine entschiedene, schnelle Intervention der Bundesregierung ratsam erscheinen.<sup>1055</sup> Mit dem Beschluss vom 19. September 1950 erklärte die Regierung die SRP als staatsfeindlich, womit auch die Übertritte zurückgingen.<sup>1056</sup>

In SRP-Führungskreisen wurde jedoch die Ansicht vertreten, die Bundesregierung werde schon deshalb kein Verbot der SRP beantragen, weil die kleineren Regierungsparteien fürchten müssten, dass ehemalige SRP-Mitglieder sie unterwandern und so womöglich die Stabilität der Regierung gefährden könnten.<sup>1057</sup>

Nichtsdestotrotz erreichte die SRP hohe Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Bremen, Schleswig-Holstein und vor allem in Niedersachsen. Hier errang sie 1951 elf Prozent der Stimmen.<sup>1058</sup>

Der Wahlerfolg wurde für die Alliierten zum Problem. Das britische Foreign Office geriet unter Erklärungsdruck. In Großbritannien entstand das Bild des „unbelehrbaren“ Deutschen. Die britische Hochkommission glaubte, die Bundesrepublik und die Demokratie seien in einer kritischen Phase, was durch eine zu schnelle Lockerung der alliierten

---

<sup>1052</sup> Buschke, Die Sozialistische Reichspartei im Raum Lüneburg 1949-1952, S. 90f. Vgl. auch: Lee, The Beast reawakens, S. 49.

<sup>1053</sup> Buschke, Die Sozialistische Reichspartei im Raum Lüneburg 1949-1952, S. 91. Nur im Vorfeld der Landtagswahl 1951 führte die SRP in Stadt und Land Lüneburg rund 120 Veranstaltungen durch. Nicht selten füllten 1000 bis 1200 Besucher der Säle der SRP-Wahlkundgebungen.

<sup>1054</sup> Ebenda, S. 92. So wurden in Lüneburg beispielsweise wiederholt Wahlversammlungen der DP gestört. Dabei versuchte die SRP, die Veranstaltungen durch eigens ausgebildete Diskussionsredner als Agitationsforum zu nutzen. Andere Kontakte gab es beispielsweise zum lokalen Verband des BHE. Hier bestand die vorübergehende Absicht der BHE-Kreisleitung geschlossen zur SRP überzutreten.

<sup>1055</sup> Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 366.

<sup>1056</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2301.

<sup>1057</sup> Vgl. Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 382f. Sowie: Tauber, Beyond Eagle and Swastika, S. 712.

<sup>1058</sup> Scheuch, Erwin K., Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, in: Richard Löwenthal/ Hans Peter Schwarz (Hg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 439. Vgl. auch: Jenke, Manfred, Die nationale Rechte. Parteien, Politiker und Publizisten, Berlin 1967, S. 36. Mit 15 Abgeordneten war die SRP im Mai 1951 zur viertstärksten Fraktion des Niedersächsischen Landtags geworden und nur der BHE, der mit gezielten Argumenten, ebenfalls nicht frei von nationalistischen Tönen, die Stimmen mancher „Entrechteten“ von der SRP abgezogen hatte, hatte verhindert, dass die SRP die beherrschende Position zwischen SPD und CDU-DP einnahm.

Kontrolle bewirkt worden sei. Die Briten drängten auf ein Bundesverfassungsgericht, auch dem Kanzler gegenüber. Die SRP drohte außerdem die britische Besatzungspolitik zu konterkarieren. Es war bekannt geworden, dass sich unter der German Service Organisation (GSO), einer Einrichtung des britischen Militärs, SRP-Mitglieder befanden. Diese leisteten beispielsweise Reparatur- oder Fahrerdienste. Bereits im Mai 1951 hatte Bundesinnenminister Lehr die Briten darauf hingewiesen, ihm seien Informationen zugetragen worden, dass Mitglieder der SRP bei Dienststellen der britischen Besatzungsmacht beschäftigt seien. Die betreffenden Personen unterstanden jedoch direkt dem britischen Militär. Daher war der Hochkommission kein Zugriff möglich. Der britische Außenminister wandte sich deshalb an die Kriegsminister um die Betroffenen zu suchen, und sie dann zu entfernen. Die Briten setzten nunmehr verstärkt auf nachrichtendienstliche Erkenntnisse.<sup>1059</sup> Die Amerikaner fanden insbesondere die SRP-Propaganda zu einem Verteidigungsbeitrag der BRD alarmierend. Die Weigerungshaltung stand den politischen Konzeptionen der US-Administration diametral entgegen, die während des Kalten Krieges auf ein bewaffnetes Westdeutschland setzte.<sup>1060</sup>

Im November 1951 stellte die Bundesregierung den Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht. Die Durchsuchung von Parteigeschäftsstellen und Privatwohnungen zur Sicherstellung belastender Materialien für einen Prozess Ende Januar 1952 ließ die Ernsthaftigkeit des Verbotsverfahrens erkennen.<sup>1061</sup> Am 15. Februar 1952 schrieb Peter an Bornemann, dass die SRP ständig von Mitgliedern bespitzelt werde, die vom Amt für Verfassungsschutz angesetzt worden seien. Darunter sei auch ein HJ-Führer, der Karl Heinz Mende heiße. Sein Deckname sei Parthenau. Er habe 1949 bei den Verhandlungen mit Ostau, Remer usw. eine große Rolle gespielt, ohne ins Rampenlicht zu treten. Er unterhalte direkte Beziehungen zu den Spitzen des französischen Nachrichtendienstes.<sup>1062</sup> Peter wies nachdrücklich auf den Kreis um den General Gehlen hin, der im Dienste der Amerikaner stehe. Wichtig sei auch ein Mann namens Körner, der die Aufgabe habe, die bestehenden nationalen Gruppen zu überwachen. Jeder Versuch, sich diese Nachrichtendienste dienstbar zu machen, sei zwecklos.<sup>1063</sup>

Der Zeitraum von der Einreichung des Verbotsantrags beim Verfassungsgericht am 19. November 1951 bis zum Ende des Prozesses am 15. Juli 1952 bildete einen Übergang, in

---

<sup>1059</sup> Hansen, Die Sozialistische Reichspartei, S. 203-207.

<sup>1060</sup> Ebenda, S. 207.

<sup>1061</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2274.

<sup>1062</sup> NARA, FO 371/103903, Brief von Peter an Bornemann, 15.2.1952, (in: Subject: Dr. Karl Friedrich Bornemann – Impounded Documents, 9.2.1953).

<sup>1063</sup> Ebenda.

dem die SRP immer stärker in die Defensive gedrängt wurde und sich prompt auch die ersten Auflösungserscheinungen in der Partei zeigten.<sup>1064</sup> Zunächst schien man die Gefahren, die von dem Verbotsantrag der Bundesrepublik ausgingen, unterschätzt zu haben. Innerhalb der Partei gab es sogar Stimmen, die das Verbotverfahren als Chance für die Partei interpretierten, da sie sich nun – zumal sie nach eigenem Verständnis nicht verfassungsfeindlich war – als „nationale“ Partei endlich einer breiteren Öffentlichkeit präsentieren konnte.<sup>1065</sup> In den Stimmbezirken, in denen sie bei Wahlen antrat, erreichte die SRP trotz schwelenden Verbotverfahrens und Sanktionen häufig bis zuletzt etwa zehn Prozent der Stimmen.<sup>1066</sup> Naumann kommentierte dies: „Der SRP fehlte es nicht an Wählern, wohl aber an geeigneten Persönlichkeiten, die sich wählen ließen.“<sup>1067</sup>

Während des Prozesses vor dem Bundesverfassungsgericht vom 1. bis 15. Juli 1952 wurde ein generelles Propagandaverbot über die Partei verhängt.<sup>1068</sup> Schnell versuchten einzelne Mitglieder der SRP, sich nun an den Naumann-Kreis und vor allem an seine Propagandamaschinerie anzuklinken. So bat Eberhard Hawranke, der ehemalige SA-Sturmführer und Schatzmeister der SRP in Bremen sowie Führer des „Freikorps Deutschland“ in der Hansestadt, Anfang August um seine Aufnahme in Bornemanns „Freundeskreis“.<sup>1069</sup> Ende Juli 1952 schrieb der ehemalige SS-Obersturmführer und einer der aggressivsten Redner der SRP Dr. Hans Henning Festge an Bornemann, dass er die Arbeit der SRP nicht als umsonst betrachte. Er prangerte die angeblichen separatistischen Aktivitäten von Adenauer und Blankenhorn an und schlug vor, dass der KBI sich einmal mit den verräterischen Machenschaften und dem Kontakt zur Bewegung des 20. Juli von Henning von Tresckow beschäftigen solle.<sup>1070</sup> Bornemanns Antwort folgte Mitte August 1952. Nach seiner Ansicht beginne „jetzt erst die Bewährungsprobe der höheren Führerschaft“ der SRP.<sup>1071</sup>

Diese stellte sich der „Herausforderung“ und traf vorsorglich organisatorische Vorkehrungen für den Verbotfall. Insbesondere Dorls und Krüger drängten nach dem Propa-

---

<sup>1064</sup> Büsch/ Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 167.

<sup>1065</sup> Trittel, Die Sozialistische Reichspartei als Niedersächsische Regionalpartei, S. 78. Siehe dazu auch: Hansen, Die Sozialistische Reichspartei, S. 169.

<sup>1066</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2274.

<sup>1067</sup> NARA, FO 371/103907, Text der Naumann-Rede vor dem Gauleiter-Kreis in Düsseldorf, 1.11.1952, (Text of Naumann's speech to the „Gauleiters' Circle“ at Düsseldorf).

<sup>1068</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2303.

<sup>1069</sup> NARA, FO 371/103905, Brief von Hawranke an Bornemann, 1.8.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann and Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, Februar 1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103913.

<sup>1070</sup> NARA, FO 371/103909, Brief von Festge an Bornemann, ohne Zeit, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann and Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, Februar 1953).

<sup>1071</sup> NARA, FO 371/103909, Brief von Bornemann an Festge, 10.8.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann and Karl Friedrich Bornemann on 14. Jan. 53, Februar 1953).

gandaverbot darauf, eine Tarnorganisation aufzubauen, mit deren Hilfe die SRP-Politik im Verbotsfalle weitergeführt werden sollte.<sup>1072</sup> Sie veranlassten die Gründung der Nationalen Opposition (NO), die im Juni 1952 in das Osnabrücker Vereinsregister eingetragen wurde.<sup>1073</sup> Unter Führung von Rudolf Aschenauer<sup>1074</sup>, einst Verteidiger am Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, Vorstandsmitglied der Deutschen Gemeinschaft (DG) und Verbindungsmann ultrarechter Gruppen zu CSU-Kreisen, sollten sich weniger bekannte SRP-Anhänger in der NO sammeln, während die bekannten Parteiführer eine Konkurrenzorganisation mit demselben Namen aufbauen wollten. In einem Rechtsstreit über den Namen sollte Aschenauers NO bekannt gemacht werden. Dazu kam es allerdings nicht. Da der Plan, der am 25. Juli 1952 auf einer geheimen Sitzung unter SRP-Funktionären besprochen worden war, an die Öffentlichkeit drang, wurde er undurchführbar.<sup>1075</sup>

Während Aschenauer gegenüber Scheffer erklärte, dass die gesamte SRP-Prominenz in den Hintergrund treten müsse und werde, sagte er zu von Thadden, dass man Remer als

---

<sup>1072</sup> Entgegen dem Dementi der Parteiführung hatten schon früher Vertreter der SRP angekündigt, die politische Arbeit der SRP auch nach ihrer Auflösung fortzusetzen. „In die Katakomben“ war ein beliebtes Schlagwort. Einen vollständigen Organisations- und Aktionsplan für eine Untergrundbewegung im Falle eines Verbots hatte der württembergische Landesvorsitzende Mellin schon vor dem Herbst 1951 entworfen. Siehe dazu: Büsch/ Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 173f. Vgl. auch: Stöss, Richard, Vom Nationalsozialismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/ Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1980, S. 93.

<sup>1073</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2303.

<sup>1074</sup> Aschenauer war Strafverteidiger in München. Bekannt wurde er aber als Verteidiger in Nürnberg, wo für die Organisation der SA eintrat. Schon 1948 hatte er begonnen, sich zusammen mit Prinzessin von Isenburg für die Gefangenen von Landsberg einzusetzen und sich für die vorzeitige Freilassung von Kriegsverbrechern stark gemacht. Seit 1949 gab er eine kleine Zeitschrift unter dem Titel „Die andere Seite“ heraus, die weitgehend von ihm selbst finanziert wurde. Hier beschäftigte er sich mit der Kriegsverbrecherfrage, druckte aber auch allgemeinpolitische rechtsnationale Artikel. Mende bezeichnete Aschenauer als labil und unzuverlässig, eine ähnliche Beurteilung gab auch Steiner ab. Aschenauers Büro in Nürnberg leitete Dr. Malz, der auch der führende Kopf der von Aschenauer herausgegebenen Zeitung war. Vgl. NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 6-7, Aktenvermerk: Betr.: RA Dr. Aschenauer, München, ohne Zeit, Verfasser v. Thadden.

<sup>1075</sup> Spiegel, Nr. 33, 13.8.1952, S. 7, (SRP. Wenn das Verbot kommt). Vgl. dazu auch: Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 386ff. Um der SRP einen Rest Glaubwürdigkeit zu bewahren, forderte Karl Friedrich Schrieber, Vorsitzender des obersten SRP-Ehrengerichts, Dorls ultimativ auf, sich vor dem Parteigericht zu verantworten und bis zu einer Entscheidung alle Ämter ruhen zu lassen. Dieser lehnte jedoch ab. Der Weigerung Dorls folgte der Rücktritt von Graf von Westarp von allen Parteiämtern. Er hatte sich gegen die Weiterführung der Arbeit in der Illegalität ausgesprochen und ein Dementi von Dorls in dieser Frage verlangt. Am 16. August 1952 wurde von Westarp schließlich wegen angeblicher Preisgabe von Parteiinternas aus der SRP ausgeschlossen. Vieles spricht jedoch dafür, dass es nicht von Westarp war, der die SRP-Pläne an die Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ verriet, sondern vielmehr amerikanische Geheimdienstkreise in Deutschland oder aber Rudolf Aschenauer. Seit 1950 war Aschenauer für den „Katholischen Nachrichtendienst“ tätig und hatte hierdurch Kontakt zu Josef Müller und Konrad Adenauer. Seit dem Frühjahr 1952 war Aschenauer außerdem Informant des Bundesamts für Verfassungsschutz. Amerikanischen Geheimdienstquellen zufolge soll er im Februar 1953 von Staatssekretär Otto Lenz beauftragt worden sein, alle „tragbaren Rechtsorganisationen“ unter der Bezeichnung „Reichsblock nationaler Oppositionen“ zu einem Wahlblock zusammenzuschließen. Aschenauer spielte ein doppeltes Spiel.

Zugnummer behalten solle.<sup>1076</sup> Ein erster Versuch, Mitte September 1952 in Detmold eine Nachfolgeorganisation aufzuziehen, scheiterte.<sup>1077</sup> Die Frage, in wie weit eine neue Körperschaft als Nachfolgeorganisation betrachtet werden würde, klärte Aschenauer. Dieser behauptete, bei Verfassungsschutzpräsident Otto John gewesen zu sein. John habe gesagt, „dass man eine Partei unter der Führung Aschenauers auch dann nicht als Nachfolgeorganisation betrachten würde, wenn z.B. Heller wieder Hauptgeschäftsführer sei.“<sup>1078</sup> Aufgrund dieser Ausführungen holte von Thadden sich verschiedene Gutachten von Spengler, Mende und Steiner über Aschenauer ein, aufgrund derer er das Fazit zog, dass diese Behauptungen wohl kaum der Wahrheit entsprachen.<sup>1079</sup> Aschenauer behauptete weiter, es sei vorgesehen, Heller als Geschäftsführer der neuen Partei zu etablieren. Er sei „in Köln und Wiesbaden“ gewesen und habe diese Auskunft von beiden Stellen erhalten. Hier merkte von Thadden an, dass mit „Wiesbaden“ wohl Gehlen gemeint war.<sup>1080</sup>

Die Nachfolgeorganisation sollte im Dezember unter dem Namen „Nationale Union“ (NU) starten. Zunächst sollte jedoch das Wahlgesetz abgewartet werden. Dorls war überzeugt, dass man jede Unterschriftenklausel erfüllen könne. Aschenauer war skeptisch und vertrat die Meinung, dass die DRP sich unter genauer Festlegung der Rechtsnachfolge in NU umbenennen müsse, sofern sie durch das Wahlgesetz in eine Art Monopolstellung kommen werde. Auch wenn es zum Wahlrecht mit Listenverbindung der Koalition komme, müsse die NU kandidieren.<sup>1081</sup>

Mit dem Bekanntwerden der SRP-Untergrundpläne, auch durch die „Spiegel“-Berichterstattung am 13. August 1952, war das Nahziel, die Teilnahme an der niedersächsischen Kommunalwahl am 9. November 1952, in unerreichbare Ferne gerückt. Die Parteiführung setzte nun alle Hoffnungen auf einen gelenkten massenhaften Austritt von Mitgliedern aus der SRP und ihre gleichzeitige Infiltration in freie Wählergemeinschaften. Um nicht die Aufmerksamkeit der Verfassungsschutzbehörden auf sich zu ziehen, sollten sie dort

---

<sup>1076</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 6-7, Betr.: RA Dr. Aschenauer, München, ohne Zeit, Verfasser v. Thadden.

<sup>1077</sup> Vgl. NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 24-26, Auszüge aus dem Urteil des Landgerichtes Dortmund vom 28.9.1953 gegen Tornau u.a.

<sup>1078</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 8, Vermerk über ein Gespräch mit Dorls und Aschenauer am 24.9.1952 auf dem Hotelschiff „Knurrhahn“ in Bonn, Verfasser v. Thadden.

<sup>1079</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 6-7, Betr.: RA Dr. Aschenauer, München, ohne Zeit, Verfasser v. Thadden.

<sup>1080</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 8, Vermerk über ein Gespräch mit Dorls und Aschenauer am 24.9.1952 auf dem Hotelschiff „Knurrhahn“ in Bonn, Verfasser v. Thadden.

<sup>1081</sup> Ebenda.

im Hintergrund bleiben. Deshalb sollten auch nur Kandidaten auf den Wahllisten lanciert werden, die noch nicht ins Fadenkreuz der Ermittler gelangt waren.<sup>1082</sup>

Naumanns Rolle bei dem Verbotsprozess ist nicht ganz klar, vermutlich war sie jedoch tragend. In einem Brief vom 7. September 1952 schrieb der ehemalige Gauleiter Scheel an Adolf von Thadden, dass Naumann in gewisser Weise momentan unter Druck stehe. Es bestehe die Gefahr, dass seine bisherige Rolle im Hintergrund bei dem SRP-Prozess in Karlsruhe noch zur Sprache komme.<sup>1083</sup> Für von Thadden war es wahrscheinlich, dass Naumann selbst wegen des Verbots zum Verfassungsgericht gegangen war, denn der ehemalige Staatssekretär hatte ihm von einer Unterredung mit einem Verfassungsrichter erzählt, der das Verbot der SRP bereits im Vorfeld bestätigt hatte. Naumann begrüßte ein Verbot, denn dadurch würden Dorls und Remer das Handwerk gelegt, die dabei seien eine „Masse von Einsatzbereitschaft und Idealismus“ schamlos auszubeuten. Bezüglich der Art des Verfahrens hatte er allerdings Bedenken.<sup>1084</sup> In Übereinstimmung mit dem gesamten Zirkel um Naumann begrüßte auch Scheel ein Verbot, weil „dann Schluss mit dem Unfug“ sei.<sup>1085</sup>

Am 12. September 1952, also noch vor Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts am 23. Oktober 1952<sup>1086</sup>, löste Dorls die SRP auf, um die Weiterarbeit der Parteianhänger zu sichern.<sup>1087</sup> Er erklärte dazu, dass die SRP sich nur aus taktischen Gründen aufgelöst habe, einmal um das Verbot von Karlsruhe nicht erst abzuwarten, und dann, um den ständigen Krach um die Partei ruhiger werden zu lassen. Ein Start unter neuem Namen und unter Verwendung fast aller ehemaligen SRP-Funktionäre sei stets vorgesehen gewesen.<sup>1088</sup>

Am 23. Oktober 1952 stellte das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der SRP fest.<sup>1089</sup> Zu diesem Urteil kam es vor allem aufgrund des Verhaltens ihrer Führungsschicht: der Sammlung alter Nationalisten, der Organisation der Partei und dem von ihr

---

<sup>1082</sup> Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 388.

<sup>1083</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 72-73, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Herrn Dr. Scheel in Hamburg, 7.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1084</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 74-75, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann, 4.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1085</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 72-73, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Herrn Dr. Scheel in Hamburg, 7.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1086</sup> Büsch/ Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 54, 70.

<sup>1087</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2274f. Siehe dazu auch: Jenke, Die nationale Rechte, S. 45.

<sup>1088</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 8, Vermerk über ein Gespräch mit Dorls und Aschenauer am 24.9.1952 auf dem Hotelschiff „Knurrhahn“ in Bonn, Verfasser v. Thadden.

<sup>1089</sup> Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. II, Lieferung 1, Tübingen 1953. Siehe auch: Jenke, Die nationale Rechte, S. 46ff. Sowie: Kirchheimer, Otto, Politische Justiz. Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken, Frankfurt a. M. 1981, S. 209.

aufgestellten Aktionsprogramm. Die wahren Ziele konnten aus den Äußerungen der führenden Funktionäre ermittelt werden.<sup>1090</sup> Mit dem Urteil wurde die Partei aufgelöst und es wurde ein zusätzliches Verbot verhängt, Ersatzorganisationen einzurichten.<sup>1091</sup> Die bürgerlichen Parteien versuchten nun, die Anziehungskräfte der organisationslosen Rechtsextremisten zur Erhöhung ihrer Stimmanteile zu nutzen.<sup>1092</sup>

Dafür, dass der Naumann-Kreis hinter den Kulissen an einem Verbot der SRP gearbeitet hatte, sprach auch ein Treffen von Zimmermann mit dem ehemaligen SS-Standartenführer Werner Dahms, dem ehemaligen RAD-Generalarbeitsführer und NSDAP-Gauredner Hermann Kretzschmann und dem ehemaligen Führer der Reichsjugend Walter Matthaei am 16. November 1952 in Lüneburg.<sup>1093</sup> Bereits im Mai 1951 war Walter Matthaei aufgrund der von der Parteiführung gegen ihn erhobenen Anschuldigungen, Agent des Verfassungsschutzamtes zu sein und Geheimnisse der SRP-Führung verraten zu haben, aus der SRP ausgeschlossen worden.<sup>1094</sup> Der Historiker Henning Hansen ging allerdings davon aus, dass das BfV direkt im SRP-Vorstand über einen Gewährsmann verfügte. Es handelte sich mit großer Wahrscheinlichkeit um Gerhard Krüger.<sup>1095</sup>

Naumann war janusköpfig. Hinter den Kulissen hatte er das Verbot lanciert. In der Öffentlichkeit erklärte er, das SRP-Verbot enthalte eine juristische Begründung, die nicht einmal das Papier wert sei, auf dem sie stehe. Diese Maßnahmen ließen erkennen, dass die „NS-Kopfjägerei“ nun erst richtig beginnen solle.<sup>1096</sup>

Nach den gescheiterten Versuchen, Nachfolgeorganisationen aufzubauen, schlossen sich zahlreiche SRP-Repräsentanten der DRP an.<sup>1097</sup> Wähler und Anhänger wendeten sich dagegen dem Bürgerblock zu.<sup>1098</sup> Nicht weniger als 57 Wählervereinigungen und vier weiteren Gruppierungen verbot der niedersächsische Innenminister Richard Borowski die Teilnahme an der Wahl, weil sie angeblich zu Frontorganisationen für ehemalige SRP-Mitglieder geworden waren.<sup>1099</sup> Die unterwanderten Wählervereinigungen waren also

---

<sup>1090</sup> Weber, Hellmuth von, Zum SRP-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, in: Juristenzeitung, Nr. 10 (1953), S. 296.

<sup>1091</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2274f.

<sup>1092</sup> Ebenda.

<sup>1093</sup> NARA, FO 371/103906, Brief von Zimmermann an Röder, 11.11.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Paul Zimmermann on 14. Jan. 53, 21.2.1953).

<sup>1094</sup> Büsch/ Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, S. 144.

<sup>1095</sup> Hansen, Die Sozialistische Reichspartei, S. 253.

<sup>1096</sup> NARA, FO 371/103907, Text der Naumann-Rede vor dem Gauleiter-Kreis in Düsseldorf, 1.11.1952, (Text of Naumann's Speech to the „Gauleiters' Circle" at Düsseldorf).

<sup>1097</sup> Vgl. Pfahl-Traugher, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 24.

<sup>1098</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2304.

<sup>1099</sup> Der Kampf gegen die SRP-Nachfolgeorganisationen richtete sich auch gegen die Deutsche Gemeinschaft, die Borowski am 19. März 1953 verbot. Der niedersächsische Innenminister war so entschlossen, dass er dem Bundesinnenministerium empfahl, beim Bundesverfassungsgericht auch einen Verbandsantrag

illegale Organisationen, während die etablierten bürgerlichen Parteien legale Auffangbecken wurden. Der Schweizer Allemann machte in einem Zeitschriftenaufsatz darauf aufmerksam, dass nach dem SRP-Verbot, die wirkliche Gefahr für die Solidarität und die Tragfähigkeit des gegenwärtigen Parteiensystems in der Bundesrepublik, entgegen den im Ausland verbreiteten Vorstellungen, nicht in einer Wiederbelebung des Nationalsozialismus in seiner alten Gestalt, sondern in der „Unterwanderung der bürgerlich-parlamentarischen Rechten mit Trägern eines nationalistisch gefärbten autoritären oder totalitären Gedankenguts“ liege.<sup>1100</sup>

Die ehemalige Parteiführung hatte im Spätherbst 1952 eigene Pläne zur Überführung der SRP-Strukturen in einen neuen Überbau entwickelt.<sup>1101</sup> Die Wahl fiel auf August Haußleiters Deutsche Gemeinschaft (DG), die als Nachfolgeorganisation der SRP in Norddeutschland Fuß fassen sollte und ihre Propaganda dem zu gewinnenden neofaschistischen Wählerpotenzial bereits angepasst hatte.<sup>1102</sup> Haußleiter, einer der Mitbegründer der CDU in Bayern und der Deutschen Union, hatte nach seinem Austritt aus der CDU Anfang November 1949 unter Mithilfe von Gert Spindlers „Tatgemeinschaft freier Deutscher“ als neue politische Partei die DG gegründet, die er als Sammelbecken für „politisch Heimatlose“ bezeichnete und die tatsächlich sehr bald frühere Angehörige der FDP und CSU sowie Vertriebene und Heimkehrer vereinte.<sup>1103</sup> Ursprünglich hatte die DG programmatisch auf die Anschauungen im Umkreis der „konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik zurückgegriffen und Vorstellungen eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus entwickelt, wobei Liberalismus und Sozialismus

---

gegen die Deutsche Reichspartei zu stellen. Trotzdem gelang es rund einem Dutzend weiterer SRP-unterwanderter Vereinigungen, unentdeckt zu bleiben. Auf die Weise und durch Platzierungen auf den Wahllisten bürgerlicher Parteien kamen mindestens 70 ehemalige SRP-Mitglieder in die Stadt- und Kreisparlamente Niedersachsens. Siehe: Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 388. Sowie: Trittel, Günter J., „Genossen, es gilt den Anfängen zu wehren...!“ Sozialdemokratie und Rechtsextremismus in der frühen Nachkriegszeit in Niedersachsen [1948-1955], in: Karsten Rudolph/ Christl Wickert (Hg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 287.

<sup>1100</sup> Vgl. Fritz René Allemann, Das deutsche Parteiensystem, in: Der Monat. Nr. 52, Januar 1953.

<sup>1101</sup> Gnad, Oliver, SRP. Sozialistische Reichspartei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, S. 389.

<sup>1102</sup> Stöss, Vom Nationalsozialismus zum Umweltschutz, S. 91f. Sowie: Frederik, Hans, Die Rechtsradikalen München-Inning 1965, S. 58f. Die Ländergruppen der DG in Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen wurden Ende des Jahres 1952 für verfassungswidrig erklärt, wogegen Haußleiter Beschwerde einreichte. Im November trat eine ganze Reihe von Abgeordneten aus der DG aus. Sie legten den verbliebenen Parteimitgliedern in einem Rundbrief nahe, das „schwankende Schiff“ der DG ebenfalls zu verlassen. Mitte Mai 1953 ging Haußleiter eine enge Bindung mit dem von Karl Meißner geleiteten Deutschen Block und anderen rechtsstehenden politischen Gruppen unter der Bezeichnung „Dachverband der Nationalen Sammlung“ ein. Er konnte aber mit dieser Gruppe bei den Bundestagswahlen keinen Erfolg erringen.

<sup>1103</sup> Frederik, Die Rechtsradikalen, S. 58f. Vgl. auch: Winkler, York R., Der Deutsche Block in Hessen. Zur Verbindung von rechtsextremer Sammlung und Protestpotential in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 42, Marburg 1992, S. 278.

als ideologische Gegner zugunsten einer „organisch gewachsenen Volksgemeinschaft“ zu bekämpfen waren.<sup>1104</sup>

Der erste Schritt zur Überleitung der SRP in die DG war die Berufung von Rudolf Aschenauer in das DG-Direktorium. Er vermittelte Gespräche zwischen Haußleiter einerseits und Dorls und weiteren SRP-Führern andererseits.<sup>1105</sup> Dazu gab es einen Wahlauf Ruf an die ehemaligen SRP-Wähler zugunsten der Deutschen Gemeinschaft von August Haußleiter und Rudolf Aschenauer, mit dem zuvor eine geheime Kooperationsvereinbarung getroffen worden war.<sup>1106</sup> Dass Haußleiter von Dorls weniger als Mitarbeiter, sondern vielmehr als Werkzeug gesehen wurde, zeigt eine Äußerung aus dem September 1952, als er sagte: „Haußleiter würde einfach seine Arbeit bekommen und dann spuren“.<sup>1107</sup>

Die DG war radikal und ausschließlich in Süddeutschland organisiert, was sie als Partner für die norddeutsche SRP umso attraktiver machte, und klein genug, um nicht zu einer Gefahr für die SRP und deren Führungsanspruch zu werden.<sup>1108</sup> Am 12. und 13. Oktober 1952 einigten sich Haußleiter und Heller darauf, dass die SRP die niedersächsische Parteiorganisation der DG bilden sollte.<sup>1109</sup> Heller verfügte, dass nur „unbelastete“ SRP-Gefolgsleute DG-Positionen übernehmen sollten. Tatsächlich wurde der bisherige niedersächsische DG-Vorsitzende von Lobenthal durch den SRP-Strohmann Dr. Andreas Binder ersetzt.<sup>1110</sup>

Dabei konnte sich die Nachfolgeorganisation der SRP auch der Unterstützung der katholischen Kirche sicher sein. 1952 war Aschenauer Justiziar des Weihbischofs Neuhäusler beim Erzbistum München. Dorls erklärte dazu: „Die Kirche sei nicht so kurzsichtig wie Herr Lehr und wollte eben eindeutig antibolschewistische Kräfte fördern“.<sup>1111</sup>

Obwohl die DG bereits zu den nordrheinwestfälischen Kommunalwahlen am 9. November 1952 nicht antreten durfte, weil sie als illegale Nachfolgeorganisation der SRP eingestuft wurde, forderten die Führer der ehemaligen SRP ihre Anhänger dennoch auf,

---

<sup>1104</sup> Vgl. Dudek/ Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 73f. Vgl. auch: Stöss, Vom Nationalsozialismus zum Umweltschutz, S. 80. Sowie: Rowold, Manfred, Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1974, S. 272.

<sup>1105</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2305.

<sup>1106</sup> Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 389.

<sup>1107</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 8, Vermerk über ein Gespräch mit Dorls und Aschenauer am 24.9.1952 auf dem Hotelschiff „Knurrhahn“ in Bonn, Verfasser v. Thadden.

<sup>1108</sup> Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 389.

<sup>1109</sup> Stöss, Vom Nationalsozialismus zum Umweltschutz, S. 95.

<sup>1110</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2305.

<sup>1111</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 6-7, Betr.: RA Dr. Aschenauer, München, ohne Zeit, Verfasser v. Thadden.

der DG beizutreten. Obschon die Bedenken vieler ehemaliger SRP-Mitglieder nach dem Verbot der freien Wählergemeinschaften groß waren<sup>1112</sup>, kamen vor allem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, aber auch in Rheinland-Pfalz und Hessen die SRP-Kader dieser Aufforderung nach.<sup>1113</sup> Der massenhafte Ausschluss von DG-Wahllisten bei der niedersächsischen Kommunalwahl durch das niedersächsische Innenministerium war Warnung genug, die SRP-Wiederbelebungsversuche nicht auf die Spitze zu treiben.<sup>1114</sup> Es gab in einzelnen Orten und Regionen zahlreiche weitere Parteiverbote - bis zum Januar 1953 von insgesamt 61 Nachfolgeorganisationen<sup>1115</sup> - mit denen eine Aussicht auf ein getarntes Fortbestehen der SRP erst einmal geschwunden war. Nun wurden Kontakte zur Alfred Loritzes<sup>1116</sup> Wirtschaftlicher Aufbauvereinigung (WAV) aufgenommen.<sup>1117</sup> Die WAV war im Dezember 1945 im Stadtkreis München als Lokalgründung von den Amerikanern anerkannt und zur Entfaltung politischer Tätigkeit ermächtigt worden. Ihr Programm war äußerst heterogen. Nur ihre Kritik an den anderen Parteien, die lediglich wiederbelebt worden seien und bereits versagt hätten, war ständiger Propagandabestandteil.<sup>1118</sup> Bereits im Sommer 1951 waren Fusionsverhandlungen zwischen SRP und WAV geführt worden.<sup>1119</sup> Die WAV fungierte nach dem SRP-Verbot als organisatorisches

---

<sup>1112</sup> Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 389f.

<sup>1113</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2305f.

<sup>1114</sup> Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 389f. Dennoch plante die DG bereits im Februar 1953 eine erste Versammlungswelle für Niedersachsen, die vom Innenministerium des Landes auch genehmigt wurde. Dieser Erfolg führte zu einem wachsenden Selbstbewusstsein der DG und zur Ausdehnung einer Parteipropaganda, die sich zunehmend auf bekannte SRP-Redner stützte. Eine absehbare Konsequenz war, dass Innenminister Borowski im März 1953 eine Hausdurchsuchung von acht DG- und ehemaligen SRP-Funktionären anordnete, die genug Beweismaterial zutage förderte, um den niedersächsischen DG-Landesverband zur SRP-Ersatzorganisation erklären zu können und verbieten zu lassen. Siehe dazu: Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 719-725.

<sup>1115</sup> Knütter, Hans-Helmuth, Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus, Bonn 1961, S. 37.

<sup>1116</sup> Alfred Loritz wurde 1902 als Sohn eines oberbayerischen Regierungspräsidenten geboren. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaft und machte 1926 sein Staatsexamen mit der Zulassung zum Rechtsanwalt. 1928 bis 1932 war er Mitglied der „Reichspartei des Deutschen Mittelstandes“ (Wirtschaftspartei). 1939 verließ er Deutschland und wurde bis Kriegsende von der Gestapo gesucht. Teilweise hielt er sich in der Schweiz auf. In der Auslandspresse wurde von Loritz später das Bild eines Agenten, Spions und Landesverrätters gezeichnet. Er soll vor und während des Krieges als Agent des „Deuxième Bureau“, des Geheimdienstes der französischen Armee, gearbeitet haben. 1951 behauptete der aus Loritz' WAV ausgeschiedene Bundestagsabgeordnete Hans Löfflad, dass Loritz ein Landesverräter und Spion für mindestens drei alliierte Nachrichtenagenturen gewesen sei. Siehe dazu: Winge, Sören, Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-53. Entwicklung und Politik einer 'undoktrinären' politischen Partei in der Bundesrepublik in der ersten Nachkriegszeit, Uppsala 1976, S. 19-22. Siehe auch: Niethammer, Lutz, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a. M. 1972, S. 441f.

<sup>1117</sup> Schmollinger, Die Sozialistische Reichspartei, S. 2306.

<sup>1118</sup> Winge, Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-53, S. 16ff. u. S. 41.

<sup>1119</sup> Vgl. Niethammer, Entnazifizierung in Bayern, S. 470. Siehe auch: Woller, Hans, Wirtschaftspolitische Aufbau-Vereinigung, in: Stöss, Richard (Hg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 4 NPD-WAV, Opladen 1986, S. 2470. Programmatische Affinitäten gab es in der Verfassungs- und Wirtschaftspolitik. Beide waren auch entschiedene Gegner der Außen- und Innenpo-

Sammelbecken für deren versprengte Restkader.<sup>1120</sup> Trotzdem die WAV 1953 nur noch aus einem ambitionierten Parteivorsitzenden und einer „Handvoll unermüdlicher Getreuer“ bestand<sup>1121</sup>, die den Schwerpunkt der politischen Arbeit nach Norddeutschland verlagert hatten, kam ihr in der Bemühung um rechtsradikale Gruppen – vor allem der ehemaligen Funktionäre der SRP – einige Bedeutung im Bundeswahlkampf 1953 zu.<sup>1122</sup> 1953 sollte die WAV in Deutsche Aufbauvereinigung (DAV) umbenannt und ihre Wahl-liste von Dorls, Remer und Hans Ulrich Rudel angeführt werden.<sup>1123</sup>

Die Initiative zur Konstituierung der DAV ging nicht allein von der SRP aus, sondern geschah auch mit Zustimmung von Angehörigen der FDP und DP.<sup>1124</sup> Die DAV verstand sich als niedersächsischer Landesverband der WAV. Als Spitzenkandidaten präsentierten sich Loritz, Dorls und Kurt Matthaei.<sup>1125</sup>

Mitte Juli 1953 lief der DAV-Bundestagswahlkampf in Niedersachsen und Hessen an. Dorls hatte von seiner Zugkraft nichts eingebüßt. Die Popularität der DAV-Redner führte insbesondere im bürgerlichen Lager zu geradezu panikartigen Reaktionen. So ließen sich FDP, DP und CDU dazu hinreißen, ehemalige Nazis als Wahlkampfredner anzuheuern, um der DAV das Feld nicht allein zu überlassen.<sup>1126</sup> Die niedersächsischen Behörden duldeten die DAV mit Wohlwollen. Die sozialdemokratische Landesregierung arrangierte sich mit der DAV in der Hoffnung auf eine „Zersplitterung der bürgerlichen Parteien“, beziehungsweise Schwächung der Bonner Regierungsposition.<sup>1127</sup>

---

litik Adenauers. Die völkischen und rassistischen Ideologeme der SRP machte sich Loritz zu eigen. Die Verschmelzung, die Loritz im Sommer 1951 der SRP anbot, stieß jedoch innerhalb der WAV auf kräftigen Widerstand. Energisch wehrte sich Loritz gegen die Behauptung, dass die SRP eine neofaschistische Partei sei. Innerhalb von wenigen Tagen erklärten WAV-Abgeordnete vor der Presse, die Mehrheit der Fraktion lehne den von Loritz eingeschlagenen Rechtskurs und seine Zusammenarbeit mit der SRP entschieden ab, und werde ihm bei seinen Bemühungen um eine Interessengemeinschaft oder Fusion nicht folgen. Am 19. Juni wurde Loritz als Fraktionsvorsitzender abgesetzt und zwei Tage später aus der Fraktion ausgeschlossen.

<sup>1120</sup> Dudek/ Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 63.

<sup>1121</sup> Insbesondere die Divergenz der Zielsetzungen von Loritz, die Opportunisten und politische Abenteurer angezogen hatte, begründete den Zerfall. Die WAV-Fraktionsangehörigen bezichtigten sich gegenseitig ihrer nationalsozialistischen Vergangenheiten. Vgl. Bauer, Arnold, Die WAV. Der gescheiterte Versuch einer mittelständischen Massen-partei, in: Institut für Politische Wissenschaft e.V. (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 488.

<sup>1122</sup> Woller, Wirtschaftspolitische Aufbau-Vereinigung, S. 2469.

<sup>1123</sup> Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 388. Vgl. auch: Tauber, Beyond Eagle and Swastika, S. 723-725. Sowie: Winge, Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-53, S. 210.

<sup>1124</sup> Hansen, Die Sozialistische Reichspartei (SRP), S. 95. Es stand von Anfang an eine gewisse Unabhängigkeit im Raum. Ein gegen die DAV angestregtes Verfahren, mit dem Ziel, sie als Nachfolgeorganisation der SRP einzustufen, endete im Mai 1957 mit einer Verfahrenseinstellung.

<sup>1125</sup> Woller, Wirtschaftspolitische Aufbau-Vereinigung, S. 2470.

<sup>1126</sup> Gnad, SRP. Sozialistische Reichspartei, S. 388. Siehe auch: Tauber, Beyond Eagle and Swastika, S. 723-725.

<sup>1127</sup> Woller, Wirtschaftspolitische Aufbau-Vereinigung, S. 2470.

Doch der Wahlkampf der DAV blieb eine Erfolgssillusion. Die Kandidatur der DAV scheiterte letztlich, weil ihre „Aushängeschilder“ Rudel, Remer und Ramcke nicht bereit waren, die ihnen angebotenen Listenplätze zu übernehmen. Zudem wandten sich auch die ehemaligen SRP-Funktionäre – vier ehemalige niedersächsische Landtagsabgeordnete und mehrere andere Spitzenfunktionäre der SRP hatten sich auf einer niedersächsischen DAV-Landesliste befunden – von der DAV ab und versuchten, ihren Anhang auf die Deutsche Reichs-Partei (DRP) umzudirigieren.<sup>1128</sup> Offiziell begründeten die SRP-Funktionäre ihren Verzicht auf eine DAV-Kandidatur damit, dass sie eine Zersplitterung der „nationalen Rechten“ vermeiden wollten.<sup>1129</sup> Die DAV zog sich von der Wahl 1953 zurück.<sup>1130</sup>

Nach dem Verbot der SRP stieg die DRP für etwa ein Jahrzehnt zur führenden rechts-extremen Partei auf, ohne dabei jedoch zwischen 1950 und 1963 nennenswerte Wahlerfolge zu erzielen.<sup>1131</sup>

#### **4. Die Verhandlungen mit der DRP und der DG (1951-1953)**

Nachdem Naumann sich im September 1952 gegen die FDP entschieden hatte, setzte er seine Hoffnungen in die Deutsche Reichspartei (DRP), die extrem rechte Partei, die noch am wenigsten „diskreditiert“ war<sup>1132</sup> und allgemein als „Sammelbecken des Nazismus“<sup>1133</sup> oder „Herbergspartei rechtsradikaler Kräfte“<sup>1134</sup> betrachtet wurde. Gegründet 1950, stand die DRP unter der Leitung des Bundestagsabgeordneten Adolf von Thadden<sup>1135</sup> und des ehemaligen SS-Kapitäns und Besitzers des Plesse-Verlags in Göttingen

---

<sup>1128</sup> Woller, Hans, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-1955, Stuttgart 1982, S. 144. Vgl. auch: Woller, Wirtschaftspolitische Aufbau-Vereinigung, S. 2470.

<sup>1129</sup> Woller, Die Loritz-Partei, S. 144.

<sup>1130</sup> Woller, Wirtschaftspolitische Aufbau-Vereinigung, S. 2470. Nach dem Desaster um die Kandidatur zur Bundestagswahl von 1953 zog sich Loritz, der inzwischen seine letzten Anhänger verloren hatte, enttäuscht für zwei Jahre zurück.

<sup>1131</sup> Winkler, Jürgen R., Die Wählerschaft der rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1993, in: Wolfgang Kowalsky/ Wolfgang Schroeder (Hg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 71.

<sup>1132</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1133</sup> Kitzinger, U. W., Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960, S. 149.

<sup>1134</sup> Kaltefleiter, Werner, Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln/ Opladen 1996, S. 131.

<sup>1135</sup> Adolf von Thadden wurde am 1921 in Trieglaff als Sohn des Landrats Adolf von Thadden geboren. Sein Halbbruder war der frühere Präsident des Evangelischen Kirchentags Reinhold von Thadden-Trieglaff.

gen Waldemar Schütz. Naumann pflegte engen Kontakt zu leitenden Funktionären der DRP, namentlich zu von Thadden und seinem eigenen ehemaligen Mitarbeiter im RMVP sowie ehemaligen Mitglied der SS und des DAF, Johannes Hertel<sup>1136</sup>, derzeit der DRP-Kreisvorsitzende von Nienburg in Niedersachsen und Mitglied der DRP-Vertretung im Bundestag.

Die DRP war ein loser Personenverband ohne effektive Organisationsstruktur und ohne dauerhafte und funktionierende Suborganisationen.<sup>1137</sup> Von 1950 bis 1953 besaß die DRP außer in Niedersachsen nur noch in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sowie Nordhessen Verbände, die jedoch allenfalls Stützpunktcharakter aufwiesen.<sup>1138</sup> Zentrale ideologische Elemente der DRP waren ein aggressiver Nationalismus, ein irrationaler Reichsmythos, ein militanter Antikommunismus, tiefe Demokratiefeindschaft und Ablehnung der parlamentarischen Regierungsform. Damit korrespondierte die Verherrlichung des Nationalsozialismus und des „Dritten Reichs“, die Verneinung der Kollektivschuldthese, das Abstreiten der deutschen Kriegsschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sowie die Weigerung, NS-Verbrechen oder den Holocaust zuzugeben.<sup>1139</sup> Sie war jedoch keineswegs neutralistisch. In scharfem Gegensatz zu der national-neutralistischen SRP-Propaganda lehnte sie ein neutrales Deutschland ab und begründete dies mit der seit Kriegsende bestehenden außenpolitischen, militärischen und wirtschaftlichen Schwäche „Restdeutschlands“.<sup>1140</sup> Von den anderen nationalistischen Gruppen unterschied sich die DRP darin, dass sie nicht zu den kleinen doktrinären Führerorden gehörte und stets

---

Seine Halbschwester Elisabeth von Thadden wurde 1944 von den Nationalsozialisten hingerichtet. Nach seinem Abitur ging von Thadden in die landwirtschaftliche Lehre. Nach dem Arbeitsdienst wurde er Soldat und nahm, zuletzt als Oberleutnant und Adjutant seiner Sturmgeschützbrigade, an allen Feldzügen des II. Weltkrieges teil. Er wurde mehrfach verwundet. Das Kriegsende verschlug von Thadden in die englische Zone. Nach dem Krieg wurde er bei dem Versuch, seine Mutter aus Pommern zu evakuieren, von der polnischen Staatspolizei verhaftet. Im November 1946 entkam er der polnischen Haft und siedelte nach Göttingen über. Dort war er zeitweilig bei der britischen Property Control, der Verwaltung für sequestriertes deutsches Eigentum tätig. Später widmete er sich ausschließlich politischer und publizistischer Arbeit. 1947 schloss er sich der Deutschen Rechtspartei, einer rechtsradikalen Organisation in Niedersachsen an. Zeitweise führte er den kommissarischen Vorsitz, bis 1949 Fritz Röbler (alias Dr. Franz Richter) Parteivorsitzender wurde. Bei den Wahlen zum 1. Bundestag im August 1949 wurde von Thadden Abgeordneter der Rechtspartei. Im Januar 1950 schlossen sich die „Deutsche Rechtspartei“ und die „Nationaldemokratische Partei“ in Hessen zur „Deutschen Reichspartei (DRP)“ zusammen. Von Thadden blieb auch im Führungsgremium dieser neuen Partei. Nach dem Ausschluss von „Richter“ (Röbler) aus der DRP im April 1950 wurde von Thadden zweiter Vorsitzender dieser Partei. Siehe dazu: BStU MfS Allg. S. 137/76 Bd. 000028-000030, Munzinger Archiv, 29.7.1967; BStU MfS Allg. S. 137/76 Bd. 000043, Politisches Archiv, 1953; BStU MfS Allg. S. 137/76 Bd. 000044, Zusammenfassung aus dem Buch „Die Rechtsradikalen“ von Hans Frederik. Zur Biografie Adolf von Thaddens bis 1949 siehe: Rufer, D., Adolf v. Thadden. Wer ist dieser Mann, Hannover 1969, S. 29-44.

<sup>1136</sup> Vgl. Glienke, Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter, S. 162.

<sup>1137</sup> Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 158.

<sup>1138</sup> Ebenda, S. 50.

<sup>1139</sup> Ebenda, S. 213f.

<sup>1140</sup> Ebenda, S. 262.

kollektiv geleitet wurde. Sie legte das Gewicht ihrer Tätigkeit auf den Ausbau der Organisation und eine publikumswirksame Propaganda.<sup>1141</sup> Finanziell stand die DRP stets schlecht da. Die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen waren aufgrund der geringen Mitgliederstärke stets unzureichend für eine effektive Parteiarbeit. Mit Ausnahme des Lobbyisten August Heinrichsbauer<sup>1142</sup> erhielt die DRP von Großindustriellen so gut wie keine finanziellen Zuwendungen, da diese den Bürgerblockparteien und hier insbesondere der CDU/CSU und der FDP den Vorzug gaben. Auch aus öffentlichen Mitteln bekam die DRP keine Unterstützung.<sup>1143</sup> Sie hatte das politische Ziel, eine rechtsextreme, breit angelegte, durch Wahlerfolge politisch einflussreiche Sammelpartei rechts neben den Unionsparteien zu werden.<sup>1144</sup> Dies verlangte jedoch eine Ausdehnung ihrer sozialen Basis über die agrarisch-ländlichen norddeutschen Regionen hinaus.<sup>1145</sup>

Die DRP führte Verhandlungen mit fusionswilligen Angehörigen der DG, dem Deutschen Block (DB) und der DU.<sup>1146</sup> Der Deutsche Block war am 27. Oktober 1947 von Karl Meißner, einem ehemaligen Kompanieführer im Reichsarbeitsdienst, gegründet worden. In den frühen 50er-Jahren baute sich der DB, der extrem in jeder Hinsicht wurde, trotz Absplitterungen eine beachtliche Machtbasis in Lübeck und Bayern auf.<sup>1147</sup>

Bei den Verhandlungen der DRP wurde auch der Grundstein für die im Sommer 1953 erfolgte Spaltung des DB und die gleichzeitige Übernahme der DU durch die DRP gelegt. So konnte die organisatorische Expansion der DRP nach Süddeutschland noch vor der Bundestagswahl 1953 erfolgen. Daneben versuchte die DRP-Führung sehr früh, von dem SRP-Verbot zu profitieren und die ehemaligen SRP-Mitglieder an sich zu binden. Sie lehnte es jedoch ab, ein Auffangbecken oder eine Nachfolgeorganisation zu sein, weil sie ein Parteiverbot oder die Parteiübernahme durch die SRP fürchtete.<sup>1148</sup> Als die SRP in Detmold am 7. September 1952 unter einem anderen Namen und mit alternativen Parteiführern neu gegründet werden sollte, versuchten Dorls und sein Strohmann Rudolf Aschenauer noch einmal ohne Erfolg die DRP-Führung zum korporativen Anschluss ihrer

---

<sup>1141</sup> Niethammer, *Angepasster Faschismus*, S. 56.

<sup>1142</sup> Heinrichsbauer war bereits vor 1933 als Förderer rechts stehender Parteien in Erscheinung getreten und rühmte sich nach 1945, seinerzeit die nordrhein-westfälische Bergbauindustrie und Gregor Strasser zusammengebracht zu haben. Die Geldzuwendungen für die DRP im Jahre 1952, so wurde von Heinrichsbauer entschieden, sollten nicht zur Erweiterung des Funktionsapparates verwendet werden, sondern ausschließlich zur Herstellung und zum Vertrieb von Propagandamaterial. Vgl. auch: Sowinski, *Die Deutsche Reichspartei 1950-1965*, S. 184.

<sup>1143</sup> Sowinski, *Die Deutsche Reichspartei 1950-1965*, S. 179, 184.

<sup>1144</sup> Schmollinger, *Die Deutsche Reichspartei*, S. 1112.

<sup>1145</sup> Ebenda, S. 1114.

<sup>1146</sup> Sowinski, *Die Deutsche Reichspartei 1950-1965*, S. 35.

<sup>1147</sup> Vgl. Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 90.

<sup>1148</sup> Sowinski, *Die Deutsche Reichspartei 1950-1965*, S. 35.

Parteiorganisation zu überreden. Dem Mitglied des nieder-sächsischen Landtags Hans-Heinrich Scheffer und von Thadden waren dazu Vorstandsposten in der zukünftigen neuen Partei angeboten worden, was die DRP jedoch ablehnte.<sup>1149</sup> Bereits drei Tage vorher hatte sich Naumann mit von Thadden getroffen und ihm erklärt, dass die SRP sicher verboten werde. Auch das Konzept von Gottfried Griesmayr von der DU, welches von Thadden zuwiderlief, wurde hier erörtert.<sup>1150</sup> Griesmayr gehörte zu den Vertretern aus Süddeutschland, die den Versuch anführten, einen „Arbeitenden Zusammenschluss Nationaler Gruppen“ (ANG) zu gründen und so die Vereinigung aller ultrarechten Splitterorganisationen herbeizuführen. An diesen Versuch, aus dem am 6. und 7. August 1952 die ANG oder auch der „Friedberger Kreis“, benannt nach dem Gründungsort Friedberg in Hessen, entstand<sup>1151</sup>, waren ebenfalls der ehemalige SS-Brigadeführer und HJ-Gebietsführer Dr. Karl Cerff, der ehemalige SS-Brigadeführer Fritz Brehm und Wilhelm Kiefer beteiligt.<sup>1152</sup>

Von Thadden war der Meinung, der Zeitpunkt für die Schaffung einer Nationalen Opposition, die im Gegensatz zur SRP nicht restaurativ sei, sei bereits verpasst. So etwas könne nur zustande kommen, wenn die Gründung mit dem Ausschalten einer Reihe von Abgeordneten aus der Koalition verbunden sei und dies wiederum zur Bildung einer Fraktion führe.<sup>1153</sup>

Nichtsdestotrotz fanden im September 1952 mehrere Besprechungen zwischen dem Kreis um Griesmayr und Naumann statt. Griesmayr schrieb an Naumann, dass er und „seine Freunde“ sich selbst als den „planenden Generalstab“ der Oppositionsbewegung sehen sollten, während Griesmayr und die anderen Führer des rechten Flügels die Rolle der „Frontkämpfer“, ähnlich der „Alten Kämpfer“ der NSDAP übernehmen sollten. Griesmayr und der bekannte Rechtsextremist Wilhelm Kiefer versicherten, dass sie und ihre Unterstützer Naumann folgen würden, wo immer er sie hinführen würde.<sup>1154</sup> Währenddessen bemühten sich die Rivalen der Nationalen Bewegung, Haußleiter von der DG und seine Anhänger, sich die Unterstützung von Scheel, Frauenfeld und anderen ehemaligen

---

<sup>1149</sup> Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 37.

<sup>1150</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 74-75, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann, 4.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1151</sup> Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 34.

<sup>1152</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1153</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 49, Bl. 168, Protokoll einer Besprechung von Griesmayr, Hess, Schütz, Wegener, Böhme, Cerff und von Thadden auf der Burg Ludwigstein, 15.6.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1154</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

NS-Führern in Hamburg zu sichern.<sup>1155</sup> Haußleiter hatte Scheel aufgesucht und ihm auseinandergesetzt, dass die DG die kommende Partei der Nationalen Sammlung sei. Haußleiter betonte, dass er mit der DG im nächsten Jahr frei kandidieren könne, im Gegensatz zu allen anderen Parteien der Rechten.<sup>1156</sup>

Beide Strategien trugen keine Früchte. Scheel und Naumann berieten sich diesbezüglich und kamen überein, dass keine der beiden Gruppen Erfolg verspreche. Eine zu enge Zusammenarbeit mit einem der beiden Kreise schmälere lediglich die Erfolgsaussichten für ihre eigenen Pläne.<sup>1157</sup>

Naumann fasste diese Einstellung in seiner Düsseldorfer Rede zusammen, in der er davor warnte, sich in Splittergruppen zu engagieren. Jeder Fehler, der von einer dieser Gruppen gemacht werde, betreffe alle anderen auch, ohne, dass diese etwas dazu tun müssten. Das große Ganze dürfe über einem sofortigen kleinen Erfolg nicht aus den Augen verloren werden.<sup>1158</sup>

Die große Uneinigkeit zwischen den „Haußleiters“ und „Meißners“, so erklärte Naumann, sei der Beweis, dass sie keine übereinstimmende Politik anzubieten hätten wie früher Hitler.<sup>1159</sup> „Es klingt sehr vernünftig, wenn jemand sagt, wir setzen uns alle zusammen und anstelle von zehn auseinanderstrebenden Gruppen gibt es in Zukunft nur noch eine. Dieser Gedanke ist schön, er ist aber eine Illusion. Diejenigen, welche sich zusammenschließen wollen, tun es nur, weil sie allein nicht mehr lebensfähig sind. [...] Die ganze Aktion hat also den Wert einer Milchmädchenrechnung, denn aus zehn Halbtoten wird niemals ein Lebender.“<sup>1160</sup> Trotzdem war es nach Naumanns Ansicht natürlich möglich und wünschenswert, aus allen nationalen Kräften in Opposition zur SRP eine Partei zu gründen, die bei den nächsten Wahlen 20 Prozent aller Stimmen gewinnen sollte.<sup>1161</sup> Dieser Vorgang sollte jedoch nicht durch das Zusammenlegen, sondern durch das Aufgehen der kleinen Partikel in einem größeren erfolgen. Dieses sollte „sich durch die

---

<sup>1155</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1156</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 72-73, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Herrn Dr. Scheel in Hamburg, 7.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1157</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1158</sup> Ebenda.

<sup>1159</sup> Ebenda.

<sup>1160</sup> NARA, FO 371/103907, Auszüge aus einer Rede Naumanns, vermutlich für den Kreis in Hamburg, ohne Zeit, (in: Arrest of Dr. Naumann. Documents impounded on 14. Jan. 53. Extracts from Drafts of Speech prepared by Naumann probably at Hamburg, 5.3.1953).

<sup>1161</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

Tatkraft seiner Führung und durch die Überlegenheit seiner Ideen“ über die Übrigen erheben.<sup>1162</sup>

Währenddessen wollte von Thadden seine DRP als große rechtsextremistische Sammel-partei ausbauen. Nach eigener Einschätzung hatte er zwar einen Stamm verlässlicher Mitarbeiter, jedoch fehlte es ihm an geeigneten Personen, die er zur Wahl aufstellen konnte.<sup>1163</sup> Von Thadden bat schließlich Scheel um Hilfe bei der Suche nach passenden Kandidaten, die er in ganz Deutschland positionieren könne. Er stimmte mit Scheel überein, dass die kommende Wahl die letzte Gelegenheit zur Schaffung einer Nationalen Opposition sei. Naumann hingegen vertrat eine gegenteilige Auffassung. Dies führte Scheel darauf zurück, dass Naumann einfach von zu vielen Seiten angegangen und beeinflusst werde. Die FDP sei besonders „hinter ihm her“ gewesen.<sup>1164</sup>

Ende September war das Problem fehlender Kandidaten noch immer nicht gelöst. Am 25. September 1952 schrieb von Thadden an Hertel, dass auf keinen Fall der Eindruck erweckt werden dürfe, die DRP liefe den Leuten nach.<sup>1165</sup> Die wirklich guten Kräfte der DRP würden von selbst kommen, wobei sich die Parteileitung die Möglichkeit vorbehalten müsse, genau auszuwählen und zu sortieren.<sup>1166</sup>

Naumann tauschte sich auch mit Kaufmann über das personelle Problem der DRP aus und kam zu dem Schluss, dass die DRP aufgrund des Wahlgesetzes – der neuen Fünf-Prozent-Klausel – als einzige nationale Partei frei kandidieren könne. Dies schaffe eine günstige Ausgangslage. Die nächste Wahl sei letztendlich wichtig, aber nicht kriegsentscheidend. Wesentlich sei, dass eine große Koalition nach Möglichkeit verhindert werde.<sup>1167</sup> Was seine eigene Rolle anbelange, glaube er nicht, dass er vor dem Herbst 1953 aktiv mitmachen könne. Dazu sei die Zeit noch nicht reif. Erst wenn die nächste Wahl vorbei sei, würde er sich wirklich einschalten können. Er würde aber mit Rat und Tat zur Seite stehen.<sup>1168</sup>

Im Rahmen seiner Expansionspläne versuchte von Thadden, der DRP nun kleine national-oppositionelle Zusammenschlüsse einzuverleiben. Während der zweiten Jahres-

---

<sup>1162</sup> NARA, FO 371/103907, Auszüge aus einer Rede Naumanns, vermutlich für den Kreis in Hamburg, ohne Zeit, (in: Arrest of Dr. Naumann. Documents impounded on 14. Jan. 53. Extracts from Drafts of Speech prepared by Naumann probably at Hamburg, 5.3.1953).

<sup>1163</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 74-75, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann, 4.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1164</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 72-73, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Herrn Dr. Scheel in Hamburg, 7.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1165</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Nr. 45 II, Bl. 444, Mitteilung von v. Thadden an Hertel, 25.9.1952.

<sup>1166</sup> Ebenda.

<sup>1167</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 74-75, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann, 4.9.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1168</sup> Ebenda.

hälfte 1952 verhandelte er auch wiederum mit der DG.<sup>1169</sup> Größtes Interesse hegte er für ihren Ableger in Niedersachsen. In Nordrhein-Westfalen war die DG bereits verboten und in Schleswig-Holstein existierte sie gemäß von Thadden nur auf dem Papier. Im Oktober fanden die Verhandlungen, die Aschenauer im Auftrage Haußleiters führte, neben Hannover auch in Hamburg und Bonn statt. In Düsseldorf vertrat Aschenauer die DG in seiner Eigenschaft als Anwalt.<sup>1170</sup> Gleichzeitig machte Haußleiter jedoch Heller von der SRP ein Angebot, ihn als bezahlten Landesgeschäftsführer in Niedersachsen einzustellen. Und nur zehn Tage später besprachen Haußleiter, Priester, Krüger und Heller von der SRP, Möglichkeiten eines Zusammenschlusses. Die DRP wurde davon ausgeschlossen, da Scheffer und von Thadden eine Besprechung mit dem „Friedberger Kreis“ anberaunt hatten.<sup>1171</sup> Diesen Schritt erklärte von Thadden am 28. Oktober 1952 in einem Brief an einen Gesinnungsgenossen. Er habe bei Haußleiter keinen Zweifel gelassen, dass die DRP einem Zusammenschluss aller nationalen Gruppen grundsätzlich positiv gegenüberstehe und dies auch keineswegs von personellen Fragen abhängig machen wolle. Er könne sich aber nicht mit einem Verfahren einverstanden erklären, bei dem zwei Partner – DG und SRP – sich vorher einigen würden, um die anderen dann zu überfahren. Die DRP würde ihre Position im Bundestag nicht leichtfertig auf das Spiel setzen.<sup>1172</sup>

Das Verbot der SRP hätte durchaus einen Aufschwung für die DRP bewirken können. Die Hoffnungen, die manche Funktionäre daran knüpften, erfüllten sich jedoch nicht.<sup>1173</sup> Dies spiegelte sich auch in der Wahlentwicklung nach dem Verbot wieder.<sup>1174</sup> So konstatierte von Thadden, dass die Basis, die 1949 entstanden wäre, weitestgehend verloren gegangen sei. Faktisch gab es nur noch wenige organisatorische Inseln, die sich überdies fast hauptsächlich auf Norddeutschland beschränkten.<sup>1175</sup>

Nichtsdestotrotz verhandelte von Thadden am 11. November 1952 erneut mit Aschenauer über eine Zusammenführung von DRP, DG und weiteren nationalen Gruppen, obgleich er eine Vereinigung durch den Zusammenschluss Haußleiters mit der SRP als äußerst erschwert ansah. Er prognostizierte, der DRP sei es künftig nur noch unter den „allergrößten Vorbehalten möglich“, sich an derartigen Gesprächen zu beteiligen. Zusätzlich

---

<sup>1169</sup> NLA-Hstah, VVP 39, Nr. 37 I, Materialsammlung zu den Verhandlungen mit der Deutschen Gemeinschaft, Verfasser v. Thadden.

<sup>1170</sup> Ebenda.

<sup>1171</sup> Vgl. NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 8, Vermerk über ein Gespräch mit Dorls und Aschenauer, 24.9.1952, Verfasser v. Thadden. Sowie: NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 39, Bl. 3, Brief von v. Thadden an Rechtsanwalt Stahl, 23.2.1953.

<sup>1172</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 47, Bl. 7, Brief von v. Thadden an Sievers, 28.10.1952.

<sup>1173</sup> Assheuer/ Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland, S. 15.

<sup>1174</sup> Buschke, Die Sozialistische Reichspartei im Raum Lüneburg 1949-1952, S. 98.

<sup>1175</sup> Assheuer/ Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland, S. 15.

werde das Verbot der DG in Nordrhein-Westfalen – welches Aschenauer auf die Dummheit der SRP zurückführte, die in Wuppertal beispielsweise ihre alten Spendenformulare weiterverwendete und die Parteibezeichnung SRP dabei durchgestrichen und durch DG ersetzt hatte – die Lage erschweren.<sup>1176</sup> Von Thadden fügte hinzu, er betrachte Haußleiter mit Skepsis, worauf Aschenauer entgegnete, dass er Haußleiter fest in der Hand habe, weil dieser finanziell von ihm abhängig sei.<sup>1177</sup> Im Zusammenhang mit dem SRP-Verbot gelang es der DRP, in Nordrhein-Westfalen zur hegemonialen rechtsradikalen Partei aufzusteigen und ihre Organisation hauptsächlich durch die Integration ehemaliger SRP-Mitglieder aufzubauen.<sup>1178</sup>

In Bayern konnte die DRP an keine direkte Vorläuferpartei anknüpfen. Mit dem Deutschen Block unter dem Vorsitz von Karl Meißner gab es jedoch eine ausgesprochen rechtsradikale Hausmacht. Im Winter gab es mehrere Treffen zwischen dem DB-Vorsitzenden Meißner und DRP-Vertretern. Besprechungen am 2. und 18. November 1952 in Köln verliefen allerdings ergebnislos. Bei einem weiteren Treffen mit Meißner schlug von Thadden vor, wegen der Bestimmungen des Wahlgesetzes ein Wahlabkommen zu arrangieren. Dies scheiterte jedoch am kategorischen Widerstand Meißners, der die Eigenständigkeit des DB dadurch gefährdet sah.<sup>1179</sup> Gegen die Konkurrenz des DB setzte sich die DRP letztlich erst im Vorfeld der Bundestagswahl 1953 durch.<sup>1180</sup>

Zwischenzeitlich hatten ANG-Vertreter am 1. und 2. November in Heidelberg hinsichtlich des SRP-Verbots die Bildung von „Landesarbeitsgemeinschaften“ als Auffangbecken für die bald heimatlosen SRP-Mitglieder angeregt. Bei der Einrichtung dieser

---

<sup>1176</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 47, Bl. 6-7, Aktenvermerk, Betr.: RA Dr. Aschenauer, München, Verfasser v. Thadden.

<sup>1177</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 47, Bl. 4, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Aschenauer, 11.11.1952.

<sup>1178</sup> Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 73, 67. Durch ihren Namen bewirkten auch ehemalige Nationalsozialisten wie Wilhelm Meinberg, Prof. Hans-Bernhard von Grünberg und Naumann den Aufschwung der Partei.

<sup>1179</sup> Ebenda, S. 96.

<sup>1180</sup> Ebenda, S. 96ff. Fusionswillige DB-Angehörige gründeten am 18. Januar 1953 einen „Reichsfachrat“. Nach Querelen mit Karl Meißner und anderen Fusionsgegnern innerhalb des DB bildeten die im „Reichsfachrat“ versammelten DB-Mitglieder in Frankfurt am Main am 3. Mai 1953 zusammen mit Vertretern der in Rheinland-Pfalz und Südhessen beheimateten DU unter Führung von Otto Hess, Rolf Büsser und Gustav Stürz, den RB. (Die Abkürzung RB wurde nicht ausformuliert). Auf Vorschlag des in Frankfurt am Main anwesenden DRP-Bundestagsabgeordneten Heinz Frommhold übernahm der RB die Satzung der DRP. Zu seinen vorläufigen Vorsitzenden wurden mit Wilhelm Meinberg – dem späteren Parteivorsitzenden der DRP – und General Alexander Andrae zwei prominente Rechtsradikale bestellt. Ziel des RB war es, gegen den Willen des DB-Vorsitzenden Meißner die Fusion der Partei mit der DRP herbeizuführen und dabei möglichst viele Verbände aus der DB-Organisation herauszubringen. Für den 30. Mai 1953 wurde eine Tagung in Bamberg einberufen, auf der der RB sich offiziell konstituierte, was zu einem erbitterten Zerwürfnis zwischen der DRP und den organisatorischen DB-Resten unter Meißners Führung Anlass gab. Auf einer gemeinsamen Tagung in Göttingen am 19. Juli 1953 beschloss der DRP-Vorstand und die anwesenden RB-Verantwortlichen, den RB aufzulösen und dessen Verbände als Landesverbände der DRP zu konstituieren.

„Landesarbeitsgemeinschaften“ sollten in jedem Bundesland sogenannte „Mittelstellen“ errichtet werden, für deren Aufrechterhaltung jeweils ein prominenter Rechtsradikaler verantwortlich sein sollte. Dabei dachte jede der in der ANG versammelten Organisationen indes nur an ihren eigenen Vorteil. Die Arbeitsgemeinschaft nahm daher bald ein Ende.<sup>1181</sup>

Währenddessen unterstützte Scheffer die Gründungsbestrebungen der nationalen Sammlungsbewegung. Johannes Hertel hingegen war skeptisch und schrieb Naumann am 11. November 1952, dass er selbst einen kleinen aber schlagkräftigen Verband der DRP aufgebaut habe. Dazu habe er sich entschlossen, nachdem der Parteivorsitzende Scheffer ihm ausdrücklich versichert habe, dass er im Falle der Gründung einer nationalen Sammlungsbewegung die DRP sofort auflösen und mit sämtlichen Mitgliedern überführen werde.<sup>1182</sup> Auf der darauf folgenden Sitzung der Parteileitung der DRP in Flensburg berichtete Scheffer von den Bemühungen, eine kräftige Rechte zu schaffen. Nach heftigen Diskussionen stellte er fest, dass ein Zusammengehen seitens der DRP mit dem DB, der DG und der DU nicht möglich sei, weil Meißner und Haußleiter einander bekämpften und sich gegenseitig im Weg stünden.<sup>1183</sup> Daraufhin beantragte Johannes Hertel ein Reinigungsverfahren gegen sich selbst vor dem Ehrengericht der DRP.<sup>1184</sup>

Auch mit dem Kreis um den späteren Justizminister und Bundespräsidenten Gustav Heinemann, aus dem 1952 die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) hervorging, hatte Naumann ursprünglich sympathisiert. Wenn auch die genaue Rolle einzelner Naumann-Kreis-Mitglieder bei der Gründung von Heinemanns GVP nicht mehr nachvollziehbar ist, so belegt doch der Briefwechsel zwischen Professor Herbert Grabert und Zimmermann im Herbst 1952, dass Angehörige des Naumann-Netzwerkes Mitinitiatoren waren. Wie Grabert berichtete, hatte er über den Parteinamen auf seinen einsamen Wanderungen nachgedacht und „Freiheitlich Soziale Volkspartei“ vorgeschlagen.<sup>1185</sup> Die GVP stand auch in Kontakt mit dem Kreis um Kiefer, der Naumann berichtete, seine Freunde hätten mit dem Heinemann-Kreis drei eingehende Besprechungen gehabt.<sup>1186</sup>

---

<sup>1181</sup> Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 35.

<sup>1182</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Hertel an Naumann, 11.11.1952, (in: Impounded Documents at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, Februar 1953).

<sup>1183</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 47, Bl. 1-2, Niederschrift über die Sitzung der Parteileitung der DRP in Flensburg, 16.11.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1184</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR am 9.3.1953, Der Fall Naumann.

<sup>1185</sup> NARA, FO 371/103906, Brief von Grabert an Zimmermann, ohne Zeit, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Paul Zimmermann on 14. Jan. 53, 21.2.1953). Siehe auch: BA, NL 80/272/206-207.

<sup>1186</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR am 9.3.1953, Der Fall Naumann.

Ende November hatte sich Naumann jedoch bereits wieder von der GVP distanziert. So bestätigte Gottfried Griesmayr, dass er nach eingehender Aussprache mit Gustav Heinemann und seinem Freundeskreis die Ansicht Naumanns vollständig teile: „Diese Leute sind Weltverbesserer und pazifistische Schwärmer mit einem geradezu sektiererhaften Sendungsbewusstsein.“<sup>1187</sup> Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Naumann im Allgemeinen nicht viel von Griesmayr und seinen politischen Ansichten hielt, wie seine kurzen Kommentare in dem Brief unterstrichen.<sup>1188</sup>

Am 24. November 1952 analysierte von Thadden die Lage: „Der Zusammenschluss ist notwendig, wenn ein durchgreifender Erfolg bei den nächsten Bundestagswahlen erzielt werden soll. Die Frage, unter welcher Parteibezeichnung der Wahlkampf geführt werden soll, kann heute noch nicht entschieden werden, da hierfür zunächst die Bestimmungen des Wahlgesetzes abgewartet werden müssen.“<sup>1189</sup>

Am 6. Dezember 1952 fasste Aschenauer in einem Brief an Scheffer das Ergebnis der Verhandlungen zwischen DG und DRP zusammen. In Niedersachsen sollte sich keine Deutsche Gemeinschaft bilden. Von Lobenthal sollte Kreisvorsitzender werden und in die Landesleitung der DRP beziehungsweise der Vereinigten Rechten berufen werden. Gegen „wilde Gruppen“, die sich mit der Bezeichnung DG gebildet hatten, sollte eine einstweilige Verfügung erwirkt werden.<sup>1190</sup> Dieses Vorhaben hatte durchaus seine Berechtigung. Bereits am 18. Dezember 1952 beschwerte sich von Thadden gegenüber Aschenauer, dass in Niedersachsen durch ehemalige Spitzenfunktionäre der SRP ein DG-Verband nach dem anderen entstehen würde.<sup>1191</sup> Noch im Januar 1953 war dies nicht behoben.<sup>1192</sup>

---

<sup>1187</sup> NARA, FO 371/103907, Brief von Griesmayr an Naumann, 22.11.1952, (in: Subject: Documents impounded at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, 27.1.1953). Siehe auch: NARA, FO 371/103916.

<sup>1188</sup> Ebenda.

<sup>1189</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Nr. 37 I, Zusammenstellung über den Ablauf der Verhandlungen mit der Deutschen Gemeinschaft, ohne Zeit, Verfasser v. Thadden.

<sup>1190</sup> Ebenda.

<sup>1191</sup> Dies bemängelte Aschenauer auch gegenüber von Thadden am 29. Dezember 1952. Ehemalige Spitzenfunktionäre der SRP seien in Niedersachsen pausenlos unterwegs, um einen Kreisverband der DG nach dem nächsten ins Leben zu rufen. Mit den laufenden Aktionen in Niedersachsen habe Aschenauer allerdings nichts zu tun. Im Zusammenhang mit Nordrhein-Westfalen habe er mit den Leuten der DG eine Besprechung gehabt und eine Zusammenarbeit mit der DRP werde hier erwünscht. Siehe dazu: NLA-Hstah, VVP 39, Nr. 37 I, Materialsammlung zu den Verhandlungen mit der Deutschen Gemeinschaft, Verfasser v. Thadden, Brief von Aschenauer an v. Thadden, 29.12.1952.

<sup>1192</sup> Am 7. Januar 1953 schrieb von Thadden verärgert an Aschenauer, dass sich die Aktivität der DG in Niedersachsen im neuen Jahr laufend verstärkt habe. Mit der Leitung sei Dr. Binder-Osterode – nachdem es mit Lobenthal nicht geklappt habe – als neuer Landesbeauftragter für Niedersachsen betraut, der die Funktionäre der DRP anschiebe mit der Mitteilung, dass die DG nunmehr auch in Niedersachsen die Organisation der Nationalen Opposition in die Hand genommen habe. Aus dem Bezirk Hannover wurde dem Parteichef der DRP mitgeteilt, dass für Ende Januar eine Konstituierung der DG auf Landesebene geplant

Aufgrund der Ausbreitung in zwei verschiedene Richtungen, nämlich zu der DG einerseits und dem DB andererseits, verblasste das politische Profil der DRP und die politische Praxis schwankte zwischen kooperativer Annäherung an den Bürgerblock und autonomer rechtsextremer Sammlungspolitik.<sup>1193</sup>

Nichtsdestotrotz empfahl Naumann in seiner Rede vor dem Gauleiter-Kreis Hamburg, die DRP als eine der vielen Möglichkeiten für die Politik seines Kreises bei den Bundestagswahlen 1953 zu unterstützen.<sup>1194</sup> Der nächste Bundestag werde nur ein „Übergangsparlament“ sein und hoffentlich auch das letzte, erklärte er. Deshalb könne für die Wahlen auch nur eine Übergangslösung gefunden werden. Diejenigen, die nur daran interessiert seien, die SPD fernzuhalten, sollten die FDP wählen. Die jedoch, die mehr erreichen wollten, beispielsweise eine kleine Gruppe des Kreises als Vorhut im neuen Bundestag etablieren, sollten die DRP wählen.<sup>1195</sup>

Einige Tage später, am 10. Dezember 1952, trafen sich Naumann, Schütz und von Thadden im Hotel Eden zu einer Besprechung, auf der von Thadden die Anwesenden noch einmal darüber unterrichtete, dass er nicht mehr die Absicht hege, sich mit Haußleiter oder Meißner zusammenzutun, weil dies nur eine Belastung sei und er dann in Bayern keine guten Leute mehr bekomme. Naumann gab ihm Recht. Schon im Vorfeld hatte er erklärt, „von den Haußleiters, Meißners und so weiter“, dürfe keiner mehr zum Zuge kommen, sie müssten „liquidiert“ werden.<sup>1196</sup> Naumann sagte weiter, er habe sich über geeignete Kandidaten den Kopf zerbrochen und wolle Anfang Januar 1953 mit von Thadden eine entsprechende Liste zusammenstellen. Naumann entwickelte sodann folgendes Konzept: Die Wahlen von 1953 seien nicht entscheidend. Entscheidend sei vielmehr die Frage, ob man danach eine stärkere nationale Opposition auf die Beine

---

sei. Außerdem berichtete von Thadden, dass Priester am 10. Januar 1953 mit dem Ziel in Göttingen gewesen sei, dort die DG zu gründen. Dazu sollte zwei Tage später eine öffentliche Versammlung vorbereitet werden, auf der Haußleiter sprechen sollte. 130 Personen konnten für diese Versammlung, die am 12. Januar 1953 stattfand, gewonnen werden. Am 14. Januar teilte Aschenauer Haußleiter mit, dass er die Verbindung mit ihm und der DG mit sofortiger Wirkung löse. Den Ausschlag dafür gab eine öffentliche Versammlung der DG unter der Regie Haußleiters in Göttingen, auf der ein Kreisverband der DG gegründet wurde, obwohl Haußleiter noch zwei Tage früher Aschenauer zugesichert hatte, dass es sich nur um eine Aussprache in einem kleinen Kreis handele. Dabei befand sich Aschenauer, um die DG in Nordrhein-Westfalen wieder in Gang zu bringen, mit der dortigen Regierung in Vergleichsverhandlungen. Vgl. NLA-Hstah, VVP 39, Nr. 37 I, Materialsammlung zu den Verhandlungen mit der Deutschen Gemeinschaft, Verfasser v. Thadden, Brief von v. Thadden an Aschenauer, 7.1.1953. Sowie: NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 37 I, Rundschreiben: An die Mitglieder der Parteileitung der DRP, 15.1.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1193</sup> Schmollinger, Die Deutsche Reichspartei, S. 1114.

<sup>1194</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1195</sup> Ebenda.

<sup>1196</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 74-75, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann, 4.9.1952, Verfasser v. Thadden.

stellen könne. Die DRP sei als Vortrupp brauchbar und könne später entsprechend eingebaut werden.<sup>1197</sup> Es bereite keine Schwierigkeiten, die DRP im Nachhinein als „Kerntruppe“ zu verwenden. Naumann führte aus, dass er den Parteinamen insofern für „unglücklich“ halte, als dieser Name sofort im Ausland auf Opposition stoße. Man müsse daher überlegen inwieweit man die Zielsetzungen der DRP, über den engen nationalen Rahmen hinaus, auf die europäische Ebene heben könne. Die Zusammenarbeit mit dem Ausland müsse unbedingt in Gang kommen. Die DRP dürfe sich nicht durch eine zu enge, rein national orientierte Zielsetzung, die auch in dem Namen ihren Ausdruck finde, vorzeitig selbst die Hände binden.<sup>1198</sup> Zunächst müsse man das Wahlgesetz abwarten und jeden Verdacht fernhalten, der auf eine enge Verbindung zur DRP schließen lasse. Dies gelte auch für verwandte Organisationen wie die SRP und die DG, die ja bereits verboten seien. Naumann werde seinerseits seinen gesamten Freundeskreis mobilisieren, für die DRP zu kandidieren, sofern die DRP ihrerseits mit ihm die Besetzung der entscheidenden Kandidaturen im Vorfeld besprechen werde. Er persönlich denke zunächst aber nicht an eine Kandidatur, sondern wolle sich zurückhalten. Wenn er mit seinem Kreise die DRP unterstützen würde, würde Scheel mit seinem Kreise mitziehen.<sup>1199</sup>

Nur sechs Tage später hatte Naumann seine Meinung komplett geändert. Bei einer Besprechung in seiner Düsseldorfer Wohnung, an der auch Rudel, Professor Grabert und von Thadden teilnahmen, wurde über die Beteiligung an der Bundestagswahl 1953 diskutiert und insoweit Einvernehmen hergestellt, als dass sowohl Naumann als auch Rudel für die DRP kandidieren würden.<sup>1200</sup> Einen Tag später, am 17. Dezember 1952 bot Naumann offiziell seine Mitarbeit in der DRP an.<sup>1201</sup> Zweifellos spielte hier auch die Tatsache eine Rolle, dass Naumanns Name im Zusammenhang mit einer „Verschwörung ehemaliger Nationalsozialisten“ bereits durch die ausländische und nationale Presse gegangen war, er also keineswegs mehr unauffällig im Hintergrund agieren konnte.

Wenige Wochen später, am 29. Dezember 1952, kontaktierte Hans Hertel den ehemaligen Staatssekretär. Er wollte so schnell wie möglich ein Treffen mit ihm organisieren, um mit ihm „Arrangements“ vor dem Parteitreffen der DRP vom 6. bis 8. Februar 1953 zu vereinbaren. Hertel sagte, er selbst sei mit den technischen Angelegenheiten und auch mit

---

<sup>1197</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 68-71, Aktennotiz über eine Besprechung mit Dr. Naumann in Düsseldorf, 10.12.1952, Verfasser v. Thadden.

<sup>1198</sup> Ebenda.

<sup>1199</sup> Ebenda.

<sup>1200</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 33, Bl. 42-44, Notiz. Kandidatur Naumann zur Bundestagswahl, 3.9.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1201</sup> NLA-Hstah, VVP 39, Acc. 8/94, Nr. 33 Bl. 17-19, Mitteilung von Naumann an v. Thadden, ohne Zeit.

dem Entwurf des Programms betraut, sodass sie erheblichen Einfluss auf die Inhalte nehmen könnten.<sup>1202</sup> Am 4. Januar 1953 schrieb Hertel an Naumann, dass in ganz naher Zukunft eine Sitzung der Parteileitung stattfinden werde, auf der wichtige Entschlüsse gefasst werden würden, die dann für die Dauer eines Jahres kaum zu korrigieren seien. Naumann müsse dringend nach Niedersachsen reisen. Hertel habe auch den offiziellen Auftrag erhalten, mit Naumann darüber zu sprechen. Er würde sich freuen, wenn Naumann kommen könne. Er selbst sei in einem Angestelltenverhältnis und sehr eingebunden, sitze aber auch an einem „politischen Schaltwerk“, an dem er in Naumanns Sinne viel tun könne.<sup>1203</sup> Ob das Treffen tatsächlich stattfand, konnte nicht festgestellt werden. Am 11. Januar 1953 traf sich von Thadden mit Scheel in der Hamburger Klinik. Es kamen auch Professor Kunstmann und Hans Haak. Frauenfeld hatte abgesagt. Von Thadden eröffnete ihnen, dass die Dreiecksverhandlungen mit der DG und dem DB bisher zu keinem Ergebnis geführt hatten. Eine Verbindung mit Haußleiter und Meißner würde sie in Bayern in Misskredit bringen. Außerdem müsse man immer daran denken, wie eine künftige Fraktion zusammengesetzt sein solle und nicht nur, wie alle unter einen Hut zu bringen seien. Naumann habe in dieser Frage kürzlich gegenüber Rudel auch den Standpunkt vertreten, dass es besser sein werde, weniger Leute in den Bundestag zu bringen als so viele Leute, die dann nicht zusammenhalten würden.<sup>1204</sup> Von Thadden sollte sich nun bemühen, neben etwa fünf zuverlässigen und guten DRP-Leuten noch fünf weitere Leute zu bekommen, die von früher her noch einen „guten Namen“ hätten. Dabei hoffte von Thadden, unbedingt den ehemaligen SS-Gruppenführer und stellvertretenden Reichsbauernführer Wilhelm Meinberg zu gewinnen. Auch der Name des ehemaligen Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht fiel, von dem die Gruppe glaubte, das er eine „große Wut“ auf alles habe, was mit Bonn zusammenhänge.<sup>1205</sup> Alle Anwesenden waren sich einig, dass der Zusammenschluss der Rechtsgruppen daran scheitern müsse, dass niemand sich unterordnen wolle. Von Thadden meinte dazu, dass Naumann die Ordner- und Führerposition übernehmen könne, dies aber

---

<sup>1202</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Hertel an Naumann, 29.12.1952, (in: Section II, Documents revealing the Connexions of Naumann and his Associates with various political Parties and Politicians).

<sup>1203</sup> NARA, FO 371/103899, Brief von Hertel an Naumann, 4.1.1952, (in: Section II, Documents revealing the Connexions of Naumann and his Associates with various political Parties and Politicians). Siehe auch: NARA, FO 371/103916.

<sup>1204</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 62-63, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Scheel in Hamburg, 11.1.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1205</sup> Ebenda.

nicht tue. Scheel erklärte dies damit, weil es einen „Sturm“ der öffentlichen Entrüstung auslösen und dies der Sache dann nur schaden würde.<sup>1206</sup>

### III. Die Zerschlagung des Naumann-Netzwerkes

#### 1. Die Vorbereitung und der Zugriff (Nov. 1952-Jan. 1953)

Auch wenn Naumann jede öffentliche politische Tätigkeit vermieden hatte, konnten seine Aktivitäten an Rhein und Ruhr dem politisch Interessierten nicht verborgen geblieben sein und mussten Anlass zur Wachsamkeit geben. Anfang der 1950er-Jahre beschäftigten den britischen Hohen Kommissar Sir Ivone Kirkpatrick<sup>1207</sup> und seine Geheimdienstleute Fragen nach dem Stand der Reorganisation der nationalsozialistischen Kader und rechtsgerichteten Organisationen. Immer wieder hatten die Briten versucht, ihre deutschen Gesprächspartner für diese Themen zu sensibilisieren, aber erst Ende des Jahres 1952 forcierten sie ihre Bemühungen.<sup>1208</sup> Ein aus britischen Quellen gespeister Artikel in der Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“ lenkte die Aufmerksamkeit Mitte November 1952 konkret auf Dr. Werner Naumann, der angeblich maßgebenden Persönlichkeit einer „Hundertmann-Gruppe“ führender Nazis, sowie auf die FDP, deren rechter Flügel gemäß der Zeitung „auf dem Weg zu einer neuen Harzburger Front weit fortgeschritten“ sei. Der schwedische Korrespondent erörterte Einzelheiten über Ernst Achenbach, der als Landtagsabgeordneter der FDP (für Düsseldorf) zum „Spiritus Rector“ avanciert sei. Weiter informierte „Dagens Nyheter“ über den früheren Reichskommissar in Dänemark, Dr. Werner Best und über den angeblichen früheren SS-Obergruppenführer Professor Franz Alfred Six.<sup>1209</sup> Der Verweis auf Six mutete allerdings seltsam an und sollte vermutlich auch die nachlässig umgesetzte Entnazifizierung anprangern. Denn Six war gerade erst seit zwei Wochen wieder auf freiem Fuß. Obschon am 10. April 1952 in Nürnberg zu 20

---

<sup>1206</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 62-63, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Scheel in Hamburg, 11.1.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1207</sup> Kirkpatrick war ein Ire, dessen diplomatische Karriere durch die britisch-deutschen Animositäten in zwei Weltkriegen gekennzeichnet war. Während des Ersten Weltkrieges hatte er eine Schlüsselfunktion im militärischen Geheimdienst inne. Die Zwischenkriegszeit verbrachte er in Berlin und war als Ratgeber für den britischen Premier- und den Außenminister tätig. Während des Zweiten Weltkrieges war er Leiter der britischen Propaganda für Europa. Als Rudolf Hess 1941 nach Schottland flog, wurde Kirkpatrick mit dem Verhör von Hess beauftragt. Außenminister Ernest Bevin ernannte ihn im Sommer 1950 zum Hohen Kommissar in Deutschland. Vgl. Wellington, *The new Nazis of Germany*, S. 93.

<sup>1208</sup> Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 364.

<sup>1209</sup> Hierbei zeigte sich der Korrespondent falsch informiert. Six war nicht zum Obergruppenführer befördert und somit fehlerhaft betitelt worden. Vgl. Hachmeister, *Der Gegnerforscher*, S. 294f.

Jahren Haft verurteilt, war er bereits am 3. November wieder entlassen worden.<sup>1210</sup> In dem Artikel hieß es weiter, die ehemaligen Nazis lehnten den Generalvertrag und die Europa-Armee ab, weil Deutschland dadurch nicht genügend Unabhängigkeit erreichen könne. Stattdessen strebten sie ein wiedervereinigtes Deutschland mit eigener Armee an, das im Spannungsfeld zwischen Ost und West die Situation zu Zugeständnissen ausnutzen könne. Auf dieser Parole basierten ihre Hoffnungen, alle Neutralisten und Anhänger des „dritten Standpunktes“ in Deutschland sammeln zu können. Naumann und Konsorten lehnten den Antisemitismus als Bestandteil der kommenden Politik ab, da sich dieser als „schlechtes Geschäft“ erwiesen habe.<sup>1211</sup> Es wurden eine Vielzahl von Namen und deren Beziehungen zum Naumann-Kreis geschildert, unter anderem auch einzelne Auslandsverbindungen. Der Artikel enthielt einige Unrichtigkeiten, gab aber im Großen und Ganzen richtige Informationen.<sup>1212</sup>

Oggleich die britischen Bemühungen, die Regierung zu sensibilisieren es wahrscheinlich scheinen lassen, dass die Informationen beabsichtigt an die Öffentlichkeit gelangten, kann ein „Leck“ nicht ganz ausgeschlossen werden. So war Dr. Heinrich Haselmayer Anfang Oktober 1952 von einer Frau angerufen worden, die sich ihm als Gattin eines englischen Offiziers vorstellte. Sie sei von Geburt an Deutsche und heiße „Henkok“.<sup>1213</sup> Tatsächlich war Patrick Francis Hancock in der britischen Hohen Kommission tätig und Stellvertreter des Leiters des German Political Departments W. D. Allen.<sup>1214</sup> Dass es sich hierbei tatsächlich um seine Gattin handelte, kann nicht verifiziert werden. Sie traf Haselmayer im Auto und sagte ihm, dass er verdächtigt werde, die nationalsozialistische und kommunistische Jugend von Wandsbeck zu schulen. Er sollte sich darauf einrichten, demnächst verhaftet zu werden. Daraufhin ging Haselmayer zum Intelligence Service, um zu erfahren, was gegen ihn vorliege. Er bekam die Antwort, es liege gar nichts gegen ihn vor.<sup>1215</sup>

Naumanns Gesinnungsgenossen im Ausland wurden nervös. Daher sandte Lemonier an Naumann am 29. November 1952 eine Kopie des Berichts von „Dagens Nyheter“ und

---

<sup>1210</sup> Buschfort, *Geheime Hüter der Verfassung*, S. 253.

<sup>1211</sup> Darstellung nach der von DPA als Hintergrundinformation verbreiteten Übersetzung, 17.12.1952 in: Friedrich Grimm, *Unrecht im Rechtsstaat*, S. 178f. Vgl. auch Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S.1349, Anm. 49.

<sup>1212</sup> BA, NL 80/270/202-203, Informationsmaterial in Stichworten, ohne Zeit.

<sup>1213</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 47-49, Besprechung bei Rechtsanwalt Dr. Krüger, Hamburg 8.3.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1214</sup> Vgl. Küsters, Hanns Jürgen, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990*, München 2000, S. 455.

<sup>1215</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 47-49, Besprechung bei Rechtsanwalt Dr. Krüger, Hamburg 8.3.1953, Verfasser v. Thadden.

wies darauf hin, dass dieser auch bereits in einem privaten französischen Informationsdienst gedruckt worden sei. Lemonier drängte nach einem Termin, an dem Naumann die „Anschuldigungen“ widerlegen könne, und informierte ihn, dass auch Albertini mit dem gleichen Anliegen an Achenbach geschrieben hatte.<sup>1216</sup>

Bereits zwei Monate bevor die Briten zugriffen, war der Name „Naumann“ also durch die Medien gegangen. Die Hinweise, dass dieser Mann in dubiose Dinge verwickelt war, mehrten sich wöchentlich.<sup>1217</sup> Am 3. Dezember 1952 kam es zu einem Treffen zwischen dem englischen Hohen Kommissar Kirkpatrick und dem deutschen Staatssekretär Lenz. Dabei kam Kirkpatrick auf die Verhältnisse in der FDP zu sprechen. Er erklärte, „dass sie [die Engländer] die größte Besorgnis hätten, dass radikale nationalsozialistische Kreise sich dort hineindrängten.“ Kirkpatrick bekundete die Absicht, mit dem Kanzler darüber zu sprechen und führte weiter aus, dass er sich notfalls dazu gezwungen sehe, Maßnahmen zu ergreifen und gewisse Zusammenhänge zu enthüllen, welche die FDP sehr belasten würden.<sup>1218</sup> Zweifel bezüglich des Ernstes der Lage konnten nicht mehr bestehen. Lenz informierte den Kanzler sofort und dieser setzte den FDP-Chef Blücher ins Bild. Blücher hatte ebenfalls am 3. Dezember erfahren, dass auch vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz Meldung erstattet worden war.<sup>1219</sup> Am 4. Dezember 1952 verständigte Blücher den Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Hermann Schäfer. Der Bundestagsabgeordnete Karl Wirths, der sich bereits am Vortag mit Blücher über die Gefahr der Verbindungen des Naumann-Kreises zur nordrhein-westfälischen FDP ausgetauscht hatte, wurde um Diskretion gebeten. Bei dieser Gelegenheit erfuhr Blücher auch, dass das FDP-Bundesvorstandsmitglied Erich Mende bereits seit einiger Zeit informiert war.<sup>1220</sup>

Middelhaue und Achenbach bemerkten, was sich hinter ihrem Rücken zusammenbraute. Alarmiert vereinbarten sie am 17. Dezember 1952 einen Termin mit dem Innenminister von Nordrhein-Westfalen Dr. Franz Meyers, um über den Stand der Ermittlungen aufgeklärt zu werden. Am selben Abend suchte Middelhaue zusammen mit Döring den Justizminister Dehler in Bonn auf, um zu erfahren, ob aus juristischer Sicht mit einem Einschreiten der Briten zu rechnen sei.<sup>1221</sup> Dehler räumte ein, dass er für eine Unterwanderung seiner Partei keine Anhaltspunkte sehe und ein juristischer Eingriff auf der Basis

---

<sup>1216</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1217</sup> Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 356.

<sup>1218</sup> Zit. nach: Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 484f.

<sup>1219</sup> Blücher am 24.1.1953 vor dem FDP-Bundesvorstand, in: Wengst, *Der FDP-Bundesvorstand* (2), S. 791.

<sup>1220</sup> ADL, N1-811, Bericht von Blücher über seine Kenntnisnahme und die Benachrichtigung des Vorstands über den Naumann-Kreis, 28.5.1953.

<sup>1221</sup> Brauers, *Die FDP in Hamburg 1949 bis 1953*, S. 619.

von Verdächtigungen aufgrund rechtsstaatlicher Prinzipien ausgeschlossen sei. Dies betonte er auch gegenüber Robert Strobel, dem Bonner Korrespondenten von „Die Zeit“.<sup>1222</sup>

Am 18. Dezember 1952 bat auch Blücher den nordrhein-westfälischen Innenminister Meyers um ein Gespräch. Dabei ergab sich Folgendes: Seit Mai 1952 war das Bundesamt für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen mit der Ermittlung befasst, ob es sich bei dem von Naumann und einer Reihe bekannter früherer Parteipersonlichkeiten organisierten Zusammenschluss um eine ernste politische Geheimbücherei oder sogar mehr handele. Es gehe weiter um die Feststellung, ob gefährliche Beziehungen zwischen Persönlichkeiten der politischen Parteien, vor allem der FDP, und diesem Kreise bestünden. Der Verdacht nach beiden Richtungen werde bejaht, sei aber noch nicht ausreichend bestätigt.<sup>1223</sup>

Die Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) war aufgrund eigenen Materials geschehen, zunächst also ohne britische Beteiligung. Die Beurteilung des Sachverhalts führte beim BfV zu der Auffassung, dass das Netzwerk zwar intensiv beobachtet werden müsse, aber kein akuter Anlass zum Einschreiten bestehe. Nach Auffassung des BfV fehlte es dafür auch an polizeilichen und juristischen Mitteln. Im Laufe des Jahres 1952 sei das ganze Material gesammelt und mit den Engländern ausgetauscht worden.<sup>1224</sup> Tatsächlich war das BfV lange Zeit nur unvollständig über die Vorgänge in der FDP informiert. Nachweisbar war nur, dass die Landesbehörde Düsseldorf (Düsseldorfer Informationsstelle) den Naumann-Kreis beobachtet hatte.<sup>1225</sup>

Eine Unterrichtung von Middelhaue, die Blücher für die Zeit unmittelbar nach dem Gespräch vorgesehen hatte, erübrigte sich, da Middelhaue seinerseits bereits am Vortag ebenfalls Meyers aufgesucht hatte.<sup>1226</sup> Meyers' Bericht musste Blücher beunruhigen. Er erkannte die Gefahr, die der FDP im Jahr der Bundestagswahl bei einem Bekanntwerden

---

<sup>1222</sup> Brauers, Die FDP in Hamburg 1949 bis 1953, S. 619.

<sup>1223</sup> ADL, N1-811, Bericht von Blücher über seine Kenntnisnahme und die Benachrichtigung des Vorstands über den Naumann-Kreis, 28.5.1953. Vgl. auch: BA, NL 80/273/118-121. Sowie: Paul, Debatten über Nationalsozialismus und Rechtsextremismus im Landtag Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 2000, S. 153. Im Januar 1953 erklärte der Innenminister von Nordrhein-Westfalen Meyers, ihm sei schon bei der Übernahme des Ministeramts im Mai 1952 bewusst gewesen, „dass unserem jungen Staat Gefahren sowohl von Links- als auch von Rechtsextremisten drohen“. Er habe das Kabinett in zwei Sitzungen im November 1952 über den Stand des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen unterrichtet. Sein Ministerium habe den Naumann-Kreis auch schon seit Längerem beobachtet. Allerdings hätten die Verdachtsmomente für ein Eingreifen nicht ausgereicht.

<sup>1224</sup> BA, B106/15561, Ferngespräch des Abteilungsleiters VI. des Verfassungsschutzes mit Otto John, 19.1.1953.

<sup>1225</sup> Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung, S. 254.

<sup>1226</sup> ADL, N1-811, Bericht von Blücher über seine Kenntnisnahme und die Benachrichtigung des Vorstands über den Naumann-Kreis, 28.5.1953. Vgl. auch: BA, NL 80/273/118-121.

der skandalösen Verbindungen drohte.<sup>1227</sup> Am 22. Dezember 1952 suchte Blücher das Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesrats Dr. Reinhold Maier und wies auf den Naumann-Kreis hin.<sup>1228</sup>

Die Engländer wiederum hatten jedoch nicht nur die Regierungsparteien informiert, sondern offensichtlich auch den sozialdemokratischen „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“. Dieser brachte zwei Tage vor Weihnachten des Jahres 1952 einen größeren Bericht über den „Naumann-Club“, in dem Namen wie Scheel, Diewerge, und der einstige Düsseldorfer Gauleiter Friedrich Karl Florian genannt wurden. Des Weiteren wurden strategische Alternativen der Mitglieder vorgestellt. „Im Grunde scheint man sich darüber einig zu sein, dass es nur drei Möglichkeiten gibt: 1. abseits zu stehen; 2. in die verschiedenen kleinen Clubs und politischen Gruppen ausgesprochen rechtsradikalen Charakters einzutreten; 3. den BHE zu unterwandern. In diesem Sinne sind auf dem Wege über die Mundpropaganda und durch den Versand von zahlreichen Briefen, Parolen in Kreise hineingetragen worden, die nicht in direkter Verbindung mit dem Naumann-Club stehen, von denen man aber annimmt, dass sie mit ihm sympathisieren.“<sup>1229</sup>

Diese Informationen repräsentierten zwar nicht den aktuellsten Stand, waren aber ziemlich authentisch.<sup>1230</sup>

Drew Middleton, Korrespondent der New York Times, erfuhr schon Ende November 1952 die Identität desjenigen, den er als eine große Gefahr für den jungen Rechtsstaat ansah und schrieb: „Achenbach unterhält enge politische Kontakte zu einer Anzahl früherer Vertreter des nationalsozialistischen Regimes, einschließlich eines früheren hohen Beamten aus Dr. Goebbels Propagandaministerium, zwei früherer Gauleiter und eines früheren SS-Obergruppenführers. Diese Männer sind bisher noch nicht hervorgetreten, eine Rolle in der gegenwärtigen Politik zu spielen.“<sup>1231</sup>

Die Veröffentlichungen waren keine echte Überraschung. Schon seit geraumer Zeit hatten linksgerichtete Zeitungen in Deutschland in zunehmendem Maße alarmierende Nachrichten über ein Anwachsen neofaschistischer Aktivitäten gedruckt.<sup>1232</sup> In „Die Zeit“ äußerte sich Marion Gräfin Dönhoff am 4. Dezember 1952 über neofaschistische Tendenzen in Deutschland. Sie vertrat die Meinung, die ehemaligen Funktionäre „sollten sich aus dem

---

<sup>1227</sup> Brauers, Die FDP in Hamburg 1949 bis 1953, S. 617.

<sup>1228</sup> NLA-Hstah, VPP Acc. 8/94, Nr. 33, Bl. 11, Stellungnahmen zu den Verhaftungen. Vgl. auch: ADL, NI-811.

<sup>1229</sup> Artikel abgedruckt in: Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 179, siehe auch: PPP, 22.12.1952, Naumann-Club.

<sup>1230</sup> Sie entsprachen im Groben dem „Gauleiterbericht“ der Briten. Siehe: Frei, Vergangenheitspolitik, S. 36.

<sup>1231</sup> Friedrich, Die kalte Amnestie, S. 311.

<sup>1232</sup> ADL, NI-2937, Antwort der FDP, ohne Zeit.

öffentlichen Leben heraushalten. Die Tatsache nämlich, dass ihre demokratische 'Sinnesänderung' sie immer nur zu Parteien mit nationalistischem Programm hinführt, wo sie dann als Lockvögel dienen, ist immerhin auffallend und legt den Gedanken nahe, dass der Strich, den sie ziehen wollen und von dem sie so viel sprechen, kein Schlussstrich ist, sondern ein Bindestrich.“<sup>1233</sup>

Kurz vor Jahresende 1952 begann der britische Hohe Kommissar, sich mit den Vorbereitungen für die kommenden Verhaftungen zu befassen, gerade auch um möglichst alle Verdächtigen zur gleichen Zeit festzunehmen.<sup>1234</sup> Zu diesen Vorbereitungen gehörte die Erstellung eines etwa 50 Seiten umfassenden britischen Berichtes über den Gauleiter-Kreis in den beiden Wochen vor Weihnachten. Die Studie zeichnete sich durch eine ungewöhnliche Breite aus und war bemüht, eine Vielzahl von Personenverbindungen im Sinne einer „Verschwörung“ aufzuzeigen.<sup>1235</sup> Dennoch war sie keineswegs vorrangig auf Hetze und Panikmache aus, wie es in den Apologien von Grimm und Naumann vielfach unterstellt wurde.

Naumann kommentierte die schwedische und deutsche Presse in einem Brief an Scheel: „Die von Ihnen angeführten Pressemeldungen sind mir bekannt und auch die Hintermänner, die diesen ganzen Zauber inszeniert haben. Ohne Zweifel sind wir gewissen Herren gefährlich [...].“<sup>1236</sup> Trotzdem sei er zuversichtlich und habe verschiedene Freunde gebeten, seine Absichten höheren Ortes zur Kenntnis zu bringen. Hieraus erhoffe er sich erhebliche Beruhigung.<sup>1237</sup> Praktisch bedeutete dies, dass Naumann seinen Gesinnungsgenossen Achenbach zu seinem FDP-Parteifreund Justizminister Thomas Dehler schickte. Achenbach versicherte Dehler, er kenne Naumann sehr gut und dieser hege keine verfassungsfeindlichen Absichten. Der Anwalt arrangierte eine Aussprache zwischen Dehler und Naumann im frühen Januar 1953. Naumann war darüber sehr erfreut. Der Versuch Naumanns, seinen Namen durch Treffen mit Beamten der Bundesregierung zu reinigen, scheiterte jedoch. Eine Warnung für Dehler in letzter Minute, die wahrscheinlich als Resultat eines Gesprächs zwischen dem Hohen Kommissar und Adenauer von Vizekanzler Blücher kam, veranlasste den Justizminister den Termin

---

<sup>1233</sup> Die Zeit, 4.12.1953, S. 1 (Und nichts dazu gelernt).

<sup>1234</sup> Kirkpatrick, Im inneren Kreis, S. 212. Die Gleichzeitigkeit stellte für den Hohen Kommissar eine Schwierigkeit dar, da die Betroffenen ständig auf Reisen waren und seine schon sehr reduzierte Abteilung für Öffentliche Sicherheit sich nicht der Hilfe der deutschen Polizei bedienen konnte.

<sup>1235</sup> Vgl. ADL, NI-815, Der Gauleiter-Kreis, ohne Zeit.

<sup>1236</sup> NARA, FO 371/103902, Brief von Naumann an Scheel, 15.12.1952, (in: Impounded Documents at the Residence of Werner Naumann on 14. Jan. 53, Februar 1953).

<sup>1237</sup> Ebenda.

abzusagen.<sup>1238</sup> Mehr Erfolg hatte Naumann beim Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes Otto John, den er in den ersten Januar-Tagen mehrfach versuchte zu kontaktieren. Das Gespräch, zu dem es aufgrund seiner Verhaftung jedoch nicht mehr kam, sollte am 16. Januar 1953 stattfinden.<sup>1239</sup> Vermittelt wurde es von Werner Barthold, einem Beamten des Bundesinnenministeriums und Freund des Lucht Haushalts.<sup>1240</sup>

Naumann schien überzeugt, dass die Briten trotz des Interesses an seiner Person nicht eingreifen könnten und auch nicht würden.<sup>1241</sup> Rückblickend schilderte Kirkpatrick, dass er Anfang 1953 endgültig zuverlässige Informationen über die Machenschaften Naumanns erhalten habe.<sup>1242</sup> In seinen Memoiren wies der Hohe Kommissar einen Teil der Schuld für die bevorstehenden Verhaftungen der fehlenden Urteilskraft Middelhaues zu. Kirkpatrick war bei dem nordrhein-westfälischen FDP-Landesführer auf taube Ohren gestoßen. Er äußerte sich dahingehend, dass der Beweggrund, der ihn zum letztlichen Eingriff bewogen habe, die Reaktion eines „FDP-Führers“ (gemeint war hier Middelhaue)<sup>1243</sup> auf eine seiner Warnungen gewesen sei.<sup>1244</sup> Weiter gab Kirkpatrick an, die deutsche Regierung nicht wegen einer Festnahme gefragt zu haben, da die Bundesregierung angesichts der von ihr zu beachtenden Gesetze und Vorschriften gar nicht in der Lage gewesen wäre, „entschieden und bedenkenlos zuzugreifen“, wie es die Briten auf-

---

<sup>1238</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Achenbach behauptete dazu, er habe Dehler einige Tage vor Weihnachten besucht und zu ihm gesagt, nun müsse endlich das Geschwätz und Hin- und Hergezerre über angebliche Meinungsverschiedenheiten in der FDP aufhören, denn es gebe keine ideologischen Meinungsverschiedenheiten und sie wollten doch alle zusammen die Wahlen gewinnen. Dehler habe zugestimmt, dann jedoch eingeworfen, dass Middelhaue Beziehungen zu Naumann pflege. Darauf habe Achenbach erstaunt erwidert, dass er glaube, dass Middelhaue Naumann nicht einmal kenne, wohl aber sei ihm Naumann aus seiner Praxis bekannt und er habe den Eindruck, dass er für den Rechtsstaat eintrete. Deshalb sollte sich Dehler besser einen persönlichen Eindruck verschaffen. Zur Unterhaltung zwischen Naumann und Dehler sei es nicht gekommen, weil Blücher diesen darauf hingewiesen habe, er könne als Bundesjustizminister Naumann nicht empfangen. Wenn, dann könne dies höchstens ein politischer Minister wie Blücher selbst, aber er wolle es auch nicht. Siehe: BA, 80/273/102-112, Stellungnahme von Achenbach für Blücher, 5.6.1953. Siehe auch: ADL, N1-811, Erklärung von Dehler an die Presse, 14.8.1953.

<sup>1239</sup> Nach der Meinung von Historiker Hagen sagte John das Treffen mit Naumann zu, um ihm deutlich zu machen, dass alle seine Bestrebungen zur Infiltrierung in die Politik überwacht und verhindert werden würden. Er vertrat die Ansicht, die Neonazis sollten in die Demokratie integriert, zugleich sollte jedoch eine politische oder militärische Einflussnahme verhindert werden. Vgl. Hagen, Louis, Der heimliche Krieg auf deutschem Boden. Seit 1945, Düsseldorf/ Wien 1969, S. 84f.

<sup>1240</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Am 9. April 1953, drei Wochen bevor Achenbach seiner Parteifunktionen enthoben werden und Naumanns Verteidigung niederlegen sollte, riet Barthold Frau Lucht aus verschiedenen Gründen den Düsseldorfer Anwalt Otto Kranzbühler anzustellen. Die Bundesregierung unternahm keine Schritte gegen Barthold, obgleich sie sich völlig klar über seine Verbindungen zu Lucht und Naumann war.

<sup>1241</sup> NARA, FO 371/103896, Bericht von Kirkpatrick an das Foreign Office, 2.1.1953, (From Wahnerheide to Foreign Office, Top Secret).

<sup>1242</sup> Kirkpatrick, Im inneren Kreis, S. 210.

<sup>1243</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 370.

<sup>1244</sup> Kirkpatrick, Im inneren Kreis, S. 210.

grund der „größeren Vollmachten“ konnten. Gemäß des britischen Hohen Kommissars sei der Bundeskanzler jedoch jederzeit über die Ermittlungen und geplanten Maßnahmen informiert gewesen.<sup>1245</sup> Tatsächlich berichtete Lenz in seinem Tagebuch am 15. Dezember 1952 von Adenauer, dass dieser auf den Naumann-Kreis zu sprechen gekommen sei und behauptet habe, er sei von einer auswärtigen Macht gebeten worden, diese Leute verhaften zu lassen.<sup>1246</sup> Möglich scheint, dass es lediglich auf das Taktgefühl Kirkpatricks zurückzuführen war, wenn er später schrieb, die Regierung nicht um einen Zugriff gebeten zu haben, was auch der Kanzler nach der Verhaftung bestätigte.<sup>1247</sup>

Der Historiker Norbert Frei bezeichnete es als „nicht unwahrscheinlich“, dass die Briten bereits vor den Festnahmen allerhand unternommen hatten, um die Deutschen selbst zum Einschreiten gegen die rechtsradikalen Elemente zu bewegen, jedoch aufgrund der „Dickfelligkeit“ der Regierung nichts geschehen sei.<sup>1248</sup> Die nähere Betrachtung eines Zitates aus den Memoiren des Hohen Kommissars rückt die Situation jedoch in ein anderes Licht: „Der Zweck [der Festnahme] war, seine [Naumanns] Dokumente zu beschlagnahmen, um mit ihrer Hilfe in den Verhören der Gefangenen, Art und Absichten der Bewegung nachzuweisen. Ich überlegte, ob ich die deutsche Regierung bitten sollte, ihn festzunehmen, gab den Gedanken wieder auf, denn Naumann hatte seine Leute überall, und es bestand Gefahr, dass er rechtzeitig gewarnt würde und dann seine Dokumente vernichtet hätte.“<sup>1249</sup> Fraglich ist hier, ob die Festnahme weniger auf konkreten Beweisen als vielmehr auf Vermutungen und Ungereimtheiten beruhte, die im Hinblick auf die Entwicklung der FDP zwar durchaus ihre Berechtigung hatten, aber erst nachträglich durch zu beschlagnahmende Dokumente und Verhöre belegt werden sollten. Aufgrund von Spekulationen, so prekär deren Richtigkeit auch gewesen wäre, hätte die BRD tatsächlich keine Kompetenzen zu einem Eingriff besessen.<sup>1250</sup>

Naumann und seine Freunde hegten einen ähnlichen Verdacht: „Am Anfang stand nicht ein Verbrechen, sondern die Tatsache, dass Naumann und seine Mitverhafteten National-

---

<sup>1245</sup> FAZ, 16.1.1953, S. 1 (Sechs ehemalige Nationalsozialisten verhaftet). Von der anstehenden britischen Verhaftungsaktion selbst war Adenauer spätestens am Abend vorher informiert worden, da sein Terminkalender einen Besuch Kirkpatricks für den 14. Januar 1953 um 19.30 Uhr auswies. Vgl. Adenauer, Briefe 1951-1953, S. 622.

<sup>1246</sup> Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 501.

<sup>1247</sup> Vgl. Adenauer, Teegespräche 1950-54, S. 399.

<sup>1248</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 371.

<sup>1249</sup> Kirkpatrick, Im inneren Kreis, S. 211.

<sup>1250</sup> Dies bestätigte später Allen aus der Hohen Kommission in seinem Bericht, in dem er erklärte, dass die Bundesregierung lediglich vor dem Bundesverfassungsgericht klagen könne. Die Deutschen hätten solch eine Aktion gegen Remers SRP zwar schon einmal erfolgreich vorangetrieben, aber die Beweise gegen die Naumann-Gruppe seien ungleich dünner. Vgl. NARA, FO 371/103896, Report von Allen, 3.1.1953, (The Gauleiters' Circle Conspiracy).

sozialisten waren. Ein Verbrechen sollte nachher durch 'Selbstgeständnisse' und durch Stimmungsmache in der Öffentlichkeit konstruiert werden. Die Anklage lautete nicht gegen den Arzt, den Kaufmann, den Redakteur, sondern wurde von vorneherein erhoben [...] gegen den ‚ehemaligen Studentenführer, Ortsgruppenleiter, Staatssekretär‘ usw.“<sup>1251</sup> Fest steht jedoch, dass die deutsche Seite früh im Vorfeld sehr gut über die Machenschaften Naumanns informiert war, obgleich es vermutlich keine in einem Verfahren verwertbaren Beweise gab. Noch vor Weihnachten hatte John gemeinsam mit Bundesinnenminister Lehr, dem Staatssekretär Lenz und dem Direktor des Bundeskanzleramts Globke über den Naumann-Kreis vorgetragen.

Am 3. Januar 1953 besprach John das Thema über mehrere Stunden mit dem Direktor des britischen Nachrichtendienstes Randell.<sup>1252</sup> Zwei Tage später vermeldete Kirkpatrick an den Ministerialrat im Foreign Office, er wisse nun, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz sehr viel besser informiert sei, als die Hohe Kommission angenommen habe. Die Deutschen setzten den Geheimdienst genauso häufig ein, wie die Briten.<sup>1253</sup>

Die Billigung der kommenden Verhaftungen durch den englischen Außenminister Anthony Eden war beizeiten eingeholt worden. Mit einem Telegramm vom 29. Dezember 1952 autorisierte Eden Kirkpatrick zur Festnahme von neun Personen: Naumann, Scheel, Zimmermann, Bornemann, Kaufmann, Haselmayer, Siepen, Scharping und Salat.<sup>1254</sup>

Kirkpatrick wollte von Anfang an den Eindruck vermeiden, es sei um die Abwendung eines unmittelbar bevorstehenden Komplotts gegangen. Vielmehr sollte die Notwendigkeit der Ermittlungen betont werden. Daher wurde die vorgesehene Presseverlautbarung zwischen dem Foreign Office und dem Sitz der Hohen Kommission in Wahneheide genau abgestimmt.<sup>1255</sup> Zweck der kommenden Aktion sollte es sein, die Machenschaften der Gruppe einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen und festzustellen, inwieweit die Tätigkeiten ihrer Mitglieder gegenwärtig „eine Bedrohung der Sicherheit der alliierten Streitkräfte“ darstellen würden.<sup>1256</sup> Mit dieser Formulierung beriefen sich die Briten explizit auf das Besatzungsrecht. Zwar hatte bereits am 6. März 1951 eine Revision des am 10. April 1949 verabschiedeten Besatzungsstatuts stattgefunden, die von einer freund-

---

<sup>1251</sup> Naumann, Nau-Nau, S. 113.

<sup>1252</sup> BA, B106/15561, Ferngespräch des Abteilungsleiters VI. des Verfassungsschutzes mit Otto John, 19.1.1953.

<sup>1253</sup> NARA, FO 371/103906, Brief von Kirkpatrick an Reilly, 5.1.1953, (CW1015/182).

<sup>1254</sup> NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an Eden, 17.1.1953, (No. 13).

<sup>1255</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 362.

<sup>1256</sup> Vgl. Kommuniqué der britischen Regierung zur Verhaftung des Naumann-Kreises, in: Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 331.

lichen und dem neuen deutschen Staatswesen gegenüber wohlwollend geprägten Haltung bestimmt war.<sup>1257</sup> In Paragraph 2 sah das Besatzungsstatut jedoch unverändert vor, die Sicherheit und das Prestige der alliierten Streitkräfte zu schützen. Hinter der Sicherheit der Alliierten trat Paragraph 6 zurück, der garantierte, dass alle Besatzungsmächte die Zivilrechte jeder Person gegen willkürlichen Arrest schützen und einen fairen, schnellen Prozess abhalten würden.<sup>1258</sup>

Kritik an dem Vorgehen im Fall Naumann übte der pensionierte britische General Sidney Kirkman, der als Sonderbeauftragter für Finanzen in Deutschland eingesetzt war. Er sorgte sich um die Reputation des Geheimdienstes. Er war überzeugt, dass sich Naumanns Vergehen gegen die demokratische Ordnung und nicht gegen die Sicherheit der Besatzungsmächte richtete.<sup>1259</sup> Kirkman befürchtete, dass einerseits die Verhafteten aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen werden und dass sie andererseits eine gerichtliche Untersuchung über die Tätigkeiten des britischen Geheimdienstes in Deutschland fordern könnten.<sup>1260</sup> Da die Briten sich bei ihrer Informationsbeschaffung, insbesondere beim Abhören von Telefonaten, nicht legaler Mittel bedienten, wollte er dies unbedingt verhindern. Vermutlich wussten die Briten sogar, dass sich Naumann mit John verabredet hatte. Denn Kirkman setzte sich mehrmals dafür ein, dass auf keinen Fall der Verfassungsschutz vor den Verhaftungen informiert werden sollte. Das gleiche galt für den Kanzler, das Innenministerium und die Landesregierung, auch wenn dabei ein großes Risiko bestand, die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu zerstören.<sup>1261</sup> Seine Einwände fielen praktisch jedoch nicht ins Gewicht.

Unabhängig von Kirkmans Überlegungen waren die Briten unter Zeitdruck. Einerseits hatte der Kanzler inzwischen seinen Sicherheitsdienst instruiert, ihn mit einem Report über die unmittelbaren Aktivitäten des Naumann-Kreises zu versorgen (und diese hatten

---

<sup>1257</sup> In der Revision wurde zum Ausdruck gebracht, dass sich das deutsche Volk im größtmöglichen Maße selbst regieren sollte. Der Bundesregierung und den Ländern wurde mit Rücksicht auf die Beschränkungen des Besatzungsstatuts die volle gesetzgebende und vollziehende Gewalt bestätigt. Vgl. Terstiege, Kai, *Die Rechtsstellung von Streitkräften in fremdem Territorium. Der strafrechtliche Schutz in Deutschland seit 1945*, Hamburg 2010, S. 183.

<sup>1258</sup> NARA, FO 371/103922, Debatte im House of Lords, 24.2.1953, (Parliamentary Question). Vgl. auch: Ipsen, Hans Peter, *40 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts*, Bd. 38 (1989), S. 6f.

<sup>1259</sup> NARA, FO 371/103896, Bericht von Kirkman an Reilly, 30.12.1952, (CW1015/6).

<sup>1260</sup> Ebenda. Vgl. auch: NARA, FO 371/103896, Telegramm von Reilly an Kirkman, 12.1.1953, (No. 30). Hier antwortete Reilly, die Entscheidung sei von einer kleinen Gruppe von Ministern, unter anderem auch dem Verteidigungsminister, getroffen worden. Das Wissen um die Operation sollte auf so wenige Leute wie möglich begrenzt werden. Alle hätten die Ängste von Kirkman zur Kenntnis genommen, es gebe jedoch keinen Grund zu denken, mit einer Änderung der Methodik könnten die Interessen des Geheimdienstes vor Schaden geschützt werden, wenn die Maßnahme fehlschläge.

<sup>1261</sup> NARA, FO 371/103896, Bericht von Kirkman an Reilly, 30.12.1952, (CW1015/6).

in ihrer gewöhnlichen Praxis die British Intelligence Organization Germany (B.I.O.G.) um Hilfe gebeten) und andererseits fürchtete die B.I.O.G., dass die durch Briefzensur erhaltenen Informationen, auf denen die gegenwärtigen Aktionen basierten, durch das Inkrafttreten der Bonner-Verträge vor Gericht nicht mehr zulässig sein würden.<sup>1262</sup> Der britische Geheimdienst musste sich äußerst kooperativ zeigen und zugleich seine wahren Absichten verstecken.<sup>1263</sup>

In den ersten Januartagen überlegte Kirkpatrick, den Kanzler schon früher ins Vertrauen zu ziehen, entschied sich dann aber dagegen, da er fürchtete, dass jede Andeutung die Verschwörer wenig später erreichen würde. Auch sah er es als sehr unwahrscheinlich an, dass der Kanzler eine Staatsaffäre aus der Angelegenheit machen und sein Amt niederlegen würde. In diesem Falle allerdings sollten die Briten die Autorität haben, die Operation abzubrechen, auch wenn damit die gesamte Aktion diskreditiert wäre.<sup>1264</sup>

Kopfzerbrechen bereitete Kirkpatrick die Kommunikation mit den Amerikanern und Franzosen.<sup>1265</sup> Das Verhältnis zu den Amerikanern bezeichnete er als „gut“ und er wollte keinen Präzedenzfall schaffen, der sie zu unüberlegten einseitigen Aktionen ermutigen würde. Sowohl der französische Hohe Kommissar André François-Poncet als auch der amerikanische interimistische Hochkommissar Samuel Reber sollten drei bis vier Stunden vorher unterrichtet werden, um Ärger zu vermeiden.<sup>1266</sup> Beide waren sich der Existenz des Naumann-Kreises ohnehin bewusst.<sup>1267</sup>

Am 7. Januar 1953 gab es ein Ministertreffen im britischen Außenministerium, bei dem auch der britische Hohe Kommissar anwesend war. Er erklärte, die wirkliche Gefahr des Naumann-Kreises bestehe darin, dass die Mitglieder führende Positionen in den politischen Parteien erhalten würden und diese für ihre eigenen Ziele ausnutzten, während sie ihre wirklichen politischen Ansichten verschleierten.<sup>1268</sup>

Der Codename der Verhaftungen war „Operation Terminus“. Nur zwei Geheimdienstoffiziere hatten sich in den vorangegangenen Monaten auf den Komplex des Naumann-Kreises konzentriert. Innerhalb von 14 Tagen arbeiteten sie einen detaillierten minutiösen

---

<sup>1262</sup> NARA, FO 371/103896, Report von Allen, 31.12.1952, (Top Secret, Minutes).

<sup>1263</sup> NARA, FO 371/103904, Bericht über Operation „Terminus“, 14./15.1.1953, (Operation Terminus).

<sup>1264</sup> NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 9.1.1953, (Top Secret).

<sup>1265</sup> Der stellvertretende Unterstaatssekretär im Foreign Office in London Frank Roberts schrieb dem britischen Botschafter in Washington Christopher Steel dazu am 20.1.1953 einen Brief, in dem er ihm mitteilte, dass die Briten vorher lange diskutiert hatten, wie weit sie die Franzosen und Amerikaner ins Vertrauen ziehen sollten. Siehe: NARA, FO 371/103897, Brief von Roberts an Steel, 20.1.1953.

<sup>1266</sup> Vgl. NARA, FO 371/103896, Report von Allen, 3.1.1953, (The Gauleiters' Circle Conspiracy).

<sup>1267</sup> NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 2.1.1953, (No. 2).

<sup>1268</sup> NARA, FO 371/103896, Mitteilung von Roberts an Strang, 7.1.1953, (Top Secret). Siehe auch: NARA, FO 371/103917.

Geheimdienstplan für den „Tag Null“, den 14. Januar 1953 aus, um die britischen Belange mit der öffentlichen Sicherheit zu koordinieren und die Offiziere in den regionalen Geheimdienstbüros, die die Verhaftungen organisieren sollten, zu informieren. Arrangements für die Sammlung der Dokumente mussten getroffen, die Verhörer organisiert und britische Wärter für den speziellen Flügel in Werl bereitgestellt werden.<sup>1269</sup>

Nur zwei Tage vor dem „Tag Null“ war das Team, das die Verhöre führen sollte, noch immer nicht zusammengestellt. Kirkpatrick bat das Foreign Office um Unterstützung durch wenigstens zwei zusätzliche Kräfte, die durch detaillierte Kenntnis der NS-Mentalität und der Geschichte führender Persönlichkeiten der NS-Periode sowie durch Vertrautheit mit der politischen Szenerie im Nachkriegsdeutschland qualifiziert sein sollten.<sup>1270</sup> Nachdem Journalisten wie Sefton Delmer vom „Daily Express“ oder Ronald McLachlan vom „Economist“ im Gespräch waren, fand sich jedoch erst Ende Januar 1953 mit dem Wehrdisziplinaranwalt Gerald Draper sowie dem Rechtswissenschaftler und Geheimdienstmitarbeiter des MI9 Airey Neave eine Lösung.<sup>1271</sup> Beide wurden ausgewählt, da die Diskretion der übrigen Kandidaten aufgrund ihrer journalistischen Kontakte angezweifelt wurde.<sup>1272</sup>

Es schien fast unmöglich, Bornemann und Kaufmann zu verhaften. Ersteren vermutete Kirkpatrick in der amerikanischen Zone und der Zweite war krank. Um sicherzustellen, dass bei den späteren Verhören Verbindungen zwischen den Verschwörern und Kontaktpersonen in der DDR im Sinne von Agententätigkeiten nachgewiesen werden könnten, auch falls weitere Personen der Liste abwesend sein sollten, wurden drei weitere Namen ergänzt: der ehemalige NSDAP-Landrat und Ortsgruppenführer Heinz Siepen, der ehemalige RMVP-Mitarbeiter Karl Scharping und der ehemalige Herausgeber der „Münchener Neuesten Nachrichten“ Alfred Salat.<sup>1273</sup>

Am 14. Januar 1953 wurde die Operation „Terminus“ gestartet. Bereits um 19.30 Uhr konnte Kirkpatrick an das Foreign Office telegrafieren, dass der Kanzler informiert und vor allem auch darauf hingewiesen worden sei, dass die Gruppe aufgrund ihrer Kontakte ins Ausland und in die Ostzone besonders gefährlich sei.<sup>1274</sup> Adenauer hatte ihm gedankt, seine Zustimmung zu der Operation gegeben, ihm viel Glück gewünscht und versprochen,

---

<sup>1269</sup> NARA, FO 371/103904, Bericht über Operation „Terminus“, 14./15.1.1953, (Operation Terminus).

<sup>1270</sup> NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 12.1.1953, (No. 40).

<sup>1271</sup> Vgl. NARA, FO 371/103897, Bericht von Roberts an Allen, 16.1.1953, (Confidential, CW 1015/39).  
Sowie: NARA, FO 371/103897, Bericht von Roberts an das Central Departement, 20.1.1953, (Confidential, CW 1015/39 I).

<sup>1272</sup> Ebenda.

<sup>1273</sup> NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 12.1.1953, (No. 40).

<sup>1274</sup> NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an Eden, 17.1.1953, (No. 13).

Stillschweigen zu bewahren.<sup>1275</sup> Was so plötzlich den Entschluss für Kirkpatrick zum Ausrücken gegeben hatte, wusste der Kanzler nicht, vermutete aber, dass der britische Hohe Kommissar sich sorgte, Naumann habe Verdacht geschöpft. Adenauer behauptete, er habe absichtlich nicht gefragt, um Kirkpatrick nicht in Verlegenheit zu bringen.<sup>1276</sup>

Kurz nach dem Kanzler wurden auch der französische und der amerikanische Hohe Kommissar informiert. Beide beanstandeten weder die knappe Frist noch die Verhaftungen.<sup>1277</sup> Der französische Hohe Kommissar François-Poncet, für den die Verhaftungen absolut überraschend kamen,<sup>1278</sup> unterstützte die Aktion völlig und der amerikanische interimistische Hohe Kommissar Samuel Reber erklärte, dass auch er sich Sorgen über das Wachstum des Neonazismus in der Bundesrepublik gemacht habe. Er fragte nach vertraulichen Hintergrundinformationen über die Motive der Briten zur Weitergabe an das State Department. Wenige Tage später bekam er einige weiterführende Informationen, genauso wie sein französischer Kollege.<sup>1279</sup> Mit dem Bundesverfassungsschutz ließ sich weniger schnell übereinkommen. Unmittelbar, nachdem Kirkpatrick Adenauer informiert hatte, versuchte der Direktor des britischen Geheimdienstes Randell den Verfassungsschutzpräsidenten John zu kontaktieren. Dieser kam jedoch erst gegen Mitternacht nach Hause und reagierte dann auf die dringende Nachricht, die ihm seine Frau am frühen Abend hinterlassen hatte. Randell sah ihn um 1.30 Uhr, konnte jedoch nicht zur Operation zurück, bis der Morgen anbrach.<sup>1280</sup>

In Wahnerheide stand die ganze Nacht ein Team von vier B.I.O.G.-Offizieren bereit, um die Befehle des Hohen Kommissars zu empfangen, die regionalen Mitarbeiter des Geheimdienstes zu dirigieren und zu berichten, wie die Verhaftungen verliefen.

Fast alle Mitarbeiter des Geheimdienstes waren in dieser Nacht im Einsatz. Um 20.23 Uhr wurde Düsseldorf angewiesen, Naumann zu verhaften. Der Zugriff gelang um 21.00 Uhr. Der britische Hohe Kommissar berichtete, Naumann sah zuerst erschrocken aus, als er jedoch hörte, weshalb er verhaftet wurde, war er sichtlich erleichtert.<sup>1281</sup> Da über seine Nachkriegsaktivitäten wenig Informationen vorlagen, insbesondere was seine Tätigkeit für den französischen Geheimdienst anbelangte, blieb der Grund hierfür spekulativ. Ins-

---

<sup>1275</sup> NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 14.1.1953, (Top Secret, No. 53). Sowie: NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 14.1.1953, (Top Secret, No. 57).

<sup>1276</sup> Adenauer, Konrad, Teegespräche 1955-1958, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986, S. 403.

<sup>1277</sup> NARA, FO 371/103897, Brief von Kirkpatrick an Roberts, 15.1.1953, (Top Secret, CW 1015/44).

<sup>1278</sup> Vgl. Bock, Les rapports mensuels d'André François-Poncet, S. 879.

<sup>1279</sup> NARA, FO 371/103897, Brief von Roberts an Steel, 20.1.1953, (Confidential).

<sup>1280</sup> NARA, FO 371/103904, Bericht über Operation „Terminus“, 14./15.1.1953, (Operation Terminus).

<sup>1281</sup> NARA, FO 371/103897, Brief von Kirkpatrick an Roberts, 15.1.1953, (Top Secret, CW 1015/44).

gesamt zeigte Naumann große Selbstkontrolle und gab sich scheinbar kooperativ bei der Dokumentensuche, versuchte jedoch in Wirklichkeit „falsche Fährten“ zu legen.<sup>1282</sup> Neun Minuten nach der Festsetzung Naumanns wurde Hamburg angewiesen nachzuziehen.<sup>1283</sup> Scheel setzte sich tatsächlich und lachte, als die Briten kamen.<sup>1284</sup> Die Verhafteten wurden zuerst in die lokalen Hauptquartiere der Operation geschafft.<sup>1285</sup> Gegen 23.30 Uhr verließen Naumann, Zimmermann sowie Siepen Düsseldorf und wurden in das britische Militärgefängnis nach Werl transportiert.<sup>1286</sup> Um 1.50 Uhr fuhren Haselmayer, Scharping und Scheel von Hamburg in Richtung Werl.<sup>1287</sup> Jede Person reiste in einem separaten Fahrzeug, eskortiert von je einem Offizier der Public Safety und einem Offizier der Special Investigation Branch (S.I.B.).<sup>1288</sup> Sie wurden in einem Sonderflügel im Erdgeschoss des Blockes B im Militärgefängnis untergebracht, der von den übrigen Zellen des Gefängnisses durch Gitter getrennt worden war. Dort war es ausgeschlossen, dass sie untereinander in Kontakt treten konnten. Nach dem Dafürhalten Naumanns war das Gefängnis seit Längerem auf den „Besuch“ vorbereitet worden.<sup>1289</sup> Jeder wurde von einem Militärarzt aus dem Krankenhaus in Iserloh untersucht und für arrettauglich befunden.<sup>1290</sup> In den Wohnungen der Verdächtigen war teilweise sehr umfangreiches Aktenmaterial beschlagnahmt worden, welches mehrere Lastwagen füllte. Dieses überführte man nach Wahnerheide.<sup>1291</sup>

Kaufmann blieb vorerst auf freiem Fuß. Es war bekannt, dass er am 13. Januar nach Hannover gefahren war und es wurde angenommen, dass er am 14. Januar nach Düsseldorf zurückkehren werde. Alle Züge nach Düsseldorf wurden während dieser Nacht beobachtet und auch das Telefon von Kaufmann überwacht. Am nächsten Tag um 17.00 Uhr rief Kaufmann seine Tochter an und gab Aufschluss über seinen Aufenthaltsort. Um 17.15 Uhr war diese Information in Düsseldorf und um 17.55 Uhr wurde der ehemalige Gauleiter und Reichsstatthalter von Hamburg Karl Kaufmann inhaftiert.<sup>1292</sup>

---

<sup>1282</sup> NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an Eden, 17.1.1953, (No. 13).

<sup>1283</sup> NARA, FO 371/103904, Bericht über Operation „Terminus“, 14./15.1.1953, (Operation Terminus).

<sup>1284</sup> Horne, Return to Power, S. 163.

<sup>1285</sup> NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an Eden, 17.1.1953, (No. 13).

<sup>1286</sup> NARA, FO 371/103904, Bericht über Operation „Terminus“, 14./15.1.1953, (Operation Terminus).

Sowie: NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an Eden, 17.1.1953, (No. 13).

<sup>1287</sup> NARA, FO 371/103904, Bericht über Operation „Terminus“, 14./15.1.1953, (Operation Terminus).

<sup>1288</sup> NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an Eden, 17.1.1953, (No. 13).

<sup>1289</sup> Naumann, Nau-Nau, S. 21.

<sup>1290</sup> NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an Eden, 17.1.1953, (No. 13).

<sup>1291</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 362. Vgl. auch: NARA, FO 371/103897, Bericht von Kirkpatrick an Roberts, 15.1.1953, (Top Secret).

<sup>1292</sup> NARA, FO 371/103904, Bericht über Operation „Terminus“, 14./15.1.1953, (Operation Terminus).

Insgesamt verliefen die Festnahmen zur Zufriedenheit des britischen Hohen Kommissars. Der stellvertretende Unterstaatssekretär im Außenministerium in London Frank Roberts zollte dem Ablauf der Aktion Anerkennung und schrieb Kirkpatrick, dass alle darauf vorbereitet gewesen seien, dass die Aktion nicht hundertprozentig erfolgreich verlaufen würde, auch hinsichtlich der Reaktionen des Kanzlers oder der Amerikaner. Dass es keine Verstimmungen von außen gegeben habe, sei das größte Lob.<sup>1293</sup>

## **2. In britischer Haft (Jan.-März 1953)**

### **Erste Untersuchungen, Mutmaßungen und Presseecho**

Kurze Zeit nach der Verhaftung der Delinquenten wurde in London das offizielle Kommuniqué dazu herausgegeben. Es zählte Namen und Funktionen der Festgenommenen auf. Dabei wurde offensichtlich auch auf die richtige Reihenfolge geachtet: „Dr. Werner Naumann (ehemaliger Staatssekretär im Goebbelschen Propagandaministerium. Hitlers Testament bestimmte Naumann zum Nachfolger von Goebbels als Reichspropagandaminister.); Dr. Gustav Scheel (ehemaliger Reichsstudentenführer und eine Zeitlang Gauleiter von Salzburg. Hitlers Testament sah ihn für den Posten des Reichskulturministers vor.); Paul Zimmermann (ehemaliger SS-Brigadeführer und Beamter in der Wirtschafts- und Verwaltungsabteilung in der SS, welche mit der Verwaltung der Konzentrationslager in Zusammenhang stand); Dr. Heinrich Haselmayer (war mit Hitlers Münchener Putsch von 1923 verbunden und war Führer des Nationalsozialistischen Studentenbundes in Hamburg. Gab Bücher über Rassenwissenschaft und Sterilisierung von Erbkranken heraus.); Heinz Siepen (ehemaliger NSDAP-Ortsgruppenleiter und Landrat, jetzt Teilhaber der Punktalstahlwerke in Solingen); Dr. Karl Scharping (ehemaliger Beamter in der Rundfunkabteilung des Reichspropagandaministeriums).“<sup>1294</sup>

Einen Tag später wurde eine zweite Meldung herausgegeben: Ein weiterer Ringführer der Gruppe ehemals führender Nationalsozialisten konnte inhaftiert werden und wurde nun zur Prüfung festgehalten. Sein Name war Karl Kaufmann, der ehemalige Gauleiter von

---

<sup>1293</sup> NARA, FO 371/103897, Brief von Frank Roberts an Kirkpatrick, 19.1.1953, (Top Secret, CW1015/44G).

<sup>1294</sup> Zit. nach Siegler, Heinrich v. (Hg.), Archiv der Gegenwart (AdG), Essen 1953, S. 3824 (15.1.1953).

Hamburg.<sup>1295</sup> Wochen später gelang der Zugriff auf den früheren HJ-Gebietsführer Karl Friedrich Bornemann.<sup>1296</sup> Nicht verhaftet wurde Alfred Salat, bei dem sich Kirkpatrick eine spätere Festsetzung nach Prüfung der beschlagnahmten Unterlagen jedoch vorbehielt<sup>1297</sup>, und Werner Best. Er hatte zum Naumann-Netzwerk zwar über Achenbach in Kontakt gestanden, eine unmittelbare Beteiligung an den politischen Verabredungen aber offenkundig vermieden.<sup>1298</sup>

Sofort nach der Verhaftung Naumanns beeilte sich Lea Lucht, den Anwalt Ernst Achenbach mit der Verteidigung des ehemaligen Staatssekretärs zu beauftragen. Achenbach konsultierte zuerst Justizminister Thomas Dehler, rief dann den britischen Hohen Kommissar direkt an und verlangte Naumann zu sehen, beziehungsweise, dass er auf Kautionsentlassung werde.<sup>1299</sup> Kirkpatrick wiegelte ihn mit dem Zugeständnis ab, er könne ein Mitglied aus dem juristischen Beraterstab der Hohen Kommission sehen, wenn er einen Antrag stelle.

Kirkpatrick informierte sofort den Kanzler über den Verteidiger Naumanns, was dieser mit der Bemerkung quittierte, er wünschte, Achenbach wäre gleich mitverhaftet worden.<sup>1300</sup>

Unverzüglich wurde Achenbach von einem Londoner Anwalt namens J. R. Lane von der Firma Marsh and Ferriman kontaktiert. Die Briten mutmaßten, dass Lane, den Achenbach vorher nicht kannte, von Raven Thomson oder Mosley beauftragt worden war. Lane hatte bei Achenbach angerufen, seinen Beistand angeboten und erklärt, er habe den Befehl bekommen, dies zu tun. Er wollte sich der Unterstützung Achenbachs für ein Habeas Corpus-Verfahren vor dem Hohen Gerichtshof in England versichern.<sup>1301</sup> Nur wenige Tage später schaltete sich eine weitere Rechtsvertretung Chalton Hubbard & Co. ein, die von der Firma Marsh and Ferriman beauftragt worden war. Diese versuchte, im Foreign Office die Gründe für die Verhaftung in Erfahrung zu bringen und ob ein Gerichtsverfahren angestrengt werden würde. Sie forderte auch, Naumann die Möglichkeit zur

---

<sup>1295</sup> NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 15.1.1953, (Secret, No. 67).

<sup>1296</sup> Vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 362.

<sup>1297</sup> NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an Eden, 17.1.1953, (Nr. 13, CW 1015/55).

<sup>1298</sup> Herbert, Best, S. 467. Vgl. auch: NARA, FO 371/103897, Brief von Kirkpatrick an Roberts, 15.1.1953, (Top Secret, CW 1015/44).

<sup>1299</sup> Vgl. NARA, FO 371/103897, Brief des Legal Advisers nach Wahnerheide, 23.1.1953, (Confidential, CW 1015/67).

<sup>1300</sup> NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 15.1.1953, (Top Secret, No. 68).

<sup>1301</sup> NARA, FO 371/103898, Telegramm von Kirkpatrick an das Foreign Office, 23.1.1953, (Top Secret, No. 94). Siehe auch: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (*The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion*, Top Secret). Siehe auch: NARA, FO 371/103898, Telegramm vom Foreign Office an Wahnerheide, 24.1.1953, (Secret, No. 62).

Kontaktaufnahme zu seinen Angehörigen, seinem deutschen Anwalt oder seinem Verteidiger zu geben.<sup>1302</sup> Eine Antwort folgte umgehend: Da keine Schritte gegen Naumann vorbereitet würden, könnte auch keine Verteidigung organisiert werden.<sup>1303</sup>

Der Kreis um Naumann in Paris hielt auch während der übrigen Zeit völlig unverhohlenen Kontakt zu Achenbach. Am 23. Januar 1953 besuchte beispielsweise ein Mitglied des Lemonier-Zirkels, Morvan Duhamel, auf Anweisung von Lemonier den Anwalt Achenbach und Lea Lucht in Düsseldorf. Lucht setzte Naumann von der Hilfsbereitschaft seiner Gefährten in ihren Briefen nach Werl in Kenntnis. So hieß es am 23. Februar 1953, dass ihre Cousine „Diana und ihr Ehemann Jean“ – hier handelte es sich um Mosley und seine Gattin Diana – von Anfang an sehr nett und hilfsbereit ihr gegenüber gewesen seien.<sup>1304</sup>

Auch die Rechtsvertreter der übrigen Inhaftierten blieben nicht untätig. Professor Grimm aus Freiburg wollte seinen Mandanten Zimmermann sehen, Dr. Haack aus Hamburg seinen Mandanten Kaufmann, Dr. Krüger und Klemm aus Hamburg den Beschuldigten Haselmayer, Dr. Heinrich Lietzmann den Beschuldigten Siepen und Wolf Meyer-Christian von Hamburg den Verhafteten Scharping.<sup>1305</sup> Meyer-Christian war nachweislich selbst eng mit dem Naumann-Netzwerk verzahnt. Er hatte verschiedene Treffen von Scheel besucht, zu denen nur Mitglieder des „Inneren Kreises“ Zugang hatten. Scharping wurde neben Meyer-Christian auch von Herbert Ernst Müller vertreten. Beide schrieben am 24. Januar 1953 dem britischen Außenminister, der den Hohen Kommissar zur Stattgabe folgender Anträge ermächtigen sollte: die Freilassung Scharpings sowie eine mündliche Anhörung und einen Besucherausweis.<sup>1306</sup> Sie waren der Meinung, den Briten sei bei der Verhaftung Scharpings ein Fehler unterlaufen. Dies begründeten sie ausführlich damit, dass Scharping lediglich damit beschäftigt gewesen sei, seine Firmen – den Stern-Verlag und die ILA-Pressedienstzentrale – aufzubauen und die Existenz seiner Familie zu sichern. Er sei zum zweiten Mal verheiratet und unterstütze zudem noch seine Frau und seine beiden Kinder aus erster Ehe. Personen, die Scharping gut kannten, würden bestätigen, dass er nach 1945 keine politische Tätigkeit mehr ausgeübt habe. Teil seiner Arbeit sei es, durch Westdeutschland zu reisen, weil er neue Bezieher für seine Publikationen

---

<sup>1302</sup> NARA, FO 371/103900, Brief von Chalton Hubbard & Co. an das Foreign Office, 21.1.1953. Vgl. auch: NARA, LO 2/573.

<sup>1303</sup> NARA, FO 371/103900, Brief von Allen an Chalton Hubbard & Co., 22.1.1953.

<sup>1304</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1305</sup> Vgl. NARA, FO 371/103904, Brief von Rechtsanwalt Müller sowie Meyer-Christian an Kirkpatrick, 24.1.1953, (Application for the Defence). Siehe auch: NARA, FO 371/103898 sowie NARA, FO 371/103900, Brief von Piegrome an Prof. Grimm, 27.1.1953, (Abschrift, Office des Legal Advisers).

<sup>1306</sup> NARA, FO 371/103904, Brief von Rechtsanwalt Meyer-Christian an den britischen Außenminister, 24.1.1953, (Application for the Defence). Siehe auch: NARA, FO 371/103898.

gewinnen müsse.<sup>1307</sup> Eine Antwort aus Wahnerheide kam vier Tage später. Da keine Anklage gegen den Klienten erhoben worden sei, gebe es auch keine Verteidigung vorzubereiten. Sollte der Mandant angeklagt werden, werde er rechtzeitig Gelegenheit bekommen, seinen Rechtsbeistand zu sehen. Damit wurde also einer Besuchserlaubnis nicht stattgegeben.<sup>1308</sup> Dieses Schreiben ähnelte der Antwort an Achenbach, da Naumann als Präzedenzfall galt. Eine gleichlautende Antwort erhielt auch Grimm für seinen Mandanten Zimmermann.<sup>1309</sup>

Kurz nach der Verhaftung hatten die Verhöre in Werl begonnen. Naumann hatte weder am Telefon noch anderswo im Hinblick auf seine konspirativen Pläne und Treffen besonders vorsichtig agiert. Im Gegenteil, er hatte über seine „Aufbauarbeit“ „Tagebuch“<sup>1310</sup> geführt. Dieses „Tagebuch“ stellte im Verfahren gegen ihn das Hauptbelastungsmaterial dar, umfasste allerdings große Teile des Jahres 1951 nicht. Das Jahr 1952 fehlte vollständig. In den Verhören gab Naumann zu, dass sich die Aufzeichnungen aus diesem Zeitraum im Besitz eines US-Offiziers befinden würden, der in Deutschland stationiert sei. Er weigerte sich jedoch, seinen Namen zu verraten.<sup>1311</sup>

Bei den Verhören kritisierten die Briten Naumann als selbstherrlich und unerschrocken. Die Vernehmer gingen davon aus, dass Fortschritte nur sehr langsam erzielt werden könnten. Die übrigen Verhafteten schienen weniger überzeugt von sich selbst.<sup>1312</sup> Drei Tage später war Kirkpatrick über die Resultate des Verhörens von Naumann restlos ernüchert. Dem Foreign Office berichtete er, Naumann sei ein geschickter Ausflüchtmacher, der es verstand nichts von sich preiszugeben. Er sei einer der wenigen Deutschen, die ein „Wartenspiel“ durchhalten könnten. Das würde ihn gefährlich machen und es wäre schwierig das exakte Ausmaß dieser Gefahr vorherzusehen.<sup>1313</sup>

Trotz erheblichen Drucks weigerte sich Kirkpatrick, eine Pressekonferenz zu geben. Stattdessen hatte er in seiner üblichen Praxis gegenüber einer kleinen Zahl britischer Journalisten, bei denen er sich sicher war, dass sie die Angelegenheit als Untersuchung herunter-

---

<sup>1307</sup> Siehe dazu: NARA, FO 371/103904, Brief von Rechtsanwalt Müller sowie Meyer-Christian an Kirkpatrick, 24.1.1953, (Application for the Defence). Siehe auch: NARA, FO 371/103898.

<sup>1308</sup> NARA, FO 371/103904, Antwort von Piagrome an die Anwälte Scharpings, 28.1.1953, (Abschrift).

<sup>1309</sup> NARA, FO 371/103900, Brief von Piagrome an Prof. Grimm, 27.1.1953, (Abschrift, Office des Legal Advisers).

<sup>1310</sup> Bei besagten Tagebuch Eintragungen handelt es sich um Notizen, jeweils einzeln datiert, aus dem Jahre 1950. In den zugänglichen Quellen befinden sich nur Abschriften auf zwei DIN A4 Blättern. Originale Aufzeichnungen sind bei Untersuchungen bislang nicht aufgetaucht. Von Naumanns Verteidigern wurde betont, dass ein Tagebuch nie existiert habe. Vgl. ADL, NI-815, Naumann's Tagebuch, (Geheim).

<sup>1311</sup> Vgl. NARA, FO 371/103906, Britischer Bericht über die Untersuchungen der Naumann-Gruppe, 26.2.1953, (Progress Report on Investigation of the Naumann Group).

<sup>1312</sup> NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an Eden, 17.1.1953, (No. 13).

<sup>1313</sup> NARA, FO 371/103898, Schreiben von Kirkpatrick an das Foreign Office, 21.1.1953, (Top Secret, CW 1015/13).

spielen würden, erklärt, dass der deutsche Innenminister mit den Briten in den Wochen vor den Untersuchungen in Kontakt gestanden hatte. Kirkpatrick hatte auch den offiziellen deutschen DPA-Repräsentanten getroffen und ihm versichert, dass die Aktion nicht das Resultat eines Mangels an Vertrauen in Adenauer sei.<sup>1314</sup> Die Nachlässigkeit der britischen Hohen Kommission gegenüber der Presse bei der Naumann-Affäre provozierte arge Fehldeutungen und Falschinterpretationen in den deutschen Medien.<sup>1315</sup>

Noch ehe die Masse der beschlagnahmten Dokumente – insgesamt handelte es sich um 30 Kisten – auch nur eingesehen werden konnte, meldeten sich Kritiker zu Wort. Es wurde jedoch nicht die Geheimbündelei einstiger NS-Spitzenfunktionäre beklagt, sondern vielmehr die vermeintliche Verletzung der bis dato noch gar nicht gegebenen deutschen Souveränität durch das Einschreiten der britischen Besatzungsmacht. Es kam zu weitreichenden Spekulationen, bezüglich der britischen Motivation zu einem solchen Vorgehen und der Frage, ob die Engländer die nötigen Eingriffskompetenzen tatsächlich auch besaßen.<sup>1316</sup> Einzelheiten über Werdegang und konkretes Treiben der Verhafteten waren anfangs nebensächlich.<sup>1317</sup>

Ein eindrucksvolles Bild gaben die Mutmaßungen, Annahmen und Spekulationen der Kommentatoren der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ), die dem Thema tagelang einen Großteil der Titelseite widmeten. Die Redakteure, der zu diesem Zeitpunkt unbestrittenen Nummer Eins der deutschen Tageszeitungen, lasen am 19. Januar 1953 in den Kommentaren „seriöser Londoner Zeitungen“ zwischen den Zeilen. Nach ihrer Meinung waren dort „erste Zweifel erkennbar“, „ob die Maßnahme in ihrer jetzigen Form und in dem augenblicklichen Zeitpunkt wirklich politisch klug und nicht vielmehr ein recht gefährlicher Fehler der britischen Politik gewesen sei.“<sup>1318</sup> Einen Tag später wurde noch deutlicher hinterfragt und vermutet, „dass sehr maßgebende Briten eine nähere militärische Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik höchst ungern sähen.“<sup>1319</sup>

Diese Deutungen waren allerdings, verglichen mit Naumanns Darstellung der vermeintlichen britischen Motive, harmlos. Naumann führte diese ausführlich in drei Punkten aus:

---

<sup>1314</sup> NARA, FO 371/103896, Bericht von Roberts über die Gauleiterverschwörung, 15.1.1953, (Gauleiters' Conspiracy).

<sup>1315</sup> Horne, *Return to Power*, S. 163.

<sup>1316</sup> Vgl. Herbert, Best, S. 468. Siehe dazu auch: Frei, Norbert, „Vergangenheitsbewältigung“ or „Renaciation“?, in: Ermarth, Michael (Hg.), *America and the Shaping of German Society 1945-1955*, Providence 1993, S. 55.

<sup>1317</sup> Vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 363.

<sup>1318</sup> FAZ, 19.1.1953, S. 1 (Die Initiative lag allein bei Kirkpatrick).

<sup>1319</sup> FAZ, 20.1.1953, S. 1 (Kein Gegenstand für Rätselraten).

Erstens sollte die Atmosphäre zwischen den USA und Deutschland getrübt werden. Zweitens hofften gewisse Kreise durch diese Aktion, ihnen bis dahin unbekannt Informationen über die Struktur einiger Regierungsparteien zu bekommen. Auch sollten die persönlichen und politischen Verbindungen deutscher Stellen zu den USA und zu Frankreich aufgedeckt werden. Willkommen war eine zusätzliche Förderung der Industriespionage über gewisse deutsche Export-Beziehungen, vor allem zum Nahen Osten. Drittens sollte in Übereinstimmung mit den Interessen verschiedener Parlaments- und Regierungskreise sowie denen des Hohen Kommissars, Naumann und seinen Freunden jede politische Weiterarbeit unmöglich gemacht werden. Durch die Verhaftungen wollte man im Besonderen Einflussnahmen auf die Vorbereitungen der Wahl verhindern.<sup>1320</sup>

Bezüglich der wirtschaftlichen Motive harmonisierte Goebbels ehemaliger Staatssekretär mit Skorzeny, der erklärte Naumann und Zimmermann seien Opfer der Engländer geworden, weil sie Geschäfte mit den Arabern gemacht hätten. Die Engländer seien neidisch darauf. Und bei diesen Geschäften sei es ausgeschlossen, dass die Beschuldigten noch Zeit für Verschwörungen gefunden haben sollten. Skorzeny selbst habe mit Naumann für ein Objekt auf den Kanarischen Inseln Stahl- und Betonabschlüsse getätigt.<sup>1321</sup>

Auch der „Spiegel“ zeigte sich aufgebracht wegen der vermeintlich unangemessen harten Aktion der Briten, die nur auf politische Geländegewinne gezielt habe, denn: „Der Kreis war eher eine NS-Erinnerungsgemeinde und eine braune Hilfe, die Stellungen vermitteln wollte. Der Kreis war weder geschlossen noch ein Kreis im geometrischen Sinne, dessen Punkte – sprich Mitglieder – vom Mittelpunkt gleich entfernt waren. Die meisten der etwa hundert Gesinnungsfreunde waren nur durch gelegentliche Besuche und Korrespondenzen verbunden.“<sup>1322</sup> Schon nach wenigen Tagen herrschte allgemein die Ansicht, dass die Aktion der Briten ungerechtfertigt beziehungsweise übertrieben war. Dies war umso erstaunlicher, da sich bedenkliche Symptome schon Monate zuvor angekündigt hatten. An Warnungen und Hinweisen aus Wahnerheide hatte es jedenfalls nicht gefehlt.<sup>1323</sup> Nach einer Allensbacher Umfrage glaubten im Februar 1953 44 Prozent der Deutschen, dass die Engländer die Verhafteten für gefährlich hielten. Dennoch waren insgesamt 47 Prozent der Befragten der Meinung, man solle bei den Engländern gegen die Verhaftung

---

<sup>1320</sup> Vgl. Naumann, Nau-Nau, S. 112.

<sup>1321</sup> Mader, Jagd nach dem Narbengesicht, S. 243.

<sup>1322</sup> Der Spiegel, 21.1.1953, S. 6 (Nazi-Verschwörung. Nau-Nau).

<sup>1323</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 364.

protestieren. Während weitere 33 Prozent sich über ihren Standpunkt zum Zugriff der Briten nicht schlüssig waren, sah lediglich ein Fünftel keinen Grund für Proteste.<sup>1324</sup>

Ein Großteil der Mitglieder der Bundesregierung stand der Öffentlichkeit hierin in nichts nach. In Bonn fühlte man sich vom Vorgehen der britischen Behörden brüskiert. Das nationalsozialistische Potenzial wurde gegenüber dem angeblich „unberechtigten Eingriff“ der Besatzungsmacht völlig heruntergespielt. Durch dieses Verhalten demonstrierten die Bundesregierung und auch die kleineren Parteien, wie berechtigt der Eingriff des britischen Hochkommissars aus diesem Blickwinkel tatsächlich war. Exemplarisch überschrieb die FAZ ihre Artikel über die ersten Bonner Reaktionen mit den Überschriften: „Aufsehen in Bonn über das britische Vorgehen“<sup>1325</sup> und „Keine deutsche Zustimmung zu den Verhaftungen“.<sup>1326</sup> Bundesinnenminister Robert Lehr hatte sich innerhalb eines Tages eine feste Meinung gebildet. Am Morgen nach der Verhaftung vertrat er noch den Standpunkt, die Festnahmen seien „zu Recht“ ergangen, da auch entsprechendes Material vorgelegen habe.<sup>1327</sup> Einen Tag später hatte nach seiner Auffassung aus deutscher Sicht keine Notwendigkeit zum Einschreiten bestanden. Er fügte hinzu, dass die deutschen und britischen Stellen ohne Zweifel das gleiche Material zur Verfügung gehabt hatten.<sup>1328</sup> Diese Darstellung ist bezüglich ihrer Richtigkeit zweifelhaft. Die Tatsache, dass etwa zwei Wochen vergingen, bis sich die Bundesregierung konkret zu den Vorgängen äußerte, ließ eine genaue Kenntnis der Vorgänge und Absichten der Briten zu diesem Zeitpunkt als unwahrscheinlich erscheinen.<sup>1329</sup>

Der spätere Nachfolger Lehrs im Amt, der CDU-Abgeordnete Gerhard Schröder, ließ sich zu der Mutmaßung hinreißen, dass es sich um eine „präventive Aktion“ handele, welche nur aufgrund des Besatzungsrechts möglich sei und nach Inkrafttreten des Deutschlandvertrages ausgeschlossen sein würde. Er wertete den Eingriff daher als einen Beweis für die Notwendigkeit der raschen Ratifizierung des EVG- und des Deutschlandabkommens.<sup>1330</sup>

Kritik übte auch Bundestagsvizepräsident Carlo Schmidt im Bayerischen Rundfunk: „Jede Besatzungsgruppe habe zwar das Recht gegen akute Gefährdungsakte vorzugehen, es dürfe aber nicht der Eindruck entstehen, Demokratie in Deutschland sei das, was die Be-

---

<sup>1324</sup> Vgl. Noelle, Elisabeth/Neumann, Peter (Hg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, Allensbach 1956, S. 277.

<sup>1325</sup> FAZ, 16.1.1953, S. 1 (Aufsehen in Bonn über das britische Vorgehen).

<sup>1326</sup> FAZ, 17.1.1953, S. 3 (Keine deutschen Zustimmungen zu den Verhaftungen).

<sup>1327</sup> FAZ, 16.1.1953, S. 1 (Aufsehen in Bonn über das britische Vorgehen).

<sup>1328</sup> FAZ, 17.1.1953, S. 3 (Keine deutschen Zustimmungen zu den Verhaftungen).

<sup>1329</sup> Vgl. Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung, S. 254.

<sup>1330</sup> FAZ, 17.1.1953, S. 3 (Keine deutschen Zustimmungen zu den Verhaftungen).

satzungsmächte ihren Interessen für zuträglich hielten. [...] Ferner müsse man sich fragen, ob es früheren Mitgliedern der NSDAP, die im Vollbesitz ihrer staatsbürgerlichen Rechte seien, nicht erlaubt sein sollte, sich am politischen Leben auch innerhalb der Parteien zu beteiligen. Eine Demokratie ohne Risiko sei nicht denkbar, und das Ausland müsse bereit sein, diese Risiken mitzutragen.“<sup>1331</sup> Minister Hellwege kritisierte die Briten, „schlecht beraten“ gewesen zu sein und begründete dies damit, dass die Nazi-Verschwörung weitaus weniger gefährlich gewesen sei als etwa die Aktivitäten von Ost-Agenten, die nahezu unerschöpfliche finanzielle Ressourcen zur Verfügung hätten. Er bedauerte, dass die deutschen Sozialdemokraten und die Handelsunion den Briten applaudierten.<sup>1332</sup>

Die FDP interpretierte die Verhaftungen einerseits als „innerpolitische Störmanöver in Erwartung der Bundestagswahlen“, andererseits schien es ihr offensichtlich, dass es sich „um Fragen der großen Politik“ handele.<sup>1333</sup> Von Einsicht war jedenfalls nichts zu spüren. Ein Bedauern der FDP, welches auch den BHE und die DP betraf, weil Kirkpatrick ihnen unterstellt hatte, Zielobjekte der Nationalsozialisten zu sein, wandelte sich über das Wochenende vom 17. und 18. Januar 1953 in offene Ablehnung.<sup>1334</sup> In seiner Sonntagsrede gab sich Justizminister Thomas Dehler enttäuscht. Er vertrat die Meinung, dass es von keinem großen Vertrauen in die Bundesrepublik zeuge, wenn „außerdeutsche Geheimdienste“ in Deutschland „Unternehmen“ abwickelten, „die eigentlich den Deutschen vorbehalten bleiben sollten.“<sup>1335</sup> Dehler war empört über das Vorgehen der Briten, welches er als „ungeheuerlich“<sup>1336</sup> und vom „Standpunkt eines Rechtsstaates“ als „unmöglich“<sup>1337</sup> titulierte. Vizekanzler Blücher, welcher die Lage der FDP für prekärer hielt, lehnte sich weniger weit aus dem Fenster. Er forderte aber eine schnelle Prüfung der Tatbestände und erklärte es für „bedauerlich, dass eine derartige Maßnahme von einer Besatzungsmacht einseitig vorgenommen worden sei.“<sup>1338</sup>

---

<sup>1331</sup> Zit. nach: FAZ, 30.1.1953, S. 1 (Eden verschärft die Besorgnisse in Bonn. Carlo Schmid verurteilt scharf die britische Verhaftungsaktion).

<sup>1332</sup> NARA, FO 371/103917, Beweiszusammenstellung der Wiener Bibliothek, Juli 1953, (The Naumann Plot).

<sup>1333</sup> FAZ, 19.1.1953, S. 1 (Die Initiative lag bei Kirkpatrick, London tritt kürzer/ Zweifel an der politischen Zweckmäßigkeit der Verhaftungen).

<sup>1334</sup> Ebenda.

<sup>1335</sup> Ebenda.

<sup>1336</sup> Vgl. Wengst, FDP-Bundesvorstand 1949-1954 (2), S. 823.

<sup>1337</sup> Vgl. Ebenda, S. 840.

<sup>1338</sup> Zit. nach: FAZ, 19.1.1953, S. 1 (Die Initiative lag bei Kirkpatrick, London tritt kürzer/ Zweifel an der politischen Zweckmäßigkeit der Verhaftungen). Die DPA hatte am 15. Januar 1953 gemeldet, Blücher habe erklärt, dass jüngere Mitglieder der FDP, insbesondere in Nordrhein-Westfalen zu diesen Führungskreisen Beziehungen gehabt hätten. Dies wies Blücher nachdrücklich zurück. Siehe auch: BA, NL 80/273/117-121, Bericht von Blücher, 28.5.1953.

Middelhaue seinerseits wies alle Gerüchte, dass er in Kontakt mit den Inhaftierten gestanden habe, zurück.<sup>1339</sup> Dabei war es der Gipfel seiner Dreistigkeit, dass Middelhaue gemeinsam mit Lea Lucht einen Tag nach den Verhaftungen Blücher in seinem Vizekanzlerbüro aufsuchte, um Naumanns und auch seine eigene Unschuld zu demonstrieren.<sup>1340</sup> Auch Zoglmann bemühte sich um eine Entlastung. Er rief den Journalisten Josef Lehrmann aus Düsseldorf an und bat ihn, die Verhaftung in dem Sinne zu kommentieren, dass die FDP nichts mit dem Naumann-Kreis zu tun habe.<sup>1341</sup>

Im Gegensatz zu seinen Kollegen bei den Liberalen verurteilte Bundeskanzler Adenauer das Eingreifen der Briten nicht. Er hatte sogar inoffiziell verlauten lassen, dass er persönlich die Verhaftungen begrüße. Er dachte, sie würden helfen unvorhersehbare Entwicklungen im nationalsozialistischen Lager vorzubeugen. Seine eigene Partei, die CDU, sei jedoch tadellos in dieser Hinsicht.<sup>1342</sup> Bei den übrigen Parteien vertraute er darauf nicht und begann Erkundigungen einzuziehen, die teils absurde Positionen zutage förderten. So bestritt etwa Kraft jede Verbindung zur Naumann-Gruppe.<sup>1343</sup> Dies war gewagt. Kurz nach den Verhaftungen hatten die Verschwörer erklärt, in Verbindung mit Kraft zu stehen, um sich selbst zu rehabilitieren.<sup>1344</sup>

Auch Hellwege berichtete von einer Aussprache mit Derichsweiler, bei dem dieser seine Kontakte zu Naumann zwar zugab, jedoch überzeugt gewesen sei, Naumann habe die Meinung vertreten, es gebe für Deutschland keine andere Politik, als die Beibehaltung der bisherigen Koalition.<sup>1345</sup> Am Ende behauptete Derichsweiler, er habe mit der ganzen Affäre überhaupt nichts zu tun.<sup>1346</sup>

Adenauer wurde sichtlich ungehalten, als er den Verdacht schöpfte, dass es innerhalb der amerikanischen Hohen Kommission Kräfte gebe, die sich an die britische Aktion im Sinne einer politischen Stimmungsmache anzuhängen versuchten. Verdächtig wurden die Amerikaner, die Westverträge sabotieren zu wollen, oder durch die Desavouierung der Rechtsparteien einer CDU/SPD-Koalition den Boden zu bereiten.<sup>1347</sup> Ausschlaggebend dafür war eine Umfrage der HICOG, die die neuesten demoskopischen Daten über die politische Einstellung der Westdeutschen enthielt. Sie war in die Hände von Auslands-

---

<sup>1339</sup> NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 16.1.1953, (No. 73).

<sup>1340</sup> Siehe: NARA, FO 371/103904, Bericht von Pope, 13.2.1953, (Minute Sheet).

<sup>1341</sup> ADL, N1-383, Erklärung von Grisca Barfuss an Dehler, 21.2.1953.

<sup>1342</sup> NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an das Foreign Office, 22.1.1953, (No. 38).

<sup>1343</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 33, Bl. 10, Kurzer Abriss der Reaktionen.

<sup>1344</sup> NARA, FO 371/103898, Bericht von Kirkpatrick an Roberts, 26.1.1953, (Top Secret, 5/1/76/53G).

<sup>1345</sup> BA, B 106/15561, Bl. 17, Schreiben von Hellwege an Adenauer, 16.1.1953.

<sup>1346</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 33, Bl. 10, Kurzer Abriss der Reaktionen.

<sup>1347</sup> Vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 372. Siehe auch: Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 529-535.

korrespondent Drew Middleton gelangt, der daraufhin ausführlich in der „New York“ Times berichtete.<sup>1348</sup> In acht bundesweiten Umfragen, die zwischen Mai 1951 und Dezember 1952 durchgeführt worden waren, sahen 41 Prozent der Befragten mehr Gutes (Arbeitsplätze, Lebensstandart, soziale Errungenschaften, Organisation, Disziplin, Sicherheit) als Schlechtes (Kriegsvorbereitungen, Aufrüstung, Mangel an Freiheit, Diktatur, Rassenpolitik, Judenvernichtung, Gewalt, Konzentrationslager) im Nationalsozialismus und nur 36 Prozent waren gegenteiliger Meinung. Eine absolute Minderheit von vier Prozent dachte, dass die Deutschen eine gewisse Schuld für die Geschehnisse im Dritten Reich trugen.<sup>1349</sup> Die Studie stellte weiter einen Anstieg pronationalistischer Orientierungen unter den 18 bis 24-Jährigen und den FDP-Anhängern fest. Viele Teilnehmer der Studie (44 Prozent) favorisierten die Idee einer „einzigen starken nationalen Partei“. Besonders populär war dies wiederum unter den Jugendlichen (56 Prozent). 24 Prozent der Befragten bestätigten, dass sie eine neue nationalsozialistische Bewegung aktiv unterstützen würden. Die Studie kam schließlich zu dem Schluss, dass ein Anstieg des Nationalismus in Westdeutschland von August 1951 (34 Prozent) bis Dezember 1952 (49 Prozent) stattgefunden habe, insbesondere bei Leuten mit neonationalsozialistischen Neigungen (64 Prozent).<sup>1350</sup> Middleton, der aufgrund seiner kritischen Artikel in Bonn schon seit Langem unbeliebt war, wurde seinem Ruf, jeder nazistischen Regung detektivisch nachzuspüren, auch diesmal gerecht. Die zahlreichen Daten des 80-seitigen „Year-End Survey of Rightist an Nationalist Sentiments in West Germany“ verarbeitete er so, dass daraus ein bedrohlicher Anstieg der NS-Befürworter zu entnehmen war. Sein Ergebnis stellte er in Relation zu Informationen, wonach Middelhaue, Achenbach und eine Anzahl weiterer Freidemokraten des rechten Flügels mit Naumann und den anderen Inhaftierten Kontakt gehabt hatten.<sup>1351</sup>

Die Studie wirkte, obwohl sie eigentlich nur eine unter über 230 wissenschaftlichen Arbeiten war, die in den Büros des Reaction Analysis Staff seit 1946<sup>1352</sup> entstanden waren, ähnlich wie die „Enthüllung eines Staatsgeheimnisses“. Adenauer erkannte sofort die potenzielle Sprengkraft des Materials, da er sich bereits seit Monaten um die Westverträge sorgte.<sup>1353</sup> Vier Tage nach dem Zugriff der Briten, noch ehe sämtliche

---

<sup>1348</sup> Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 520.

<sup>1349</sup> Merritt, Anna J./ Merritt, Richard L., Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys, 1949-1955, Urbana/ Chicago/ London 1980, S. 7f.

<sup>1350</sup> Ebenda, S. 198f.

<sup>1351</sup> NYT, 18.1.1953, S. 19 (Rise in Neo-Nazism is shown by Survey in West Germany. Big Majority found unwilling to resist Revival of National Socialism – Youth Strongly shares Trend, U.S. Learns).

<sup>1352</sup> Vgl. Merritt/ Merritt, Public Opinion in Semisovereign Germany, S. 5f.

<sup>1353</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 373.

internationalen Pressereaktionen auf die Veröffentlichung der HICOG-Umfrage vorlagen, meldete er sich am Abend des 19. Januar 1953 im Rundfunk zu Wort. Staatssekretär Otto Lenz, der einen „Komplott gegen Deutschland und die Regierung“ witterte, hatte für einen derart überspitzten Redetext gesorgt, dass es dem Kanzler angeraten schien, einige Punkte abzumildern.<sup>1354</sup> Nichtsdestotrotz wurde er noch sehr deutlich: Durch die Verhaftung sei der Eindruck entstanden, dass die Bundesrepublik vor einer Wiederbelebung des Nationalsozialismus stehe und durch das Aufkommen einer neuen nationalistischen Bewegung eine echte Gefahr existiere. Aus den Ereignissen der letzten Tage seien mancherorts „künstlich aufgebauchte und voreilige Schlüsse“ gezogen worden. Demgegenüber stehe die politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik. „Seit diese Regierung im Amt ist, ist der innere Friede in Deutschland gefestigt worden, und wenn Sie, meine Zuhörer und Zuhörerinnen, an die inneren Unruhen nach dem Ersten Weltkrieg denken, dann ersieht man, um wie viel stabiler die innenpolitische Situation der Bundesregierung ist.“<sup>1355</sup> Weiter hätten die Deutschen eine „gesunde Skepsis gegenüber starken Parolen von rechts und links“ entwickelt und durch die Stimmzettel schon mehrfach zum Ausdruck gebracht, wie sie über den Rechtsradikalismus dachten. Adenauer wagte daher die Prophezeiung: „Auch bei den kommenden Wahlen wird eine irgendwie mit dem Nationalsozialismus sympathisierende Partei, falls sie auftreten sollte, eine völlige Niederlage erleiden.“ Parallelen zog der Kanzler auch zu den Gegnern einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG): „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass nunmehr Feinde einer europäischen Einigung und einer gemeinsamen Verteidigung, die sich in letzter Zeit gezwungen sahen zu schweigen, den Anlass aufgegriffen haben, um diese Einigung, für die sich die Bundesregierung von Anbeginn an mit allen Kräften eingesetzt hat, zu hemmen oder gar zu zerstören.“<sup>1356</sup>

Einen Tag später erklärte der Kanzler im Kabinett, er wolle im Fall Naumann erst einmal abwarten was die Ermittlungen ergeben würden, vielleicht auch hinsichtlich eventueller Beziehungen zum Osten. „Um alter Nazis willen“, wollte er sich nicht mit den Besatzungsmächten anlegen. Er sprach sich dafür aus, die Sache im Bundestag mit Rücksicht auf das Ausland vorsichtig zu behandeln.<sup>1357</sup> Vizekanzler Blücher hingegen war der Meinung, die britische Aktion sei ein Versuch die deutsche Regierung in eine

---

<sup>1354</sup> Vgl. Lenz, Im Zentrum der Macht, 19. bzw. 20.1.1953, S. 529 bzw. 534. Wegen einer Panne im BPA berichteten FAZ und Frankfurter Neue Presse auf der Grundlage der ersten Version.

<sup>1355</sup> Vgl. Bulletin, 21.1.1953, S. 97. Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103897, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 17.1.1951, (No. 30).

<sup>1356</sup> Zit. nach: Bulletin, 21.1.1953, S. 97.

<sup>1357</sup> Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 531.

große Koalition hineinzudrängen. Dem hielt Adenauer entgegen, dass er Kirkpatrick für einen sehr anständigen Menschen halte, gerade da er ja auch vorher mit Eden gesprochen habe, dem er auch nicht zutraue, dass er der Regierung eine große Koalition aufzwingen wolle.<sup>1358</sup> Verfassungsschutzpräsident Otto John berichtete am gleichen Tag, dass man hinter der Verhaftungsaktion der Engländer allgemein nach politischen Gründen suche. Die Auffassung ginge dahin, dass man Amerika von einem Zusammengehen mit Deutschland allein habe abschrecken wollen.<sup>1359</sup> Später mokierte John, dass die Sache zum Skandal wurde, in welchem ihm vorgeworfen worden sei, er habe das Ganze als „englischer Agent“ inszeniert.<sup>1360</sup> Verkehrsminister Seebohm stellte sich auf die Seite des Kanzlers und notierte sich, dass Krach jetzt fehl am Platz sei.<sup>1361</sup>

An den meisten Äußerungen ließ sich ablesen, wie gering die Bereitschaft der Bundesregierung war, sich mit dem tatsächlichen Ausmaß einer eventuellen rechtsgerichteten Bedrohung auseinanderzusetzen. Viele mochten nicht glauben, dass der Naumann-Kreis je etwas hätte erreichen können.<sup>1362</sup> Dieses Verhalten provozierte Vorwürfe der Sozialdemokraten an die Regierung bezüglich ihrer „Passivität gegen neofaschistische Strömungen.“<sup>1363</sup> Der SPD-Vorstand erklärte, es sei bedauerlich, dass es erst der Maßnahmen einer Besatzungsmacht bedurft habe, um diese Konspiration aufzudecken.<sup>1364</sup> Der SPD-Parteivorsitzende Erich Ollenhauer und der DGB-Vorstand hatten den englischen Eingriff begrüßt und festgestellt, die Bundesregierung hätte anders handeln müssen<sup>1365</sup> und habe sogar „die Sicherheit Deutschlands vernachlässigt“.<sup>1366</sup> Die SPD unterstellte, die gegenwärtige Bundesregierung sehe ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie und schone demgegenüber rechtsradikale Gruppen, um im neuen Bundestag wieder die Macht zu erhalten.<sup>1367</sup>

---

<sup>1358</sup> Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 532.

<sup>1359</sup> Ebenda, S. 535. John meinte, dass dies zumindest die Auffassung eines englischen Bekannten gewesen sei.

<sup>1360</sup> John, Otto, Zweimal kam ich heim. Vom Verschwörer zum Schützer der Verfassung, Düsseldorf/ Wien 1969, S. 244.

<sup>1361</sup> Zit. nach Booms, Hans (Hg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 6 1953, S. 125, Fn. 42.

<sup>1362</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 377.

<sup>1363</sup> Kittel, Legende von der „Zweiten Schuld“, S. 250.

<sup>1364</sup> ADL, NI-2937, Antwort der FDP, ohne Zeit.

<sup>1365</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 33, Bl. 12, Kurzer Abriss der Reaktionen. Siehe auch: NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 16.1.1953, (No. 69).

<sup>1366</sup> Dies sagte Ollenhauer am 16. Januar 1953 auf einer Pressekonferenz, auf der er seinen Angriff gegen die Bundesregierung des Vortags noch verstärkte. Siehe dazu: NARA, FO 371/103896, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 16.1.1953, (No. 69).

<sup>1367</sup> Trittel, „Genossen, es gilt den Anfängen zu wehren...!“, S. 287f.

Trotzdem sah die SPD in der Aktion in erster Linie den Versuch, die Deutschen bei der Vertretung „ihres Standpunktes, ihrer Wünsche und Forderungen“ gegenüber den Westmächten zu behindern und „von außen her deutsche Innenpolitik machen zu wollen.“<sup>1368</sup> Von den Fraktionsführern der Koalition gedrängt<sup>1369</sup>, gab der Kanzler am 21. Januar 1953, dem ersten Sitzungstermin im neuen Jahr, eine Erklärung vor dem Bundestag ab. Er beschränkte sich hier nicht allein auf die Verhaftung der Naumann-Gruppe, sondern bezog die Stellungnahme von amerikanischer Seite mit ein und erörterte die Kritik an der HICOG-Umfrage.<sup>1370</sup> Zunächst kritisierte der Bundeskanzler den Wortlaut der gestellten Frage: „Wenn Sie alles in allem nehmen, war dann an den Ideen des Nationalsozialismus mehr Gutes oder Schlechtes?“ als „kaum geeignet, ein wirkliches Bild zu geben“. Dann ging er auf die Auswertung der seit Jahren erhobenen Daten ein: „Das Ergebnis der letzten Umfrage vom Dezember 1952 war das gleiche wie bei den verschiedenen von der gleichen Stelle seit September 1951 vorgenommenen Umfragen. Lediglich im Mai 1951 war der Prozentsatz derjenigen, die am Nationalsozialismus mehr Gutes gefunden haben, niedriger. In der Veröffentlichung ist nun dieser niedrige Prozentsatz vom Mai 1951, unter Übergehung der dazwischen liegenden Rundfragen, der letzten Rundfrage vom Dezember 1952 gegenübergestellt und so der Eindruck eines plötzlichen Anwachsens einer nationalsozialistischen Stimmung in der Bundesrepublik hervorgerufen worden.“<sup>1371</sup> Weiter hielt der Kanzler den HICOG-Demoskopen ein Zitat aus einem der früheren Berichte vor. Danach sprach aus den Ergebnissen auf die eingangs gestellte Frage keineswegs der Wunsch, das „Dritte Reich“ wieder auferstehen zu lassen, sondern nur der „Mangel begriffen zu haben, wie die Nazivorzüge und die Nazinachteile miteinander verbunden waren.“<sup>1372</sup>

In der FAZ gab es zur Umfrage ebenfalls die entsprechende Reaktion. Eine ausführliche Deutung erschien auch von Erich Peter Neumann, dem Chef des Allensbacher Instituts, am 21. Januar 1953 unter der bezeichnenden Überschrift: „Die Amerikaner und der Nationalsozialismus“.<sup>1373</sup> Darin kam Neumann, der von Otto Lenz zum demoskopischen

---

<sup>1368</sup> Zit. nach Herbert, Best, S. 468.

<sup>1369</sup> Vgl. Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 535.

<sup>1370</sup> Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode 1949, Bonn 1953, S. 11673f.

<sup>1371</sup> Vgl. Ebenda. Hajo Funke kommt zu dem Schluss, dass die Schwankungen der Umfragen der Jahre 1949 einerseits und 1952/53 andererseits zeigten, dass es sich nicht um „feste Einstellungen handelte“, sondern diese ereignisbezogen variierten. Vgl. Funke, Hajo, Republikaner, Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn. Zu den Potentialen der Rechtsextremen am Beispiel der Republikaner, Berlin 1989, S. 78.

<sup>1372</sup> Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode 1949, Bonn 1953, S. 11673f.

<sup>1373</sup> FAZ, 21.1.1953, S. 2 (Die Amerikaner und der Nationalsozialismus).

Hauptberater der Bundesregierung ernannt wurde<sup>1374</sup>, zu dem Resultat, „dass die deutsche Bevölkerung den Nationalsozialismus so beurteilt, wie er sich nach ihrer Perspektive dargestellt hat: als ein System wirtschaftlicher und sozialer Sicherung, das Verfolgung, Unterdrückung und Krieg zum Hintergrund hatte. [...] Jeder Psychologe weiß, dass die Masse nicht abstrahiert [...]. Sie ist also durchaus imstande, Erinnerungen an die wirtschaftliche Sorglosigkeit von 1936 und 1937 zu genießen, ohne im gleichen Atemzug an den innenpolitischen Terror dieser Jahre und an die bitteren Kriegsfolgen zu denken.“ Die US-Umfrage sei daher „gerecht und zuverlässig“ aber man solle jetzt herausfinden, wer die Schlussfolgerungen bewusst verfälscht habe.<sup>1375</sup>

In seiner Erklärung vor dem Bundestag beschränkte sich Adenauer darauf, den britischen Außenminister zu zitieren und festzustellen, dass dessen Erklärung im Unterhaus<sup>1376</sup> seine eigenen Ausführungen im Rundfunk bestätigt habe: „Die Tätigkeit der kleinen Minorität unverbesserlicher ehemaliger Nationalsozialisten stelle keine unmittelbare Gefahr für die demokratische Ordnung in Deutschland dar.“ Und weiter führte er aus: „Spuren nationalsozialistischer Gesinnung, die, wie sich das aus der Natur der Sache ergibt, hier und da zutage treten sollten, werden aufmerksam beobachtet werden. Sobald die gesetzliche Grundlage gegeben ist, wird dagegen vorgegangen werden und zwar mit aller Schärfe.“<sup>1377</sup>

Den Amerikanern trat Adenauer mit mehr Misstrauen entgegen als den Briten. Dies wurde bald offensichtlich. Während der Kanzler über Kirkpatrick kein böses Wort verlor, erhielt Samuel Reber, der kommissarische amerikanische Hohe Kommissar, die Kritik an der Veröffentlichung der HICOG-Umfrage schriftlich.<sup>1378</sup> Für Staatssekretär Lenz und den Kanzler lag es nahe, dass nach dem „sogenannten nationalsozialistischem Komplex, auch diese Sache weidlich“ gegen die Deutschen ausgenutzt werde. Gemäß Lenz roch es gar nach einem „Komplott gegen Deutschland und die Regierung“.<sup>1379</sup> Und auch einen Tag darauf war Adenauers Ärger wegen der Umfrage noch nicht verflogen. Er forderte Reber auf, ihm Näheres über die Gründe für die Veröffentlichung zuzustellen und in Zukunft Verlautbarungen solcher Art ohne vorherige Absprache mit ihm zu vermeiden.<sup>1380</sup> Tatsächlich nahmen die Amerikaner die Kritik des Kanzlers sehr ernst und

---

<sup>1374</sup> Vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 375

<sup>1375</sup> Vgl. FAZ, 21.1.1953, S. 2 (Die Amerikaner und der Nationalsozialismus).

<sup>1376</sup> Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 375.

<sup>1377</sup> Zit. nach: *Bulletin*, 23.1.1953, S. 115.

<sup>1378</sup> Adenauer, *Briefe 1951-1953*, S. 329f. Vgl. dazu auch: FAZ, 26.1.1953, S. 1 (Adenauer wird an Reber schreiben). Vgl. auch: Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 376.

<sup>1379</sup> Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 519.

<sup>1380</sup> Adenauer, *Briefe 1951-1953*, S. 330.

forschten nach, wie Middleton nur 40 Stunden nach dem Entwurf der Umfrage an das Material gekommen war. Sie räumten ein, dass die Umfrage tatsächlich nur ein leichtes Wachstum des Neonazismus anzeigte und natürlich allein für den internen Gebrauch erstellt worden war. Es stellte sich heraus, dass Middleton von seiner Zeitung die Anweisung erhalten hatte, das erneute Auftreten des Nazismus in Deutschland anzuprangern.<sup>1381</sup> An sich konnte das Vertrauen in die Kräfte und die Durchsetzungsfähigkeit der jungen Demokratie nicht als schlechtes Zeichen gewertet werden, dennoch kam bei vielen Bonner Größen eine gewisse Empfindlichkeit hinzu, welche die Frage nach der Sicherheit in der eigenen Sache berechtigte.<sup>1382</sup> Der für die innere Sicherheit zuständige Robert Lehr bemerkte nun bei jeder Gelegenheit, dass nicht nur das Ansehen der Regierung sehr gelitten habe, sondern auch ein Schritt bei den Alliierten erfolgen müsse. Dabei war Lehr nicht von seinen Ansicht abzubringen, dass hinter der englischen Maßnahme ein politischer Hintergrund stecken würde.<sup>1383</sup> Der Kanzler hatte für solche Verdächtigungen wenig Verständnis. Er führte aus, dass er sich in seinem Ansehen nicht beeinträchtigt fühle.<sup>1384</sup> Im Gegensatz zu Lehr hatte Adenauer am 21. Januar 1953 auch von den Engländern Material gezeigt bekommen, welches er als sehr belastend einstufte. Streng vertraulich hatte Kirkpatrick dem Kanzler einige Auszüge von Naumanns Reden gegeben, ihm erklärt, dass Waldemar Kraft und Artur Stegner mit Naumann konspiriert hatten und dass einige Bundesministerien unterwandert seien.<sup>1385</sup> Vor dem Bundesvorstand der Union formulierte Adenauer überspitzt: „[...] ich würde als deutscher Richter aufgrund dieser Dokumente Herrn Naumann wegen Hochverrats verurteilen.“<sup>1386</sup> Daher war er über den Eingriff der Engländer auch „gar nicht so sehr böse“, weil seiner Meinung nach damit weitere nationalsozialistische Bestrebungen diskreditiert waren.<sup>1387</sup> Eigentlich konnte der Kanzler ganz zufrieden sein, dass die Briten zugeschlagen und dies eben nicht den Deutschen überlassen hatten. So filterte er auch stets die positiven Seiten der Verhaftung für seinen kommenden Wahlkampf heraus: „Ich glaube, diese Aktion wird wirklich dazu beitragen, dass diese rechtsradikalen Elemente zurückgedrängt werden, was sonst allerdings für die FDP im neuen Bundestag – in geringerem Maße für

---

<sup>1381</sup> NARA, FO 371/103899, Mitteilung von Porter an Allen, 23.1.1953, (Confidential, 10225/1/9/53).

<sup>1382</sup> Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 377.

<sup>1383</sup> Ebenda, S. 377.

<sup>1384</sup> Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 532.

<sup>1385</sup> NARA, FO 371/103898, Brief von Allen, 21.1.1953, (Arrests of Ex-Nazis in Germany). Siehe auch: NARA, FO 371/103897.

<sup>1386</sup> Buchstab, *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953*, S. 309.

<sup>1387</sup> Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 537.

die Deutsche Partei – eine gewisse Gefahr dargestellt hätte.<sup>1388</sup> [...] Wenn die Bundesregierung einmal weitere vier Jahre hinter sich hat, dann glaube ich doch, dass die Rudimente der nationalsozialistischen Zeit so verkümmert sind, dass wir dann nichts mehr zu befürchten haben werden. Also dieser Fall Naumann verspricht eine Aktion von großer innenpolitischer Bedeutung auch für die Zukunft zu werden.“<sup>1389</sup> Mit dieser Analyse unterschied sich Adenauer von beinahe allen anderen führenden Politikern in Bonn.

Den Vorsitzenden der Fraktionen der CDU/CSU, der DP und der FDP des Deutschen Bundestages empfahl der Kanzler bezüglich der Naumann-Affäre größte Zurückhaltung.<sup>1390</sup> Aber in der Folgezeit verdeutlichte er immer wieder, dass er gleichzeitig eine wichtige, vor allem psychologische Aufgabe darin sah, die „früheren nationalsozialistischen Parteigänger, denen die Augen aufgegangen sind“, für den Aufbau des demokratischen Staates heranzuziehen.<sup>1391</sup> Dass Adenauer aber letztlich eine Doppelmoral vertrat, ließ sich aus einer Stellungnahme in der „Welt“ herauslesen, in welcher der Kanzler meinte: „Wenn ich Staatssekretär unter Goebbels gewesen wäre, würde ich mich in die finsterste Ecke verkriechen aus Scham wegen des Unheils, das der Nationalsozialismus über die Welt gebracht hat.“<sup>1392</sup>

In der FDP beschränkte man sich, was die Unterwanderungsansuldigungen betraf, erst einmal aufs Abstreiten. Im „Fall Naumann“ stellte sich der FDP-Bundesvorstand hinter Adenauers Regierungserklärung vom 21. Januar 1953 und wies am 24. Januar 1953, zwei Tage nach einem mehrstündigen Treffen zwischen dem Vorsitzenden der FDP Franz Blücher und dem britischen Hohen Kommissar<sup>1393</sup>, die Unterstellung antidemokratischer Tendenzen in den Reihen der eigenen Partei entschieden zurück<sup>1394</sup>. Gleichzeitig wurde jedoch beschlossen, eine Untersuchungskommission einzusetzen.<sup>1395</sup> Diese hatte die Aufgabe, Ermittlungen zu führen und das erarbeitete Material sowohl dem Bundesvorstand

---

<sup>1388</sup> Buchstab, Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953, S. 308.

<sup>1389</sup> Ebenda, S. 309.

<sup>1390</sup> Vgl. Adenauer, Briefe 1951-1953, S. 326.

<sup>1391</sup> SZ-Interview mit dem Bundeskanzler, 18.2.1953, S. 1f. (Adenauer: Keine neonazistische Gefahr).

<sup>1392</sup> Vgl. Kittel, Legende von der „Zweiten Schuld“, S. 246.

<sup>1393</sup> Mende, Die neue Freiheit, S. 257. Hier meinte Mende vermutlich ein Telefonat, das Blücher und Kirkpatrick in der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1953 führten. Blücher hatte erklärt, dass es bereits öffentlich bekannt sei, dass die FDP in Nordrhein-Westfalen vom Naumann-Kreis infiltriert sei. Blücher habe das Thema vor einem Monat mit dem nordrhein-westfälischen Justizminister diskutiert, der es als schwierig erachtete detaillierte Informationen zu bekommen. Blücher hoffte, die Aktion der Briten werde ihm die Möglichkeit eröffnen, unerwünschte Parteimitglieder in Nordrhein-Westfalen loszuwerden, wenn ihm die Briten entsprechende Namen geben würden. Abschließend spielte Blücher auf die Möglichkeit an, dass Naumann für einen illegalen Ost-West-Handel durch Belgien engagiert worden sei. Vgl. NARA, FO 371/103898, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 23.1.1953, (No. 91).

<sup>1394</sup> Vgl. FDK, 27.1.1953, S. 2 (FDP weist Verdächtigungen zurück).

<sup>1395</sup> Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 170.

als auch dem Landesverband Nordrhein-Westfalen vorzulegen. Auslöser dafür waren die von verschiedenen Anwesenden in der Bundesvorstandssitzung vom 24. Januar 1953 in diesem Zusammenhang gegen den Düsseldorfer Landesverband und dessen Vorsitzenden erhobenen schweren Vorwürfe.<sup>1396</sup> Auf jener Sitzung hatte auch Bundesjustizminister Dehler den Zustand in Nordrhein-Westfalen für unhaltbar erklärt und „eine einseitige Auslese der Geschäftsführer“ im Landesverband festgestellt, wo insbesondere Leute eingesetzt worden seien, „die im Dritten Reich tätig waren.“ Gemäß Dehler war in Nordrhein-Westfalen „ein wahrhaft demokratisches Parteienleben“ nicht mehr oder nur in sehr verkümmerter Form vorhanden. Er sah „Stoffe in den Parteikörper“ eindringen, die er als „nicht gesund“ bezeichnete.<sup>1397</sup> Gleichzeitig äußerte sich Dehler, in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der FDP in Bayern und als Mitglied des Führungsgremiums der Bundespartei, über die möglichen Erfolgchancen einer Unterwanderung: „Solche Umwandlungsversuche wären bei der Struktur der Freien Demokratischen Partei sinnlos, da wir die Elemente, die derartiges im Schilde führen, ohne Zweifel zeitig erkennen und ausschalten würden. Es sollte nicht übersehen werden, dass von den verhafteten Persönlichkeiten niemand Mitglied der FDP ist.“<sup>1398</sup>

Nichtsdestotrotz hatte die aufsehenerregende Verhaftung Naumanns zu erheblichen Spannungen zwischen dem rechtsgerichteten nordrhein-westfälischen Landesverband und dem FDP-Bundesvorstand geführt.<sup>1399</sup>

Middelhaue, der nordrhein-westfälische Landes- und stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, erklärte gegenüber der Presse, dass keine Beziehung seiner Partei zu den sieben Verhafteten oder deren Organisation bestehe. Dies sei erhärtet durch Prüfungen, welche die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes des Landesverbandes bei den Mitgliedern der Partei vorgenommen hätten.<sup>1400</sup> Er vertrat die Meinung, es handele sich „bei den Angriffen auf die demokratische Zuverlässigkeit der Bundesrepublik und bei der Missbrauchskampagne gegen einzelne Koalitionsparteien um eine einheitlich abgestimmte Aktion mit außenpolitischen Motiven.“ Die Verdächtigungen würden dem Kampf gegen die Europa-Verträge dienen und die sowjetische Störungspolitik begünstigen.<sup>1401</sup> Dieses dreiste Vorgehen erreichte seinen Höhepunkt als Middelhaue eine eingehende Erklärung

---

<sup>1396</sup> Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 153.

<sup>1397</sup> Vgl. Wengst, FDP-Bundesvorstand 1949-1954 (2), S. 822.

<sup>1398</sup> FDK, 29.1.1953, S. 4 (Nationalsozialistische Kampfgruppen. Schäfer und Dehler zur Eden-Erklärung).

<sup>1399</sup> Hüwel, Detlev, Karl Arnold. Eine politische Biographie, Wuppertal 1980, S. 285.

<sup>1400</sup> FAZ, 21.1.1953, S. 3 (Middelhaue drängt auf Klärung. Englische und amerikanische Abgeordnete sollen die Vorwürfe prüfen). Siehe dazu auch: NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 33, Bl. 10, Kurzer Abriss der Reaktionen.

<sup>1401</sup> Zit. nach Lange, Max Gustav, Die FDP – Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, S. 367.

der Vorgänge verlangte, durch die „das rechtsstaatliche Empfinden des deutschen Staatsbürgers empfindlich gestört“ worden sei.<sup>1402</sup> Dabei waren bereits am 19. Januar von FDP-Mitgliedern eidesstattliche Erklärungen abgegeben worden, die die Belieferung von Naumann und weiteren Angehörigen seines Kreises durch den Rednerschnellbrief bestätigten.<sup>1403</sup> Und bereits kurz nach den Verhaftungen hatte Heinrich Lindner, Diewerges persönlicher Assistent in der FDP, aus Opladen die ersten Vertuschungsaktionen eingeleitet, indem er die Bundesgeschäftsstelle anrief und erklärte, er habe seinerzeit die Firma Lucht als Bezieher des Rednerschnellbriefs angegeben und bitte darum, die Lieferung vorläufig einzustellen, „da dies jetzt wohl besser wäre“. Wenn weiter geliefert werden sollte, werde er sich melden.<sup>1404</sup>

Mit seiner Presseerklärung vom 21. Januar 1953, die FDP sei von einer Unterwanderung nicht betroffen, habe aber den Mut, die Tore weit zu öffnen, weil ehemalige Mitglieder der Nazipartei die Regeln einer demokratischen Partei akzeptiert hätten,<sup>1405</sup> ging Middelhaue durchaus ein Wagnis ein. Schon die hochkarätige Besetzung der Sonderkommission, welche aus dem Bundesjustizminister Dehler, dem Bundesbauminister Fritz Neumayer und dem niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Alfred Onnen bestand, verdeutlichte, dass die Anschuldigungen wohl mitnichten aus der Luft gegriffen waren.<sup>1406</sup>

Wie schwer die FDP tatsächlich infiltriert war, zeigte die Zusammensetzung des Komitees ebenfalls. Da Onnen mit Stegner konspirierte und mit Naumann in Kontakt gestanden hatte, kann auch die Untersuchungskommission als unterwandert betrachtet werden. Die Briten zogen denselben Schluss und bezeichneten Onnen selbst als „Kandidat für einen deutschen Kriegsverbrecherprozess“.<sup>1407</sup> Das gesamte Ausmaß wurde an einem Vermerk des FDP-Bundesgeschäftsführers Lothar Weirauch wenige Tage nach den Verhaftungen deutlich. Unabhängig voneinander hatten sowohl der Landeshauptgeschäftsführer der FDP in Berlin Jeserich als auch der Propagandareferent der Bundesgeschäftsstelle<sup>1408</sup> Erik Rinné mitgeteilt, der Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen Wolfgang Döring habe in einem privaten Kreis in Berlin freimütig

---

<sup>1402</sup> FAZ, 21.1.1953, S. 3 (Middelhaue drängt auf Klärung. Englische und amerikanische Abgeordnete sollen Vorwürfe prüfen).

<sup>1403</sup> BA, NL 80/260/168, Eidesstattliche Erklärung von Liselotte Margarete Müller, 19.1.1953. Sowie: BA, NL 80/260/169, Eidesstattliche Erklärung von Robert Müller Kox, 19.1.1953.

<sup>1404</sup> BA, NL 80/260/169, Eidesstattliche Erklärung von Robert Müller Kox, 19.1.1953.

<sup>1405</sup> NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an das Foreign Office, 21.1.1953, (No. 84).

<sup>1406</sup> Papke, Liberale Ordnungsmacht, S. 170.

<sup>1407</sup> NARA, FO 371/103927, Brief von Kirkpatrick an Roberts, 1.5.1953, (CW 10113/44).

<sup>1408</sup> Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung, S. 257.

erklärt, dass der jetzige Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Middelhaue kaum länger als ein bis zwei Jahre durchhalten werde. Danach werde man wahrscheinlich Mende für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden wählen lassen, um anschließend Naumann zu holen.<sup>1409</sup> Eine Resolution des Kreises Lippstadt, in der die Abberufung des gesamten Landesvorstands und die Entlassung hauptamtlicher Parteimitglieder aufgrund der Naumann-Verbindungen verlangt wurden, wies Döring als üble Diffamierung und Verleumdung zurück.<sup>1410</sup>

Middelhaues Beteuerungen, es handele sich bei der ganzen Angelegenheit um einen groß angelegten Versuch, die Partei zu diskreditieren, trafen offenkundig auf Zweifel. Nur mit Mühe gelang es ihm, die sofortige Abberufung von dem durch die Tagebuchnotizen belasteten Achenbach vom Vorsitz des Außenpolitischen Ausschusses zu verhindern<sup>1411</sup>, welche sowohl der Bundesvorstand und als auch die Landesverbände Hamburg und Berlin forderten.<sup>1412</sup> Auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden und mit Rücksicht auf die Befürworter Achenbachs, wie den Schatzmeister der FDP in Nordrhein-Westfalen Hans Wolfgang Rubin<sup>1413</sup> und den Landesvorsitzenden der FDP in Hessen August Martin Euler<sup>1414</sup>, beschloss der Bundesvorstand, dass Dehler und Blücher ein Gespräch mit Achenbach führen sollten, um ihm den Rücktritt naheulegen. Achenbach war gegenüber dem Druck jedoch völlig unempfindlich und nicht bereit auf eines seiner Ämter zu verzichten.<sup>1415</sup> Medienwirksam wurde Achenbach unterstützt vom Chefredakteur der „Aachener Neuesten Nachrichten“ Hermann Schaefer, der die Werbetrommel für ihn rührte. Schaefer beschrieb Achenbach als „Gerechtigkeitsfanatiker à la Kohlhaas, der nach dem Krieg Tausende in Deutschland davor bewahrt hatte, von der politischen Siegerjustiz verschlungen zu werden“ und prognostizierte: „Wenn am kommenden Wochenende die Entscheidung des Bundesvorstandes der FDP gegen Achenbach fallen sollte, ist das Vertrauen von Millionen zu einer Partei erschüttert, die in der FDP die Umrisse für die Plattform einer großen Rechtspartei erblickt haben.“<sup>1416</sup>

---

<sup>1409</sup> BA, NL 80/260/059, Anmerkung von Weirauch, 21.1.1953.

<sup>1410</sup> ADL, NI-827, EntschlieÙung, Freie Demokratische Partei Kreisverband Düsseldorf, 12.2.1953.

<sup>1411</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 96f.

<sup>1412</sup> Vgl. ADL, NI-828, Erklärung der Freien Demokratischen Partei Landesverband Hamburg, 26.1.1953. Siehe auch: ADL, NI-827, Antrag der Ortsgruppe Zehlendorf der FDP, ohne Zeit.

<sup>1413</sup> Siehe dazu: FDP-Bundesvorstand 1953/54, Nr. 28, 24.1.1953, S. 812, 814, 819f., 830. Rubin, der überzeugt war, dass die FDP nicht in Verbindung mit dem Naumann-Kreis gebracht werden könnte und die Engländer kein echtes Beweismaterial finden würden, sprach Achenbach mit dem Kreisverband Essen am 9. Februar 1953 das Vertrauen aus.

<sup>1414</sup> Vgl. Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 167, Fn. 68.

<sup>1415</sup> Ebenda.

<sup>1416</sup> Siehe: Aachener Neueste Nachrichten, 4.2.1953, (Wie einst im Mai).

Vermutlich um der Brisanz der Verhaftung „den Wind aus den Segeln zu nehmen“, schickte Achenbach auf Anweisung von Middelhaue Informationen an den amerikanischen Hochkommissar in Bonn sowie an den US-Senator Robert A. Taft.<sup>1417</sup> Middelhaues ungeschickte Vertuschungs- und Verharmlosungsversuche führten letztlich zu größerer Aufmerksamkeit auch in der ausländischen Presse. Einerseits wollte Middelhaue die demokratische Gesinnung der FDP unter Beweis stellen, indem er Mitglieder des britischen House of Lords und House of Commons sowie vom Senat der Vereinten Nationen nach Deutschland einlud<sup>1418</sup>, andererseits griff er die Briten direkt an, indem er behauptete, der Eingriff in die rechtliche Sphäre der Bundesrepublik sei gefährlicher als die sogenannte Verschwörung.<sup>1419</sup>

Trotz allem war Vizekanzler Blücher erfreut, weil er dachte, dass die Angelegenheit Middelhaue schaden würde.<sup>1420</sup> Wenige Tage nach der Verhaftung rief er die Briten an und zeigte ihnen seine ersten Untersuchungsergebnisse, eine Liste mit Namen ehemaliger Nationalsozialisten, die die Partei infiltriert hatten. Blücher sagte, dass es ihm sehr helfen würde, die Partei von unerwünschten Elementen zu säubern, wenn die Briten bekannt machten, dass auch der Name Naumann auf der Liste war. Von der weniger reputablen britischen Presse wurden diese Vorgänge aufgebauscht und behauptet, dass Naumann Zugang zu den geheimen Dokumenten des Büros des Vizekanzlers hatte.<sup>1421</sup>

Die Diskreditierungen und Presseäußerungen von Middelhaue führten zu einer außenpolitischen Aussprache zwischen Blücher und dem britischen Hohen Kommissar am 22. Januar 1953. Blücher hielt fest, er habe von dem Gespräch den Eindruck gehabt, dass Kirkpatrick durchaus gewillt sei, jeglichen Schaden von einer großen politischen Partei abzuhalten. Das Vertrauen zur Haltung der FDP bestehe nach wie vor.<sup>1422</sup> Nichtsdestotrotz nahm das Verhalten einiger FDP-Mitglieder immer groteskere Züge an. Der Bundestagsabgeordnete August Martin Euler wollte am 6. Februar auf einer Großkundgebung der FDP sprechen, um „gegen die politische Diffamierung durch die britische

---

<sup>1417</sup> NARA, FO 371/103899, Bericht von Allen, 26.1.1953, (Arrest of Ex-Nazis in Germany, CW 1015/94(2)).

<sup>1418</sup> Siehe: NARA, FO 371/103899, Telegramm No. 76 an Wahnerheide, 28.1.1953, (Arrest of Naumann Group in Germany). Den Amerikanern wurde von den Briten geraten, Middelhaue zu antworten, die Einladung könne nicht weitergeleitet werden, solange die Aktivitäten von Naumann noch von den Briten untersucht würden.

<sup>1419</sup> Er schob dabei sowohl dem Kanzler vor, der erst im letzten Moment informiert worden sei, als auch den Innenminister, der davon am nächsten Tag aus der Zeitung erfahren habe. Er beschwerte sich auch, dass der britische Hohe Kommissar Achenbach nicht die Erlaubnis gegeben hatte, seinen Klienten zu besuchen. Siehe dazu: NARA, FO 371/103897, Telegramm von Kirkpatrick an das Foreign Office, 21.1.1953, (No. 84).

<sup>1420</sup> Vgl. NARA, FO 371/103898, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 23.1.1953, (No. 91).

<sup>1421</sup> NARA, FO 371/103898, Mitteilung von Kirkpatrick an Roberts, 21.1.1953, (Secret, CW 1015/75).

<sup>1422</sup> ADL, N1-811, Bericht von Blücher über seine Kenntnisnahme über den Naumann-Kreis, 28.5.1953.

Hohe Kommission“ zu protestieren.<sup>1423</sup> Blücher schaltete sich ein und forderte Euler auf von der Kundgebung abzusehen und den Vizekanzler nicht in die Lage zu bringen, je nach gebrauchten Formulierungen davon öffentlich abzurücken, was einen weiteren Riss durch die Partei nach sich ziehen würde. Blücher hatte zwar mit seiner Intervention Erfolg, machte sich aber berechtigte Sorgen über die Zukunft der FDP in Nordrhein-Westfalen.<sup>1424</sup>

Middelhaaves Position nahm entgegen der Hoffnungen Blüchers keinen Schaden. Auf dem Dortmunder Parteitag der FDP am 7. März 1953 bekam er bei einem gegen ihn eingeleiteten Parteiausschlussverfahren 77 Prozent der Vertrauensstimmen und mit der Wiedereinsetzung von Rechenberg und Achenbach erfuhr er einen weiteren Teilsieg.<sup>1425</sup> Nach dem Dortmunder Parteitag war Middelhaave so gestärkt, dass er den ehemaligen SS-Obersturmbannführer und Oberbürgermeister von Gera Otto Zinn als Fraktionsgeschäftsführer der nordrhein-westfälischen FDP vorschlagen konnte, obgleich dieser nicht einmal Mitglied der FDP war.<sup>1426</sup>

Auch für den BHE hatte die Aktion der Engländer Konsequenzen. Dieser sah sich durch die nachweisliche Belastung Krafts mit erheblicher Kritik konfrontiert. Kraft beschränkte sich auf ein vollständiges Abstreiten. Gegenüber Fritz Przytulla, dem Chefredakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ versicherte Krafts Pressereferentin Gräfin Finckenstein noch im Februar 1953 mit größter Entschiedenheit: Kraft habe niemals (!), weder mit Herrn Naumann noch mit anderen Verhafteten des Kreises, Zusammenkünfte gehabt oder Gespräche geführt.<sup>1427</sup> Dies war umso peinlicher, als die Lokalzeitung anfang bei der Gattin von Zimmermann nachzuforschen und diese sich prompt erinnerte: „Wenn ich nicht irre, fand das Gespräch mit Herrn Kraft Ende Oktober oder Anfang November in unserem Hause in Düsseldorf statt. Herr Kraft war am Nachmittag bei uns. Wir hatten über diese Zusammenkunft, wie über alle anderen Besuche, die bei uns stattfinden, kurze

---

<sup>1423</sup> BA, NL 80/233/008, Aachener Nachrichten, 30.1.1953 (FDP im Angriff, Anlage zu einer Mitteilung an den Gesamtvorstand von Weirauch, 2.2.1953)

<sup>1424</sup> BA, NL 80/262/008-011, Brief von Blücher an Euler, 1.2.1953. Da die Briten keine Angaben zu den Gründen der Verhaftung machten, waren Parteimitglieder wie Mende, Rubin oder Euler überzeugt, dass Middelhaave und Achenbach von den Anschuldigungen befreit werden und an die Spitze kommen könnten. Außerdem kamen finanzielle Mittel aus eben diesen Kreisen.

<sup>1425</sup> NARA, FO 371/103925, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 3.3.1953, (No. 153). Sowie: NARA, FO 371/103925, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 10.3.1953, (No. 183).

<sup>1426</sup> ADL, NI-832, Bericht über die Wahl des Fraktionsgeschäftsführers der Landtagsfraktion der FDP für Dehler, 31.3.1953. Zinn war in seinen Entnazifizierungsverfahren in Kategorie III eingestuft worden. Ein objektives Prüfverfahren auf die Eignung Zinns, hatte Middelhaave abgelehnt. Eine Überprüfung von Zinn förderte seine Positionen im Dritten Reich zutage und dass er noch immer dem Totalitarismus verhaftet war.

<sup>1427</sup> NLA-Hstah, VVP 18 Nr. 76, Offener Brief von Pressereferentin Gräfin Finckenstein, 29.1.1953.

Notizen angefertigt. Als die Engländer bei uns Hausdurchsuchungen machten, haben sie diese Notizen mitgenommen.“<sup>1428</sup>

Am folgenden Tag erschien in dem Blatt ein weiterer Artikel „Kraft verhandelte mit dem Naumann-Kreis“, in dem übereinstimmend mit den Geständnissen von Kaufmann<sup>1429</sup>, Siepen und Zimmermann<sup>1430</sup> in den britischen Verhören, das Werben Krafts um Naumann und die ehemaligen NSDAP-Mitglieder beschrieben wurde. Zusätzlich deckte der Artikel auf, dass Kraft 1951 die Zustimmung seiner Parteifreunde zur Aufnahme der Hamburger Kaufmann-Gruppe in den BHE gefordert hatte, wogegen die BHE-Abgeordneten jedoch scharf Stellung bezogen hatten.<sup>1431</sup> Kraft beeilte sich, den Bericht zu dementieren: Weder 1951 noch zu einem anderen Zeitpunkt hätten Verhandlungen mit oben genanntem Personenkreis oder der angeführten Zielsetzung stattgefunden. Lediglich Kaufmann habe er im Internierungslager Neumünster-Gadeland kennengelernt.<sup>1432</sup> Pressereferentin Gräfin Finckenstein machte auch eine vertrauliche Meldung an den Bundesvorstand des BHE. Es habe lediglich eine unverbindliche informative Besprechung im Hause von Kraft mit dem ihm bis dahin unbekanntem Zimmermann stattgefunden. Später sei Naumann dazu gekommen, jedoch ohne in das Gespräch einzugreifen und nicht auf Veranlassung des BHE-Vorsitzenden. Alle übrigen Unterstellungen seien bössartige Verleumdungen eines aufgrund von Unterschlagungen hinausgeworfenen Fraktionsmitgliedes.<sup>1433</sup> Anfang März bezog Kraft noch einmal Position: „Selbstverständlich sind auch an mich ehemals führende Nationalsozialisten herangetreten, um sich in einem politischen Gespräch über den Standort des Gesamtdeutschen Blocks/BHE zu informieren. [...] Dass ein die Demokratie gefährdender Naumann-Kreis überhaupt existiere, ist mir zu jenem Zeitpunkt ebenso unbekannt gewesen, wie es mir noch heute zweifelhaft erscheint.“<sup>1434</sup> Kraft nannte auch seinen Mittelsmann Karl Kaufmann. Von dessen „Lauterkeit der politischen

---

<sup>1428</sup> NLA-Hstah, VVP 18 Nr. 76, Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung, 11.2.1953, (Um den heißen Brei herumgegangen).

<sup>1429</sup> Ebenda.

<sup>1430</sup> NARA, FO 371/103906, Bericht von Johnston an das Foreign Office, 19.2.1953, (Progress Report on Investigation of the Naumann Group). Naumann dachte, dass Krafts Interesse an dem Kreis daher rührte, ehemalige Nationalsozialisten anzusprechen. Er selbst lehnte es ab, als Repräsentant der Ehemaligen zu sprechen.

<sup>1431</sup> NLA-Hstah, VVP 18 Nr. 76, Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung, 12.2.1953, (Kraft verhandelte mit Naumann-Kreis).

<sup>1432</sup> NLA-Hstah, VVP 18 Nr. 76, Mitteilung an den Gesamtdeutschen Block durch Pressereferentin Gräfin Finckenstein, 12.2.1953, (Waldemar Kraft stellt richtig).

<sup>1433</sup> NLA-Hstah, VVP 18 Nr. 76, Mitteilung von Pressereferentin Gräfin Finckenstein an alle Mitglieder des Bundesvorstands, 13.2.1953.

<sup>1434</sup> General-Anzeiger, 1.3.1953, (Waldemar Kraft schreibt zur Naumann-Affäre).

Gesinnung [...] wie überhaupt von seiner persönlichen Unantastbarkeit“ war er so tief überzeugt, dass ihn die Tatsache der Verhaftung noch immer nicht zweifeln ließ.<sup>1435</sup>

Dass dies „heiße Luft“ war, bewies jedoch eine Aussage von Professor Heinrich Kunstmann, der nicht nur forderte die Dementis Middelhaues, Naumann und den anderen sofort vorzulegen, sondern auch die des „schamlosen BHE, mit Herrn Kraft an der Spitze, [...] damit nicht erst die Agenten der Parteien an sie herankämen um ihnen zu sagen, dass ja alles Taktik gewesen sei und nicht so ernst gewesen sei.“<sup>1436</sup>

Das Ausland konnte den Ereignissen und auch den Reaktionen in der BRD keine positiven Seiten abgewinnen. Am 19. Januar 1953 schrieb die FAZ: „Die Presse der Welt entwirft seit achtundvierzig Stunden düstere Bilder von der nationalsozialistischen Gefahr, die Deutschland von neuem bedrohe und die Sir Ivone Kirkpatrick aufgedeckt habe.“<sup>1437</sup> Und die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, in der Presse von Ländern, „in denen gewöhnlich mit Sympathie über die Entwicklung in der Bundesrepublik gesprochen“ werde, seien „Warnungen vor Deutschland zu finden, wie sie in den letzten Jahren kaum noch üblich waren.“<sup>1438</sup> Am 15. Januar 1953 äußerte „Le Monde“: „Die Nachricht von der Verhaftung sechs ehemaliger prominenter Nationalsozialisten im britischen Besatzungsgebiet wurde am Donnerstag in Paris als große Sensation empfunden. [...]“ Es sei festzustellen, „dass überall in Westdeutschland die alten Nazis wieder ihre Köpfe erheben.“ Die Zeitung vermutete, dass an eine Wiedererweckung der Nazi-Partei in aller Heimlichkeit und an eine Koordinierung der Arbeit aller Grüppchen, die wieder die alten Dogmen einführen wollten, gedacht worden sei. Die Entdeckung des Komplotts beweise die letztliche Erfolglosigkeit der Entnazifizierung und mache ferner deutlich, dass die Position der deutschen Partner des Westens nicht so gesichert sei, wie man in den offiziellen Kreisen annehmen wolle.<sup>1439</sup>

Bis auf die beiden rechts stehenden Zeitungen „L’Aurence“ und „Ce Matin“, die die Aktion der Briten überzogen fanden, pries die französische Presse den britischen Mut und sah das Vorgehen als eine Warnung und eine Lehrstunde der westlichen Besatzungsmächte. Denn die Alliierten hätten es nicht geschafft, die Deutschen von den Vorteilen der Demokratie zu überzeugen, urteilte „Le Monde“. Die kommunistische Presse nahm einen „Wir-haben-es-ja-gesagt“-Standpunkt ein und behauptete, die Verschwörung sei

---

<sup>1435</sup> General-Anzeiger, 1.3.1953, (Waldemar Kraft schreibt zur Naumann-Affäre).

<sup>1436</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 47-49, Besprechung mit Rechtsanwalt Krüger, Hamburg, 8.3.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1437</sup> FAZ, 19.1.1953, S. 1 (Was notwendig ist).

<sup>1438</sup> SZ, 17./18.1.1953, S. 1 (Verhaftung der Nazigrößen im Ausland stark beachtet).

<sup>1439</sup> Le Monde, 16.1.1953, S. 2 (Le complot Neo-Nazi. L’éternel retour).

eine Konsequenz des Bruchs des Potsdamer Vertrags durch die Westalliierten. „Libération“ warnte vor einer Ratifizierung der EVG-Verträge. Denn dann seien die Briten nicht zur Stelle, um eine Verschwörung aufzudecken.<sup>1440</sup> Die „Neue Züricher Zeitung“ attestierte ebenfalls eine „akute Gefahr“, allerdings nicht wegen eines gewaltsamen Aufstandes, sondern vielmehr aufgrund „des offenbar geplanten Zusammenspiels der nationalsozialistischen Gruppe Naumanns mit den ostdeutschen Kommunisten und Moskau“. Das Einschreiten des britischen Hohen Kommissars begründete sie mit der Affinität des Sowjetregimes zum Nationalsozialismus durch die demonstrative Diffamierung und Diabolisierung ganzer Gruppen von Juden im damaligen Prager Slanskyprozess.<sup>1441</sup>

Das Streben der Journalisten nach wissenschaftlicher Präzision und Objektivität war allerdings häufig nicht gerade groß. Viele hatten sich ihr Misstrauen gegenüber Deutschland bewahrt. Sie interpretierten das Zusammentreffen der HICOG-Umfrage mit der Verhaftung erneut aktiv gewordener Nationalsozialisten als eine fortdauernde verklärte Wertschätzung des Dritten Reiches.<sup>1442</sup> Zwar hatte der amerikanische Hohe Kommissar am 25. Januar 1953 erklärt, dass er alles tun werde, um den schlechten Eindruck, der durch die Veröffentlichung der Meinungsumfrage vor allem in Amerika entstanden war, zu zerstören<sup>1443</sup>, trotzdem wurden Westintegration und Aufrüstung der BRD in ein anderes Licht gerückt.

Eine amerikanische Nachrichtenagentur berichtete aus Bonn, man vermute dort als Beweggrund für das überraschende britische Vorgehen, den Wunsch, eine eventuelle Revision der umstrittenen Notstandsklausel des Generalvertrags von vornherein zu verhindern.<sup>1444</sup> Und auch in der gesamten französischen und englischen Presse erschien kaum eine Meldung über das „Komplott“, ohne nicht auch zugleich die Frage des EVG-Vertrages zu erwähnen.<sup>1445</sup> Eindeutig äußerte sich das House of Commons am 20. Januar. Es gebe keinen Grund, weshalb die Aktion die Ratifikation der Bonner Verträge und der EVG beeinflussen solle. Es bestehe vollstes Vertrauen, dass die Deutschen

---

<sup>1440</sup> NARA, FO 371/103896, Telegramm von Sir O. Harvey aus Paris an das Foreign Office, 16.1.1953, (No. 17).

<sup>1441</sup> Neue Züricher Zeitung, 18.1.1953, (Die Gruppe Naumann und Moskau).

<sup>1442</sup> Vgl. Jenke, Verschwörung, S. 171.

<sup>1443</sup> Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 539.

<sup>1444</sup> SZ, 17./18.1.1953, S. 1 (Verhaftung der Nazigrößen im Ausland stark beachtet). Vgl. dazu auch: NYT, 16.1.1953, S. 3 (7 Ex-Nazis seized in bid for power). Dazu hatte der britische Botschafter in Washington Christopher Steel dem stellvertretenden Unterstaatssekretär im Foreign Office in London Frank Roberts am 16. Januar 1953 geschrieben, dass er mehr Informationen über die Verhaftungen benötige, weil er andernfalls fürchte, keine guten Gründe dafür anführen zu können. In Washington könnte es einen lauten Aufschrei, wegen einer Sabotage des EVG-Vertrags geben. Dies bezüglich seien schon Tendenzen zu beobachten. Siehe: NARA, FO 371/103897, Mitteilung von Steel an Roberts, 16.1.1953, (British Embassy Washington, CW 1015/43).

<sup>1445</sup> Vgl. ADL, NI-2937, Antwort der FDP, ohne Zeit.

genauso erpicht darauf seien wie die Briten, eine mögliche Rückkehr der Nazis zu verhindern.<sup>1446</sup>

In Großbritannien nahmen die einen die Aktion als Beweis einer Notwendigkeit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die anderen glaubten, dass diejenigen in Frankreich, die die EVG ablehnten, durch den „Naumann-Skandal“ Argumente erhalten hätten. Gegner einer Wiederbewaffnung Deutschlands nutzten die Aktion zu einem heftigen Angriff gegen jede Rüstung.<sup>1447</sup> Polemisch fiel das Urteil der konservativen Londoner Zeitung „Evening Standard“ aus: „Ein Deutschland wiederbewaffnen, in dem der Nazismus stark ist und bald die Herrschaft erlangen kann? Ebenso gut könnte man einem Krokodil neue Zähne einsetzen. Großbritannien würde die skrupelloseste und verräterischste Macht bewaffnen, die auf dieser Erde lebt, und sich noch einbilden, dass sie uns verteidigen würde.“<sup>1448</sup>

Obwohl der französische Außenminister Robert Schuman es für unwahrscheinlich hielt, dass die Verhaftungen in der britischen Zone auf die französische Stimmung gegenüber der EVG einen negativen Einfluss ausüben könnten<sup>1449</sup>, waren zahlreiche Beobachter der Meinung, dass es nun weit schwieriger sein werde, das französische Parlament für die Ratifizierung der Bonner Verträge zu gewinnen.<sup>1450</sup> Diese Ansicht vertrat auch die „New York Times“ vom 16. Januar 1953: „Die Entdeckung wird zweifellos das Misstrauen in Frankreich und anderen Ländern stärken, Deutschland als Partner in ein vereintes Europa aufzunehmen.“<sup>1451</sup>

Einen weiteren Schwerpunkt des Komplotts legten die amerikanischen Berichtersteller sofort auf den Osten. Die „New York Times“ berichtete: „Das Gespenst einer neuen nazistisch-sowjetischen Verschwörung, analog dem Hitler-Stalin-Pakt von 1933, steigt am Horizont Europas empor. Es scheint mehr als nur reiner Zufall zu sein, dass der Beginn der antisemitischen Hetze in der Sowjetunion am nächsten Tag die Aufdeckung einer Naziverschwörung folgte, die die Regierung Adenauer stürzen wollte.“<sup>1452</sup> Und weiter: „Das vorliegende Beweismaterial ist noch unvollständig, aber schon jetzt scheint sich abzuzeichnen, dass die Verschwörer Verbindungen zu Vertretern des ostdeutschen

---

<sup>1446</sup> NARA, FO 371/103921, Stellungnahme des Außenministers im House of Commons, 20.1.1953, (Statement by the Foreign Secretary in the House of Commons).

<sup>1447</sup> SZ, 17./18.1.1953, S. 1 (Verhaftung der Nazigrößen im Ausland stark beachtet).

<sup>1448</sup> Zit. nach: FAZ, 23.1.1953, S. 2 (Stimmen der Anderen).

<sup>1449</sup> Schwarz, Hans Peter u.a. (Hg.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, Bd. I: 1. Januar bis 30. Juni 1953, München 2001, S. 98.

<sup>1450</sup> ADL, NI-2937, Antwort der FDP, ohne Zeit.

<sup>1451</sup> NYT, 16.1.1953, S. 3 (7 Ex-Nazis seized by British for plot).

<sup>1452</sup> Vgl. FAZ, 17.1.1953, S. 2 (Stimmen der Anderen).

Regimes und des Kremls besaßen. In einem isolierten Deutschland würden die Nazis am gefährlichsten werden, weil das Land allein durch seine Isolation in die Arme Russlands getrieben werden würde. Die von ihnen drohende Gefahr kann nur in einem Deutschland wirksam bekämpft werden, das fest zur Gemeinschaft der westlichen Welt gehört. Frankreich und die anderen europäischen Staaten sollten sich darüber klar sein und deshalb alle Anstrengungen machen, um Deutschland als Partner zu gewinnen.“<sup>1453</sup> Auch die Reaktionen Großbritanniens bewiesen Besorgnis darüber, „dass sich anscheinend unter den Augen der Bonner eine antiwestliche, antidemokratische und an Hitler anknüpfende Bewegung zu bilden“ versuchte.<sup>1454</sup> Der britische Außenminister Anthony Eden erklärte die Verhaftungen damit, dass die Leute konspirierten, um eventuell die Macht in Deutschland wieder zu gewinnen und darum antiwestliche Auffassungen und politische Ziele propagierten.<sup>1455</sup> Wenn auch kein Beweis für eine direkte Gefährdung der demokratischen Ordnung vorliege, so könne die potenzielle Gefahr jedoch in der Zukunft nicht ignoriert werden.<sup>1456</sup> Wie Frank Roberts am 24. Januar 1953 an Sir W. Strang schrieb, sei eine der Hauptschwierigkeiten und für ihn völlig unerwartet, die empfindliche Reaktion der britischen Presse wegen eines Wiederauflebens des Nazismus in Deutschland.<sup>1457</sup>

Den starken Presserummel in England nahm die FAZ am 24. Januar 1953 in dem Artikel „Britische Pressekampagne gegen Bonn“ zum Anlass, sich mit Darstellungen verschiedener britischer Medien zu beschäftigen. Dabei wurde festgestellt, „dass ein Teil der englischen Presse eine groß angelegte Kampagne gegen die angeblich nazistische Einstellung weiter deutscher Kreise und sogar offizieller staatlicher Stellen begonnen“ habe. Gemäß der FAZ wurde Bundeskanzler Adenauer persönlich von einzelnen Presse-Organen angegriffen, weil er angeblich durch seine skeptische Haltung die „Sache der Nazis“ praktisch unterstützt habe. Diese Argumente mussten auf die britische Öffentlichkeit den Eindruck machen, „dass sich die Deutschen offensichtlich in keiner Weise geändert hätten und, dass der Nationalsozialismus nach wie vor im ganzen deutschen Volk eine beherrschende Rolle spiele“.<sup>1458</sup> Auch in der australischen Presse wurde die Verhaftung Naumanns groß aufgemacht. Die irischen Tageszeitungen zeigten Verständnis für den

---

<sup>1453</sup> Zit. nach: FAZ, 17.1.1953, S. 2 (Stimmen der Anderen).

<sup>1454</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau, 16.1.1953, S. 2 (Besorgnis in England und Frankreich).

<sup>1455</sup> Vgl. Kittel, Legende von der „Zweiten Schuld“, S. 245.

<sup>1456</sup> Vgl. FAZ, 21.1.1953, S. 1 (Eden: keine unmittelbare Gefahr).

<sup>1457</sup> NARA, FO 371/103898, Brief von Roberts an Strang, 24.1.1953, (Top Secret).

<sup>1458</sup> Zit. nach: FAZ, 24.1.1953, S. 1 (Britische Pressekampagne gegen Bonn).

deutschen Standpunkt. Gleiches galt für Griechenland, dem zuviel medialer Lärm geschlagen wurde.<sup>1459</sup>

In einige Überseeländer, die auch in den britischen Handel einbezogen waren, hatten deutsche Export-Firmen Stellungnahmen geschickt, weil Geschäftsverträge für deutsche Waren aufgrund der politischen Unsicherheit, die aus der britischen Aktion gegen die Naumann-Gruppe resultierte, hinausgezögert wurden.<sup>1460</sup> So wurde dann auch immer wieder behauptet, das eigentliche Motiv der Aktion sei der englische Wunsch, Handelsverbindungen des Naumann-Kreises zur arabischen Welt zu stören, die der englischen Konkurrenz unangenehm seien.<sup>1461</sup>

Der Kanzler versuchte den Mutmaßungen schließlich am 27. Januar 1953 den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er auf einer Pressekonferenz erklärte, dass die Briten mit der Aktion keine hintergründigen politischen Motive verbanden. Kirkpatrick habe ihm versichert, dass er nach dem Ende der Untersuchung das gesamte Material bekomme.<sup>1462</sup> Schlussendlich könne auch er nichts kommentieren, ohne das Material nicht vollständig eingesehen zu haben.<sup>1463</sup>

Intern fanden die Briten an den Pressereaktionen bemerkenswert, dass es zwar viel Kritik über die politische Entscheidung gegeben hatte, jedoch keine deutsche Kritik am britischen Geheimdienst, an der Zensur oder dem Beobachtungssystem vorlag. Sie kommentierten dies mit der Feststellung, die Deutschen legten einen seltsamen Mangel an Neugier bezüglich der Wege und Mittel, die zu den Verhaftungen führten, an den Tag.<sup>1464</sup>

## **Untersuchungen und Prozessvorbereitung**

Anfänglich waren die Briten optimistisch, Naumann aufgrund des Belastungsmaterials – insbesondere durch die Auszüge der Reden – überführen zu können.<sup>1465</sup> Umso mehr, da Naumann in den ersten Verhören gestanden hatte, seine beschlagnahmten Reden gehalten zu haben und der Leiter des German Political Departments W. D. Allen hier

---

<sup>1459</sup> Siehe: BA, B 106/15561, Bl. 53, Naumanns Verhaftung in der Australischen Presse, ohne Zeit. BA, B 106/15561, Bl. 87, Naumanns Verhaftung in der Irischen Presse, 22.1.1953. BA, B 106/15561, Bl. 90, Naumanns Verhaftung in der Griechischen Presse, 17.1.1953.

<sup>1460</sup> NARA, FO 371/103899, Mitteilung der Britischen Hohen Kommission an das Foreign Office, 3.2.1953, (Restricted CW 1015/107).

<sup>1461</sup> Industrie Kurier, 24.2.1953, (Die Naumann-Affäre – ein Sowjetkomplott?). Siehe auch: Rudel, Trotzdem, S. 441.

<sup>1462</sup> NARA, FO 371/103921, Grobe Übersetzung von Adenauers Ausführungen auf einer Pressekonferenz, 27.1.1953, (Rough Translation of Dr. Adenauers remarks at press conference on January 27<sup>th</sup>).

<sup>1463</sup> NARA, FO 371/103921, Mitteilung von Roberts, 28.1.1953, (Secretary of State, CW 10110/9(2)).

<sup>1464</sup> NARA, FO 371/103904, Mitteilung von Ward an Roberts, 10.2.1953, (Secret 5/1/103/53G).

<sup>1465</sup> NARA, FO 371/103898, Telegramm vom Foreign Office nach Wahnerheide, 24.1.1953, (No. 59).

wenig Spielraum für eine Interpretation einräumte.<sup>1466</sup> Der Staatssekretär für Deutschlandpolitik in Großbritannien Frank Roberts attestierte den Reden, den Eindruck zu hinterlassen, von einem kühlen und entschiedenen Kopf verfasst worden zu sein, mit einem klaren Bild von Deutschlands gegenwärtigen Problemen und den internationalen Kräfteverhältnissen. Aufgrund der Reden nahmen die Briten an, dass Naumann die Infiltration der bestehenden Parteien plante, um eine naziideologische Bewegung zu gründen, die nach einigen Jahren, die Macht übernehmen könnte.<sup>1467</sup> Die Sicherheit einer Verurteilung Naumanns und seiner Gefährten schwand jedoch. Am 28. Januar 1953 betonte der britische Außenminister Anthony Eden, dass die Pläne der arrestierten Männer keine direkte Bedrohung für die demokratische Ordnung darstellten, aber eine Dauergefahr, die im Keim erstickt werden musste. Ziel der Männer um Naumann sei es gewesen, jeden Bereich des öffentlichen Lebens zu unterwandern, eine Massenbewegung zu schaffen, welche zu gegebener Zeit das bestehende Regime umstürzen könne.<sup>1468</sup>

Der Druck auf Kirkpatrick wuchs stetig, nicht nur von der deutschen Presse, sondern auch vonseiten der USA und von Frankreich.<sup>1469</sup> Kurz nach den Verhaftungen hatte sich der französische Botschafter in Großbritannien René Massigli an den Amtschef des britischen Außenministeriums Sir William Strang gewandt, um Informationen über die Verbindungen von Naumann in Westdeutschland zu erhalten und Andeutungen über Mosley sowie weitere neonazistische Verbindungen in Europa gemacht.<sup>1470</sup> Frank Roberts ordnete an, Massigli die Kopie des Dokuments, welches auch die Hohen Kommissare in Deutschland bekommen hatten, auszuhändigen.<sup>1471</sup> Am 29. Januar 1953 verlangte der französische Hochkommissar eine Erklärung für das Eingreifen.<sup>1472</sup> Die Briten, die vermuteten, dass sowohl der französische als auch der amerikanische Hochkommissar schon viele Informationen von den Deutschen erhalten hatten, erwogen nach leichter Vorsortierung einen Report zu übergeben, den Verfassungsschutzpräsident John bereits erhalten hatte. Er enthielt viele Auskünfte über die Kontakte Naumanns zu den Franzosen.<sup>1473</sup>

---

<sup>1466</sup> NARA, FO371/103898, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 25.1.1953, (No. 98).

<sup>1467</sup> NARA, FO 371/103898, Telegramm vom Foreign Office nach Wahnerheide, 26.1.1953, (No. 68).

<sup>1468</sup> NARA, FO 371/103921, Notizen für das House of Lords, 30.01.1953, (Notes for Lord Reading for Foreign Affairs Debate, Wednesday 4<sup>th</sup> February).

<sup>1469</sup> Eine knappe Woche nach den Verhaftungen schrieb Roberts an Kirkpatrick, da der Druck so erheblich zugenommen habe, sollten keine weiteren Informationen mehr an die Presse, Auswärtige Mächte oder unautorisierte Personen übergeben werden. Bei Ausnahmen wie dem Kanzler und den französischen oder amerikanischen Kollegen, sollte Kirkpatrick sich unverzüglich an Roberts wenden. Vgl. NARA, FO 371/103898, Mitteilung von Roberts an Strang, 22.1.1953, (Top Secret).

<sup>1470</sup> NARA, FO 371/103898, Geheimbericht von Strang, 19.1.1953, (Top Secret, CW 1015/66).

<sup>1471</sup> NARA, FO 371/103898, Mitteilung von Roberts an Strang, 22.1.1953, (Top Secret).

<sup>1472</sup> NARA, FO 371/103900, Bericht von Kirkpatrick an Roberts, 29.1.1953, (Secret, CW 1015/117).

<sup>1473</sup> NARA, FO 371/109564, Mitteilung von Barnes an Hancock, 13.2.1954, (Secret, CW 1017/7G).

Obwohl Naumann erst nach neun Wochen mit seinen Anwälten sprechen durfte und sich über die Verhörmethoden beklagte – beispielsweise wurden ihm mehrfach Stellungnahmen Bornemanns vorgelegt, obgleich dieser noch gar nicht verhaftet worden war – entwickelte sich das Verfahren günstig für ihn und die übrigen sechs Inhaftierten. Dies lag vor allem daran, dass sich neben dem Engländer Scott Henderson, Dr. Haack und Dr. Krüger, auch der Völkerrechtsprofessor Friedrich Grimm als Verteidiger von Naumann eingefunden hatte.<sup>1474</sup> Grimm glaubte mit „unbestechlicher Rechtlichkeit“<sup>1475</sup> – und dabei völlig die Tatsachen verkennend – die Situation sei ähnlich der des Ruhrkampfes von 1923. Dort hatte er versucht, die „deutschen Männer“ der Besatzungsmacht zu entreißen.<sup>1476</sup> Der Völkerrechtsprofessor wurde nicht müde zu betonen, dass es sich bei der „Naumann-Sache“ um politische Justiz<sup>1477</sup> handele, bei der die Politik über dem Recht stehe und dieses zur bloßen Prozessform herabsinken würde. Daher sei die politische Justiz mit rechtsstaatlichem Denken unvereinbar.<sup>1478</sup> Grimm verteidigte Naumann auch deshalb, weil er ihn kannte und „wusste, dass er ein rechtlich denkender Mensch war, ein Mann der Mäßigung, dem nichts von dem zuzumuten war, was ihm in der Aktion Eden-Kirkpatrick vorgeworfen wurde.“<sup>1479</sup> Grimm hatte während der Zeit des Dritten Reiches Auftragsarbeiten<sup>1480</sup> für das RMVP ausgeführt und dabei auch den jungen Staatssekretär Werner Naumann kennengelernt.<sup>1481</sup>

Mit Unterstützung aus Bundesinnen- und Bundesjustizministerium gelang es dem Anwalt und dessen Kollegen, binnen dreier Wochen ein Habeas-Corpus-Verfahren, welches auf dem englischen Staatsgrundgesetz von 1679 zum Schutz der persönlichen Freiheit beruhte, in Gang zu bringen.<sup>1482</sup> Am 5. Februar 1953 legte Achenbach eine Petition vor, um

---

<sup>1474</sup> Vgl. Naumann, Nau-Nau, S. 54, 59, 68.

<sup>1475</sup> Ebenda, S. 93. Naumann merkte bei diesem Punkt an, dass viele der derzeitig amtierenden Persönlichkeiten Grimm ihre Pensionen zu verdanken hätten, darunter auch Adenauer.

<sup>1476</sup> Vgl. Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 46ff.

<sup>1477</sup> Zu den Unterscheidungen der verschiedenen Fälle beziehungsweise Formen der politischen Justiz siehe: Kirchheimer, Politische Justiz, S. 81.

<sup>1478</sup> Vgl. Grimm, Friedrich, Politische Justiz die Krankheit unserer Zeit. 40 Jahre Dienst am Recht – Erlebnis und Erkenntnis, Preußisch Oldendorf 1974, S. 8, 14.

<sup>1479</sup> Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 12.

<sup>1480</sup> Mit Wolfgang Diewerge hatte Grimm bereits 1933 zu tun, als er in Kairo vor dem Internationalen Gerichtshof eine Klage zurückweisen sollte, die ein jüdischer Ägypter aufgrund der Veröffentlichung einer antisemitischen Hetzschrift durch den dortigen Deutschen Verein gegen den Präsidenten erhoben hatte. Diewerge sollte die Verhandlungen propagandistisch verwerten. Auch bei späteren Prozessen leistete das Duo Grimm-Diewerge wertvolle Dienste. Doch nicht nur seine juristische, sondern auch seine Frankreich-Expertise ließ Grimm sich von Hitler und Goebbels bezahlen und versorgte beide 1932 mit Informationen zur allgemeinen Lage in Paris. Im Auftrag von Ribbentrop institutionalisierte sich dieses Meldewesen. Auch zu Botschafter Abetz und Ernst Achenbach hatte Grimm engen Kontakt. Siehe dazu: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 58-61.

<sup>1481</sup> Ebenda, S. 61.

<sup>1482</sup> Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 40.

Naumann freizusetzen.<sup>1483</sup> Ausgangspunkt dafür bildeten die Festnahmen, die ohne richterlichen Beschluss ergangen waren und die Tatsache, dass die Inhaftierten später weder Richter noch Anklageschrift zu Gesicht bekommen hatten.<sup>1484</sup> Grimms Strategie sah vor, die von Kirkpatrick in Anspruch genommene „Prime Authority“ zu Fall zu bringen. Diese berief sich auf das Besatzungsstatut, war allerdings aber auf Situationen beschränkt, welche die Sicherheit der Besatzungsbehörden bedrohten.<sup>1485</sup> Dabei erhielt der Verteidiger zunächst von Justizminister Dehler Hilfe. Dieser hatte in Göttingen ein völkerrechtliches Gutachten in Auftrag gegeben<sup>1486</sup> und legte auch öffentlichen Widerspruch gegen die Rechtsauffassung des britischen Hohen Kommissars ein. Er erklärte, dass es nicht sein könne, dass jeder unter der Drohung stehe, verhaftet zu werden, ohne den Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren zu haben und zudem Maßnahmen ausgesetzt werde, die einem willkürlichen Ermessen entspringen würden.<sup>1487</sup> Während Grimm vor dem britischen Obergericht in Bielefeld plädierte, gelang es Dehler am 27. Februar das Kabinett in Adenauers Abwesenheit zu der Feststellung zu bewegen, der Justizminister habe diese Erklärung in seiner „dienstlichen Eigenschaft“ abgelegt.<sup>1488</sup> Und in einer Unterhaltung mit von Thadden und Verteidiger Krüger räumte Dehler ein, dass es ja seine Pflicht sei, sich der Sache anzunehmen, zumal den Verhafteten in Werl doch großes Unrecht zugefügt werde. Ein Kommunist im Wohnort der Ehefrau von Scheel habe dieser gegenüber nach der Verhaftung ihres Mannes zugegeben, dass er vom britischen Geheimdienst veranlasst worden sei, sie zu überwachen.<sup>1489</sup>

Solche Vorgänge mussten Achenbach und seine Mitstreiter in ihrem Tun zwangsläufig noch bestärken. Während der Verhandlung machte Achenbach dem Hohen Kommissar den Vorwurf, er sei willkürlich vorgegangen, gewissermaßen so, wie ein Diktator.<sup>1490</sup>

---

<sup>1483</sup> Vgl. Schriftwechsel in: NARA, FO 371/103900, Kopien des Schriftwechsels der alliierten Hohen Kommission mit Wahnerheide, 10.2.1953, (Copies of letters from the Allied High Commission Courts Rathaus, to the Legal Adviser, Wahnerheide, CW 1015/126). Siehe auch: Frei, Vergangenheitspolitik, S. 381.

<sup>1484</sup> Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 41ff.

<sup>1485</sup> Ebenda, S. 44-54.

<sup>1486</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 381. Der Gutachter Kruse veröffentlichte 1953 seine Untersuchung unter dem Titel: „Besatzungsmacht und Freiheitsrechte“. In dieser Studie wird in polemischer Form die Rechtmäßigkeit des britischen Vorgehens beleuchtet und auch die Pflicht der BRD betont, die Beschuldigten (Freiheit der Person nach innen und außen) zu schützen. Die Art des Eingriffs der britischen Besatzungsmacht wird hauptsächlich als unrechtmäßiger Eingriff in die Menschenrechte betrachtet.

<sup>1487</sup> Vgl. FDK, 26.2.1953, S. 9 ff., (Dehler: Die Freiheit der Person ist unverletzlich).

<sup>1488</sup> Booms, Kabinettsprotokolle 1953, S. 194f. u. Fn. 21. Vgl. auch: Frei, Vergangenheitspolitik, S. 381.

<sup>1489</sup> Vgl. NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 59-60, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Rechtsanwalt Krüger und Dehler, 11.3.1953, Verfasser v. Thadden. Siehe auch: NARA, FO 371/103899, Untersuchungsbericht von Johnston an Allen, 11.3.1953, (Progress Report No. 5 on Investigation of the Naumann Group). Mit diesem Rückhalt von Justizminister Dehler planten die Anwälte der Inhaftierten eine Kampagne gegen die Haftbedingungen im Werler Gefängnis.

<sup>1490</sup> Vgl. Naumann, Nau-Nau, S. 71f.

Naumann ging sogar noch weiter, indem er in diesem Zusammenhang Kirkpatrick gar die Schuld am Hergang des Zweiten Weltkrieges zur Last legte: „Sir Ivone Kirkpatrick, der 1953 den nichtsahnenden Dr. Naumann erlegte, ist derselbe Mann, der 1941 den Fall Rudolf Heß im Tower erledigte und damit jede Möglichkeit zerschlug, welche die Welt vor der heutigen unsicheren Lage bewahrt hätte.“<sup>1491</sup>

Dies verstärkte den Zugzwang des britischen Hohen Kommissars, der bereits in der ersten Februarhälfte ernste Zweifel zu hegen begann, ob die Delinquenten überhaupt bestraft werden könnten oder freigelassen werden müssten.<sup>1492</sup> Alfred Salat, der sich am 14. Februar 1953 freiwillig bei der Hohen Kommission meldete, wurde durch die Briten nicht einmal mehr festgesetzt. Aufgrund einer Reise hatte er nicht vorher verhaftet werden können.<sup>1493</sup>

Mitte Februar 1953 waren 30 Prozent der beschlagnahmten Dokumente untersucht, aber es war immer noch kein brauchbarer Strafbestand aufgebaut worden. Dies lag zum einen daran, dass sich die Verhöre nicht in die gewünschte Richtung entwickelten.<sup>1494</sup> Naumann machte Ausflüchte, verwickelte sich in Lügen und versuchte am Ende, die Briten zu überzeugen, dass Bornemann der Haupträdelsführer gewesen sei, der Treffen organisiert und Gäste eingeladen hatte.<sup>1495</sup> Zum anderen befanden die Briten sich in der misslichen Lage, dass sie ihr Wissen aus Geheimdienstmaterial bezogen, welches sich nicht durch vor Ge-

---

<sup>1491</sup> Naumann, Nau-Nau, S. 39.

<sup>1492</sup> Dies zeigte ein Bericht nach London vom 10. Februar 1953. Kirkpatrick stellte fest, dass bei einer Freisetzung keinesfalls Märtyrer aus den Inhaftierten gemacht werden dürften. Es müsse gezeigt werden, dass der Naumann-Kreis nicht nur die demokratische Ordnung, sondern vor allem auch die soziale Sicherheit gestört habe. Vgl. NARA, FO 371/103900, Bericht von Kirkpatrick, 9.2.1953, (CW 1015/113).

<sup>1493</sup> Salat schrieb an die Briten, er habe im Hamburger Anzeiger vom 19. Januar 1953 von seiner beabsichtigten Festsetzung erfahren und sei darüber hinaus in Bayern über die Absichten der Briten informiert worden. Salat erklärte, dass sämtliche Anschuldigungen nicht zutreffen würden und die Briten seine Abwesenheit nicht als Schuldeingeständnis interpretieren sollten. Er werde sich selbst ausliefern, wenn sie ihm zusicherten, dass er durch einen Anwalt vertreten werde. Die Briten gingen auf das Schreiben nicht ein. Sie waren zu dem Schluss gekommen, dass Salat zwar definitiv am Naumann-Kreis interessiert, zur Zeit der Verhaftung jedoch nicht in den Zirkel aufgenommen worden war. Bei der zweistündigen Wohnungsdurchsuchung von Salat war nur wenig Material gefunden worden, sodass das die B.I.O.G. ihn nicht mehr arrestieren wollte. Nach Abschluss der Untersuchungen wurde ihm dies auch mitgeteilt und er bekam seine Geschäftspapiere zurück. Siehe: NARA, FO 371/103904, Brief von Salat an Kirkpatrick, 14.2.1953, (Translation Alfred Salat to the High Commissioner). Vgl. auch: NARA, FO 371/103904, Brief von Ward an Roberts, 17.2.1953, (Secret, CW 1015/158 A).

<sup>1494</sup> Die Verhöre waren als Phasensystem geplant worden. In der ersten Phase sollten so viele Informationen wie möglich gesammelt werden. Naumann und Zimmermann verweigerten die Auskunft über Kontakte zu anderen Mitgliedern, ehemaligen Soldaten und Nationalsozialisten sowie Regierungsbeamten. In der zweiten Phase sollten die Angeschuldigten mit Dokumenten konfrontiert werden und Fragen zu Zielen des Kreises gestellt werden. Siehe dazu: NARA, FO 371/103904, Bericht über die Untersuchungen des Naumann-Kreises, 12.2.1953, (Progress Report on Investigation of the Naumann Group). Siehe auch: NARA, FO 371/103898. Über seine deutschen Kontakte sprach Naumann zum Schluss frei, verweigerte jedoch jede Auskunft über seine ausländischen Kontakte. Vgl. NARA, FO 371/103899, Untersuchungsbericht über den Naumann-Kreis, 4.3.1953, (Progress Report on Investigation of the Naumann Group, Secret).

<sup>1495</sup> NARA, FO 371/103906, Bericht von Johnston an das Foreign Office, 19.2.1953, (Progress Report on Investigation of the Naumann Group).

richt zulässige Beweise belegen ließ. Es war zwar einfach, die Verschwörung als solche zu beweisen, viel schwerer war es jedoch zu untermauern, dass sie das Ziel hatte, ein autoritäres Regime auf nationalsozialistischer Basis an die Macht zu bringen, insbesondere, weil auch keine Definition für ein „nationalsozialistisches Programm“<sup>1496</sup> beziehungsweise eine „nationalsozialistische Vereinigung“ existierte. Hier dachten die Briten daran, Historiker zu konsultieren, die sich an Hitlers 25-Punkte-Programm orientieren sollten. Dabei befürchteten sie jedoch, dass eine britische Definition von einem Team von Anwälten angegriffen werden würde, das selbst aus ehemaligen Nationalsozialisten bestand. Die Briten vermuteten, dass dieses ironischerweise sicherlich den Begriff „Nationalsozialismus“ noch negativer definieren würde als die Historiker, in der Hoffnung die Ideen ihrer Mandanten von den noch drastischeren Doktrinen abzugrenzen.<sup>1497</sup>

Naumanns Ziele waren in seinen Aufzeichnungen niemals klar definiert worden. Belegbar war nur, dass er das alte parlamentarische System durch eine „andere Regierungsform“ ersetzen wollte.<sup>1498</sup> Dies kommentierte der ehemalige Staatssekretär jedoch so, dass die meisten der notierten Punkte in seinen Aufzeichnungen von den anderen angesprochen worden waren und nicht unbedingt mit seinen eigenen Ansichten übereinstimmten.<sup>1499</sup>

Die übrigen Delinquenten waren zwar nicht so selbstsicher wie Naumann, lieferten jedoch nicht genug Material für ein Gerichtsverfahren. Siepen und Zimmermann machten allerdings erstaunliche Geständnisse, welche zur Unterstützung des Materials hinzugezogen wurden. Scheel gab freiwillig Informationen über seine Kontakte, wick jedoch allen Versuchen aus, Antworten über Verantwortlichkeiten innerhalb des Netzwerkes zu geben. Kaufmann wurde aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands ins Krankenhaus gebracht, bevor die Verhöre viel erreichen konnten. Scharpings und Haselmayers Wissen über Pläne und Aktivitäten stellte sich als sehr begrenzt heraus.<sup>1500</sup>

Allerdings begannen sich auch aus England kritische Stimmen zu melden, die Kirkpatrick's Entscheidung, die Inhaftierten wochenlang als persönliche Gefangene zu behandeln, anzweifeln. Sefton Delmer vom „Daily Express“ sammelte Material, um eine persönliche Attacke gegen Kirkpatrick vorzubereiten. Delmer, dessen Anliegen es kürzlich

---

<sup>1496</sup> NARA, FO 371/103904, Mitteilung von Johnston an Allen, 12.2.1953, (Secret). Siehe auch: NARA, FO 371/103898.

<sup>1497</sup> Ebenda.

<sup>1498</sup> Ebenda.

<sup>1499</sup> Vgl. NARA, FO 371/103899, Untersuchungsbericht über den Naumann-Kreis, 4.3.1953, (Progress Report on Investigation of the Naumann Group, Secret). Die Reaktion des Kanzlers sollte auch helfen, eine Entscheidung herbeizuführen. Vgl. auch: NARA, FO 371/103900, Aufzeichnungen von Roberts, 9.2.1953, (Secret, CW 1015/120).

<sup>1500</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

noch gewesen war, „die unschuldigen britischen Männer vor den Nazis zu warnen“, stand nun plötzlich auf „Du und Du“ mit Lea Lucht, Achenbach und Co. Er machte gemeinsame Sache mit ihnen, allein um das britische Außenministerium in Verlegenheit zu bringen.<sup>1501</sup> So erschien am 2. März 1953 im „Daily Express“ ein Artikel von Sefton Delmer „The secret men – an oh! The damage they do to Britain“, in dem der Autor anprangerte, dass keine Anklage erhoben werde und die Rechte der Inhaftierten nicht respektiert werden würden.<sup>1502</sup> Die Briten vermuteten, dass jemand unter ihnen Material an Delmer weitergegeben hatte. Nach einer internen Untersuchung war diese Unterstellung jedoch nicht haltbar. Stattdessen förderten sie zutage, dass Delmer Interesse an der Gehlen-Organisation hatte, mit der er sympathisierte.<sup>1503</sup> Tatsächlich schien die Hohe Kommission aber doch ein „Leck“ gehabt zu haben. Am 5. März rief zum zweiten Mal eine dunkel gefärbte Frauenstimme mit englischem Akzent bei Haselmayer zu Hause an und teilte seinem Assistenten, der das Telefonat annahm, mit, Haselmayers Gattin brauche sich keine Sorgen zu machen. In zwei Wochen werde ihr Mann wieder in Hamburg sein.<sup>1504</sup> In London und Wahnheide wurde der Wunsch laut, sich des Problems durch die Weitergabe an die Deutschen zu entledigen.<sup>1505</sup> Kirkpatrick plädierte nun mit Rückendeckung von Eden<sup>1506</sup> dafür, die Delinquenten für die Verschwörung zu bestrafen und Bornemann wegen Spionage zur Verantwortung zu ziehen, beziehungsweise dem Kanzler die Beweise auszuhändigen und ihn zu bitten, die Prozesse vor einem deutschen Gericht zu führen.<sup>1507</sup> Falls der Kanzler dies ablehnen würde, sollte ihm Kirkpatrick ausrichten, dass die Briten dies dann vor einem Zonengerichtshof tun würden.<sup>1508</sup> Entscheidungshilfe für den Kanzler kam von Dehler, der zur Zufriedenheit der Briten erklärte, dass die britischen Gerichtshöfe solche Fälle viel härter behandelten als die deutschen.<sup>1509</sup>

---

<sup>1501</sup> NARA, FO 371/103922, Mitteilung von Kirkpatrick an Roberts, 6.3.1953, (Copy, Kirkpatrick to Roberts).

<sup>1502</sup> NARA, FO 371/103922, Zeitungsausschnitt, 2.3.1953, (Daily Express, The secret men – and oh! the damage they do to Britain).

<sup>1503</sup> Vgl. NARA, FO 371/103922, Mitteilung von Johnston an Allen, 7.3.1953, (Secret, CW 10110/29).

<sup>1504</sup> Siehe dazu: NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 47-49, Aufzeichnung über eine Besprechung bei Rechtsanwalt Dr. Krüger, Hamburg, 8.3.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1505</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 382.

<sup>1506</sup> NARA, FO 371/103904, Brief von Eden an Kirkpatrick, 25.2.1953, (Secret, No. 82).

<sup>1507</sup> NARA, FO 371/103904, Bericht von Kirkpatrick an Eden, 21.2.1953, (Top Secret, Despatch No. 54).

<sup>1508</sup> NARA, FO 371/103904, Mitteilung des Foreign Office an Kirkpatrick, 25.2.1953, (Personal and Secret, CW 1015/160G). Siehe auch: NARA, FO 371/103906, Bericht von Simpson über die Habeas Corpus Prozesse, 23.2.1953, (Detained Nazis. Habeas Corpus Proceedings). Siehe auch: NARA, FO 371/103907, Bericht von Frank Roberts, 4.3.1953, (Detained Nazis: Future Conduct of Cases).

<sup>1509</sup> NARA, FO 371/103904, Brief von Roberts an Kirkpatrick vom 27.2.1953, (CW 1015/160G).

Kirkpatrick's Berater John Ward hatte bei Sir William Strang einen Antrag gestellt, den Deutschen bereits zu diesem Zeitpunkt einen Teil der Unterlagen auszuhändigen. Diese betrafen das Spionagenetzwerk der Ostzone, mit dem Bornemann kooperiert hatte. Bornemann selbst hatte immer noch nicht gestellt werden können, da er sich noch in der amerikanischen Zone befand. Da das Spionagenetzwerk direkt gegen die Bundesregierung gerichtet sei, sei es sinnvoll, wenn diese sich ebenfalls des Themas annehme, meinte Strang.<sup>1510</sup> Ohnehin liefen ja bereits die Prozesse in Hamburg gegen die Rädelsführer des Kreises um Moritz und Wehlen, die nach ihrer Festsetzung durch die Briten im April 1952 an die Deutschen übergeben worden waren. Aus einem Verfahren gegen Bornemann wegen Spionage erhoffte sich Kirkpatrick einen Prestigegewinn des Verfassungsschutzes und der deutschen Behörden sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Briten und dem Kanzler in der Naumann-Affäre. Der Innenminister Nordrhein-Westfalens Dr. Franz Meyers erklärte gar, dass man Bornemann sehr einfach festsetzen könne. Er habe sich ins Exil in ein Wintersportzentrum nach Bayern begeben.<sup>1511</sup>

Signalwirkung für die Briten hinsichtlich der Kooperationsbereitschaft von deutscher Seite hatte nicht nur ein Hörspiel im Nordwestdeutschen Rundfunk mit dem Titel „Der Fall Naumann“, in dem aus der Denkschrift „Der Gauleiter-Kreis“ zitiert und Verwicklungen und Erkenntnisse über den Naumann-Kreis richtig wiedergegeben wurden<sup>1512</sup>, sondern vor allem die Verhaftungen der Mitglieder des rechtsextremen und revanchistischen Freikorps Deutschland.<sup>1513</sup> Lehr hatte, um ein günstiges Klima zu schaffen und den

---

<sup>1510</sup> NARA, FO 371/103900, Mitteilung von Roberts an Strang, 11.2.1953, (CW 1015/124). Zwei Tage später fragte Lehr nach Unterlagen, die Aufschluss über die Gründe der Verhaftung geben sollten, da er dem Komitee zum Schutze der Verfassung einen Bericht vorlegen musste. Kirkpatrick sandte ihm lediglich Ausschnitte aus dem Statement Edens und bat ihn um Verständnis wegen der Untersuchungen. Vgl. NARA, FO 371/103898, Brief von Lehr an den Hohen Kommissar, 13.2.1953, (Translation. Letter from Minister of Interior, Dr. Lehr to the High Commissioner). Sowie: NARA, FO 371/103922, Brief von Kirkpatrick an Lehr, 21.2.1953, (CW 10110/24).

<sup>1511</sup> NARA, FO 371/103901, Bericht von Wahnerheide an Roberts, 10.2.1953, (Top Secret. Priority).

<sup>1512</sup> BA, NL 80/272/002-009, Aufzeichnung der Sendung des NWDR, 9.3.1953, Der Fall Naumann.

<sup>1513</sup> Das Freikorps Deutschland wurde aus Protest gegen die an der Verschwörung vom 20. Juli 1944 beteiligten Offiziere am 17. August 1951 in Hamburg unter Beteiligung der Bruderschaft, der SRP, des Bundes für Wahrheit und Recht und der Notgemeinschaft der SS gegründet. Nur einige der Organisationen stellten Mitglieder für das Freikorps, deren Schirmherr Hans Ulrich Rudel war. Das Freikorps wurde nach teilmilitärischen Regeln aufgebaut. Unbedingter Gehorsam und absolute Geheimhaltung waren Forderungen an alle Mitglieder. Die Ausweise der Mitglieder trugen lediglich eine Nummer. In seinem Programm verwendete das Freikorps 25 überarbeitete Punkte aus dem Parteiprogramm der NSDAP. Die Freikorpsmitglieder betrachteten sich selbst an den Hitlereid gebunden und Admiral Dönitz als Hitlers rechtmäßigen Nachfolger. Sie bezeichneten sich selbst als antisemitisch und standen in Opposition zu Jesuiten und Freimaurern. Politisch sollte die sogenannte „Deutsche Führerschaft“ eingeführt werden, ein „Schattenkabinett“ mit zehn Abteilungen. Das Freikorps selbst sollte von diesem „Schattenkabinett“ die Exekutive sein. Ergänzend dazu sollte ein „Reichs-Senat“ geformt werden, in den Delegierte aus Wirtschaft und Kultur entsendet werden sollten. Alle Entscheidungen und Maßnahmen des „Schattenkabinetts“ sollten dem

schlechten Eindruck von seinem Ministerium zu verbessern, den die Vereinigten Staaten durch die Naumann-Affäre erhalten hatten, die Führer des Freikorps Deutschland inhaftieren lassen.<sup>1514</sup> Kirkpatrick legte großen Wert darauf, dass seine Befürwortung der Aktion nicht als Patronage oder im Sinne von „die Briten haben mit Naumann selbst einen viel größeren Fisch gefangen“, ausgelegt wurde.<sup>1515</sup>

Aufgrund des „guten Willens“ von deutscher Seite händigte Kirkpatrick dem Kanzler am 2. März 1953 einen Großteil des Materials aus.<sup>1516</sup> Dieser zeigte sich davon beeindruckt und instruierte seine Experten, so schnell wie möglich die Beweise zu studieren. Er versicherte, das komplette Thema mit absoluter Geheimhaltung zu behandeln.<sup>1517</sup> Er vermittelte dem Hochkommissar bei dem Gespräch den Eindruck, die Delinquenten zumindest wegen „Geheimbündelei“ vor einen deutschen Gerichtshof bringen zu wollen.<sup>1518</sup> Am 11. März 1953 ließ der Kanzler im Bundesvorstand der CDU verlauten: „Das Verfahren gegen Naumann wird kommen, und zwar öffentlich, und zwar höchstwahrscheinlich vor einem deutschen Gericht.“<sup>1519</sup> Adenauer wusste, dass über die Übergabe der Inhaftierten von dem britischen Kabinett entschieden werden würde. Am 13. März 1953 sandte der Kanzler an Kirkpatrick daher einen Brief, in dem er diesen bat, „die Untersuchung und die Strafverfolgung gegen Naumann und die anderen Mitverhafteten den deutschen Behörden“ zu überlassen sowie die Akten dazu an ihn selbst zu überstellen.<sup>1520</sup> Adenauer wollte bestimmen, wer die (noch in London befindlichen) 30 Kisten Beweisdokumente zu sehen bekommen würde. Er beabsichtigte zu verhindern, dass der Bundesinnenminister Einsicht nahm, gegen den auch die Briten berechtigtes Misstrauen hegten.<sup>1521</sup> Es kam

---

„Reichs-Senat“ zur Entscheidung vorgelegt werden. Dementsprechend bemühte sich das Freikorps auch, die Macht im Staat zu übernehmen. Dies sollte über ein Volksbegehren geschehen, welches die „Deutsche Demokratie“ einführen sollte. Das Hauptziel war die gewaltsame Beseitigung der Regierung. Das Verbot des Freikorps Deutschland erfolgte am 8. Mai 1952 gemäß Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes. Es galt für das gesamte Bundesgebiet. Haftbefehle waren Anfang Februar 1953 für die leitenden fünf Mitglieder sowie 35 weitere erlassen worden. Dazu zählte Hermann Lamp als Leiter der Bewegung, Eberhard Hawranke, der Organisator in Bremen, Frauenfeld sowie Beck-Broichsitter. Ein Haftbefehl war auch gegen Scheel ausgestellt worden, der allerdings schon in Wahnerheide mit der Naumann-Gruppe festgesetzt worden war. Vgl. Sämtliche Schriftwechsel in NARA, FO 371/103901, (CW 1015/131 sowie CW 1015/133). Siehe auch: Die Neue Zeitung, 11.2.1953, (Bundesregierung verbietet Freikorps Deutschland).

<sup>1514</sup> Bock, Les rapports mensuels d'André François-Poncet, S. 899f.

<sup>1515</sup> NARA, FO 371/103900, Mitteilung von Roberts an Strang, 11.2.1953, (CW 1015/124). Vgl. auch: NARA, FO 371/103900, Telegramm von Kirkpatrick an das Foreign Office, 10.2.1953, (No. 159).

<sup>1516</sup> Vgl. NARA, FO 371/103912, Telegramm von Kirkpatrick an das Foreign Office, 24.4.1953, (Confidential, No. 124).

<sup>1517</sup> NARA, FO 371/103899, Bericht über die Naumann-Gruppe, 4.3.1953, (Progress Report on Investigation of the Naumann Group).

<sup>1518</sup> Vgl. Adenauer – Heuss, Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949-1959, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1997, S. 115.

<sup>1519</sup> Buchstab, Die Protokolle des Bundesvorstandes der CDU 1950-1953, S. 456.

<sup>1520</sup> Adenauer, Briefe 1951-1953, S. 349.

<sup>1521</sup> Booms, Kabinettsprotokolle 1953, S. 224f.

zum Eklat zwischen Innenminister Lehr und Adenauer. Lehr beschwerte sich, dass ihm das Material noch nicht zugänglich gemacht worden sei. Darauf erwiderte der Bundeskanzler, dass er dafür Verständnis habe, weil ein Mitglied des Bundesinnenministeriums sich in das Gästebuch von Naumann eingetragen habe, mit einem bismarckschen Spruch und mehreren Corpszirkeln. Dies war aber sicher nicht der einzige Grund. Noch am 3. Februar hatte Lehr behauptet, das Material beweise lediglich eine kleine Geheimbündelei. Dem Kanzler hatte er sein Misstrauen ausgesprochen.<sup>1522</sup>

Am 17. März lag Kirkpatrick's Zustimmung zu Adenauers Konditionen vor.<sup>1523</sup> Einen Tag später verwarf das Obergericht das Freilassungsbegehren des noch immer laufenden Habeas-Corpus-Verfahrens und bestätigte die Position des Hohen Kommissars. Da Naumann als Präzedenzfall für die übrigen Inhaftierten galt, lehnte der Hohe Gerichtshof die Habeas-Corpus-Petitionen von Scharping, Siepen und Zimmermann am 19. März 1953 ebenfalls ab.<sup>1524</sup>

Die Untersuchungshäftlinge sollten vorerst im Gefängnis in Werl bleiben, das ja bereits unter deutscher Verwaltung stand, und zugleich eine reguläre Strafanstalt war. Noch am Tag der Überstellung Naumanns an die deutschen Behörden unterrichtete der Kanzler den Bundespräsidenten, dass das außerordentlich umfangreiche Naumann-Material zurzeit noch vom Oberbundesanwalt geprüft werde. Dabei behauptete er, es stehe jetzt schon fest, dass auch nach deutschem Recht gegen vier bis fünf Personen Anklage wegen Geheimbündelei und Vorbereitung des Hochverrats erhoben werden könne. Weiter führte der Kanzler aus, unter den stark kompromittierten Persönlichkeiten befinde sich auch der Abgeordnete Dr. Ernst Achenbach. Daher rühre die Ablehnung der Engländer, Achenbach als Anwalt den Kontakt zu den Verhafteten zu gestatten.<sup>1525</sup>

Eine Bestrafung wegen Geheimbündelei war nicht abwegig. Der Jurist und spätere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger hatte noch am 19. März gegenüber von Thadden betont, dass er überlege, ein Hochverratsverfahren gegen Naumann anzustrengen. Kiesinger erklärte, Naumann sei hochintelligent und sicher ein besonders qualifizierter Verwaltungsmann. Was aber seine Stellung zum NS-Staat anbelange, so habe er nie das Gefühl loswerden können, dass bei Naumann noch „viele Schlacken“ seien. Er habe sich ja vor

---

<sup>1522</sup> Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 547.

<sup>1523</sup> Der Briefwechsel ist abgedruckt in: *Bulletin*, 18.3.1953, S. 497.

<sup>1524</sup> Vgl. Schriftwechsel in: NARA, FO 371/103900, Kopien des Schriftwechsels der Alliierten Hohen Kommission mit Wahnerheide, 10.2.1953 (Copies of letters from the Allied High Commission Courts Rathaus, to the Legal Adviser, Wahnerheide, CW 1015/126). Siehe auch: Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 381.

<sup>1525</sup> Adenauer – Heuss, *Unter vier Augen*, S. 118.

einigen Jahren mit Naumann unterhalten und dabei sei ihm aufgefallen, in welcher verkrampfter Art er immer wieder Dinge des Dritten Reichs zu verteidigen suchte, die nie entschuldigt werden könnten. Und er habe immer „richtig gezuckt“, wenn jemand Hitler als Verbrecher bezeichnete.<sup>1526</sup>

Am 20. März begannen in Werl die Vernehmungen durch deutsche Staatsanwälte. Am 28. März beantragte der Oberbundesanwalt gegen Naumann und die übrigen Festgenommenen Haftbefehl. Zugleich gab es einen Antrag auf Eröffnung einer gerichtlichen Voruntersuchung, welche faktisch auf ein Verfahren wegen Bildung einer „verfassungsfeindlichen Vereinigung“ und „Geheimbündelei“ abzielte.<sup>1527</sup> Der Bundesuntersuchungsrichter am Bundesgerichtshof entsprach den Anträgen. Anfang April wurden die Angeklagten von Werl nach Karlsruhe verlegt. Zukünftig war allein das Bundesgericht für die Angelegenheit zuständig.<sup>1528</sup>

### **3. In deutscher Haft (April-Juli 1953)**

Am 1. April 1953 wurden die Gefangenen mit Ausnahme von Kaufmann, der bereits am Vortag aus medizinischen Gründen entlassen worden war, von deutscher Seite in Gewahrsam genommen.<sup>1529</sup> Die Untersuchungsrichter begannen schnell darüber nachzudenken, welche Haftbefehle aufgehoben werden könnten. Am 2. April 1953 vermeldete die DPA, dass das Bundesgericht Scharping und Haselmayer auf freien Fuß gesetzt hatte, während Siepen, Naumann und Zimmermann noch in Haft blieben.<sup>1530</sup> Die Kosten des Verfahrens, einschließlich der den Angeschuldigten Scheel, Kaufmann, Scharping und Haselmayer erwachsenen notwendigen Auslagen wurden der Staatskasse auferlegt.<sup>1531</sup> Zwei Monate nach Beginn der Ermittlungen war es fraglich, ob es überhaupt zur Eröffnung eines Verfahrens kommen würde.

Die Übergabe der Inhaftierten in deutsche Hände bedeutete eine entscheidende Zäsur in der Naumann-Affäre. Sie hatte zur Folge, dass sich das Schwergewicht des Prozesses gegen Naumann mehr und mehr von der außenpolitischen auf die innenpolitische Seite

---

<sup>1526</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 58, Gespräch zwischen von Thadden und Kiesinger, 19.3.1953.

<sup>1527</sup> ADL, NI-833, An den Herrn Untersuchungsrichter der Bundesgerichtshofs, 28.3.1953.

<sup>1528</sup> Naumann, Nau Nau, S. 77.

<sup>1529</sup> NARA, FO 371/103912, 8. Untersuchungsbericht über die Naumann-Gruppe, 1.4.1953, (Secret, Progress Report No. 8).

<sup>1530</sup> AdG, 2.4.1953, S. 3953.

<sup>1531</sup> Siehe dazu: BA, NL 80/ 263/156-159, Ausschnitt aus der Abschrift des Urteils, ohne Zeit.

verlagerte.<sup>1532</sup> Zweifellos hatte sich auch die Rechtslage durch den Übergang in die deutsche Gerichtsbarkeit verschoben. Vor den deutschen Gerichten konnte keine Anklage wegen „Gefährdung der Sicherheit der Besatzungstruppen“ erhoben werden. Dieser Punkt wurde dann auch von englischer Seite nicht mehr weiter verfolgt.<sup>1533</sup>

Die Briten wollten sich jedoch nicht ausschließlich auf die Deutschen verlassen. Nach Übergabe der Delinquenten in die deutsche Gerichtsbarkeit begannen sie ein „White Paper“ vorzubereiten, in welchem die Ergebnisse der Untersuchungen aufgearbeitet wurden. Das „White Paper“ basierte auf drei Hauptquellen: dem Geheimdienstmaterial, das vor den Verhaftungen gesammelt worden war, den Dokumenten, die am 15. Januar beschlagnahmt worden waren sowie den Ergebnissen der Verhöre durch die Briten. Es enthielt einen Index von 185 Personen, die in engem Kontakt mit Naumann standen. Es sollte auch noch eine Liste mit wenigstens 1000 Namen der loserer Kontakte erstellt werden.<sup>1534</sup> Zu einer Veröffentlichung kam es jedoch nie.<sup>1535</sup>

Nach Adenauers Meinung war die Überstellung der Delinquenten an die deutschen Behörden ein Erfolg. In diesem Sinne berichtete auch die FAZ, fügte jedoch hinzu: „Allerdings sind auch Stimmen zu hören, dass es besser gewesen wäre, wenn die englischen Behörden das Verfahren, das sie eingeleitet hatten, auch abgeschlossen hätten, gerade weil Außenminister Eden selbst angedeutet habe, dass einige der Inhaftierten vielleicht nicht gerichtlich zu belangen sein würden. Nach Auffassung dieser Kreise bestehe nunmehr die Gefahr, dass eine Freilassung dieser Personen durch deutsche Gerichte wieder zu lebhafter Kritik an der deutschen Haltung führen werde, obwohl die englischen Gerichte ebenfalls eine Freilassung hätten verfügen müssen.“<sup>1536</sup>

Tatsächlich hatte das Foreign Office in seinem Telegramm vom 23. März 1953 verlauten lassen, dass lediglich Naumann, Scheel und Zimmermann zur Verhandlung an ein deutsches Gericht übergeben werden sollten. Die übrigen vier Delinquenten sollten freige-

---

<sup>1532</sup> Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 59.

<sup>1533</sup> Vgl. FAZ, 28.3.1953, S. 3 (Neue britische Vorwürfe befürchtet).

<sup>1534</sup> Siehe: NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1535</sup> Tatsächlich war die Frage der Veröffentlichung während des gesamten Prozesses ein Streitpunkt. Bereits am 30. April 1953 schrieb Kirkpatrick an Roberts, dass es Zeit für eine Publikation sei. Komme eine Veröffentlichung erst nach den Gerichtsprozessen, so fürchtete der Hohe Kommissar, könnten die Briten beschuldigt werden, die Prozesse des deutschen Gerichts zu kritisieren. Kirkpatrick veranschlagte einen Monat für die Sortierung und Übersetzung von 200 bis 300 Dokumenten. Ende Juni begannen erneute Diskussionen über ein Erscheinen des „White Paper“, falls Naumann freigelassen werden würde. Vgl. NARA, FO 371/103899, Bericht von Palliser, 26.6.1953, (Arrest of Naumann an his Associates, CW 1015/297/G). Sowie: NARA, FO 371/103912, Mitteilung von Kirkpatrick an Roberts, 30.4.1953, (Secret, CW 1015/284 I).

<sup>1536</sup> Vgl. FAZ, 28.3.1953, S. 3 (Neue britische Vorwürfe befürchtet).

lassen werden.<sup>1537</sup> Gleichzeitig hätten die Deutschen jedoch entschieden, Bornemann und Achenbach zu inhaftieren und den Prozess zu machen.<sup>1538</sup> Doch noch am Tag der Überstellung vermeldete Kirkpatrick dem Foreign Office, dass der Kanzler sich bezüglich Bornemann und Achenbach nun im Hintergrund halten wolle, um später nicht beschuldigt zu werden, die Bundesrichter beeinflusst zu haben.<sup>1539</sup>

In seiner Kabinettsklärung erklärte Adenauer, dass Naumann und Konsorten von „französischen und englischen Nationalisten“ Geld bekommen und tatsächlich die Absicht gehabt hätten, 1957 die Macht zu ergreifen.<sup>1540</sup> Diese Aussage wiederholte der Kanzler nochmals am 31. März und fügte hinzu, Naumann sei auch von belgischen Nationalisten unterstützt worden.<sup>1541</sup> Der Angeschuldigte bestritt dies und erklärte seine diversen Kontakte ins Ausland mit seiner kaufmännischen Tätigkeit in der Firma Lucht, die keinerlei politischen Hintergrund gehabt habe.<sup>1542</sup> An anderer Stelle gab Naumann jedoch Folgendes zu: „Ich habe in den vergangenen Jahren wiederholt mit deutschen und ausländischen Politikern gesprochen und mit diesen auch einen umfangreichen Briefwechsel geführt. Nichts anderes als Interesse am politischen Geschehen unserer Tage hat mich dazu veranlasst.“<sup>1543</sup>

Um das Gerücht zu zerstreuen, die britische Besatzungsmacht habe Naumann nur an deutsche Gerichte übergeben, weil sie keine Beweise dafür hatte, dass er gegen die Sicherheit der Besatzungsmacht agiert habe, betonte ein Regierungssprecher vor der Presse, dass Kommentare solcher Art nach Ansicht der Bundesregierung völlig falsch seien. „Vielmehr habe der Kanzler mit Nachdruck um die Übergabe in deutsche Hände ersucht, sodass nicht erklärt werden könne, dass die englische Seite indirekt jetzt einen

---

<sup>1537</sup> NARA, FO 371/103911, Telegramm vom Foreign Office an Wahnerheide, 23.3.1953, (No. 263).

<sup>1538</sup> NARA, FO 371/103907, Untersuchungsbericht, 18.3.1953, (Progress Report No. 6). Noch im Progress Report vom 23. März 1953 hieß es, die Deutschen hätten entschieden, Bornemann und Achenbach zu inhaftieren und ihnen den Prozess zu machen. Einen Tag später telegraphierte das Foreign Office nach Paris, dass die Statements, die Kirkpatrick an den Kanzler übergeben sollte, eigentlich auch einen Absatz zur Festnahme von Achenbach und Bornemann hätten beinhalten sollen, man diese jedoch nicht damit vorwarnen wolle. Bornemann sei in der amerikanischen Zone und Achenbach sei zu einem kurzen Besuch in Skandinavien und werde bei seiner Rückkehr verhaftet werden. Dies stellte sich jedoch als schwierig heraus. In Nordrhein-Westfalen konnte Achenbach aufgrund seiner Immunität als Mitglied des Landtags nicht verhaftet werden. Die Briten hofften nun, dass er sich aufgrund eines Aufrufs zum Naumann-Kreis nach Karlsruhe begeben würde, wo man ihn festsetzen wollte. Siehe: NARA, FO 371/103911, Telegramm vom Foreign Office nach Wahnerheide, 23.3.1953, (No. 263). Sowie: NARA, FO 371/103911, Telegramm vom Foreign Office an Paris, 24.3.1953, (No. 298). Und: NARA, FO 371/103911, Untersuchungsbericht, 25.3.1953, (Progress Report No. 7 on Investigation of the Naumann Group).

<sup>1539</sup> NARA, FO 371/103911, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 1.4.1953, (Secret. No. 354).

<sup>1540</sup> Booms, Kabinettsprotokolle 1953, S. 233.

<sup>1541</sup> Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 604.

<sup>1542</sup> Naumann, Nau-Nau, S. 13.

<sup>1543</sup> Ebenda, S. 128.

Irrtum eingestanden habe.“<sup>1544</sup> Auf Grundlage des Beweismaterials, welches dem Kanzler vorgelegt worden war, sei die britische Aktion durchaus richtig gewesen.<sup>1545</sup>

Für den „Sozialdemokratischen Pressedienst“ stand fest, dass die Briten „froh sein dürften“, „sich damit nicht mehr befassen zu müssen, denn, was immer Wahrheit und Dichtung, phantastische Träumereien oder ernsthafte Verschwörungsabsichten sein mögen, es scheint nicht auszureichen, um daraus eine Verurteilung nach bestehenden Militärgesetzen abzuleiten. Ein von britischen Gerichten möglicherweise verurteilter Naumann wäre zum nationalen Märtyrer gestempelt worden.“<sup>1546</sup>

In der Interpretation Naumanns handelte es sich bei der Überstellung der sieben Verhafteten an die deutschen Behörden um ein Eingeständnis der Briten, dass die englische Sicherheit nicht gefährdet worden wäre. Vermutlich mit der Absicht, seine Anhänger nicht zu enttäuschen, fügte er bei einer Stellungnahme noch zweideutig hinzu, dass der Tatbestand zumindest „durch rechtliche Mittel nicht geklärt werden konnte.“<sup>1547</sup>

Hatte Kirkpatrick Ende Februar 1953 verlauten lassen, dass er sozusagen noch unbeschränkter oberster Gesetzgeber und Richter sei<sup>1548</sup>, sah das britische Verhalten bezüglich der Naumann-Affäre einige Wochen später ganz anders aus. So hatte der britische Außenminister am 26. März im Unterhaus erklärt: „Ich bin der Auffassung, dass die Entscheidung, zu der jetzt Dr. Adenauer und die deutsche Bundesregierung gelangt sind und die von der Regierung Ihrer Majestät begrüßt wird, in vollem Umfang die unter meiner Verantwortung von dem britischen Hochkommissar aufgrund seiner Sonderbefugnis getroffene Maßnahme der Verhaftung dieser Leute zur Vernehmung rechtfertigt. Von Anfang an bestand unsere Absicht darin, eine ernste potenzielle Gefahr abzuwenden, die Tatsachen ans Licht zu bringen und es den deutschen Behörden und dem deutschen Volk zu ermöglichen, sich ihr eigenes Urteil über die Beschuldigten zu bilden. Ich bin sicher, dass dieser Zweck nun erfüllt wird [...]“<sup>1549</sup> Diese nachträgliche Rechtfertigung hatte Gründe. In der englischen Presse wurde das Vorgehen Kirkpatrick nicht nur günstig beurteilt. Einige Medien waren der Meinung, die Regierung sei über das Ziel hinaus-

---

<sup>1544</sup> Vgl. FAZ, 28.3.1953, S. 3 (Neue britische Vorwürfe befürchtet). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103922, Presseerklärung von Adenauer, 27.3.1953, (Translation of the Chancellor Dr. Adenauer's Statement to the CDU). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103911, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 30.3.1953, (No. 242).

<sup>1545</sup> NARA, FO 371/103922, Presseerklärung von Adenauer, 27.3.1953, (Translation of the Chancellor Dr. Adenauer's Statement to the CDU).

<sup>1546</sup> Vgl. AdG, 2.4.1953, S. 3934.

<sup>1547</sup> Naumann, Nau-Nau, S. 72.

<sup>1548</sup> Vgl. Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 465.

<sup>1549</sup> AdG, 2.4.1953, S. 3934.

geschossen und hätte den Fall nicht dramatisieren dürfen.<sup>1550</sup> Die britische „Times“ schrieb: „Das ist in jeder Hinsicht klug. Der Fall wäre um ein Haar zu einem unerfreulichen Problem in den britisch-deutschen Beziehungen geworden. [...] Es wäre jedoch besser gewesen, wenn die Bundesregierung die Initiative gegen diese Leute ergriffen hätte. [...] Falls wieder eine Aktion gegen Nazi-Gruppen notwendig sein sollte, würde diese wahrscheinlich gleich in deutsche Hände gelegt werden.“<sup>1551</sup>

Drew Middleton interpretierte die Überstellung der Inhaftierten in der „New York Times“ indessen höchst eigenwillig. Gemäß dem Journalisten waren sich die Briten sicher, dass bei der Verhandlung viele prominente Politiker in den Skandal verwickelt werden würden. Hinsichtlich der zukünftigen deutsch-englischen Beziehungen sei es somit besser, wenn die deutsche Regierung diese Dinge selbst behandeln würde. Außerdem wusste Middleton zu berichten, die Beamten der Vereinigten Staaten nahmen an, dass die Briten gesammelte Beweise ausstreuen würden, wenn bei der Untersuchung und der Bestrafung von Naumann und seinen Verbündeten durch die Deutschen, nicht den englischen Ansprüchen Genüge getan werde.<sup>1552</sup> Im Juni sollten sich diese Gerüchte bewahrheiten.

Obwohl es zwei Monate nach Beginn der Ermittlungen fraglich war, ob es überhaupt zur Eröffnung eines Verfahrens kommen würde, sah Kirkpatrick die Aktion noch immer als sinnvoll an. Er resümierte, dass der Naumann-Kreis nun unfähig schien, eine Rolle bei den Wahlen 1953 zu spielen und somit erneut vier Jahre Zeit gewonnen seien, in welchen die BRD sich weiter konsolidieren könne.<sup>1553</sup> Dass diese Einschätzung realistisch war, zeigte das Verhalten der Delinquenten.

Von Thadden berichtete von einer Besprechung mit Krüger und Kunstmann am 26. April 1953, bei der sich herausstellte, dass die Angeklagten sich gegenseitig belasteten. Lea Lucht habe sich über die Launenhaftigkeit Achenbachs beschwert. Kunstmann plädierte alles dafür zu tun, um Naumann nach seiner Entlassung von Achenbach und der FDP zu isolieren. Kunstmann wollte, dass Naumann für die DRP kandidierte.<sup>1554</sup> Dies war auch in von Thaddens Interesse, der bereits seit Anfang März mit dem Gedanken spielte, Kaufmann, den er von „seinem BHE-Traum kurieren“ wollte, und Naumann direkt nach

---

<sup>1550</sup> Vgl. Auszüge aus ausgewählten englischen Organen, wie dem „Observer“ oder dem liberalen Londoner „Economist“, abgedruckt in: Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 29.

<sup>1551</sup> The Times, 27.3.1953, S. 9 (The Naumann case).

<sup>1552</sup> NYT, 27.3.1953, S. 11 (Bonn takes over Nazi prosecution).

<sup>1553</sup> NARA, FO 371/103912, Bericht von Kirkpatrick an das Foreign Office, 24.4.1953, (Confidential No. 124).

<sup>1554</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 46, Vermerk über eine Besprechung mit Dr. Krüger in Hamburg, 26.4.1953, Verfasser v. Thadden.

seiner Entlassung, auf eine DRP-Kandidatur festzulegen. Er war davon überzeugt, dass sie in den Bundestag gewählt werden würden.<sup>1555</sup> Bei Kaufmann misslang dies. Jener trat ab 1953 nicht mehr politisch in Erscheinung. Stattdessen betätigte er sich als Juniorchef in einem Hamburger Versicherungsunternehmen, fungierte auch als Teilhaber einer chemischen Fabrik und brachte es bis zu seinem Tode 1969 zu großem Wohlstand.<sup>1556</sup>

Die Verhaftung durch die Briten hatte die Verbindung Naumanns zur DRP zwar erst einmal unterbrochen, nach der Überführung nach Karlsruhe war jedoch eine neue Kontaktaufnahme möglich. Im Mai 1953 war ein erster Brief zu Naumann geleitet worden, durch den dieser von den letzten Entwicklungen unterrichtet wurde, vor allem hinsichtlich der Sammlungsbestrebungen. Aus Karlsruhe schrieb Naumann an von Thadden, dass er jeden Versuch der Mitarbeit in den Parteien FDP und DP für völlig unsinnig halte. Auch die Mitarbeit im BHE sei nicht aussichtsreich. Daher bleibe nur die DRP, der er einen großen Wahlerfolg voraussagte.<sup>1557</sup> Für eine Mitarbeit stellte er folgende Bedingungen: Es sollte alles getan werden, um den Verdacht bezüglich einer Nachfolgeorganisation auszuschließen. Die Partei sollte sich eindeutig und vollinhaltlich zur Verfassung und zur Demokratie bekennen. Es sollten Persönlichkeiten als Kandidaten aufgestellt werden, die auf Grund ihrer schon erwiesenen Leistungen und ihres Charakters eine vorbildliche Arbeit für Deutschland erwarten ließen. Für die genaueste Einhaltung aller Vorschriften bezüglich der Wahlzulassung sollte gesorgt werden. Der Kampf sollte sachlich, ruhig und mit vertretbaren Parolen geführt werden. Es sollte sofort begonnen werden, Unterschriften in den Ländern zu sammeln. Hierfür nannte Naumann von Thadden Personen, die als Werber in den verschiedenen Ländern arbeiten könnten. Wichtig war für Naumann auch die Außenpolitik. Hier sollte stets mit dem Westen und der USA zusammengearbeitet werden.<sup>1558</sup>

Hinter den Kulissen bezog von Thadden die FDP durchaus in seine Planungen ein. Rechtsanwalt Krüger, der lange von der DP umworben wurde, war nämlich von Achenbach überzeugt worden, dass von der „Plüschsofa-Partei“ nichts zu holen sei und man in der FDP „vorankommen“ müsse. Dies befürwortete von Thadden, weil er durch die FDP möglichst viele Leute von rechts in den Bundestag bringen wollte, um sich dann nach der

---

<sup>1555</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 47-49, Vermerk über eine Besprechung mit Rechtsanwalt Krüger, 8.3.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1556</sup> Herbert, Ulrich, NS-Eliten in der Bundesrepublik, S. 97. Vgl. auch: Bajohr, Frank, Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, in: VfZG 43 (1995), S. 267-295.

<sup>1557</sup> Siehe dazu: NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 33, Bl. 17-19, Brief von Dr. Naumann aus Karlsruhe, ohne Zeit.

<sup>1558</sup> Ebenda.

Wahl, wenn die FDP „hoffentlich bald platzen“ werde, mit ihrem rechten Flügel zusammenzuschließen.<sup>1559</sup>

Von Thadden vereinbarte, dass Naumann als Spitzenkandidat für die Landesliste für Schleswig-Holstein aufgestellt werden sollte. Die Vorbereitungen wurden durch von Thadden bei gleichzeitiger Unterrichtung des Parteivorsitzenden geführt. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wurde auch der Parteivorstand informiert, um Naumanns Haftentlassung nicht durch die vorzeitige Bekanntgabe seiner Kandidatur zu erschweren.<sup>1560</sup>

Knapp drei Monate nach Beginn der Ermittlungen war es immer noch fraglich, ob es überhaupt zur Eröffnung eines Verfahrens kommen würde. Justizminister Dehler, der „die Maßnahmen, die die britische Besatzungsmacht für zweckmäßig hielt, von Anfang an bedauert“<sup>1561</sup> hatte, war im April noch davon überzeugt, dass das vorliegende Material zur Erhebung einer Anklage gegen Naumann nicht ausreichen werde. Für ihn war eine Gefahr der Infiltration des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen kaum gegeben.<sup>1562</sup> Nachdem er sich jedoch eingehend mit den belastenden Unterlagen beschäftigt hatte, sah er in der Affäre keine Lappalie mehr.<sup>1563</sup> Er äußerte gegenüber Kirkpatrick und Blankenhorn, dem Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, „dass das Unternehmen sehr viel gefährlicher sei, als man es hier hätte annehmen können.“ Naumann, der über einen starken Anhang in allen Teilen Deutschlands verfüge, führe viel Korrespondenz, die in die Tausende von Briefen gehe. Seine Tagebuchaufzeichnungen zeigten die Tätigkeit eines „Außenministers“ mit täglichen, sich bis tief in die Nacht hinein erstreckenden Besprechungen, über die im Einzelnen ausführliche Notizen und Protokolle vorlagen. Die Zahl seiner Kontaktpersonen belaufe sich auf ungefähr 3000.<sup>1564</sup> Der Angeklagte habe seine Verbindungen weit über Deutschland hinaus ausgedehnt. Aktive Verbindungsleute seien für ihn vor allem in Frankreich, England und den skandinavischen Ländern, aber auch in besonderem Umfang in Südamerika tätig geworden. Tatsächlich seien auch größere Zuwendungen aus dem Ausland erfolgt. So gebe es eine Überweisung von 60.000 DM von Mosley, dem Gründer der „British Union of Fascists“.<sup>1565</sup> Außerdem gebe es Berichte von Anhängern und Anhängerinnen Naumanns, die etwa so lauteten: „Hiermit melde ich, dass in der Parteiorganisation der FDP in Göttingen nunmehr alle wichtigen

---

<sup>1559</sup> NARA, FO 371/103907, 6. Untersuchungsbericht, 18.3.1953, (Progress Report No. 6).

<sup>1560</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 33, Bl. 42-44, Notiz über die Kandidatur Naumanns zur Bundestagswahl, 3.9.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1561</sup> Vgl. dazu: FDK, 26.3.1953, S. 5 (Naumann-Komplex wird durch deutsche Richter geprüft).

<sup>1562</sup> Zit. nach: Wengst, Thomas Dehler, S. 178.

<sup>1563</sup> NARA, FO 371/103912, Telegramm von Kirkpatrick an das Foreign Office, 11.4.1953, (No. 267).

<sup>1564</sup> Vgl. Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, S. 336f.

<sup>1565</sup> Ebenda, S. 337. Mosley dementierte dies am 7. Mai 1953. Vgl. auch AdG, 8.5.1953, S. 3984.

Positionen mit Anhängern der NSDAP und der SS besetzt sind.“ Hinsichtlich dieser Tatsachen beendete Dehler seine Ausführungen mit der Bemerkung, „das Studium der Akten habe ihn manchmal geradezu daran verzweifeln lassen, dass es in Deutschland je möglich sein würde, eine vernünftige Demokratie aufzubauen.“<sup>1566</sup> Achenbach, für den der Justizminister sich am 24. Januar noch eingesetzt hatte<sup>1567</sup>, hielt er nun für einen „Lügner und Schurken“ und bei Middelhaue hatte er eine Ahnung, „in der Naumann-Affäre nicht unschuldig“ zu sein.<sup>1568</sup> Kirkpatrick hatte den Eindruck, dass Dehler, der eng mit dem Vizekanzler zusammenarbeitete, nun sein Bestes tat, um Naumann strafrechtlich zu verfolgen und auch um die FDP politisch zu säubern.<sup>1569</sup> Am 27. März 1953 schrieb Dehler an den Bundesvorstand der FDP, den Landesvorstand der FDP in Nordrhein-Westfalen sowie die nordrhein-westfälische Fraktion der FDP im Landtag, dass er erwarte, dass Middelhaue aus eigenem Entschluss die Ämter in der Gesamtpartei und im Landesverband niederlegen werde. Wenn er sich dazu nicht entschließen könne, müssten ihn die zuständigen Gremien seiner Ämter entheben.<sup>1570</sup> Der Sinneswandel des Justizministers veranlasste Frau Lucht, ihm einen offenen Brief zu schreiben, in dem sie bemerkte, man werde bei seinem Vorgehen, das an Willkür dem Verhalten der Engländer in nichts nachstehe, allen deutschen Familien warnend zurufen müssen: „Schützt eure Telefone vor den Engländern und eure Gästebücher vor dem Justizminister.“<sup>1571</sup>

Nichtsdestotrotz reagierte der gesamte Bundesvorstand der FDP ähnlich wie Dehler und distanzierte sich erst nach der Sichtung des Belastungsmaterials von den Vorgängen in Nordrhein-Westfalen. Zum Sprecher machte sich sodann Hermann Schaefer, der am 1. April 1953 in der „Freien Demokratischen Korrespondenz“ einen scharfen Artikel gegen den national-liberalen Parteiflügel veröffentlichte. Er griff dabei vor allem die Wiederbeschäftigung prominenter NSDAP-Mitglieder in leitenden Positionen der Parteiorganisation an.<sup>1572</sup> Es wurde deutlich, dass die Affäre einen grundsätzlichen Klärungsbedarf in der Frage des Verhältnisses der FDP zu den ehemaligen Nationalsozialisten geschaffen hatte. Dazu nahm Dehler in einem Artikel der Parteizeitung mit der Überschrift „Klare Fronten“ Stellung: „Wir tragen niemandem den politischen Irrtum in einer vergangenen Zeit nach, aber wir scheiden uns mit aller Schärfe von denen, die nichts gelernt haben, die

---

<sup>1566</sup> Zit. nach: Schwarz, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, S. 338.

<sup>1567</sup> FDP-Bundesvorstand 1949-1954, S. 822.

<sup>1568</sup> Zit. nach: Wengst, Thomas Dehler, S. 178.

<sup>1569</sup> NARA, FO 371/103912, Telegram von Kirkpatrick an das Foreign Office, 11.4.1953, (No. 267).

<sup>1570</sup> ADL, NI-834, Denkschrift von Dehler an den Bundesvorstand der FDP, den Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen der FDP, die Fraktion der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen, 27.5.1953.

<sup>1571</sup> BA, B 106/15561, ohne Bl., Offener Brief von Lucht an Dehler, 18.5.1953.

<sup>1572</sup> FDK, 1.4.1953, S. 2ff. (Schaefer: Um die Einheit der Freien Demokratische Partei).

da erklären, dass sie ihre alten Ideale nicht vergessen haben, dass sie sich als Erben und Vollstrecker des nationalsozialistischen Vermächtnisses betrachten, die wieder einmal versuchen, unter Missbrauch der demokratischen Spielregeln die Demokratie zu Fall zu bringen. Die letzten Wochen haben uns in erschreckender Weise gezeigt, dass diese gefährlichen Toren wieder am Werke sind. Wer an ihrem Geiste teil hat oder wer sich auch nur mit ihnen eingelassen hat, taugt nicht für uns.“<sup>1573</sup>

Dehler holte erschreckende Berichte ein. So zeichnete Kurt Blankenburg, der führende Kopf der Linksliberalen in Duisburg<sup>1574</sup>, am 9. April 1953 in seiner Darstellung das „bestürzende Bild der Wandlung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen von einer liberalen Partei zu einer wohl noch unklaren, aber doch wohl dem allgemeinen Sprachgebrauch als neofaschistisch zu bezeichnenden.“<sup>1575</sup> Im Landesverband habe anfangs ganz unmerklich, später aber sehr deutlich eine bewusste Infiltrierung mit früheren führenden Nationalsozialisten beziehungsweise „Einpeitschern“ des nationalsozialistischen Systems stattgefunden. Der gesamte Geschäftsführerapparat sei fast ausschließlich mit früheren NSDAP-Größen besetzt worden. Mit der Annahme des „Deutschen Programms“ auf dem Landesparteitag in Bielefeld habe sich der nordrhein-westfälische Landesverband völlig von der politischen Linie der Gesamtpartei entfernt. Bei den Kommunalwahlen 1952 in Nordrhein-Westfalen habe der Landesverband im Sinne der von ihm propagierten Nationalen Sammlung Wahlgemeinschaften mit der DP empfohlen. Die Landesgeschäftsführer hätten den Auftrag erhalten, in allen Kreisverbänden entsprechende Listengemeinschaften mit der DP durchzusetzen. Es sei bekannt, dass es sich bei den damaligen führenden Leuten der DP in Nordrhein-Westfalen um neofaschistische Elemente handele, die inzwischen aus der Partei ausgeschlossen worden seien. Zur besseren Durchsetzung der Ziele des Landesverbandsvorstandes von Nordrhein-Westfalen hätten die Landesgeschäftsführer zusammen mit den Kreisgeschäftsführern den Auftrag erhalten, die alten Mitglieder der FDP, die zum liberalen Programm der Bundespartei standen, systematisch auszuschalten und in den Kreisverbänden durch Unterwanderung mit neu anzuwerbenden Mitgliedern, die ausschließlich aus Kreisen der früheren NSDAP und teilweise der Soldatenbünde stammten, Mehrheiten zu schaffen, die jegliche Opposition gegen die Linie des Landesverbandsvorstandes unmöglich machten. Entsprechend sei in Duisburg verfahren worden, nachdem hier ein

---

<sup>1573</sup> Zit. nach: AdG, 15.4.1953, S. 3951.

<sup>1574</sup> Brauers, Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953, S. 618.

<sup>1575</sup> ADL, N1-827, Bericht von Blankenburg für Dehler, 9.4.1953.

früherer Funktionär der NSDAP aus Bayern, Herr Bakker, als Kreisgeschäftsführer eingesetzt worden sei. Der Erfolg sei in Duisburg nicht ausgeblieben.<sup>1576</sup>

Ende April sollte die Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP in Bad Godesberg stattfinden. Während Blücher im Vorfeld der Sitzung Kirkpatrick traf und ihm versicherte, dass eine Säuberung stattfinden werde, er jedoch bezweifelte, dass die Beweise für eine Bestrafung Achenbachs ausreichten,<sup>1577</sup> machte Middelhaue zwei Tage vorher gegen die geplante „Säuberung“ Stimmung. Er schickte ein Rundschreiben an die Verbände in Nordrhein-Westfalen, in dem er erklärte, die Öffentlichkeit werde über unbekannte Kanäle mit Alarmnachrichten versorgt. Middelhaue monierte, dass weder dem Landesverbandsvorsitz noch ihm als Landesverbandsvorsitzendem die entsprechenden Unterlagen zugeleitet worden seien. Die Vorlage des Belastungsmaterials erwartete er in der kommenden Sitzung.<sup>1578</sup>

Am 25. und 26. April 1953 erstattete die Dreierkommission dem Bundesvorstand einen ersten Zwischenbericht. Hatte Kommissionsmitglied Onnen noch am 12. April in seinen Unterlagen vermerkt, dass die Naumann-Angelegenheit maßlos übertrieben werde<sup>1579</sup>, erklärte er hier gemeinsam mit Neumayer und Dehler, dass sich diverse Verbindungen Naumanns zur nordrhein-westfälischen Parteiführung nicht mehr leugnen ließen.<sup>1580</sup> Einzelne Bundesvorstandsmitglieder forderten Middelhaue nun unumwunden auf, die politischen Konsequenzen zu ziehen und von seinen Ämtern zurückzutreten.<sup>1581</sup> Dehler attackierte Middelhaue heftig: „Wenn das nicht genügt, Sie politisch zu töten, ist es hoffnungslos.“<sup>1582</sup> Daraufhin behauptete Middelhaue, ein genauso guter Liberaler zu sein wie seine „Ankläger“. Zwecks Überprüfung bat er um die Überweisung der englischen Akten an den Landesvorstand Nordrhein-Westfalen. Dies brachte die Vertreter der liberalen Landesvorstände endgültig auf. Sie gaben Middelhaue zu verstehen, dass sie jegliches Vertrauen in ihn verloren hatten, und forderten die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Landesparteitages in Nordrhein-Westfalen. Bis zur endgültigen Klärung der gegen ihn gerichteten Vorwürfe sollte Middelhaue seine Parteiämter niederlegen. Daraufhin ersuchte Middelhaue die anwesenden Politiker des FDP-Bundesvorstandes eine Resolution zu fassen, die in der Öffentlichkeit keinen irreparablen

---

<sup>1576</sup> ADL, N1-827, Bericht von Blankenburg für Dehler, 9.4.1953.

<sup>1577</sup> Vgl. NARA, FO 371/103927, Telegramm von Kirkpatrick an das Foreign Office, 17.4.1953, (No. 287).

<sup>1578</sup> BA, NL 80/259/120, Rundschreiben von Middelhaue an die FDP-Landesverbände von Nordrhein-Westfalen, 23.4.1953.

<sup>1579</sup> ADL, N77-74, Vermerk von Onnen, 12.4.1953.

<sup>1580</sup> Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 171.

<sup>1581</sup> Vgl. Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 98 Fn. 211.

<sup>1582</sup> Zit. nach: Wengst, FDP-Bundesvorstand 1949-1954 (2), S. 951f.

Schaden anrichten würde.<sup>1583</sup> Nach zwanzigstündiger Debatte kam der Parteivorstand zu einem Ergebnis: Middelhauve behielt seine Funktionen in der Partei.

Als die Sprache auf die niedersächsische FDP kam, erklärte Stegner in Bad Godesberg, dass sich in der FDP in seinem Bundesland niemand befinden würde, der von Naumann empfohlen worden war. Er – der noch im Vorjahr mit seinem Landesverband die Führungsrolle in der Nationalen Opposition einnehmen wollte – behauptete nun, der „stärkste Gegner“ der Nationalen Sammlung gewesen zu sein und sich daher auch mit Euler und Middelhauve darüber verfeindet zu haben, weil er diesen Dingen den „stärksten Widerstand“ entgegengesetzt habe.<sup>1584</sup> Aber Stegner war durch einen Brief von Horst Huisgen an Kaufmann vom 20. Mai 1952 stark belastet. Dazu kommentierte Stegner: „Sollte Huisgen diesen Brief geschrieben haben, den ich nicht kenne, dann wäre das eine Belastung, die ich sofort untersuchen werde, und ich werde dann auch die notwendigen Konsequenzen ziehen.“<sup>1585</sup> Rückendeckung bekam er von Onnen, der schnell ergänzte, er habe die Dinge geprüft und die ersten Ergebnisse würden keine so große Rolle spielen. Nicht überraschend war auch Onnens vorläufige Erklärung: „Wir haben im Land Niedersachsen Huisgen die Möglichkeit gegeben, diese Kreise, zu denen er persönliche Beziehungen hatte, abzutasten. [...] Huisgen hat damals wortwörtlich aufgrund seiner Ermittlungen auf die Gefährlichkeit dieser Leute hingewiesen.“ Der Sündenbock wurde an die nicht mehr existente SRP weitergereicht, über die Onnen meinte: „Das sind ja die Naumann-Leute“.<sup>1586</sup>

Nachdem das Belastungsmaterial in der Presse die Runde gemacht hatte, tendierte der FDP-Vorstand dazu, Achenbach die Rolle des Hauptschuldigen zuzuweisen.<sup>1587</sup> Erich Mende erklärte: „Der böse Geist ist Achenbach, und sein schlechter Einfluss hat sehr viel

---

<sup>1583</sup> Vgl. Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 158.

<sup>1584</sup> BA, NL 80/259/018-021, Abschrift eines Briefs von Adalbert Schreiber an Dehler, 9.4.1954.

<sup>1585</sup> BA, NL 80/248/119-124, Zwischenbericht von Dehler für den Vorstand der Bundespartei der FDP über die Vorkommnisse im Landesverband Niedersachsen, 10.6.1953.

<sup>1586</sup> BA, NL 80/259/018-021, Abschrift eines Briefs von Adalbert Schreiber an Dehler, 9.4.1954. Über den Sachverhalt bezüglich der Belastung Stegners sprach Dehler ein zweites Mal am 3. Juni 1953 mit Stegner, Onnen, Huisgen und Freiburger. Hier gab Stegner an, er habe Huisgen beauftragt, Fühlung mit Kaufmann aufzunehmen. Den Brief allerdings habe Stegner nicht gekannt und halte ihn für eine „große Torheit“. Trotz der Rechtfertigungen Huisgens, „die deutsche Jugend von dem Phantom, die Weltgeltung Deutschlands in militanter Weise durchsetzen zu wollen, zurückzuhalten“ und Kaufmann von den Zielen der FDP zu überzeugen, kam Dehler zu dem Schluss, dass allein das Schreiben vom 20. Mai 1952 den Vorwurf schwerer Gefährdung der FDP rechtfertigte und es erforderlich sei, gegen Huisgen sofort ein ehrengerichtliches Verfahren einzuleiten, um ihn auszuschließen. Vgl. BA, NL 80/248/119-124, Zwischenbericht von Dehler für den Vorstand der Bundespartei der FDP über die Vorkommnisse im Landesverband Niedersachsen, 10.6.1953. Siehe auch: BA, NL 80/253/203-208.

<sup>1587</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 97.

dazu beigetragen, uns so weit zu bringen.“<sup>1588</sup> Seine wichtigsten Parteifunktionen und sein Amt als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses musste Achenbach Anfang April 1953 aufgeben. Außerhalb Nordrhein-Westfalens war er in der FDP mittlerweile ziemlich isoliert und hatte auch einen Großteil seiner politischen Verbindungen zum Beispiel ins Justizministerium verloren. Eingänge von ihm und Best wurden nunmehr dilatorisch behandelt.<sup>1589</sup>

Der Gesamtvorstand der FDP beschloss, gegen Achenbach das Ausschlussverfahren wegen seines parteischädigenden Verhaltens zu eröffnen.<sup>1590</sup> Dies bot den Vorteil, dass Middelhaue bleiben konnte, ohne dass die Öffentlichkeit den Eindruck gewann, die Freidemokraten hätten aus dem Skandal überhaupt keine Konsequenzen gezogen.<sup>1591</sup>

Eine weitere Schlüsselfigur in der FDP neben Achenbach war Middelhaues Referent Diewerge. Dieser war bereits vor der Verhaftung Naumanns auf Initiative einzelner Kreisverbände der FDP, so Wuppertal und Lippstadt, aufgefordert worden, seine Kündigung einzureichen. Die Kreisverbände hatten in Düsseldorf und Bonn gegen den Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten in der Partei protestiert.<sup>1592</sup> Verdachtsmomente existierten gemäß des britischen Materials auch gegen Zoglmann, Döring und weitere hauptamtliche Mitarbeiter der Landespartei.<sup>1593</sup> In den folgenden Wochen beraumte der Dreierausschuss mehrere Gespräche ein. Von verschiedener Seite wurde der Ausschluss von Wolfgang Döring gefordert. Vorgehalten wurden ihm seine Kontakte zu Angehörigen des Naumann-Kreises sowie seine Mitverantwortung für die einseitige Personal- und Organisationspolitik. Am schwersten belastete ihn jedoch eine Aussage, die er einige Monate nach der Übernahme der Landesgeschäftsführung während einer Sitzung des FDP-Kreis Ausschusses in Düsseldorf gemacht hatte. Hier hatte er Dehlers Abschied aus der FDP gefordert und dies damit begründet, dass er eine Jüdin zur Frau habe. Döring bestritt den Vorwurf und Mende kommentierte: „Hat man eben so getan, als ob man ihm glaubte.“<sup>1594</sup>

---

<sup>1588</sup> ADL, NI-834, Denkschrift von Dehler an den Bundesvorstand der FDP, den Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen der FDP, die Fraktion der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen, 27.5.1953.

<sup>1589</sup> Herbert, Best, S. 470f. Die Gewerkschaften verweigerten Ende Juli 1953 sogar Achenbachs Wiederwahl zum Aufsichtsrat der größten Ruhrzeche. Die Presse wertete dies als bedeutsam, weil die mit dem Aufsichtsrat verbundenen Einkünfte einen wichtigen Rückhalt für die politische Tätigkeit Achenbachs darstellten. Auch den Aufsichtsratsposten bei Hugo Stinnes jr. verlor er. Man nahm Achenbach übel, dass durch ihn die Namen von Stinnes und anderen Industriellen in Zusammenhang mit Naumann und anderen NS-Größen gebracht worden waren.

<sup>1590</sup> Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 158.

<sup>1591</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 379.

<sup>1592</sup> Jenke, Verschwörung, S. 176f.

<sup>1593</sup> Papke, Liberale Ordnungsmacht, S. 171.

<sup>1594</sup> Vgl. Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 179.

Die Kommission stellte fest, dass Döring bis auf einen flüchtigen Kontakt im Februar 1952 keinerlei Verbindungen zu Naumann unterhalten habe. Zoglmann gelang es in einer Sitzung des Dreierausschusses und des nordrhein-westfälischen Landesverbandes mittels zahlreicher Artikel aus der „Deutschen Zukunft“ seine demokratische Gesinnung überzeugend unter Beweis zu stellen. Die Gerüchte über seine angeblichen Kontakte zum Naumann-Kreis wurden als gegenstandslos abgetan.<sup>1595</sup> Dabei war es Bundesschatzmeister Rubin, ein Freidemokrat halbjudischer Abstammung, der Zoglmann zur allgemeinen Überraschung teilweise entlastete. Er hatte festgestellt, dass es gerade Siegfried Zoglmann gewesen sei, der immer wieder vor dem in Diewerges Artikeln zum Vorschein kommenden „Klumpfuß“ gewarnt habe.<sup>1596</sup> Rubin räumte weiter ein, dass Diewerge natürlich dadurch belastet sei, dass er als Chefredakteur der „Deutschen Zukunft“ Artikel abgedruckt habe, die nicht von ihm stammten, für die er aber verantwortlich sei, und die auch der Landesvorstand beanstandet habe. Der Landesvorstand sei zudem über die Sondierungsgespräche mit ehemaligen NS-Größen stets unterrichtet gewesen. Man habe mit Oberst a. D. Hans Ulrich Rudel und anderen nur deshalb gesprochen, um einen weiteren Zulauf zur staatsgefährdenden „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) zu verhindern.<sup>1597</sup> Lückenlos nachgewiesen wurde, dass Diewerge auf Middelhauves Rat vom Organisationsausschuss der Partei mit der Rednerschulung in den FDP-Landesverbänden beauftragt worden war.<sup>1598</sup>

---

<sup>1595</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 99f.

<sup>1596</sup> Vgl. Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 158.

<sup>1597</sup> Ebenda.

<sup>1598</sup> Ebenda, S. 156. Seit Ende Januar 1953 arbeitete Diewerge an seiner Gegendarstellung. Die erste ließ er am 28. Januar 1953 von Middelhauve an Blücher übermitteln. Die Verantwortung für den Rednerschnellbrief und dessen Versendung bestritt er nicht. Die Firma Ariston – unter deren Adresse Fritsche mit der Publikation beliefert worden war – sei keine „Tarnanschrift“, sondern ein politisches Unternehmen für Wirtschaftswerbung, behauptete er. Ähnliches gelte für die Firma Lucht als Ex- und Importfirma. Vor seiner Unterhaltung mit dem ehemaligen Staatssekretär, die lange nach seinem Dienstantritt in Opladen stattgefunden habe, habe er Rücksprache mit dem Landesverband gehalten. Diewerge bestritt, dass der Rednerschnellbrief eine parteiinterne Publikation gewesen sei. Den Aufdruck „Nur für den Dienstgebrauch“ habe er veranlasst, um das Interesse der Bezieher anzuregen und presserechtliche Folgen auszuschließen. Auch die Beauftragung der Rednerfortbildung sei nicht auf seine Initiative zurückgegangen. Vielmehr habe er auf Wunsch des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen in Solingen einen Probekurs durchgeführt. Danach sei er nach Bonn gerufen worden und habe in seinen Ferien 140 Nachwuchsedner weitergebildet. Er prangerte an, dass ihm seine Vergangenheit vorgehalten werde, obgleich er diese niemals verschwiegen habe. Er habe sich nicht auf eine politische Stellung beworben, sondern angenommen, es handele sich hauptsächlich um juristische oder literarische Arbeit. Wie unglaublich seine Einlassungen waren, zeigte die Tatsache, dass er stets behauptete, drei Mal bei Naumann gewesen zu sein, später aber gegenüber Middelhauve einräumte, Naumann acht Mal besucht zu haben. Siehe dazu: BA, NL 80/260/151-158, Stellungnahme von Diewerge, 28.1.1953. Sowie: BA, NL 80/262/124-128, Gegendarstellung von Diewerge, 14.2.1953; BA, NL 80/260/122-124, Brief von Diewerge an Middelhauve und Dehler, 14.2.1953; ADL, NI-831, Brief von Middelhauve an Dehler, 18.6.1953.

Während Döring, Zoglmann sowie Diewerge<sup>1599</sup> abstritten, mit dem Naumann-Zirkel in Verbindung gestanden zu haben, gab der Landtagsabgeordnete Achenbach entsprechende Kontakte zu, betonte aber zugleich, dass von Unterwanderungsabsichten gar keine Rede sein könne.<sup>1600</sup> Am 1. Mai 1953 gab Achenbach sein Mandat als Verteidiger zurück und musste sich nun selbst der Vernehmung stellen.<sup>1601</sup> Natürlich bestritt er dabei die ihn belastende, von Naumann aufgezeichnete Unterwanderungsofferte.<sup>1602</sup> Der Untersuchungskommission erklärte er, die Gespräche hätten sich ausschließlich auf Steuerangelegenheiten beschränkt. Die ihm zur Last gelegte Äußerung von 1950 habe er nicht getan, da sie seiner Haltung grundsätzlich widerspreche.<sup>1603</sup> Achenbach bemühte sich, seinen ehemaligen Mandanten systematisch als geistig verwirrt hinzustellen: „Wie Herr Naumann dazu gekommen ist, zu behaupten, ich hätte an Einzelbeispielen erläutert, wie leicht man die Führung erlangen könne, und hätte von 200 Mitgliedern gesprochen, mit denen man den Landesvorstand erben könne, ist mir unverständlich. [...] Ich habe überhaupt aus der Tagebuchnotiz den Eindruck gewonnen, dass Naumann sehr stark seine eigenen Gedankengänge mit demjenigen vermengt hat, was ich damals gesagt habe, und das daraus ein schiefes Bild entstanden ist. Seine Behauptung, ich hätte mein angebliches Angebot

---

<sup>1599</sup> Nachdem Diewerge von Middelhaue unterrichtet worden war, dass seine Begegnungen und Telefongespräche mit Naumann erneut vor dem Bundesvorstand am 30. April 1953 erörtert worden waren, schrieb er am 26. Mai 1953 eine Stellungnahme. Neben bereits genannten Erklärungen ergänzte er hier, dass er einzelne Gespräche sogar auf ausdrücklichen Wunsch von Mitgliedern der FDP geführt habe. Als Middelhaue im Herbst 1952 nach seiner Unterredung mit dem britischen Hohen Kommissar die Unterbrechung der Beziehung anregte, habe er diesem Wunsch sofort entsprochen. Niemals habe er an einer von Naumann geleiteten oder geplanten Veranstaltung teilgenommen. Von den Stammtischen habe er nichts gewusst. Bornemann habe er nicht gekannt. Mit keinem der übrigen Verhafteten sei er zusammen gewesen. Seine Verbindungsaufnahme zu Naumann habe nicht der Vorbereitung einer gemeinsamen Planung gedient, sondern sei zunächst allein von dem Wunsch nach Aufklärung bestimmter Vorgänge der Vergangenheit bestimmt gewesen. Siehe dazu: ADL, NI-831, Stellungnahme von Diewerge, 26.5.1953. Mit der Aussage Diewerges konfrontiert, er habe einzelne Gespräche auf ausdrücklichen Wunsch der FDP-Führung mit Naumann geführt, blieb Middelhaue nichts übrig, als diese Variante zu bestätigen. Er gab zu, dass er „in dieser persönlichen Fühlungnahme Diewerges mit Naumann kein ungewöhnliches Begehren seines Mitarbeiters sah, zumal damals auch niemandem bekannt war, dass Naumann konspiratorische Absichten hatte“. Diese Aussage stimmt jedoch nicht überein mit Middelhaues Beschreibung seines ersten Aufeinandertreffens mit Naumann anlässlich eines Vortrags von Grimm vor dem Industrie-Club. Vgl. dazu: Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 129f. Dazu führte er im Bundesvorstand aus: „Nach diesem Vortrag bat mich Grimm, mit einem alten Bekannten ein Glas Bier zu trinken. Da wurde ich mit Naumann bekannt gemacht. Ich habe vor Beginn des Vortrages gefragt: Wer ist der Mann? Man sagte, das ist Naumann. Ich fragte, wie kommt der hierher, der ist doch gefährlich. Es war mir von vornherein eine Warnung.“ Vgl. FDP-Bundesvorstand 1953/54, Nr. 30, 25.4.1953, S. 925.

<sup>1600</sup> Hüwel, Karl Arnold, S. 286.

<sup>1601</sup> Vgl. dazu: ADL, NI-840, Abschrift des Protokolls des Verfahrens Achenbach vor dem Landesehrenrat, ohne Zeit. Siehe auch: ADL, NI-840, Zusammenfassung: Das Verhalten des Herrn Dr. Achenbach. Die Schädigung des Ansehens der FDP – die ehrenrührigen Behauptungen über verantwortliche Persönlichkeiten der FDP, 12.7.1953.

<sup>1602</sup> Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 203.

<sup>1603</sup> ADL, NI-840, Abschrift des Protokolls des Verfahrens Achenbach vor dem Landesehrenrat, ohne Zeit. Siehe auch: ADL, NI-840, Zusammenfassung: Das Verhalten des Herrn Dr. Achenbach. Die Schädigung des Ansehens der FDP – die ehrenrührigen Behauptungen über verantwortliche Persönlichkeiten der FDP, 12.7.1953.

so ernst genommen, dass ich im Falle der Ablehnung in Aussicht gestellt hätte, mich aus der Politik zurückzuziehen, empfinde ich als geradezu absurd [...].“<sup>1604</sup> Dehler und Blücher fanden die Einlassungen Achenbachs grotesk. Sie folgerten: Achenbach habe niemals zur FDP gehört.<sup>1605</sup> Dehler stellte fest, dass die Eintragungen in Naumanns Tagebuch mit großer Präzision erfolgt seien. Es gab für ihn keinen verständlichen Grund, weshalb er etwas Falsches hätte niederschreiben sollen.<sup>1606</sup> Die wohl frappierendste Bestätigung für die Richtigkeit von Naumanns Niederschrift dürfte jedoch Achenbach selbst geliefert haben. Als Dehler ihn in seiner Funktion als führender Ermittler in der FDP erstmals mit den entsprechenden Passagen konfrontierte, soll Achenbach gesagt haben: „Wie, dieser Idiot hat alles aufgeschrieben!“<sup>1607</sup>

Um Achenbach zu entlasten, sandte Naumann seinen Verteidiger Dr. Krüger. Dieser überbrachte eine Stellungnahme Naumanns, in welcher die Unschuld Achenbachs durch Rabulistik und falsch entzifferte Wörter (Strohmannen = Stresemänner; unterwandern = untermauern) innerhalb der Tagebuchnotizen belegt werden sollte. Auch Grimm bestätigte bei einer Anhörung in der FDP bezüglich der Rolle Achenbachs, dass die Tagebuchaufzeichnungen „keine Beweiskraft“ hätten und „dass Naumann, der ein hochgeistiger Typ, aber abnorm egozentrisch“ sei, „hier bei der nachträglichen Niederschrift über die Unterredung das Gegenteil eines lichten Moments gehabt“ habe.<sup>1608</sup> An dieser Unterredung hatte auch der Bundesrichter Scharpenseel teilgenommen.<sup>1609</sup>

Der Landesehrenrat der FDP kam daher zu dem Schluss, dass die Vorwürfe durch die Tagebuchaufzeichnungen nicht hinreichend bewiesen worden seien. Der Bundesvorstand bestand aber auf den Parteiausschluss Achenbachs und stellte fest, dass die von den Zeugen vorgebrachten Stellungnahmen wohl kaum als Entlastungsbeweis dienen könnten, „da sie [zu] den zahlreichen politischen Ausführungen Naumanns kontradiktorisch“

---

<sup>1604</sup> ADL, NI-840, Abschrift des Protokolls des Verfahrens Achenbach vor dem Landesehrenrat, ohne Zeit. Siehe auch: ADL, NI-840, Zusammenfassung: Das Verhalten des Herrn Dr. Achenbach. Die Schädigung des Ansehens der FDP – die ehrenrührigen Behauptungen über verantwortliche Persönlichkeiten der FDP, 12.7.1953.

<sup>1605</sup> Vgl. ADL, NI-834, Denkschrift von Dehler an den Bundesvorstand der FDP, den Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen der FDP, die Fraktion der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen, 27.5.1953. Siehe dazu auch: BA, NL 80/277/036, Mitteilung von Blücher an Dehler, 3.7.1953.

<sup>1606</sup> ADL, NI-834, Denkschrift von Dehler an den Bundesvorstand der FDP, den Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen der FDP, die Fraktion der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen, 27.5.1953.

<sup>1607</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 128.

<sup>1608</sup> ADL, NI-840, Abschrift des Protokolls des Verfahrens Achenbach vor dem Landesehrenrat, ohne Zeit. Siehe auch: ADL, NI-840, Zusammenfassung: Das Verhalten des Herrn Dr. Achenbach. Die Schädigung des Ansehens der FDP – die ehrenrührigen Behauptungen über verantwortliche Persönlichkeiten der FDP, 12.7.1953. Siehe dazu auch: ADL, NI-839, Anlage zum Protokoll der Landesehrenrats-Sitzung vom 20.6.1953, Erklärung von Grimm, 28.4.1953. Siehe auch: BA, NL 80/267/015-021.

<sup>1609</sup> Ebenda.

wären.<sup>1610</sup> Nicht plausibel war, weshalb Naumann, der alles präzise aufgezeichnet hatte, sich ausgerechnet bei dem Abschnitt über Achenbach so geirrt haben sollte. Der 1950 bei dem Gespräch zwischen Naumann und Achenbach anwesende Journalist Heinz Schmidt wurde dazu befragt und bestätigte die Ausführungen Naumanns im Groben.<sup>1611</sup>

Der Landesvorstand versuchte die Angelegenheit nun auf die Ebene „persönlicher Spaltungen“ zwischen Blücher und Achenbach herunterzuspielen und lehnte auf Wunsch von Middelhaue einen Ausschluss des Juristen ab.<sup>1612</sup> Middelhaue erklärte, dass er einen Weg finden wolle, den Abgang Achenbachs zu erleichtern, um damit Schaden in der Öffentlichkeit zu vermeiden. Praktisch tat sich allerdings nichts. Dehler und Schäfer wurden beauftragt, Ernst Achenbach lediglich auf die Pflichtkollision hinzuweisen, die durch die Übernahme der Verteidigung Naumanns entstanden sei.<sup>1613</sup> Achenbach hingegen trug sich Anfang Mai 1953 mit dem Gedanken, aus der FDP auszusteigen. Dies erklärte er gegenüber von Thadden, der ihn allerdings als zu schwankend einschätzte, um mit ihm und Naumann den Wahlkampf zu machen.<sup>1614</sup> Achenbach meinte weiter, dass Stegner nun auch dran sei und er ja auch mit Naumann, Scheel und anderen oft genug zusammen gewesen sei. Auch Onnen sei bei Naumann gewesen, was auch Frau Lucht wisse. Es sei schon ein starkes Stück, dass ausgerechnet Onnen im Untersuchungsausschuss sitze.<sup>1615</sup>

Während Onnens Verstrickung weder in der Partei noch in der Presse je bekannt wurde, geriet Stegner zunehmend in Bedrängnis. Nach der Veröffentlichung eines Artikels im „Spiegel“ und eines weiteren in der „Hannoverschen Presse“ Mitte Mai 1953, in welchem über die „Unterwanderung in Niedersachsen“ berichtet worden war, waren dem Landesverband Niedersachsen so viele Zuschriften und Ausschlussanträge zugestellt worden, dass er sich gezwungen sah, ein „Parteiausschussverfahren“ einzuleiten.<sup>1616</sup>

Der Bezirksverband Groß-Hannover und der Kreisverband Hannover-Stadt beantragten Ende Mai 1953 den Ausschluss von Stegner, weil sie ihn durch die Naumann-Affäre belastet und in den „Unterwanderungskomplex“ einbezogen sahen. Außerdem forderten

---

<sup>1610</sup> ADL, NI-840, Abschrift des Protokolls des Verfahrens Achenbach vor dem Landesehrenrat, ohne Zeit. Siehe auch: ADL, NI-840, Zusammenfassung: Das Verhalten des Herrn Dr. Achenbach. Die Schädigung des Ansehens der FDP – die ehrenrührigen Behauptungen über verantwortliche Persönlichkeiten der FDP, 12.7.1953.

<sup>1611</sup> Vgl. ADL, NI-834, Denkschrift von Dehler an den Bundesvorstand der FDP, den Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen der FDP, die Fraktion der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen, 27.5.1953. Siehe auch: BA, NL 80/272/246-50, Feststellung über das Verhalten von Rechtsanwalt Dr. Achenbach, 29.5.1953.

<sup>1612</sup> Vgl. Hüwel, Karl Arnold, S. 286.

<sup>1613</sup> Vgl. Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 153.

<sup>1614</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 44-45, Aufzeichnung über eine Besprechung mit Achenbach in Buderich, 7.5.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1615</sup> Ebenda.

<sup>1616</sup> BA, NL 80/253/244A/244B, Mitteilung des Bezirksverbands Groß-Hannover der FDP und des Kreisverbands Hannover-Stadt der FDP an Blücher, Ende Mai 1953.

sie den Bundesvorstand auf, den Landesvorstand, den Hauptausschuss und die Vorsitzenden der Fachausschüsse – wohl als Parteigänger Stegners – zu suspendieren.<sup>1617</sup> Stegner beantwortete den Ausschlussantrag mit Zustimmung des Landesvorstands durch die sofortige Abberufung der beiden opponierenden Vorstände. Gleichzeitig wurde beschlossen, das Ausschlussverfahren gegen ihre Mitglieder wegen vorsätzlicher Schädigung des Ansehens der Partei zu eröffnen.<sup>1618</sup>

Nach diesen Vorgängen stand Dehler, der den Kanzler noch Ende März für einen der Initiatoren des britischen Vorgehens gehalten hatte<sup>1619</sup>, nun auf der Seite Adenauers. Der Kanzler verteidigte die Briten in allen Diskussionen und mahnte allgemein zur Zurückhaltung. Den Freidemokraten machte er dabei Vorwürfe wegen Ernst Achenbach, den er schon aufgrund seiner nationalistischen Kritik an den Westverträgen im Auge behielt. Am 22. Mai 1953 äußerte sich der Kanzler über Achenbach: „Herr Achenbach ist, glaube ich, ein erledigter Mann, wenigstens für die nächsten Jahre; denn Herr Achenbach ist in der Naumann-Sache stark belastet. Mir ist unverständlich, dass sich Herr Achenbach noch auf freiem Fuß befindet, während Herr Naumann verhaftet ist.“<sup>1620</sup>

Die Übereinstimmung, die Dehler und der Kanzler mit ihrer Einschätzung des Ausmaßes der Verschwörung erzielten, ließ sich jedoch nicht auf ihr Vorgehen übertragen. Dehler versäumte es nicht, darauf hinzuweisen, dass Adenauer den „Schwächeanfall der FDP“ infolge der „Naumann-Affäre“ „brutal für seine Zwecke“ ausgenutzt habe. In diesem Zusammenhang erklärte der Justizminister auch sein Erstaunen darüber, „wie viel Brutalität in diesem Manne stecke, wie erbarmungslos er auch in Fällen sein könne, wo die gemeinsame Sache es geboten hätte, dass man sich gegenseitig helfe, statt sich das Leben schwerer zu machen.“<sup>1621</sup> Die Verlautbarungen des Justizministers waren durchaus berechtigt. Denn in allen seinen Stellungnahmen zur Naumann-Affäre bezog sich der Kanzler entweder direkt oder indirekt auf die bevorstehenden Wahlen im September.

Aber auch Dehler behielt stets die Wahlen im Blick. Bereits Ende Mai plädierte er dafür, eine endgültige Klärung der Zustände in der FDP auf die Zeit nach der Bundestagswahl zu verschieben.<sup>1622</sup> Bei fortdauernder Diskussion in der Öffentlichkeit befürchtete er, dass seine Partei „leichtfertig politisches Kapital“ verspiele und somit von der Auseinander-

---

<sup>1617</sup> Lange, Max Gustav, Die FDP – Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, S. 371f. Siehe auch: BA, NL 80/253/244A/244B, Mitteilung des Bezirksverbands Groß-Hannover der FDP und des Kreisverbands Hannover-Stadt der FDP an Blücher, Ende Mai 1953.

<sup>1618</sup> Parteien in der Bundesrepublik, S. 372.

<sup>1619</sup> Wengst, Thomas Dehler, S. 178.

<sup>1620</sup> Buchstab, CDU-Bundesvorstand 1950-1953, S. 529.

<sup>1621</sup> Zit. nach: Wengst, Thomas Dehler, S. 178.

<sup>1622</sup> Ebenda, S. 179.

setzung mit dem politischen Gegner abgehalten werde.<sup>1623</sup> Konträr zur Vertagungsempfehlung Dehlers verlangte die Mehrheit des Bundesvorstandes jedoch die baldige Vorlage des Untersuchungsergebnisses der Dreierkommission für den Landesverband Nordrhein-Westfalen.<sup>1624</sup> Schäfer stellte die Bedeutung der Naumann-Affäre für den Verlauf der innerparteilichen Auseinandersetzung heraus: „Man habe erlebt, dass alle politischen Manöver gemacht worden seien, ohne den Vorstand zu fragen. Dann sei zufällig die Sache Naumann hineingekommen und da erst habe man mit Entsetzen gemerkt, dass hinter diesen Vorgängen irgendwo ein Seuchenherd stecke.“<sup>1625</sup>

Dehler machte Middelhaue für den Kurs der FDP in Nordrhein-Westfalen, der eine Entwicklung genommen habe, die mit der Grundlinie der Partei nicht mehr übereinstimme, verantwortlich. Er erklärte, für das Schicksal der FDP sei die Frage, ob Middelhaue weiter eine führende Stellung in ihr bekleiden könne, von entscheidender Bedeutung.<sup>1626</sup> Nichtsdestotrotz stehe es ihm nicht zu, an dem guten Glauben von Middelhaue zu zweifeln. Entscheidend war für Dehler, dass Middelhaue dadurch, dass er Diawerge die Rednerschulung übertrug, die Ziele der Partei sehr gefährdet habe. Darum erwartete Dehler, dass Middelhaue aus eigenem Entschluss seine Ämter in der Gesamtpartei niederlege. Sollte er sich nicht dazu entschließen, sollten ihn die zuständigen Gremien seiner Ämter entheben.<sup>1627</sup> Verstärkung bekam Dehler von Gustav Altenhain, der Middelhaue angesichts der Naumann-Affäre dazu aufgefordert hatte, „unter Rückstellung aller persönlichen Interessen ein Opfer für die Partei zu bringen“ und samt dem Landesvorstand zurückzutreten. In seiner Antwort ging der nordrhein-westfälische FDP-Landesvorsitzende auf diese Forderung nicht ein, sondern versicherte vielmehr, dass er nach minutiöser Prüfung der Auffassung sei, dass seine Leistung und seine Erfolge für die Partei seit den Tagen der Gründung „turmhoch über den taktischen Fehlern“ stünden, die er gemacht habe.<sup>1628</sup>

Im Gegenzug behauptete Middelhaue, Dehler verleumde ihn. Der Justizminister hatte behauptet, dass Middelhaue mit Naumann in Büderich im Februar 1952 konferiert habe. Dies war von Middelhaue zurückgewiesen worden. Diesbezüglich verfügte er auch über

---

<sup>1623</sup> Wengst, FDP-Bundesvorstand 1949-1954 (2), S. 1022f.

<sup>1624</sup> Wengst, Thomas Dehler, S. 179.

<sup>1625</sup> FDP-Bundesvorstand 1953/54, Nr. 32, 28.5.1953, S. 1027.

<sup>1626</sup> ADL, NI-834, Denkschrift von Dehler an den Bundesvorstand der FDP, den Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen der FDP, die Fraktion der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen, 27.5.1953.

<sup>1627</sup> Ebenda.

<sup>1628</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 173.

eine eidesstattliche Erklärung von Lea Lucht.<sup>1629</sup> Middelhaue erwartete nun von Dehler einen Widerruf der Anschuldigungen vor den Vorstandsgremien und eine Rehabilitierung bis zur FDP-Vorstandssitzung am 7. Juni 1953.<sup>1630</sup> Eine Richtigstellung im Sinne Middelhaues erfolgte von Dehler aber erst am 11. November 1953.<sup>1631</sup> Middelhaue blieb zwar „erster Mann“ in der nordrhein-westfälischen FDP. Er verlor jedoch seinen umfassenden Führungsanspruch und die Gefolgschaftstreue einiger ehemaliger Mitarbeiter.<sup>1632</sup>

Am 5. Juni 1953 legte der Dreierausschuss seine abschließenden Resultate vor und stellte fest, dass Naumann „nach wie vor der nationalsozialistischen Idee anhängen“ und sich als „prädestinierter Nachfolger Hitler“ fühlen würde.<sup>1633</sup> Am 7. Juni 1953 verlas Onnen als Mitglied der Dreierkommission schließlich im Bundesvorstand seinen Bericht.<sup>1634</sup> Dessen zentrale Aussage befand sich in der Präambel der so genannten Schlussfolgerungen. Dort wurde festgestellt, dass der Landesverband Nordrhein-Westfalen nicht „unterwandert“ sei, und kein „führendes Mitglied“ der FDP „eine bedeutende Verbindung zum Naumann-Kreis“ unterhalten habe.<sup>1635</sup> Als ein Antrag auf Streichung der Präambel gestellt wurde, hielt Dehler solches ganz und gar für unmöglich, da dies nach seinem Urteil einem Eingeständnis gleichgekommen wäre, dass der Landesverband Nordrhein-Westfalen unterwandert sei. Mit einer solchen Folgerung war für Dehler aber die Konsequenz einer Trennung vom Landesverband verbunden.<sup>1636</sup>

In dem völlig verharmlosenden Untersuchungsbericht wurden die meisten Verdächtigungen der Briten, welche die FDP betrafen, als gegenstandslos verworfen. Döring konnte bereits im Juli 1953 wieder vollständig rehabilitiert werden. Auf gewisse Art und Weise sollten sich die Wunschvorstellungen Naumanns von 1953 – „Und wir haben immer noch die Hoffnung, dass gerade dieser Fall der erste Ansatzpunkt wird, den 'Ehemaligen' den Weg in das politische Staatsleben zu ebnen.“<sup>1637</sup> – noch nachträglich bewahrheiten. Die in den neonazistischen Unterwanderungsversuch verstrickten Politiker kamen recht glimpflich davon. Am Ende hatte sich die „Säuberungsaktion“ der Düsseldorfer FDP-Zentrale neben Diewerge, dessen Kontakt zur FDP jedoch nie ganz

---

<sup>1629</sup> Mit seiner Anschuldigung berief sich Dehler auf eine Auskunft von einem Herrn Ohlendorf. Lucht erklärte später gegenüber von Thadden, dass Ohlendorf „ein Mistvieh“ sei, früher ein Fallschirmoffizier gewesen wäre und nun für Gehlen arbeiten würde. Siehe dazu: NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 38, Vermerk über Naumann, 6.6.1953.

<sup>1630</sup> ADL, N1-831, Mitteilung von Middelhaue an Dehler, 4.6.1953.

<sup>1631</sup> ADL, N1-827, Rundbrief von Dehler, 11.11.1953.

<sup>1632</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 179.

<sup>1633</sup> ADL, N1-2937, Bericht für den Gesamtvorstand von Neumayer, Dehler, Onnen, 5.6.1953.

<sup>1634</sup> Mende, Die neue Freiheit, S. 258.

<sup>1635</sup> ADL, N1-2937, Bericht für den Gesamtvorstand von Neumayer, Dehler, Onnen, 5.6.1953.

<sup>1636</sup> Wengst, FDP-Bundesvorstand 1949-1954 (2), S. 1048.

<sup>1637</sup> Naumann, Nau-Nau, S. 86.

abbrach und der sich erst in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre vor der Justiz für seine Taten im Dritten Reich verantworten musste,<sup>1638</sup> auf Drewitz und Brandt beschränkt. Drewitz hatte die Besetzung der Hauptämter in der FDP vorgenommen. Brandt war als Middelhaues Referent für Kommunales, Vertriebenen- und Beamtenpolitik tätig gewesen. Auch vom Außengeschäftsführer Johannes Mertens trennte sich der Landesverband, allerdings aufgrund einer parteiinternen undurchsichtigen Spionagegeschichte. Mertens hatte angeblich für 10.000 DM belastendes Material von Middelhaue an den Landtagsabgeordneten Heinz Dohr verkaufen wollen.<sup>1639</sup> Am 1. Juli 1953 bestätigte Dehler Mertens allerdings, nachdem dieser ausdrücklich darauf bestand<sup>1640</sup>, dass Mertens in keinem Zusammenhang zur Angelegenheit des früheren Staatssekretärs im RMVP Dr. Werner Naumann gestanden hätte.<sup>1641</sup>

All die anderen ehemaligen hohen HJ- und SS-Führer, Kreisleiter, Gaurichter und „Reichsredner“, die in der FDP die Geschäfte führten, durften bleiben.<sup>1642</sup> Anders war mit den Verbindungsleuten Naumanns im nordrhein-westfälischen Landesverband der DP verfahren worden. Diesen hatte Hellwege im Februar 1953 einfach aufgelöst.<sup>1643</sup>

Die Rolle Achenbachs war dem Dreierausschuss nicht ganz klar geworden. Seine Ausführungen, niemals mit Naumann gegen die FDP konspiriert zu haben, glaubte man ihm nie ganz. Daher sah Achenbach die Notwendigkeit einer abschließenden Stellungnahme. Er erklärte, dass er die im Bericht der Dreierkommission behauptete Absicht Naumanns „einen autoritären und radikalen nationalsozialistischen Staat zu errichten“, nicht gekannt habe. Eine solche Absicht hätte in ihm den schärfsten Gegner gefunden.<sup>1644</sup> Nichtsdestotrotz stellte die Dreierkommission fest, dass er der FDP schwer geschadet habe und sein Ausscheiden aus der Partei unumgänglich sei.<sup>1645</sup>

---

<sup>1638</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 199f. Im Fall „Grynszpan“ wurde Diewerge am 17. Februar 1966 von der VI. Großen Strafkammer des Landgerichts Essen wegen Meineids zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. In Wiesbaden, wo er mittlerweile Geschäftsführer eines Unternehmens war, wurde Strafanzeige gegen ihn erstattet wegen seiner damaligen Mitarbeit an der Vorbereitung des Schauprozesses gegen Herschel Grynszpan. Vgl. Meusch, Matthias, Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956-1968), Wiesbaden 2001, S. 208.

<sup>1639</sup> Siehe dazu: BA, NL 80/269/177-185, Aussage von Mertens, 11.5.1953. Sowie: BA, NL 80/269/174-176, Erklärung von Heinz Dohr, Mai 1953.

<sup>1640</sup> BA, NL 80/260/009, Brief von Mertens an den Vorstand der FDP, 8.6.1953.

<sup>1641</sup> ADL, NI-832, Bestätigung von Dehler für Mertens, 1.7.1953.

<sup>1642</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 380. Zu den Personalien siehe: ADL, NI-830, Ergänzungen zu Personalien, ohne Zeit.

<sup>1643</sup> Vgl. Meyn, Die Deutsche Partei, S. 38f.

<sup>1644</sup> ADL, NI-2937, Stellungnahme von Achenbach zu dem Bericht der Herren Neumayer, Dehler und Onnen an den Gesamtvorstand der Bundespartei vom 5.6.1953 über die Lage im Landesverband Nordrhein-Westfalen, 16.6.1953.

<sup>1645</sup> Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 173.

Middelhaue übte sich auch jetzt nicht in Zurückhaltung und bezog anlässlich des Verbandstages der Jungdemokraten am 13. Juni 1953 nochmals zu dem Naumann-Komplex Stellung. Dabei unterstrich er die Tadellosigkeit Achenbachs, und dass dessen Gesinnung als „liberaler Demokrat“ außer Zweifel stehe.<sup>1646</sup> Einen Tag später stellte er sich nicht nur wiederum schützend vor Achenbach, sondern rückte auch von den Entschlüssen des Bundesvorstands vom 7. Juni 1953, denen er selbst noch zugestimmt hatte, ab.<sup>1647</sup>

Der Landesverband Hamburg lehnte daraufhin jede weitere Zusammenarbeit mit Middelhaue ab.<sup>1648</sup> Im Bundesvorstand hatten die Aussagen Middelhauves helle Empörung und neue Misstrauensanträge zur Folge. Im geschäftsführenden Landesvorstand musste Middelhaue daraufhin einen Sturm der Entrüstung über sich ergehen lassen.<sup>1649</sup>

Mende hielt die Tage Middelhauves als stellvertretenden Bundesvorsitzenden für gezählt. Er rechnete ernsthaft mit der Gefahr, dass die Bundespartei einen neuen Landesverband in Nordrhein-Westfalen gründen und den bisherigen aus der Partei ausschließen könnte.<sup>1650</sup>

Dass Achenbach nicht so leicht los zu werden war, merkte auch Dehler schnell, der auf Versammlungen als Justizminister immer wieder von seinem Parteikollegen angegriffen wurde. Zur Rede gestellt erklärte Achenbach gegenüber dem Vorsitzenden des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen: „Herr Dehler wird sich daran gewöhnen müssen, dass, wenn er mich angreift und unbegründete, ehrenrührige Vorwürfe gegen mich erhebt, ich mich verteidige und den Auffassungen Ausdruck verleihe, die ich nach bestem Wissen und Gewissen für richtig halte.“ Dehler erklärte dazu, dass er keine ehrenrührigen Vorwürfe gegen Achenbach erhoben habe, vielmehr mit Neumayer und Onnen im Auftrag des Gesamtvorstandes Achenbachs Verhalten geprüft hätte.<sup>1651</sup> Nachdem Achenbach erklärt hatte, Dehler sei in seiner Eigenschaft als Justizminister untragbar für die

---

<sup>1646</sup> Mende, Die neue Freiheit, S. 260.

<sup>1647</sup> ADL, N1-831, Beschluss des Hauptausschusses des FDP-Landesverbands Hamburg, 15.6.1953. Middelhaue ging sogar noch weiter und teilte Blücher am 18. Juni 1953 mit, dass er bei der Sitzung des Gesamtvorstandes zwar zugestimmt habe, dass Luchtenberg, Mende, Rubin und Weyer sofort geordnete Zustände im Landesverband Nordrhein-Westfalen schaffen sollten. Auf seine Rückfrage hätten die Herren jedoch bestätigt, dass der Beschluss nicht gefasst worden sei und er selbst habe demzufolge auch nicht zugestimmt. Außerdem seien sämtliche Parteimitglieder für diese Aufgabe nötig. Vgl. BA, NL 80/259/066-067, Brief von Middelhaue an Blücher, 18.6.1953.

<sup>1648</sup> ADL, N1-831, Beschluss des Hauptausschusses des FDP-Landesverbands Hamburg, 15.6.1953.

<sup>1649</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 170.

<sup>1650</sup> Vgl. Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 104.

<sup>1651</sup> BA, NL 80/267/015-021, Feststellung von Dehler gegenüber dem Bundesvorstand der FDP, 24.6.1953. Siehe auch: ADL, N1-840, Schreiben von Dehler an Blücher, 1.7.1953.

FDP<sup>1652</sup>, stellte Dehler wiederum am 18. Juni 1953 einen Antrag an den Landesverband Nordrhein-Westfalen, Achenbach aus der FDP auszuschließen.<sup>1653</sup>

Der Ehrenrat des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen kam allerdings nach eingehender Prüfung am 20. Juni 1953 zu dem Ergebnis, dass die ehrwürdigen Vorwürfe, welche aus den Tagebuchaufzeichnungen von Naumann vom 26. August 1950 gegen Achenbach hergeleitet wurden, unhaltbar seien.<sup>1654</sup> Die anwesenden Zeugen, die die Unbescholtenheit Achenbachs versicherten, ließen auch gar kein anderes Urteil erwarten: Friedrich Grimm, Heinz Schmidt und Fritz Krüger. Wegen nicht fristgemäßer Einladung zur Ehrenratssitzung war auch kein Vertreter des Bundesvorstands als „Korrektiv“ anwesend.<sup>1655</sup> Der Landesausschuss lehnte den Parteiausschluss einstimmig ab, und der Anwalt wurde schließlich ebenfalls rehabilitiert.<sup>1656</sup> Wie dies vonstattenging, schilderte Gustav Altenhain. Achenbach habe ihm erklärt, er sei der 11. Mann im Aufsichtsrat Rheinpreußen. Der Aufsichtsrat müsse demnächst auf fünf Jahre gewählt werden. Wie ihm von den Gesellschaftern angedeutet worden war, werde seine Wiederwahl auf Schwierigkeiten stoßen, wenn Achenbachs Angelegenheit in der FDP nicht vorher bereinigt werde. Altenhain müsse doch einsehen, dass eine Rehabilitierung unverzüglich durchgeführt werden müsse, denn der Hauptsponsor der nordrhein-westfälischen FDP Hugo Stinnes jr. habe ihm erklärt, dass er, Stinnes, sich andernfalls von der Partei zurückziehen müsse.<sup>1657</sup> Nach zeitgenössischen Schätzungen stammten etwa zehn Prozent der Einnahmen des nordrhein-westfälischen Landesverbandes aus dem Vermögen des Mühlheimer Industriellen.<sup>1658</sup> Auf die Tatsache, dass Achenbach in den Diensten von Stinnes stand, wies auch die „Welt der Arbeit“ hin. Sie behauptete, Achenbach habe versucht, die große Tageszeitung „Die Welt“ im Auftrag von Stinnes aufzukaufen. Dies sei ein massiver Versuch des Kreises um Naumann gewesen, die öffentliche Meinungs-

---

<sup>1652</sup> ADL, N1-839, Schreiben von Dehler an Middelhauve, 15.6.1953.

<sup>1653</sup> Ebenda. Sowie: BA, NL 80/267/070, Schreiben von Dehler an Middelhauve, 18.6.1953.

Am 30. Juni 1953 wollte Dehler das Verhalten Achenbachs zu einem weiteren Anklagepunkt des Verfahrens machen. Siehe dazu: ADL, NI-839, Schreiben von Dehler an Neumayer, 30.6.1953.

<sup>1654</sup> Mende, Die neue Freiheit, S. 259.

<sup>1655</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 171.

<sup>1656</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 102. Siehe dazu auch: ADL, N1-840, Schreiben von Rechtsanwalt Hans Dahs an Blücher, 10.7.1953. Sowie: ADL N1-840, Beschluss des Vorsitzenden des Ehrenrats Dr. Senger, 22.7.1953.

<sup>1657</sup> ADL, N1-840, Schreiben von Altenhain an Blücher, 8.7.1953.

<sup>1658</sup> Vgl. Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 189.

bildung zu beeinflussen.<sup>1659</sup> Die Vermutung, dass Stinnes Achenbachs Auftraggeber war, wurde niemals bestritten.<sup>1660</sup>

Schon kurze Zeit später sollte Achenbach erneut Anlass zu Diskussionen zwischen dem FDP-Bundesvorstand und dem Vorstand des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen bieten.<sup>1661</sup> Er wurde im Kreisverband Essen für die bevorstehenden Wahlen im September als Direkt-Kandidat gewählt.<sup>1662</sup> Auf seine Aufstellung verzichtete er erst am 5. August 1953, nachdem Franz Blücher erklärt hatte, „dass er auf keinen Fall auf einer Liste mit Achenbach kandidieren“ werde.<sup>1663</sup>

Auch in Niedersachsen klärten sich die Fronten nicht. Am 11. Juli 1953 beschwerten sich der Bezirksverband Groß-Hannover und der Kreisverband Hannover-Stadt bei Blücher, dass der FDP-Landesvorstand Niedersachsens die bereits für Anfang Juni vorgesehene Untersuchung durch einen Ausschuss des Bundesvorstands bestehend aus Dehler, Neumayer und dem Bundestagsabgeordneten Schneider mit unzutreffender Begründung verhindern würde. Die Verbände forderten, binnen weniger Tage nach außen sichtbare Maßnahmen zu treffen, die den entschlossenen Willen zur Klarstellung und rücksichtslosen Bereinigung erkennen lassen sollten.<sup>1664</sup> Stegners Antwort ging an Blücher: Er befinde sich mit Onnen im Urlaub. Den Schwarzen Peter für die anhaltende Beunruhigung schob Stegner „bestimmten Kräften in Bonn, darunter auch die Pressechefs einiger Ministerien“, sowie vor allem Dehler zu, die alle eine „unheilvolle Rolle gespielt“ hätten.<sup>1665</sup> Unumwunden erklärte Stegner, die „Angelegenheit Huisgen“ wäre längst innerhalb des Landesverbands zu Ende geführt worden, wenn nicht der Justizminister in Bonn mit der unrichtigen Behauptung, hierzu mit Neumayer und Schneider vom Bundesvorstand beauftragt worden zu sein, die Untersuchung an sich gezogen hätte. Es sei äußerst wichtig, auf Dehler einzuwirken, sodass er möglichst unverzüglich seine zugunsten des Kreisverbandes Hannover abgegebene Beurteilung der Gültigkeit der nieder-

---

<sup>1659</sup> Welt der Arbeit, 20.2.1953, (Die Aktion gegen die Verschwörer). Siehe auch: BA, NL 80/267/204, Notiz von Blücher, ohne Zeit.

<sup>1660</sup> BA, NL 80/267/204, Notiz von Blücher, ohne Zeit.

<sup>1661</sup> Siehe dazu: BA, NL 80/268/034-046, Protokoll der Aussprache zwischen den Mitgliedern des Bundesvorstands der FDP sowie den Mitgliedern des Landesverbands der FDP, 3.8.1953.

<sup>1662</sup> Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103930, Bericht von Wahnerheide an das Foreign Office, 9.7.1953, (Confidential, CW 10113/68).

<sup>1663</sup> Vgl. Adenauer, Briefe 1951-1953, S. 658. Siehe dazu auch: BA, NL 80/268/031-032, Schreiben von Blücher an Dehler, 8.7.1953.

<sup>1664</sup> BA, NL 80/253, 148-151, Brief des Vorstands des Bezirksverbandes Groß-Hannover der FDP und des Vorstands des Kreisverbandes Hannover-Stadt der FDP an Blücher, 11.7.1953.

<sup>1665</sup> BA, NL 80/272/103-107, Schreiben von Stegner an Blücher, 11.7.1953.

sächsischen Landessatzung, die nach dem Urteil Onnens und anderer bedeutender Juristen rechtlich unhaltbar sei, zurücknehme.<sup>1666</sup>

Dass die „Bereinigung der FDP“ so nachlässig durchgeführt werden konnte, hing auch mit dem für Naumann günstigen Verlauf des Verfahrens zusammen. Schon Mitte Mai hatte Globke festgestellt, dass die Beweise zwar für eine Bestrafung wegen Geheimbündelei genügten, bliebe dies jedoch die einzige Anklage, werde Naumann vermutlich freigelassen werden, es sei denn, der Richter sehe eine Fluchtgefahr.<sup>1667</sup> Bei den weiteren Verhandlungen um Naumann deutete alles auf ein Einstellen des Verfahrens hin. Daher wandte sich Dehler in einem persönlichen Schreiben an Hermann Weinkauff, den Präsidenten des Bundesgerichtshofs. Dieser antwortete, dass er zwar bezüglich der Anschuldigungsschrift keine Zweifel habe, dass hier tatsächlich ein ernster Versuch unternommen worden sei, die Rückkehr zum Nationalsozialismus vorzubereiten, der Tatbestand des Paragraphen 90a StGB „klar erfüllt“ sei, und er selbst jeden Beteiligten zur Höchststrafe verurteilen würde.<sup>1668</sup> Doch im Grunde war der BGH-Präsident skeptisch. Weinkauff nahm zwar für sich in Anspruch, den Untersuchungsrichter im „privaten Gespräch“ unter Hinweis auf die Verantwortung und politische Sprengkraft davon abgebracht zu haben, die Beschuldigten wieder freizulassen, was aber der zuständige Senat unternehmen werde, wisse er nicht. Weiter äußerte er, dass bei den Richtern des Bundesgerichtshofes in Bezug auf die richterliche Unabhängigkeit eine „geradezu mimosenhafte Empfindlichkeit“ herrsche.<sup>1669</sup> Diese Empfindlichkeit kam nicht von ungefähr, hatte die Justiz sich doch größtenteils selbst „amnestiert“, weil kaum unbelastete Richter und Staatsanwälte vorhanden waren.<sup>1670</sup> Nun waren die Juristen „kollektiv befangen“<sup>1671</sup> und mussten alles, was nur den Anschein politischer Indienstnahme erweckte, weit von sich weisen. Das beinhaltete gleichzeitig, dass man sich darauf berief, dass der Paragraph 90a StGB in der Rechtsanwendung noch nicht ausgelegt worden sei. Dies nicht zuletzt daher, weil man nicht an die extensive Interpretation im Dritten Reich erinnert werden wollte.<sup>1672</sup>

---

<sup>1666</sup> BA, NL 80/272/103-107, Schreiben von Stegner an Blücher, 11.7.1953.

<sup>1667</sup> NARA, FO 371/103912, Schreiben von Kirkpatrick an Roberts, 21.5.1953, (Secret HC/15, CW 1015/291).

<sup>1668</sup> ADL, NI-811, Schreiben von Weinkauff an Dehler, 29.5.1953.

<sup>1669</sup> ADL, NI-811, Schreiben von Weinkauff an Dehler, 3.6.1953.

<sup>1670</sup> Siehe dazu: Müller, Ingo, Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1987, S. 204f. u. S. 210-221.

<sup>1671</sup> Miquel, Juristen: Richter in eigener Sache, S. 197. Besonders die personelle Kontinuität im Bundesjustizministerium war bemerkenswert. Die Besetzung einiger Abteilungen erinnerte an das Abbild des Reichsjustizministeriums. Die Mitarbeiter bildeten ein Netzwerk der Ehemaligen, das auf Grundlage des gemeinsamen Erfahrungshorizonts der NS-Zeit Stillschweigen, gegenseitige Protektion und die Abwehr der aus der DDR erhobenen Beschuldigungen sicherte.

<sup>1672</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 385

Weinkauff erklärte, falls Dehler vermeiden wolle, dass die politische „Scheu“ des Bundesgerichtshofs (BGH) in dieser Sache durchschlage, müsse er dafür sorgen, dass die Bundesanwaltschaft „mit äußerstem Nachdruck und äußerster Sorgfalt auftritt“. <sup>1673</sup> Damit hatte der BGH-Präsident die Verantwortung ohne Weiteres von sich selbst abgelenkt. An dieser Stelle wies Weinkauff auch noch einmal darauf hin, wie wichtig es sei, den zweiten Strafsenat endlich mit geeigneten Leuten zu besetzen. Der überhetzte Betrieb, in dem die Mitglieder des Strafsenats dauernd arbeiten müssten, mache es ihnen unmöglich, die politischen Dinge eingehend genug zu verfolgen, um in erstinstanzlichen Strafsachen sinnvoll zu urteilen. <sup>1674</sup>

Aber auch die Bundesanwälte unter Oberbundesanwalt Carl Wiechmann boten genügend Angriffsfläche. Statt sich auf die Auswertung der vielen Belastungsmaterialien zu konzentrieren, führten sie mit den Beschuldigten Verhöre durch. Diese versuchten natürlich, ihre politische Harmlosigkeit zu demonstrieren. Dabei wurden Rechtfertigungen laut, bei den Treffen in Düsseldorf und Hamburg habe es sich um einen simplen „Stammtisch“ beziehungsweise einen „losen Bekanntenkreis“ gehandelt. <sup>1675</sup> Heinrich Kunstmann war beispielsweise ganze sechs Stunden verhört worden und erklärte dazu, Scharpenseel sei ein völlig harmloser Mensch, der den Eindruck eines „kleinen Landrichters“ machen würde, nicht jedoch eines Bundesrichters. <sup>1676</sup> Und auch Kirkpatrick setzte in den Bundesrichter, den er als schwach und unerfahren bezeichnete, wenig Vertrauen. <sup>1677</sup>

Über die Möglichkeit, dass Naumann beim nächsten Haftprüfungstermin freikommen könnte, waren Adenauer und Dehler bestürzt. Bereits Ende Mai 1953 hatte der Justizminister im Kabinett offen davon gesprochen: Das Verfahren vor dem BGH sei durch „mangelnde Erfahrung und eingeschränkte Eignung der Mitglieder des zuständigen Strafsenats“ beeinträchtigt. <sup>1678</sup> Durch das Bundesamt für Verfassungsschutz bekam der Kanzler Anfang Juni 1953 schließlich zu hören, dass das Beweismaterial in Karlsruhe als

---

<sup>1673</sup> ADL, N1-811, Schreiben von Weinkauff an Dehler, 3.6.1953. Vgl. auch Frei, Vergangenheitspolitik, S. 385.

<sup>1674</sup> Es war sieben Monate her, dass dem Senat zwei zusätzliche Richterstellen bewilligt worden waren. Trotzdem waren bis zu dem Zeitpunkt keine zusätzlichen Richterstellen geschaffen worden. Auch zweifelte Weinkauff, ob es richtig sei, den zweiten Strafsenat nur mit Berufsrichtern und nicht mit zusätzlich politisch erfahrenen Laienrichtern zu besetzen. Siehe: ADL, N1-811, Schreiben von Weinkauff an Dehler, 29.5.1953.

<sup>1675</sup> Vgl. die Dokumentation bei Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 195, 203f., 217-222.

<sup>1676</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 41, Vermerk über ein Gespräch mit Heinrich Kunstmann, 19.5.1953, Verfasser v. Thadden. Enttäuscht war Kunstmann über Scheel, der versucht hatte, während der Verhöre alles auf andere zu schieben.

<sup>1677</sup> NARA, FO 371/103912, Bericht von Kirkpatrick an das Foreign Office, 24.4.1953, (Confidential No. 124).

<sup>1678</sup> Booms, Kabinettsprotokolle 1953, S. 314.

„unzureichend“ gelte und die Haftbefehle aufgehoben würden.<sup>1679</sup> Daraufhin gab Adenauer in Gegenwart seiner Minister „stärkstes Befremden“ zu Protokoll und kündigte an, Oberbundesanwalt Wiechmann nach Bonn zu bestellen.<sup>1680</sup>

Der fragwürdige Ruf, welcher der Wiechmann-Truppe vorauseilte, wurde durch die Vorgesprache des Oberbundesanwalts beim Bundeskanzler am 8. Juni 1953 bestätigt. Gemessen an dem Horizont eines Werner Naumann, waren allein die Fähigkeiten des „Sachbearbeiters“, wie Adenauer erfahren musste, „völlig unzureichend“. Einen Tag darauf beschwerte der Kanzler sich bei Lenz, dass der Mann nicht einmal gewusst habe, „was eine Tarnorganisation sei.“<sup>1681</sup> Einen alles andere als guten Eindruck hinterließ Wiechmann auch bei den Engländern. Diese hatten ebenfalls in Erfahrung bringen wollen, wie es um die Naumann-Sache stand, und waren in ihren schlimmsten Ahnungen bestätigt worden. Wiechmann hatte sich äußerst unpräzise über die Erfolgsaussichten einer Verurteilung Naumanns geäußert. Während des Gesprächs dreier Mitarbeiter der B.I.O.G. mit Wiechmann stellten diese fest, dass Wiechmann keines der Dokumente selbst gelesen hatte. Darauf angesprochen verteidigte er sich mit der Behauptung, dass die Untersuchungen erst beginnen würden. Ein bei der Besprechung anwesender Mitarbeiter des Justizministeriums ging daraufhin soweit, vorzuschlagen, dass die Briten zwei Mitglieder ihres Stabs nach Karlsruhe schicken sollten. Globke brachte ihn allerdings mit der Begründung davon ab, dass dies nun ein deutscher Fall sei.<sup>1682</sup> Bei den Briten hinterblieb ein Eindruck von Inkompetenz und Ignoranz. Ihnen schien klar, dass der Bundesrichter diesem Fall nicht gewachsen war.<sup>1683</sup> Daraufhin ließ der britische Hohe Kommissar dem Kanzler ausrichten, wie unverständlich es ihm sei, dass in einem politischen Fall von dieser Tragweite der Justizbeamte das vorliegende Aktenmaterial nicht mit aller gebotenen Gründlichkeit studiert habe.<sup>1684</sup>

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Peter Hallstein ergriff daraufhin Partei für Adenauer und richtete dem Überbringer von Kirkpatrick's Nachricht aus, dass der Kanzler Wiechmann bereits um eine gründliche und energische Bearbeitung gebeten habe. Seinen Gesprächspartner versuchte Hallstein mit der Bemerkung ruhig zu stimmen, dass ein neuer Haftprüfungstermin für Naumann erst im August angesetzt sei.<sup>1685</sup>

---

<sup>1679</sup> Vgl. Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 637.

<sup>1680</sup> Booms, *Kabinettsprotokolle 1953*, S. 326.

<sup>1681</sup> Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 641f.

<sup>1682</sup> NARA, FO 371/103912, Bericht von Hope, 8.6.1953, (Top Secret, Record of Meeting).

<sup>1683</sup> Ebenda.

<sup>1684</sup> Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 386.

<sup>1685</sup> Ebenda, S. 387.

Für Beruhigung gab es aber in Wirklichkeit keinen Anlass. Denn das Kabinett wurde durch den Bundesjustizminister informiert, dass eine „schwerwiegende Verletzung der Vertraulichkeit“ passiert sei. Bundesanwalt Max Güde hatte darauf aufmerksam gemacht. Güde war von einem Verteidiger Naumanns darauf angesprochen worden, dass Adenauer und Dehler enttäuscht seien, weil sich der Oberbundesanwalt nicht als „willfährig“ erwiesen habe.<sup>1686</sup> Der Druck, den die Bundesregierung offensichtlich auf Karlsruhe ausübte, um den Prozess noch vor der Bundestagswahl zu eröffnen, war für die Verteidiger Naumanns sehr hilfreich.

Allerdings mehrten sich die Anzeichen, dass einiges getan wurde, um die Belastung der „Naumann-Gruppe“ auch in der Öffentlichkeit stärker zu dokumentieren. Bereits am 22. Mai 1953 hatte sich Otto Lenz an Blücher gewandt, weil im „Spiegel“ vom 13. Mai 1953 ein Artikel mit dem Titel „Verschwörung wider den Geist“ erschienen war, der genaue Angaben über den Naumann-Fall enthalten hatte. Die britische Hohe Kommission – bei der sich Gert Spindler aufgrund der Publikation beschwerte und schärfstens dagegen protestierte, ihn in einen Zusammenhang mit einer rechtsradikalen Gruppe, wie dem Naumann-Kreis, der Bruderschaft oder der SRP zu bringen und damit drohte, Schadensersatzansprüche geltend zu machen<sup>1687</sup> – war bei Lenz vorstellig geworden. Ermittlungen hatten jedoch keine Indiskretion im Kanzleramt ergeben. Daher hatte Blücher, der Unterlagen für seine Partei bekommen hatte, in der FDP eine Untersuchung durchgeführt. Diese blieb ergebnislos.<sup>1688</sup> Auch der „Frankfurter Rundschau“ wurden Schlüsseldokumente zugetragen, die in der zweiten Juniwoche 1953 die Grundlage für die fünfteilige Serie „Die Totengräber sind unter uns“ bildeten.<sup>1689</sup> Im Anschluss daran brachte die „Stuttgarter Zeitung“ eine Artikelserie und auch der „Norddeutsche Rundfunk“ konnte am 9. Juni mit einer Sondersendung aufwarten, die auf authentischem Material beruhte. Jene Sendung wurde dann ebenfalls im „Süddeutschen Rundfunk“ ausgestrahlt.<sup>1690</sup> Mitte Juni 1953 meldete die Tagespresse, dass Fotokopien der Naumann-Dokumente in Düsseldorf zum Verkauf angeboten worden seien.<sup>1691</sup>

Für den Kanzler war das Auftauchen der Naumann-Unterlagen im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf ein harter Schlag. Dies umso mehr, da gemunkelt wurde, der

---

<sup>1686</sup> Vgl. Booms, Kabinettsprotokolle 1953, S. 365, Fn. 21.

<sup>1687</sup> ADL, NI-811, Schreiben von Spindler an Kirkpatrick, 28.5.1953.

<sup>1688</sup> BA, NL 80/273/013, Schreiben von Lenz an Blücher, 22.5.1953. Siehe auch: ADL NI-811, Schreiben von Lenz an Dehler, 22.5.1953.

<sup>1689</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau, 9.6.-13.6.1953, (Fried Wesemann: Die Totengräber sind unter uns).

<sup>1690</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 387.

<sup>1691</sup> FAZ, 15.6.1953, S. 3 (Fotokopien der Naumann-Akten zu kaufen).

Kanzler werde beim Wiederaufbau des Kabinetts die Möglichkeit nutzen, einige schwächere Minister loszuwerden. Dies betreffe vor allem Justizminister Dehler und Transportminister Hans-Christoph Seebohm von der DP. Beide würden zuviel Zeit mit allgemeiner Politik und zu wenig Zeit in ihren Ministerien verbringen. Auch müssten Ernährungsminister Wilhelm Niklas von der CSU aufgrund schlechter Gesundheit und Vertriebenenminister Dr. Hans Lukaschek vom BHE gehen, weil er es nicht geschafft habe, die Flüchtlinge zufriedenzustellen. Der Kanzler plante, dieses Ministerium Kraft zu geben und so die Regierungskoalition zu stärken.<sup>1692</sup>

Am 16. Juni 1953 sandte Adenauer einen Brief an den „Bundesminister für die Angelegenheiten des Marshallplans“ Franz Blücher, in welchem er ihn beschuldigte, durch Nachlässigkeit die absolut vertraulichen Schriftstücke in die Hände der Sozialdemokratie fallen gelassen zu haben. Blücher sollte den Täter ausfindig machen und dem Kanzler Bericht erstatten. Adenauer wollte die Vertrauensbasis zum Hohen Kommissar wieder herstellen.<sup>1693</sup> Hintergrund war, dass ein Mitarbeiter der B.I.O.G. dem Chef des Kanzleramts Hans Globke erklärt hatte, dass der Hohe Kommissar ernsthaft „verstört“ sei. Während der Kanzler im April auf seiner USA-Reise war, hätten ihn Vizekanzler und Justizminister um mehr Hintergrundinformationen gebeten, die er ihnen auch ausgehändigt hatte. Blücher hatte Dr. Brückner vom Marshall-Plan-Büro als vertraulichen Agenten der Bundesregierung beschäftigt. Dieser habe die Abhörprotokolle erhalten, die nun in der Presse aufgetaucht waren. Die Hohe Kommission rückte öffentlich davon ab, dass die Informationen aus britischen Quellen stammten.<sup>1694</sup>

Mitte August vermerkte Blücher, dass dem Kanzler eine Stellungnahme von NWDR-Generaldirektor Dr. Adolf Grimme vorliege, in dem dieser mitteilte, dass die Sendung beim NWDR von einem Journalisten gemacht worden sei, der einem hochgestellten Mitglied der Bundesregierung sehr nahe stehe.<sup>1695</sup>

Sicher war es denkbar, dass die Unterlagen von deutscher Seite aus weiter gegeben worden waren. Vielleicht auch von den Freidemokraten, die sich, wie Blücher und Dehler, parteiintern durchaus in keiner guten Position befanden.<sup>1696</sup> Dagegen sprach allerdings,

---

<sup>1692</sup> NARA, FO 371/103931, Mitteilung von Roberts an Strang, 25.6.1953, (CW 10113/104).

<sup>1693</sup> Vgl. Adenauer, Briefe 1951-1953, S. 388f. Siehe dazu auch: BA, NL 80/273/009, Schreiben von Adenauer an Blücher, 16.6.1953.

<sup>1694</sup> NARA, FO 371/103912, Bericht von Hope, 15.6.1953, (Secret. Naumann Leakages).

<sup>1695</sup> BA, NL 80/272/069, Vermerk von Blücher, 18.8.1953.

<sup>1696</sup> Nachdem der Bericht, der von Dehler geleiteten Dreierkommission fertiggestellt war, hatte Blücher ebenfalls eine kritische Darstellung über Naumanns Infiltrationsbemühungen verfasst und an eine relativ große Zahl von Parteifunktionären verschickt. Von seinen Gegnern wurde ihm sofort unterstellt, die Dokumente an die Presse gegeben zu haben, Blücher dementierte. Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 388.

was aufgrund der Aufzeichnungen über Dehler bekannt wurde. Wie bereits erwähnt, wollte der Justizminister Naumann auf Vermittlung von Achenbach kurz vor der Verhaftung in seinem Büro empfangen. Dehler dementierte nicht das Besuchsangebot, beteuerte aber, bereits Tage vor der britischen Aktion abgelehnt zu haben.<sup>1697</sup> Dass diese Tatsache der Öffentlichkeit bekannt würde, dürfte kaum in Dehlers Interesse gelegen haben. Wahrscheinlicher scheint die Möglichkeit, dass die Engländer die Informationen streuten, um öffentlichen Druck aufzubauen und den Bundesrichter zu zwingen, sich eingehender mit den Materialien zu beschäftigen.<sup>1698</sup> Als Beleg dafür kann einerseits der Zeitpunkt der Veröffentlichung und andererseits auch gewertet werden, dass es sich bei den publizierten Materialien hauptsächlich um Abhörprotokolle von Telefongesprächen Naumanns handelte, deren Verwendung vor deutschen Gerichten von vorneherein ausgeschlossen war. Dadurch wurden die konspirativen Machenschaften des Naumann-Zirkels aber besonders ausdrucksstark dokumentiert.<sup>1699</sup>

Naumann war sich sicher, „dass irgendwelche Agenten den Auftrag“ gehabt hätten, „die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik zu vergiften, um wenigsten damit den nachträglichen Beweis zu erbringen, dass das Vorgehen der britischen Besatzungsmacht gerechtfertigt war.“<sup>1700</sup> Die Verteidiger Naumanns sahen in der Veröffentlichung der Unterlagen natürlich einen willkommenen Anlass, ihre Empörung zum Ausdruck zu bringen. Auch der Untersuchungsrichter fühlte sich „beschwert“ und legte bei Dehler Protest ein.<sup>1701</sup> Richter Scharpenseel beklagte nicht nur die jüngsten Veröffentlichungen, sondern prangerte auch die früheren Erklärungen von verschiedenen an den Verfahren interessierten Stellen und Kreisen als nicht gerade förderlich an.<sup>1702</sup> Noch im Juni gab das Bundesministerium der Justiz bekannt, dass es Wert auf die Feststellung legte, dass weder vom Bundesjustizministerium noch von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe Dokumentenmaterial aus dem gerichtlichen Untersuchungsverfahren gegen Naumann der Presse oder dem Rundfunk zur Verfügung gestellt worden war.<sup>1703</sup> Das Innenministerium führte die Bekanntgabe des Materials, welches bis dato weder dem Innenministerium noch dem BfV in vollem Umfang bekannt gewesen war, auf eine „Besatzungsmacht“

---

<sup>1697</sup> ADL, NI-836, Schreiben von Achenbach an Dehler, 5.6.1963.

<sup>1698</sup> Vgl. Buschfort, Wolfgang, Geheime Hüter der Verfassung, S. 257.

<sup>1699</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 388, 390 Fn. 118.

<sup>1700</sup> Naumann, Nau-Nau, S. 82.

<sup>1701</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 388. Siehe dazu auch: BA, NL 80/275/193-194, Schreiben von Scharpenseel an Dehler, 11.6.1953.

<sup>1702</sup> Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 98. Siehe dazu auch: BA, NL 80/275/193-194, Schreiben von Scharpenseel an Dehler, 11.6.1953.

<sup>1703</sup> Bulletin, 21.6.1953, S. 915. Vgl. dazu auch: BA, NL 80/273/30, Feststellung des Bundesjustizministeriums, 10.6.1953.

zurück, welche in dem Fall auch die „Naumann-Angelegenheit“ aus politischen Gründen aufgezogen hätte.<sup>1704</sup> Sicherlich fiel hier auch ins Gewicht, dass der Untersuchungsrichter die Aufhebung der Haftbefehle gegen Scheel und Zimmermann angeregt hatte, die nach seiner Meinung nur unwesentlich belastet waren.<sup>1705</sup> Dies war auch umgehend passiert, sodass die DPA am 16. Juni 1953 mit Genugtuung von Rechtsanwalt Krüger vermelden konnte, dass der Gerichtshof bewiesen habe, dass er nur nach juristischen Gesichtspunkten urteilte, obwohl versucht worden sei, den ordentlichen Gang der Rechtspflege im Interesse politischer Parteien zu beeinflussen. Wörtlich benannte Rechtsanwalt Krüger hier Vizekanzler Blücher in seinem DPA-Statement.<sup>1706</sup> Scheel bat Krüger, nach seiner Entlassung alles über die Kontakte zur DP zu veröffentlichen. Dieser wollte jedoch dann Scheels Verteidigung niederlegen. Naumann hatte ihm dies geraten, weil er in einer Vernehmungszelle durch einen Luftschacht die Aussagen Scheels gehört hatte, die eine „große Enttäuschung“ für ihn gewesen waren.<sup>1707</sup>

Im gleichen Zeitraum wollte die FDP auf einem außerordentlich einberufenen Parteitag in Düsseldorf einen „Schlussstrich unter das Kapitel 'Unterwanderung'“ ziehen.<sup>1708</sup> Bei dem altliberalen- und dem nationalliberalen Parteiflügel wurde das Bestreben deutlich, es zu keinen weiteren Zerreißproben in der Partei kommen zu lassen. Durch die Wahl der drei „Oppositionellen“ Altenhain, Beine und Grüne in den Landesvorstand wurde eine Art „Minderheitenschutz“ geschaffen. Dieser Gruppe wurde allmählich in allen Gremien der Partei ein Vertretungsrecht eingeräumt. Die Nationale Sammlung war damit zwar gescheitert, die Spannungen in der FDP zwischen Liberal-Demokraten und National-Liberalen jedoch nicht beseitigt.<sup>1709</sup> Auf dem Lübecker Bundesparteitag am 27. und 28. Juni 1953 sah sich der national-liberale Flügel zum Einlenken gezwungen, weil er in den vergangenen Monaten aufgrund der Naumann-Affäre so schwere Prestige-Verluste erlitten hatte.<sup>1710</sup> Friedrich Middelhaue zog das „Deutsche Programm“ offiziell zurück und

---

<sup>1704</sup> BA, B106/15561, Interne Stellungnahme des Innenministeriums, Reg. Dir. Dr. Schmidt zur Rundfunksendung im NRWD, 10.6.1953. Die Teilnahme von Dr. Krause aus dem Innenministerium an Spindlers „Altenberger Treffen“ 1951 hatte Lehr am 12. Juni 1953 in einem Brief an den Hohen Kommissar mit der Erklärung abgewiegt, Krause habe sein Ministerium repräsentiert und das Treffen habe stattgefunden, um militärische und ökonomische Fragen zu diskutieren. Die Briten akzeptierten zwar die Erklärung, nicht jedoch die Verharmlosung des Treffens. Siehe dazu: NARA, FO 371/103915, Schreiben von Hope an Hancock, 21.7.1953, (Confidential CW 1015/311).

<sup>1705</sup> ADL, NI-811, Schreiben von Weinkauff an Dehler, 29. 5.1953.

<sup>1706</sup> BA, NL 80/272/135, Meldung der DPA, 16.6.1953.

<sup>1707</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 32, Bl. 36-37, Vermerk, 7.6.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1708</sup> FDK, 23.6.1953, S. 8f. (Unterwanderung gescheitert) und S. 11 (Schlussstrich unter Kapitel „Unterwanderung“).

<sup>1709</sup> Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 159.

<sup>1710</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 105.

das Hamburger „Liberale Manifest“ wurde einstimmig an den Parteivorstand überwiesen.<sup>1711</sup>

#### **4. Die Haftentlassung, der Freispruch und die Nachwirkungen (1953-1956)**

Im Juli 1953 hatte sich aus dem „Naumann-Fall“ ein Justiz-Politikum entwickelt. Beim zweiten Haftprüfungstermin, der früher als erwartet anberaumt wurde, setzte der Zweite Ferienstrafsenat des Bundesgerichtshofs Naumann auf freien Fuß. Dabei wurde nicht einmal eine Kaution erhoben, wie sie noch von seiner Lebensgefährtin angeboten worden war.<sup>1712</sup> Die drei Richter befanden am 28. Juli 1953, nach dem gegenwärtigen Stand der Voruntersuchung bestehe kein dringender Verdacht mehr, dass eine „strafbare Verbindung oder Vereinigung“ existiert hat.<sup>1713</sup> Einige Stunden später wurde auch der Haftbefehl gegen Karl Friedrich Bornemann aufgehoben, dem Letzten der „Naumann-Gruppe“, der sich den deutschen Behörden erst gestellt hatte, nachdem Anfang April bereits ein Teil der Delinquenten freigelassen worden war.<sup>1714</sup> Die Verfahren liefen nach dem Ende der Untersuchungshaft weiter.<sup>1715</sup>

Für Oberbundesanwalt Wiechmann waren die Haftentlassungen unverständlich. Nach dem Belastungsmaterial zu urteilen, sah er auch weiterhin einen „dringenden“ Tatverdacht als vorhanden an. Er beteuerte, die Entscheidung des Zweiten Strafsenats nicht verstehen zu können.<sup>1716</sup> Bereits am 2. Juni 1953 hatte Staatssekretär Lenz in seinem Tagebuch verzeichnet, dass in einem Vermerk des Bundesverfassungsschutzamtes gesagt wurde, das Beweismaterial sei unzureichend und deshalb würden die Haftbefehle aufgehoben. Dass daraus eine „unangenehme Situation“ für den Kanzler und Justizminister Dehler entstehen würde, war Lenz klar. Beide hatten ja erklärt, dass das Material sehr gravierend sei.<sup>1717</sup> Tatsächlich zeigte sich der Kanzler über die Entscheidung des Gerichts Ende Juli 1953 im Kabinett höchst befremdet.<sup>1718</sup> Die Karlsruher Richter hatten der Bundesregierung und der Leitung der Bundes-FDP mit ihrer Entscheidung einen starken

---

<sup>1711</sup> Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 165.

<sup>1712</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 388. Frau Lucht war bereit für Naumann eine Kaution von 30.000 DM zu stellen. Professor Grimm erklärte sich zu einer Kaution von 20.000 DM bereit. Vgl. FAZ, 29.7.1953, S. 1 (Naumann aus der Haft entlassen).

<sup>1713</sup> FAZ, 29.7.1953, S. 1 (Naumann aus der Haft entlassen).

<sup>1714</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 389.

<sup>1715</sup> AdG, 2.8.1953, S. 4100.

<sup>1716</sup> SZ, 30.7.1953, S. 2 (Naumanns Freilassung umstritten).

<sup>1717</sup> Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 637.

<sup>1718</sup> Booms, Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1953, S. 326.

Schlag versetzt. Einerseits konnten es sich weder Kanzler noch Bundesjustizminister leisten, öffentlich Kritik zu üben und damit an ihre Vorabverurteilungen zu erinnern, andererseits mochten sie sich aber auch nicht jeder Äußerung enthalten. So erklärte der Kanzler, er sei nach wie vor von der Schuld Naumanns fest überzeugt. Er führte aus, dass die demokratischen Parteien der Bundesregierung von der Haftentlassung mit Erbitterung Kenntnis genommen hätten.<sup>1719</sup>

Naumann bemerkte mit einer gewissen Schadenfreude, „dass sich der Bundeskanzler in diesem für die Entwicklung der Bundesrepublik tragischen Fall auf das trojanische Pferd des Hohen Kommissars hat setzen lassen.“<sup>1720</sup> Und anklagend fügte er noch hinzu: „Er [Adenauer] ist der Kanzler eines ganzen Volkes. Er sollte es wenigstens sein. Zu diesem Volke gehören auch meine Freunde und ich. Es ist aber seine Pflicht als Kanzler, dass er Würde und Leben eines deutschen Staatsbürgers nicht geringer wertet als die Meinung des englischen Hochkommissars.“<sup>1721</sup> Dehler äußerte sich in der „Süddeutschen Zeitung“: „Es ist grausam.“<sup>1722</sup> Im Hintergrundgespräch wurde er deutlicher: Die Entscheidung der Richter sei völlig „unverständlich“<sup>1723</sup> und auch der Präsident des BGH habe aus seiner Missbilligung keinen Hehl gemacht. Vertraulich gab Dehler nun preis, was Weinkauff schon in seinem Brief vom Juni 1953 angedeutet hatte: In Zukunft werde man bei der Besetzung von Senaten, die sich mit solchen „stark ins Politische hinüberspielenden Tatsachen“ zu befassen haben, eine andere Auswahl treffen müssen.<sup>1724</sup> Demgegenüber beilte sich Bundesinnenminister Lehr darauf aufmerksam zu machen, er sei von Anfang an der Ansicht gewesen, dass nach deutschem Recht für eine Verhaftung Naumanns kein Anlass bestanden habe.<sup>1725</sup> Die deutsche öffentliche Meinung hielt sich ziemlich zurück.<sup>1726</sup> Eine Ausnahme machte Paul Sethe von der FAZ, der noch einmal scharf gegen Naumanns Vorverurteilung argumentierte, ohne dass er diesen jedoch damit verteidigen wollte.<sup>1727</sup>

Tatsächlich enthielt das Hauptbelastungsmaterial, der britischen „Gauleiter-Kreis-Studie“, eine erhebliche Anzahl von Unrichtigkeiten und Fehleinschätzungen. Diese führten dazu, dass die Zusammenstellung von Namen, Tatsachenbehauptungen und Vermutungen

---

<sup>1719</sup> FAZ, 29.7.1953, S. 3 (London ist überrascht).

<sup>1720</sup> Naumann, Nau-Nau, S. 86.

<sup>1721</sup> Ebenda, S. 133.

<sup>1722</sup> SZ, 30.7.1953, S. 2 (Naumanns Freilassung umstritten).

<sup>1723</sup> Zit. nach: Frei, Vergangenheitspolitik, S. 389.

<sup>1724</sup> Ebenda, S. 389.

<sup>1725</sup> SZ, 30.7.1953, S. 2 (Naumanns Freilassung umstritten).

<sup>1726</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 389.

<sup>1727</sup> Vgl. FAZ, 31.7.1953 (Leitartikel: Der Prozess muss kommen).

weder von englischen noch von deutschen Anklagebehörden gegen Naumann verwendet werden konnte. Nicht jeder, den die Schrift aufführte, hatte auch tatsächlich an den Treffen teilgenommen. Vielmehr handelte es sich um die geladenen Gäste, über deren tatsächliche Anwesenheit in der Studie nichts vermerkt worden war.<sup>1728</sup> Kirkpatrick überlegte, nun das gekürzte „White Paper“ zu veröffentlichen oder dies die Deutschen übernehmen zu lassen, falls Naumann eine politische Kampagne gegen den Kanzler und die Briten starten würde.<sup>1729</sup> Wenige Tage später stand fest, dass mit einer Veröffentlichung bis nach den Wahlen gewartet werden sollte, um der SPD kein Material gegen die Koalition im Wahlkampf zu liefern, damit weder der Kanzler noch die Amerikaner verärgert werden würden.<sup>1730</sup>

In London erregte die Freilassung Naumanns beträchtliches Aufsehen. Das britische Außenministerium sah sich zahlreichen Fragen ausgesetzt und wies mit dem Kommentar, die Angelegenheit sei ausschließlich Sache der deutschen Stellen, jegliche Verantwortung von sich.<sup>1731</sup> Kirkpatrick schrieb, dass die Freilassung Naumanns „wahrscheinlich ganz das Richtige“ gewesen sei: „Nach deutschem Recht wäre eine Verurteilung ohnehin nicht sicher gewesen, und sie hätte ihm auch keine längere Strafe eingetragen, zudem war es nicht wünschenswert, Naumann die Reklamewirkung einer langen Gerichtsverhandlung zu gewähren.“<sup>1732</sup>

Am Tag der Entlassung berichteten fast alle britischen Blätter an auffälliger Stelle. Überschriften wie „Ex-Nazichef von den Deutschen befreit“, „Deutscher ‚Führer‘ freigelassen“ oder „Draußen – aber warum?“ drückten Zweifel und Missbilligung an dem Schritt des Karlsruher Gerichtes aus.<sup>1733</sup> Der konservative „Daily Telegraph“ kommentierte die Entlassungen: „Für einen Ausländer ist es unmöglich, sich über die juristischen Vorgänge in einem Lande ein Urteil zu erlauben. Unserer Denkweise muss jedoch das Verhalten des Bundesgerichtshofs seltsam erscheinen. [...] Alle Ausländer, die dazu neigen, der Dauer des in den Nachkriegsjahren aufgetretenen Umschwungs gegen den Nazismus zu misstrauen, werden diesen Schritt als eine Bestätigung ihres Verdachts em-

---

<sup>1728</sup> Jenke, *Verschörung*, S. 178.

<sup>1729</sup> Vgl. NARA, FO 371/103915, Bericht von Palliser, 29.7.1953, (Minutes, CW 1015/316/G).

<sup>1730</sup> Vgl. NARA, FO 371/103915, Schreiben von Kirkpatrick an Roberts, 29.7.1953, (Secret, CW 1015/316); NARA, FO 371/103915, Schreiben von Roberts an Kirkpatrick, 10.8.1953, (The Naumann Case: Publication of a White Paper, CW 1015/323); NARA, FO 371/103915, Bericht von Roberts, 19.8.1953, (The Naumann Case: Publication of a White Paper). Nach den Wahlen verzichteten die Briten auf eine Veröffentlichung, da sie eine Gegenaktion Naumanns vor einem deutschen oder britischen Gericht fürchteten. Vgl. auch: NARA, FO 371/103917.

<sup>1731</sup> SZ, 30.7.1953, S. 2 (Naumanns Freilassung).

<sup>1732</sup> Zit. nach: Kirkpatrick, *Im inneren Kreis*, S. 212.

<sup>1733</sup> FAZ, 30.7.1953, S. 2 (Auf Verdacht).

pfinden. Sie werden sich daran erinnern, wie nach dem Ersten Weltkrieg ein latenter aggressiver Nationalismus, als die Zeit reif war, mit voller Wut ans Tageslicht trat. Diese Kreise werden jetzt wieder ein Auge auf ähnliche Symptome richten.“<sup>1734</sup> Die „New York Times“ druckte am 29. Juli unter der Überschrift „Deutsche entlassen Top-Nazi-Verdächtigen“ einen Bericht mit einem unrühmlichen Rückblick auf Dehlers Stellungnahmen in der Öffentlichkeit.<sup>1735</sup> Erschrocken reagierte „Le Monde“ und veröffentlichte die Nachricht der Entlassung unter dem Titel: „Naumann, der letzte Nazi-Verschwörer wurde durch das Gericht in Karlsruhe befreit.“<sup>1736</sup> Und auch die Reaktionen anderer ausländischer Organe waren erwartungsgemäß kritisch. Die Baseler „Nationalzeitung“ nannte die Haftentlassung Naumanns kurz vor den Wahlen ein „politisches Husarenstück der deutschen Justiz“.<sup>1737</sup> Jedoch konnte Naumann kurz nach seiner Haftentlassung lernen, dass Politik und Justiz getrennte Spielräume besaßen. Er wurde sorgfältig vom Verfassungsschutz beobachtet.<sup>1738</sup>

Zwei Tage nach Naumanns Haftentlassung erfolgte die Bekanntgabe seiner Kandidatur für die Deutsche Reichspartei in Kiel zu den kommenden Bundestagswahlen. Naumann selbst äußerte sich zunächst nicht dazu. Absprachegemäß wurden die Dinge im Unklaren gelassen, um der Presse ständigen Stoff zur Berichterstattung zu geben.<sup>1739</sup> Gemäß dem Parteivorsitzenden Scheffer wollte die Partei „ein paar Hundert direkte Sitze“ erringen. Sie hoffte, zwei direkt gewählte Repräsentanten in den Bundestag zu bekommen und wenigstens fünf Prozent der Stimmen bundesweit zu erobern.<sup>1740</sup>

Obwohl die Briten erbost waren über Naumanns Kandidatur für die DRP, hielten sie es doch für besser, dass er offen an der Spitze der rechten radikalen Parteien stand, als dass er die FDP infiltrierte. Außerdem hatte er nun sehr viel weniger Zeit, als noch im Januar gedacht, Vorbereitungen für die Wahlen zu treffen.<sup>1741</sup> Die Zeit nutzte er.

Am 5. August 1953 hielt er im Rahmen einer Presseveranstaltung des Plesse-Verlags in Göttingen vor ca. 30 Personen seine erste Rede nach der Haft. In dieser griff er nicht nur den Kanzler, Vizekanzler, Justizminister sowie den britischen Hohen Kommissar, sein Vorgehen und die Haftbedingungen an, sondern entlarvte auch Stegner und Onnen: Auf

---

<sup>1734</sup> FAZ, 31.7.1953, S. 3 (Pressestimmen).

<sup>1735</sup> NYT, S. 4 (Germans release top Nazi Suspect).

<sup>1736</sup> Le Monde, 30.7.1953, S. 4 (Naumann le dernier Conspirateur Nazi est libéré par la Cour de Karlsruhe).

<sup>1737</sup> FAZ, 31.7.1953, S. 3 (Pressestimmen).

<sup>1738</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 390.

<sup>1739</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 33, Bl. 42-44, Notiz zur Kandidatur von Naumann zur Bundestagswahl, 3.9.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1740</sup> NARA, FO 371/103931, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 11.8.1953, (No. 608).

<sup>1741</sup> NARA, FO 371/103915, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 7.8.1953, (No. 222).

mehrfache Bitten von Stegner habe er diesem eine Unterredung gewährt. Stegner habe ihn in seinem Wagen nach Bonn geholt, und ihm im Beisein des MdB Onnen über intimste Einzelheiten seiner Beziehungen zum Bundeskanzler unterrichtet. Er habe ihm konkrete Pläne dafür vorgetragen, wie man aus verschiedenen Landesverbänden der FDP und DP mit Unterstützung von Naumann selbst und Kauffmann eine „Nationale Partei“ in Norddeutschland gründen könne.<sup>1742</sup>

Im Anschluss an die Rede gab er eine Pressekonferenz vor ca. 20 Pressevertretern. Neben der Beantwortung der Journalistenfragen gab er bekannt, dass sein Buch „Nau Nau gefährdet das Empire“ am 20. August in einer Auflage von 10.000 Stück mit 210 Seiten im Plesse-Verlag erscheinen würde.<sup>1743</sup> Den Briten war der Plesse-Verlag bekannt durch seine extremen nationalistischen und antialliierten Tendenzen. Sie waren sich darüber klar, dass Naumanns Buch nicht aus dem Verlagsprogramm ausscheren würde. Dennoch wollten sie das Buch nicht verbieten, um dem ehemaligen Staatssekretär keine neue Angriffsfläche zu liefern.<sup>1744</sup>

Stegner verwahrte sich am 12. August 1953 gegen Naumanns Ausführungen und erklärte, der Feldzug Naumanns gegen ihn sei nur darauf zurückzuführen, dass die DRP, für die Naumann kandidieren wolle, in der FDP die „gefährlichste Gegnerin“ sah.<sup>1745</sup> Stegner führte aus, dass er im Zusammenhang mit der Niedersachsenwahl 1951 einer „verhängnisvollen Ohne-mich- und Anti-Bonn-Stimmung“ auf die Spur gekommen sei, die er bekämpfen wollte. Als deren Urheber sei ihm Naumann genannt worden.<sup>1746</sup> Jetzt schaltete sich auch von Thadden ein und erklärte im Auftrag seines Parteifreundes Naumann, dass Stegner, Onnen und Huisgen falsch beraten seien, wenn sie meinten, die sachliche Richtigstellung Naumanns mit schärfstem Kampf beantworten zu müssen. Von Thadden drohte an, die Gegner der FDP mit hochbrisanter Munition gegen Stegner zu versorgen.<sup>1747</sup>

---

<sup>1742</sup> Siehe dazu: NARA, FO 371/103915, Übersetzung der Vorstellung von Naumanns Buch, 5.8.1953, (Meeting of the Publishing Firm Plesse).

<sup>1743</sup> NARA, FO 371/103915, Übersetzung von Naumanns Pressekonferenz in Göttingen, 5.8.1953, (Press Conference in the Kronenkeller in Göttingen on 5th August 1953 after the Speech by Dr. Werner Naumann in the Atlantic Hotel).

<sup>1744</sup> NARA, FO 371/103915, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 7.8.1953, (No. 222).

<sup>1745</sup> BA, B 106/15561, ohne Bl., Notiz über eine Äußerung Stegners auf einer FDP-Wahlversammlung in Peine, 12.8.1953.

<sup>1746</sup> Siehe dazu: ADL, NI-840, Bericht des Freien Nachrichtenbüros (fnb), 8.8.1953, Ultimatum an Stegner – FDP. Hier bleibt zu hinterfragen, weshalb sich Stegner mit den beiden Urhebern 13 Monate später unterhielt.

<sup>1747</sup> ADL, N1-834, Bericht des Freien Nachrichtenbüros, 8.8.1953. Siehe dazu auch: NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 33, Bl. 52, Erklärung zu den Angriffen des Herrn Stegner gegen Dr. Naumann, 5.8.1953.

Am 12. August 1953 hielt Naumann eine Pressekonferenz in Hannover ab. Dort bezeichnete er seine vergangene vorbeugende Inhaftierung ohne Anklage als „totalitäre Methode“. Er klassifizierte die ihn belastenden Materialien als Zitate diverser Ausarbeitungen über Ortega v. Gasset, Spengler und Epikur unter Berufung auf seine „akademische Vergangenheit“.<sup>1748</sup> Zu guter Letzt gab er bekannt, dass ihn die DRP als Spitzenkandidaten der niedersächsischen Landesliste für die zweite Bundestagswahl aufgestellt habe und er direkt im Wahlkreis Diepholz für die Partei kandidiere.<sup>1749</sup> Mit den Kandidaturen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein begnügte sich der ehemalige Staatssekretär jedoch nicht. Er erschien ebenfalls auf der Kandidatenliste in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen.<sup>1750</sup> Unter den ehemaligen NS-Prominenten war er dabei nicht der einzige. Kandidaten der DRP waren ebenfalls Hans Ulrich Rudel und der NS-Dichter Hans Grimm, Professor von Grünberg und General Andrae.<sup>1751</sup> Rudel erklärte zu seiner Kandidatur: „Naumann überzeugte mich [...] davon, dass jeder andere Versuch das nationale Lager zu sammeln, von vorneherein als „verfassungswidrig“ zerschlagen werden würde, und dass eben dieser Versuch zu machen sei.“<sup>1752</sup> Rudel wies auch auf die geplante Arbeitsteilung der Führung innerhalb der DRP hin. Das „Politische“ sollte Naumann übernehmen, das „Wirtschaftliche“ Meinberg, das „Kulturelle“ Grimm und mit militärischen Fragen sollten sich General Andrae, General Wolf und Rudel selbst beschäftigen.<sup>1753</sup>

Über die Naumann-Konferenz am 12. August 1953 vermerkte Lenz in seinem Tagebuch, dass sie einigen Eindruck hinterlassen habe: „Naumann muss sehr geschickt gesprochen haben und hatte eine Garde hinter sich, die er völlig fanatisierte.“<sup>1754</sup> Nur drei Tage nach besagter Presseveranstaltung gefiel sich Naumann in der Rolle des nationalen Märtyrers und äußerte sich laut DPA in Bonn wie folgt: „Wir befürworten eine Politik der Stärke gegen den Kommunismus und glauben fest, dass von allen Westmächten Amerika am geeignetsten ist, sich einem solchen Konzept anzuschließen. [...] Wir haben aus den früheren Erfahrungen gelernt, dass der Totalitarismus den Prinzipien der Menschenrechte nicht gerecht wird. Wir sind für die Struktur eines Staates, bei welcher die Gerechtigkeit

---

<sup>1748</sup> ADL, NI-840, Niederschrift der Pressekonferenz von Naumann im Bürgerverein Bonn, 12.8.1953.

<sup>1749</sup> Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 68. Vgl. auch: Grimm, *Unrecht im Rechtsstaat*, S. 120. Sowie: NARA, FO 371/103931, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 13.8.1953, (No. 615).

<sup>1750</sup> NARA, FO 371/103931, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 11.8.1953, (No. 608).

<sup>1751</sup> Vgl. ADL, NI-840, Niederschrift der Pressekonferenz von Naumann im Bürgerverein Bonn, 12.8.1953. Siehe auch: Dudek, Peter/ Jaschke, Hans-Gerd, *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur*, Bd. 2, Opladen 1984, S. 39. Siehe dazu auch: BA, NL 80/249/147, (fnb, Nr. 31).

<sup>1752</sup> Rudel, Hans Ulrich, *Trotzdem. Kriegs- und Nachkriegszeit*, Göttingen und Preußisch Oldendorf 1977, S. 441.

<sup>1753</sup> Ebenda, S. 452.

<sup>1754</sup> Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 682.

herrscht. Ich persönlich bin ein unermüdlicher Verteidiger der Freiheit des Menschen und zwar nicht erst, seitdem ich aus dem alliierten Gefängnis entlassen wurde, sondern schon bevor ich dorthin gebracht wurde.“<sup>1755</sup> Adenauer kommentierte dies bei der BBC am 13. August 1953. Er sagte, dass er Kirkpatrick mehr traue als Naumann. Anstatt öffentliche Treffen abzuhalten, würde er sich, wäre er an seiner Stelle, in die dunkelste Ecke verziehen und froh sein, dass er noch am Leben sei. Wenn spezielle Gesetze gegen solche Phänomene nötig werden sollten, würden sie verabschiedet.<sup>1756</sup> Auch im deutschen Pressewesen sorgte Naumanns Stellungnahme für Furore.<sup>1757</sup> So warnte beispielsweise die SPD-Korrespondenz ausländische Journalisten davor, sich von Naumann faszinieren zu lassen.<sup>1758</sup>

Ob Naumann wirklich beabsichtigte, Politik im Sinne der DRP zu machen oder diese nur benutzen wollte, um in den Bundestag zu kommen, ist nicht ganz klar. Bornemann jedenfalls – den man auch zu einer Kandidatur bewegen wollte – hatte Naumann nahegelegt, dass dieser nach seiner Wahl zum Bundestagsabgeordneten die Beziehungen zur DRP abbrechen und eine neue Partei gründen solle. Die Vorbelastungen, die die DRP habe, ließen es nicht sinnvoll erscheinen, sich auf lange Sicht mit ihr zu verbinden.<sup>1759</sup>

Anders als auf der rechtlichen Ebene wurde Naumann im politischen Bereich schnell der Boden entzogen. Am 14. August wurde im nordrhein-westfälischen Dortmund ein Treffen der „Gesellschaft für Geschichte und Kultur“, auf welchen Naumann sprechen sollte, verboten. Hessens Innenminister Heinrich Zinnmann verhängte über den ehemaligen Staatssekretär das Redeverbot. Der Stadtrat von Hannover entschied, eine große Halle für die DRP, die hier ein Treffen am 16. August einberufen wollte, nicht zur Verfügung zu stellen. Er hatte ein Redeverbot erwogen, was sich jedoch aufgrund der niedersächsischen Rechtslage nicht umsetzen ließ.<sup>1760</sup> Der Hamburger Senat reagierte ähnlich wie Hessen sofort auf den Wahlkämpfer mit einem Rednerverbot und setzte dies mit einer vorübergehenden Festnahme durch.<sup>1761</sup> Von Thadden protestierte im Namen des Parteivorstandes der DRP gegen die Redeverbote bei Lehr. Dieser antwortete ihm kurz und knapp, Polizeiarbeit sei nach dem Grundgesetz Aufgabe der Länder.<sup>1762</sup>

---

<sup>1755</sup> AdG, 27.8.1953, S. 4136.

<sup>1756</sup> NARA, FO 371/103931, BBC-Meldung, 13.8.1953.

<sup>1757</sup> Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 390.

<sup>1758</sup> Vgl. AdG, 27.8.1953, S. 4136.

<sup>1759</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 33, Bl. 45. Geheime Aktennotiz von Rössner aus der DRP, 13.8.1953.

<sup>1760</sup> NARA, FO 371/103915, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 15.8.1953, (No. 634).

<sup>1761</sup> NARA, FO 371/103916, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 20.8.1953, (No. 778).

<sup>1762</sup> BA, B 106/15561, ohne Bl., Schreiben von Lehr an v. Thadden, 28.8.1953.

Etwa eine Woche später stufte der nordrhein-westfälische Innenminister Meyers, Naumann per Entnazifizierungsbescheid in der Kategorie II als „schwer belastet“ ein. Dadurch wurde ihm das aktive und passive Wahlrecht entzogen und seine DRP-Kandidatur zunichtegemacht.<sup>1763</sup> Weiter war es ihm nun untersagt, ein offizielles Amt zu bekleiden, er verlor seine Ansprüche auf Pension und Unterstützung durch öffentliche Mittel, durfte kein Mitglied einer Handelsorganisation oder Berufsvereinigung mehr werden und es wurde ihm auf fünf Jahre untersagt, seinen Beruf auszuüben bzw. sich ein eigenes Geschäft aufzubauen oder ein solches zu leiten. Auch durfte er nicht als Schriftsteller, Kommentator oder Redakteur tätig werden.<sup>1764</sup> Dies konnte wiederum nur möglich werden aufgrund einer eilig getroffenen Verfügung von Kirkpatrick, um die ihn Adenauer gebeten hatte.<sup>1765</sup> Der britische Hohe Kommissar hatte die davor einzig den Briten vorbehaltene Einstufung in die Gruppen I und II den deutschen Länderregierungen übertragen.<sup>1766</sup> Dehler meinte dazu nachträglich, man müsse gegen Naumann ein Verfahren zur Aberkennung der Grundrechte einleiten.<sup>1767</sup> Der französische Hohe Kommissar, der selbst eine spezielle Untersuchung angeordnet hatte, um festzustellen ob Naumann in der französischen Zone schon entnazifiziert worden war, war darüber sehr erleichtert.<sup>1768</sup> Gegen seine Einstufung in Kategorie II legte Naumann eine Verfassungsbeschwerde<sup>1769</sup> sowie Protest beim nordrhein-westfälischen Innenminister ein.<sup>1770</sup> Er hatte die Hoffnung, sich zu einem späteren Zeitpunkt zur Nachwahl stellen zu können, wenn der Verfassungsgerichtshof in seiner Sache „Recht sprechen“ würde.<sup>1771</sup>

Nur vier Tage später veröffentlichte die DRP eine Presseerklärung, dass sie unverändert hinter Naumann stehe, der bereit sei, auf ihren Listen zu kandidieren. Maßgebliche Vertreter der Regierung hätten sich über Naumann und dessen Können und Intelligenz positiv geäußert. Die Bundesregierung sei nun bezüglich der negativen über Naumann

---

<sup>1763</sup> AdG, 27.8.1953, S. 4136.

<sup>1764</sup> BA, B 106/15561, Bescheid vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, 24.8.1953. Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103916, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 24.8.1953, (No. 795).

<sup>1765</sup> NARA, FO 371/103916, Schreiben von Roberts an Dixon und Salisbury, 19.8.1953, (Sir P. Dixon, Lord Salisbury, CW 1015/341).

<sup>1766</sup> AdG, 27.8.1953, S. 4136. Siehe dazu auch: NARA, FO 371/103916, Bericht von Hancock, 19.8.1953, (Action to prevent Naumann from standing as a Candidate in the Federal Election CW 1015/341 I). Bei diesem Vorgehen wurde durchaus berechtigt eine Instrumentalisierung des Rechts zu politischen Zwecken durch die Staatsgewalt, also politische Justiz, festgestellt. Vgl. Kalinowsky, Harry H., Kampfplatz Justiz. Politische Justiz und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1990, Pfaffenweiler 1993, S. 146.

<sup>1767</sup> Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 686.

<sup>1768</sup> NARA, FO 371/103916, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 21.8.1953, (No. 783).

<sup>1769</sup> BA, B 106/15561, ohne Bl., Verfassungsbeschwerde von Naumann, 29.8.1953.

<sup>1770</sup> NARA, FO 371/103917, DPA-Meldung, 26.8.1953.

<sup>1771</sup> Vgl. Rudel, Trotzdem, S. 461.

aufgestellten Behauptungen in der Beweispflicht. Die von der Bundesregierung in Karlsruhe angestregte Klage sei ein letzter Versuch die Wähler davon abzuhalten, die DRP zu wählen.<sup>1772</sup>

Dieser Partei war jedoch allgemein der Kampf angesagt worden. Auch Spitzenredner Rudel bekam Redeverbot in Bayreuth, welches damit begründet wurde, dass er nach Feststellung des Bayerischen Staatsministeriums die Ziele der verfassungswidrigen SRP vertrete. Rudel ignorierte das Verbot und sprach trotzdem in Berchtesgaden<sup>1773</sup>, genauso wie Naumann am 3. September eine Wahlversammlung in Wiesbaden abhielt.<sup>1774</sup> Versammlungsverbote waren jedoch nicht die einzigen Probleme der Deutschen Reichspartei.<sup>1775</sup> Nach Naumanns Entnazifizierung hatte sie größte Schwierigkeiten, die nötigen Unterschriften für die Landeslisten in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg zusammenzubekommen. Die Engländer schätzen ihre Chancen als sehr gering ein, die Fünf-Prozent-Hürde zu überschreiten. Das niedersächsische Landeskabinett bat sogar die Bundesregierung zu prüfen, ob die DRP nach den Wahlen verboten werden könne, um die rechten Wähler zu neutralisieren, die für die DRP gestimmt hatten.<sup>1776</sup> Die Bundesregierung trat damit an das Verfassungsgericht heran und übergab dabei Innenminister Lehr, der vorher das niedersächsische Kabinett informiert hatte, dass es für ein Verbot nicht genügend Material gebe. Zur selben Zeit reichte die DRP selbst drei Beschwerden vor dem Bundesgerichtshof ein. Die erste Beschwerde bezog sich auf die Einstufung von Naumann in Kategorie II und der daraus folgenden Verhinderung der Kandidatur für das Parlament. Die anderen beiden Klagen bezogen sich auf die Verweigerung der DRP-Landesliste für Kandidaten in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.<sup>1777</sup> Die Mühen der DRP nutzten nichts. Ob Naumann als Kandidat überhaupt erfolgreich gewesen wäre, bleibt fraglich.

Sieben Jahre nach Kriegsende trafen die Wähler ihre politische Entscheidung unter völlig anderen Gesichtspunkten, als es die „Wahlkampfstrategen“ von DP, FDP und GB/BHE

---

<sup>1772</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Nr. 38/II, Presseerklärung der DRP von der Parteileitung, 30.8.1953.

<sup>1773</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Nr. 38/I, Münchener Merkur, 3.9.1953, (Redner trotz Redeverbots).

<sup>1774</sup> BA, B 106/15561, ohne Bl., Zusammenfassung über eine Veranstaltung des Plesse-Verlags in Göttingen, 5.8.1953. Ein Beobachter stellte fest, dass bei der 600 Besucher zählenden Versammlung große Begeisterung herrschte und der Beifall mitunter eine Minute lang nicht abebbte.

<sup>1775</sup> Am 31. August 1953 gab es per Verfügung der Polizeidirektion ein Versammlungsverbot für die DRP in Fürth und auch für Ersatzveranstaltungen. Siehe: NLA-Hstah, VVP 39, Nr. 38/1, Verfügung der Polizeidirektion in Fürth, 31.8.1953.

<sup>1776</sup> NARA, FO 371/103932, Bericht von Wahnerheide an das Foreign Office, 26.8.1953, (Confidential, CW 10113/128).

<sup>1777</sup> NARA, FO 371/103932, Telegramm von Wahnerheide an das Foreign Office, 3.9.1953, (No. 679).

vermutet hatten.<sup>1778</sup> Viele fühlten sich vom plumpen Buhlen der rechten Parteien um die Wählergunst der „Ehemaligen“ sogar abgestoßen.<sup>1779</sup> Bei den Bundestagswahlen erlitten die Rechtsradikalen eine klare Niederlage.<sup>1780</sup> Versuche, die auslaufende „erste nationale Welle“ noch einmal organisatorisch zu mobilisieren, scheiterten, sodass die Wahl zum „Cannae des deutschen Rechtsradikalismus“ wurde.<sup>1781</sup> Nicht einmal 300.000 Stimmen konnte die DRP am 6. September 1953 erreichen.<sup>1782</sup> Lediglich 1,1 Prozent der Stimmen erhielt sie im Bundesdurchschnitt, gegenüber 1,8 Prozent 1949, als es noch keine Fünf-Prozent-Klausel gegeben hatte.<sup>1783</sup>

Bedingt durch die einsetzende, rasch zunehmende Integration ehemaliger NS-Aktivisten und anderer bisheriger Randgruppen der Nachkriegsgesellschaft, hatte die DRP längst nicht alle Mitglieder und Wähler der SRP erfassen können. Nach dem Verbot waren viele zu den Bürgerblockparteien abgewandert.<sup>1784</sup> Ein weiterer Punkt war, dass die Remilitarisierung Deutschlands die Mehrzahl der ehemaligen Berufssoldaten mit der Bundesrepublik ausgesöhnt und die Wiedereinstellung vieler „entnazifizierter“ Beamter auch aus diesen Personengruppen Parteigänger des Bürgerblocks gemacht hatte.<sup>1785</sup> Hatte es noch bei den Bundestagswahlen 1949 keinen eindeutigen Wahlsieger gegeben, sondern lagen CDU/ CSU und SPD bei einem geringen Vorsprung der Unionsparteien gleich auf<sup>1786</sup>, so errang Adenauer bei den zweiten Wahlen zum Bundestag mit der CDU/CSU einen überragenden Sieg. Die zweite Bundestagswahl trug überraschend den großen Schritt zur Konsolidierung des deutschen Parteiensystems bei, der von vielen Zeitgenossen als „Wahlwunder“ empfunden wurde. Anstelle von bislang 11 kamen nun noch sechs Parteien in den Bundestag<sup>1787</sup>, von denen zwei, die DP und das Zentrum, aus eigener Kraft nicht mehr lebensfähig waren und bundesweit unter der Fünf-Prozent-

---

<sup>1778</sup> Vgl. Jenke, Verschwörung, S. 114.

<sup>1779</sup> Ebenda, S. 232.

<sup>1780</sup> Vgl. Bajohr, Frank, Von Remer zu Schönhuber. Geschichte und Aktualität des Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, in Detlev J. K. Peukert/ Frank Bajohr (Hg.), Rechtsradikalismus in Deutschland. Zwei historische Beiträge, Hamburg 1990, S. 34. Zentrales Charakteristika des Rechtsradikalismus war die Diskrepanz zwischen rechtsextremen Einstellungen und tatsächlichen wahlpolitischen Erfolgen.

<sup>1781</sup> Frederik, Die Rechtsradikalen, S. 18.

<sup>1782</sup> Dies lag auch an der fehlenden programmatischen Eigenständigkeit, durch die die DRP nicht in das Wählerreservoir des Bürgerblocks eindringen konnte. Andererseits hatte sie jedoch in Süddeutschland Teile der DG und des Deutschen Blocks gewonnen. Zwar bekam sie nur einen sehr geringen Stimmanteil, war aber dennoch zur hegemonialen Partei des rechtsextremistischen Lagers geworden, das insgesamt 1,4 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Siehe: Schmollinger, Die Deutsche Reichspartei, S. 1115.

<sup>1783</sup> Jenke, Die nationale Rechte, S. 103.

<sup>1784</sup> Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 20.

<sup>1785</sup> Ebenda, S. 20f.

<sup>1786</sup> Falter, Jürgen W., Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift 22 Jg. (1981), Heft 3, S. 238.

<sup>1787</sup> Schmitt, Karl, Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989, S. 118.

Klausel blieben.<sup>1788</sup> CDU/CSU, SPD und FDP erhielten nun zusammen statt bisher 72,1 Prozent 83,5 Prozent der Stimmen.<sup>1789</sup>

Auf Bundesebene war also nach den Wahlen keine eigenständige politische Repräsentation des nationalsozialistischen Potentials mehr zu befürchten. Einen wesentlichen Anteil hatten dabei die ökonomischen Erfolge der Bundesrepublik<sup>1790</sup> und die durch einen Basiskonsens ermöglichten Konzentrationstendenzen innerhalb des Parteiensystems.<sup>1791</sup>

Konrad Adenauer wurde 1953 von dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time“ zum „Man of the year“ gewählt. Unter anderem wurde die Entscheidung durch das Ergebnis der Wahlen im September begründet. Die Nominierung stieß in der US-Presse auf große Zustimmung.<sup>1792</sup> Am 10. September 1953 hob Adenauer vor der CDU-Führung hervor, dass Rechts- und Linksradikalismus abgestoßen seien und dass Deutschland zurzeit tatsächlich den Eindruck eines politisch reifen Volkes mache.<sup>1793</sup>

International waren die Haltungen zunehmend durch Zufriedenheit über die Entwicklung in der Bundesrepublik gekennzeichnet. Dabei wurden der Kanzler und seine Politik bewundert. Dies galt insbesondere für die Amerikaner. Auch die ausländischen Medien zeigten sich zunehmend zuversichtlicher.<sup>1794</sup>

Dem BHE hatten die Eskapaden mit Naumann wenig genützt. Zwar erreichte die Vertriebenenpartei 1953 ihren Höhepunkt. Mit 27 Abgeordneten zog sie in den zweiten Bundestag ein. Doch wählten den BHE bei der Bundestagswahl nur 34 Prozent der Heimatvertriebenen. Er kam mit für ihn enttäuschenden 5,9 Prozent in das Bonner Parlament. In keinem Bundesland, nicht einmal in den Hochburgen Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern erreichte er 50 Prozent.<sup>1795</sup> Auch die folgende Zeit der politischen Konsolidierung, das Lastenausgleich- und Vertriebenengesetz sowie die wirtschaftliche Integration ließen das Interesse der Flüchtlinge an einer eigenen politischen Partei völlig erlahmen.<sup>1796</sup>

---

<sup>1788</sup> Rohe, Karl, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992, S. 164f.

<sup>1789</sup> Schmitt, Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 118. Die SPD stagnierte (-0,4 Prozent), die FDP hatte leichte (-2,4 Prozent) und die KPD schwere Verluste (-3,5 Prozent). Die CDU/CSU wurde mit einem gigantischen Gewinn (+14,2 Prozent) zur stärksten Partei (45,2 Prozent).

<sup>1790</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 392.

<sup>1791</sup> Stöss, Richard, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005, S. 78.

<sup>1792</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 394.

<sup>1793</sup> Buchstab, Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, S. 3.

<sup>1794</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 394f. Der Optimismus war stark genug den (Neo-)Nazismus, personalpolitische Affären ab 1954 und auch die „provozierende Nachlässigkeit“ der bundesdeutschen Justiz bei der Verfolgung von NS- und Kriegsverbrechen, einigermassen zu verarbeiten.

<sup>1795</sup> Stickler, 'Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch', S. 281.

<sup>1796</sup> Virchow, Der GB/BHE – ein neuer Parteytyp?, S. 467.

Nach dem Wahldesaster der DRP weigerte sich Lea Lucht, die Partei weiter finanziell zu unterstützen. Auf den Hinweis von Thaddens, dass dies eine Katastrophe sei, weil die DRP ihre Telefonrechnung bezahlen müsse, erwiderte Naumann, dass er in diesen Dingen keinen Einfluss mehr auf sie ausüben könne. Sie sei einfach „durchgedreht“ und es sei nicht möglich, ein vernünftiges Wort mit ihr zu sprechen.<sup>1797</sup> Zum Jahresende 1953 stand die DRP vor dem finanziellen Ruin. Ausschlaggebend dafür waren neben der kostspieligen Parteizeitung „Das Ziel“, der Bundestagswahlkampf, der mit einigen hundert Mitgliedern geführt worden war. Naumann der noch immer im Hintergrund der DRP wirkte, gab sogar zu bedenken, dass man in Anbetracht des Misserfolgs überlegen müsse, die DRP einschlafen zu lassen.<sup>1798</sup>

Den Ausweg aus der finanziellen Misere sahen dann Naumann, Meinberg und von Thadden in der Ausschaltung Scheffers als Parteivorsitzenden. In einigen Vorbesprechungen war laut geworden, dass eine erfolgreiche Einwerbung von Geld im erforderlichen Umfang nur dann möglich sei, wenn der Vorsitzende der DRP diesen Kreisen namentlich etwas bedeuten würde. Neuer Vorsitzender wurde Wilhelm Meinberg. Tatsächlich beschaffte Meinberg vom November 1953 bis zum September 1955 fast 40.000 DM.<sup>1799</sup>

Lea Lucht näherte sich von Thadden jedoch schnell wieder an und schon im Mai 1954 schrieb sie an ihn im Zusammenhang mit dem Versuch seiner Parteigenossen, ihn aus dem Vorstand zu entfernen, dass man „die Sache“ über alles stellen müsse und persönliche Gefühle oder Verärgerungen nie Anlass sein dürften, den unbestrittenen Verdienst schmälern zu wollen, den er zweifellos an dem Bestehen der DRP für sich verbuchen könne.<sup>1800</sup> Tatsächlich zeigte sich an der nordrhein-westfälischen Organisation der DRP, welche Zugkraft nicht nur von Thadden, sondern auch Naumann und Meinberg noch immer hatten. Auf dem Duisburger Parteitag Anfang Mai 1954 vertraten 19 Kreisverbände den Landesverband, wobei die DRP erstmalig in verschiedenen Großstädten des Ruhrgebiets Kreisorganisationen hatte aufbauen können. Insbesondere die „nationalsozialistischen Heroen“ Naumann und Meinberg hatten kraft ihrer Ausstrahlung in rechtsradikalen Kreisen diesen organisatorischen Aufschwung bewirkt.<sup>1801</sup> So stellte in der

---

<sup>1797</sup> Von Thadden merkte an, dass Lea Lucht über ihre finanzielle Lage geklagt und schlecht ausgesehen habe. Siehe: NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 28-29, Vermerk über eine Besprechung mit Dr. Naumann in Büderich, 16.9.1953, Verfasser v. Thadden.

<sup>1798</sup> Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 186.

<sup>1799</sup> Ebenda, S. 186f.

<sup>1800</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94, Nr. 33, Bl. 79, Schreiben von Naumann an v. Thadden, 20.12.1953.

<sup>1801</sup> Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 73ff. Innerhalb von drei Jahren hatten sich die Mitglieder des Landtags vervielfacht, sodass dieser 1956 nahezu die stärkste Landesorganisation der DRP stellte.

Auffassung einiger Historiker der DRP-Apparat das eigentliche Kontinuum des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik dar, mehr als geistige Offensivkraft oder weltanschauliche Tradition.<sup>1802</sup> Dennoch blieben die DRP-Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen unterdurchschnittlich.<sup>1803</sup>

In der FDP hatte man alles getan, um die Risse im Partegefüge noch einmal zu übertünchen. Der Name Naumann war nur noch in privaten Gesprächen zu hören.<sup>1804</sup> Bezeichnend für die Haltung der Freidemokraten war die Verarbeitung von Freilassung und „außer Verfolgung Setzung“ von Naumann durch Mende, welcher völlig unkritisch die Geschehnisse verharmloste: „Was übrig blieb, waren regelmäßige Treffen ehemaliger hoher Funktionäre des Nationalsozialismus allmonatlich an einem Stammtisch in der Wohnung des Dr. Werner Naumann im Haus des Fabrikanten Lucht in Düsseldorf sowie gelegentliche Treffen in Hamburg und Paris, dort mit dem britischen Faschistenführer Sir Oswald Mosley aus London und ein reger Brief- und Telefonverkehr unter den alten Nationalsozialisten. Von einer Verschwörung oder dem Versuch einer Machtergreifung auf dem Umweg über den Landesverband der FDP in Düsseldorf konnte keine Rede sein!“<sup>1805</sup>

Dennoch war die Affäre nicht ohne Folgen für die innerverbandliche Entwicklung der FDP geblieben. Fortan hatten Middelhaue und seine Anhänger nicht nur mit einer partei-internen, sondern auch einer medialen Anteilnahme an den weiteren Vorgängen zu rechnen.<sup>1806</sup> Middelhaue stand vor dem Scherbenhaufen seiner bisherigen Politik. Die Nationale Sammlung war irreversibel diskreditiert.<sup>1807</sup> Die Gefahren einer Öffnung nach rechts, in deren Verlauf auch die Westintegration infrage gestellt worden war<sup>1808</sup>, hatten

---

<sup>1802</sup> Rowold, Im Schatten der Macht, S. 213.

<sup>1803</sup> Erbitterte Flügelkämpfe durch den „national-neutralistischen“ und „deutsch-sozialistischen“ Kurs tobten, sodass Professor von Grünberg im Herbst 1955 klagte, dass „ein ideologischer Ringkampf“ drohen würde, die DRP zu spalten. Er bemängelte im März 1956, dass es innerhalb der DRP „in Wirklichkeit zwei Parteien“ gebe: „Die eine ist die revolutionär-romantische und die andere die realistische“. Von Grünberg war der Auffassung, dass die erste dafür verantwortlich war, dass es „bisher nicht einmal gelungen [ist], alle die Männer zu uns zu bringen, die damals zum so genannten Naumann-Kreis gehörten. Der Grund sei die „psychische Hemmung über den Schatten zu springen“. Siehe: Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965, S. 74f.

<sup>1804</sup> Gutscher, Entwicklung der FDP, S. 165.

<sup>1805</sup> Zit. nach: Mende, Die neue Freiheit, S. 258.

<sup>1806</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 176f. Gleiches galt für eine geplante Kooperation mit der Wiking-Jugend.

<sup>1807</sup> Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 106. Siehe auch: Brauers, Christof, Die FDP in Hamburg 1949 bis 1953, S. 645.

<sup>1808</sup> Vgl. Moring, Europapolitik der FDP S. 19. Anzumerken bleibt, dass in der FDP stets die Meinung herrschte, es sei notwendig, eigene Konzepte zur Deutschland- und Europapolitik mit dem Ziel zu lancieren, die Siegermächte zu einer Lösung der Frage der deutschen Wiedervereinigung zu zwingen. Dies auch gerade, weil die Sieger glücklich darüber seien, dass das deutsche Volk geteilt und damit für einen

sich so deutlich gezeigt, dass eine entsprechende Politik auch vom rechten Flügel der FDP nie wieder ernsthaft in Erwägung gezogen wurde.<sup>1809</sup> Nachhaltig belastete die Naumann-Affäre die Landesverbände der FDP in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wie sich beim Wahlkampf 1954 zeigen sollte. Die CDU attackierte die FDP mit ungewöhnlicher Heftigkeit und konzentrierte ihre Kampagne voll und ganz auf den „Naumann-Skandal“ und die Personen Achenbach und Zoglmann. Der FDP-Spitzenkandidat Middelhaue wurde als Marionette eines von Nationalsozialisten beherrschten Landesverbandes dargestellt.<sup>1810</sup> Trotzdem war das nur unwesentlich schlechtere Ergebnis für die FDP bei der Landtagswahl 1954 (11,5 Prozent) im Vergleich zu 1950 (12,1 Prozent) eine landespolitische Überraschung.<sup>1811</sup> Dadurch wurde schließlich unter Beweis gestellt, dass die Wähler ein Jahr nach der Affäre nicht mehr daran zweifelten, dass eine Gefährdung der Demokratie ausgeschlossen war. Mehr als zwei Jahre später erinnerte Marion Gräfin Dönhoff in der Hamburger „Zeit“ an die in Sachen Naumann gemachten Erfahrungen und fragte, welche Konsequenzen in der FDP daraus gezogen worden seien.<sup>1812</sup> In mehreren Zuschriften musste sie sich belehren lassen: „Middelhaue, Diewerge, Zoglmann und Achenbach dürfen in ihrer demokratischen Grundhaltung nicht angezweifelt werden. [...] So betrachtet erfüllen Ihre Darlegungen heute schlicht und einfach den strafbaren Tatbestand der üblen Nachrede im Sinne der §§ 186, 187a StGB und bedeuten eine durch die Entwicklung überholte vorsätzliche Ehrabschneidung.“<sup>1813</sup>

Nichtsdestotrotz gelang Achenbach im Gegensatz zu Naumann ein Jahr nach der Naumann-Affäre dank seiner guten Verbindungen in die Wirtschaft mittels einer Spendengeldsammlung das politische Comeback.<sup>1814</sup> Als Voraussetzung dafür hatte er sich von seinem politischen Umfeld distanzieren müssen. Dies bezog sich zuerst auf Werner Best.<sup>1815</sup> In der Essener Anwaltskanzlei konnte Best nicht bleiben, weil er für Achenbach

---

neuen Herrschaftsanspruch zu schwach sei. Aus diesem Grund vertrat die FDP auch immer einen stringenten Kurs für die Durchsetzung deutscher Nationalinteressen.

<sup>1809</sup> Rütten, Von der Plattform-Partei, S. 74.

<sup>1810</sup> Vgl. Papke, Unser Ziel ist die unabhängige FDP, S. 117.

<sup>1811</sup> Hüwel, Karl Arnold, S. 286.

<sup>1812</sup> Die Zeit, 1.12.1955, S. 1 (Vertanes Erbe).

<sup>1813</sup> Die Zeit, 15.12.1955, S. 28 (Briefe an die Zeit).

<sup>1814</sup> Fischer/ Lorenz (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung, S. 103.

<sup>1815</sup> Herbert, Best, S. 472f. Nach dem Verlust der Aufsichtsratsmandate waren die Mittel knapp geworden. Bis zum Herbst hatte die Landesgeschäftsstelle der FDP noch einen Zuschuss für Best gezahlt, aber auch dieser fiel dann weg. Bests Antrag, als Rechtsanwalt wieder zugelassen zu werden, wurde unter Hinweis auf seine politische Vergangenheit und sein fehlendes Entnazifizierungsverfahren abschlägig beschieden. Dabei hatte sich Best gute Chancen ausgerechnet, in naher Zukunft wieder in den öffentlichen Dienst, wenn nicht gar ins Auswärtige Amt einzutreten. Nachdem die westdeutsche Öffentlichkeit und das westliche Ausland auf ihn aufmerksam geworden waren, war dies jedoch kaum mehr möglich. Die neuen Ausgrenzungsmechanismen begannen wirksam zu werden, und anders als Achenbach galt Best sowohl aufgrund seiner

zur politischen Belastung geworden war. Um wieder Einfluss in der Partei zu gewinnen, zog Achenbach nun aus, um Spendengelder zu sammeln. Im Frühjahr 1954 hatte er in der westdeutschen Industrie die für diese Zeit durchaus erhebliche Summe von 35.000 DM für die Partei zusammenbekommen mit der Auflage, dass allein er über die Gelder bestimmen konnte. Dadurch festigte sich seine Position in der FDP wieder zunehmend und Middelhauve nahm die Gelegenheit wahr, Achenbachs Bestreben um Rehabilitation zu unterstützen.<sup>1816</sup> In diesem Zusammenhang kam es Achenbach gelegen, dass einer seiner schärfsten Kritiker der Verfassungsschutzpräsident John gewesen war, der aus dem Umfeld des 20. Juli 1944 stammte. John verschwand am 20. Juli 1954 auf eine bis heute mysteriöse Weise in die DDR.<sup>1817</sup> Danach konnte Achenbach die Kritik an seinen Verbindungen zum Naumann-Kreis pauschal als kommunistisch gesteuert hinstellen. Am Ende forderte Achenbach noch ein Gespräch mit Dehler, bei dem jener die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückziehen sollte. Dies geschah und Achenbachs politischem Wiederaufstieg stand fortan nichts mehr im Wege.<sup>1818</sup> 1957 kandidierte der Anwalt für den dritten Deutschen Bundestag, dem er bis 1976 angehörte. Zu dieser Zeit erwies er sich auch als Taktiker, der „auf allen Hochzeiten zu tanzen wusste und zu keinem Mahl zu spät kam.“<sup>1819</sup> Ende der 1960er-Jahre war Achenbach bevorzugter Schützling des Parteivorsitzenden Walter Scheel. Dieser schlug Achenbach für ein hohes EWG-Amt in Brüssel vor, welches er jedoch nicht bekam. Unter Führung von Beate Klarsfeld demonstrierte in seinem Essener Anwaltsbüro eine Gruppe gegen ihn, vor allem gegen seine Verzögerungstaktik bei der Ratifizierung des deutsch-französischen Zusatzabkommens. Dieses sollte es deutschen Gerichten ermöglichen, in Frankreich rechtskräftig verurteil-

---

Vorgeschichte in Gestapo und SS als auch wegen seiner politischen Nachkriegsverbindungen als nicht tolerierbar.

<sup>1816</sup> Herbert, Best, S. 471.

<sup>1817</sup> Es entspann sich eine Debatte, ob John freiwillig in die DDR übergelaufen war oder entführt wurde, die nie ganz geklärt werden konnte. Während er in Ostdeutschland erklärte, er habe sich freiwillig in die DDR begeben, weil er beweisen wollte, dass die antibolschewistische Hetze in der BRD erlogen sei, hielt er nach seiner Rückkehr zeit seines Lebens an der Version fest, entführt worden zu sein. Markus Wolf entnahm aus dem, was ihm John erzählte und 1990 aus den entsprechenden Fallakten, dass John tatsächlich entführt worden war. Siehe: Nolte, Ernst, Deutschland und der Kalte Krieg, Stuttgart 1985. Vgl. auch: Wolf, Markus, Spionagegefecht im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997, S. 103f. Denkbar war auch eine dritte Option. John war 1953/54 unter falscher Flagge vom sowjetischen Geheimdienst kontaktiert worden. Ihm könnte versprochen worden sein, in Ostberlin eine wichtige politische Persönlichkeit zu treffen, um mit ihr über fortschrittliche Gruppen in Westdeutschland zu diskutieren, die fähig wären, in einem vereinigten Deutschland tätig zu werden. Der Verfassungsschutzamtschef sagte zu und kam am 20. Juli 1954 freiwillig nach Ostberlin. Doch der KGB hatte anderes vor und wollte, dass er öffentlich mit Adenauer brach. John, der sich weigerte, wurde nun tatsächlich verschleppt und in einer Villa in Karlshorst mit Tabletten ruhiggestellt. Vgl. Kellerhoff, Sven Felix/ Kostka, Bernd von, Hauptstadt der Spione. Geheimdienste in Berlin im Kalten Krieg, S. 234f. Ähnlich bei: Flemming, Thomas/ Ulrich, Bernd, Vor Gericht. Deutsche Prozesse in Ost und West nach 1945, Berlin-Brandenburg 2005, S. 21.

<sup>1818</sup> Herbert, Best, S. 471.

<sup>1819</sup> Zit. nach: Mende, Die neue Freiheit, S. 259.

ten, aber untergetauchten NS-Verbrechern in Deutschland den Prozess zu machen.<sup>1820</sup> Es scheiterte auch an den Protesten in Frankreich aufgrund der Vergangenheit Achenbachs. Nichtsdestotrotz wurde Achenbach von Scheel als außenpolitischer Experte zu den Vertragsverhandlungen im Juli 1970 nach Moskau mitgenommen. Er war auch Mitglied der Verhandlungsdelegation in Warschau im Dezember 1970. Nach der Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag erhielt Achenbach das Bundesverdienstkreuz.<sup>1821</sup>

Bei dem deutschen Einzug in die UNO im September 1973 gehörte er auch zu der Delegation. Und auch nach 1972 wurde er abermals als Kandidat für den Bundestag von der FDP aufgestellt und kam gegen den Willen der Deutschen Jungdemokraten über den 11. Landeslistenplatz wieder in den Deutschen Bundestag.<sup>1822</sup>

1974 wurde er erstmals mit Rücktrittsforderungen konfrontiert, weil Dokumente ausfindig gemacht wurden, welche bewiesen, dass er selbst schwer belastet war<sup>1823</sup> und eine maßgebliche Rolle bei der Ingangsetzung der Deportation der französischen Juden gespielt hatte.<sup>1824</sup> Einem Antrag auf Ausschluss aus der Partei, gestellt durch die Jungdemokraten, wurde jedoch ebenso wenig stattgegeben wie 1953.<sup>1825</sup> Allerdings musste Achenbach als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses zurücktreten. Von diesem Sturz erholte er sich nicht mehr. Mit Ende der siebten Wahlperiode schied Achenbach 1976 aus dem Bundestag und im Januar 1977 aus dem Europäischen Parlament aus.<sup>1826</sup>

Auch für Siegfried Zoglmann war die Affäre folgenlos geblieben. Er entwickelte sich zu einem Experten für Partei- und Fraktionswechsel. Zunächst zog er jedoch 1957 über die nordrhein-westfälische Landesliste in den Deutschen Bundestag ein, amtierte dort von 1961 bis 1963 als Parlamentarischer Geschäftsführer und danach als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP.<sup>1827</sup>

---

<sup>1820</sup> Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung, S. 259.

<sup>1821</sup> Conze/ Frei/ Hayes/ Zimmermann (Hg.), Das Amt und die Vergangenheit, S. 687.

<sup>1822</sup> BStU MfS HA XX ZMA Nr. 619, 00002, Bericht von dem Staatlichen Komitee Rundfunk, Abteilung Monitor, 22.7.1974.

<sup>1823</sup> Miquel, Richter: Juristen in eigener Sache, S. 234.

<sup>1824</sup> Vgl. Klarsfeld, Serge, Vichy-Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, Nördlingen 1989, S. 24-32, 46.

<sup>1825</sup> Vgl. Faßbender, Monika, Die Bearbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der FDP, in: Werner Bergmann/ Rainer Erb (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M./ New York 1995, S. 172.

<sup>1826</sup> Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr, S. 203.

<sup>1827</sup> Ebenda, S. 210.

Einzig der Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der Niedersächsischen FDP Stegner trat aus der FDP aus, wie die „Süddeutsche Zeitung“ am 1. Januar 1954 vermeldete. Der erste Mann in Niedersachsen sei Stegner seit drei Monaten nur noch auf dem Papier gewesen. Seinen Schreibtisch nahm Horst Huisgen ein. Wenn die Rede auf Huisgen komme, sei Stegners einstiges Temperament wiederzuerkennen: „Ich bin kein restaurativer Nationalsozialist, aber der Huisgen ist einer, und auf den fällt jetzt der Dehler herein.“<sup>1828</sup>

Dehler wiederum hatte andere Sorgen. Er fühlte sich vom Anwalt Naumanns in seinem Stolz verletzt und stellte am 6. Dezember 1954 gegen Dr. Fritz Krüger einen Strafantrag. Krüger hatte behauptet, dass der Justizminister 1952 ihm nahe stehenden Politikern Einblick in die Untersuchungsakten gegen Naumann gegeben habe, die er vom Hohen Kommissar bekommen habe. Er habe sogar einen umfangreichen Geheimbericht der britischen Untersuchungen dem Landesverband Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis vorgelegt. Es bleibe zu ermitteln, ob Dehler dies im Auftrag einflussreicher Persönlichkeiten der Sowjetzone getan habe, da er hier anscheinend Verbindungen unterhalte.<sup>1829</sup> Hier bezog sich Krüger auf das bei Moritz beschlagnahmte Schreiben aus dem Jahre 1950. Dehler bestritt dies alles und auch die Zeugenanhörungen gingen in seinem Sinne vonstatten.<sup>1830</sup> So schrieb Dehler am 27. August 1957 an Philipp Reemtsma, dass er sich schon vor langer Zeit zur Zurücknahme des Strafantrags in der Angelegenheit Dr. Krüger bereit erklärt habe, wenn die unwahren Behauptungen in entsprechender Form richtiggestellt werden würden. Diese Möglichkeit bestehe auch jetzt noch. Er und seine Freunde scheuten ein Verfahren nicht.<sup>1831</sup> Am 9. Oktober 1957 lenkte Hans Haak in der Strafsache Dr. Fritz Krüger schließlich ein und schrieb, die Anschuldigungen Krügers gegen Dehler hätten auf Informationen beruht, die Krüger von dritter Seite erhalten habe, die ihm unbedingt zuverlässig erschien. Die Verwertung dieser Darlegungen war Krüger erforderlich erschienen, um die gesamte Handhabung des Verfahrens gegen Naumann und andere und die vermuteten Hintergründe zu beleuchten. Es habe Krüger völlig ferngelegen, Dehler zu beleidigen.<sup>1832</sup> Das Verfahren wurde mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft am 26. Februar 1958 eingestellt.<sup>1833</sup>

---

<sup>1828</sup> SZ, 15.1.1954, (Mit Parteigeldern war Stegner nicht kleinlich).

<sup>1829</sup> ADL, N1-836, Strafantrag von Thomas Dehler, 6.12.1954.

<sup>1830</sup> Siehe: ADL, N1-836, Verhör von Fuchsberger von Oberstaatsanwalt Dr. Kramer, 25.3.1955. Sowie: ADL, N1-836, Aussage von Dehler vor dem Oberstaatsanwalt, 30.3.1955.

<sup>1831</sup> ADL, N1-836, Schreiben von Dehler an Reemtsma, 29.8.1957.

<sup>1832</sup> ADL, N1-836, Schreiben von Haak an das Amtsgericht Hamburg, 9.10.1957.

<sup>1833</sup> ADL, N1-836, Aktennotiz, ohne Zeit.

Inzwischen war der Gerichtsprozess gegen Naumann weiter gelaufen. Bereits im Oktober 1953 ging Grimm davon aus, dass das Material nach dem Ende der Zeugenanhörungen nicht belastend genug sei, um Naumann zu verurteilen und setzte ihn davon in Kenntnis.<sup>1834</sup>

Im Dezember 1953 war die Voruntersuchung abgeschlossen und der Untersuchungsrichter bereitete einen Bericht vor, aus dem sich der Oberbundesanwalt in den ersten Januartagen eine Meinung bilden sollte. Der Eindruck der Briten war, dass die Deutschen eine Verurteilung Naumanns unter dem Anschein einer ungenügenden Beweislage insgeheim still und leise aussetzen wollten.<sup>1835</sup> Dies kam Naumann gelegen, der nun überlegte, nach Schleswig-Holstein zu ziehen, nachdem er in engen Kontakt mit dem dortigen BHE getreten war. Naumann äußerte einem Bekannten gegenüber, dass dort auf Veranlassung der obersten Führung des BHE ein neues Entnazifizierungsverfahren durchgeführt werden solle. Nach erfolgreicher Durchführung wollte Naumann sich dem BHE dienstbar machen. Oberländer, der zweite Vorsitzende des BHE war über die Angelegenheit allerdings nicht unterrichtet.<sup>1836</sup>

Die breite Öffentlichkeit begann nun, die Verhaftungen dem Präsidenten des Verfassungsschutzes Otto John zur Last zu legen.<sup>1837</sup> Es wurde der Vorwurf erhoben, er gebe dienstliche Informationen an die Alliierten weiter. Dabei wurde, wahrscheinlich oft bewusst, nicht darauf hingewiesen, dass John zur Zusammenarbeit mit den alliierten Nachrichtendiensten mit Ausnahme des sowjetischen verpflichtet war. Der Mehrheit der Bevölkerung war dies nicht bekannt.<sup>1838</sup> In Wahrheit hatte Otto John versucht, die Beweislage zu stärken und auch nach der Freilassung Naumanns weitere Ermittlungen über ihn und Personen, die im Zusammenhang mit der Naumann-Affäre genannt wurden oder in den Akten auftauchten, durchführen lassen. Dazu ließ er Fragebögen ausfertigen und zur Bearbeitung an die LfV-Ämter und an den Historiker Professor Kurt Rheindorf senden. Rheindorf war freier Mitarbeiter beim BfV. Er hatte John 1932 als Privatdozent an der

---

<sup>1834</sup> NARA, FO 371/103917, Schreiben von Hope an Hancock, 26.10.1953, (Secret and Personal, CW 1015/366).

<sup>1835</sup> NARA, FO 371/103917, Schreiben von Johnston an Hancock, 3.12.1953, (Confidential, CW 1015/373). Sowie: NARA, FO 371/103917, Schreiben von Warner an Johnston, 1.1.1954, (Confidential).

<sup>1836</sup> ADL, N1-836, Abschrift von Dehler von einer Äußerung Naumanns gegenüber einem Bekannten, 19.12.1953.

<sup>1837</sup> Vgl. Giesecking, Erika, Der Fall Otto John. Entführung oder freiwilliger Übertritt in die DDR? Lauf an der Pegnitz 2005, S. 114.

<sup>1838</sup> Giesecking, Der Fall Otto John, S. 98. Siehe dazu auch: NARA, FO 371/124496, Schreiben von Wilkinson an Johnston, 3.10.1956, (Confidential, WG 1019/29). Sogar Mosley behauptete nachträglich Otto John sei ein britischer Agent und habe der britischen Regierung Informationen hinter dem Rücken der Bundesregierung gegeben, die zur Verhaftung von Naumann führten. Dies entsprach zwar nicht den Tatsachen, zeigte aber zweifellos, was der Kreis um Mosley über Johns Verhältnis zum britischen Geheimdienst dachte. Siehe: NARA, FO 371/124496, Schreiben von Rose vom 11.10.1956, (Minutes, WG 1019/29).

Universität Frankfurt kennengelernt und auf seine Vermittlung 1947 eine Stelle als Interrogator in Nürnberg bekommen.<sup>1839</sup>

Die Überprüfungen erzeugten erheblichen Wirbel und der Leiter des LfV von Nordrhein-Westfalen Fritz Tejessy sowie Kreise der FDP beschwerten sich massiv beim BfV. Daraus resultierte eine scharfe Intervention des BfV-Vizepräsidenten Radke, der das BfV fest im Griff hatte<sup>1840</sup>, und des Abteilungsleiters Müllenmeister bei John. John hatte beide nicht davon unterrichtet. Bei einer Amtsleiterbesprechung am 2. Februar 1954 wurde die Problematik thematisiert und war Ursache „lebhafter Angriffe“ auf John. Daraufhin wurde das Unternehmen beendet und die beantworteten Fragebögen zurückgefordert.<sup>1841</sup> Nichtsdestotrotz erstellte Rheindorf ein Gutachten für den BfV. Hierin kam er zu dem Ergebnis, man könne die in Karlsruhe deponierten Akten mit den schärfsten Maßstäben messen, aber man werde keine „Vereinigung“ mit verfassungsfeindlichen Zielen finden. Dies begründete er damit, dass eine „Vereinigung“ ganz bestimmte Merkmale aufzuweisen hätte: eine Organisation mit bestimmten Organen, Zuständigkeiten und nicht zuletzt einem fest umrissenen Ziel. Dies brauche nicht in festgelegten Formen geschehen, die solche „Vereinigung“ als Machtsubjekt erscheinen ließen, aber die charakteristischen Merkmale müssten vorhanden sein und – nicht zuletzt – müsse es eine bewusst gewollte Vereinigung mehrerer Personen zur Verfolgung gemeinsamer Ziele sein.<sup>1842</sup> Diese Einschätzung war umso absurder, da die „bestimmten Merkmale“ alle von Naumann festgehalten worden waren.

Nicht zu bezweifeln sei das Fortleben des NS-Gedankengutes, dessen prinzipielle Qualitäten gerade der an erster Stelle angeschuldigte Naumann in unverkennbarer NS-Sprache zum Ausdruck gebracht habe.<sup>1843</sup> Aber diese Fakten besagten vorerst nur, dass es sich um eine Gesinnung handele und eine solche zu haben, sei nicht strafbewehrt. Weiterhin sei unverkennbar, dass Naumann die Absicht gehegt habe, wieder Politiker zu werden. Es lasse sich auch nicht leugnen, dass er allerlei Überlegungen angestellt habe, wie er selber und eine Auswahl seiner Freunde oder Bekannten wieder zum Zuge kommen könnten. Überlegungen seien jedoch noch keine Taten und strafbar sei allein die Tat. Schließlich und nicht zuletzt sei es Sache der Parteien, ob sie sich „unterwandern“ lassen wollten und damit unter Umständen den Plänen Naumanns Vorschub oder gar Beihilfe leisteten.<sup>1844</sup>

---

<sup>1839</sup> Giesecking, Der Fall Otto John, S. 52.

<sup>1840</sup> Vgl. dazu: Koch, Enttarnt. Doppelagenten, S. 258.

<sup>1841</sup> Giesecking, Der Fall Otto John, S. 118f.

<sup>1842</sup> BA, NL 263/272/139-155, Gutachten von Rheindorf, 1954.

<sup>1843</sup> Ebenda.

<sup>1844</sup> BA, NL 263/272/139-155, Gutachten von Rheindorf, 1954.

Anfang März 1954 entschied der Oberbundesanwalt, die Fälle Naumann und Bornemann zur Verhandlung zu bringen. Dennoch warnte Globke die Briten, dass dies unter Umständen nicht erfolgreich verlaufen werde. Es sei unmöglich zu beweisen, dass einer von Naumanns Gefährten tatsächlich wusste, welche Absichten Naumann gehabt hatte. Es sei nicht genug, dass jemand eine Verschwörung geplant habe, sondern es müsse auch nachgewiesen werden, dass der Verschwörer seinen Anhängern von seinen Plänen erzählt hatte.<sup>1845</sup> Die Briten waren enttäuscht. Mit dem B.I.O.G.-Bericht, der an sich zwar nicht beweiskräftig war, lagen dem deutschen Richter jedoch genug Informationen vor, um die Angeklagten in den Zeugenstand zu rufen. Die Briten hatten den Eindruck, dass dies nicht erwünscht sei.<sup>1846</sup> Kirkpatricks große Furcht war ein ineffektiver Prozess, in dem der Fall fallengelassen würde oder Naumann durch einen Freispruch Märtyrerstatus erlangen könnte. Daher hatten die Briten großes Interesse daran, den Prozess nicht zu eröffnen. Sie waren der Auffassung, dass wenig öffentliches oder parlamentarisches Interesse bestehe.<sup>1847</sup> Keineswegs sollte der Kanzler daher entmutigt werden, wenn er Anstalten mache, den Prozess fallen zu lassen.<sup>1848</sup>

In dem gerichtlichen Verfahren um Naumann tat sich in der Folgezeit wenig. Ein Journalist des britischen „Daily Express“ äußerte sich dazu am 10. Mai 1954 bezeichnend: „Ich möchte wissen, was sich in unserem Lande ereignen würde, wenn der Leiter der Staatsanwaltschaft erklären sollte, dass weder er noch der Oberstaatsanwalt entscheiden können, ob eine bestimmte Person gerichtlich verfolgt werden solle oder nicht, sondern die Entscheidung beim Ministerpräsidenten läge.“<sup>1849</sup> Am 21. Mai 1954 appellierte Grimm schließlich in einem Brief an Adenauer, der Oberbundesanwalt solle endgültig über eine Anklageerhebung entscheiden, da „den Angeschuldigten ein schwerer Schaden in wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht zugefügt“ werde.<sup>1850</sup> Grimm war enttäuscht, als er vom Kanzler keine Nachricht erhielt. Fünf Tage später antwortete ihm ein Beamter des Bundeskanzleramtes, dass auch Grimm zu warten habe, bis die Entscheidung über die Anklage bekannt gegeben würde.<sup>1851</sup>

---

<sup>1845</sup> NARA, FO 1060/441, Johnston an den Hohen Kommissar und Bathurst, 9.3.1954, (Secret, 215/4/13). Siehe dazu auch: NARA, FO 371/109564, Schreiben von Millar an Roberts, 18.3.1954, (Secret, CW 1017/10G).

<sup>1846</sup> NARA, FO 1060/441, Bathurst an den Hohen Kommissar, 12.3.1954, (Secret, Naumann Case).

<sup>1847</sup> NARA, FO 371/109564, Mitteilung von Roberts an das Foreign Office, 24.3.1953, (Secret, CW 1017/04).

<sup>1848</sup> NARA, FO 371/109564, Bericht von Hancock, 19.3.1954, (Secret, CW 1017/10 G).

<sup>1849</sup> ADL, NI-837, Zeitungsausschnitt vom Daily Express, 10.5.1954 (Keine Anklage).

<sup>1850</sup> ADL, NI-837, Schreiben von Grimm an Adenauer, 21.5.1954.

<sup>1851</sup> Vgl. Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 125.

Tatsächlich fürchtete die Regierung, dass ihr Rechtsstandpunkt geschwächt werden könnte, wenn es so aussah, als habe sie Naumann unrechtmäßig festgehalten. Daher wurde eine Anklage mit einem Dossier vorbereitet, dass die schriftlichen Beweise gegen die Naumann-Gruppe darlegte und argumentierte, dass man einen Präzedenzfall gegen Naumann und Bornemann geschaffen habe. Damit sollten gleichzeitig die vorausgehenden Rechtsprozesse gerechtfertigt werden. Deren Zweck sei es gewesen, die Faktenlage zu klären, um damit auch zu entscheiden, ob überhaupt Anklage erhoben werden sollte. Nach Veröffentlichung der Anklage sollte schließlich das Gericht entscheiden, ob es zu einem Prozess kommen würde.<sup>1852</sup>

Am 6. Juli 1954 wurde gegen Naumann und die Mitinhaftierten schließlich Anklage durch den Oberbundesanwalt vor dem Bundesgerichtshof wegen Vergehens gegen Paragraph 90a StGB erhoben. Sie wurden beschuldigt eine Vereinigung gegründet zu haben, deren Zweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik gerichtet gewesen sei.<sup>1853</sup> Die gerichtliche Entscheidungsfindung zog sich allerdings so in die Länge, dass Otto John am 12. August 1954 mit einer Stellungnahme auf einer Ostberliner Pressekonferenz die Bundesregierung deshalb kompromittieren wollte: „Als Naumann im Januar vorigen Jahres von den Engländern verhaftet wurde, war die Bundesregierung eifrig bemüht, die Gefahren des wiedererstandenen Nationalsozialismus zu verniedlichen. Bis heute ist der Prozess gegen Naumann noch nicht durchgeführt, weil die Bundesregierung kein Interesse daran hat, den Nationalsozialismus wirklich auszurotten; denn heute werden die unverbesserlichen Nazis für den Kreuzzug gen Osten gebraucht. [...] Das stetige Vordringen der unverbesserlichen nazistischen Elemente in der Bundesrepublik ist die logische Folge der Politik Dr. Adenauers, der sich vornehmlich auf diejenigen Kreise stützt, die schon mit Hitler ‚den Bolschewismus ausrotten wollten‘. Dieses Vordringen vollzieht sich noch nicht einmal oder weniger in Form von Parteibildungen nach dem Muster der NSDAP, sondern nach der von Naumann ausgehenden Parole durch systematische nazistische Unterwanderung der Koalitionsparteien und vor allem aber auch dadurch, dass die Regierung Dr. Adenauers in ihrer stupiden Weltfremdheit de facto die aggressive Politik Hitlers gegenüber unseren Nachbarn wieder aufgenommen hat und fortsetzt.“<sup>1854</sup>

---

<sup>1852</sup> NARA, FO 371/109565, Geheimer Bericht von Hancock, 24.5.1954, (Secret, The Naumann Case, CW 1017/24G).

<sup>1853</sup> AdG, 6.7.1954, S. 4608.

<sup>1854</sup> AdG, 12.8.1954, S. 4675f. Nach seiner Rückkehr in den Westen 1955 gab er zu, „bewusst“ die Unwahrheit gesagt zu haben. Siehe dazu: Giesecking, Der Fall Otto John, S. 118.

Während der Oberbundesanwalt, um Adenauers Koalitionspartner nicht zu brüskieren, ein kurzes Verfahren favorisierte, welches vor allem die Beziehungen von Goebbels ehemaligen Staatssekretär zum „Stammtisch“ herausstellen sollte, arbeitete Naumann auf ein langes Verfahren hin, welches alle seine politischen Kontakte vor seiner Verhaftung aufdecken sollte. Naumann wollte damit weniger die Briten attackieren, als vielmehr die Extremisten der rechten Flügel in den etablierten Parteien bloßstellen, die ihn bislang verleugnet hatten. Dieses Verhalten hatte ihn sehr wütend gemacht. Ein langer Prozess war für Naumann allerdings nicht ohne finanzielle Unterstützung möglich. Daher entschloss er sich zu einem Handel mit Sefton Delmer und dem „Daily Express“. Er versprach Delmer Informationen, wenn er die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stellen würde.<sup>1855</sup> Außerdem sollte ihm die Publicity die Möglichkeit geben, seine Beziehungen zu den Politikern offen zu legen, falls der Oberbundesanwalt sich weigern sollte, diese ans Licht kommen zu lassen.<sup>1856</sup> Mit diesem Plan Naumanns, alles restlos aufzudecken, hatten die Briten die Vorteile, die sie sich von einer eventuellen Veröffentlichung des „White Papers“ erhofft hatten, verloren.<sup>1857</sup>

Der Sechste Strafsenat des Bundesgerichtshofs machte der Angelegenheit am 3. Dezember 1954 ein Ende. Trotz des Drucks der Politik und eines Großteils der öffentlichen Meinung lehnten die Richter die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Naumann und Bornemann ab. Alle anderen Beschuldigten waren durch den Oberbundesanwalt selbst schon ausgeklammert worden. Die gesamte Gruppe wurde „außer Verfolgung“ gesetzt<sup>1858</sup>. Die Begründung lautete, dass in den Reden und Verlautbarungen der Angeschuldigten nirgendwo deutlich zum Ausdruck gekommen sei, dass der „Zirkel“ eine Wiedereinrichtung des nationalsozialistischen Führerstaates angestrebt habe. Auch finde sich gelegentlich sogar Kritik an einzelnen Maßnahmen des Dritten Reiches. Weiter habe die Vereinigung noch keinerlei politische Wirkung in der Öffentlichkeit entfaltet. Es wurde festgestellt, dass an der extrem nationalen Gesinnung und Haltung aller Mitglieder des „Stammtisches“ zwar kaum zu zweifeln sei, sie dennoch nicht ohne Differenzierungen als ehemalige Nationalsozialisten bezeichnet werden könnten.

---

<sup>1855</sup> NARA, FO 371/109566, Mitteilung von Millar an Roberts, 7.9.1954, (Top Secret, CW1017/41G).

<sup>1856</sup> Ebenda.

<sup>1857</sup> NARA, FO 1060/441, Telegramm von Millar, 9.12.1954, (No. 1097).

<sup>1858</sup> Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 391. Zu den Rechtsgrundlagen, deren Verstoß eine Verurteilung zur Folge gehabt hätte, vgl. Stein, Helmut, *Rechtliche Grundlagen für das Verbot nazistischer und neonazistischer Tätigkeiten in der BRD*, in: Georg Biemann/ Joachim Krischka (Hg.), *Nazis, Skins und alte Kameraden*, Dortmund 1986, S. 203-214. Siehe dazu auch: NARA, TS 58/301, Urteil, 3.12.1954, (Decision, PRO). Sowie: NARA, FO 1060/441, Urteil, 3.12.1954, (Decision of the 6th Senate of the Federal Court in Karlsruhe, StE 13/54).

Gegen vier der Angeklagten war überhaupt kein Verdacht bestehen geblieben. Die Verfahrenskosten und die „notwendigen Auslagen“ wurden in diesen Fällen der Staatskasse auferlegt.<sup>1859</sup> Nichtsdestotrotz blieb Naumann unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.<sup>1860</sup>

Die Tatsache, dass kein Prozess gegen Naumann geführt werden sollte, fand wenig Aufmerksamkeit in der Presse. Die Bundesregierung verzichtete auf einen öffentlichen Kommentar.<sup>1861</sup> Paul Sethe von der FAZ befürwortete den Freispruch und interpretierte ihn als „Prüfung für die Unabhängigkeit der Rechtspflege“: „Das Karlsruher Gericht hat die Prüfung glänzend bestanden. Es hat sich Zeit gelassen, aber dafür kann auch der Vorwurf nicht erhoben werden, es habe leichtfertig geurteilt.“<sup>1862</sup> Vielleicht war Naumann so in Vergessenheit geraten, dass Sethe sich anderthalb Jahre nach seiner Haftentlassung nicht mehr an ihn erinnerte. Bei besagtem Artikel sah der Autor Werner Naumann entweder als so unbedeutend an, dass er nicht seinen richtigen Vornamen kannte – er betitelt ihn als Viktor – oder aber er wollte noch einmal unterstreichen, wie überzogen die Naumann-Affäre in der Öffentlichkeit dargestellt worden war.<sup>1863</sup> Sethe kritisierte: „Das Bild, das ein großer Teil der deutschen öffentlichen Meinung gab, war ebenso entmutigend wie das der britischen Presse und britischen Redner. Organe, die einen rührenswerten und beispielhaften Kampf gegen den totalitären Ungeist in der Rechtspflege führten, sprachen sich doch mit Leidenschaft für die Verurteilung Naumanns aus, ohne dass Naumann sich bisher hatte äußern können und ohne dass sie das Material kannten. Nach erwiesener Schuld oder Unschuld wurde nicht gefragt: ‚der Jude wird verbrannt...‘.“<sup>1864</sup> Für Medien wie die britische „Times“ oder die amerikanische „New York Times“ war der Freispruch keine Überraschung, sondern schien eher obligatorisch. Sie beschränkten sich auf die Wiedergabe der Ereignisse und verzichteten auf Interpretationen bzw. Meinungsäußerungen.<sup>1865</sup>

Nur Selfton Delmer wollte sich nicht mit einem so unspektakulären Ende begnügen und fragte im „Daily Express“ vom 6. Dezember 1954: „Why? What’s the real Story about

---

<sup>1859</sup> NARA, TS 58/301, Urteil, 3.12.1954, (Decision, PRO).

<sup>1860</sup> Das Bundesamt hatte eine Verbindung, die jedoch nicht genügte, alle politischen Absichten Naumanns zu erfahren, meinte die Düsseldorfer Informationsstelle 1955. 1956 bemühte sich dann Köln. Vgl. Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung, S. 260.

<sup>1861</sup> NARA, FO 371/109566, Telegramm des Hohen Kommissars an Millar, 8.12.1954, (Top Secret, CW 1017/62).

<sup>1862</sup> FAZ, 8.12.1954, S. 1 (Es gibt noch Richter in Karlsruhe).

<sup>1863</sup> Ebenda, S. 1. Sethe machte noch andere Fehler. Unter anderem behauptete er in diesem Artikel Naumann wäre erst im März 1954 von den britischen Stellen an die deutschen Behörden übergeben worden.

<sup>1864</sup> FAZ, 8.12.1954, S. 1 (Es gibt noch Richter in Karlsruhe).

<sup>1865</sup> Vgl. The Times, 4.12.1954, S. 5 (Naumann Neo-Nazi Case ended). Sowie: NYT, 4.12.1953, S. 1f. (Bonn Supreme Court drops Case against Nazis charged with Plot).

Herr Doktor?“ Er hoffte, dass die kurze Sitzung des Deutschen Gerichtshofs nicht die letzte Nachricht war, die über den Naumann-Fall zu hören gewesen sei und resümierte, dass es für ihn eine der melodramatischsten, mysteriösesten und beschämendsten Episoden der Nachkriegsgeschichte des britischen Außenministeriums sei.<sup>1866</sup>

Tatsächlich versuchte Naumann, wieder in der Politik Fuß zu fassen. Er begann nun Druck auszuüben, dass sein Einspruch gegen seine Entnazifizierung – der an ein Komitee des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen übergeben worden war und bis dahin geruht hatte – gehört werde. Gemäß der Quellen der Briten hatte er bereits Achenbach gefragt, dies wieder aufzunehmen.<sup>1867</sup> Dabei ging Naumann soweit, den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten zu erpressen. Er behauptete, dass sich zwei Briefe in seinem Besitz befinden würden, in denen der Ministerpräsident den Hohen Kommissar untertänig um Erlaubnis anbettele, die Entnazifizierung gegen Naumann eröffnen zu dürfen.<sup>1868</sup> Die Briten waren sich nicht sicher, ob Naumann wirklich Briefe hatte, zogen es aber in Erwägung mit der Begründung, dass die FDP ja nun mit in der Landesregierung vertreten sei und Naumann eventuell Kopien bekommen haben könnte. Unter allen Umständen wollten sie eine Wiederaufnahme des Verfahrens und damit seinen Wiedereintritt in die Politik verhindern.<sup>1869</sup> Im Mai 1955 hatte die BRD jedoch ihre Souveränität wiedererlangt und der nordrhein-westfälische Innenminister Meyers konnte Naumann in einem Brief vom 21. Juni 1955 aufklären, dass besagter Bescheid der Alliierten vom 24. August 1953 durch die wiedererlangte Selbstständigkeit keine Gültigkeit mehr hatte. Naumann nahm seine Verfassungsbeschwerde am 25. Januar 1956 zurück.<sup>1870</sup>

Zu guter Letzt verklagte Naumann, die Bundesregierung noch auf Schadensersatz. Er forderte eine Entschädigung von 95.000 DM für seine Kosten und Verdienstauffälle während der Haft.<sup>1871</sup> In der Begründung der Klage wurden Vorwürfe der Amtspflichtverletzungen in drei Fällen erhoben. Das Strafverfahren sei aus sachfremden, nämlich po-

---

<sup>1866</sup> NARA, FO 371/109566, Zeitungsausschnitt im Daily Express, We´re asking “Why”? What´s the real Story about the Herr Doktor?, 6.6.1954, (CW1017/59).

<sup>1867</sup> NARA, FO 371/109566, Telegramm des Hohen Kommissars an Millar, 8.12.1954, (Top Secret, CW 1017/62).

<sup>1868</sup> NARA, FO 371/109566, Brief von Johnston an Hancock, 9.12.1954, (Secret, CW 1017/67).

<sup>1869</sup> Ebenda.

<sup>1870</sup> BA, B 106/15561, ohne Bl., Bescheid von Innenminister Meyers an Naumann, 21.6.1955. Sowie: BA, B106/15561, ohne Bl., Rücknahme der Verfassungsbeschwerde, 25.1.1956.

<sup>1871</sup> NARA, FO 371/124496, Telegramm von Millar an das Foreign Office, 10.4.1956, (No. 265). Dieser Betrag schlüsselte sich wie folgt auf: a) Kosten der Rechtsverteidigung im Verfahren vor dem Bundesgerichtshof, entstanden durch die Inanspruchnahme von drei Anwälten in Höhe von 40.000 DM; b) Gehaltsauffälle für die Zeit von seiner Inhaftierung bis zum 30. Mai 1956 in Höhe von 50.000 DM; c) Ansprüche der Firma Lucht in Höhe eines „Erinnerungspostens“ von vorerst 5.000 DM. Siehe dazu: BA, NL 80/275/011-031, Abschrift Abweisung der Klage, 30.10.1956.

litischen Erwägungen heraus auf Veranlassung der Bundesregierung eingeleitet worden. Mitglieder der Bundesregierung hätten Erklärungen abgegeben, die einer Schuldfeststellung der Gerichte vorgriffen, und die Bundesregierung habe unrichtige und ehrverletzende Behauptungen über den Kläger und seine Tätigkeit aufgestellt.<sup>1872</sup> Am 30. Oktober 1956 wurde das Urteil verkündet und die Klage abgewiesen.<sup>1873</sup> 1957 ging Naumann in Revision und forderte eine Entschädigung für die Gehaltsausfälle vom 1. April 1953 „bis zum heutigen Tage“. Des Weiteren machte er Ansprüche der Firma Lucht gegen ihn geltend und listete die Kosten der Anwälte auf.<sup>1874</sup> Er wurde aber Ende 1957 in einem Revisionsverfahren abgewiesen.<sup>1875</sup> Auch Lea Lucht strengte eine Schadensersatzforderung aus dem Naumann-Fall an. Das Medium „Politik und Wirtschaft“ berichtete am 8. August 1956, sie habe einen Zahlungsbefehl über 300.000 DM vor dem Bonner Gericht gegen die Bundesregierung laufen. Sie behauptete, die Geschäftsschädigung habe der damalige Justizminister Dehler durch falsche Behauptungen über ihr Verhältnis zu dem verhafteten Naumann in der Auslandspresse verbreitet. Dagegen erklärte die Bundesregierung, es seien Aufnahmen und Protokolle vorhanden, die bewiesen, dass Dehler damals lediglich Zitate aus dem Tagebuch von Frau Lucht wiederholt habe. Daher legte die Bundesregierung gegen den Zahlungsbefehl Einspruch ein.<sup>1876</sup>

Nach dem Prozess wurde Naumann von Harald Quandt als Direktor in der Firma Busch-Jaeger in Lüdenscheid beschäftigt. Er habe Naumann eingestellt, weil er ein „kluger Kopf“ und „kein Nazi“ gewesen sei, sagte Quandt dem Journalisten Peter Boenisch, der ihn einmal danach fragte. Der Industrielle und Sohn von Magda Goebbels aus erster Ehe, hielt Naumann möglicherweise zugute, dass er versucht hatte, seine Mutter und seine Halbgeschwister bei Kriegsende vor dem Untergang zu retten.<sup>1877</sup>

---

<sup>1872</sup> ADL, N1-837, Mitteilung von Rechtsanwalt Dr. Böckenhoff an das Landgericht der 1. Zivilkammer in Bonn, 30.5.1956.

<sup>1873</sup> BA, NL 80/275/011-031, Abschrift Abweisung der Klage, 30.10.1956. Siehe auch: NARA, FO 371/130696, Gerichtsschrift, 30.10.1956, (Promulgated on the 30.10.1956).

<sup>1874</sup> Siehe: BA, NL 80/275/188, Verfahren Naumann, 1957. Die Kosten beliefen sich auf: 7000 DM für Achenbach, 15.000 DM für Grimm, 6000 DM an Grimm für Unkosten, Spesen, Auslagen usw., 2000 DM an Grimm für Kopien, 10.000 DM für Krüger als Honorar.

<sup>1875</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 392. Siehe dazu auch: NARA, TS 58/301, Urteil, 3.12.1954, (Decision, PRO). Siehe auch: NARA, FO 371/130696, Mitteilung von Barnes an Anderson, 15.4.1957, (Confidential, WG 1018/4).

<sup>1876</sup> ADL, N1-836, Artikel in „Politik und Wirtschaft“, 8.8.1956. Siehe auch: PPP, 1.3.1957, (Frau Lucht will klagen).

<sup>1877</sup> Jungbluth, Rüdiger, Die Quandts. Ihr leiser Aufstieg zur mächtigsten Wirtschaftsdynastie Deutschlands, Frankfurt a. M./ New York 2002, S. 276. Vor Kriegsende hatte Naumann versucht, einen Havelkahn mit Vorräten bei Goebbels Haus vor Anker gehen zu lassen. Magda Goebbels hätte sich dort versteckt halten und später den Besatzern stellen sollen.

Aber auch für die Briten war die Naumann-Affäre noch nicht beendet. Während Siepen sich erfolglos auf das Erbitten um Schadensersatz für 250.000 DM Verluste in seiner Firma und von 6500 DM Gerichtskosten verlegte<sup>1878</sup>, begann Naumann zu drohen. So schrieben seine Anwälte Marsh and Ferriman am 30. Dezember 1955 an Kirkpatrick, dass seine Statements vor der Presse in Bonn indiziert hätten, dass Naumann sich gegen die Besatzungsmacht verschworen und versucht habe, etablierte politische Parteien zu infiltrieren, wahrscheinlich Kontakte zu Kommunisten habe und eine Bedrohung der Sicherheit der westlichen Besatzungszone darstelle. Um seinen Namen nun zu reinigen, habe Naumann beschlossen, einen Prozess gegen Kirkpatrick einzuleiten.<sup>1879</sup> Die Briten, die dies verhindern wollten, bemühten sich im Vorfeld so viele Informationen und Materialien wie möglich zu sammeln und eine generelle Strategie der Verteidigung bereits vor Naumanns Einreichen der Klage zu klären.<sup>1880</sup> Direkt nach Erhalt der Klageschrift wollten sie den deutschen Außenminister Heinrich von Brentano schnell und vollständig informieren sowie ihn warnen, dass die Bundesregierung von den Briten um Hilfe gebeten werden könnte.<sup>1881</sup>

Die Bundesregierung wiederum war mit Oswald Mosley beschäftigt, der im Frühjahr 1956 ein Verfahren wegen Rufmord gegen sie eingeleitet hatte. Auf einer Pressekonferenz im Frühjahr 1953 hätte Adenauer ihn namentlich als eine der Quellen von finanzieller Hilfe für die faschistischen Kreise genannt.<sup>1882</sup>

Ein Sprecher der Bundesregierung hatte dazu erklärt, dass in den Kurzaufzeichnungen der Kanzlergespräche keine Bezugnahme auf Mosley gefunden worden war.<sup>1883</sup> Der Fall Mosley gegen Adenauer kam am 8. Mai 1956 vor das Landgericht in Bonn. Die Aufmerksamkeit der Presse hielt sich jedoch in Grenzen.<sup>1884</sup> Im Juni versuchten Mosleys Anwälte sogar, ein Treffen mit Adenauer außerhalb des Gerichtshofs zu arrangieren.<sup>1885</sup> Am 2. Oktober 1956 gab es schließlich nur eine formale Anhörung. Adenauer entschul-

---

<sup>1878</sup> NARA, FO 371/124496, Mitteilung von Anderson an Wilkinson, 21.6.1956, (Restricted, WG 1019/24).

<sup>1879</sup> NARA, TS 58/301, Schreiben von Marsh and Ferriman an Kirkpatrick, 30.12.1955, (Copy, JRL/MEC).

<sup>1880</sup> NARA, FO 371/124496, Schreiben von Fitzmaurice an Bathurst, 4.1.1956, (Foreign Office, London).

<sup>1881</sup> Siehe dazu: NARA, FO 371/124496, Telegramm von Millar an das Foreign Office, 5.1.1956, (No. 12).  
Sowie: NARA, FO 371/124496, Telegramm von Johnston an Millar, 6.1.1956, (No. 20).

<sup>1882</sup> Am 11. April 1953 hatte der Hohe Kommissar diesbezüglich eine Stellungnahme geschickt. Der einzige bedeutsame Hinweis einer finanziellen Hilfe kam von einem Bilanzierungsdokument der Firma Lucht, das Naumann für Lea Lucht vorbereitet hatte. Unter den Kontobelastungen konnte eine Summe von 1800 DM „Jean“ alias Mosley zugeschrieben werden. Dies belegte aber nicht unbedingt Adenauers Statement. Vielmehr wurde Geld zur Finanzierung der „Nation Europa“ verwendet. Vgl. NARA, FO 371/103922, Telegramm von Kirkpatrick, 11.4.1953, (No. 266). Sowie: NARA, FO 371/103922, Schreiben von Palliser, 15.4.1953, (CW 10110/ 36 I).

<sup>1883</sup> NARA, FO 371/124496, Telegramm von Millar an das Foreign Office, 10.4.1956, (No. 265).

<sup>1884</sup> NARA, FO 371/124496, Mitteilung von Hope an Johnston, 14.5.1956, (Secret, VG 1019/22).

<sup>1885</sup> NARA, FO 371/124496, Bericht von Rose, 28.6.1956, (Minutes, WG 1019/25).

digte sich für jegliche Unannehmlichkeiten, die aus seinen Bemerkungen entstanden seien.<sup>1886</sup> Daraufhin zog Mosley seine Klage gegen den Kanzler vor dem Bonner Landgericht zurück.<sup>1887</sup> Auch Naumanns Anwälte Marsh and Ferriman, die ja ursprünglich Mosley für seinen Freund engagiert hatte, als dieser in Haft saß, verzichteten auf einen Prozess gegen Kirkpatrick.

## Fazit

Der britische Hohe Kommissar Kirkpatrick meinte nachträglich, dass die „ganze Geschichte“ eine positive Lehre für die Zukunft enthalte. Es sei „töricht [...], anzunehmen, dass der Nazismus unter keinen Umständen, auch nicht in anderer Form im modernen Deutschland wiedererstehen könnte.“<sup>1888</sup> War seine Einschätzung berechtigt und das Naumann-Netzwerk eine reale Bedrohung für die Demokratie der BRD und nicht nur eine Episode, die der junge Staat aus eigenen Kräften hätte bewältigen können?

Naumann war ein energetischer und fanatischer Politiker. Er war überzeugt von seiner Mission, die Ideen des Nationalsozialismus wieder zu beleben und von seinem Schicksal der „charismatische Führer“ eines neuen Deutschen Reiches zu werden.<sup>1889</sup> Ab 1950 entwickelte der ehemalige Staatssekretär von Goebbels den Plan, eine „Opposition“<sup>1890</sup> zum bestehenden politischen System aufzubauen. Bei dieser „Opposition“ handelte es sich um ein konspiratives Netzwerk ehemaliger Nationalsozialisten, deren Namen sorgfältig von Naumann notiert wurden. Dieser Kreis, in dessen Mittelpunkt er selbst stand, belief sich auf über 1000 Personen.<sup>1891</sup> Naumann war stets bestrebt, seinen Zirkel auszudehnen. Ausgehend von der Annahme, das Gedankengut des „Dritten Reiches“ sei als ideologische Basis bei einem Großteil der Bevölkerung noch vorhanden und müsse nur zu einem geeigneten Zeitpunkt aktiviert werden, begann Naumann Vorbereitungen zu treffen, um bis 1957 den offenen Schritt zurück in die „politische Arena“ zu unternehmen. Mittels einer neu zu schaffenden Partei, die einen „weiterentwickelten nationalen

---

<sup>1886</sup> Macklin, *Very deeply dyed in black*, S. 114.

<sup>1887</sup> NARA, FO 371/124496, Schreiben von Wilkinson an Johnston, 3.10.1956, (Confidential, WG 1019/29).

<sup>1888</sup> Zit. nach: Kirkpatrick, *Im inneren Kreis*, S. 213.

<sup>1889</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1890</sup> NARA, FO 371/103907, Text der Naumann-Rede vor dem Gauleiter-Kreis in Düsseldorf, 1.11.1952, (Text of Naumann's Speech to the Gauleiters' Circle at Düsseldorf).

<sup>1891</sup> NARA, FO 371/103904, Zwischenbericht der Untersuchung des Gauleiter-Kreises von K. Randell vom B.I.O.G, 12.2.1953, (Interim Survey of the Investigations into the Gauleiters' Circle).

Sozialismus“ vertreten sollte, und einer nationalsozialistischen Massenbewegung<sup>1892</sup> wollte er die Macht übernehmen<sup>1893</sup> und das parlamentarische System durch eine „andere Form der Regierung“ ersetzen.<sup>1894</sup>

Die überall in Wirtschaft, Politik und Kultur eingesetzten beziehungsweise gewonnenen Naumann-Sympathisanten<sup>1895</sup> wurden durch ein ausgeklügeltes System eines sogenannten „Inneren-“ und „Äußeren Kreises“ miteinander vernetzt. Der „harte Kern“ unter Naumanns Anhängern sollte in der Lage sein, die Anhänger in den jeweiligen Organisationen bei einem „Ruf Naumanns“ zu führen.

Gemeinsam arbeiteten Naumann und seine Gesinnungsgenossen dem Zersplitterungsprozess der extremen Rechten entgegen, der bei den bestehenden Organisationen und Parteien wie den Soldatenbünden, der Bruderschaft oder der SRP bereits 1951/52 eingesetzt hatte. Dabei bediente sich Goebbels ehemaliger Staatssekretär verschiedener Strategien. Während er die Mitglieder der Bruderschaft in sein eigenes Netzwerk überführte, versuchte er die Soldatenverbände in einer Dachorganisation zu einen. Dass es Werner Naumann war, der hinter den „Aushängeschildern“, den Generälen Guderian, Manteuffel oder Frießner, stand und der ehemalige Staatssekretär der eigentliche Organisator und Schrittmacher bei der Gründung des Verbands deutscher Soldaten (VdS) war, wurde in der Literatur bislang nicht erkannt.

Anders ging Naumann wiederum bei der SRP vor, von der er glaubte, dass sie seinen Plänen als „Radau-Partei“ durch ihre aggressive Agitation und ihre öffentliche Selbststilisierung als Nachlassverwalterin der NSDAP eher schadete als nutzte. Proklamierte er doch, dass methodisch auf Programme und öffentlich wirksame Auftritte verzichtet werden sollte, um keine Reibungen mit den Besatzern zu provozieren. Eine Massenbewegung in einem „Deutschland mit Koloniestatus“ wäre nach dem Dafürhalten Naumanns völlig unwirksam geblieben.<sup>1896</sup> Konsequenter arbeitete er hinter den Kulissen gemeinsam mit dem Verfassungsgericht auf das Verbot der SRP hin. Währenddessen wurde der ehemalige Staatssekretär sowohl von der FDP als auch von verschiedenen anderen Gruppen und Parteien wie der DP oder dem BHE zu allen möglichen Themen

---

<sup>1892</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1893</sup> Vgl. NARA, FO 371/103916, White Paper, S. 9-18.

<sup>1894</sup> Vgl. NARA, FO 371/103904, Zwischenbericht der Untersuchung des Gauleiter-Kreises von Randell von der B.I.O.G., 12.2.1953, (Interim Survey of the Investigations into the Gauleiters' Circle).

<sup>1895</sup> Die Briten behaupteten, Naumanns Korrespondenz in den Jahren zwischen 1950 und 1952 sei der eines Außenministers gleichgekommen und habe um die 5000 Kontakte umfasst. Vgl. NARA, FO 371/109565.

<sup>1896</sup> NARA, FO 371/103916, Auszüge aus einer Rede Naumanns vor der Bruderschaft, 21.4.1951, (White Paper. Germany No. 3, Documents regarding the Activities of Dr. Werner Naumann and his Associates).

konsultiert. Er trachtete bei seinen Beratungen jedoch stets danach, seinen eigenen Einfluss auszubauen. Bis zum Zeitpunkt seiner Verhaftung hatte er sich noch nicht endgültig für eine bestimmte Partei oder Organisation als Konzentrationszentrum entschieden, wollte aber so viele wie möglich für seine Ziele gewinnen.<sup>1897</sup>

So abenteuerlich der Plan Naumanns auch war, so wenig ließen sich die Ernsthaftigkeit in der Umsetzung sowie sichtbare Erfolge abstreiten. Die Schlüsselpositionen der Innen- und Außengeschäftsführung der liberalen Landespartei in Nordrhein-Westfalen waren vorbelasteten Personen, fast ausnahmslos früheren Nationalsozialisten anvertraut worden.<sup>1898</sup> Aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung im Bund war die Gefahr für die FDP besonders akut.<sup>1899</sup> Sie hätte bei einer weiteren Unterwanderung verboten werden können. Mit dem BHE als Regierungspartei hatte Naumann Verhandlungen „auf Bundesebene“ geführt. Bei der DP sah sich der Vorsitzende Heinrich Hellwege gezwungen, aufgrund der Infiltration den Landesverband in Nordrhein-Westfalen aufzulösen. Die DRP betrachtete Naumann als Vortrupp für die Umsetzung seiner Pläne, mobilisierte „alle seine Freunde“ für sie und wollte ihre Zielsetzungen auf die europäische Ebene heben, um mit ihr die Zusammenarbeit mit dem Ausland zu intensivieren.<sup>1900</sup> Aufgrund der Vielzahl der mit seiner Zielsetzung übereinstimmenden und in seinem Netzwerk agierenden Personen, die parallel in rechtsgerichteten Gruppen und demokratischen Parteien aktiv waren und mitunter direkt auf der Regierungsebene wirkten, kann die Naumann-Affäre daher nicht lediglich als „Episode“ bezeichnet werden. Die Gefahr für die Demokratie, die von ihr ausging, war durchaus real.

Am 15. Januar 1953 verhafteten die Briten Naumann und weitere ehemalige Nationalsozialisten. In den Medien wurde das Einschreiten der britischen Besatzungsmacht angeprangert und nach den Motiven der Engländer gefragt.

Tatsächlich achteten die Briten sorgsam auf „undemokratische Tendenzen“ in ihrer Zone. Ob sie ursprünglich die Deutschen zum Eingriff bewegen wollten, ist fraglich. Für die britische Präferenz einer deutschen Intervention spricht, dass die Briten bereits im November 1952 Informationsmaterial gestreut und das Gespräch mit verschiedenen Regierungsführern gesucht hatten. Schließlich hatte auch Verfassungsschutzpräsident Otto John eingeräumt, dass die Delinquenten seit 1952 unter Beobachtung seiner Behör-

---

<sup>1897</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1898</sup> Rütten, Von der Plattform-Partei, S. 74.

<sup>1899</sup> Vgl. auch: Vogt, Helmut, Wächter der Republik, S. 185.

<sup>1900</sup> NLA-Hstah, VVP 39 Acc. 8/94 Nr. 32, Bl. 68-71, Aktennotiz über eine Besprechung mit Dr. Naumann in Düsseldorf, 10.12.1952, Verfasser v. Thadden.

de gestanden hatten. Die Deutschen zeigten sich nicht willig, die verlangte Distanz zum Nationalsozialismus einzuhalten. Die Briten handelten wohl wissend, dass dieser Schritt einen negativen Nebeneffekt haben und das Ansehen der britischen Justiz diskreditieren würde, in einem Land, in dem es acht Jahre lang ein Hauptziel der Alliierten gewesen war, ein unabhängiges und demokratisches juristisches System einzurichten.<sup>1901</sup>

In spektakulärer Art und Weise machten die Besatzer von ihrem angeblich latenten Interventionsvorbehalt Gebrauch. Sie demonstrierten der deshalb konsternierten westdeutschen Öffentlichkeit, dass die Hochkommissare allen diplomatischen Gepflogenheiten im Umgang mit der BRD zum Trotz, nach wie vor die eigentlichen Machthaber in diesem Lande waren<sup>1902</sup> und für den Aufbau und die Stabilisierung des demokratischen Systems die Verantwortung übernahmen. Qua Besatzungsstatut verfügten die Briten über erleichterte Zugriffsrechte.<sup>1903</sup>

Naumanns Langzeitpläne waren durch die Verhaftung gestört und unterbrochen worden, indem sie der Welt und vor allem der deutschen Öffentlichkeit präsentiert worden waren. Danach bezweifelten die Briten, dass Naumann seine Technik der verdeckten Infiltration noch einmal anwenden könne.

Zweifelsohne stellte die Naumann-Affäre einen Kulminationspunkt der rechtsgerichteten Tendenzen und Skandale der jungen Bundesrepublik dar. Die Bundesregierung bemühte sich im Vorfeld des „Naumann-Skandals“ zwar um vergangenheitspolitische Normsetzungen<sup>1904</sup>, wodurch die explizite und vor allem öffentliche Zustimmung zur Politik und Ideologie des NS-Regimes ausgegrenzt<sup>1905</sup> und die Demokratie gegen potenzielle Feinde im Inneren geschützt werden sollte<sup>1906</sup>, beschränkte diese jedoch auf den offenen Neonazismus, vor allem, um Signale an das misstrauische Ausland zu senden.

Vordergründig auf Bonner Initiative, wenn auch stets mit einem Blick auf die Alliierten, wurde 1952 die Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten. Auch in den Fällen Hedler und Remer erfolgten vergangenheitspolitische Normsetzungen.<sup>1907</sup> Mit der Benennung des Gefahrenpotenzials des verdeckten Nazismus tat sich die Bundesregierung bis zum

---

<sup>1901</sup> Horne, *Return to Power*, S. 176.

<sup>1902</sup> Herbert, *Best*, S. 467.

<sup>1903</sup> Hätten sie das Naumann-Netzwerk und seine Machenschaften toleriert, hätten sie einer späteren souveränen Bundesrepublik eine Duldung schlecht vorwerfen können. Vgl. Vogt, *Wächter der Republik*, S. 185.

<sup>1904</sup> Vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 390.

<sup>1905</sup> Herbert, *Best*, S. 474.

<sup>1906</sup> Doering-Manteuffel, Anselm, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949-1963*, Darmstadt 1988, S. 125.

<sup>1907</sup> Vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 390. Gegen Wolfgang Hedler wurde 1950 wegen Verleumdung und Verunglimpfung des „Deutschen Widerstandes“ prozessiert. Eine Revision 1952 scheiterte. Otto Ernst Remer erhielt aus ähnlichen Gründen im Jahr 1952 eine dreimonatige Gefängnisstrafe.

Einschreiten der Briten gegen Naumann allerdings schwer. Für den Wehrbeitrag und die EVG war das Bild einer stabilen Demokratie notwendig. Die Aushebung des Naumann-Kreises kann daher viel mehr als ein Akt der Zwangsintegration denn als Akt des Antifaschismus angesehen werden.<sup>1908</sup>

Erst nach dem Einschreiten der Briten entwickelte die Bundesregierung ab 1953 eine bemerkenswerte Aktivität gegen radikale – auch verdeckte – Strömungen von rechts aber auch von links. Dazu kann die Verhaftung von Mitgliedern der Deutschen Gemeinschaft und das Vorgehen gegen das Freikorps Deutschland im Februar 1953 gerechnet werden, welches in Verbindung zum Naumann-Kreis gestanden hatte.<sup>1909</sup> Anfang 1953 wurde der Bund Deutscher Jugend in mehreren Bundesländern verboten, weil seine geheime Untergrundorganisation TD (Technischer Dienst) Aktivitäten entwickelt hatte, die gegen Artikel 9 des Grundgesetzes verstießen. Dazu zählten das Anlegen „schwarzer Listen“ oder verbotener Waffenbesitz.<sup>1910</sup>

Auch während des Gerichtsverfahrens gegen Naumann stellten große Teile der Öffentlichkeit und viele Regierungsmitglieder, dabei vor allen der Kanzler, unter Beweis, dass sie nicht bereit waren neonazistische Bestrebungen tatenlos hinzunehmen. In der Öffentlichkeit waren der ehemalige Staatssekretär und seine Gesinnungsgenossen seit dem Frühjahr 1953 in einer bis dahin ungekannten Weise stigmatisiert. Ernüchternd war für die „Ehemaligen“, die ihren nostalgischen Erinnerungen an den Nationalsozialismus noch anhängen, dass die Bundesregierung mit der Besatzungsmacht zusammengearbeitet hatte.

Nichtsdestotrotz darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der verdeckte Neonazismus jedoch noch nach wie vor von zahlreichen Faktoren begünstigt wurde: Noch immer gab es viele ehemalige Nationalsozialisten, die sich nicht in die demokratische Ordnung einfügen wollten. Verbittert durch ihre Erfahrungen nach der Kapitulation warteten sie nun auf eine sich bietende Gelegenheit, ihre frühere Macht zurück zu erhalten. Die Wirkung früherer prominenter Nationalsozialisten war groß genug, um eine riesige Zahl kleinerer ehemaliger Nationalsozialisten zu aktivieren. Viele von ihnen waren in rechtsextremen Parteien und Gruppen aktiv. Der Einfluss, den ehemalige Nationalsozialisten nicht nur in den rechtsextremistischen Parteien, sondern auch in den Regierungsparteien ausübten, war immens. Alle Versuche, bei der FDP und dem BHE die eigenen Parteien zu

---

<sup>1908</sup> Stöss, Richard, Vater und Enkel. Alter und Neuer Nationalismus in der Bundesrepublik, in: *Ästhetik und Kommunikation* 9, Heft 32 (1978), S. 36.

<sup>1909</sup> Vgl. Kittel, Legende von der „Zweiten Schuld“, S. 248.

<sup>1910</sup> Ebenda, S. 251f.

bereinigen, blieben halbherzig oder versandeten. Während in der nordrhein-westfälischen FDP eine kleine politische Säuberung stattgefunden hatte, die keinesfalls den Anspruch erheben konnte, den Einfluss der kleineren ehemaligen Nationalsozialisten ausradiert zu haben – schließlich hatte in der zuständigen Untersuchungskommission selbst mit Alfred Onnen ein Mitglied des Naumann-Kreises gesessen – hatte es in Niedersachsen überhaupt keine Bereinigung gegeben. Obgleich sich die Bundespartei sehr wohl bewusst war, dass der Bereich Hannover ebenso mit verdeckten NS-Elementen durchsetzt war wie Düsseldorf.

Nicht zuletzt stellte auch die Unfähigkeit deutscher Regierungsbeamter, des deutschen Geheimdienstes und der deutschen Gesetzgebung, verantwortungsvoll mit dem verdeckten Nazismus und auch der Technik Naumanns umzugehen, einen begünstigenden Faktor für die rechten Kreise dar. Dies wurde im Naumann-Fall eindrucksvoll von den deutschen Bundesbeamten demonstriert.<sup>1911</sup> Nachdem Naumann und seine Gefährten von den Briten an die deutsche Gerichtsbarkeit im April 1953 überstellt wurden, um sie abzuurteilen, wies der Präsident des Bundesgerichtshofs Hermann Weinkauff darauf hin, dass die Juristen „kollektiv befangen“ seien und sich selbst amnestiert hätten.<sup>1912</sup> Dasselbe galt für die Bundesanwälte unter Oberbundesanwalt Wiechmann. Ihre Ermittlungsbemühungen können nur als halbherzig und ungeschickt beurteilt werden.<sup>1913</sup> Und voller Entsetzen stellten die Briten Anfang Juni 1953 – als diesbezüglich auch schon längst Gerüchte kursierten – fest, dass die Haftbefehle wohl aufgehoben werden würden und dass Wiechmann die Materialien über den Naumann-Fall noch nicht einmal gelesen hatte.<sup>1914</sup>

Fakt ist auch, dass Naumann auf der einen Seite über so hervorragende Kontakte verfügte und sein Potenzial auf der anderen Seite von den deutschen Justizbeamten so unterschätzt wurde, dass es ihm möglich war, noch aus der Untersuchungshaft in Karlsruhe Nachrichten durch Lea Lucht an seine politischen Anhänger zu schicken, um ihnen Hinweise und Anleitungen über ihre Politik hinsichtlich der kommenden Bundestagswahlen zu geben.<sup>1915</sup>

---

<sup>1911</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1912</sup> Miquel, Juristen: Richter in eigener Sache, S. 197

<sup>1913</sup> Vgl. die Dokumentation bei Grimm, Unrecht im Rechtsstaat, S. 195, 203f., 217-222.

<sup>1914</sup> NARA, FO 371/103912, Bericht von Hope, 8.6.1953, (Top Secret, Record of Meeting).

<sup>1915</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret). Dies zeigt die Geheimdienstberichte der Briten.

Am 28. Juli wurde der Haftbefehl gegen Naumann aufgehoben und er auf freien Fuß gesetzt. Von seinen Erfahrungen offenbar gänzlich unberührt, ließ er sich selbst und einige seiner Gefährten als Kandidaten auf die Wahlliste der Deutschen Reichspartei setzen. Obwohl er die DRP als Partei zu den Wahlen schon früher ins Auge gefasst hatte, war dies doch eine fundamentale Revision seines ursprünglichen Planes.<sup>1916</sup>

Die Deutsche Reichspartei zählte zu den nazistischen Klamaukverbänden, denen der Naumann-Kreis ursprünglich nichts hatte abgewinnen können. Doch als vom BGH befreiter Märtyrer der Besatzungswillkür dachte Naumann, dass er nun sehr wohl Führer einer Volksoption werden könne.<sup>1917</sup> Dabei übersah er, dass sowohl die Besatzungsmächte als auch die deutschen Behörden eine zukünftige neofaschistische Politik nicht mehr duldeten. Dies zeigte sich an der raschen Gesetzesänderung der Briten, die den deutschen Stellen die Entnazifizierung Naumanns ermöglichte. Dadurch wurde Naumann an seiner Kandidatur für die DRP gehindert. Ob er als Kandidat erfolgreich gewesen wäre, bleibt fraglich. Bei den Bundestagswahlen erlitten die Rechtsradikalen eine klare Niederlage. Die DRP erreichte nicht einmal 300.000 Stimmen.<sup>1918</sup>

Am 3. Dezember 1954 erfolgte dann der Freispruch Naumanns durch den Bundesgerichtshof. Der Historiker Norbert Frei konstatierte, gerade durch die Meinungsverschiedenheiten auf deutscher Seite sei für Vorstellungen von einem „Marionettensystem“ wenig Platz geblieben und durch die BGH-Entscheidung seien die Unabhängigkeit der Justiz und die Ernsthaftigkeit des Prinzips der Gewaltenteilung demonstriert worden.<sup>1919</sup> Dies ist fragwürdig, zeigen doch die Quellen den Freispruch eher als ein Indiz für die nicht bewältigte Vergangenheit.

Bei der Beschäftigung mit der vorliegenden Thematik mussten einige Fragen zwangsläufig offen bleiben, deren Klärung das Bild des Naumann-Netzwerkes weiter ausdifferenzieren und die von ihm ausgehende Bedrohung konkretisieren könnte. An erster Stelle wären dabei, der aktuelle Wissensstand und die Rolle des Verfassungsschutzes zu nennen. Hier könnten gewisse Dokumente eventuell Aufschluss über weitere involvierte Personen sowie deren Motive und von Naumann (erhoffte) Geldquellen geben. Denn es konnte nicht geklärt werden, woher Naumann seine finanziellen Mittel beziehen wollte, die er zur Umsetzung seiner Langzeitpläne ja gebraucht hätte. Mit Sicherheit könnten die Materialien des Verfassungsschutzes enthüllen, welche Rolle Naumann beim Verbot der

---

<sup>1916</sup> NARA, FO 371/109564, White Paper, 14.4.1954, (The Naumann-Circle – The Study of a Technique in political Subversion, Top Secret).

<sup>1917</sup> Friedrich, Die kalte Amnestie, S. 316.

<sup>1918</sup> Frederik, Die Rechtsradikalen, S. 18.

<sup>1919</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 390.

SRP spielte und ob er eventuell vom Verfassungsgericht eine Gegenleistung für seine Dienste bekam. Im Rahmen dieser Arbeit konnte auch die Rolle weiterer Geheimdienste, beispielsweise in der französischen oder amerikanischen Besatzungszone nicht untersucht werden. Die Archivalien hierzu würden vielleicht Aufschluss über Naumanns Tätigkeit für die Franzosen, den Verbleib des vermissten Tagebuchs sowie die Reaktion der Franzosen und Amerikaner geben, die über die Verhaftungen nicht sonderlich überrascht schienen. Um diese Fragen beantworten zu können, wäre eine Liberalisierung der Archivpolitik in Deutschland und Europa wünschenswert.

## Personen im Naumann-Netzwerk<sup>1920</sup>

### Innerer Kreis

Dr. Karl Friedrich Bornemann (Düsseldorf)	ehemaliger Hitlerjugendführer und Propagandabeamter der NSDAP-Gauleitung in Köln, nach dem Krieg Gründer von : „Deutscher Unabhängiger Zeitungsdienst“ (DUZ), „Kommentare, Berichte, Informationen“ (KBI) und „Friedrich-Karl-Briefe“ (FKB); Naumanns Organisator und engster politischer Kollaborateur
Gerda Christian, geb. Daranowksi (Düsseldorf)	ehemalige Sekretärin von Hitler und mit ihm im Bunker 1945, geschieden von dem ehemaligen Luftwaffen-General Eckhard Christian, nach dem Krieg Rezeptionistin im Hotel Eden in Düsseldorf, Geliebte von Edmund Veesenmeyer
Dr. Hans Friedrich Freyborn	ehemaliges österreichisches Mitglied der NSDAP und Mitarbeiter beim „Völkischen Beobachter“, nach dem Krieg Gründungsmitglied des Verbands der Unabhängigen (VdU) und Mitglied des Landtags in Salzburg
Prof. Herbert Grabert (Tübingen)	entnazifizierter Professor der Tübinger Universität und ein Mitglied der Forschungshilfe e. V.
Prof. Hans Bernhard von Grünberg (Wuppertal)	1942 Direktor der Zentralhandelsgesellschaft „Ost“ in der besetzten Ukraine, ehemaliger Gaudozentenführer Ostpreußen und Rektor der Universität Königsberg
Prof. Heinrich Hunke (Hannover)	seit 1932 NSDAP-Reichstagsmitglied, ehemaliger Präsident des Werberats der Deutschen Wirtschaft, Professor an der Technischen Hochschule Berlin, Führer der Auslandsabteilung des RMVP, nach dem Krieg Generalsekretär der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover (finanziert vom Innenministerium)
Lea Sliky Lucht, geb. van Dievoet (Düsseldorf)	geboren in Belgien, Witwe von Herbert Lucht, einem Beamten im RMVP im besetzten Frankreich; Besitzerin einer Export-Import-Firma
Dr. Heinz von Maltitz (Wuppertal)	ehemaliger Gauarbeitsführer, aktiver Unterstützer der Bruderschaft
Dr. Heinrich Malz (Nürnberg)	ehemaliger SS-Obersturmbannführer, Referent von Ernst Kaltenbrunner im RSHA, Mitglied der Bruderschaft und der „Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes“; enger Freund von Rudolf Aschenauer

---

<sup>1920</sup> Siehe: NARA, FO 371/103906, Naumanns Adressbuch; NARA, FO 371/103908 Naumanns Adressbuch; NARA, FO 371/109564, White Paper (Stand 14.4.1954); Vgl. auch: Klee, Personenlexikon.

Wilhelm Meinberg (Wasserkurl/ Westfalen)	ehemaliger SS-Gruppenführer, stellvertretender Reichsbauernführer und Vorstandsmitglied der Hermann-Göring-Reichswerke; war nach dem Krieg an verschiedenen journalistischen Projekten von Gereke beteiligt, bevor dieser in den Osten ging; Vorsitzender der DRP
Karl Heinz Peter (Horb/ Neckar)	ehemaliger HJ-Führer und Bibliothekar in der Reichsjugendführung
Hans Ulrich Rudel	ehemaliger Luftwaffen-Oberst; 1950 Inspektor der argentinischen Luftwaffe
Richard Schulze (Hamburg, Karlsruhe)	ehemaliger SS-Obersturmbannführer und Adjutant von Ribbentrop und Hitler; Mitglied der HIAG
Heinz Siepen (Solingen)	ehemaliger NSDAP-Landrat und Ortsgruppenführer in Ostpreußen, 1950 Landsekretär der nordrhein-westfälischen DU, Unterstützer der Bruderschaft
Franz Josef Spahn (Köln)	ehemaliger Führer der NSDAP-Organisation in Japan und Amtschef der Reichsjugendführung
Wilhelm Stehler (Düsseldorf)	ehemaliger Stuka-Pilot und Major der Luftwaffe, enger Freund von Rudel, nach dem Krieg Angestellter in einer Düsseldorfer Bank
Albert Storz (Solingen)	Sekretär der „Gesellschaft für Geschichte und Kultur“ in Solingen
Werner Trumpf (Düsseldorf)	ehemaliger SA-Obersturmbannführer und Führer des Verbindungsbüros der Reichsstudentenführung, BHE-Funktionär in Nordrhein-Westfalen
Helmut von Wedelstedt	ehemaliger Beamter im Reichsministerium des Innern, Landeshauptmann von Ostpreußen, stellvertretender Reichsbevollmächtigter für die Ukraine; Führer der Touristenorganisation in Ostpreußen; ein Vertrauter Hermann Görings, Ruhr-Führer der Franke-Gricksch-Fraktion der Bruderschaft
Paul Zimmermann	1931 Eintritt in die NSDAP, 1932-37 Gauarbeitsführer in Düsseldorf, 1937 zum SS-Standartenführer ernannt und mit dem Aufbau von Napolas betraut, 1943 Generalmajor der Ordnungspolizei im Zentralabschnitt der russischen Front, 1944 nach Italien gebracht, 1944 verantwortlich für Streitkräftenachschub; nach dem Krieg beschäftigt bei der Wirtschaftsvereinigung Abteilung Eisen und Stahl; in Kontakt mit der FDP Düsseldorf und den Ruhrindustriellen

## Äußerer Kreis

Gunter d'Alquen (Jülich)	1926 Mitglied der HJ, Mitarbeiter des „Völkischen Beobachters“, im Krieg Kommandeur der SS-Kriegsberichterstattung-Abteilung „Kurt Eggers“, Chef der Propagandaabteilung der Wehrmacht
Dr. Rudolf Aschenauer	Mitglied der NSDAP, Arbeit für das Propagandaamt in München, Verteidiger bei den Nürnberger-Prozessen, Anwalt und Vertrauensmann der SRP
Artur Werner Axmann (Gelsenkirchen)	ehemaliger Reichsjugendführer und Mitglied des Reichstags, 1945 mit Hitler in der Reichskanzlei, Mitglied der Bruderschaft, Handelsvertreter für Kaffee und Magarine, Geschäfte mit der DDR
Dr. Kurt Biebrach (Köln)	ehemaliger Ministerialrat im RMVP und Führer der Abteilung für Höhere Künste
Dr. Herbert Böhme (München)	Poet und Autor der NS-Ära, Herausgeber der „Klüter Blätter“, nach dem Krieg Kontakte zu vielen neonazistischen Gruppen, 1953 im „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“
Dr. Bruno Brehm	österreichischer Romanautor, NS-Sympathisant
Dr. Fritz Brehm (München)	ehemaliger SS-Brigadeführer, nach dem Krieg Mitglied der DP in Bayern, aber später ausgeschlossen; nahm teil an den Verhandlungen der ANG
Prof. Arno Breker (Düsseldorf)	ehemaliger Vizepräsident der Reichskammer der Bildenden Künste, bekannter Skulpteur
Gerd Bremer	ehemaliger SS-Sturmbannführer
Hermann Buch (Mindelheim/ Bayern)	ehemaliger SS-Hauptsturmführer, Kontakte zur neonazistischen „Bewegung Reich“
Dr. Karl Cerff (Heidelberg)	1922 Eintritt in die SA, 1928 Führer der Heidelberger-HJ, später SS-Brigadeführer, HJ-Obergebietsführer und im RSHA
Werner Dahms (Lüneburg)	ehemaliger SA-Standartenführer, Eintritt in die NSDAP 1932
Günther Dietrich	ehemaliger Repräsentant des Hauptamts III. der Reichsjugendführung der NSDAP im RMVP, HJ- Hauptbannführer
Dr. Heinz Drewes	Generalmusikdirektor im RMVP

Walter Eck	Mitglied der NSDAP, 1938 von Hitler als Reichstagsmitglied vorgeschlagen, ehemaliger Gauschatzmeister in Hessen-Nassau, Gauamtsleiter, 1935-45 Auditor der Dresdner Bank, 1946-51 unabhängiger Repräsentant und Göttinger Agent für den Leipziger Verein Bormenia Insurance Co. Active im Plesse-Verlag
Wihelm Egge (Langenlohnshiem/ Nahe)	ehemaliger SA-Brigadeführer und Gaupropagandaleiter im Gau Wartheland
Arthur Erhardt (Coburg)	Herausgeber der „Nation Europa“; in Kontakt mit Mosleys British Union Movement
Eberhard Fangauf	ehemaliger Führer der Film-Wochenschau im RMVP, ehemaliger SS-Obersturmbannführer, sehr guter Freund von Goebbels
Freiherr Hans-Karl von Esebeckden	ehemaliger Kommandeur der 15. Pz. Division, gründete „Verband der ehemaligen Angehörigen des Afrikakorps“ in Hamburg
Gustav Fischer (Bonn)	ehemaliger Gaupropagandaleiter für die Steiermark und SA-Oberführer
Karl Friedrich Florian (Düsseldorf)	ehemaliger Gauleiter von Düsseldorf, 1945 bis 1951 interniert, zwei versuchte Suizide
Rudolf Flügel	ehemaliger SS-Hauptsturmführer, in Kontakt mit Taubert und dem „Volksbund für Frieden und Freiheit“
Dr. Peter Gast (Frankfurt a. M.)	Naumanns Entnazifizierungsanwalt und ehemaliger Ministerialrat im RMVP
Ulrich Freiherr von Gienanth	1930 Eintritt in die NSDAP, 1935 im Außenministerium, 1938-41 in der Deutschen Botschaft in Washington, 1942-43 Referent im RMVP, 1943-45 in der Deutschen Botschaft in Schweden, SS-Hauptsturmführer
Alfred Grewen (Düsseldorf-Oberkassel)	1940 Geschäftsführer von Continental Films S.A. in Paris, nach dem Krieg zum Direktor einer zu gründenen Filmgesellschaft von der German Trade Union gewählt
Gottfried Griesmayr (Horb/ Neckar)	ehemaliger HJ-Gebietsführer in der Abteilung für ideologisches Training in der Reichsjugendführung, Führer der süddeutschen Gruppe „Der Bund“, welche den „Scheinwerfer“ veröffentlichte; eng verbunden mit der Bruderschaft, Führer der radikalen DU
Prof. Hans Grimm (Lippoldsberg/ Weser)	Autor von „Volk ohne Raum“ und von Artikeln in „Der Weg“ und „Nation Europa“; in Verbindung mit Mosleys British Union Movement; verfasste Artikel für die

	Bruderschaft und für Bornemanns „Gesellschaft für Geschichte und Kultur“
Josef Grohé (Gummersbach)	ehemaliger Gauleiter von Köln/ Aachen, Reichsverwalter für die besetzten Territorien von Belgien und Nordfrankreich 1944; 1950 Führer einer kleine neonazistischen Gruppe in Essen, der „Deutschen Glaubensgemeinschaft“
Wilhelm von Grolmann (Essen)	ehemaliger Polizeipräsident von Leipzig, ehemaliger SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei, Mitglied des Reichstags
Werner Grothmann (Frankfurt a. M.)	ehemaliger SS-Obersturmbannführer und Adjutant von Himmler, Mitglied des Buch-Kreises
Leopold Gutterer	ehemaliger SS-Brigadeführer, Vorstandsvorsitzender der UFA-Filmgesellschaft, Ministerialdirektor, 1942 Führer der Polizeidivision im RMVP
Oskar Haaf	für einen FDP-Posten in Hannover vorgeschlagen
Bruno Hähnel (Bochum)	ehemaliger HJ-Oberbannführer und NSDAP-Kreisleiter, ehemaliger Führer der Bruderschaft der Gruppe in Bochum, Mitglied von Bornemanns „Gesellschaft für Geschichte und Kultur“
Dr. Carl Haidn	ehemaliger Oberbürgermeister von Düsseldorf, SS-Oberführer
Gerd Hamel	ehemaliger Ministerialrat in der Auslandspresseabteilung des RMVPs, übernahm 1944 von Naumann die Führung des Ministeramts
Hansen (Deckname) (Wiesbaden)	ehemaliger prominenter Nationalsozialist, der unter einem falschen Namen lebte; nach dem Krieg der Besitzer der Firma „Casa Grande“ in Wiesbaden
Veit Harlan	NS-Staatschauspieler und Regisseur von „Jud Süß“
Prof. Hellmut Haubold	ehemaliger stellvertretender Reichsgesundheitsführer, SS-Obersturmbannführer
Rudi Hautz	Eigentümer der Beförderungsagentur Hautz & Schmidt in Lübeck
Dr. Franz Hayler (München)	ehemaliger Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, NSDAP-Mitglied und Reichstagsmitglied, SS-Oberführer, nach dem Krieg hatte er gute Verbindungen zu den BHE-Staatssekretären in der Bayerischen Landesregierung, z. B. Dr. Theodor Oberländer

Werner Heinz	ehemaliger Schulfreund von Naumann, Sturmbannführer der Waffen-SS
August Heißmeyer	ehemaliger SS- und Polizeiführer im Wehrkreis III, SS-Obergruppenführer, 1940 Chef der „Dienststelle SS-Obergruppenführer Heißmeyer“, Inspekteur der Heimschulen und Adolf-Hitler-Schulen, heiratete 1941 die Reichsfrauenführerin Scholz-Klink
Ferdinand von Hiddessen (Südwest)	NSFK-Gruppenführer, 1933-38 Polizeipräsident von Waldenburg
Hans Hinkel	SS-Gruppenführer, Ministerialdirektor, Leiter der Filmabteilung im RMVP
Hans Achim Holtz (Bonn)	ehemaliger SS-Hauptsturmführer und Unterstützer der Franke-Gricksch-Fraktion in der Bruderschaft
Dr. Theo Hupfauer (München)	ehemaliger Führer der NS-Ordensburg Sonthofen, Führer des Zentralbüros im Reichsministerium für Bewaffnung und Kriegsproduktion, nach dem Krieg gute Kontakte zum BHE in Bayern
Wilhelm Keppler	ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt, SS-Obergruppenführer und Reichstagsmitglied
Wilhelm Kiefer (Trillfingen/ Württemberg)	Teilnehmer am Kapp-Putsch und Gefährte von Ludendorff nach 1918, Abwehrbeamter im Reichswehrministerium, brach mit den Nazis und wanderte dann in die Schweiz aus, 1944 von den Deutschen an der Grenze verhaftet, freigelassen und in die Schweiz zurückgeschickt und dort als Deutscher Agent verhaftet; nach dem Krieg Unterstützer von Ostaus Nationaler Union, verbunden mit der DU und der Bruderschaft
Dr. Bruno Peter Kleist	Führer einer Unterheit im Reichsministerium für die besetzten Ost-Gebiete, nahm teil an den russisch-deutschen Verhandlungen 1939 und 1944, SS-Obersturmbannführer; nach dem Ende des Krieges in Kontakt mit rechten Flügeln und ehemaligen SS-Kreisen
Kurt Kränzlein (Düsseldorf)	ehemaliger Gaupropagandaleiter und Gaupresseleiter in Südwestfalen
Heinz Erich Krause, alias Hek Rau (Berchtesgaden)	Veröffentlicher des „Deutschland Briefes“, eine führende Figur der neonazistischen „Bewegung Reich“
Hermann Kretschmann (Lüneburg)	ehemaliger RAD-Generalarbeitsführer und NSDAP-Gauredner

Dr. Gerhard Krüger (Hamburg)	ehemaliger Gauschulungsleiter Westfalen-Süd und Mitglied der deutschen Botschaft in Paris unter Otto Abetz, Eintritt in die SA 1926 und Empfänger des Goldenen Parteiabzeichens, nach dem Krieg Mitglied des Bundeskomitees der SRP
Dr. Hans Heinrich Lammers	ehemaliger Führer der Reichskanzlei und SS-Obergruppenführer, Hitlers bedeutendster Untergeordneter in Staatsgeschäften
Theodor Lang (Ludwigsburg)	Korrespondent von Alfred Franke-Gricksch, Vertrauter Naumanns
Rudolf Lehmann (Heidelberg)	ehemaliger Obersturmbannführer, Mitglied des Buch-Kreises
Karl Friedrich Wilhelm Linder (Frankfurt a. M.)	ehemaliger stellvertretender Gauleiter von Hessen-Nassau, NSDAP-Reichstagsmitglied und stellvertretender Bürgermeister von Frankfurt a. M.
Josef Mahlberg (Bietigheim)	ehemaliger Beamter beim Deutschen Radio, von Naumann der FDP als Mitarbeiter für die „Deutsche Zukunft“ empfohlen
Hubert Meyer (Stuttgart)	wahrscheinlich identisch mit dem ehemaligen SS-Obersturmbannführer, Mitglied des Buch-Kreises
Alexander von der Nahmer (Remscheid)	Unterstützer der Bruderschaft, NSDAP-Mitglied und Seeoffizier, Unterstützer der „Gesellschaft für Geschichte und Kultur“
Hans Hendrik Neumann (Hannover)	ehemaliger SS-Obersturmbannführer, Adjutant von Heydrich 1936-39, Verbindungsoffizier zwischen Terboven und Quisling in Norwegen 1942-44, Führer von SD und Sipo in Oslo, nach dem Krieg angestellt in den Philipps Valve Werken
Hansjörg Pohlmann (Erlangen)	ehemaliger SS-Untersturmführer
Max Rauh (München)	wahrscheinlich ehemaliger SS-Sturmbannführer, Mitglied des Buch-Kreises
Rolf Rienhardt (Bielefeld)	ehemaliger Führer der NSDAP-Presse, diente in der Waffen-SS
Waldemar Schütz (Göttingen)	ehemaliger SS-Hauptsturmführer, Eigentümer des Plesse-Verlags, aktives Mitglied der Bruderschaft
Reinhold Schulte (Hannover)	ehemaliger Führer der Hitlerjugend und Kulturattaché an der deutschen Botschaft in Tokio

Hans Schwarz van Berk (Stuttgart)	1935 Chefredakteur von „Der Angriff“, vor dem Krieg Korrespondent in der Türkei, später Redakteur von „Das schwarze Korps“
Alex Sondermann	ehemaliger Reichspropagandaleiter für Mecklenburg, Mitglied der NSDAP seit 1931
Dr. Wilhelm Spengler	Mitglied in SS und SD; arbeitete für die Soldatenzeitung
Baron Hans Christoph von Stauffenberg (Württemberg)	ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Union und Mitglied im Reichsbruderrat
Ernst Sürenhagen (Werne an der Lippe)	ehemaliger SS-Sturmabführer, Führer der Dortmunder Gruppe der Deutschen Bruderschaft
Eberhard Taubert	ehemaliger Ministerialrat und Führer der Ostabteilung im RMVP, Gründer des „Volksbundes für Frieden und Freiheit“
Dr. Gerhard Todenhöfer (Tübingen)	ehemaliger Ministerialrat im Auswärtigen Amt, enger Kontakt zu RMVP und Parteikanzlei; in Verbindung mit der Bruderschaft und der „Deutschen Soldatenzeitung“
Albert Theodor Urnes	NSDAP-Mitglied seit 1928, Gauredner und Gauabteilungsleiter, Mitglied im Personal der Zeitschrift „Deutsche Zukunft“ für die FDP
Dr. Edmund Veesenmeyer	ehemaliger Reichsbevollmächtigter in Ungarn, SS-Brigadeführer, nach 1933 vom Außenministerium auf vertrauliche Missionen auf den Balkan geschickt, 1941-45 Mitglied der Deutschen Legion in Zagreb
Friedrich Vorwerk	Aktivist der Deutschen Gemeinschaft und Deutschen Union
Kurt Vowinckel (Heidelberg)	Chefredakteur des Periodikums „Geopolitik“ und ehemaliger Vorsitzender vom „Börsenverein des deutschen Buchhandels“ in der Reichsschrifttumkammer, nach dem Krieg Direktor des Vowinckel-Verlags
Paul Wegener (Hessen)	ehemaliger Gauleiter des Gaus Weser-Ems, NSDAP-Reichstagsmitglied, während des Krieges stellvertretender Reichsverweser in Norwegen, nach dem Krieg in Verbindung mit der „Arbeitsgemeinschaft Nationaler Gruppen“
Franz von Weysenhoff	ehemaliger Ministerialrat im RMVP, SS-Sturmabführer
Dr. Max Winkler	ehemaliger Reichsdelegierter für die Deutsche Filmindustrie, SS-Sturmabführer

Johannes Oswald Wirth (Leverkusen)	ehemaliger SS-Oberführer der Polizei
Karl Wolff	ehemaliger SS-Führer und Polizeikommandeur in Italien und Kommandant der italienischen SS-Legion, General der Waffen-SS in Hitlers Hauptquartier, Führer des persönlichen Stabs der Reichsjugendführung SS, persönlicher Adjutant von Himmler
<b>Hamburger Kreis</b>	
Siegwalt Benatzki (Hamburg)	ehemaliger Sudetendeutscher Studentenführer und NSDAP-Kreisleiter, nach dem Krieg politischer Leiter und Journalist für die „Süddeutsche Zeitung“ und Lokalführer der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Anhänger der Bruderschaft
Dr. Gunnar Berg (Borstel/ Holstein)	ehemaliger SA-Standartenführer und Lehrender der Heidelberger Universität; eng verbunden mit der Bruderschaft
Dr. Kurt Bending (Hamburg, Köln)	ehemaliger NSDAP-Regierungspräsident von Hildesheim, SS-Brigadeführer, Sipo- und SD-Beamter; nach dem Krieg angestellt bei Concordia Lebensversicherungen
Hermann Boehm (Eutin/ Holstein)	ehemaliger Generaladmiral und Kommandant der deutschen Flotte in Spanien; Mitglied des VdS/BvW
Inge Dönitz, geb. Weber (Hamburg)	Gattin des ehemaligen Großadmirals Dönitz, nach dem Krieg angestellt als Krankenschwester im Rautenberg Krankenhaus
Alfred Eduard Frauenfeld (Hamburg)	NSDAP-Gauleiter in Wien 1930, 1935 Ratsmitglied der Reichs-Theaterkammer, Mitglied des Reichstags, Autor von NS-Literatur und Führer des Reich-Propaganda-Büros in Wien 1943, inhaftiert von den US-Streitkräften, versuchte Selbstmord, nach dem Krieg Mitglied der Deutschen Bruderschaft
Hans Haack	ehemaliger Generalstaatsanwalt, Bruderschaftsanhänger
Dr. med. Heinrich Haselmayer (Hamburg)	von der NSDAP-Gauleitung als Führer der Hamburger Volkshochschule bis 1936 eingesetzt, Mitglied der SS seit 1929, seit 1938 Arzt in Hamburg
Karl Kaufmann (Hamburg)	ehemaliger Gauleiter von Hamburg und Mitglied des Reichstags, Mitglied der NSDAP seit 1921, interniert von 1945-48, Verbindungen mit den Führern von BHE und FDP

Dr. F.P. Krüger (Hamburg)	Mitglied der NSDAP seit 1932; Referendar in Krankenhäusern in London und Paris, Scheels Verteidiger
Prof. Heinrich Kunstmann (Hamburg)	Eintritt in SA und NSDAP 1932, SA-Sanitätsstandartenführer, nach dem Krieg Direktor des Amelie Sievering und Rautenberg Krankenhauses
Dr. Hans-Joachim Leyer (Lübeck)	ehemaliger SS-Hauptsturmführer in der Gestapo in Danzig, nach dem Krieg in Kontakt mit den LfV in Nordrhein-Westfalen
Wilhelm Löbsack (Hamburg)	ehemaliger NSDAP-Gauschulungsleiter in Danzig
Dr. Kurt Peter (Hamburg)	ehemaliger HJ-Obergebietsführer und Inspektor der Adolf-Hitler-Schulen
Dr. Adolf Puls (Hamburg-Billstedt)	ehemaliger SA-Standartenführer
Hans-Joachim Riecke	ehemaliger SA-Gruppenführer und Mitglied des Reichstags, Ministerialdirektor im Reichsernährungs- und Landwirtschaftsministeriums der besetzten Ostgebiete, Mitglied der NSDAP seit 1925
Alfred Salat (Hamburg)	ehemaliger Herausgeber des NS-Mediums „Münchener Neueste Nachrichten“
Dr. Karl Scharping (Hamburg)	ehemaliges Mitglied der Fernseh-Division des RMVP, war eng verbunden mit der NSDAP-Auslandsorganisation und der Südafrikanischen Studiengesellschaft
Dr. Gustav Adolf Scheel (Hamburg)	ehemaliger Reichsstudentenführer, Reichsstatthalter und Gauleiter von Salzburg, SS-Obergruppenführer, nach dem Krieg in amerikanischer Internierung, Führer der Bruderschaft in Hamburg, bekannt als „Deutsche Bereitschaft“; Kontakte zu internationalen Faschistenzirkeln; Arzt im Rautenberg Krankenhaus
Walter Schröder (Lübeck)	ehemaliger SS-Brigadeführer sowie Polizeipräsident in Lübeck, SS- und Polizeiführer in Lettland
Gustav Stahler (Hamburg)	ehemaliger Botschafter in Tokio, letzter Posten in Budapest

### **Weitere Kontakte**

Günther Arndt	ehemaliger Führer des Arbeitsgaus XI (Breslau), Generalarbeitsführer, ehemaliges Mitglied der SS
Hans-Joachim Balzer	ehemaliger SS-Hauptsturmführer

Johannes Bank	Paderborner Holzhändler, ehemaliges Mitglied der Import-Export Gesellschaft, die von Franke-Gricksch gegründet worden war
N. von Below	ehemaliges Mitglied der Luftwaffe; einer der Zeugen von Hitlers Testament
Hermann Brouwers	ehemaliger Reichsredner, Gaupropagandaleiter von Düsseldorf
Anna Dammer-Schmidt	ehemalige Vorsitzende der Gesellschaft der Deutschen Universitätsfrauen und Gaufrauenschaftsleiterin von Salzburg
Dr. Jacob Dietrich	ehemaliger Staatssekretär im RMVP
Rudolf Ebert	ehemaliger SS-Sturmchef
George Ebrecht	ehemaliger SS-Gruppenführer, Generalleutnant der Polizei, SS-Führer im Oberabschnitt Nordost
Dr. Werner Essen	ehemaliger Ministerialrat, in der Abteilung III im Reichsministerium des Innern
Rudi Exner	ehemaliger SS-Untersturmchef
Gustav Fischer	ehemaliger Gaupropagandaleiter der Steiermark
Dr. Rudolf Flügel	ehemaliger SS-Hauptsturmführer
Kurt Frowein	in der Geschäftsführung: I.P. Bemberg AG, Gerling-Konzern Lebensversicherungs AG, Westfälische Zellstoff AG, Friedrich Bauer AG
Otto Geier	ehemaliger SS-Sturmchef
Edmund Geilenberg (Bonn)	ehemaliger Wehrwirtschaftsführer, Führer des Zentralbüros für Munition im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, enger Mitarbeiter von Albert Speer, Reichspräsident
Katharina Goebbels	Mutter von Joseph Goebbels, dem ehemaligen Reichspropagandaminister
Siegfried Grassler	SS-Obersturmführer, Stellvertreter von Himmler
Max Jüttner	ehemaliger SA-Obergruppenführer
Wilhelm Keilhaus	ehemaliger Generalmajor der Waffen-SS

Erich Knud Kernmayr	ehemaliger Gaupresseamtsleiter der Westmark, Autor von „Der große Rausch“, 1951 Kontakte zum amerikanischen und russischen Geheimdienst
Ludwig Klemme	ehemaliger SS-Obersturmführer
Paul Körner	ehemaliger persönlicher Sekretär von Göring, Vorstandsmitglied der Reichswerke Hermann Göring, SS-Obergruppenführer, verheiratet mit der Schwester des ehemaligen Reichsstudentenführers Scheel
Werner Körper	ehemaliger SS-Obersturmbannführer, SRP-Führer in Rheinland-Pfalz
Werner Kolb	ehemaliger SA-Brigadeführer
Gerret Korsemann	ehemaliger SS-Gruppenführer, General der Waffen-SS-Division, Höherer SS- und Polizei-Führer in Weißrussland, Bundessekretär des Schutzbundes ehemaliger deutscher Soldaten, Prokurist der „Deutschen Soldaten Zeitung“
Dr. Bodo Lafferentz	SS-Obersturmführer, NSDAP-Mitglied, ehemaliger Vorsitzender der Division III der DAF
Hans Lauterbacher	ehemaliger Hauptsturmbannführer in Wien
Heinz Liebscher	ehemaliger Gaupresseamtsleiter von Westfalen-Süd
Heinz Lorenz	ehemaliger Journalist des DNB und Stenograph in Hitlers Bunker während der letzten Tage in Berlin, SS-Obersturmführer
Arno Maro	ehemaliger SS-Obersturmführer
Wilhelm Maul	ehemaliger SS-Brigadeführer, Gaupropagandaleiter Wartheland
Franz Moraller	ehemals in der Reichskulturkammer im RMVP, Chefredakteur von „Strassburger Neuste Nachrichten“ und „Der Führer“, nahm an der Gründung der NSDAP teil
G.W. Müller	ehemaliger SS-Oberführer, Sipo, SD, NSDAP
Kurt Parbel (Hagen)	Journalist, ehemaliger HJ-Oberbannführer, Leiter der Abteilung Film im RMVP (vor Hans Hinkel)
Herr Pferdemeniges Horst Pretzell	Textilhändler, Neffe von Banker Robert Pferdemeniges ehemaliger Oberst
Harald Quandt	Deutscher Industrieller

Karl Radl	ehemaliger Adjutant von Otto Skorzeny
Arnold Raether	ehemaliger Vizepräsident in der Film-Division im RMVP
Dr. Rudolf Rahn	Karrierediplomat, ehemaliger Botschafter in Italien
Dr. K. Raschke	ehemaliger Freund und industrieller Berater von Himmler, einer der stärksten Banken- und Wirtschaftsmächte der NS-Ära, Co-Manager der Dresdner Bank, SS-Obersturmbannführer
Hans Rehberg	NS-Schriftsteller
Graf Hans Reischach	ehemaliger Chefredakteur von „Zeitungsdienst Graf Reischach“, Reichshauptstellenleiter, Autor von „Schicksale Deutscher Fürsten“
Hanna Reitsch	ehemalige bekannte Pilotin, 1947 Arbeit für die US-Besatzungsbehörde in Frankfurt a. M.
Dr. Manfred Roeder	ehemaliger Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe und Ankläger der „Roten Kapelle“
Hans Rohde	ehemaliger Agent der Abwehr, diente als politischer Experte an der russischen Front; 1951 tätig im LfV, ab September 1951 tätig bei der Gehlen-Organisation
E. Rostig	ehemaliger Gaupropagandaleiter in Brandenburg
Dr. Hjalmar Schacht	Bänker, Reichswirtschaftsminister
Dr. Emanuel Schäfer	ehemaliger SS-Oberführer
Julius Schaub	ehemaliger persönlicher Adjutant von Hitler, SS-Obergruppenführer, 1924 im Gefängnis mit Hitler
J. Scherer	Fabrikdirektor, 1951 gehörte er zu einer Gruppe bekannter Deutscher Industrieller und Geschäftsleute, die den West-Ost-Handel förderten
Hans Hermann Schneider	ehemaliger Kreisleiter und Gauamtsleiter
Conrad von Schubert	ehemaliger Berufsdiplomat
Richard Schulze-Kossens	ehemaliger persönlicher Adjutant von Hitler, SS-Obersturmbannführer
Prof. Hans Schweitzer	Vorsitzender des Reichsausschusses der Pressezeichner
Ludwig Schwerin von Krosigk	ehemaliger Reichsminister der Finanzen, Mitglied des Reichskabinetts

Dr. Wolfgang Spakler	ehemaliges Mitglied der Botschaft in Rom, SS-Hauptsturmführer, Sipo und SD; aktiv für die Bruderschaft
Gert P. Spindler	Industrieller, finanzierte und kontrollierte die wöchentliche Zeitung „Der Fortschritt“, Mitglied des Rhein-Ruhr-Clubs
Herbert Staffelt	ehemaliger Oberregierungsrat in der „Abwehr“-Station in Paris
Max Stampe	Kriegsgefährte von Naumann
Gustav-Adolf Steengracht von Moyland	ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Sekretär von Ribbentrop in London
Herr Dr. Stein	Anwalt, stellvertretender Sekretär im Bundesverband der Deutschen Industrie
Freiherr von Stein	ehemaliger Generalmajor, 1946 Leiter von einer Gruppe ehemaliger Militaristen, sollte Kontakte zu rechten Nationalisten aufbauen, 1950 versuchte er, eine Vereinbarung mit den Russen zu erreichen
Walter Steiners	ehemaliger SA-Führer, war 1934 nach China geflohen und lebte nach Kriegsende in Westfalen
Walter Stennes	ehemaliger Leiter von der Berliner SA, Gefolgsmann von Strasser
Arved Theuermann	ehemaliger Standartenführer der Waffen-SS, 1941 Kommandant der Freiwilligen Legion Niederland, 1944 Kommandeur der Kaukasischen Division
Erna Vickariesmann	Violinistin, Axmanns Geliebte
Horst Voigt	ehemaliger HJ-Gefolgschaftsführer und Bruderschaftsmitglied
Walter Wenck	ehemaliger General, 1952 in Argentinien, wo er Diskussionen mit Perón führte, 1952 vorgesehen als Divisionskommandeur in Deutschland
Rudolf Wodarg	ehemaliger Oberst, leitender Attaché in der Abteilung Luftwaffenführungsstab

### **Deutsche Regierungsbüros**

Werner Barthold (Bonn)	Oberregierungsrat im Bundesministerium des Innern, gehörte zum gleichen Studentenkorps wie Herbert Lucht
------------------------	--

und besuchte Lucht und Naumann in Düsseldorf; riet Lea Lucht aufgrund einer „speziellen Information“, Achenbach nicht mehr als Anwalt für Naumann zu beschäftigen

Fräulein Sandau-Hofeditz

Fotografin im Bundestag

Heinz Hückelheim  
(Köln)

ehemaliger Oberstleutnant, 1952 beschäftigt im Blank-Büro, begleitete Blank auf einem offiziellen Besuch in die USA

Dr. Hans Strack

Geheimrat und Beamter in Bundeswirtschaftsministerium, wo er mit deutschen Handelsfragen in Ägypten beschäftigt war; assistierte Zimmermann bei seinem Besuch in Ägypten und erhielt eine Kopie von Kleists Buch „Auch du warst dabei“

Dr. Artur Sträter  
(Düsseldorf)

CDU-Minister für Wirtschaft und Transport in Nordrhein-Westfalen; Zimmermann kannte ihn schon vor dem Krieg

Oberregierungsrat Beutler

im Büro des Bundeskanzlers, ebenfalls im Adressbuch von Naumann notiert

## **Politische Parteien**

### **FDP - NRW**

Dr. Ernst Achenbach

1936-39 an der Deutschen Botschaft in Paris, enger Mitarbeiter von Otto Abetz, dem deutschen Botschafter in Paris 1940-43, nach dem Krieg FDP-Mitglied im nordrhein-westfälischen Landtag und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der FDP; Naumanns erster Verteidiger

Willi Börger  
(Bochum)

ehemaliger Führer im Reichsarbeitsministerium, Presse- und Propagandareferent, SS-Brigadeführer und Reichstagsmitglied

Dr. Walter Brandt  
(Düsseldorf)

ehemaliger Adjutant von Konrad Henlein im Sudetenland, nach dem Krieg Zusammenarbeit mit Gert Spindler in der Tatgemeinschaft, später Flüchtlingsbeauftragter der FDP in Nordrhein-Westfalen

Vicco von Bülow-Schwante

pensionierter Diplomat, Mitglied der FDP

Wolfgang Diewerge  
(Opladen)

ehemaliger SS-Standartenführer, NSDAP-Gaupropagandaleiter Danzig-Westpreußen und 1942 Führer der Fernseh-Division im RMVP, arbeitete unter Naumann im Ministerbüro, persönlicher Referent und Vertrauter von Friedrich Middelhaue

Wolfgang Döring (Düsseldorf)	ehemaliger Wehrmachtsoffizier, FDP-Geschäftsführer in Nordrhein-Westfalen, Mitglied der Bruderschaft, verwickelt in die Verhandlungen mit dem VdS
Dr. Karl Drewitz (Düsseldorf)	ehemaliger Beamter im RMVP, 1952 Mitglied in der Belegschaft für die Zeitschrift „Deutsche Zukunft“ der FDP
Hans Fritzsche (Köln)	Generalbevollmächtigter für die politische Organisation des Großdeutschen Rundfunks im RMVP, Mitglied der FDP in Nordrhein-Westfalen
Dr. Franz Graf (Düsseldorf)	Vorsitzender des Düsseldorfer Lokalverbandes der FDP
Dr. Horst Oskar Hohensee (Detmold)	ehemaliger Angehöriger der SS und Berater im Gaunährstand in Schlesien, FDP Unterstützer
Hugo Kraas (Düsseldorf)	ehemaliger SS-Brigadeführer und Unterstützer der rechten „Nationalen Gemeinschaft und Kriegsgeneration“ (GKG) in Schleswig-Holstein
Dr. Heinrich Lindner (Düsseldorf)	ehemaliger NS-Landrat und Regierungsrat, beschäftigt in Middelhauves Druckerei
Dr. Hermann Schaefer (Aachen)	stellvertretender Vorsitzender der FDP in Aachen und bis März 1953 Chefredakteur der „Aachener Nachrichten“
Heinz Schmidt (Düsseldorf)	ehemaliger HJ-Gebietsführer; bezahlter Funktionär der FDP in Düsseldorf
Siegfried Zoglmann (Düsseldorf)	ehemaliger HJ-Gebietsführer im Sudetenland und Presseexperte in der Reichsjugendführung, im Stab von Ribbentrop, SS-Obersturmführer; 1952 Chefredakteur der FDP-Zeitung „Die deutsche Zukunft“
<b>FDP-Niedersachsen</b>	
Friedrich Georg Brinkmann (Lüneburg)	ehemaliger NSFK-Obergruppenführer und Luftwaffenoberst, Beitritt zur NSDAP 1930, leitender FDP-Funktionär in Niedersachsen und Landtagsmitglied
Herbert Freiberger (Hannover)	zweiter Landesgeschäftsführer der FDP in Niedersachsen
Hans Hagemeyer	ehemaliger Leiter im Amt „Schrifttumspflege“ in der Dienststelle von Rosenberg, Inspekteur im Einsatzstab Rosenberg, Bruderschaftsmitglied, kultureller Berater in der FDP

Horst Huisgen (Hildesheim, Hannover)	ehemaliger HJ-Gebietsführer von Unterschlesien und Offizier der Division Großdeutschland; FDP-Hauptgeschäftsführer in Niedersachsen, FDP-Mitglied des Landtags
Heinrich Schäfer-Hansen (Uelzen)	ehemaliger NSKK-Obergruppenführer und Mitglied des Reichstags, 1950 im SRP-Komitees in Niedersachsen, Norddeutscher Repräsentant der „Deutschen Soldatenzeitung“
Robert Schormann (Hannover)	ehemaliger SA-Gruppenführer, Amtschef der SA und Gauamtsleiter der NSDAP-Auslandsorganisation, nach dem Krieg angestellt bei der „Gesellschaft zur Förderung der Niedersächsischen Wirtschaft“, Mitglied der FDP
Günther Schwägermann	ehemaliger SS-Hauptsturmführer, ab 1942 persönlicher Adjutant von Goebbels, 1945 im Führerbunker, verbrannte die Körper von Goebbels und seiner Familie; flüchtete 1945 in Naumanns Gesellschaft, Mittelsmann zu Huisgen in der FDP
Artur Stegner (Hannover)	FDP-Bundestagsmitglied und Vorsitzender der FDP in Niedersachsen

### **FDP – Andere Länder**

Prof. Friedrich Grimm (Kreiburg/Breisgau)	Anwalt und Publizist, Mitglied des Vorbereitungskomitees für die Generalamnestie
Dr. Trudl Mehringer (Bayreuth)	wahrscheinlich Mitglied der FDP
Prof. Noell von der Nahmer (Wiesbaden)	FDP-Bundestagsmitglied, Naumanns vormaliger Professor

### **BHE**

Alfred Athen (Kiel)	ehemaliger NSDAP-Kreisleiter, Vorsitzender des BHE im Kreis Eidelstedt und angestellt bei der Landesverwaltung von Schleswig-Holstein
Hans-Gerd Fröhlich (Eggenfelden/ Bayern)	in den Bundestag gewählt als Mitglied des WAV, später zum BHE gewechselt
Heinz Kiekebusch (Holstein)	Mitglied verschiedener nationaler Bewegungen wie der DU und der DG in 1949 und 1950; gewählt als Landesvorsitzender des BHE in Schleswig-Holstein 1952

Waldemar Kraft (Wartheland)	ehemaliger Agrarexperte in Posnan, ehemaliger SS-Hauptsturmführer, stellvertretender Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Bundesvorsitzender des BHE
Dr. Karl Ott	ehemaliger Ministerialrat im RMVP, BHE-Mitglied im Landtag Niedersachsen, Staatssekretär im Niedersächsischen Innenministerium
Dr. Max Specht (Hamburg)	ehemaliger SS-Arzt, ein Baltendeutscher und BHE-Funktionär
Werner Ventzki	ehemaliger NSDAP-Oberbürgermeister von Litzmannstadt und Gauamtsleiter im Wartheland, Gefolgsmann von Waldemar Kraft
Prof. Wilhelm Ziegler	ehemaliger Beamter des RMVP, 1938 Ministerialrat; 1945-46 im Konzentrationslager, 1950 in den hessischen Landtag als Mitglied des BHE gewählt

### **Deutsche Partei**

Dr. Albert Derichsweiler (Hessen)	ehemaliger NSDAP-Reichsstudentenführer und später Mitglied des Bundeskomitees der DP
--------------------------------------	--

### **CDU**

Kurt Kiesinger (Tübingen)	Anwalt und MdB, kam in Kontakt mit Naumann im RMVP und versuchte ihn 1950 für die CDU zu rekrutieren
Prof. Günther Krause (Köln)	Mitglied der CDU, Sprecher im Rhein-Ruhr-Klub, arbeitete im Bundesinnenministerium, Abt. I., Referat Ic4

### **DRP**

Johannes Hertel (Nienburg)	ehemaliger Beamter im RMVP und Mitautor des „Völkischen Beobachter“, Gauamtsleiter in Posnan und NSDAP-Kreisleiter; Herausgeber der DRP-Zeitschrift „Das Ziel“
Adolf von Thadden (Göttingen/ Bonn)	zweiter Vorsitzender der DRP und Mitglied des Bundestags

## Militärischer Bereich

Ernst Bolbrinker (Bielefeld)	ehemaliger Generalmajor, Vorsitzender des Schutzbundes ehemaliger Deutscher Soldaten (BDS) in Nordrhein-Westfalen, als Mitbegründer Teilhaber der Deutschen Soldatenzeitung
Prof. Wilhelm Classen (Düsseldorf, München)	während des Krieges im Oberkommando und RSHA in Japan, NSDAP-Mitglied seit 1924, SS-Obersturmführer, nach dem Krieg in Verbindung mit der Bruderschaft, DG, DU und der „Deutschen Aktion“, Geschäftsführer der Gesellschaft für Wehrkunde
Helmut Damerau (München)	ehemaliger Oberst und NSDAP-Kreisleiter in Ostpreußen, nach dem Krieg Geschäftsführer des Schild-Verlags, der die „Deutsche Soldatenzeitung“ veröffentlichte
Heinz Wilhelm Guderian (Schwangau/ Bayern)	ehemaliger Generaloberst, Führer des Deutschen Generalstabs und Kommandant der Russischen Front 1944/45; einflussreichster der deutschen Generäle nach 1945
Ludwig Guembel (München)	ehemaliger Oberst und Kommandant einer Division von Wehrkreis V., Träger des Blutordens der NSDAP; Vorsitzender des bayerischen Landesverbands des „Schutzbundes Deutscher Soldaten“
Hans Hagen (München)	ehemaliger Beamter im RMVP, Adjutant von General Remer; angestellt bei der „Deutschen Soldatenzeitung“
Josef Harper	ehemaliger Generaloberst und ehemaliger Kommandant der Armee-Gruppe A, Anhänger der DU in Nordrhein-Westfalen
Bruno Ritter von Hauenschild	ehemaliger Generalleutnant
Paul Hausser (Ludwigsburg)	ehemaliger SS-Obergruppenführer, Generaloberst der Waffen-SS und Kommandant der 7. Armee
Hans Martin (Nurtlingen/ Württemberg)	ehemaliger Oberst und Verbindungsmann zwischen dem RMVP und dem OKW,
Hermann Bernhard Ramcke (Wuppertal)	1942 Generalmajor und Kommandeur der Fallschirmbrigade 2 in Afrika, Kommandeur der 2. Fallschirmdivision, 1944 General der Fallschirmtruppen und Kommandant der „Festung Brest“
Hans Ulrich Rudel (Buenos Aires)	ehemaliger Schlachtfieger, Kontakte zu vielen ehemaligen Nationalsozialisten
Max Sachsenheimer (Freiburg/ Breisgau)	ehemaliger Generalmajor, Vorsitzender des VdS in Südbaden

Karlgeorg Schuster (Kiel)	ehemaliger Admiral, Sprecher für den Deutschen Block in Bayern
Werner Strecker (München)	Werbemanager der „Deutschen Soldatenzeitung“
A. W. Uhlig (München)	ehemaliger Beamter des RMVP und Kriegskamerad von Naumann, der für ihn einen Posten bei der „Deutschen Soldatenzeitung“ besorgte
Adolf Wolf	ehemaliger Generalmajor, kandidierte für den DB in Coburg bei der Bayerischen Landtagswahl 1950; 1953 prominentes Mitglied des Reichsblocks

## **Kontakte ins Ausland**

### **Westeuropa**

Georges Albertini (Paris)	Marcel Deats Kabinettsdirektor während der deutschen Besatzung, nach dem Krieg Sekretär von Emile Roche
Gaston Armand Amaudruz (Lausanne)	bekannter Schweizer Neonazi, der in Kontakt mit Faschisten in den meisten westeuropäischen Ländern war
Prof. Maurice Bardéche (Paris)	ehemaliger Professor an der französischen Universität, bekannter Kollaborateur, Autor von „Nürnberg oder das gelobte Land“ und „Der Weg nach Vorne“
Komtess de Chambrun (Frankreich)	Tochter von Pierre Laval
Carlo Coeckk	ehemaliges Mitglied der flämischen SS und Korrespondent von Mosley
Morvan Durhamel	Sympathisant von Naumann
Dr. Hoetgar Esvin (Stockholm)	Schwede, der in Scheels „Herrenklub“ Vorträge hielt
Paul Jamin (Brüssel)	belgischer Freund von Lea Lucht und Karrikaturist, fertigte Cartoons für die Zeitschrift „Nation Europa“
Frau Laval	Witwe von Pierre Laval
Guy Lemonier (Paris)	französischer Professor, während des Krieges Kollaborateur
Sir Oswald Mosley (Paris, Irland)	Führer von British Union Movement, Vorkriegsbekannter von Naumann, verantwortlich für die Finanzierung der „Nation Europa“

Dr. Hans Oehler (Zürich)	Herausgeber nationalsozialistischer Literatur und Mosleys Hauptkontakt in der Schweiz
Dr. Peter Parasel	flämischer Kollaborateur in beiden Weltkriegen
PERNOT (Tübingen)	französischer Geheimdienstoffizier, Kontakt zur Bruderschaft und zur DU
Prinz Rohan (Salzburg)	Österreichischer Kontakt
Alexander Raven Thomson (London)	Chefideologe von Mosleys Union Movement und Herausgeber der „Union“

### **Naher Osten**

Omar Abulzahab	Offizier der ägyptischen Armee und Kontakt von Zimmermann, Deutschlandbesuch 1952
Ahmed Asfour	Zimmermanns Begleitung bei dem Ägyptenbesuch
Abbes Prinz Habib	Mitglied der ägyptischen Königsfamilie
Ahmed Ismail	prodeutscher Präsident der ägyptischen Arbeiterpartei

### **USA**

Freda Utlej	amerikanische Autorin und Journalistin,
-------------	---

### **Deutsche im Ausland**

Gräfin Ilse Finck von Finckenstein (Madrid)	Geliebte von Skorzeny
Eberhard Fritsch (Buenos Aires)	Chefredakteur der Publikation „Der Weg“ in Buenos Aires, veröffentlicht beim Dürer-Verlag
Prof. Dr. Johann von Leers (Buenos Aires)	ehemaliger SS-Sturmbannführer und Prof. der Universität Jena, NS-Propagandist
Otto Skorzeny (Madrid)	ehemaliger Führer der SS-Jagdverbände-Sabotage-Gruppen und „Retter“ von Mussolini; regelmässige Deutschlandbesuche
Josef Tiefenbacher (Kairo)	ehemaliger SS-Standartenführer und Mitglied einer inoffiziellen Beratungskommission in Ägypten

Dr. Wilhelm Voss

ehemaliger Direktor der „Skoda“-Werke und (Kairo)  
nach dem Krieg Führer einer inoffiziellen deutschen Be-  
ratungskommission in Ägypten

## Quellen und Literatur

### Quellen

#### I. Archivalien

##### 1. Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL), Gummersbach

NI	Nachlass Thomas Dehler
NI-2937	Bestand Onnen
N 77	Nachlass Wolfgang Döring

##### 2. National Archives (NARA), London

FO 371	Foreign Office, General Correspondence
FO 1008	Office of the UK High Commissioner for Germany, Files
FO 1060	Control Commission for Germany, British Element
FO TS 58	Treasury Solicitor and HM Procurator General's Department
FO 1049	Control Commission for Germany, British Element

##### 3. Bundesarchiv (BA), Koblenz

B 104	Bestand SRP
B 106	Bundesministerium des Innern
B 136	Bundeskanzleramt
NL 80	Franz Blücher
NL 263	Kurt Rheindorf

##### 4. Niedersächsisches Landesarchiv (NLA-Hstah), Hannover

VVP 18	Nachlass Friedrich von Kessel
VVP 39	Nachlass Adolf von Thadden

##### 5. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Berlin

Akte Werner Naumann  
Akten Otto John

#### II. Periodika

Aachener Neueste Nachrichten  
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung  
Daily Express  
Der Monat  
Der Spiegel  
Die Neue Presse  
Die Neue Zeitung

Die Neue Züricher Zeitung  
Die Zeit  
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)  
Frankfurter Rundschau (FR)  
Freie Demokratische Korrespondenz (FDK)  
General-Anzeiger  
Industrie-Kurier  
Le Monde  
Münchener Merkur  
Süddeutsche Zeitung (SZ)  
Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung  
The New York Times (NYT)  
The Times  
Welt der Arbeit

### **III. Gedruckte Quellen**

Adenauer – Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949-1959, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1997.

Adenauer, Konrad, Briefe 1951-1953, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1987.

Adenauer, Konrad, Teegespräche 1955-1958, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986.

Adenauer, Konrad, Teegespräche 1950-1954, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1984.

Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1978<sup>(2)</sup>.

Amt des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland (Hg.), 7. Bericht über Deutschland 1. April bis 30. Juni 1951, o.O.

Amt des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland (Hg.), 9. Bericht über Deutschland 1. Oktober bis 31. Dezember 1951, o.O.

Bock, Hans Manfred, Les rapports mensuels d'André François-Poncet. Haut-Commissaire français en Allemagne 1949-1955. Les débuts de la République Fédérale d'Allemagne, Paris 1996.

Boelcke, Willi A., (Hg.), Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966.

Booms, Hans (Hg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 5 1952, Boppard a. Rhein 1989.

Booms, Hans (Hg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 6 1953, Boppard a. Rhein 1989.

Brand, Walter, Zehn Jahre Witikobund, in: Die Marbacher Verträge 1958, Frankfurt a. M. 1958, S. 3-24.

Buchstab, Günter/ Gotto, Klaus/ u.a. (Hg.), Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, Düsseldorf 1990.

Buchstab, Günter/ Gotto, Klaus/ u.a. (Hg.), Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953, Stuttgart 1986.

Diewerge, Wolfgang, Der neue Reichsgau Danzig-Westpreußen. Ein Arbeitsbericht vom Aufbauwerk im deutschen Osten (Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung), Berlin 1940.

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. II, Lieferung 1, Tübingen 1953.

Flechtheim, Ossip K. (Hg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973.

Flechtheim, Ossip K. (Hg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Innerparteiliche Auseinandersetzungen, Bd. 6, Berlin 1968.

Friessner, Hans, Verratene Schlachten. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht in Rumänien und Ungarn, Hamburg 1956.

Fröhlich Elke (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II. Diktate 1941-1945. Bd. 3: Januar-März 1942, München/ New Providence/ London/ Paris 1994.

Goetzendorff, Günter, „Das Wort hat der Abgeordnete...“. Erinnerungen eines Parlamentariers der ersten Stunde, München 1989.

Grimm, Friedrich, Politische Justiz die Krankheit unserer Zeit. 40 Jahre Dienst am Recht – Erlebnis und Erkenntnis, Preußisch Oldendorf 1974.

Grimm, Friedrich, Unrecht im Rechtsstaat. Tatsachen und Dokumente zur politischen Justiz dargestellt am Fall Naumann, Tübingen 1957.

Hausser, Paul, Soldaten wie andere auch. Der Weg der Waffen-SS, Osnabrück 1966.

Hausser, Paul, Waffen-SS im Einsatz, Göttingen 1955.

Jacobsen, Hans Adolf (Hg.), Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Bd. II, Stuttgart-Degerloch 1984.

Jacobsen, Hans Adolf, 1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1961.

John, Otto, Zweimal kam ich heim. Vom Verschwörer zum Schützer der Verfassung, Düsseldorf/ Wien 1969.

Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen. Erster Band. Die entscheidenden Jahre, München/ Wien 1964.

Keilig, Wolf (Hg.), Rangliste des Deutschen Heeres 1944/45. Dienstalterslisten T und S der Generale und Stabsoffiziere des Heeres vom 1. Mai 1944 mit amtlich belegbaren Nachträgen bis Kriegsende und Stellenbesetzung der höheren Kommandobehörden und Divisionen des Deutschen Heeres am 10. Juni 1944, Bad Nauheim 1955.

Kirkpatrick, Ivone, Im inneren Kreis. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin/ Frankfurt a. M. 1964.

Kogon, Eugen, Die Wiederkehr des Nationalsozialismus in Frankfurter Hefte 6/1951, S. 377-382.

Kruse, Hans, Besatzungsmacht und Freiheitsrechte, Göttingen 1953.

[Lenz] Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953, bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann, Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989.

Mende, Erich, Die neue Freiheit 1945-1961, München/ Berlin 1984.

Mende, Erich, Die FDP. Daten, Fakten, Hintergründe, ohne Ort 1972.

Merritt, Anna J./ Merritt, Richard L., Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys, 1949-1955, Urbana/ Chicago/ London 1980.

Mosley, Sir Oswald, My Life, London 1968.

Nehring, Joachim, Neo-Nazismus? Der "Scheinwerfer" – Prozess vor der Hauptspruchkammer München, München 1951.

Naumann, Werner, Nau-Nau gefährdet das Empire? Göttingen 1953.

Noelle, Elisabeth/ Neumann, Peter (Hg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, Allensbach 1956.

Oven, Wilfried von, Finale Furioso. Mit Goebbels bis zum Ende, Tübingen 1974.

Rudel, Hans Ulrich, Trotzdem. Kriegs- und Nachkriegszeit, Göttingen/ Preußisch Oldendorf 1977.

Schwarz, Hans Peter u.a. (Hg.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, Bd. I: 1. Januar bis 30. Juni 1953, München 2001.

Siegler, Heinrich von (Hg.), Archiv der Gegenwart (1953), Essen 1953.

Spindler, Gert P., Mitunternehmertum, Lüneburg 1951.

Thadden, Adolf von, Die Erbschaft der Giganten. Adolf Hitler und Josef Stalin. Weltbeweger – Partner – Antagonisten, Leoni am Starnberger See 1976.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode 1949, Bonn 1953.

Wengst, Udo (Bearb.), FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949-1954. Erster Halbband 1.-26. Sitzung 1949-1952, Düsseldorf 1990.

Wengst, Udo (Bearb.), FDP Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949-1954. Zweiter Halbband 27.-43. Sitzung 1953/54, Düsseldorf 1990.

Wolf, Markus, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997.

## **Literatur**

Ohne Autor, Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat. Festschrift zu seinem 50. Geburtstag am 18. August 1958. [Gewidmet von seinen Freunden in der Deutschen Partei], Braunschweig 1958.

Alleman, Fritz René, Bonn ist nicht Weimar, Köln/ Berlin 1956.

Antifaschistisches Autorenkollektiv (Hg.), Drahtzieher im braunen Netz – Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs, Hamburg 1996.

Assheuer, Thomas/ Sarkowicz, Hans, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990.

Bajohr, Frank, Von Remer zu Schönhuber. Geschichte und Aktualität des Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, in Detlev J. K. Peukert/ Frank Bajohr (Hg.), Rechtsradikalismus in Deutschland. Zwei historische Beiträge, Hamburg 1990, S. 31-78.

Backes, Uwe/ Jesse, Eckhard, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III. Dokumentation, Köln 1989.

Bajohr, Frank, Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, in: VfZG 43 (1995), S. 267-295.

Bauer, Arnold, Die WAV. Der gescheiterte Versuch einer mittelständischen Massenpartei, in: Institut für Politische Wissenschaft e.V. (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart/ Düsseldorf 1955, S. 483-492.

Bentzien, Hans, Division Brandenburg. Die Rangers von Admiral Canaris, Berlin 2004.

Benz, Wolfgang, Nachkriegsgesellschaft und Nationalsozialismus, in: Dachauer Hefte, November 1990, (Heft 6), Erinnern oder Verweigern – Das schwierige Thema Nationalsozialismus, S. 12-24.

Bertram, Michael, Das Bild der NS-Herrschaft in den Memoiren führender Generäle des Dritten Reiches. Eine kritische Untersuchung, Stuttgart 2009.

Bonacker, Max, Goebbels' Mann beim Radio. Der NS-Propagandist Hans Fritzsche (1900-1953), München 2007.

Bradley, Dermot, Generaloberst Heinz Guderian und die Entstehungsgeschichte des modernen Blitzkrieges, Osnabrück 1978.

Brauers, Christof, Die FDP in Hamburg 1949 bis 1953. Start als bürgerliche Linkspartei, München 2007.

Brochhagen, Ulrich, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994.

Brodkorb, Mathias, Metamorphosen von Rechts. Eine Einführung in die Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, Münster 2003.

Brumlik, Micha, Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen, Berlin 2005.

Brunn, Gerhard, Jungtürken an die Macht. Die sozialliberalen Koalitionen von 1956 und 1966 in Düsseldorf – Vorspiel für die Bundesrepublik? in: Ders. (Hg.), Neuland Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/56, Essen 1986, S. 123-136.

Buchna, Kristian, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1949-1953, München 2010.

Buddrus, Michael, Totale Erziehung für den totalen Krieg. Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik, 2 Bd., München 2003.

Büsch, Otto/ Furth, Peter, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“, Köln/ Opladen 1967.

Buschfort, Wolfgang, Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947-1961), Paderborn 2004.

Buschke, Heiko, Die Sozialistische Reichspartei im Raum Lüneburg 1949-1952, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Rechtsradikalismus in der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 87-111.

Buschke, Heiko, Deutsche Presse, Rechtsextremismus und nationalsozialistische Vergangenheit in der Ära Adenauer, Frankfurt a. M./ New York 2003.

Conze, Eckart/ Frei, Norbert/ Hayes, Peter/ Zimmermann, Moshe (Hg.), Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

Diaz-Bone, Rainer, Gibt es eine qualitative Netzwerkanalyse? in: Bettina Hollstein/ Florian Straus (Hg.), Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006, S. 313-343.

Diaz-Bone, Rainer, Egozentrierte Netzwerkanalyse und familiäre Beziehungssysteme, Wiesbaden 1997.

Dittberner, Jürgen, FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1987.

Doering-Manteuffel, Anselm, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949-1963, Darmstadt 1988.

Dorril, Stephen, Blackshirt. Sir Oswald Mosley & British Fascism, London 2006.

Dudek, Peter, Die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Rechtsextremismus nach 1945, in: Wolfgang Kowalsky/ Wolfgang Schroeder (Hg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 277-301.

Dudek, Peter/ Jaschke, Hans-Gerd, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 1 u. 2, Opladen 1984.

Eatwell, Roger, Facism. A History, Lodon 1995.

Edinger, Lewis, Posttotalitarian Leadership. Political Elites in the German Federal Republic, in: American Political Science Review 54 (1960), S. 58-82.

Eichner, Klaus/ Schramm, Gotthold (Hg.), Angriff und Abwehr. Die deutschen Geheimdienste nach 1945, Berlin 2007.

Fallois, Immo v., Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röh-Krise 1934, Berlin 1994.

Falter, Jürgen W., Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift 22 Jg. (1981), Heft 3, S. 236-263.

Falter, Jürgen W., Wählerwanderungen vom Liberalismus zu (rechts-) extremen Parteien. Ein Forschungsbericht am Beispiel der NSDAP-Aufstiegs 1928-1933 und der NPD-Erfolge 1966-1970, in: Lothar Albertin (Hg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980, S. 92-124.

Faßbender, Monika, Die Bearbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der FDP, in: Werner Bergmann/ Rainer Erb (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M./ New York 1995, S. 168-175.

Feldbauer, Gerhard, Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien, Berlin 1996.

Fetscher, Iring, Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik, in: Iring Fetscher (Hg.), Rechtsradikalismus, Frankfurt a. M. 1967, S. 11-29.

Finkenberger, Martin, Johann von Leers und die „faschistische Internationale“ der fünfziger und sechziger Jahre in Argentinien und Ägypten, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 59. Jg. (2011), Heft 6, S. 522-543.

Fischer, Torben/ Lorenz, Matthias N. (Hg.), Lexikon der Vergangenheitsbewältigung. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2007.

Flemming, Lars, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden 2005, S. 29.

Flemming, Thomas; Ulrich, Bernd, Ein widerständiges Leben. Der Fall Otto John - 1956, in: Thomas Flemming/ Bernd Ulrich (Hg.), Vor Gericht. Deutsche Prozesse in Ost und West nach 1945, Berlin-Brandenburg 2005, S. 12-26.

Frederik, Hans, Die Rechtsradikalen, München-Inning 1965.

Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2003.

Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik in den fünfziger Jahren, in: Wilfried Loth/ Bernd-A. Rusinek (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M./ New York 1998, S. 79-93.

Frei, Norbert, „Vergangenheitsbewältigung“ or „Renacification“? in: Michael Ermarth (Hg.), America and the Shaping of German Society 1945-1955, Providence 1993, S. 47-59.

Frenz, Wilhelm, Die politische Entwicklung in Kassel von 1945-1969. Eine wahlsoziologische Untersuchung, Meisenheim a. Glan 1974.

Frenzel, Eicke, Vom Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten zur Gesamtdeutschen Partei. Aufstieg und Niedergang einer Interessenpartei in Niedersachsen 1950-1953, Hamburg 2008.

Friedrich, Jörg, Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1984.

Funke, Hajo, Republikaner. Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn. Zu den Potentialen der Rechtsextremen am Beispiel der Republikaner, Berlin 1989.

Fürstenau, Justus, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied/ Berlin 1969.

Gersdorff, Gero von, Adenauers Außenpolitik gegenüber den Siegermächten. Westdeutsche Bewaffnung und innerdeutsche Politik, München 1994.

Giesecking, Erika, Der Fall Otto John. Entführung oder freiwilliger Übertritt in die DDR? Lauf an der Pegnitz 2005.

Giordano, Ralph, Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein, Berlin 1990.

Glienke, Stephan A., Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, Hannover 2012.

Gnad, Oliver, SRP. Sozialistische Reichspartei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: Marie-Luise Recker/ Klaus Teufelde (Hg.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III. FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990, Düsseldorf 2005, S. 353-473.

Goldhagen, Erich, Weltanschauung und Endlösung. Zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Führungsschicht, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 24 (1976), S. 378-405.

Goñi, Uki, Odessa. Die wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Verbrecher, Berlin 2007<sup>(2)</sup>.

Gossel, Daniel, Briten, Deutsche und Europa. Die Deutsche Frage in der britischen Außenpolitik 1945-1962, Stuttgart 1999.

Graml, Hermann, Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Martin Broszat (Hg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 169-183.

Grebing, Helga, Politischer Radikalismus und Parteiensystem. Die Flüchtlinge in der niedersächsischen Nachkriegspolitik, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Rechtsradikalismus in der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 259-269.

Grebing, Helga, Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen. Eine Untersuchung der politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesse während der ersten Nachkriegszeit 1945-1952/53, Hannover 1990.

Gress, Franz/ Jaschke, Hans-Gerd, Politische Justiz gegen rechts. Der Remer-Prozess 1952 in paradigmatischer Perspektive, in: Rainer Eisfeld/ Ingo Müller (Hg.), Gegen Barbarei. Essays Robert W. Kemper zu Ehren, Frankfurt a. M. 1989, S. 453-478.

Griffin, Roger, Europe for Europeans: Fascist Myths of the European New Order 1922-1992, in: Matthew Feldmann (Hg.), A Fascist Century. Essays by Roger Griffin, New York 2008, S. 132-180.

Gutscher, Jörg Michael, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, Königsstein 1984<sup>(2)</sup>.

Hachmeister, Lutz, Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998.

Hachmeister, Lutz, Die Rolle des SD-Personals in der Nachkriegszeit. Zur nationalistischen Durchdringung der Bundesrepublik, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Hamburg April/Mai 2002, S. 17-36.

Hagen, Louis, Der heimliche Krieg auf deutschem Boden. Seit 1945, Düsseldorf/ Wien 1969.

Hansen, Hennig, Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei, München 2007.

- Harris, Geoffrey, *The dark Side of Europe. The extreme Right today*, Wiltshire 1990.
- Hein, Dieter, *Zwischen liberale Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949*, Düsseldorf 1985.
- Herbert, Ulrich, *NS-Eliten in der Bundesrepublik*, in: Wilfried Loth/ Bernd-A. Rusinek (Hg.), *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Frankfurt a. M./ New York 1998, S. 93-116.
- Herbert, Ulrich, *Werner Best – Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft*, Berlin 1997.
- Herbert, Ulrich, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903-1989*, Bonn 1996.
- Hildebrand, Hans H./ Henriot, Ernst/ u.a., *Deutschlands Admirale 1849-1945. Die militärischen Werdegänge der See-, Ingenieur-, Sanitäts-, Waffen- und Verwaltungsoffiziere im Admiralsrang*, Bd. 2, Osnabrück 1989.
- Hirsch, Kurt, *Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945*, München 1989.
- Höffken, Heinz Werner/ Sattler, Martin, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, Opladen 1980.
- Höhne, Heinz, *Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933-1934*, Hamburg 1984.
- Hölsken, Heinz Dieter, *Die V-Waffen. Entstehung, Propaganda, Kriegseinsatz*, Stuttgart 1984.
- Holler, Regina, *20. Juli 1944. Vermächtnis oder Alibi? Wie Historiker, Politiker und Journalisten mit dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus umgehen. Eine Untersuchung der wissenschaftlichen Literatur, der offiziellen Reden und der Zeitungsberichterstattung in Nordrhein-Westfalen 1945-1986*, München/ New Providence/ London/ Paris 1994.
- Horne, Alistair, *Return to Power. A Report on the new Germany*, New York 1956.
- Hüttenberger, Peter, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973.
- Hüwel, Detlev, Karl Arnold. *Eine politische Biographie*, Wuppertal 1980.
- Ipsen, Hans Peter, *40 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts*, Bd. 38 (1989), S. 3-43.
- Irving, David, *Goebbels. Mastermind of the Third Reich*, London 1996.
- Jansen, Dorothea, *Einführung in die Netzwerkanalyse*, Opladen 2003.

- Jaschke, Hans-Gerd, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe– Positionen – Praxisfelder, Opladen 2001.
- Jenke, Manfred, Die nationale Rechte. Parteien, Politiker, Publizisten, Berlin 1967.
- Jenke, Manfred, Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961.
- Jesse, Eckhard, Biographisches Porträt: Otto Ernst Remer, in: Uwe Backes/ Jesse Erhard (Hg.), Jahrbuch Extremismus + Demokratie, Bonn 1994, S. 207-221.
- Jones, Nigel, Mosley, London 2004.
- Juling, Peter, Programmatische Entwicklung der FDP 1949-1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim a. Glan 1977.
- Jungbluth, Rüdiger, Die Quandts. Ihr leiser Aufstieg zur mächtigsten Wirtschaftsdynastie Deutschlands, Frankfurt a. M./ New York 2002.
- Just, Günther, Stuka-Oberst Hans Ulrich Rudel. Einziger Träger der höchsten Tapferkeitsauszeichnung, Stuttgart 1977.
- Kaack, Heino, Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriss und Materialien, Meisenheim a. Glan 1976.
- Kalinowsky, Harry H., Kampfplatz Justiz. Politische Justiz und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1990, Pfaffenweiler 1993.
- Kaltefleiter, Werner, Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln/ Opladen 1996.
- Kellerhoff, Sven Felix/ Kostka, Bernd von, Hauptstadt der Spione. Geheimdienste in Berlin im Kalten Krieg, Berlin 2009.
- Kirchheimer, Otto, Politische Justiz. Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken, Frankfurt a. M. 1981.
- Kirchhof, Marco, Zwischen Flügelkampf und Abspaltung. Die aufregenden Gründerjahre der FDP zwischen 1945 und 1953, Bad Hersfeld 2007.
- Kittel, Manfred, Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin/ Frankfurt a. M. 1993.
- Kitzinger, U. W., Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960.
- Klarsfeld, Serge, Vichy – Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, Nördlingen 1989.

Klausch, Hans Peter, Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP. Zur NS-Vergangenheit niedersächsischer Landtagsabgeordneter in der Nachkriegszeit, Hannover o. Jahr.

Klee, Ernst, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2010.

Klee, Ernst, Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2007.

Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1982.

Knütter, Hans-Helmuth, Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus, Bonn 1961.

Koch, Peter-Ferdinand, Enttarnt. Doppelagenten: Namen, Fakten, Beweise, Salzburg 2011.

Koop, Volker, Besetzt. Britische Besatzungspolitik in Deutschland, Berlin 2007.

Kowalsky, Wolfgang/ Schroeder, Wolfgang (Hg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994.

Krafft Frhr. Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, in: Picht, Georg (Hg.), Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr. Erste Folge, Witten/ Berlin 1965, S. 96-177.

Krings, Stefan, Das Propagandaministerium. Joseph Goebbels und seine Spezialisten, in: Lutz Hachmeister/ Michael Kloft (Hg.), Das Goebbels Experiment. Propaganda und Politik, München 2005, S. 29-48.

Krischka, Joachim, Alte Pläne in neuem Gewand. Nazimajor Remer auf der Suche nach der „neuen Bewegung“, in: Georg Biemann/ Joachim Krischka (Hg.), Nazis, Skins und alte Kameraden, Dortmund 1986, S. 77-90.

Kühnl, Bernd, Ernst Achenbach, in: Ulrike Nickel (Hg.), Politiker der Bundesrepublik Deutschland. Persönlichkeiten des politischen Lebens seit 1949 von A bis Z, Düsseldorf 1985, S. 11.

Kühnl, Bernd, Siegfried Zoglmann, in: Ulrike Nickel (Hg.), Politiker der Bundesrepublik Deutschland. Persönlichkeiten des politischen Lebens seit 1949 von A bis Z, Düsseldorf 1985, S. 221-222.

Küsters, Hanns Jürgen, Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990, München 2000.

Lange, Max Gustav, Die FDP – Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, in: Institut für Politische Wissenschaft e.V. (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart/ Düsseldorf 1955, S. 275-403.

- Lee, Martin A., *The Beast reawakens*, Boston/ New York/ Toronto/London 1997.
- Leide, Henry, *NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR*, Göttingen 2005/2006.
- Lübbe, Hermann, *Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Gegenwart*, in: Martin Broszat u.a. (Hg.), *Deutschlands Weg in die Diktatur. Referate und Diskussionen. Protokoll. Internationale Konferenz im Reichstagsgebäude zu Berlin zur nationalsozialistischen Machtübernahme*, Berlin 1983, S. 329-379.
- Lübbe, Hermann, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 236 (1983), S. 579-599.
- Macklin, Graham, *Very deeply dyed in black. Sir Oswald Mosley and the Resurrection of British Fascism after 1945*, Lodon/ New York 2007.
- Mader, Julius, *Jagd nach dem Narbengesicht. Ein Dokumentarbericht über Hitlers SS-Geheimdienstchef Otto Skorzeny*, Berlin 1962.
- Manig, Oliver-Bert, *Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2004.
- Marten, Heinz Georg, *Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen, Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945-1955. Eine politiksoziologische Untersuchung der krisenreichen Neubelebung des politischen Liberalismus unter besonderer Berücksichtigung der innerparteilichen, programmatischen und sozialstrukturellen Konstitutionsbedingungen des niedersächsischen FDP-Landesverbandes*, Göttingen/ Frankfurt a. M./ Zürich 1978.
- Mayer, Elke, *Verfälschte Vergangenheit. Zur Entstehung der Holocaust-Leugnung in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung rechtsextremer Publizistik von 1945 bis 1970*, Frankfurt a. M. 2003.
- Mecklenburg, Jens (Hg.): *Handbuch Deutscher Rechtsextremismus*, Berlin 1996.
- Meding, Holger M., *„Der Weg“*. Eine deutsche Emigrantenzeitschrift in Buenos Aires, Berlin 1997.
- Meding, Holger M. (Hg.), *Nationalsozialismus und Argentinien. Beziehungen, Einflüsse und Nachwirkungen*, Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern/ New York/ Paris/ Wien 1995.
- Meding, Holger M., *Nationalsozialismus im Exil. Die deutsch-sprachige Rechtspresse in Buenos Aires 1945-1977*, in: Meding, Holger M. (Hg.), *Nationalsozialismus und Argentinien. Beziehungen, Einflüsse und Nachwirkungen*, Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern, New York/ Paris/ Wien 1995, S. 185-195.
- Meinl, Susanne, *Friedrich Wilhelm Heinz (1899-1958). Verschwörer gegen Hitler und Spionagechef im Dienste Bonns*, in: Dieter Krüger/ Armin Wagner (Hg.), *Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg*, Berlin 2003, S. 61-83.

Meusch, Matthias, Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956-1968), Wiesbaden 2001.

Meyer, Georg, Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages 1945-1950/51, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 1, München/Wien 1982, S. 577-736.

Meyn, Hermann, Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer nationalkonservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965.

Miquel, Marc von, Juristen: Richter in eigener Sache, in: Norbert Frei (Hg.), Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a. M./ New York 2001, S. 181-239.

Mitchell, Arthur H., Hitler's Mountain. The Führer Obersalzberg and the American Occupation of Berchtesgaden, Jefferson (NC) 2007.

Mitscherlich, Alexander/ Mitscherlich, Magarete, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967.

Moring, Andreas, Europapolitik der FDP. Die Entwicklung der Europa-Programmatik in den Jahren 1949-1989, Berlin 2004.

Müller, Ingo, Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1987.

Nassauer, Philipp E., Deutscher Imperialismus 1864-2006, Berlin 2006.

Nelhiebel, Kurt, Die Henleins gestern und heute. Hintergründe und Ziele des Witikobundes, Frankfurt a. M. 1962.

Neumann, Franz, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950 – 1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei, Meisenheim a. Glan/ Hain 1968.

Niethammer, Lutz, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a. M. 1972.

Niethammer, Lutz, Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt a. M. 1969.

Nolte, Ernst, Die Deutschen und ihre Vergangenheiten. Erinnerung und Vergessen von der Reichsgründung Bismarcks bis heute, Berlin/ Frankfurt a. M. 1995.

Nolte, Ernst, Deutschland und der Kalte Krieg, Stuttgart 1985.

Ohlbaum, Rudolf, Bayerns vierter Stamm – die Sudetendeutschen. Herkunft, Neubeginn, Persönlichkeiten, München 1981.

Opitz, Reinhard, Faschismus und Neofaschismus, Bonn 1996.

Paetel, Karl O., Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbol-schewismus, Berlin/ Frankfurt a. M./ Zürich 1965.

Papke, Gerhard, Liberale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1960, Düsseldorf 1998.

Papke, Gerhard, Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956, Baden-Baden 1992.

Paul, Johann, Debatten über Nationalsozialismus und Rechtsextremismus im Landtag Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 2000, Düsseldorf 2003.

Peukert, Detlev J. K., Rechtsradikalismus in historischer Perspektive, in: Detlev J. K. Peukert/ Frank Bajohr (Hg.), Rechtsradikalismus in Deutschland. Zwei historische Beiträge, Hamburg 1990, S. 9-29.

Pfahl-Traughber, Armin, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 2000.

Pfeiffer, Thomas, Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet, Berlin 2002.

Rautenberg, Hans-Jürgen, Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 1, München/ Wien 1982, S. 737-879.

Reuth, Ralf Georg, Goebbels, München/ Zürich 1990.

Roginskij, Arsenij/ Rudolph, Jörg/ Drauschke, Frank/ Kaminsky, Anne (Hg.), „Erschossen in Moskau...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953, Berlin 2005.

Rohe, Karl, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992.

Rommel, Hans-Otto, Die Deutschen Jungdemokraten nach 1945, in: Liberale Vierteljahreshefte für Politik und Kultur 22 (1980), S. 563-573.

Roth, Götz, Fraktion und Regierungsbildung. Eine monographische Darstellung der Regierungsbildung in Niedersachsen im Jahre 1951, Meisenheim a. Glan 1954, S. 22-135.

Rowold, Manfred, Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1974.

Ruck, Michael, Kontinuität und Wandel. Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der Bundesrepublik, in: Wilfried Loth/ Bernd-A. Rusinek (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M./ New York 1998, S. 117-142.

Rufer, D., Adolf v. Thadden. Wer ist dieser Mann, Hannover 1969.

Rütten, Theo, Von der Plattform-Partei des liberalen Programms 1949-57, in: Wolfgang Mischnick (Hg.), Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P., Stuttgart 1989, S. 66-80.

Rütten, Theo, Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden 1984.

Salzborn, Samuel, Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 2000.

Sänger, Fritz (Hg.), Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags, Stuttgart 1949.

Schadewitz, Michael, Zwischen Ritterkreuz und Galgen. Skorzenys Geheimunternehmen Greif in Hitlers Ardennenoffensive 1944/45, Aachen 2007.

Schäfer, Gerd, Die Chancen der Nationaldemokraten, in: Iring Fetscher (Hg.), Rechtsradikalismus, Frankfurt a. M. 1967, S. 67-94.

Scheuch, Erwin K., Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, in: Richard Löwenthal/ Hans Peter Schwarz (Hg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 433-469.

Schildt, Axel, Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit, in: Wilfried Loth/ Bernd-A. Rusinek (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M./ New York 1998, S. 19-54.

Schindler, Delia, Die Rolle von Ideen und Deutungsmustern in der Politik: Wissenspolitologische Perspektiven auf Netzwerke, in: Bettina Hollstein/ Florian Straus (Hg.), Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006, S. 99-123.

Schlumberger, Frank, Das Adenauer Bild in der politischen Publizistik 1949-1955. Die „Frankfurter Allgemeine“ als zeitgeschichtliche Quelle, Frankfurt a. M./ Bern/ New York/ Paris 1991.

Schmitt, Karl, Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989.

Schmollinger, Horst W., Die Sozialistische Reichspartei, in: Richard Stöss (Hg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 4 NPD-WAV, Opladen 1986, S. 2274-2336.

Schmollinger, Horst W., Die Deutsche Partei, in: Richard Stöss (Hg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2 CSU-DSU, Opladen 1986, S. 1025-1111.

Schmollinger, Horst W., Die Deutsche Reichspartei in: Richard Stöss (Hg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2 CSU-DSU, Opladen 1986, S. 1112-1191.

Schneppen, Heinz, Odessa und das Vierte Reich. Mythen der Zeitgeschichte, Berlin 2007.

Schubert, Klaus v., Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952, Stuttgart 1970.

Schreiber, Jürgen, Vorwort, in: Hans Körber (Hg.), Soldat im Volk. Eine Chronik des Verbandes Deutscher Soldaten (VdS), Wiesbaden 1989, S. 5-6.

Schröm, Oliver/ Röpke, Andrea, Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis, Berlin 2001.

Schröter, Lothar/ Schunke, Joachim, Zur Geschichte der Militärpolitik in beiden deutschen Staaten. Ein Vergleich, Berlin 2004.

Simpson, Christopher, Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA, Wien 1988.

Skidelsky, Robert, Oswald Mosley, London 1975.

Sontheimer, Kurt, So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999.

Sontheimer, Kurt, Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik, München 1991.

Sowinski, Oliver, Die Deutsche Reichspartei 1950-1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei, Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern/ NY/ Paris/ Wien 1998.

Stein, Helmut, Rechtliche Grundlagen für das Verbot nazistischer und neonazistischer Tätigkeiten in der BRD, in: Georg Biemann/ Joachim Krischka (Hg.), Nazis, Skins und alte Kameraden, Dortmund 1986, S. 203-214.

Steinacher, Gerald, Nazis und Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen, Innsbruck 2008.

Steinbach, Peter, Vergangenheit als Last und Chance. Vergangenheitsbewältigung in den 50er-Jahren, in: Jürgen Weber (Hg.), Aufbau und Neuorientierung. Die Geschichte der Bundesrepublik 1950-1955, Landsberg a. Lech 1998, S. 333-370.

Steinert, Johannes-Dieter, Vertriebenenverbände in Nordrhein-Westfalen 1945-1954, Düsseldorf 1986.

Stickler, Matthias, 'Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch'. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004.

Stocké, Volker, Determinanten und Konsequenzen von Nonresponse in egozentrierten Netzwerken, in: ZA-Informationen 56 (2005), S. 18-49.

Stockhorst Erich, Wer war was im 3. Reich. 5000 Köpfe, Wiesbaden ohne Zeit.

Stöss, Richard, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005.

Stöss, Richard, Der Gesamtdeutsche Block, in: Richard Stöss (Hg.). Parteien Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 3 EAP-KSP, Opladen 1986, S. 1424-1459.

Stöss, Richard, Vom Nationalsozialismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/ Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1980.

Stöss, Richard, Vater und Enkel. Alter und Neuer Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Ästhetik und Kommunikation 9, Heft 32 (1978), S. 35-57.

Sydnor, Charles W., Soldiers of Destruction. The SS Death's Head Division, 1933-1945, Princeton/ New York 1990.

Tauber, Kurt P., Beyond Eagle and Swastika. Germans Nationalism since 1945, 2 Bd., Middletown 1967.

Terstiege, Kai, Die Rechtsstellung von Streitkräften in fremdem Territorium. Der strafrechtliche Schutz in Deutschland seit 1945, Hamburg 2010.

Thurlow, Richard, Facism in Britain. A History, 1918-1985, New York 1987.

Trittel, Günter J., Die Sozialistische Reichspartei als Niedersächsische Regionalpartei, in: Weisbrod, Bernd (Hg.), Rechtsradikalismus in der Nachkriegszeit, Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 67-85.

Trittel, Günter J., „Genossen, es gilt den Anfängen zu wehren...!“ Sozialdemokratie und Rechtsextremismus in der frühen Nachkriegszeit in Niedersachsen [1948-1955], in: Karsten Rudolph/ Christl Wickert (Hg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 270-289.

Virchow, Martin, Der GB/BHE – ein neuer Parteytyp? in: Institut für Politische Wissenschaft e.V. (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart/ Düsseldorf 1955, S. 450-467.

Vogt, Helmut, Wächter der Republik. Die Alliierten Hohen Kommissare 1949-1955, Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 2004.

Wagner, Dietrich, FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1955, Boppard a. Rhein 1978.

Walde, Karl J., Guderian, Frankfurt a. M./ Berlin/ Wien 1976.

Wassermann, Rudolf, Zur juristischen Bewertung des 20. Juli 1944. Der Remer-Prozeß in Braunschweig als Markstein der Justizgeschichte, in: Recht und Politik, Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Heft 2 (1984), S. 68-80.

Weber, Hellmuth von, Zum SRP-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, in: Juristenzeitung, Nr. 10 (1953), S. 293-298.

Weiss Hermann, Alte Kameraden von der Waffe-SS. Ist die HIAG rechtsextrem?, in: Benz, Wolfgang (Hg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 202-212.

Wellington, Long, The new Nazis of Germany, New York 1968.

Weltfriedensrat-Informationszentrum (Hg.), Faschismus, Neofaschismus. Neonazismus. Internationales Seminar, Frankfurt a. M. 2./3. Mai 1970.

Wengst, Udo, Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie, München/Oldenburger 1997.

Wetzel, Juliane, Der parteipolitische Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1945-1989, in: Wolfgang Kowalsky/ Wolfgang Schroeder (Hg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 89-102.

Winge, Sören, Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-53. Entwicklung und Politik einer 'undoktrinären' politischen Partei in der Bundesrepublik in der ersten Nachkriegszeit, Uppsala 1976.

Winkler, York R., Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945-1954. BHE-Flüchtlingsverbände – Landsmannschaften, Wiesbaden 1998.

Winkler, York R., Der Deutsche Block in Hessen. Zur Verbindung von rechtsextremer Sammlung und Protestpotential in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 42, Marburg 1992, S. 256-278.

Winkler, Jürgen R., Die Wählerschaft der rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1993, in: Wolfgang Kowalsky/ Wolfgang Schroeder (Hg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 69-88.

Wippermann, Wolfgang, „Doch ein Begriff muss bei dem Worte sein“. Über „Extremismus“, „Faschismus“, „Totalitarismus“ und „Neofaschismus“, in: Siegfried Jäger/ Alfred Schober (Hg.), Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus, Rechtsextremismus, Rassismus. Kontinuitäten und Brüche, Duisburg 2000, S. 21-47.

Wolf, Markus, Die Kunst der Verstellung. Dokumente, Gespräche, Interviews, Berlin 1998.

Wolf, Christof, Egozentrierte Netzwerke. Erhebungsverfahren und Datenqualität, in: Andreas Diekmann (Hg.), Methoden der Sozialforschung. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Nr. 44 (2004), S. 244-273.

Woller, Hans, Wirtschaftspolitische Aufbau-Vereinigung, in: Richard Stöss (Hg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 4 NPD-WAV, Opladen 1986, S. 2458-2482.

Woller, Hans, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-1955, Stuttgart 1982.

Zimmermann, Friedhelm E., Das Bemühen um die Zusammenführung aller deutschen Soldaten, in: Hans Körber (Hg.), Soldat im Volk. Eine Chronik des Verbandes Deutscher Soldaten, Wiesbaden 1989, S. 75-137.

Zundel, Rolf, Die Erben des Liberalismus, Offenburg 1971.